# Amtsblatt

der k. k.

## Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 62. Freitag den 2. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. S k, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – anzährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Sch. rstraße 11.


# Wien während des Krieges.

(35. Folge.)

## Bericht des Bürgermeisters an den Stadtrat über die Gemeindeverwaltung bis Ende Juni 1918,

erstattet in der Sitzung des Wiener Stadtrates vom 1. August 1918.

Meinen bisherigen Berichten über die Leistungen der Gemeindeverwaltung während des Krieges lasse ich hiemit eine Darstellung ihrer Tätigkeit im ersten Halbjahre 1918 folgen:

In diesem Zeitraume fanden statt: 18 öffentliche und 13 vertrauliche Sitzungen des Gemeinderates, 39 Sitzungen des Stadtrates, 11 Sitzungen der Obmänner-Konferenz, 4 Sitzungen des Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes, 2 Sitzungen des Wahlreform-Ausschusses. 6 Sitzungen des Bezirkswirtschaftsamtes, 5 Sitzungen der städtischen Kohlen-Kommission, 7 Sitzungen des Wohnungsfürsorge-Ausschusses, 2 Sitzungen der Rathauskeller-Kommission, 2 Sitzungen des Schiedsgerichtes für die Abänderung des städtischen Preistarifes, 28 Komitee-Verhandlungen, 150 Lokalaugenscheine und 4 Losziehungen; außerdem 4 Sitzungen des Komitees zur Errichtung einer gemeinnützigen Wohnungseinrichtungs-Gesellschaft m. b. H. In den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates wurden 356, in den vertraulichen Sitzungen 230 und in den Sitzungen des Stadtrates 5274 Geschäftsstücke erledigt.

Unter den

### Kriegsleistungen der Gemeinde

im ersten Halbjahre 1918 sei an erster Stelle der

### Fürsorgemaßnahmen für die Angestellten der Stadt Wien

gedacht.

Die Kriegszulagen wurden in einem um 50 Prozent erhöhten Ausmaße weiter bewilligt. Außerdem wurde im Mai 1918 an die Angestellten neuerlich ein einmaliger Anschaffungsbeitrag ausbezahlt. Die aushaftenden Gehaltsvorschüsse wurden auch für das Jahr 1918 gestundet.

Die Kosten der Angestelltenfürsorge (durch Fortzahlung der ganzen oder eines Teiles der Bezüge an die Eingerückten und

deren Familien, Fortzahlung der vollen Bezüge an die Familien der Kriegsgefangenen, Versorgung der Witwen und Waisen von gefallenen Angestellten, die noch keinen Versorgungsanspruch hatten, zeitweilige größere Aushilfen an die Familien der Eingerückten, Lohnregulierungen u. s. w.), ausschließlich der Kriegszulagen, betragen im ersten Halbjahre 1918 für die magistratischen Angestellten rund 1·8 Millionen Kronen, für die Angestellten der städtischen Unternehmungen rund 4·2 Millionen Kronen, für die Lehrpersonen rund 1·8 Millionen Kronen, insgesamt also rund 7·8 Millionen Kronen, seit Kriegsbeginn rund 52 Millionen Kronen.

An Kriegszulagen (einschließlich der einmaligen Anschaffungsbeiträge) sind bis zum 30. Juni rund 60 Millionen Kronen aufgelaufen.

**Die Gesamtkosten für die Kriegsfürsorgemaßnahmen auf diesem Gebiete seit Kriegsbeginn können mit rund**

## 112 Millionen Kronen

**beziffert werden.**

Von den Gemeinde-Angestellten stehen rund 40 Prozent in militärischer Dienstleistung.

Hinsichtlich der

## Unterstützungen

an die Familien der Eingerückten sei hervorgehoben, daß Ende Juni 1918 644.347 (gegen 606.000 mit Ende Dezember) im Genusse eines staatlichen Unterstützungsbeitrages standen. Der monatliche Aufwand hiefür ist auf 42 Millionen Kronen gestiegen. Bis Ende Juni 1918 sind in Wien allein an staatlichen Unterhaltsbeiträgen nach einer vorläufigen Feststellung

## 945 Millionen Kronen

gegen 465 Millionen Kronen Ende Dezember 1917 verausgabt worden.

Die die staatliche Kriegsfürsorge ergänzende Zentralstelle unterstützt dermalen 89 Personen dauernd mit einem Monatserfordernisse von 3698 K. An **fortlaufenden** Unterstützungen hat diese Hilfsstelle bisher 3,263.292 K und an **einmaligen** 2,160.909 K ausbezahlt.

Die Zahl der einmalig unterstützten Personen betrug 80.491.

Die Aufwendungen des Staates für die Flüchtlinge in Wien haben Ende Juni 1918 die Summe von **99 Millionen Kronen** erreicht.

An

## Subventionen

aus Anlaß des Krieges sind im ersten Halbjahre 1918 von der Gemeinde rund 20.000 K bewilligt worden, da die Subventionsansuchen erst im zweiten Halbjahre erledigt wurden. Der Gesamtbetrag der bisher bewilligten Subventionen dieser Art erhöhte sich dadurch auf **2,950.000 K.**

Bei der

## Niederösterreichischen Kriegskreditbank

betrugen im ersten Halbjahre 1918 die Auszahlungen 1,401.503 K, die Rückzahlungen 1,145.085 K, so daß sich mit 30. Juni 1918 ein Debitorenstand von 1,484.991 K und eine Gesamthöhe der gewährten Kredite von **18 Millionen Kronen** ergibt.

Die dieser Bank angeschlossene Kredithilfsstelle für Kunstgewerbetreibende, für welche die Gemeinde bis 50.000 K haftet, hatte mit Ende Juni 1918 noch einen Debitorenstand von 34.344 K.

Bei der

## Wiener Mietdarlehenskasse A.-G.

sind in der Berichtsperiode die gewährten Darlehen von 1,401.000 K auf 1,514.632 K gestiegen und betrugen die Rückzahlungen 617.532 K.

Von keinem der beiden Institute ist bisher die seinerzeit von der Gemeinde übernommene Haftung beansprucht worden.

In der Berichtsperiode hat die Gemeinde 500 Aktien der zu gründenden Deutschen Bodenbank im Nennwerte von 200.000 K gezeichnet.

Der

## Kreditverein der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien

hat auch im abgelaufenen Halbjahre eine günstige Entwicklung genommen, wozu namentlich die vom Gemeinderate und der Regierung genehmigte Erhöhung des Maximalkredites auf 60.000 K beitrug. Nach dieser Erweiterung seiner statutarischen Befugnisse konnte der Kreditverein zahlreichen Gewerbetreibenden die Ausführung ihrer bedeutend gesteigerten öffentlichen Aufträge ermöglichen.

Eingereicht wurden vom 1. Jänner bis 30. Juni 1918 39 Ansuchen mit einer Kreditsumme von 677.200 K, von denen am Ende des Halbjahres 28 Gesuche mit einer Kreditsumme von 402.700 K bewilligt und durchgeführt waren. Mit 30. Juni 1918 zählte der Kreditverein 495 Mitglieder, denen ein Kredit von 3,589.200 K eingeräumt war.

Hervorzuheben ist die rege Tätigkeit des Kreditvereines als Zahl- und Verteilungsstelle für verschiedene Konsumartikel, welche an Ausdehnung gleichfalls bedeutend zugenommen hat. Es ist besonders diesem Zweige seiner Tätigkeit zuzuschreiben, wenn der im ersten Halbjahre 1918 erzielte Umsatz die Summe von 200 Millionen Kronen überschritten hat.

Dank der opferwilligen Mitarbeit ihrer ehrenamtlich tätigen, aber auch ihrer bezahlten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kann auch

## die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen

in der Berichtsperiode auf allen ihren Fürsorgegebieten Leistungen verzeichnen, die nur durch ernsteste und angestrengteste Arbeit möglich waren.

## Die öffentliche unentgeltliche Ausspeisung

verabreichte in der Zeit vom

Oktober 1914 bis Ende 1915 15·4 Millionen Mahlzeiten mit dem Kostenaufwande von 3·64 Millionen Kronen,

im Jahre 1916 22·6 Millionen Mahlzeiten mit dem Kostenaufwande von 5·02 Millionen Kronen,

im Jahre 1917 33·5 Millionen Mahlzeiten mit dem Kostenaufwande von 6·99 Millionen Kronen,

im ersten Halbjahre 1918 rund 20 Millionen Mahlzeiten mit dem Kostenaufwande von 4·50 Millionen Kronen,

sie hat daher in vier Kriegsjahren

### 91·7 Millionen Mahlzeiten

mit dem Kostenerfordernisse von rund

### 20·2 Millionen Kronen

unentgeltlich abgegeben.

Außerdem wurden seit Kriegsbeginn 160.000 Anweisungen auf den unentgeltlichen Bezug von Speisen in den Volksküchen an Bedürftige verteilt.

Für Lebensmittelverteilungen durch die 23 Frauen-Arbeits-Komitees wurden im letzten Halbjahre 139.954 K 67 h, seit Kriegsbeginn zusammen 919.990 K 94 h aufgewendet.

Das seit November 1916 unentgeltlich verabreichte warme Frühstück, dessen jene Schulkinder teilhaftig werden, welche ein solches daheim aus den verschiedensten Gründen nicht erhalten können, stieg im Jahre 1918 auf 11.896 Portionen täglich.

Diese verteilen sich auf 167 Schulgebäude mit 458 Schulen.

Seit August 1917 gibt die Zentralstelle auch Brotgutscheine aus, die den damit Beteilten einen Teil der gesetzlich zukommenden Brotmenge unentgeltlich verschaffen.

| | | |
|---|---|---|
| Bis 31. Dezember 1917 wurden | 951.237 | Gutscheine |
| vom 1. Jänner bis 30. Juni 1918 | 2,377.492 | „ |
| zusammen | 3,328.729 | Gutscheine |

um den Gesamtbetrag von 803.631 K 34 h ausgegeben.

Eine gewaltige Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit weisen die offenen

## Kriegsküchen

auf. Ihre Zahl stieg auf 64.

Die offenen Kriegsküchen lieferten:

| | | | |
|---|---|---|---|
| vom Juli bis Dezember 1916 | | | 2·54 Mill. Port. |
| im ersten Halbjahre 1917 | 11·46 | zusammen | 33·06 „ „ |
| „ zweiten „ 1917 | 21·60 | | |
| „ ersten „ 1918 | 32·89 | | 32·89 „ „ |
| zusammen . . | | | **68·49 Mill. Port.** |

An der Spitze steht die Kaiserin Zita-Kriegsküche Nr. 52 im XV. Bezirke mit 2,275.628 Speiseportionen. Ueber eine Million Portionen hatten Ende Juni 1918 verbreicht die Kriegsküchen Nr. 33, 36, 39, 40, 43 und 55. Die rund 68·5 Millionen Speiseportionen verteilen sich auf 27·6 Millionen Portionen Suppen, 20·4 Millionen Portionen Gemüse, 20·5 Millionen Portionen Mehlspeisen, Fleisch, Innereien u. dgl.

Vom Kriegsküchen-Kommissariate wurden im Berichtsjahre genehmigt:

76 Betriebs-, Anstalts-, Gemeinschafts- und Erwerbsküchen mit 24.509 Teilnehmern, zu den bereits genehmigten 151 Betriebs-, Anstalts-, Gemeinschafts- und Erwerbsküchen mit 70.601 Teilnehmern, ergibt 227 Küchen mit 95.110 Teilnehmern.

Die

## Lebensmittelabgabe an die Mindestbemittelten

die im April 1917 mit der Ausgabe von billigem Fleisch (das Kilogramm zu 3 K 60 h) einsetzte, später auf Fett ausgedehnt wurde und auch nach Möglichkeit andere Lebensmittel umfaßte, weist bis Ende Juni 1918 einen Umsatz von rund 451,382.000 K auf.

Es kamen zur Abgabe an die Mindestbemittelten:

| | | |
|---|---|---|
| 6·12 | Mill. kg | Rindfleisch |
| 2·35 | „ „ | Pferdefleisch |
| 0·675 | „ „ | Schaffleisch |
| 1·142 | „ „ | Kartoffeln |
| 0·275 | „ „ | Käse |
| 0·299 | „ „ | Besenhirse (Czirok) |
| 0·720 | „ „ | Fett |

Die Verminderung der Zahl der arbeitslosen Frauen und Mädchen und die wachsenden Schwierigkeiten der Materialbeschaffung zwangen zu einem langsamen Abbau der

## Näh- und Strickstuben.

Im ersten Halbjahre 1918 sank die Zahl der Stuben allmählich bis auf 10 gegenüber 29 im Jahre 1915.

Diese fertigten 349.440 Arbeitsstücke aus, wovon 129.000 für die Heeresverwaltung (darunter 26.520 Uniformen), 28.440 für Anstalten und 192.000 auf Privatbestellungen hergestellt wurden.

Seit Kriegsbeginn wurden von den Näh- und Strickstuben gearbeitet:

| | | |
|---|---|---|
| bis Dezember 1915 | 6·57 | Mill. Stück |
| „ „ 1916 | 6·98 | „ „ |
| „ „ 1917 | 2·64 | „ „ |
| im 1. Halbjahre 1918 | rund 0·35 | „ „ |
| | **16·54** | **Mill. Stück** |

Die Ausgaben für die Stuben betragen bis

Ende Juni 1918 . . . . . 2·99 Mill. Kronen

denen Einnahmen von . . . . . 2·78 „ „

gegenüberstanden.

In den 23

## Frauen-Arbeits-Komitees

waren durchschnittlich 323 Frauen und Mädchen ehrenamtlich tätig, davon 152 oder 46·7 Prozent im Erhebungsdienste. Gegenüber dem ersten Halbjahre 1917 mit 317 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, wovon 138 oder 43·4 Prozent Erhebungen pflegten, ist mithin eine, wenn auch kleine, so doch erfreuliche Steigerung festzustellen.

Ueber 18.000 Erhebungen wurden ausgewiesen, 4892 Fürsorgefälle betrafen stillende Mütter und Säuglinge, an die 4368 l frische Milch, 11.424 Dosen Kondensmilch, 190 kg Trockenmilch und 1269 Büchsen Kindernährmittel verteilt wurden.

Durch Sammlungen und Veranstaltungen wurden 66.201 K 74 h aufgebracht, wovon 8920 K an die Zentralstelle abgeführt, der Rest widmungsgemäß in den einzelnen Bezirken verwendet wurde.

## Die Schuhversorgung des Mittelstandes.

Das ursprüngliche Warenlager von 118.508 Paar Schuhen im Werte von 4,035.347 K 70 h war Ende Juni 1918 auf 39.812 Paar Schuhe im Werte von 1,159.918 K 60 h zusammengeschmolzen. Der Schuhverkauf wurde eingestellt, um diesen kleinen Vorrat von rund 22.500 Kinderschuhen und 17.300 Männerschuhen für die kommende Winterzeit aufzusparen, dagegen wurde der Sandalenverkauf in die einzelnen Bezirke verlegt, um den Käufern die Erwerbung der Sandalen bequemer zu machen.

Das Warenlager, das ursprünglich 222.715 Paar Sandalen im Werte ann 759.473 K 40 h enthielt, bestand am 30. Juni 1918 noch aus 146.669 Paar Sandalen im Werte von 450.675 K.

Vom

## wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen

wurde unter der bisherigen Leitung seine berufsmäßige Tätigkeit fortgesetzt. Ihr Umfang erreichte nahezu die Höhe des vorausgegangenen Halbjahres und bedingte, da im Laufe der Berichtszeit mehrere der vordem tätig gewesenen freiwilligen Mitarbeiter infolge von Erkrankung oder Ueberbürdung mit Berufsgeschäften ausschieden, eine namhaft gesteigerte Arbeitsleistung der trotz der langen Kriegsdauer opferwillig ausharrenden Referenten. Die rege Inanspruchnahme der Kriegshilfsstelle seitens der Einberufenen und ihrer Angehörigen erhellt aus der Anzahl der persönlich vorsprechenden Parteien, die im Halbjahre vom 1. Jänner bis 30. Juni 1918 15.571 Personen betrug und der Besucherzahl von 19.946 im zweiten Halbjahre 1917 nahekommt. Im Wochendurchschnitt sprachen 599 Parteien vor. Die höchste Wochenzahl mit 709 Parteien ergab sich in der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni 1918, die höchste Tagesfrequenz mit 178 Parteien am 5. Februar 1918.

Die Gesamtzahl der Parteien, die im Hilfsbureau seit dessen Tätigkeitsbeginn (23. August 1914) vorsprachen, erreichten mit Ende 1918 bereits die ansehnliche Höhe von 208.137.

Aus den hiesigen Spitälern kamen der Kriegshilfsstelle in der Berichtszeit 31 Hilfeanrufe zu, zumeist von in Spitalspflege befindlichen Kriegern, deren Zustand das Ausgehen nicht gestattet. Unter den in der Besuchszahl inbegriffenen 173 Invaliden und 1995 Soldaten befanden sich auch zahlreiche Rekonvaleszenten aus hiesigen Pflegestätten.

In der Berichtszeit sind 1179 schriftliche Hilfsansuchen, darunter 43 aus dem Felde, in Form von Wunschzetteln eingelangt. Mit Einschluß dieser und der Hilfeanrufe aus Spitälern ergibt sich in der Berichtszeit ein Geschäftsumfang von 16.781, seit Tätigkeitsbeginn ein solcher von 227.853 Geschäftsfällen.

Wie bisher hatte die unentgeltliche rechtshilfliche Beratung und Vertretung des Bureaus vornehmlich die Ansprüche auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag sowie die Wohnungs- und Mietsachen der Eingerückten und ihrer Familien zum Gegenstande. Durch das neue Unterhaltsbeitragsgesetz vom 27. Juli 1917 und die zugehörige Novelle vom 31. März 1918 sowie einige weitere Gesetze aus der jüngsten Reichsratstagung haben die einschlägigen Vorschriften mehrfache Aenderungen erfahren. Um ihre Kenntnis zu verbreiten und ihre Anwendung zu erleichtern, wurde von der Bureauleitung eine bis Ende März 1918 fortgesetzte, auch durch Beidruck der Gesetzestexte und Vollzugsverordnungen ergänzte zweite Auflage der im Vorjahre vom Obmann des Hilfsbureaus im Vereine mit dessen Stellvertreter Dr. Friedrich Frey herausgegebenen Rechtssätze aus Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes in Unterhaltsbeitragssachen veranstaltet. Die erwähnten Gesetzesänderungen wirkten auf die Tätigkeit des Hilfsbureaus auch insoferne zurück, als dieses infolge des neu eingeführten Instanzenzuges nunmehr häufig in die Lage kommt, gegen erstinstanzliche Entscheidungen in Vertretung der Parteien die Berufung zu ergreifen. Die Zahl solcher Berufungen während der Berichtszeit beträgt 275, Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof gegen Entscheidungen der Landes-Kommissionen wurden in rund 50 Fällen eingebracht.

In Wohnungs- und Mietzinssachen wurde die einigungsamtliche Vermittlungstätigkeit unter Bedachtnahme auf die zulässige Ermäßigung der Mietzinsbeihilfen fortgesetzt. Diese beliefen sich in der Berichtszeit auf 64.197 K gegen 106.116 K

in der zweiten Jahreshälfte 1917, und haben im ganzen bis 30 Juni 1918 den Betrag von 933.197 K in Anspruch genommen. Die Rechtsprechung der Gerichte und der städtischen Mietämter auf Grund der Mieterschutz-Verordnung vom 20. Jänner 1918 und der Verordnung über Maßnahmen der Wohnungsfürsorge vom 28. März 1918 wurde aufmerksam verfolgt. Die genannte Verordnung hat im Zusammenhange mit der Einflußnahme des Hilfsbureaus zweifellos auf den Rückgang der Wohnungskündigungen eingewirkt. Die Zahl der Kündigungen von Monatsmieten ist in der Berichtszeit gegen das vorausgegangene Halbjahr von 18.142 auf 16.453, jene der gekündigten Vierteljahrsmieten von 4672 auf 4463, die Zahl der vollzogenen Zwangsräumungen von 251 auf 176 herabgegangen. In 29 Fällen wurde die kostenfreie Einlagerung von Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen Eingerückter in Lagerräume der Gemeinde vermittelt.

Wenn es lange Zeit strittig war, wie sich die

## Wohnungsverhältnisse

nach dem Kriege gestalten werden, so kann heute kein Zweifel mehr bestehen, daß wir nach dem Kriege einen außerordentlichen Wohnungsmangel zu erwarten haben. Denn dieser Mangel ist bereits jetzt eingetreten und es ist nur den getroffenen Schutzmaßregeln und der durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführten Beständigkeit der Mietverhältnisse zu danken, daß er sich nicht in voller Schärfe fühlbar macht. Die wahrzunehmende Steigerung der Mietzinse bei den großen Wohnungen, die durch den gänzlichen Mangel an solchen Wohnungen verursacht wurden, veranlaßte die Regierung,

## die Mieterschutzverordnung

auch auf große Wohnungen mit Jahreszinsen über 3000 K auszudehnen. Die auf Grund dieser Verordnung von der Gemeinde in allen 21 Bezirken errichteten Mietämter, in welchen Vertreter der Hausbesitzer- und der Mieterschaft einträchtig tätig sind, hatten bisher in weit mehr als 2000 Fällen über die Zulässigkeit von Mietzinssteigerungen zu entscheiden. Dank ihrer Tätigkeit und dank der Opferwilligkeit des ansässigen Hausbesitzerstandes ist in vielen Fällen die Steigerung des Zinses überhaupt unterblieben oder doch wenigstens auf ein erträgliches Maß eingeschränkt worden, so daß sich wohl sagen läßt, daß das Ziel „Mieterschutz während des Krieges" voll erreicht wurde. Um dem außerordentlichen Wohnungsmangel, der dermalen durch Bautätigkeit nicht behoben werden kann, tunlichst vorzubeugen, hat die Regierung im abgelaufenen Halbjahre noch eine weitere

## Schutzverordnung

erlassen, welche die Umwandlung unbewohnter Räume in Wohnungen erleichtert und die anderweitige Verwendung von Wohnungen nur mit besonderer Bewilligung für zulässig erklärt. Durch diese Verordnung, die allerdings viel zu spät gekommen ist und deren Erlassung von der Gemeindeverwaltung schon viel früher begehrt wurde, ist es oft gelungen, Wohnungen, die in Gefahr waren, ihrem Wohnzwecke entzogen zu werden, dem Wohnungsmarkte zu erhalten und auch Ersatzwohnungen beizustellen.

Besondere Aufmerksamkeit wendete die Gemeinde der

## Wohnungsfrage nach dem Kriege

zu. Die Beratungen hierüber führten zu grundlegenden Beschlüssen, welche Maßnahmen vorübergehender Natur und von dauernder Wirkung betreffen.

Als vorübergehende Maßnahmen wurden die Förderung der Abwanderung der während der Kriegszeit zugewanderten Personen und die Beschränkung der Zuwanderung auf volkswirtschaftlich und sozial erwünschte Personen angeregt, ferner die Beschaffung einstweiliger Unterkünfte durch Heranziehung leerstehender Räume und der während des Krieges errichteten Barackenbauten, sowie der Bau von 2000 Kriegswohnungen mit 30jähriger Bestanddauer mit einem Kostenbetrage von 20 Millionen Kronen beschlossen.

Als Maßnahmen dauernder Wirkung wurde von der Regierung die Einräumung eines weitgehenden Enteignungsrechtes, die Neuregelung des Schätzungswesens, die Vereinigung der Verkehrseinrichtungen in den Händen der Gemeinde, Reform der Besteuerung von Grund und Boden, zweckmäßige Verteilung der Baustoffe und Baufuhrwerke während der Uebergangszeit gefordert und die Errichtung einer städtischen Kreditstelle für Kleinwohnungsbau beschlossen, welche Hypothekardarlehen bis 85 Prozent vom Schätzwerte zu vermitteln hätte. Der Höchstbetrag der Darlehen wurde mit 135 Millionen festgesetzt und gleichzeitig die Errichtung eines städtischen Wohnungsfürsorgefonds für Kleinwohnungsbauten, der durch drei Jahre jährlich mit 2·3 Millionen zu dotieren ist, zur Sicherstellung der Bürgschaftsleistung beschlossen.

Die

## Kriegerheimstättenbewegung

hat, wenn auch mit dem Baue der Heimstätten nicht begonnen werden konnte, immerhin bemerkenswerte Fortschritte gezeitigt. Die Baurechtsverträge wurden errichtet und verbüchert. Um den in den Kaiser Karl-Kriegerheimstätten Aspern anzusiedelnden Kriegsbeschädigten und ihren Familien reichliche und passende Arbeitsgelegenheit zu bieten, wurde die Angliederung der dänischen Deckenaktion an den Wiener Kriegerheimstättenfonds beschlossen und die Einführung der Bienen- und der Seidenraupenzucht in Aussicht genommen. Es wurde außerdem im Einvernehmen mit dem k. k. Ackerbauministerium die Förderung des Arzneipflanzenbaues im Zusammenhange mit den Kriegerheimstätten in Beratung gezogen. Die Verhandlungen hierüber stehen vor dem Abschlusse. Den Kriegsbeschädigten wird durch diese Aktion eine zweckmäßige landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit erschlossen werden.

Die Ergebnisse der von der Gemeinde Wien veranstalteten allgemeinen

## Wohnungszählung

mit dem Stichtage vom 12. April 1917 wurden der Oeffentlichkeit übergeben. Sie gewähren insbesondere durch den Vergleich mit den Ergebnissen der unmittelbar vor Kriegsausbruch veranstalteten Wohnungszählung an anschauliches Bild über die Entwicklung der Lage des Wohnungsmarktes während der Kriegs-

jahre. Der auf Grund dieser Kriegszählung errichtete allgemeine obligatorische

## Wohnungsnachweis

ermöglicht zum allseitigen Vorteile einen dauernden Ueberblick über die Gesamtlage des Wohnungsmarktes und den jeweils vorhandenen Vorrat an vermietbaren Wohnungen, der angesichts des augenblicklich nicht vermehrbaren Wohnungsbestandes von größter Wichtigkeit ist.

Die als Wohlfahrtsunternehmung von der Gemeinde begonnene

## Einlagerung von Möbel- und Werkstätten-Einrichtungsgegenständen

ist fortgesetzt worden. Seit Gründung dieser Einlagerung (Jänner 1915) wurden bis 30. Juni 1918 insgesamt 602 Einlagerangen im Werte von 830.198 K und 167 Ausfolgungen im Werte von 197.492 K durchgeführt. An Transportkosten für die Ueberführung der Einrichtungsgegenstände wurden 16.097 K verausgabt.

Die

## Städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und ihre Angehörigen sowie für Hinterbliebene von verstorbenen Kriegern

ist auch im abgelaufenen Halbjahre stark in Anspruch genommen worden.

Seit Beginn ihrer Wirksamkeit (26. Oktober 1915) bis 30. Juni 1918 haben 19.630 Parteien bei ihr Rat und Hilfe gesucht. 9393 Fälle konnten durch mündliche Auskünfte erledigt werden, während in 9237 Fällen ein Schriftenverkehr notwendig wurde.

Der schriftliche Einlauf betrug im ersten Halbjahr 1918 3342 gegen 2810 im zweiten Halbjahre 1917, der Gesamteinlauf seit Tätigkeitsbeginn 14.448.

In der Berichtsperiode ist der Beratungsstelle durch Uebernahme verschiedener Agenden, die bisher vom wirtschaftlichen Hilfs-Bureau des k. k. Landsturm-Bezirks-Kommandos Nr. 39 geführt wurden, eine erhöhte Tätigkeit erwachsen, auch unterstützt die Stelle den Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds in der Invalidenfürsorge durch Vornahme der erforderlichen Erhebungen.

Am 20. Juni hat das im Sinne des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. März 1918 geschaffene

## Invalidenamt Wien

seine Tätigkeit begonnen. In den Wirkungskreis dieses Amtes, in dem die k. k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und die städtische Beratungsstelle zu gemeinsamem Wirken vereinigt wurden, fallen: Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung und Arbeitsgeräten an Kriegsbeschädigte, die Erteilung von Hilfe bei deren Selbständigmachung und Besiedelung u. s. w. Der Beratungsstelle selbst verblieb aber noch immer, insbesondere in Fragen des staatlichen Unterhaltsbeitrages für die Familien der Eingerückten ein reges Betätigungsgebiet.

Das

## städtische Jugendamt

hat im ersten Halbjahre 1918 eine Reihe wichtiger Fürsorgeeinrichtungen neu eröffnet und andere für das zweite Halbjahr vorbereitet, um der zunehmenden Not und der Verwahrlosung unserer Jugend zu begegnen.

Im Jänner laufenden Jahres wurde sowohl in dem städtischen Kindergarten im XIII. Bezirke, Haebergasse 1, wie im XVI. Bezirke, Brüßelgasse 31, die Ausspeisung von mehr als 200 Kindern täglich eingeführt.

Wie im Vorjahre, so auch heuer wurde der Betrieb des Kindergartens XVIII., Ferrogasse 28, auf die Kreuzwiese am Schafberg verlegt, um den auch im zartesten Alter stehenden Kindern die Bewegung und das Spiel im Freien zu ermöglichen.

Für eine große Zahl schwächlicher Kinder, welche in die Aktion des Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes nicht mehr einbezogen werden konnten, wird in der Weise gesorgt, daß sie während der Sommermonate in der Tageserholungsstätte auf dem Laaerberge von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends untergebracht und vollständig verpflegt werden.

Auf der Spielwiese im Maria Josefa-Parke sowie auf dem neuerrichteten Spielplatze im Schönbrunnervorpark tummeln täglich mehrere Hundert Kinder unter Aufsicht von Lehrpersonen herum.

Von besonderer Bedeutung aber ist die Abgabe von Sondernahrung, Nährmittelzubußen u. dgl.

Bedürftige Mütter erhalten für ihre Kinder als Beikost Grieß, Hafermehl und Kondensmilch; auch wird den Müttern in der Weise Hilfe geboten, daß ihnen für ihre Kinder gegen Beibringung einer Bedarfsbescheinigung Kleider, Schuhe und Wäsche unentgeltlich verabreicht werden. Bisher wurden 300 Knaben- und Mädchenkleider, 300 Paar Schuhe, 500 Stück Unterwäsche, 1000 Dosen Kufekekindermehl, 740 Dosen Nestlemehl, 1200 kg Hafermehl und über 8000 kg Grieß verteilt.

Auch in der allgemeinen Fürsorge für Jugendliche, insbesondere der Mißhandelten und Verwahrlosten entfaltet das städtische Jugendamt in der schon bisher geübten Weise eine rege Tätigkeit. Es obliegt ihm in dieser Richtung die Uebernahme der Vormundschaft, der Kuratel, die Gewährung von Beihilfen, die Uebernahme der Pflegeaufsicht von Institutionen, die sich mit Jugendfürsorge befassen, die Erziehungsaufsicht, die Ermittlungstätigkeit für Jugendgerichtshilfe, die Ermittlungstätigkeit für ausländische Fürsorgeorganisationen, die Erteilung von Rechtsauskünften für in- und ausländische Fürsorgeorganisationen, die Vermögensverwaltung für Kriegerwaisen und Kinder Mobilisierter.

Das Erfordernis der Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge, Fürsorge für schulpflichtige und schulentlassene Jugend, sowie

anderer Fürsorgeeinrichtungen betrug im ersten Halbjahre gegen 1,000.000 K.

Trotz aller durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Schwierigkeiten vollzieht sich planmäßig der allmähliche Ausbau der städtischen Jugendfürsorge in Wien.

Was die

## armenrechtliche Kinderfürsorge

betrifft, so hielten die erfreulichen Erfolge der Ausgestaltung der Familienpflege trotz der fortschreitenden Erschwerung der Lebenshaltung in den Familien auch in diesem Halbjahre an und ging die Zahl der Kinder, die aus dem Familienverbande übernommen werden mußten, noch weiter zurück; sie betrug 2038 gegen 2154 im zweiten und 2805 im ersten Halbjahre 1917.

Der Rückgang zeigte sich insoesondere bei den Säuglingen, was in erster Linie auf den Ausbau der offenen Säuglingsfürsorge zurückzuführen ist.

Hingegen weisen die Ueberstellungen von Kindern Eingerückter ungefähr gleiche (rund 500, seit Kriegsbeginn rund 2800), bei den Verwahrlosungsgefährdeten sogar stets steigende Ziffern auf. Die Sorge für die letzteren ist zu einem der wichtigsten Probleme geworden, mit dem sich die Gemeindeverwaltung gegenwärtig beschäftigt.

Immer schwieriger gestaltete sich in der letzten Zeit, vor allem wegen der Verschärfung der Ernährungsfrage trotz der Erhöhung der Pflegegelder und der Verabfolgung von Kriegsaushilfen die Unterbringung von Kindern in Privatpflege.

Dies führte vorübergehend zu einer starken Ueberfüllung der städtischen Kinderpflegeanstalt, weshalb auch das sehr günstig gelegene Barackenspital Jedlesee zur einstweiligen Unterbringung von rund 200 Kindern herangezogen werden mußte. In dieser Zweigstelle, die zugleich als Erholungsstätte für schwächlichere Pfleglinge dient, wurde auch ein häuslicher Unterricht mit Waldschulcharakter eingeführt.

Maßnahmen zur Entlastung der anderen Abteilungen der Kinderpflegeanstalt sind im Zuge, so vor allem die Wiederbelegung derjenigen Waisenhäuser, die seit Kriegsbeginn zur Unterbringung von Versorgungshauspfleglingen benützt wurden und die Vermehrung der Unterbringungsmöglichkeiten in Anstalten auf dem Lande.

Die Auszahlung von Säuglingsunterstützungen wurde fortgesetzt, der Fürsorge für Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus zum Zwecke der beruflichen Ausbildung ein besonderes Augenmerk zugewendet.

In Ausübung der Wohlfahrtspflege für arme Kinder wurden heuer 337 Mädchen in die Kindererholungsstätte am Gänsehäufel und gegen 400 skrophulose und rhachitische Kinder in die städtischen Kinderheilanstalten Bad Hall und Sulzbach entsendet.

Die Schwierigkeiten bei Durchführung der

## öffentlichen Bauarbeiten

haben sich seit meinem letzten Berichte noch wesentlich erhöht, da es immer mehr an Baustoffen und Arbeitskräften mangelt. Trotzdem ist es gelungen, das Verwaltungsgebäude beim städtischen Kühllagerhause zu vollenden und der Benützung zu übergeben; auch der Bau des Kontumazmarktes wurde entsprechend gefördert und der große hallenartige Schweineverkaufsstall bereits baulich vollendet, die Häuser für die Schlachtungen und die Kühlanlage unter Dach gebracht und der Bau der Maschinenanlage und des 3340 m² messenden, hallenartigen Rinderverkaufsstalles weit gediehen. Der Umbau der Aspernbrücke hingegen schreitet nur langsam vorwärts, weil die bauausführende Unternehmung auch Heeresarbeiten und Lieferungen zu besorgen hat und diese dem Brückenbau vorangehen müssen. Voraussichtlich werden aber die Arbeiten bis zum Spätherbste so weit vollendet sein, daß mindestens der Fußgeherverkehr über die Brücke geleitet und der bestehende Notsteg aufgelassen werden kann.

Der raschen Instandsetzung der von der Heeresverwaltung bereits rückgestellten Schulen habe ich nach wie vor ein besonderes Augenmerk zugewendet. Von den bis Ende Juni rückgestellten 114 Schulen sind 111 instandgesetzt, obwohl die Arbeiten vielfach sehr umfangreich waren; in 108 Schulen ist auch schon der Unterricht aufgenommen worden.

Die in meinem letzten Berichte erwähnte Vergrößerung des Kinderfreibades in der Wasserhaltung VII der Wienflußanlagen in Hütteldorf wurde bereits durchgeführt. Auch wurde das neue Freibad in der alten Donau nächst dem Militärbade, dessen Wasser- und Strandfläche ein Ausmaß von 42.000 m² besitzt, fertiggestellt. Beide Bäder werden bereits benützt.

Da die vom Staat unter Beitragsleistung der Gemeinde zu erbauende Brücke über die alte Donau im Zuge der Kagraner Reichsstraße bald fertiggestellt sein wird, wurde mit den dort erforderlichen, umfangreichen Straßenumgestaltungen bereits begonnen. Es wird jedenfalls möglich werden, die neue Brücke noch heuer dem Verkehre zu übergeben und dadurch die dortigen schweren Verkehrsübelstände endlich zu beseitigen.

Um die Versorgung der Gemeinde mit Fleisch zu erleichtern, sind auf Grund eines Uebereinkommens mit dem k. k. Amte für Volksernährung und auf Kosten der Viehverwertungs-Gesellschaft in den Brauhäusern in Simmering und in Hütteldorf ein Teil der vorhandenen Kühlräume in Notgefrieranlagen umgewandelt worden. Beide Anlagen, in welchen zusammen beiläufig 4,000.000 kg Fleisch eingelagert werden können, werden bereits benützt.

Da sich der bisherige städtische Kohlenplatz in Michelbeuern als zu klein erwies, wurde am inneren Währingergürtel ein größerer Platz zur Ansammlung eines größeren Kohlenvorrates ausgestaltet und durch eine Schleppgeleiseanlage mit der Gürtellinie verbunden. Durch die Schaffung dieses Kohlenplatzes wird die Versorgung der Bezirke Währing und Hernals mit Kohle wesentlich erleichtert werden.

Unter den größeren Bauten, die im ersten Halbjahre 1918 fortgeführt und nahezu vollendet wurden, ist der Entlastungskanal für den Ottakringer Bach am Hernalsergürtel hervorzuheben. Dieser Kanal entzieht wieder ein größeres Niederschlagsgebiet dem Alsbachkanale, wodurch die Gefährdung der tiefer liegenden Teile des IX. Bezirkes bei Wolkenbrüchen vermindert wird.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Umgestaltung des von der Gemeinde angekauften Schlosses Bellevue in eine Tages-

erholungsstätte für Kinder bereits durchgeführt ist und die Entwürfe für die sogenannten Kriegswohnungen so weit fertig gestellt sind, daß mit den Bauten begonnen werden kann, wenn die erforderlichen Baustoffe und Arbeitskräfte zu Verfügung stehen.

Der seit Kriegsbeginn für Hochbauten, dann für den Bau von Straßen, Brücken, Kanälen und Wasserleitungen verausgabte Betrag hat sich auf rund 40,135.000 K, für die Investitionen bei den Gaswerken, Elektrizitätswerken und Straßenbahnen auf rund 39,090.000 K erhöht.

Die

## Nahrungsmittelversorgung

der Zweimillionenstadt wurde im vierten Kriegswinter vor nahezu unlösbare Aufgaben gestellt. Die Sommerdürre des Jahres 1917 ließ nur eine vollkommen unzureichende Ernte in Bodenfrüchten und Futtermitteln aller Art reifen, welche (überdies durch die staatliche Organisation) nur unvollständig erfaßt werden konnte. Da die Unzulänglichkeit des Ernteertrages sich auch bei unseren Verbündeten und bei den Neutralen fühlbar machte, erreichten die Lebensmittelzuschübe aus Ungarn und dem Auslande den tiefsten Stand seit Kriegsbeginn. Die Friedensschlüsse mit der Ukraine und mit Rumänien, auf deren wirtschaftliche Ausnützung so große Hoffnungen gesetzt wurden, haben diese Erwartungen nur zum Teil erfüllt. In der Berichtsperiode mußten daher nicht nur die Verbrauchsquoten an Mehl, Brot, Zucker, Kartoffeln und Fett verkürzt werden, sondern es war auch die Beschickung der Märkte mit sonstigen Lebensmitteln eine vielfach unzulängliche, so daß den städtischen Verbrauchern das Durchhalten recht schwer wurde.

## Getreide und Mehl.

Die bereits im Spätherbste des Vorjahres aufgetretenen Schwierigkeiten in der Mehlversorgung hatten bald nach Jahresschluß zu der längst befürchteten Verringerung der Kochmehlquote geführt.

Mit der im R.-G.-Bl. Nr. 16 kundgemachten Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 16. Jänner 1918 ist die allgemeine Kürzung der bisherigen Verbrauchsmenge von 500 g Kochmehl (Mahlprodukten) auf 250 g angeordnet worden. Gegen diese Maßnahme der Regierung hat der Gemeinderat erfolglos Stellung genommen.

Später stellte Deutschland 450 Waggons Kochmehl gegen Ueberlassung rumänischer, für Oesterreich bestimmter Maissendungen zur Verfügung.

Da jedoch die deutschen Sendungen schon anfangs März aufhörten, weiters die Aufbringung der restlichen Bestände der heimischen Ernte des Jahres 1917 keine nennenswerten Erfolge aufzuweisen hatte, von Ungarn aber, das eine Herabsetzung der für Mehl festgesetzten Kopfquote selbst in Aussicht genommen hatte, trotz aller Bemühungen der österreichischen Regierung nichts zu erreichen war und auch die Zuschübe aus Rumänien allmählich zu versiegen begannen, war es nicht mehr zu vermeiden, daß auch die gekürzte Mehlquote nur mehr zur Hälfte in Mehl ausgegeben werden konnte und daß weiters zur Streckung der geringen Brotmehlvorräte Mais in sehr beträchtlichem Maße verwendet werden mußte.

Zur Erzielung einer Mehlersparnis wurde vom Amte für Volksernährung das Brotverhältnis dahin abgeändert, daß aus 608 g Mehl 840 g Brot erzeugt werden mußten; außerdem wurde das Gewicht des Einheitslaibes mit 1260 g festgesetzt.

Die Unzulänglichkeit der Mehlaufbringung hat im April 1918 bereits dahin geführt, daß durch volle zwei Wochen überhaupt nicht mehr Mehl, sondern nur andere Mahlprodukte ausgegeben werden konnten. Wiederholt wurden für Wien bestimmte Sendungen von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zur Versorgung anderer notleidender Städte verwendet.

Die schließlich von der Regierung vorgenommene Kürzung der Selbstversorgerquote unter Gewährung von Geld- und Zuckerprämien hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Selbstverständlich hat es die Wiener Gemeindevertretung nicht an Bemühungen fehlen lassen, bei den maßgebenden Regierungsstellen und dem Armee-Oberkommando eine Erleichterung in der Lebensführung der Bevölkerung zu erwirken. Nach Abschluß des Friedens in Brest-Litowsk wurde eine Abordnung des Wiener Gemeinderates auch von dem Minister des Aeußern Grafen Czernin empfangen, der eine wesentliche Besserung der Versorgungslage Oesterreichs infolge des Friedensschlusses und der wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Rumänien in Aussicht stellte.

Am 28. April 1918 wurde das von Oesterreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam abgeschlossene Wirtschaftsübereinkommen mit der Ukraine veröffentlicht, demzufolge die Ukraine vom April bis Ende Juli 1918 an Getreide und Mahlprodukten (Hülsenfrüchte) für Oesterreich-Ungarn 50.000 Waggons in bestimmten Monatsmengen liefern sollte. Tatsächlich langten auch größere Zuschübe aus der Ukraine im Lagerhause der Stadt Wien ein, vorerst aber weder Mehl noch Getreide.

Bedeutungsvoll für die Mittelmächte war das in einem Zusatze zum Friedensvertrage mit Rumänien enthaltene wirtschaftliche Uebereinkommen, welches den Völkern Mitteleuropas die Ueberschüsse der reichen rumänischen Ernten für eine Reihe von Jahren sichern soll. Den Mittelmächten wurde das Recht eingeräumt, die Ueberschüsse der rumänischen Ernten 1918 und 1919 zu festen Preisen, die Ueberschüsse der folgenden sieben Jahre im Bedarfsfalle zu den Welthandelspreisen anzukaufen.

Tatsächlich trat Ende April eine merkliche Besserung der Getreideversorgung ein, die auch noch im Monat Mai anhielt.

Es konnte wieder die halbe Mehlquote abgegeben, und da aus der Ukraine und Rumänien beträchtliche Mengen Brotgetreide einlangten, auch schmackhafteres Brot hergestellt werden, dagegen bleiben die Zuschübe an rumänischen Mais völlig aus.

Um aber die Ernährung der Bevölkerung noch bis zur neuen Ernte zu sichern, wurde von den Regierungen Oesterreich-Ungarns mit der deutschen Regierung Mitte Mai eine Vereinbarung getroffen. In dieser verpflichtete sich Deutschland, an Oesterreich die erforderlichen Getreidemengen bis 15. Juli, nötigenfalles bis 15. August aus den ukrainischen, rumänischen und bessarabischen Bezügen zu liefern, wogegen Oesterreich-Ungarn auf die Aufbringung von Getreide in diesen Gebieten durch ihre Organe verzichtete.

Nach dieser Vereinbarung konnte angenommen werden, daß die Brot- und Mehlversorgung bis zur neuen Ernte gesichert sei. Bedauerlicherweise war jedoch Deutschland infolge der politischen Verhältnisse in den vorgenannten Aufbringungsgebieten nicht in der Lage, der übernommenen Verpflichtung vollinhaltlich nachzukommen.

Da die Brotration in den Provinzstädten und auf dem flachen Lande tatsächlich schon gekürzt war und die zur Erzielung einer Mehlersparnis ergangene Aufforderung der Statthalterei, daß jene Haushalte, die für jede verköstigte Person über mehr als 3 kg Mehl besitzen, auf den Mehlbezug verzichten sollten, keinen besonderen Erfolg hatte — es haben im Ganzen nur 22.774 Personen die Mehlkarten zurückgelegt — stand die Regierung vor der Wahl, entweder unter völliger Vernachlässigung der Provinz, für Wien allein noch die volle Brotmehlquote bestehen zu lassen oder auch in Wien die Brotquote zu verkürzen, um die Brotversorgung der Provinz wenigstens im notdürftigen Ausmaße aufrecht zu erhalten. Die Regierung entschied sich für das Letztere.

Ich habe sofort nach der am 15. Juni erhaltenen Verständigung gegen die angeordnete Kürzung der Brotmehlquote auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt und mich an Deutschland und Ungarn mit der Bitte um Aushilfe gewendet.

Auch der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 18. Juni gegen die angeordnete Kürzung der Brotmehlquote Verwahrung erhoben und an die Regierung die dringende Aufforderung gerichtet, in letzter Stunde alles aufzubieten, daß diese Maßnahme ehestens außer Kraft gesetzt werde und die Bevölkerung wieder in den vollen, ohnehin knappen Brotgenuß gelange.

War dies auch unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr durchzusetzen, so hatte dennoch meine Bitte in Deutschland und Ungarn ihre Wirkung nicht verfehlt.

In dankenswerter Weise hat die Bevölkerung der Stadt Budapest über Aufforderung ihres Bürgermeisters Dr. v. Body auf die Einlösung ihrer Mehlkarten an je einem Tage der Monate Juni und Juli zugunsten der notleidenden Bewohner Wiens verzichtet und auf diese Weise 50 Waggons Edelmehl der Stadt Wien als Spende der Schwesterstadt Budapest zur Verfügung gestellt.

Ebenso haben auch die ungarische und die deutsche Regierung, und zwar erstere durch schleunige Zusendung verschiedener Lebensmittel, letztere durch Ueberlassung von 250 Waggons Roggenmehl aus den eigenen Beständen Hilfe geleistet.

Allen denen, die der Wiener Bevölkerung auf diese Weise das Durchhalten bis zur Einbringung der neuen Ernte erleichtert haben, ist der Dank der Gemeindeverwaltung sicher.

Die geschilderten Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß im abgelaufenen Halbjahre durchwegs eine Verschlechterung der zugewiesenen Mehlsorten eintrat. So wurden bei einer Gesamtabgabe von 3300 Waggons Brot- und Kochmehl, 1366 Waggons Weizengleichmehl weniger und 1097 Waggons Maismehl und Maisgrieß mehr zugewiesen als im vorhergegangenen Halbjahre. Die Mehlzuweisung des abgelaufenen Halbjahres ist gegen das vorausgegangene um 845 Waggons gesunken.

Insgesamt wurden bisher durch die Gemeinde Wien 28.656 Waggons Mehl, und zwar 6248 Waggons Surrogat- und 22.408 Waggons Edelmehl ausgegeben. Eine 80prozentige Ausmahlung des Getreides angenommen, sind für die Erzeugung dieser Mehlmenge 34.387 Waggons Getreide nötig gewesen.

Die Hoffnung der Zweimillionenstadt richtet sich nun auf das Ergebnis der neuen Ernte, und aller Voraussicht nach wird uns nach den bangen, schweren Wochen des abgelaufenen Halbjahres ein, wenn auch nicht überreicher, so doch auskömmlicher Erntesegen beschieden sein.

## Bohnen, Erbsen und Reis.

So wertvoll bei der bestehenden Brot- und Mehlknappheit ein Zuschuß von Hülsenfrüchten gewesen wäre, konnte, da die Gemeinde insgesamt 18 Waggons Erbsen von der Regierung erhielt, eine Abgabe nur ein einziges Mal, und zwar als Ersatz für das fehlende Mehl erfolgen.

Bohnen wurden der Gemeinde überhaupt nicht zugewiesen. Es mußten demnach die restlichen kleinen Bestände der Gemeinde an Bohnen und Erbsen für die städtischen Anstalten und sonstigen Privatanstalten und für Ausspeisezwecke verwendet werden. Da Bohnen und Erbsen staatlich bewirtschaftet sind, konnte auch ein freier Einkauf durch die Gemeinde nicht erfolgen.

Eine Reiszuweisung konnte die Gemeinde im abgelaufenen Halbjahre überhaupt nicht mehr erhalten. Die kleinen, alten Reisbestände, welche aus Erwerbungen zu Kriegsbeginn herrühren, kamen nur für die Verpflegung Schwerkranker in Betracht.

## Zucker.

Bei gleichbleibender Quote und mit demselben Verteilungsapparat war die Zuckerversorgung im ersten Halbjahre 1918 insoferne etwas günstiger, als die Anlieferungen aus den Fabriken an die Verteilungstelle etwas regelmäßiger sich gestalteten. In der letzten Juniwoche wurde ausnahmsweise die doppelte Zuckerquote zur Ermöglichung des Obsteinsiedens ausgegeben. Die hiefür erforderliche Zuckermenge wurde aus ukrainischen Importen bestritten. Die Versorgung mit Saccharin blieb eine ebenso unzureichende wie in der vorigen Berichtsperiode.

## Kaffeemischung.

Seit der Einstellung der Bohnenkaffeeabgabe im August 1917 ließ bekanntlich das Ernährungsamt eine offizielle Kaffeemischung erzeugen, welche von der Kaffee-Zentrale bewirtschaftet wird. Für die Kaffee ausschenkenden Gewerbe, städtische und sonstige Wohlfahrtsanstalten, Großverbraucher und zur Verteilung an den legitimen Handel erhält seither die Verteilungsstelle von der Kaffee-Zentrale die Mischung zugewiesen, während die Kaffee-Zentrale die Konsumentenorganisationen direkt beliefert.

Im Berichtsjahre hat die Kaffeeverteilungsstelle unter Kontrolle der Gemeinde Wien monatlich etwa 15 Waggons dieser Mischung abgeben können.

Durch eine Zuweisung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und Uebernahme beschlagnahmter Ware konnte ferner die Gemeinde in der Berichtsperiode ungefähr 5000 kg Zichorienkaffee

und gebrannte Gerste erwerben, welche in den städtischen und sonstigen Wohlfahrtsanstalten Verwendung finden.

## Milchkonserven.

Da die inländische Erzeugung von Milchkonserven wegen der ganz außerordentlichen Milchknappheit schon seit Jahren eingestellt ist, war die Gemeinde ausschließlich auf Milchkonserven aus dem Auslande angewiesen, die nur im Wege der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft A. G. bezogen werden konnte.

An Kondensmilch hat die Gemeinde im ersten Halbjahre zirka 2200 Kisten Vollmilch und 3600 Kisten Magermilch, an sterilisierter Milch 2800 Kisten bezogen. Diese Konserven gelangten in den städtischen Mehlabgabestellen zum Verkaufe. Im Ganzen wurden vier Ausgaben von Kondensmilch und zwei von sterilisierter Flaschenmilch veranstaltet. Bezugsberechtigt waren schwangere und stillende Frauen und Kinder von 2 bis 6 Jahren, bei einer Abgabe auch die Mindestbemittelten.

Weiters hat die Gemeinde aus ihren alten Beständen größere Mengen Milchkonserven an die städtischen Anstalten, sowie an zahlreiche sonstige öffentliche und private Wohlfahrtsinstitute, ferner für allgemeine Ausspeisezwecke und für die Kaffeeküchen der Straßenbahnen abgegeben.

## Fleisch.

Aehnlich wie im zweiten Halbjahre 1917 gestaltete sich die Fleischversorgung in der letzten Berichtsperiode: Größte wochenlange Fleischknappheit wechselte mit vorübergehendem Fleischüberflusse.

Im März 1918 setzte die Regelung der Fleischabgabe durch Rationierung, mit Anfang Juli auch die Rindfleischrayonierung ein. Wie bei allen übrigen Hauptnahrungsmitteln wurde in der Berichtsperiode auch die Rindfleischversorgung einer staatlichen Zentrale — der amtlichen Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch — übertragen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal in der Fleischversorgung der ersten Monate 1918 ist der rasch zunehmende Verbrauch von Pferdefleisch im allgemeinen Konsume, nachdem es bisher nur für die Wohlfahrtsfleischaktion in Verwendung gekommen war.

Dadurch wurde eine Steigerung der Pferdefleischpreise herbeigeführt, was eine amtliche Regelung der Preise notwendig machte.

Noch vor der Einführung der staatlichen Uebernahmsstelle war es der Gemeindeverwaltung gelungen, 1450 Viertel Rinder aus Ungarn, wenn auch mit großen Opfern, zu beziehen, die im städtischen Kühlhause eingefroren wurden und bei der jetzigen Fleischknappheit zur Versorgung der städtischen Wohlfahrtsanstalten dienen.

Von der Uebernahmsstelle hat die Gemeindeverwaltung 20.000 kg gepökeltes Rindfleisch erworben, das nach erfolgter Räucherung in der Großmarkthalle nach und nach abgegeben wurde. Mit Bewilligung des Armee-Oberkommandos konnte der Einkäufer der Gemeinde in Russisch-Polen 1200 Kälber erwerben, die teils an städtische und sonstige Wohlfahrtsanstalten, teils in der Großmarkthalle unmittelbar an die Verbraucher abgegeben wurden. Die Bemühungen der Gemeinde-Verwaltung, zur Linderung der Fleischnot gelegentlich auch Rindssalami aus Ungarn einzuführen, scheiterten, abgesehen von den hohen Preisen, daran, daß die ungarische Regierung die Ausfuhr nur gegen Einrechnung in das Rinderkontingent gestatten wollte, worauf das k. k. Amt für Volksernährung nicht einging. Von der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft A.-G. hat die Gemeinde einige Waggons gepökelte, dänische Rindsinnereien übernommen, die mit Rollgerste verarbeitet in der allgemeinen Ausspeisung und den Versorgungshäusern verwendet wurden.

Zu Beginn des Jahres spendete das Militär-General-Gouvernement in Belgrad der Gemeinde einen Waggon geräuchertes Pferdefleisch von vorzüglicher Qualität, welches ebenfalls in der allgemeinen Ausspeisung Verwendung fand.

Im ersten Vierteljahre 1918 konnte die Gemeinde auch einige Waggons Lämmer und Schafe aus Ungarn beziehen und in der Großmarkthalle verkaufen. Durch die Zentralisierung des Fleischverkehres sind auch diese Einkäufe unmöglich geworden, so daß derzeit nur mehr in Russisch-Polen mit Bewilligung des Armee-Oberkommandos fallweise kleinere Mengen Schafe erworben werden können.

Mit 15. Dezember 1917 wurde, wie bereits berichtet, von der ungarischen Regierung das Transportscheinsystem für Weidner Schweine aufgehoben; die Schweinelieferungen erfolgen nunmehr durch die Ungarische Vieh- und Futterverkehrsgesellschaft an die Oesterreichische Viehverwertungsgesellschaft im Rahmen eines vereinbarten monatlichen Kontingentes.

Leider bleiben jedoch diese Lieferungen zumeist hinter dem vereinbarten Quantum zurück. Die übernommenen Schweine werden geschlachtet der Borstenvieh-Kommission, die aus Vertretern der Gemeinde Wien und der Viehverwertung besteht, übergeben und nach einem gewissen Verteilungsschlüssel an eine Anzahl von Wiener Selchern zum Detailverkaufe mit vorgeschriebenem Preise verteilt. Zu der am Schlusse des letzten Berichtes erwähnten Lieferung von zirka 12.000 Nagytetenyer Mastschweinen an die Gemeinde Wien außerhalb des Kontingentes ist es nicht gekommen, da die österreichische Regierung ihre Verpflichtung, das Mastfutter für diese Schweine der ungarischen Regierung zu ersetzen, nicht erfüllen konnte. Diese Schweine werden daher in das vereinbarte Kontingent eingerechnet.

Dagegen ist der auch bereits im letzten Berichte erwähnte Versuch einer Schweinemast auf dem Gute Pernhofen gelungen, so daß 500 Schweine teils an die städtischen Anstalten abgegeben, teils im Kühlhause eingefroren werden konnten.

Außerdem hat die Oesterreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft der Gemeinde zwei Waggons gesalzene, nordische Schweine zur Verfügung gestellt, deren Fett in den städtischen Anstalten verwendet wurde, während das Fleisch in der Großmarkthalle zum Verkaufe gelangte. Aus Kroatien konnten vier Waggons gepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch und durch Vermittlung der Oesterreichischen Viehverwertungsgesellschaft außerhalb des Kontingentes einige Waggons Schweine und aus Russisch-Polen kleinere Mengen Rauchfleisch bezogen werden.

Schließlich hat auch die Oesterreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft der Gemeinde Wien einige Waggons polnisches Selchfleisch und zwei Waggons rumänisches Rauchfleisch geliefert.

Durch diese Fleischbezüge war die Gemeinde in der Lage, bei besonderer Lebensmittelknappheit hauptsächlich zu den Feiertagen auf den Märkten helfend einzugreifen.

## Fett.

Die zunehmende Fettknappheit hat im ersten Halbjahre 1918 noch eine weitere Verschärfung erfahren, da die alten Fettvorräte bereits im zweiten Kriegsjahre aufgezehrt waren und die Fettzuschübe infolge Abnahme der Produktion stetig nachgelassen haben.

Auch die Butterlieferungen aus dem Auslande, welche nicht unbedeutend waren, haben sich sehr verringert, so daß Wien fast ausschließlich auf die geringen Buttermengen aus Oberösterreich angewiesen ist.

Die Margarine-Erzeugung litt unter dem Rückgange der Rinderschlachtungen und der Minderwertigkeit der Schlachtrinder und konnte nur durch Zuhilfenahme verschiedener Pflanzenöle aufrecht erhalten werden.

Schweinefett aus dem Inlande und aus Ungarn stand nur in ganz unzureichendem Maße zur Verfügung, auch aus den okkupierten Gebieten konnten nur geringe Mengen Schweinefett aufgebracht werden; eine vorübergehende Besserung in der Fettversorgung brachte die Lieferung einer größeren Anzahl von Jungschweinen aus Rumänien, sowie die Einfuhr von Fett und Oel aus der Ukraine.

Die im Vorjahre eingeführte Kopfquote von wöchentlich 6 dkg Fett konnte bis Mitte März insoferne aufrecht erhalten werden, als diese Quote zur Hälfte in Butter, zur Hälfte in Margarine regelmäßig abgegeben wurde. Seither mußte jedoch die Quote auf 4 dkg herabgesetzt werden, wobei sie zeitweise nur mehr in Margarine abgegeben werden konnte.

Die im September 1917 eingeführte Fettabgabe an Mindestbemittelte wurde auch im ersten Halbjahre 1918 mit einer Kopfquote von 5 dkg Speck für zwei Wochen aufrecht erhalten.

Zu Ostern hat die Gemeindeverwaltung an die Besitzer weißer Einkaufsscheine 20.000 kg und zu Pfingsten 15.000 kg Salzspeck in der Großmarkthalle in Mengen von 6 dkg abgeben lassen, eine Maßnahme, die in den letzten Juniwochen mit Rücksicht auf die Kürzung der Brotquote fortgesetzt wurde. Ferner hat die Gemeindeverwaltung die großen Ausspeiseaktionen öffentlicher und privater Wohlfahrtsanstalten u. s. w. mit Speisefett versorgt. Das Wochenerfordernis an Fett betrug bei der Kopfquote von 6 dkg 7·3 Waggons.

## Eier, Käse, Fische, Geflügel und Wildbret.

Im Monat Jänner und im halben Februar wurde der Rest der im Vorjahre konservierten Eier, und zwar rund 1,132.000 Stück zum Preise von 40 h an die Bevölkerung abgegeben. — Anfangs März trafen die ersten Sendungen frischer Eier ein. Bedauerlicherweise blieben jedoch die Anlieferungen gegenüber dem Vorjahre stark zurück. Insbesondere aus Ungarn und Galizien kamen nur verschwindende Eiermengen nach Wien. Die Hoffnungen, welche nach dem Friedensschlusse mit der Ukraine auf die Eierbezüge aus diesem neuerstandenen Staate gesetzt wurden, haben sich nur teilweise erfüllt. Es wurden zwar von Anfang April bis Ende Mai 4947 Kisten Eier aus der Ukraine dem Verbrauche zugeführt, mit Ende Mai blieben jedoch infolge eines mit Deutschland abgeschlossenen Uebereinkommens diese Eiersendungen ganz aus und werden erst anfangs August wieder aufgenommen werden können. — Die Eierversorgung Wiens war daher abermals hauptsächlich auf die beiden Kreise in Polen angewiesen, aus welchen 7770 Kisten im Werte von 5,050.000 K dem Konsume zugeführt wurden. Außerdem gelang es der Gemeinde Wien 900 Kisten bessarabischer Eier im Werte von 585.000 K durch ihren eigenen Einkäufer nach Wien zu bringen.

Die Fischversorgung war vollständig ungenügend; aus Polen konnten wegen des Mangels an Kühlwaggons und der leichten Verderblichkeit der Ware keine Fische gesendet werden. Dagegen gelang es, aus diesem Gebiete 60.000 kg Topfen und Schafkäse im Gesamtwerte von 450.000 K zu erwerben, die auf den Märkten reißenden Absatz fanden.

Die Geflügelaufbringung in Polen, woselbst die Gemeinde im Vorjahre ziemlich große Mengen bezogen hatte, war selbstverständlich in den ersten Monaten des heurigen Jahres wegen der Lege- und Brutzeit unbedeutend. Es wurde aber von dem Einkäufer der Gemeinde die im Vorjahre organisierte Geflügelmast weiter ausgestaltet, so daß von der im September beginnenden Hauptaufbringung von Geflügel (Gänsen, Indians und Hühnern) ein guter Erfolg erwartet werden kann.

An ungarischem Geflügel wurden in den Monaten April bis Juni 3050 kg geliefert; die Verteilung auf den Märkten wurde von der Genossenschaft der Wildbret- und Geflügelhändler besorgt.

Mit Beendigung der Schußzeiten im Jänner 1918 hörte selbstverständlich auch die Wildanlieferung an die städtische Uebernahmsstelle für Wildbret nahezu auf. Den fortgesetzten Bemühungen der Gemeinde gelang es jedoch, aus ungarischen Kühlhäusern 22.000 Hasen in den Verkehr zu bringen, die, um sie einer möglichst großen Zahl von Verbrauchern zugänglich zu machen, in Teilstücken abgegeben und trotz der hohen Preise bei der herrschenden Fleischknappheit gerne gekauft wurden.

## Kartoffel.

Die Beschaffung von Kartoffeln erfolgte auch für das erste Halbjahr 1918 teils im Wege der bereits im Herbste 1917 geschlossenen Anbau- und Lieferungsverträge, teils durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt.

Vom 1. Jänner bis 30. Juni 1918 wurden der Gemeinde 4240 Bahnwagen Kartoffeln im Werte von rund 12,000.000 K geliefert. Der Wert der seit Kriegsbeginn von der Gemeinde gekauften Kartoffeln beziffert sich mit rund 60,000.000 K.

In der städtischen Kartoffeltrocknungsanlage wurden im ersten Halbjahre 1918 59 Waggons Kartoffelwalzgrieß im Werte von 1,180.000 K erzeugt. Seit ihrer Inbetriebsetzung wurden in dieser Anstalt 113 Bahnwagen Trocknungs-Erzeugnisse im ungefähren Werte von 1,775.000 K hergestellt.

## Gemüse.

Ein besonderes Augenmerk hat die Gemeinde in dieser Berichtsperiode der Beschaffung von Dauergemüse zugewendet.

An Sauerkraut und Sauerrüben wurden 578 Waggons im Werte von 7,650.000 K von der Gemüse-Obststelle in Wien und von der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft in Wien erworben.

Außerdem wurden zirka 42 Waggons Trockengemüse mit einem Werte von 5,040.000 K, das die Gemeinde selbst in verschiedenen Unternehmungen herstellen ließ, abgegeben.

An frischem Gemüse wurden 432 Waggons mit einem Werte von 4,300.000 K aus dem Auslande auf die Märkte gebracht.

## Obst (Obst-Erzeugnisse) und Honig.

Die wichtigste Aufgabe der Gemeinde auf diesem Gebiete war, möglichst viel Rohware zur Erzeugung von Marmelade zu beschaffen, um den Bedarf an diesem bei der bestehenden Fettknappheit unentbehrlichen Nahrungsmittel bis in die Sommermonate sicherzustellen. Es wurden für diesen Zweck 183 Waggons Aepfel aus Steiermark um 1,850.000 K und 76 Waggons Lequar um 3,000.000 K angekauft. Die im I. Halbjahre 1918 erzeugte Marmelademenge belief sich auf 440 Waggons im Werte von 14,000.000 K.

Ferner gelangten 70 Waggons Dörrpflaumen im Werte von über 2,000.000 K zur Ausgabe. Außerdem standen noch 61 Waggons anderes Dörrobst im Werte von 900.000 K zur Verfügung.

Endlich wurden noch angekauft: 18 Waggons Nüsse (Wert 720.000 K), 1060 hl Wein (Wert 300.000 K), 1690 hl Obstmost (Wert 135.000 K), 13 Waggons Honig (Wert 2,600.000 K) und $4^1/_2$ Waggons Kunsthonig (Wert 140.000 K).

## Futtermittel.

Infolge der andauernden Futtermittelnot im Inlande hat die Gemeinde sich auch weiterhin bemüht, Futtermittel zu beschaffen und das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, solche aus dem Auslande zu beziehen.

Die bereits im II. Halbjahre 1917 eingeleitete Aktion zum Bezuge von Rauhfutter aus Russisch-Polen war trotz der oftmaligen Bahnsperre und sonstiger Hindernisse von Erfolg begleitet.

An Heu langte allerdings wenig an, weil an solchem auch in Russisch-Polen ein Mangel herrschte und zuerst das Heereskontingent gedeckt werden mußte. Aber es kamen ziemliche Mengen Stroh in Wien an, von welchem die Gemeinde den weitaus größten Teil im Wege der gewerbeberechtigten Fouragehändler an die Fuhrwerksbesitzer abgab. Weitere Lieferungen sind noch im Anrollen.

Die wiederholten Bemühungen, aus Ungarn Heu zu beschaffen, führten bisher leider zu keinem Erfolg.

Hingegen ist es der Gemeinde gelungen, die Ausfuhrbewilligung für Stroh aus Ungarn zu erhalten und sind bereits namhafte Mengen angerollt und noch zu erwarten.

Durch das Entgegenkommen der bosnischen Landesregierung, welche der Gemeinde die Ausfuhrbewilligung für Heu erteilte, konnte auch aus Bosnien Heu bezogen werden und waren es hauptsächlich diese Bezüge, welche den städtischen Betrieben das Durchhalten ermöglichten.

Da sich bei der Ablieferung dieses Heues infolge des Waggonmangels große Verzögerungen ergaben, die trotz des Entgegenkommens der k. k. Zentral-Transportleitung nicht behoben werden konnten, so wurde der Transport des Heues auch auf dem Wasserwege durch Schlepper der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft durchgeführt.

Selbstverständlich war auch die Gemeinde gezwungen, in der laufenden Berichtsperiode infolge Mangels an Heu Ersatzfuttermittel zu verfüttern. Hauptsächlich waren dies Schilf, Quecke, Rüben, Lupinen, getrocknete Obsttrebern und verschiedene Mischfuttersorten.

Auf diese Weise ist es gelungen, den Betrieben über die schwerste Zeit der Futternot hinwegzuhelfen bis zur neuen Ernte, welche ein besseres Ergebnis erwarten läßt als im abgelaufenen Jahre.

Die Regierung hat sich veranlaßt gesehen, auch im kommenden Wirtschaftsjahre die staatliche Bewirtschaftung des Rauhfutters aufrecht zu erhalten und wurden demgemäß durch die Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 3. Juni 1918, R.-G.-Bl. Nr. 192, die gesamten in Österreich liegenden Vorräte, sowie die gesamte österreichische Ernte an Heu und Stroh beschlagnahmt.

Auf Grund der im Vorjahre bei der Rauhfutteraufbringung gemachten Erfahrungen wurde die Durchführung der Bewirtschaftung des Rauhfutters von der Futtermittel-Zentrale abgetrennt und zu diesem Zwecke eine Rauhfutterstelle beim Amte für Volksernährung mit Zweigstellen für jedes Kronland errichtet.

Der Rauhfutterstelle obliegt nach der Verordnung die Verpflichtung, die Stadt Wien mit Heu und Stroh zu versorgen. Zwecks Verteilung der zur Versorgung der Stadt Wien angelieferten Rauhfuttermengen wurde eine Verteilungsstelle bei der Rauhfutterstelle eingerichtet

Durch die Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 1. Juli 1918, R.-G.-Bl. Nr. 239, wurde die Futtermittel-Zentrale und die neuerrichtete Rauhfutterstelle beim Amte für Volksernährung in eine Futtermittelstelle des Amtes für Volksernährung umgewandelt.

Während für das Wirtschaftsjahr 1917/18 dem Gemeindegebiete von Wien kein Kontingent zur Ablieferung von Heu und Stroh aufgetragen war, hat heuer die k. k. n.-ö. Statthalterei ein solches vorgeschrieben, und zwar 150.000 kg Heu und 500.000 kg Stroh, welches auf die einzelnen Wirtschaftsbesitzer nach dem Hektarertrag unter Berücksichtigung der besonderen Wirtschaftsverhältnisse umgelegt werden wird.

## Förderung des Anbaues durch die Gemeinde Wien.

Der gewaltige Nahrungsmittelbedarf der Großstadt hat die Gemeindeverwaltung veranlaßt, nicht bloß Lebensmittel zu beschaffen, sondern auch auf die Produktion selbst in immer steigendem Maße einzuwirken. Die der Gemeindeverwaltung aus ihrer Produktionspolitik erwachsenden Aufgaben können in drei Gruppen geschieden werden: Die Förderung des Anbaues im Wiener Gemeindegebiete, der Anbau im städti-

schen Eigenbetriebe und der Abschluß der Anbauverträge zwecks Sicherung der Ernte.

Auf dem Gebiete der Anbauförderung war die Gemeinde, von der Erkenntnis ausgehend, daß in den Konsumentenkreisen selbst viel brachliegende Arbeitskraft vorhanden sei, bestrebt, die Kleingartenbewegung tatkräftigst zu fördern und den Konsumenten die Möglichkeit zu bieten, für den Eigenbedarf an Kartoffeln und Gemüse selbst vorzusorgen. Um aus dem Konsumenten den Selbst-Erzeuger zu machen, mußte man ihm den Anbaugrund, Sämereien und Dünger geben. Den Grund eschafft das Bezirkswirtschaftamt Wien durch Anforderung brachliegender Grundstücke auf Grund der Ministerial-Verordnung, welche nach den Anträgen des Bezirkswirtschaftsamtes vom k. k. Ackerbauministerium erlassen wurde. Im Berichtshalbjahre wurden vom Bezirkswirtschaftsamte als politischer Behörde I. Instanz 178 Grundanforderungserkenntnisse gefällt, aus welchen 385.599 m² Grund für die Kleingartenaktion zur Verfügung gestellt wurden. An Kunstdünger wurden 81.287 kg abgegeben.

Ferner wurden an die Kleingärtner und Schulen 295.000 kg Saatkartoffeln und 4,544.357 Gemüsesetzlinge verteilt. Außerdem bezogen die Kleingärtner 3022 kg Saatbohnen, 2253 kg Saaterbsen, sowie 714 kg Spinatsamen und sonstige Sämereien. Der Abgabe des Saatgutes kommt in der Berichtsperiode eine umso höhere Bedeutung zu, als diese Sämereien im freien Handel nicht erhältlich waren und nur der Vorsorge der Gemeinde das Vorhandensein dieses Saatgutes zu danken war.

Der Anbau im städtischen Eigenbetriebe hat im Berichtshalbjahre an Ausdehnung gewaltig zugenommen. Unter den größten Schwierigkeiten wurde die Umwandlung des in Leopoldau betriebenen feldmäßigen Anbaues in eine gartenmäßige Gemüsebauanlage vollzogen und diese mit einer Bewässerungsanlage und den nötigen Vorrichtungen als Mistbeeten und Fenstern zur Heranzucht von Frühgemüsesetzlingen ausgestattet. Um die Schwierigkeiten zu beleuchten, sei beispielsweise erwähnt, daß das Bezirkswirtschaftsamt, um den zum Verglasen notwendigen Kitt zu beschaffen, erst die Beförderungsbewilligung für die erforderliche Bergkreide bei den verschiedenen maßgebenden Stellen ansprechen und betreiben mußte. Daß das Bezirkswirtschaftsamt sich außerdem um die geschulten Arbeiter, um Holz, Glas, Eisenbeschläge, Farben und Firnis bekümmern und die Freigabe aller dieser Mittel bei den zuständigen Stellen erst erwirken mußte, sei nur nebenbei erwähnt. Auch in der Lobau wurden die vorbereitenden Arbeiten für einen ausgedehnten feldmäßigen Anbau von Kartoffeln und Gemüse durchgeführt.

Eine weitere großzügige Aktion, welche bestimmt war, den Nahrungsmittelbedarf der Großstadt in den schwierigen Frühjahrsmonaten zum größeren Teile zu befriedigen, wurde mit der Anbauaktion in Farra ins Leben gerufen. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten mußten bewältigt werden. Dabei ist es nicht zu verwundern, daß die Einrichtung eines gut arbeitenden Wirtschaftsbetriebes in einem Anbaugebiete, welches durch drei Jahre von den Verheerungen des erbittertsten Kampfes heimgesucht war und nunmehr von allen Hilfsmitteln entblößt ist, einen größeren Zeitaufwand erforderte. Aus diesem Grunde konnte diese Anbauaktion im heurigen Jahre mit Frühkartoffeln und Frühgemüse noch nicht helfend eingreifen. Der Stand der Kulturen ist jedoch derart günstig, daß trotz der nunmehr verringerten Anbaufläche von 300 ha mit einer Kartoffelernte von 400 Waggons nebst einer ansehnlichen Anzahl von Gemüseladungen gerechnet werden kann.

Ein zweites größeres Werk wurde in der Gemüsebauanlage auf den Baron Thavonat'schen Gründen in Matzneusiedl geschaffen. Eine Fläche von 75 ha wurde mit einer Bewässerungsanlage versehen, welche den Gemüseanbau von der Witterung unabhängig macht und die Heranzucht von Früh- und Spätgemüsen mit dreimaliger Ernte ermöglicht. Schon ist ersten Jahre des Betriebes kann mit einer befriedigenden Ernte an Frühkraut, Kohl, Kohlrabi, Schnittbohnen, Salatrüben, Karotten und sonstigem Wurzelgemüse gerechnet werden.

Dur Deckung des Eigenbedarfes der städtischen Anstalten sowie der Kriegsgefangenenlager in Schwechat und Stadlau wurde wie in den früheren Jahren der Anbau von Kartoffeln und Gemüse heuer im vergrößerten Maßstabe durchgeführt. Die Anbauflächen betragen: Im städtischen Reservegarten in Kagran 20.000 m², in der Baumschule Albern 18.000 m², beim Gemüseanbau in Schwechat 55.000 m², beim Gemüseanbau in Stadlau 25.000 m².

Der Anbautätigkeit der Gemeinde Wien im Eigenbetrieb sind durch zwei Umstände unüberschreitbare Grenzen gezogen, das ist durch den Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an fachkundigen Arbeitern und durch die Unmöglichkeit ihrer Verpflegung. Durch diese Tatsachen genötigt, ist die Gemeindeverwaltung dazu gelangt, den Anbau auf fremdem Grund von Arbeitskräften des Grundeigentümers durchführen zu lassen und sich die Ernte durch Abschluß eines Anbauvertrages zu sichern. In dieser Form hat die Gemeinde im größten Maßstabe auf die Produktion eingewirkt. Hiebei sei nach den Produkten zwischen Kartoffel- und Gemüseanbauverträgen unterschieden:

Die bereits im Vorjahre durchgesetzte Form der Anbauverträge hat sich gut bewährt und zum wesentlichen Teile bewirkt, daß die Kartoffelversorgung Wiens im laufenden Jahre noch jetzt befriedigend ist, während im Jahre 1917 bei der rein staatlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln schon im Monate April Altkartoffeln nicht mehr vorhanden waren. Das System der Anbauverträge wurde im laufenden Jahre auf alle Kronländer ausgedehnt. Die Gemeinde hat nicht bloß in Niederösterreich, sondern in allen Kartoffelüberschußländern Anbauverträge abgeschlossen. Aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und der Bukowina, sowie Ungarn wird die Gemeinde auf Grund ihrer Anbauverträge Kartoffeln beziehen. In allen diesen Gebieten sind Organe der Gemeinde tätig, um Abschlüsse mit den Produzenten vorzubereiten und die Landwirte zu intensivem Anbau zu bewegen.

Der im Vorjahre so empfindlich hervorgetretene Mangel an Gemüse hat die Gemeinde veranlaßt, außer den bereits oben geschilderten Anbauaktionen im städtischen Eigenbetriebe dem Abschluß von Gemüseanbauverträgen ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Durch Beistellung billigen und erprobten Saatgutes, welches sich die Gemeinde rechtzeitig zu sichern wußte, ist es gelungen, eine Anzahl leistungsfähiger Bauern, sowie auch Großbetriebe zum Abschlusse von Gemüseanbauverträgen zu gewinnen. Außer in Niederösterreich wurden größere Anbauverträge in Böhmen, in Galizien und Ungarn abgeschlossen. Die gesamten Anbauflächen betragen: In Niederösterreich 78 ha, in Böhmen 346 ha, in Galizien 270 ha und in Ungarn 455 ha. Zusammen-

genommen kann mit einer Ernte von 2500 Waggons Gemüse gerechnet werden. Hiebei wurde besonders auf die Produktion von Massengemüse wie Kraut, Rüben und sonstigem Wurzelgemüse Wert gelegt.

Diese Aktion ist noch nicht zum Abschlusse gelangt. Im Hinblicke auf die nahe bevorstehende Getreideernte ist der Abschluß der Stoppelrübenanbauverträge, welcher ein günstiges Ergebnis verspricht, im vollen Gange.

Zum Schlusse sei bemerkt, daß die Vorsorgen für die nächstjährige Anbauperiode bereits jetzt getroffen werden. Zur Deckung des Bedarfes an Kunstdünger werden mit den Fabriken und den zuständigen Behörden Verhandlungen gepflogen. In den Samenproduktionsländern sind auch Organe der Gemeinde tätig, um den Saatgutbedarf für das nächste Jahr schon derzeit sicherzustellen.

# Das Landwirtschaftsamt der Gemeinde Wien.

Da die eigenen landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde während des Krieges immer mehr an Bedeutung gewannen, habe ich die Errichtung eines besonderen Landwirtschaftsamtes verfügt.

Die Agenden dieses Amtes umfassen die Besorgung aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien, die nicht in die Geschäftsführung des Magistrates als politischer Behörde fallen, insbesondere die Verwaltung der beiden Eigengüter der Gemeinde Wien, Cobenzl und Wallhof, die Verwaltung der Pachtgüter Weißerhof-Freiberghof und Deutsch-Altenburg, die Betriebe der Milchwirtschaften, Viehzucht und Schweinemast auf den Gütern Sachsengang, Pernhofen, Lodenitz, Rotensee, Staatz und die Erbauung einer großen Schweinemastanstalt auf dem Gute Pernhofen, die landwirtschaftliche Nutzung der Lobau, der Eigengründe im XXI. Bezirke und der städtischen Anbaugründe in Leopoldau, die Erwerbung von Landwirtschaften und deren Betrieb, Betrieb der Fischzucht, Leitung der Kriegsgemüsegärten und Beratung der städtischen Aemter in landwirtschaftlichen Angelegenheiten des politischen Wirkungskreises.

Das neugeschaffene Amt hat am 1. März 1918 seine Tätigkeit aufgenommen und in seinem ausgedehnten Wirkungskreise, trotz des kurzen Bestandes, bereits beachtenswerte Erfolge erzielt.

Abgesehen von den Kriegsgemüse- und Schrebergärten, bewirtschaftet das Landwirtschaftsamt der Gemeinde Wien derzeit 3900 Joch im Wege intensiver Landwirtschaft und unterhält einen Viehstand von über 1800 Großrindern und 500 Stück Jungvieh, mit denen Milchwirtschaft und Zucht sowie Aufzucht betrieben wird. Hiezu kommt noch das für die Bewirtschaftung der Eigen- und Pachtgüter nötige Zugvieh, Pferde und Ochsen.

Außerdem wird der Viehstand in der nächsten Zeit um 3000 Weideschafe, welche in der Lobau untergebracht werden, vermehrt sein. Schließlich hat das Landwirtschaftsamt auch das Material für die selbständige Fettproduktion der Gemeinde Wien im Wege der Schweineaufzucht und -Mästung, sowohl für die erste, jetzt beginnende Mastperiode als auch für die Zukunft sichergestellt. Für die Schweinemastanstalt Pernhofen mit einem Fassungsraum von 6000 Stück sind bereits bei einer Anzahl von Großgrundbesitzern über 4000 Jungschweine in Vormast, welche nach Erreichung des vertragsmäßig sichergestellten Gewichtes von zirka 50 kg in die Schweinemastanstalt zur Fettmästung im Wege der Trockenmast übersiedeln werden. Die Schweinemastanstalt, deren Bau im März 1918 begonnen und mit äußerster Energie durchgeführt wurde, wird ihren Betrieb teilweise bereits Mitte Juli aufnehmen. Für den Nachwuchs an Mästungsmaterial ist in der Weise gesorgt, daß mit einer Anzahl von Grundbesitzern Schweinezuchtverträge abgeschlossen wurden. Das Landwirtschaftsamt hat auch für die Sicherung des Saatgutes zum Anbau, für die Beschaffung des Kunstdüngers und für die Aufbringung der großen Futtermittelmengen für diesen ausgedehnten Viehstand zu sorgen.

Die Durchführung der dem Landwirtschaftsamte übertragenen Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung der Lobau, wurde trotz der vorgeschrittenen Zeit mit gutem Erfolge eingeleitet. In dem 2000 Joch umfassenden Auen- und Wiesengelände wurden zunächst 230 Joch durch Stürzen der Wiesen in fruchtbares Ackerland verwandelt und Kartoffeln, Kraut, Erbsen, Bohnen, Paradeis, Kohl, Kohlrüben und Brotfrucht feldmäßig angebaut, wobei die für den Gemüsebau erforderliche, derzeit jedoch noch mangelnde Bewässerung durch mühevolle Kleinarbeit mit der Gießkanne ersetzt werden mußte. Auf den übrigen derzeit schon nutzbaren Flächen wird ausgedehnte Wiesenwirtschaft betrieben. Ebenso hat die Viehhaltung mit Rindern, Schweinen und Schafen schon eingesetzt. Selbstverständlich werden sowohl die Gewinnung weiteren Ackerlandes durch Stürzen minderwertiger Wiesen als auch die Viehhaltungen in der Lobau stetig ausgebaut werden.

Einen breiten Raum im Tätigkeitsgebiet des Landwirtschaftsamtes nehmen die Kriegsgemüse- und die Schrebergärten ein. Die Kriegsgemüse- und Schrebergärtenaktion der Landwirtschaftsamtes umfaßt eine Fläche von 6½ Millionen Quadratmeter und beteiligen sich 24.000 Familien mit zirka 150.000 Köpfen an dem Anbau, welcher als Ernte das nicht geringe Quantum von mindestens 1200 Waggons Gemüse aller Art und Kartoffeln ergeben wird.

Im April 1918 hat das Landwirtschaftsamt zur Steuer der Milchnot eine Aktion in der Schweiz durchgeführt, deren Resultat die Erwerbung von 520 erstklassigen, hochträchtigen Milchkühen, 7 erstklassigen Zuchtstieren und 120 hochwertigen Jungkalbinnen war. Infolgedessen ist es möglich, die bereits seit September 1917 bestehende Versorgung sämtlicher städtischer Humanitätsanstalten und Spitäler mit Milch weiter aufrecht zu halten und außerdem noch zirka 9000 l Milch täglich in den allgemeinen Konsum überzuleiten.

Das Landwirtschaftsamt hat die Aufgabe, alle diese vorangeführten Unternehmungen auszugestalten, in ein derartiges Verhältnis zur Bevölkerungsziffer der Millionenstadt Wien zu bringen, daß dadurch der dieser Aktion zugrunde liegende Zweck der Selbsthilfe annähernd erfüllt werden kann.

# Lagerhäuser der Stadt Wien.

Der Verkehr in den Lagerhäusern der Stadt Wien umfaßte in sämtlichen Betrieben (Prateranlage, Kaianlage, Speicher Zwischenbrücken, Freudenauer Winterhafen und Kühllagerhaus nebst dessen Filialbetrieben) im ersten Halbjahr 1918 34.413 Waggons im Werte von 547.672 K 44 h. Der gesamte Güter-

umsatz der Lagerhäuser seit Ausbruch des Krieges bis Ende Juni 1918 belief sich auf 249.685 Waggons im Werte von 2.121,126.090 K.

Die Lagerhäuser waren das ganze Halbjahr durch die Mitwirkung an der Verteilung der Lebensmittel, insbesondere bei der Ausgabe von Mehl, Zucker und Marmelade bis auf das äußerste Maß ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Ueberdies hatten sie bei der Verteilung der Lebensmittel an die Provinzstädte und Industrieorte, sowie an der Heeresversorgung mitzuwirken. Eine ganz außerordentliche Steigerung hat der Verkehr in den Lagerhausbetrieben von Mitte April an durch die Zuschübe aus der Ukraine erfahren.

Die im Kriege den Lagerhäusern angegliederten Betriebe Speicher Zwischenbrücken und Freudenauer Winterhafen waren ständig voll beschäftigt. Dies gilt auch vom

## Kühllagerhaus der Stadt Wien.

Dieses war ebenso wie in der ganzen Zeit seit seiner Eröffnung (April 1916) zur Gänze ausgenützt. Die Menge der im Kühllagerhause der Stadt Wien im ersten Halbjahre 1918 umgesetzten Lebensmittel betrug 10,146.476 kg im Werte von 135,049.100 K.

In der zur Erweiterung der Lagerräume dem Kühllagerhause seit September 1916 angegliederten Kühl- und Gefrieranlage des Zentral-Pferdeschlachthauses wurden im ersten Halbjahre 1918 186.934 kg im Werte von 1,052.300 K ein- und ausgelagert.

Im Schweineschlachthause, dessen Kühlräume seit 1. Dezember 1917 infolge der von der Gemeinde durchgeführten Adaptierungen als Gefrieranlagen in Verwendung stehen, wurden 712.809 kg Gefrierfleisch im Werte von 11,424.300 K umgesetzt.

Die vom Kühllagerhause der Stadt Wien betriebenen, im Auftrage des k. k. Amtes für Volksernährung zu Gefrieranlagen umgestalteten Kühlräume der Brauereien Simmering und Hütteldorf, die seit Mai 1918 im Betriebe stehen, haben einen Umsatz von 940.582 kg Gefrierfleisch im Werte von 15,488.000 K aufzuweisen.

Der Gesamtumsatz des Kühllagerhauses und der ihm angegliederten Betriebe betrug im ersten Halbjahre 1918 11,986.801 kg im Werte von 163,013.700 K und seit Beginn des Betriebes (April 1916) 56,559.515 kg im Werte von 520,223.140 K.

Die Einrichtungen der Lagerhäuser der Stadt Wien ermöglichten es, die Lebensmittel derart zu konservieren, daß bisher auch nicht die kleinste Menge zugrunde gegangen ist.

## Kohlenversorgung.

Die Einführung der Kohlenbezugsausweise ließ eine geringere Inanspruchnahme der städtischen Kohlenlagerplätze und damit einen Rückgang im Umsatz erwarten, was aber nicht zutraf. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der Verkaufsplätze nunmehr 15 beträgt, so daß viel weiteren Kreisen der Bevölkerung der Bezug der Kohle von den städtischen Lagerplätzen ermöglicht wurde.

Die Abgabe von Braunkohle betrug im ersten Halbjahre 1918 im Kleinen 719 725 q, in Fuhren 622.477 q (gegenüber 721.000 q, beziehungsweise 722.520 q in der ersten Hälfte des Vorjahres).

Außerdem wurden an Steinkohle 139.004 q, sowie waggonweise 462.614 q verkauft, so daß der Gesamtumsatz 1,943.820 q betrug.

Der Umsatz des Detailverkaufes läßt sich daraus entnehmen, daß auf den städtischen Lagerplätzen zuletzt 85.115 Haushalte rayoniert waren, also fast ein Sechstel aller Haushaltungen Wiens.

## Brennholzversorgung.

Die im November und Dezember 1917 auf verschiedenen Gütern Niederösterreich durch die Abziehung der Arbeitssoldaten unterbrochenen Schlägerungsarbeiten konnten während der Wintermonate nur von den wenigen einheimischen Holzarbeitern und von vorübergehend enthobenen Arbeitskräften fortgesetzt werden. Erst nach vielen Bemühungen ist es gelungen, im März 1918 von der Heeresverwaltung für diese Zwecke 600 italienische Kriegsgefangene mit ärarischer Verpflegung gegen Vergütung der Verpflegskosten zu erhalten. Die Zahl dieser Arbeitskräfte hat sich jedoch infolge der Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsunwilligkeit, Erkrankungen und Entweichen auf rund 350 Mann verringert. Die Brennholz-Erzeugung schreitet aber ununterbrochen fort und kann unter den bestehenden äußerst schwierigen Ernährungsverhältnissen befriedigend genannt werden.

In der abgelaufenenen Berichtsperiode wurden auf den Gütern in Niederösterreich rund 40.000 rm erzeugt und hievon rund 21.000 rm nach Wien gebracht. Außerdem betrug der Einlauf aus Russisch-Polen, Steiermark, Mähren und Schlesien 380 Waggons oder rund 7600 rm.

Mit der Abgabe von Unterzündholz an die Bevölkerung wurde im Februar 1918 begonnen; sie erfolgt unter Mitwirkung der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler, der Kleinhändler mit Brennmaterialien und der Handelsgenossenschaften in Wien in der Weise, daß eine Höchstmenge von 5 kg wöchentlich für einen Haushalt gegen Abtrennung eines Ziffernabschnittes des amtlichen Einkaufscheines oder Mehlbezugskarte abgegeben wird. Der Verkaufspreis betrug anfangs für 1 kg hartes Holz 22 h, für 1 kg weiches Holz 30 h (mit Rücksicht auf die noch zu billigeren Preisen erworbenen Vorräte der Gemeinde); infolge der Erhöhung der Gestehungskosten wurden die Abgabspreise ab Juni 1918 auf 27 h, beziehungsweise 34 h für 1 kg erhöht.

Insgesamt wurden bisher von der Gemeinde an die Approvisionierungsgewerbetreibenden, ferner an Kranken- und Humanitätsanstalten und an die Verbraucher rund 42.600 rm, 17,000.000 kg Holz abgegeben.

## Petroleum und Kerzen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Petroleum und Kerzen erfolgte wie bisher durch Abgabe nach Maßgabe der Rationierung aus den Vorräten der Gemeinde.

## Bezugskarten.

In der Gebarung mit den Bezugskarten ist im Laufe der Berichtsperiode eine wesentliche Vereinfachung erfolgt. Da die Wiener Brotbezugskarte, die der Brotrayonierung zur Grundlage dient, zur Kontrolle vollkommen hinreicht, wurden mit 11. Mai

1918 die bisherigen 14tägigen Brot- und Mehlkarten aufgelassen und an deren Stelle bloß eine Mehlkarte mit zehnwöchiger Dauer eingeführt. Vom gleichen Zeitpunkte an wurde eine neue Fettkarte von zehnwöchiger Dauer — die bisherige war von vierwöchiger Dauer — ausgegeben, die auch darauf Rücksicht nimmt, daß ein Teil des Fettbezuges rayoniert ist.

Die Ende 1917 eingeführte Lebensmittelkarte für Militärurlauber hat sich als sehr praktisch erwiesen.

## Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien.

Um den in der Ministerial-Verordnung vom 24. Dezember 1917, betreffend die Regelung der Arbeitsvermittlung, hinsichtlich der öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise gestellten Anforderungen zu entsprechen, hat der Gemeinderat zufolge Beschlusses vom 10. April 1918 zur Beaufsichtigung der unparteiischen Geschäftsführung des Arbeitsnachweises des Arbeiterfürsorgeamtes einen paritätischen Ausschuß, bestehend aus 24 Mitgliedern und 12 Ersatzmännern eingesetzt. 8 Mitglieder und 4 Ersatzmänner dieses Ausschusses werden aus der Mitte des Gemeinderates auf die Dauer ihres Gemeinderatsmandates gewählt: 16 Mitglieder und 8 Ersatzmänner ernennt der Bürgermeister mit dreijähriger Mandatsdauer. Ferner erließ der Stadtrat in seiner Sitzung vom 21. März 1918 Bestimmungen über das Verhalten des Arbeitsnachweises bei Aussperrungen und Streiks. Auf Grund dieser Beschlüsse erklärte die Landesstelle für Arbeitsvermittlung der k. k. n.-ö. Statthalterei den Arbeitsnachweis der Stadt Wien als öffentliche allgemeine Arbeitsnachweisstelle und bestimmte als ihren Sprengel das Gebiet der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die politischen Bezirke Floridsdorf Umgebung, Hietzing Umgebung und Tulln.

Gleichwie im Vorjahre ergab sich auch in der Berichtszeit für das Arbeiterfürsorgeamt die Notwendigkeit, zwei Kurse für Arbeitsnachweisbeamte(innen) abzuhalten.

An den bisher veranstalteten Kursen nahmen 83 Personen teil, darunter 61 Angestellte des Amtes und 9 kriegsinvalide Mannschaftspersonen.

Am 1. März 1918 wurde in der Abteilung für Frauenarbeit eine Fürsorge- und Berufsberatungsstelle für Frauen eröffnet. An der Berufsberatung wirken der katholische Wohltätigkeitsverband und die Zentralstelle für weibliche Berufsberatung mit. Die Regierung hat die neue Einrichtung in dankenswerter Weise dadurch gefördert, daß sie die Kosten für die Ausbildung von fünf Berufsberatungsbeamtinnen in Deutschland übernahm und sowohl der Gemeinde Wien als auch den beiden erwähnten Privatorganisationen materielle Beihilfen in Form von Subventionen gewährte. Der Geschäftsumfang der Abteilung für Frauenarbeit erfuhr ferner eine wesentliche Erweiterung durch die Uebernahme der Vermittlung weiblicher Hilfskräfte für den Heeresdienst. In der Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni 1918 wurden 1826 weibliche Stellengesuche angemeldet und davon der Militärverwaltung 673 zugewiesen. Im Einvernehmen mit den beteiligten staatlichen Zentralstellen wird bei der Vermittlung besondere Rücksicht darauf genommen, daß junge Mädchen nur auf Stellen außerhalb der Etappe und möglichst in dem Aufenthaltsorte ihrer Eltern oder Familienangehörigen zugewiesen werden.

Die

## Lage des Arbeitsmarktes

blieb für die Stellensuchenden andauernd eine günstige. Trotz des in den Kriegsverhältnissen begründeten Rückganges der Stellenanbote machte sich sowohl bei der gewerblichen Arbeit als auch bei der Dienstvermittlung ein ziemlich großer Mangel an geschulten und tüchtigen Arbeitskräften geltend.

Im ersten Halbjahre 1918 standen 38.914 Stellenanboten nur 34.284 Stellengesuche gegenüber. Die Zahl der Vermittlungen bezifferte sich auf 21.444.

Seit Kriegsbeginn bis Ende Juni 1918 hat der Arbeitsnachweis der Stadt Wien insgesamt 372.812 Vermittlungen durchgeführt.

Die andauernd günstige Lage des Arbeitsmarktes hat ein weiteres Sinken der Besuchsziffern des städtischen Asyl- und Werkhauses zur Folge. Der durchschnittliche monatliche Zuwachs an freiwilligen Arbeitern im Werkhause, der im Jahre 1914 225 betrug, sank im zweiten Halbjahre 1917 auf 90 und im ersten Halbjahre 1918 auf 68, die Zahl der monatlichen Verpflegstage dementsprechend von 10.502 auf 4458 und zuletzt auf 4202.

Das städtische Obdachlosenasyl, im Jahre 1914 monatlich von 12.666 und im zweiten Halbjahre 1917 noch von 5863 Personen besucht, wurde nur mehr von 5054 Personen in Anspruch genommen.

## Wohlfahrtspflege.

Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren zur Besorgung der verschiedenartigen Aufgaben der sozialen Fürsorge eine Reihe von eigenen Aemtern errichtet: das Arbeiterfürsorgeamt, das Jugendamt, das Wohnungsamt und die Invalidenberatungsstelle. Im Vorjahre wurde auch noch ein städtisches Wohlfahrtsamt geschaffen, das alle Zweige der städtischen sozialen Fürsorge zu betreuen hat, die nicht einem der eben genannten Sonderämter zufallen. Dem Wohlfahrtsamt ist insbesondere zugewiesen: das Rechtsauskunfteiwesen, die Mittelstandsfürsorge, die Erholungsfürsorge, die Errichtung und Leitung von Kursen für soziale Hilfstätigkeit, das fortlaufende Studium von Neuerungen in der sozialen Fürsorge u. s. w. In dem Bestreben, für den verantwortungsvollen ausübenden Dienst in der Jugendfürsorge geeignete Kräfte heranzubilden, wurde ein Fachkurs für Jugendfürsorge ins Leben gerufen, der im Berichtsjahre zu einem zweijährigen Kurse ausgestaltet worden ist. Er war von mehr als 60 ordentlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die zum größten Teile in der Jugendfürsorge beruflich tätig sind, besucht. Neben ihnen beteiligte sich eine größere Zahl von außerordentlichen Hörern an den Veranstaltungen des Kurses, so daß einzelne Vortragsserien einen Besuch von 100 und mehr Teilnehmern aufzuweisen hatten.

Ueber Anregung des Frauenbeirates der Kriegsfürsorge-Zentrale wurde im vergangenen Winter ein Recherchentinnenkurs abgehalten, an dem sich mehr als 50 Frauen und Mädchen mit größtem Interesse beteiligten. Da im letzten Jahre auch auf

anderen Fachgebieten der Wohlfahrtspflege, so zum Beispiel im Bereiche des Arbeitsnachweises, mehr und mehr das Bedürfnis nach einer besonderen beruflichen Ausbildung der dortigen Arbeitskräfte hervortrat, hat der Gemeinderat im April d. J. die Erweiterung des städtischen Fachkurses für Jugendfürsorge zu einer Akademie für soziale Verwaltung beschlossen. Sie wird die Ausbildung und Fortbildung von Berufsbeamtinnen und Berufsbeamten auf allen Zweigen der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege zur Aufgabe haben, ferner Informationskurse für die ehrenamtlichen Organe der Gemeinde veranstalten und schließlich insbesondere den Mitarbeitern der freiwilligen Hilfstätigkeit, aber auch weiteren Kreisen des Publikums Gelegenheit zur Vertiefung sozialer Kenntnisse geben. Dem gesteigerten allgemeinen Interesse für die Grundlagen und Fortschritte der Wohlfahrtspflege will die Gemeinde durch Herausgabe einer Reihe von Handbüchern für die berufliche und freiwillige soziale Arbeit entgegenkommen. Von dieser Serie sind bisher sechs Hefte erschienen.

An eingeleiteten Maßnahmen städtischer Mittelstandsfürsorge sind hervorzuheben: Die Pachtung des Schlosses Neulengbach, um dort ein Erholungsheim für zirka 200 Personen (Männer und Frauen) einzurichten und die Uebernahme des Vereins-Kinderheimes im XIX. Bezirke, Hartäckerstraße 26, das in ein Erziehungsheim für Kinder des Mittelstandes umgewandelt werden wird.

Um für den Ausbau der Kriegshinterbliebenenfürsorge erschöpfende Grundlagen zu gewinnen, hat die Gemeinde bei der Regierung eine Zählung der Kriegerwitwen und Kriegerwaisen beantragt. Die Zählung wurde über Anordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge im Juni 1918 durchgeführt. Die Gemeinde erwirkte für die Zwecke ihrer Fürsorge die Einbeziehung entfernterer Angehöriger, die ihren Ernährer im Kriege verloren haben, in die Zählung und veranlaßte die Aufnahme der Verhältnisse der Hinterbliebenen nach allen Seiten. Die Ergebnisse der Zählung werden im gegebenen Zeitpunkte veröffentlicht werden. Die Zählblätter sind zur Verwendung als Kataster der Kriegshinterbliebenenfürsorge bestimmt.

In der

## geschlossenen Armenpflege

für erwachsene Personen hat sich auch während des ersten Halbjahres 1918 der Pfleglingsstand nicht erheblich geändert. Infolge der Verteuerung aller Bedarfsartikel für die Pfleglinge sind die Mehrauslagen der Gemeinde Wien wieder gestiegen und haben während des Krieges nunmehr bereits den Betrag von 4,207.000 K erreicht.

Die Kosten der

## offenen Armenpflege

sind im ersten Halbjahre 1918 abermals gestiegen.

Die Zahl der Erhaltungsbeiträge beträgt 44.445. Infolge der Teuerung rücken immer mehr Personen in erhöhte Bezüge vor.

Geldaushilfen wurden in 19.200 Fällen gegeben, außerdem gelangten 80.000 Anweisungen zum Bezuge von Freikohle zur Ausgabe.

Die unentgeltliche Abgabe von Lederschuhen mit Holzsohle an Arme ohne Unterschied der Zuständigkeit wurde fortgesetzt; 46.000 Paar Schuhe wurde verteilt.

Die Gesamtauslagen für die öffentliche Armenpflege, die im letzten Friedensjahre 16,316.170 K betragen hatten, steigerten sich im Verwaltungsjahre 1917/18 auf **26,983.400 K.**

Die

## Gesundheitsverhältnisse

der Stadt können, soweit Infektionskrankheiten im engeren Sinne in Betracht kommen, auch weiterhin im allgemeinen als günstig bezeichnet werden.

An Scharlach sind 2032 Personen erkrankt gegen 2122 im zweiten Halbjahre 1917, an Diphtherie 1525 gegen 1701, an Bauchtyphus 288 gegen 469, an Ruhr 468 gegen 2100 im vorhergehenden Halbjahre. Mit Rücksicht darauf, daß in dem ersten Halbjahre 1917 nur 111 Bauchtyphus- und 119 Ruhrfälle vorgekommen sind, waren die infektiösen Darmerkrankungen, wohl infolge einer durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse gesteigerten Disposition, trotz der kalten Jahreszeit noch immer stark verbreitet. Die Sterblichkeit war der Jahreszeit entsprechend höher als im zweiten Halbjahre 1917, jedoch viel niedriger als in der ersten Hälfte dieses Jahres. Die Sterbeziffer mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in der Berichtszeit 16·4 gegen 14·7 im zweiten Halbjahre 1917 und 19·3 im ersten Halbjahre 1917. Einen wesentlichen Einfluß auf die Sterblichkeit übte auch in der Berichtszeit die Zunahme der Tuberkulose, welcher im ersten Halbjahr 1918 6372 Personen zum Opfer fielen, wobei gegen die gleiche Zeit des Jahres 1917 mit 7101 Todesfällen eine Abnahme festzustellen ist. Die Zahl der dem Kampfe gegen die Tuberkulose gewidmeten Fürsorgestellen wurde durch die Genehmigung einer Fürsorgestelle für tuberkulose Kinder im IX. Bezirke (Klinik Pirquet) und Errichtung einer Fürsorgestelle im XVI. Bezirke auf 9 vermehrt. Sie entfalteten durch ärztliche Behandlung der Kranken, deren Unterbringung in Heilstätten und Spitälern, sowie durch die Fürsorge für ihre Familien eine rege und erfolgreiche Tätigkeit.

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Tuberkulosenfürsorge in Wien war die in der Berichtszeit erfolgte Uebernahme des durch Repatriierung seiner Insassen freigewordenen Flüchtlingslagers in Steinklamm durch die Gemeinde Wien zum Zwecke der Unterbringung leicht erkrankter Tuberkuloser behufs Pflege und ärztlicher Behandlung. Dortselbst sollen zunächst 650 Kranke Aufnahme finden, späterhin nach Durchführung der notwendigen Adaptierungsarbeiten ungefähr 1500 Kranke die zu ihrer Genesung erforderlichen Behelfe und Bedingungen finden.

Von den städtischen Sanitätsstationen wurden im ersten Halbjahre 1918 23.148 (seit Kriegsbeginn 190.824) Kranken- und Leichentransporte, darunter 2232 (seit Kriegsbeginn 35.729)

von Militärpersonen ausgeführt, 7206 (seit Kriegsbeginn 59.397) Desinfektionen in Wohnungen, darunter 333 (seit Kriegsbeginn 6757) in militärischen Ubikationen vorgenommen. In der städtischen Entlausungsanstalt wurden 3227 (seit Kriegsbeginn 9942) Personen der Reinigung unterzogen.

In der städtischen Beratungsstelle für Ernährung der Kranken während des Krieges sind im ersten Halbjahre 1918 141.363 (seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jänner 1917 252.860) Gesuche um Zuweisung von Lebensmitteln für Kranke eingelangt.

In 126.774 Fällen (214.579 seit Beginn) wurde ein erhöhter Milchbezug (von $^1/_4$ oder $^1/_2$ l täglich) bewilligt, 3439 Kranken wurden doppelte und dreifache Fettmenge, 902 Kranken Fleischgenuß an fleischlosen Tagen, 609 Personen Diabetikerbrot, 471 Parteien Nephritikerbrot und 189 Simonsbrot zugewiesen, 898 Kranken wurde eine erhöhte Mehlmenge und 3861 Kranken eine erhöhte Zuckermenge bewilligt.

## Gemeindefinanzen und Kriegsanleihen.

Auch in der Berichtsperiode zeigt sich in den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenziffern der Einfluß des Krieges in bedeutendem Maße.

Die Einzahlungen im städtischen Steueramte betrugen 446,503.000 K gegenüber 278,244.000 K im I. Halbjahre 1917. Hievon entfielen auf Gemeindeumlagen 55,503.000 K gegenüber 47,729 000 K im I. Halbjahre 1917, also um 7,774.000 K mehr. Mehreinnahmen aus öffentlich-rechtlichen Abgaben sind insbesondere noch zu verzeichnen bei der während des Krieges eingeführten Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften, deren Ertrag — rund 1 Million Kronen für das Halbjahr 1918 — durch die außerordentliche Nachfrage nach Liegenschaften günstig beeinflußt wird, dann infolge Inkrafttretens der Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen (24. März 1918), die bis 30. Juni 1918 einen Betrag von mehr als 1 Million Kronen gebracht hat. Die Wirksamkeit der Gesetze, betreffend die Ueberweisung eines Anteiles am Ertrage der Realsteuern, der Branntweinsteuer und der Biersteuer an die Landesfonds und die Gemeinde Wien hat am 31. Dezember 1917 aufgehört.

Das von der Regierung eingebrachte neue Gesetz ist noch nicht erledigt. Infolgedessen ist im Gemeindehaushalte ein Entfall von rund 11 Millionen Kronen bis 30. Juni 1918 zu verzeichnen, der erst nach der parlamentarischen Erledigung der Gesetzvorlage eingebracht werden wird.

Aeußerst schwerwiegend für die Gemeindefinanzen waren auch in der Berichtsperiode die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben.

Hier sind vor allem die Ausgaben für die Angestelltenfürsorge einschließlich der Kriegszulagen zu erwähnen.

Infolge Erhöhung der letzteren um 50 Prozent, sowie infolge Gewährung einer einmaligen Anschaffungszulage im April 1918 sind die Ausgaben für diesen Zweck, wie bereits erwähnt, neuerlich gewachsen, so daß sie seit Kriegsbeginn 112 Millionen ausmachen.

Die Nettoausgaben für Militärbequartierung betrugen im I. Halbjahre 1918 4·6 Millionen Kronen.

Für sanitäre Vorkehrungen, soziale Fürsorgemaßnahmen, Entlohnungen der im Lebensmitteldienst tätigen Personen usw. wurden 1·5 Millionen Kronen aufgewendet, so daß sich die Ausgabe für diesen Zweck seit Kriegsbeginn auf 22·5 Millionen Kronen erhöht hat.

Auf die 8. österreichische Kriegsanleihe hat die Gemeinde mit ihren Anstalten und Fonds 70 Millionen Kronen gezeichnet. Hiedurch ergibt sich eine Gesamthöhe der Zeichnungen der Gemeinde auf alle bisherigen Kriegsanleihen von 398 Millionen Kronen.

Das feste Vertrauen der Bevölkerung in die Finanzgebarung der Stadt Wien gibt sich auch in der fortschreitend günstigen Entwicklung der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien kund, deren Einlagen im abgelaufenen Halbjahre eine weitere Steigerung um 47,173.846 K 61 h auf 297,427.624 K 9 h erfuhren. Entsprechend dieser Vermehrung der ihrer Verwaltung anvertrauten Gelder hat sich die Zentral-Sparkasse mit ihren Parteien auch an der

## achten Kriegsanleihe

bisher mit 37,000.000 Millionen Kronen Nom. beteiligt, so daß die Gesamtziffer, mit der die Anstalt zu dem Erfolge der Kriegsanleihen beitrug, 258,466.400 Millionen Kronen Nom. erreicht.

Durch die Friedensschlüsse im Osten sind bereits jetzt Abrüstungsgegenstände und Sachgüter für den Heeresbedarf in großem Umfange entbehrlich und für den Zivilbedarf verfügbar geworden. Es wurde daher beim Wiener Magistrate eine eigene Abteilung geschaffen, welche den Bedarf der Gemeindeverwaltung an derartigen Gegenständen zu ermitteln und dafür zu sorgen hat, daß bei der im Zuge befindlichen Sachdemobilisierung die Bedürfnisse der Gemeinde Wien und der Wiener Bevölkerung entsprechend berücksichtigt werden. Dieser Abteilung wurden auch die sonstigen Vorbereitungen für die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege übertragen und sind von ihr bisher insbesondere die ersten Schritte zur Einleitung einer großangelegten Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbestand unter Mitwirkung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses und der Wiener Handels- und Gewerbekammer unternommen worden.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

**Dr. Richard Weiskirchner.**

# Gemeinderat.

## Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **17. Juli 1918,** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner und des Vize-Bürgermeisters Franz Hoß.

**Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner:** Der Gemeinderat ist beschlußfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

**1.** Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte: v. Findenigg, Bretschneider, Heffenmayer, Koppensteiner und Reumann.

**2.** Beurlaubt sind die Herren Gem.-Räte: Fraß, Hermann, Dr. v. Dorn, Roth, Wolny und Zimmermann.

**3.** Frau Barbara Schmeykal hat für die Erbauung einer Kapelle auf dem Kagraner Friedhofe, die zum Andenken an die im Kriege Gefallenen errichtet werden soll, einen Betrag von 13.000 K gespendet.

Für diesen Bau ist im Stadtbauamte bereits ein Entwurf in Ausarbeitung.

Ich beantrage, die Spende anzunehmen und den Dank der Gemeinde der Dame auszusprechen. (Zustimmung.) Die Herren sind mit meinem Vorschlag einverstanden.

Es sind Anfragen und Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**4.** Anfrage des **Gem.-Rates Adolf Gussenbauer:**

Der Schulleiterverband der Wiener Volks- und Bürgerschulen hat in Vertretung der Wiener Brot-Kommissionen um eine zeitgemäße Erhöhung des den Mitgliedern der Brot-Kommissionen seinerzeit gewährten Zehrgeldes von 4 K auf 5 K angesucht. Dieses Ansuchen findet seine Begründung in der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise. Zweifellos bringen die Mitglieder der Kommissionen mit der weiteren Versehung ihres anstrengenden Dienstes ein persönliches Opfer, welches wenigstens eine teilweise entsprechende Entschädigung verdient. Während für jene Lehrpersonen, die als Aufsichtspersonen nach Ungarn reisen, die Frage der Lebensversorgung durch die vollständige Verpflegung gelöst erscheint, werden die zurückbleibenden Kommissionsmitglieder von der Lebenssorge schwer belastet. Diese Umstände machen diese Angelegenheit zu einer dringenden.

Es wird daher folgende Anfrage gestellt:

Ist die Erhöhung der Zehrgelder für die Mitglieder der Brot-Kommissionen bereits in Verhandlung gezogen und von wann an soll die angesuchte Erhöhung auf 5 K zur Auszahlung gelangen?

**Bürgermeister:** Ueber die Eingabe des Verbandes der Leiter der Wiener Volks- und Bürgerschulen vom 1. Juni 1918 um Erhöhung der den Mitgliedern der Brot- und Mehl-Kommissionen zuerkannten täglichen Zehrgelder wurde vom Bezirks-Wirtschaftsamte, Stelle 1, unverzüglich ein Gutachten des k. k. Bezirksschulrates Wien eingeholt und wurde der Akt nach Einlangen desselben der Stadtbuchhaltung zur Aeußerung über die Kostenfrage übermittelt. Nach Abgabe dieser Aeußerung wird die Eingabe ohne jede Verzögerung der weiteren Behandlung unterzogen und der raschesten Erledigung zugeführt werden.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**5.** Anfrage des **Gem.-Rates Adolf Gussenbauer:**

Den Obstgartenbesitzern ist die Zuteilung einer bestimmten Menge von Einsiedezucker in Aussicht gestellt worden. Die geforderten Eingaben wurden schon im Juli gemacht. Währenddessen ist die Kirscheneinsiedezeit verflossen, die Einsiedezeit für die wichtigsten Beerenfrüchte geht ihrem Ende entgegen und auch die so wichtige Einsiedemöglichkeit für die Marillen dürfte bald vorüber sein. Aber niemand weiß, wann der ersehnte Einsiedezucker zur Verteilung gelangt. In irrtümlicher Verkennung der Verhältnisse erstreckt sich der Unmut der Interessenten wieder zumeist auf die Gemeinde.

Es werden daher folgende Fragen gestellt:

1. Wer verteilt den Einsiedezucker?

2. Wer ist schuldtragend an dieser unverantwortlichen Schlamperei?

3. Ist Hoffnung vorhanden, daß der versprochene Einsiedezucker noch in diesem Sommer zur Verteilung gelangt?

**Bürgermeister:** Die tatsächlichen Angaben in der Anfrage sind leider richtig, ebenso richtig ist aber auch, daß der Magistrat, beziehungsweise die Gemeinde Wien an den beklagten Uebelständen nicht die geringste Schuld trägt.

Der Magistrat hat sich nämlich schon am 14. Mai, als die ersten Zeitungsnachrichten von einer abermaligen Belieferung der Obstgartenbesitzer mit Einsiedezucker sprachen, an das Volksernährungsamt schriftlich unter Hinweis darauf, daß nach den im Vorjahre gewonnenen Erfahrungen die Durchführung der Zuckerverteilung mindestens vier Wochen erfordert, um sofortige Bekanntgabe der Durchführungsvorschriften gewendet, damit nicht wie im Vorjahre den Wiener Obstgartenbesitzern der Einsiedezucker erst zu einer Zeit zugewiesen wird, in der das Frühobst bereits weg ist.

Trotz wiederholter telephonischer Betreibung wurden dem Wiener Magistrate die erwähnten Durchführungsvorschriften erst am 12. Juni zugestellt; der Magistrat hat schon am darauffolgenden Tage mit einer Kundmachung diese Vorschriften verlautbart, nach dem Ergebnisse des durchgeführten Aufforderungsverfahrens die Aufteilung der für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Zuckermengen sofort vorgenommen und seit Anfang dieser Woche liegen bereits sämtliche 5100 Anweisungen geschrieben bei den magistratischen Bezirksämtern zum Abholen bereit.

Der Zucker war aber bisher nur aktenmäßig, nicht auch schon tatsächlich der Gemeinde Wien zugewiesen worden. Der Magistrat hat daher schon seit 28. Juni fast Tag für Tag die Vereinigung der Sackzuckerhändler, die Zucker-Zentrale und das Volksernährungsamt telephonisch unter Berufung auf die unter den Wiener Obstgartenbesitzern bereits bestehende Erregung um tatsächliche Zuweisung des Zuckers ersucht. Dem Wiener Magistrate wurde aber stets mitgeteilt, daß die tatsächliche Beistellung der erforderlichen Zuckermenge auf die größten Transportschwierigkeiten stoße, wobei das Volksernährungsamt — wohl mit Recht — darauf verwies, daß vor allem der Zucker zur Deckung des normalen Monatsbedarfes und des Bedarfes an Einsiedezucker der Wiener Haushaltungen nach Wien geschafft werden müsse. Auf Grund der vorliegenden Anfrage des Herrn Gem.-Rates Gussenbauer hat der Magistrat gestern abermals unter Hinweis auf diese Anfrage beim k. k. Amte für Volksernährung interveniert, worauf dieser erwiderte, daß, da erst eine geringe Menge des für die Wiener Obstgartenbesitzer erforderlichen Einsiedezuckers anrolle, der Rest aus dem in Wien lagernden ukrainischen Zucker entnommen werde.

Die Wiener Obstgartenbesitzer werden daher noch im Laufe der nächsten Woche den ihnen zugesprochenen Einsiedezucker er-

halten; auf die morgen in den Wiener Tageszeitungen erscheinende Notiz werden die Wiener Obstgartenbesitzer schon jetzt ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Es ist das halt wiederum ein klassisches Beispiel für die Misere des staatlichen Ernährungsdienstes.

Bitte, fortzufahren.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**6. Interpellation des Gem.-Rates Skaret:**

Das k. u. k. Luftschifferarsenal (Luftbild-Abteilung) hat in den Stadtgutsälen, XIV., Sechshauserstraße 3, ein großes Depot höchst feuergefährlicher Explosivstoffe, wie Film u. dergl. errichtet. Dieses Depot war früher im Arsenal untergebracht und ist, weil es angeblich für das Arsenal auf die Dauer zu gefährlich gewesen wäre, von dort mitten hinein zwischen dreistöckige Wohnhäuser verlegt worden.

Durch die Explosionskatastrophe auf der Gumpendorferstraße ängstlich gemacht, finden sich die in der Umgebung der Stadtgutsäle liegenden Wohnparteien und Geschäftsleute durch die Aufstapelung so großer Mengen explodierbarer Stoffe im höchsten Grade beunruhigt und in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet.

Obwohl ich mit dem Abgeordneten Forstner das verehrliche Präsidium des Wiener Gemeinderates sowie die Wiener Polizei-Direktion vor mehr als Wochenfrist von diesem Sachverhalte verständigt habe, so haben dennoch die anrainenden Bewohner der Stadtgutsäle bis jetzt nichts bemerkt, daß zur Beseitigung dieser Gefahr etwas geschehen ist.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe in der Lage, der Bevölkerung dieser Bezirksteile von Rudolfsheim und Fünfhaus eine beruhigende Erklärung darüber abgeben zu können, ob und was bis jetzt zur Abwendung einer solchen Gefahr mit der Militärverwaltung vorgekehrt worden ist?

**Bürgermeister:** Ueber Anforderung des k. u. k. Militär-Kommandos Wien vom 13. Februar 1918, beziehungsweise des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 4. März 1918, Abteilung XVII a, wurden auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes die im Hause XIV., Sechshauserstraße 3, befindlichen Räume „Stadtgutsäle" der Heeresverwaltung für die Dauer des Bedarfes überlassen.

Der bezügliche Lokalaugenschein wurde von Seite der Magistrats-Abteilung XVI am 21. März 1918 abgehalten.

Bei dieser kommissionellen Besichtigung wurde festgestellt, daß in dem großen Saale des Objektes außer Chemikalien 2c. auch Zelluloidstreifen bis zu einem Quantum von 30 kg von Seite der Luftbild-Abteilung des Fliegerarsenales eingelagert sind.

Bei dem aus diesem Anlasse von Seite des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk am 27. März 1918 abgehaltenen feuerpolizeilichen Lokalaugenschein wurden von dem Vertreter der Wiener Berufsfeuerwehr aus feuerpolizeilichen Rücksichten nachangeführte Vorkehrungen beantragt:

1. Der mittlere Teil des rechten Hofseitentraktes ist durch Brandmauern beiderseits von den anschließenden Gebäudeteilen zu trennen. Diese Brandmauern sind über Dach zu führen.

2. Die vom großen Saale gegen die Einfahrt mündenden Fensteröffnungen sind zu vermauern, die gegen denselben Gang führenden Türen sind feuersicher auszugestalten.

3. Die vom großen Saale in den ehemaligen Schankraum und in das geplante Wachzimmer führenden Oeffnungen sind zu vermauern.

4. Alle von den Lagerräumen in das Hausinnere führenden Türöffnungen sind mit feuersicheren Verschlüssen zu versehen.

5. In gleicher Weise sind die Verbindungstüren der Lagerräume, sowie die in den Brandmauern angebrachten Türen auszugestalten.

6. Der im großen Saale vorhandene, aus Holzwänden bestehende Kanzleieinbau ist zu entfernen.

7. Die stellenweise schadhafte Stukkatierung ist auszubessern.

8. Das gegen das Dach des großen Saales gerichtete kleine Fenster in der Feuermauer des Wohntraktes ist zu vermauern.

9. Die zur Beheizung dienenden Einrichtungen sind vollkommen feuersicher auszugestalten und sind hiefür bauordnungsmäßige Rauchfänge nach Bedarf herzustellen.

10. Für die ordnungsmäßige Fegung der Rauchfänge und Rauchleitungen ist Sorge zu tragen.

11. Die Rauchfangputztürchen sind in dichtschließendem Zustande zu halten und dürfen in der Nähe derselben und der Heizvorrichtungen keinerlei Lagerungen erfolgen.

12. In allen Räumen und auch im Haushofe ist das Rauchverbot deutlich ersichtlich zu machen und strenge zu beobachten.

13. Alle Räume und der Haushof sind von brennbaren Abfallmaterialien freizuhalten.

14. In allen Räumen sind entsprechende zu den Ausgängen führende Gänge anzuordnen und diese von jeder Verstellung freizuhalten.

15. Die Ausgänge sind durch Aufschriften als solche zu bezeichnen und während der Betriebszeit leicht benützbar zu halten.

16. Zur künstlichen Beleuchtung der Räume dürfen nur elektrische Glühlichter oder Sicherheitslampen verwendet werden.

17. Die elektrische Beleuchtungsanlage ist nach den Vorschriften des Elektrotechnischen Vereines in Wien ausgeführt und periodisch hinsichtlich ihres ordnungsmäßigen Zustandes durch befugte Sachverständige zu überprüfen.

18. In den Lagerräumen dürfen feuergefährliche und explosive Stoffe nicht hinterlegt werden.

19. Für erste Löschhilfe sind in den Lagerräumen Kübelspritzen, wassergefüllte Bottiche samt Löscheimern und Löschsand bereit zu halten. Die vorhandenen Wandhydranten sind mit entsprechenden langen Schläuchen samt Mundstücken zu armieren.

20. Die Säuren sind im Freien unter der Veranda unterzubringen. Der Fußboden der Veranda ist undurchlässig und säurefest herzustellen und gegenüber dem Hofniveau entweder zu vertiefen oder mit einer undurchlässigen Umwallung zu umgeben.

21. In der Nähe der Säurelagerung ist eine größere Sandmenge und eine Wurfschaufel bereit zu halten.

22. Die in den Decken vorhandenen Ventilationsöffnungen sind feuersicher zu verschließen; bemerkt wird noch, daß von der im rechten Seitentrakte geplanten Herstellung einer neuen Decke (Tramboden zwischen Traversen) Abstand genommen werden kann.

23. Für die unter Punkt 1 und 9 angeführten baulichen Herstellungen ist die baubehördliche Genehmigung beim magistratischen Bezirksamte zu erwirken.

Der Magistrat wird diese Interpellation zum Anlaß nehmen, sofort zu erheben, ob die erwähnten vorgeschriebenen feuerpolizeilichen Bedingungen genauestens erfüllt sind und aus feuerpolizeilichen Rücksichten etwa noch andere Vorkehrungen zu treffen wären.

Ich habe ruhig diese 23 Punkte verlesen. Wenn ich aber damals als Vertreter des Magistrates die Kommission geleitet hätte, hätte ich mir alle diese Bedingungen erspart und das

Verbot der Benützung der Räume beantragt. (Rufe: Sehr richtig!)

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**7. Anfrage der Gem.-Räte Allreich und Spalowsky:**

Durch die Verfügung des k. k. Amtes für Volksernährung über die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte sind auch die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffel beschlagnahmt. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß die Bearbeiter dieser Gärten durch ihre an sich bescheidene Kartoffelernte sich keine Zubuße zu den kargen Lebensmittelrationen erarbeiten, so wie dies im Vorjahre der Fall war, wo diese Kartoffelernte von der Beschlagnahme und Kartenwirtschaft frei blieb. Sollte das Ernährungsamt die Beschlagnahmeverfügung hinsichtlich der Kriegsgemüse- und Schrebergärten nicht zurücknehmen, so kämen dadurch die Besitzer dieser Gärten um den Lohn ihrer mühevollen Arbeit zugunsten derjenigen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln nichts getan haben. Die Folge würde sein, daß zukünftig in den genannten Gärten Kartoffeln nicht mehr gebaut würden, was für den ohnehin schon unter die Grenze des unbedingt Notwendigen gesunkenen Ernährungszustand gerade für die unteren Schichten der Wiener Bevölkerung eine Verschlechterung bedeuten würde.

Es würde auch durch die Menge der in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln angesichts der für Wien benötigten bedeutenden Mengen auch nicht die geringste Erleichterung in der Kartoffelversorgung für die Wiener Bevölkerung erreicht werden.

Ich gestatte mir daher die Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister:

Ist er geneigt, beim k. k. Amte für Volksernährung dahin zu wirken, daß die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln von der Beschlagnahme und Kartenbewirtschaftung frei bleiben?

**Bürgermeister**: Durch Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 22. Juni 1918 wurden alle in Oesterreich geernteten Kartoffeln beschlagnahmt. Aus diesem Wortlaut der Verfügung geht hervor, daß auch die in den Schrebergärten, Kriegsgemüsegärten und Schulkindergärten gebauten und gefechsten Kartoffeln beschlagnahmt sind. Doch bestimmt der § 3 dieser Verordnung, daß die Kartoffel-Erzeuger ungeachtet der Beschlagnahme die zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushaltes benötigte Menge in dem durch die Verbrauchsregelung festgesetzten Quantum verbrauchen dürfen. Eine Verbrauchsregelung ist trotz wiederholter Urgenz, die vom Magistrate an das Ernährungsamt gerichtet wurde, bisher noch nicht erfolgt, doch wird diesbezüglich auf die Verordnung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 2. Oktober 1917 verwiesen, die bezüglich der Ernte von Kartoffeln bei den vorerwähnten Gärtnern im § 3 folgendes bestimmte:

„Bei der Ausfolgung der Kartoffelkarten werden Vorräte aus eigenen Schrebergärten und ähnlichen kleinen gartenmäßigen Betrieben nicht in Anrechnung gebracht."

Ich habe sofort Schritte eingeleitet, daß diese Bestimmung, die im Vorjahre Geltung hatte, auch heuer wieder in der Statthalterei-Verordnung Aufnahme findet. Ich habe den Bezirkswirtschaftsrat auch beauftragt, an die Statthalterei hinsichtlich des Rucksackverkehres neuerlich heranzutreten. Ich bin mir bewußt, daß auch hier Mißbräuche vorkommen, aber im großen und ganzen hat sich der Rucksackverkehr für Wien bewährt. (Rufe: Sehr richtig!) Wir kommen über die Sache nicht hinweg und ich kann nur neuerlich sagen: Ohne Rucksackverkehr wären wir schon längst verhungert! (Lebhafte Zustimmung.)

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**8. Interpellation des Gem.-Rates Schäfer:**

Ich erlaube mir Se. Exzellenz im Namen sämtlicher Hoteliere und Gastwirte Wiens auf die große Gefahr der vollkommenen Sperrung der Gasthausbetriebe aufmerksam zu machen. Die Folgen einer solchen Katastrophe wären unübersehbar, da das Militär und eine halbe Million der Zivilbevölkerung auf die Gasthäuser angewiesen sind. Schuld daran sind die traurigen Zustände, in denen wir uns befinden, da man die bescheidenen Vorräte, die sich die Wirte um horrendes Geld zur Linderung der allgemeinen Not im Interesse des ganzen Staates angeschafft haben, beschlagnahmt hat.

Es gibt nur zwei Wege: entweder werden die Gastwirte und Hoteliere vom Ernährungsamte mit den nötigen Lebensmitteln versorgt oder man läßt den Gastwirten die Freiheit, sich die Sachen wie bis jetzt privat zu beschaffen.

Sollte die Behörde keinen dieser Auswege gutheißen, so ist es sicher zu erwarten, daß sich der bereits so großen Zahl von 300 Betrieben die übrigen in den allernächsten Tagen anschließen werden und ihre Lokale sperren. Es ist gar nicht auszudenken, was für Folgen diese allgemeine Sperre mit sich brächte.

Und gerade die Hoteliere und Gastwirte waren es, die der Bevölkerung durch vier Jahre das Durchhalten nach Möglichkeit erleichtert haben.

Um diesen äußersten Schritt zu verhindern, bitte ich Se. Exzellenz, im Namen sämtlicher Hoteliere und Gastwirte, und nicht zuletzt der Bevölkerung selbst, die auf die Gastwirte angewiesen ist, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um diese Katastrophe zu verhindern und bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden.

Ich frage daher Se. Exzellenz den Bürgermeister:

was er in dieser katastrophalen Lage, in der wir uns alle befinden, zu tun gedenkt?

**Bürgermeister**: Meine sehr geehrten Herren! Man mag über Zentralen und zentrale Bewirtschaftung denken wie man will, das eine ist aber sicher, daß die zentrale Bewirtschaftung den Schleichhandel und die Wucherpreise nicht zu verhindern vermocht hat. (Rufe: Sehr richtig!) So ist die Tatsache und wir befinden uns jetzt im letzten Akte des Dramas: „Zusammenbruch des staatlichen Ernährungdienstes". (Zustimmung.)

Der verehrte Herr Interpellant hat vollkommen recht, wenn er sagt: Entweder beliefert man die Wirte so, daß sie ihr Geschäft ausüben und ihre Konsumenten befriedigen können. Gut! Dann ist es recht und billig, wenn man gegen jeden Schleichhandeleinkauf einschreitet; wenn er das Nötige kriegt, um die Gäste zu befriedigen, dann hat er nicht Extrawürste zu machen oder irgend etwas, was über den Rahmen der Rayonierung und Rationierung hinausgeht. Wenn aber das Volksernährungsamt nicht in der Lage ist, die Gastwirte so zu beliefern, daß sie ihr Geschäft aufrecht erhalten können, was sollen dann diese Herren tun? Dann gibt es wieder nur zweierlei: entweder der Einkauf im Schleichhandel oder sie sperren das Geschäft zu.

Ich habe auch nicht versäumt, die Regierung auf diese Tatsache mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen. Es ist ja doch in das Wirtsgewerbe ein großer Teil der Approvisionierung der Stadt Wien gelegt. Derjenige, der einen Haushalt hat, braucht nicht den Wirt, aber Tausende brauchen das Gasthaus, damit sie dort ihr Speisebedürfnis befriedigen können. Es ist leider das Ernährungsamt unter gewissen Einflüssen, welche es immer wieder auf die Bahn der staatssozialistischen Wirtschaft drängen und schließlich wollen, daß alle in der Kriegsküche ihre Mahlzeiten einnehmen. Das bewirkt aber eine solche Deklassierung des Mittelstandes, ein Herabsinken breiter angesehener Volkskreise direkt unter das Proletariat — hinunter geht es leicht, ob wir aber nach dem Kriege diese Schichte der Bevölkerung wieder heben können, das lasse ich als Frage gelten. (Rufe: Sehr richtig!)

Ich kann nichts anderes tun, als daß ich immer und immer wieder die Forderuug erhebe, es soll endlich die Regierung Einrichtungen treffen, welche die Ernährung der Bevölkerung Wiens gewährleisten. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist nicht meine Sache, sondern Sache der Regierung, den wiederholt gestellten Forderungen der Gemeinde Wien gerade

auch in diesen Belangen nachzukommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung.

**9.** Ich bitte die verehrten Herren Kollegen, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich Post 17 mit Rücksicht auf die erst heute zutage getretenen Verhandlungen von der Tagesordnung absetze. Es muß diese Angelegenheit nochmals im Stadtrate erörtert werden.

Ich bitte nun den Herrn Referenten Vize-Bürgermeister Hoß, seine Referate zu erstatten.

**10. Referent Vize-Bürgermeister Hoß:** Zahl 6581, Post 1. Neufestsetzung der Platzzinse und der sonstigen Entschädigungsgebühren für die Inanspruchnahme städtischen Grundes. Eine nicht unwichtige Einnahmepost bilden die kommunalen Platzgelder. Ihr Ertrag belief sich im Jahre 1913 auf 666.000 K, im Rechnungsjahre 1914/15 auf 855.709 K und im Rechnungsjahre 1915/16 auf 690.000 K. Es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß diese Einnahmsquelle Hand in Hand mit der Wiedererstarkung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens und mit dem Wiederaufleben der Bautätigkeit ergiebiger fließen wird.

Es ist mit Rücksicht auf die starke finanzielle Inanspruchnahme der Gemeinde notwendig, rechtzeitig alle Einnahmsquellen bezüglich ihrer besseren Heranziehung zu prüfen und erschien es dem Magistrate und der Buchhaltung unter Berücksichtigung der derzeitigen Vorschriften auf dem Gebiete der Platzgelder und verwandter Vergütungssätze erwünscht, eine Neuregelung vorzuschlagen, die nicht nur eine erhöhte Einnahme sichern, sondern auch eine zweckmäßige Grundlage mit tunlichster Vereinfachung der Einhebungsvorschrift schaffen soll.

Aus diesem Grunde werden bei der beabsichtigten Neuregelung besondere Richtlinien aufgestellt werden.

Hiebei wurde an dem leitenden Gedanken tunlichst festgehalten, daß überall dort namhafte Erhöhungen einzutreten hätten, wo solche wegen des jahrelangen Bestandes aller durch die wirtschaftlichen Verhältnisse längst überholter Platzgelderbestimmungen und auch deshalb unbedenklich vorgenommen werden könnten, weil durch die Erhöhung zumeist kapitalskräftige Unternehmungen und Anlagen getroffen werden sollen, welche mit Aufwand größerer Mittel hergestellt werden und dem Unternehmer reichliche wirtschaftliche Vorteile einbringen.

Anderseits war der Magistrat von dem Bestreben geleitet, diese vielgestaltige, eines inneren Zusammenhanges entbehrende Materie, welche auf zahlreichen Gemeinderats-Beschlüssen aus verschiedenen Zeiten, ja vielfach auf eingebürgerter Uebung beruht, einheitlicher zu gestalten und die Berechnungsgrundlagen unter Weglassung allzuweitgehender Differenzierungen zu vereinfachen.

Als neue bisher in die Platzzinszinsvermittlung nicht einbezogene Art von Anlagen verdient noch besonders hervorgehoben zu werden: die regelmäßige Benützung von Straßengrund durch Aufstellung von Wagen, Frachtgütern u. dgl. Diese Art der Benützung öffentlichen Gutes wird in Wien sehr häufig beobachtet, ist aber bisher einer Platzzinsbemessung fast nie unterzogen worden, wodurch vielen sehr leistungsfähigen Handels-, Speditions- und Fabriks-Unternehmungen der Vorteil geboten war, ihren geschäftlichen Betrieb äußerst intensiv zu gestalten und räumlich auszubreiten, ohne ihrerseits auch nur das geringste Entgelt für Inanspruchnahme fremden Grundes zu leisten. Es ist also notwendig, daß auch die einzelnen Straßen, insbesondere dort, wo sie noch nicht ganz erschlossen sind, wenn sie für solche Plätze benützt werden, auch zu einem entsprechenden Platzzins herangezogen werden.

Die Herren haben ja einen ausführlichen Bericht hierüber erhalten, und ich erlaube mir, mit Hinsweis darauf, um Ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage zu bitten.

**Bürgermeister:** Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß:** Siehe Stadtrats-Beschluß P. Z. 6581 vom 11. Juli 1918, veröffentlicht im Amtsblatte Nr. 60 vom 26. Juli 1918 auf Seite 1547.

**11. Referent Vize-Bürgermeister Hoß:** Zahl 6982, Post 2. Bewilligung eines Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 16 c „Kinderpflegeanstalt, Reinigung der Wäsche und Bettkotzen" im Betrage von 30.000 K und zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 18 c „Verpflegung von armen Kindern in verschiedenen anderen Anstalten" im Betrage von 25.000 K des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1917/18.

Hier ist für zwei Posten die Zustimmung notwendig.

Die erste betrifft die Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien. Reinigung der Wäsche und Bettkleider. Hiefür waren 37.300 K veranschlagt. Die Ueberschreitung beträgt 30.000 K und ist dadurch begründet, daß anstatt 375 Kinder, wie angenommen wurde, 600 Kinder untergebracht wurden, und ferner in den höheren Preisen für Reinigungserfordernisse und Brennstoffe.

Die zweite Post betrifft die Verpflegung von armen Kindern in verschiedenen anderen Anstalten.

Veranschlagt waren hiefür 22.000 K. Das Mehrerfordernis beträgt 37.410 K, wovon 12.410 K durch einen Zuschußkredit bereits bewilligt sind. Es sind daher noch 25.000 K zu bewilligen.

Die Ueberschreitung ist dadurch eingetreten, daß eine größere Anzahl von Kindern in die Anstalten des Landes Niederösterreich hinausgegeben wurden und daß diese Anstalten auch ihre Gebühren entsprechend erhöht haben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister:** Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß:** Zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 16 c „Kinderpflegeanstalt, Reinigung der Wäsche und Bettkotzen" wird ein Zuschußkredit im Betrage von 30.000 K und zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 18 c „Verpflegung von armen Kindern in verschiedenen anderen Anstalten" ein solcher im Betrage von 25.000 K des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1917/18 bewilligt.

**12. Referent Vize-Bürgermeister Hoß:** Zahl 6815, Post 3. Deckung des Mehrerfordernisses zur Ausgabs-Rubrik XLIX „Militärbequartierung".

Die Ausgabs-Rubrik XLIX, „Militärbequartierung", für welche im Voranschlagsansatze für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein Betrag von 3,924.690 K erscheint, ist tatsächlich mit 7,609.743 K bis Ende Mai 1918 und bis Ende Juni 1918 mit 10,812.340 K belastet, so daß ein Abgang von rund 6,887.000 K

stattfindet. Nach Abzug der Mehreinnahmen, die im letzten Moment aus verschiedenen Titeln gemacht werden konnten, ergibt sich ein Abgang von 4,939.860 K. Wir haben vor Beginn des Krieges, vom Jahre 1852 an einen Fonds in der Höhe von 4,928.000 K gehabt. Diese Summe ist aber infolge der außerordentlichen Anforderungen auf dem Gebiete der Militärbequartierung schon im ersten Kriegsjahre zur Gänze aufgezehrt worden. Jetzt hat die Gemeinde an den Fonds einen Anspruch von 25 Millionen Kronen zu stellen.

Ich habe schon vor längerer Zeit hierüber ausführlich hier Bericht erstattet und darauf hingewiesen, daß die Gemeinde verlangen muß, daß andere Grundlagen für die Bequartierung geschaffen werden. Bis jetzt aber ist keine Antwort eingelangt. Auch der Bund der deutschen Städte hat eine Eingabe an das Ministerium gemacht und der Abgeordnete Dinghofer hat im Parlamente hierüber eine Petition eingebracht, die aber das Parlament, da es so lange Zeit nicht beisammen war, nicht in der Lage war, in Verhandlung zu nehmen. Es ist zu erwarten, daß das jetzt zusammengetretene Parlament sich damit beschäftigen wird.

Interessant ist, daß zum Beispiel die Gebühren für einen kommandierenden General täglich 20 K ausmachen, für einen General 10 K, für einen Stabsoffizier 8 K, für einen Oberoffizier 5 K. Das haben wir auszugeben. Die Gebühren, die wir erhalten, sind wesentlich geringer. Für einen kommandierenden General erhalten wir in den Wintermonaten täglich 4 K, in den Sommermonaten 2 K 80 h, für einen General oder Stabsoffizier in den Wintermonaten täglich 2 K, in den Sommermonaten 1 K 40 h.

Noch ungünstiger aber ist die finanzielle Belastung der Gemeinde Wien hinsichtlich der Bequartierung von Mannschaften und Pferden. Für den Mann bekommen wir täglich 3 Heller, unsere Auslagen aber sind 25 h, für ein Pferd bekommen wir täglich 4 h, unsere Auslagen sind 50 h. Es ist selbstverständlich, daß auf diese Weise die Beträge so rasch anwachsen. Daher muß für die Zukunft getrachtet werden, daß wir nicht wieder so stark belastet werden wie bisher. Selbstverständlich wird Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister, der während dieser Zeit schon verschiedenes unternommen hat, trachten, daß diese Auslagen unter die Kriegsauslagen fallen. Es muß aber weiters dem Kriegsministerium noch nahegelegt werden, daß Offiziere oder Gagisten, die durch längere Zeit hier in Wien bleiben, nicht auf Grund des Einquartierungsgesetzes behandelt werden, sondern daß sie das zinstarifmäßige Wiener Quartiergeld aus militärischen Mitteln bekommen, so daß der Anspruch auf vorübergehende Einquartierung in Wien in Wegfall käme. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß im Laufe von vier Kriegsjahren Tausende von Offizieren in Wien nicht im Durchzuge sind, sondern auf Monate, ja Jahre hindurch kommandiert sind. Diese gehören nicht in das Gesetz, was auch im Antrage gesagt wird. Es wäre also diesbezüglich neuerlich an das Ministerium heranzutreten. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

**Bürgermeister**: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. — Angenommen.

**Beschluß**: 1. Das auf der Ausgabs-Rubrik XLIX „Militärbequartierung" sich voraussichtlich Ende Juni 1918 ergebende unbedeckte Mehrerfordernis von rund 4,939.860 K wird auf das 80 Millonen Kronen" Anlehen verwiesen.

2. Es ist an das k. u. k. Kriegsmininisterium die dringende Forderung zu richten, den bei den militärischen Dienstesstellen während des Krieges ständig in Verwendung stehenden Gagisten an Stelle der vorübergehenden Einquartierung das zinstarifmäßige Wiener Quartiergeld aus militärärarischen Mitteln zu erfolgen, so daß diese Last nicht wie bisher allein von den Steuerträgern Wiens zu tragen ist.

3. Es ist an das k. u. k. Kriegsministerium die dringende Forderung zu richten, die Spezialkurse mit hohen Personalständen sowie die für die Versorgung der Armee im Felde weniger in Betracht kommenden Formationen nach auswärts zu verlegen, wodurch nicht nur eine finanzielle Entlastung der Gemeinde, sondern auch eine Erleichterung auf dem Gebiete der Approvisierung und der immer drückender werdenden Wohnungsnot erreicht werden könnte.

**13. Referent Vize-Bürgermeister Hoß**: Zahl 6597, Post 4. Bauliche Herstellungen in den Schlachthöfen St. Marx und Meidling anläßlich der Einführung der Zentral-Schlachtung.

Die Herren werden sich erinnern, daß ich in der Sitzung im Februar über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Großschlachtungsgesellschaft m. b. H. berichtet habe. Ich habe schon dort erwähnt, daß es notwendig sein wird, die Schlachthausräume entsprechend auszugestalten, damit sie modern und zweckmäßig eingerichtet werden können. Nun ist es aber zu dem Großschlachthause noch nicht gekommen, es scheint aber die Regierung den Plan nicht fallen gelassen zu haben, weil man neuerlich an uns herangetreten ist. Wir haben zunächst für ein Provisorium entsprechend vorgearbeitet gehabt. Nun sind wir aber daran gegangen, im Schlachthause Verbesserungen vorzunehmen. Wir haben tatsächlich zuerst Räumlichkeiten schaffen müssen für die militärischen Schlachtungen. Es sind jene großen Räumlichkeiten, die vor kurzem als militärische Sammelstelle gedient haben. Es ist zu diesem Zwecke auch eine kleine Kühlanlage geschaffen worden. Nun haben wir unsere drei Schlachthäuser zur Verfügung gestellt und es wird eine weitere Schlachthalle, die nur für den Notfall errichtet war, umgebaut. Dann haben wir vier große Hallen zur Verfügung. Es wird auch die Kühlanlage vergrößert, indem eine neue Vorhalle dazu gebaut wird. Außerdem wurde auch in Meidling für die neue Aktion der Ausbeinler eine entsprechende Vorsorge getroffen. Für alle diese Reparaturen ist ein Betrag von 2,800.000 K notwendig. Wer wird das bezahlen? Wir haben mit Recht gesagt, daß auch andere Stellen als die Gemeinde Wien dazu herangezogen werden sollen.

Es wird nun der Vorschlag gemacht, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen, daß die 2,802.997 K betragenden Kosten aus jenen Ueberschüssen bestritten werden, welche gemäß § 7 der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzerzogtume Oesterreich unter der Enns vom 27. November 1916 aus der Gebarung des ehemaligen Marktkonsortiums der Gemeinde Wien zu überweisen sind. Der restliche Betrag fällt der Gemeinde zu. Selbst wenn das Großschlachthaus nicht zustande käme, haben wir jedenfalls unsere Schlachthalle modernisiert.

Unter diesen Voraussetzungen glaube ich den Herren empfehlen zu sollen, den Anträgen, die ich gestellt habe, die Zustimmung zu geben.

**Bürgermeister**: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Siehe Stadtrats-Beschluß P. Z. 6597 vom 9. Juli 1918, veröffentlicht in Nr. 59 des Amtsblattes vom 23. Juli 1918 auf Seite 1481.

**14. Referent Vize-Bürgermeister Hoß**: Zahl 6451, Post 5. Bilanz für das Jahr 1917 und Voranschlag für das Jahr 1918 der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien.

Die Herren haben den gedruckten Jahresbericht der Zentral-Sparkasse erhalten.

Die Geldfülle beeinflußte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Entwicklung der Anstalt. Im allgemeinen ist eine bedeutende Steigerung der Einlagen und Kontokorrentguthaben in den Geldinstituten zu verzeichnen. Die Einlagen erreichten im abgelaufenen Jahre die Höhe von 168,854.779 K; die Rückzahlungen beliefen sich auf 137,945.325 K. Mit den kapitalisierten Zinsen per 8,471.050 K erhöhte sich das Einlagekapital der Anstalt um 39,380.504 K und betrug am Ende des Berichtsjahres eine Viertel Milliarde. Die Förderung und Durchführung der Kriegsanleihe wurde mit besonderem Interesse verfolgt. Für die Schuljugend wurden Kriegs-Sparblätter zu 5, 10 und 20 K ausgegeben, die in 350 Wiener Volks- und Bürgerschulen bedeutenden Absatz fanden. Ich benütze auch diese Gelegenheit, den Lehrpersonen, den Kindern, aber auch den Eltern, die sich an der Sache beteiligten, für die Erfüllung der patriotischen Pflicht den besten Dank der Gemeinde Wien zu sagen. (Beifall.) Die Zeichnungen der Parteien und der Anstalt für die VI. und VII. Kriegsanleihe betrugen zusammen rund 78 Millionen Kronen. Die Depoteinrichtung für Kriegsanleihe-Obligationen hat guten Zuspruch und sind bereits 37 Millionen Nominale in Verwahrung und Verwaltung der Anstalt. Aus den Mitteln der Zentral-Sparkasse der Gemeinde wurden für Kriegsanleihe bis inklusive der VII. Anleihe zusammen 221,466.000 K, mehr als 120 Prozent des Einlagenstandes, den die Anstalt zu Kriegsbeginn auswies, gezeichnet. Auch bei den beiden im Jahre 1917 ausgegebenen $4^1/_2$prozentigen Wiener Anleihen hat sich das Institut erfolgreich betätigt.

Das Hypothekargeschäft wird durch die bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse sehr ungünstig beeinflußt. Es ist dies auch begreiflich, da die Bautätigkeit ganz zurückgegangen ist, und im Gegenteil viele Leute in der Lage waren, ihre Hypothekarschulden zu tilgen.

Die Bilanzsumme erreicht 293,584.156 K gegen 246,290.513 K im Vorjahre. Für allfällige Steuererhöhungen wurde eine Steuerreserve von 500.000 K vorgesehen. Die Verwaltungsauslagen sind um zirka 176.000 K gestiegen.

Der Gebarungsgewinn aller Fonds beträgt 3,367.761 K, wovon nach Ausscheidung der bereits erwähnten Steuerreserve auf den Hauptfonds der Betrag von 2,683.076 K entfällt, der zum größten Teile zur Stärkung der Reserven der Anstalt zu verwenden sein wird.

Bei dieser Gelegenheit soll allen Angestellten der Anstalt, insbesondere dem Direktor und den leitenden Beamten der beste Dank ausgesprochen werden. Ebenso ist auch dem Herrn Statthaltereirat Dr. Lieger, der sich bei jeder Gelegenheit bemüht hat, die Interessen der Anstalt zu wahren, der beste Dank auszusprechen. (Beifall.)

Unsere Sparkasse ist eine junge Anstalt und bei ihrer Gründung nahm sie lauter junge Beamte auf, von denen der größte Teil eingerückt ist, so daß wir nur einen kleinen Teil von ständigen Beamten zurückhalten konnten. Der größte Teil des Personales sind daher Hilfspersonen und mit solchem Personal ist ein Geldinstitut gewiß sehr schwer zu führen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eine Bitte an den Herrn Bürgermeister, der ja ohnedies schon nach dieser Richtung alles mögliche versucht hat, richten, nämlich, daß die Regierung uns ebenso entgegenkommen möge wie den Banken. Dort kommt es oft vor, daß junge Leute kurze Zeit eingerückt waren und nach ein paar Monaten schon wieder der Bank zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß nicht, warum man der städtischen Sparkasse, die doch mindestens in derselben Weise für die Allgemeinheit wirkt wie die Banken, nicht ebenso entgegenkommt. Die städtische Sparkasse hat das Anleihensgeschäft auch in einer Weise durchgeführt, daß sie volle Berücksichtigung der Behörden verdiente. Wenn auch, wie gesagt, der Herr Bürgermeister sich nach dieser Richtung schon bemüht hat, so ist es doch zweckmäßig, auch öffentlich darüber zu sprechen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Referate.

**Bürgermeister**: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Siehe den Stadtrats-Beschluß P. Z. 6451 vom 9. Juli 1918, veröffentlicht in Nr. 59 des Amtsblattes vom 23. Juli 1918 auf Seite 1479.

**15. Referent Vize-Bürgermeister Hoß**: Zahl 7186, Post 22. Bewilligung eines Zuschußkredites zu der außerordentlichen Ausgabs-Rubrik XXVII 7a „Bau des Als- und Ottakringerbach-Entlastungskanales im IX. und XVII. Bezirke" für das Verwaltungsjahr 1917/18.

Vorgesehen war ein Betrag von 65.000 K, gebraucht wurden aber 251.000 K, und zwar dadurch, daß in diesem Jahre die Arbeiten rascher vorwärts schritten; außerdem sind aber die Baumaterialien im Preise bedeutend gestiegen und so ist die Ueberschreitung von 191.000 K entstanden.

Ich bitte um die Annahme.

**Bürgermeister**: Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Zu der außerordentlichen Ausgabs-Rubrik XXVII 7a wird hinsichtlich des Baues des Als- und Ottakringerbach-Entlastungskanales im IX. und XVII. Bezirke zur Bedeckung des Mehrerfordernisses für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein Zuschußkredit von 191.000 K bewilligt und dieser Betrag auf das 375 Millionen Kronen-Investitionsanlehen vom Jahre 1914 verwiesen.

**Bürgermeister**: Die Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates. Ich bitte daher den Herrn Kollegen kaiserl. Rat Poyer, sein Referat zu erstatten.

**16. Referent Hem.-Rat Poyer**: Zahl 6976, Post 16. Anton Trillsam hat den Gemeinderat um die Uebertragung

der im Plane schwarz punktierten Fläche in das öffentliche Gut ersucht, damit er die Baustellen I, IX und X, die sich in seinem Besitze befinden, verbauen kann. Die drei Baustellen stammen aus einer Parzellierung des Jahres 1912. Anton Trillsam hat zuerst 5 K für den Quadratmeter geboten und sich bei diesem niedrigen Angebot darauf berufen, daß sein Vater den Park, der sich auf dieser Baustelle befindet, auf eigene Kosten hergestellt haben soll. Das Stadtbauamt schätzt den Grund in der dortigen Gegend mit 20 bis 21 K. In solchen Fällen wird immer ein Drittel des Wertes per Parzelle angenommen, infolgedessen hat sich Trillsam zum Schluß herbeigelassen, einen Betrag von 7 K per Quadratmeter als Entschädigung zu zahlen.

Dieser Preis ist entsprechend und daher bitte ich um Annahme des Stadtrats-Antrages.

**Bürgermeister**: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, welche das Referat annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich erkläre, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

**Beschluß**: Behufs Erzielung der Verbaubarkeit der im Grundbuche Ober-St. Veit unter den Einl.-Z. 672, 1659 und 1660 verzeichneten Baustellen Nr. 1, 9 und 10, Kat.-Parz. 856/1, 856/9 und 856/10, widmet die Gemeinde die im Plane des Stadtbauamtes vom April 1918, Fach-Abteilung XIV, Zahl 653/18, durch gelbe Färbung dargestellten Teile der Kat.-Parz. 756 im Ausmaße von ungefähr 269 m² und die gleichfalls durch gelbe Färbung dargestellten Teile der unter der gleichen Einlage-Zahl verzeichneten Kat.-Parz. 757/1 im Ausmaße von ungefähr 729 m², insgesamt somit Grundflächen im Ausmaße von ungefähr 997 m² als Platzgrund und überträgt sie unter nachstehenden Bedingungen lastenfrei in das Verzeichnis des öffentliches Gutes:

1. Der Eigentümer der Baustellen 1, 9 und 10, Anton Trillsam, leistet an die Gemeinde Wien eine Entschädigung im Pauschalbetrage von 7000 K, welche binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung seines Antrages durch den Wiener Gemeinderat fällig ist.

2. Er trägt sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren allein.

**17. Referent Gem.-Rat Poyer**: Zahl 7196, Post 18. Auflösung der Bezirksvertretung des XIII. Wiener Gemeindebezirkes.

Die Bezirksvertretung Hietzing ist teils durch Ableben von Mitgliedern, teils durch sonstige Abgänge auf die Zahl von 14 zusammengeschrumpft. Nach § 93 des Gemeindestatutes ist nun zur Beschlußfähigkeit der Bezirksvertretung eine Mindestzahl von 15 Mitgliedern notwendig. Da aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Ergänzungswahl nicht vorgenommen werden kann, so muß zur Auflösung der Bezirksvertretung im Sinne des § 95 unseres Statutes geschritten werden. Und diesen Antrag legt Ihnen nun der Stadtrat vor und ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister**: Wird eine Einwendung erhoben? Es ist nicht der Fall. Der Antrag des Herrn Referenten ist genehmigt.

**Beschluß**: Die Bezirksvertretung des XIII. Wiener Gemeindebezirkes wird auf Grund des § 95 des Gemeindestatutes aufgelöst.

**18. Bürgermeister**: Ich erlaube mir nun folgendes Telegramm dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Freiwillig und einhellig haben Soldaten und Offiziere des k. u. k. XII. Korps auf einen Teil der gebührenden Kostportion verzichtet, um diese Nahrungsmittel notleidenden mindestbemittelten Wienern und Budapestern zu bieten. In Ausführung dieser dem Korpskommando gewordenen Anregung und nach hier schätzungsweise frei ermitteltem Verhältnis der Zahl an Hilfsbedürftigen wurden am 3. Juli 1918 unter Begleitung als Heerestransport an das Militärverpflegsmagazin Wien für die Stadt Wien Transportnummer 801.126 mit 300 Zentnern Brotmehl und etwa 300 Zentnern Fleisch und lebenden Rindern, Schlachtgewicht mit 50 Prozent angenommen, abgesendet. Es wird gebeten, die Verteilung dieser bescheidenen Beihilfe widmungsgemäß durchführen und den Empfang anher drahten zu lassen. Leere Säcke, dann verwertbare Abfallprodukte der Schlachttiere wollen nach Weisung der Intendanz des Militär-Kommandos Wien abgeführt werden." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wie mir soeben mitgeteilt wird, sind die Rinder nach 18tägigem Transporte — die Sache spielt aus Bessarabien — in Wien eingelangt; ebenso auch die 300 Zentner Mehl. Ich erlaube mir im Namen des gesamten Gemeinderates, den Offizieren und den Soldaten des XII. Korps unseren herzlichsten und besten Dank zu sagen. (Erneuerter lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**19.** Ich habe ferner mitzuteilen, daß ich soeben die Mitteilung erhalten habe, daß Herr Kollege Dr. Mataja plötzlich erkrankt ist. Er hat 39 Grad Temperatur und liegt fiebernd zu Bette. Ich bin daher gezwungen, die Referate 8, 9 und 10 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Ich bitte nunmehr Herrn Vize-Bürgermeister Rain, sein Referat zu erstatten.

**20. Referent Vize-Bürgermeister Rain**: Zahl 6452, Post 6. Rechenschaftsbericht und Bilanz des Kreditvereines der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1917.

Der vorliegende Bericht teilt mit, daß im abgelaufenen Jahre 51 Ansuchen eingereicht wurden mit einer Kreditsumme von 436.000 K. Genehmigt wurden 32 Gesuche mit einem Kreditbetrage von 252.700 K, der Gesamtumsatz beträgt 306 Millionen. Der Reingewinn betrug 53.246 K 9 h.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Berichte.

**Vize-Bürgermeister Hoß** (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Der Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereines der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien für das 1917 werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Referate Herr Gem.-Rat Hötzel.

**21. Referent Gem.-Rat Hötzel**: Post 7. Pachtvertrag der Gemeinde Wien mit der Firma Oesterr. Industriewerke Warchalowski, Eißler & Komp., A.-G. Bericht und Anträge befinden sich in Ihren Händen.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

**Beschluß**: Siehe den Stadtrats-Beschluß P. Z. 6638 vom 11. Juli 1918, veröffentlicht in Nr. 69 des Amtsblattes vom 26. Juli 1918 auf Seite 1514 u. f.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Referate Herr Kollege Schneider.

**22. Referent Gem.-Rat Schneider**: Post 19. Es handelt sich um eine Gleiserweiterung bei der Hauptwerkstätte des Bahnhofes Rudolfsheim. Dieses Gleis dient hauptsächlich für den Transport von Lebensmitteln, Kohlen und sonstigen Gegenständen, die in den Lagerräumen dort eingelagert werden sollten.

Die Kosten dieser Gleiserweiterung sind mit 151.000 K präliminiert. Davon fallen 82.000 K ab, die aus Ersparungen anderwärts gedeckt sind, so daß nur der restierende Betrag aus dem Erneuerungsfonds gedeckt werden soll.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Angenommen.

**Beschluß**: Die Erweiterung der Zufahrtsgeleise zur Hauptwerkstätte durch eine neue Gleisanlage in der Jheringgasse zwischen Schwendergasse und Siebeneichengasse wird nach dem vorgelegten Entwurfe und Kostenvoranschlage im Betrage von 151.000 K genehmigt.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Referate Herr Kollege Schwer.

**23. Referent Gem.-Rat Schwer**: Post 11. Erhöhung der Gebühren für die Theater-Feuerwachen. Die bisherigen Gebühren sollen nach den in Ihren Händen befindlichen Anträgen bemessen werden.

Bitte um Ihre Zustimmung.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Keine Einwendung Angenommen.

**Beschluß**: 1. Vom Ersten des auf diesen Beschluß folgenden Monates an werden auf Grund des § 57 des Gesetzes vom 14. März 1911, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 57, die mit dem Gemeinderats-Beschluß vom 16. Mai 1911, P. Z. 6210/11, festgesetzten Gebühren für die jedesmalige Beistellung der Feuerwehrorgane, die als Feuerwache in Theatern, Rauchtheatern (Singspielhallen, Varietes) und Zirkusanlagen bei jeder Vorstellung und Generalprobe anwesend zu sein haben, mit 6 K für jeden Löschmeister und Feuerwehrmann bestimmt.

2. Den dienstfreien Mannschaften der städtischen Feuerwehr ist bis auf weiters für die Heranziehung zum Feuerwachdienst in Theatern, Rauchtheatern und Zirkussen eine Gebühr von 6 K für den Löschmeister oder eine ihm gleichgestellte Charge und von 5 K für den Feuerwehrmann auszuzahlen.

**24. Referent Gem.-Rat Schwer**: Post 12 betrifft den Ankauf von Bereifungen für die Kraftspritzen der städtischen Feuerwehr. Hiefür ist ein Betrag von 23.495 K 29 h notwendig.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Antrage.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Der Ankauf von Bereifungen für die städtische Feuerwehr mit dem bedeckten Erfordernisse von 23.495 K 29 h wird genehmigt.

**25. Referent Gem.-Rat Schwer**: Post 13, Zentralstelle für Soldatenlektüre um Subvention.

Dieser Verein hat bisher an Spenden 100.000 K aufgebracht und über 3 Millionen Bände in 16.000 Feldpostpaketen ins Feld gesendet. Es wird beantragt, dem Verein eine Subvention von 1000 K zu bewilligen.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Der Zentralstelle für Soldatenlektüre wird eine Subvention von 1000 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf die Ausgabs-Rubrik LII für „Kriegsauslagen" zu verweisen.

**26. Referent Gem.-Rat Schwer**: Post 20. Erhöhung der Entschädigung für den dienstfreien Tag bei der städtischen Feuerwehr.

Die bisherigen Gebühren sollen auf das Doppelte erhöht werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: 1. Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. Februar 1916, Z. 12409, auf die Dauer der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Einteilung des Bereitschaftsdienstes bei der städtischen Feuerwehr bewilligte Entschädigung für jene sonst dienstfreien Tage, an denen die Bediensteten zum Feuerwachedienst herangezogen werden müssen, wird vom 1. Juli 1918 an für die Feuerwehroffiziere mit 80 K, für die Unterbeamten mit 40 K und für die Mannschaftspersonen einschließlich der der städtischen Feuerwehr zugewiesenen Amtsdiener mit 30 K monatlich pauschaliert. Dieses Pauschale ist monatlich im nachhinein auszuzahlen.

2. Zur Deckung der hieraus erwachsenden Auslagen wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

**27. Vize-Bürgermeister Hoß**: Ich werde nun die auf der Tagesordnung befindlichen Wahlen, und zwar von 4 Mitgliedern in das Kuratorium der städtischen Akademie für soziale Verwaltung und von 8 Mitgliedern und 4 Ersatzmännern in den paritätischen Ausschuß des städtischen Arbeitsnachweises vornehmen lassen und bitte einen der Herren Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Ueber Namensaufruf durch den Schriftführer Gem.-Rat Leitner geben die Gemeinderäte ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

**Bürgermeister** (den Vorsitz wieder übernehmend): Ich erkläre die Stimmenabgabe für geschlossen. Ich ersuche den Herrn Vize-Bürgermeister Hoß, mit einem der Herren Schriftführer das Skrutinium durchzuführen. Das Ergebnis desselben werde ich am Schlusse der Sitzung bekanntgeben.

Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rat Tomola.

**28. Referent Gem.-Rat Tomola**: Zahl 6877, Post 14. Die Erteilung des Unterrichtes für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder im XVIII. Bezirke, Anastasius Grün-Gasse 10, wo 167 dieser ärmsten Kinder untergebracht sind, wurde im vorigen Jahre ein Hort eingerichtet, in welchem tagsüber die Kinder Verpflegung und Beaufsichtigung finden. Die Einrichtung ist dringend notwendig, denn leider sind gerade diese Kinder auch sozial aus den ärmsten Kreisen. Es ist daher geboten, diese Einrichtung auch für das laufende Jahr 1918 beizubehalten und es wird deshalb der Antrag gestellt, zur Unterstützung dieses Hortes eine Subvention von 1000 K zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister**: Zum Worte ist niemand gemeldet, eine Einwendung wird gegen den Antrag nicht erhoben, ich erkläre denselben für angenommen.

**Beschluß**: Der Leitung der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10, wird für den an dieser Hilfsschule errichteten Hort eine Subvention von 1000 K bewilligt.

**29. Referent Gem.-Rat Tomola**: Zahl 6972, Post 15. Der Wiener Katechetenverein bittet um Kriegszulage für die nicht festangestellten Religionslehrer. Das sind jene Katecheten, welche nur nach Stunden remuneriert werden. Sie sind von allen Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträgen, die die Gemeinde ihren Angestellten bewilligt hat, ausgeschlossen. Es erscheint daher recht und billig, daß man ihnen wenigstens teilweise eine Entschädigung — eine Gleichstellung ist gar nicht möglich bei diesem Betrage, der von mir in Anregung gebracht wird — gewährt wird.

Im vorigen Jahre hat der Gemeinderat beschlossen, ihnen eine 20prozentige Remuneration als Kriegszulage zu bewilligen; in diesem Jahre wird der Antrag gestellt, 30 Prozent zu bewilligen. Der Betrag wird von sämtlichen Aemtern als angemessen und der Wunsch als sehr bescheiden bezeichnet.

Ich bitte somit um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister**: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Angenommen.

**Beschluß**: Den geistlichen, nicht festangestellten Religionslehrern an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien wird für das Jahr 1918 eine einmalige Kriegszulage im Ausmaße von 30 Prozent der für das Schuljahr 1917/18 entfallenden Remuneration bewilligt.

**30. Referent Gem.-Rat Tomola**: Zahl 7198, Post 21. Schon im Jahre 1914 hat der Gemeinderat der Stadt Wien sich bereit erklärt, für den Abiturientenkurs an der nautischen Akademie in Triest zwei Stipendien zu stiften mit dem Betrage von je 1000 K. Diese Stipendien wurden wiederholt ausgeschrieben, niemals jedoch hat sich ein Bewerber um dieselben gemeldet. Es ist das nicht verwunderlich, da die Unterrichtssprache an der nautischen Akademie italienisch ist und jedem Wiener fällt es schwer, beziehungsweise ist es unmöglich, den Abiturientenkurs in italienischer Sprache mitzumachen. Schon damals regte der Wiener Gemeinderat an, es möge an der Akademie ein Parallelkurs mit deutscher Unterrichtssprache eingerichtet werden. In der Folge bewegten sich die Bestrebungen in der Richtung, in Triest eine nautische Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu errichten. Diese Schule wird mit dem Beginne des nächsten Schuljahres in der Tat ins Leben treten. In Verfolgung der vom Gemeinderate im Jahre 1914 geplanten Intentionen sollen zwei Freiplätze an dieser nautischen Schule geschaffen werden.

Diese nautische Schule ist nicht dasselbe wie die Akademie. Zum Eintritt in dieselbe ist die absolvierte Untermittelschule oder Bürgerschule notwendig, während für die Akademie die mit Matura absolvierte Mittelschule gefordert wird. Der Kurs ist dreijährig und an die dreijährige Ausbildungsperiode schließt sich die sogenannte Kadetteneinschiffung an. Da nun im nächsten Jahre nur die I. Klasse ins Leben tritt und uns keinerlei Erfahrungen, ja, nicht einmal Vermutungen vorliegen, wie dieser Kurs von den Wienern und den Deutschen frequentiert werden wird, so kann mit Fug und Recht damit eingesetzt werden, daß einstweilen zwei Freiplätze für diese nautische Schule geschaffen werden und da ein jeder Freiplatz den Betrag von 1200 K erfordert — die Schüler sind kaserniert — so wird eine Erhöhung des erforderlichen Betrages von 2000 K auf 2400 K notwendig sein.

Ich bitte somit, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen.

**Bürgermeister**: Wünscht einer der Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

**Beschluß**: 1. Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 2. Juni 1914, Pr. Z. 8223/14, für den nautischen Abiturientenkurs an der k. k. Handels- und nautischen Akademie in Triest erfolgte Widmung von zwei Stipendien zu 1000 K jährlich wird mit sofortiger Wirksamkeit widerrufen.

2. Die Gemeinde Wien errichtet vom Studienjahr 1918/19 angefangen zwei ganze Freiplätze für mittellose, strebsame und in Wien heimatberechtigte Zöglinge des Internates der k. k. Schiffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest durch Uebernahme des Verpflegskostenpauschales von je 1200 K jährlich auf die eigenen Gelder der Gemeinde.

Die Bewerber müssen sich verpflichten, nach Vollendung ihrer Studien mindestens sechs Jahre in der österreichischen Handelsmarine zu dienen, widrigens der ganze, und bei teilweiser Nichterfüllung dieser Bedingung, der entsprechende Teil des aufgewendeten Verpflegskostenbetrages an die Gemeinde zurückzuzahlen ist.

Diese Freiplätze werden ohne zeitliche Beschränkung gewidmet, jedoch mit dem Vorbehalte des Widerrufes, von welchem bei jeder Erledigung des bezüglichen Freiplatzes Gebrauch gemacht werden kann.

**31. Bürgermeister:** Ich erlaube mir dem Gemeinderate das Ergebnis der Wahlen zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Wahl von vier Mitgliedern in das Kuratorium der städtischen Akademie für soziale Verwaltung. Abgegeben wurden 70 Stimmzettel. Gewählt erscheinen mit je 70 Stimmen:

Vize-Bürgermeister Franz Hoß, Gem.-Rat Franz Domes, Gem.-Rat Dr. Moritz Franz Haas und Gem.-Rat Leopold Tomola.

Wahl von acht Mitgliedern und vier Ersatzmännern in den paritätischen Ausschuß des städtischen Arbeitsnachweises. Abgegeben wurden 70 Stimmzettel. Gewählt erscheinen mit je 70 Stimmen:

Gruppe der Arbeitgeber.

Mitglieder:

Gem.-Rat Johann Alfred Breuer, Gem.-Rat Julius Komrowsky, Gem.-Rat Ludwig Lohner und Gem.-Rat Josef D. Schlechter.

Ersatzmänner:

Gem.-Rat Edmund Melcher und Gem.-Rat Emil Panosch.

Gruppe der Arbeitnehmer.

Mitglieder:

Gem.-Rat Franz Domes, Gem.-Rat Hermann Ploner, Gem.-Rat Jakob Neumann und Gem.-Rat Franz Spalowsky.

Ersatzmänner:

Gem.-Rat Hans Angeli und Gem.-Rat Franz Bretschneider."

Die Tagesordnung ist erledigt.

Meine sehr geehrten Herren! Wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse eintreten, beabsichtige ich, in der Tätigkeit des Gemeinderates eine kleine Sommerpause eintreten zu lassen und die geehrten Herren Kollegen erst wieder anfangs September zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit einzuberufen.

Ich wünsche den geehrten Herren, soweit es die Kriegsverhältnisse erlauben, einen recht guten Sommer und frohes Wiedersehen im Herbste.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten abends.)

---

## Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **17. Juli 1918.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.**

**1.** (6987.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Dem Schauspieler am Deutschen Volkstheater Anton Amon wird in Anerkennung seiner Verdienste um die Pflege der Wiener Schauspielkunst und seiner bewährten Tätigkeit auf humanitärem Gebiete die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

**2.** (6974.) **Derselbe:** Der Witwe nach dem am 26. Juni 1918 verstorbenen vaterländischen Dichter Franz Keim, Frau Hermine Keim, wird in Anerkennung der hervorragenden Tätigkeit des Verstorbenen auf dem Gebiete der heimatlichen Dichtung eine Ehrenpension von jährlich 1500 K bewilligt.

**3.** (7188.) **Vize-Bürgermeister Hoß:** In Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung während des Krieges werden im Stande des Veterinäramtes

1. dem Veterinäramts-Vize-Direktor Dr. Ludwig Bausenwein der VII. Rangsklasse ad personam die systemisierten Bezüge der städtischen Beamten der VI. Rangsklasse unter Belassung der ihm mit Gemeinderats-Beschluß vom 3. März 1914, P. Z. 2983, zuerkannten Personalzulage von 800 K bewilligt;

2. der Titel eines Veterinäramts-Ober-Inspektors verliehen: den Veterinäramts-Inspektoren Anton Himmelbauer, Dr. Gustav Dexler, Dr. Franz Spindler, Dr. Moritz Lederer und Johann Juritsch;

3. die Ober-Tierärzte Alois Felkel und Anton Nepustil ad personam zu Veterinäramts-Inspektoren in der VII. Rangsklasse ernannt;

4. den städtischen Ober-Tierärzten Dr. Adolf Wenzel und Dr. Rudolf Harabath der Titel „städtischer Veterinäramts-Inspektor" verliehen;

5. der städtische Bezirkstierarzt Adolf Petter ad personam zum städtischen Ober-Tierarzt in der VIII. Rangsklasse ernannt.

**4.** (7199.) **Derselbe:** 1. Den Rechnungsräten Georg Koller, Karl Schubert und Johann Oberal wird in Anerkennung ihrer besonders ersprießlichen Dienstleistung der Titel eines Ober-Rechnungsrates verliehen.

2. Die Rechnungs-Ober-Revidenten Karl Haydt und Emil Hermann werden für ihre außerordentliche Dienstleistung ad personam zu Rechnungsräten (VII. Rangsklasse) befördert.

3. Dem Ober-Rechnungsrate Heinrich Winkler wird in Würdigung seiner besonderen Tätigkeit eine in die Pension einrechenbare Pensionszulage von jährlich 800 K genehmigt.

**5.** (6985.) **Gem.-Rat Schwer:** Dem Pfarrer zu St. Jakob im XXI. Bezirke, Alois Patzak, wird anläßlich seines 25jährigen Jubiläums als Pfarrverweser, in Würdigung seiner mehr als 15jährigen Seelsorgetätigkeit, sowie in Anerkennung seiner langjährigen ersprießlichen Wirksamkeit als Ortsschulrat des XXI. Bezirkes und seines segensreichen Wirkens auf dem Gebiete der privaten Wohltätigkeit die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

**6.** (6735.) **Derselbe:** Dem Leiter der Buchdruckerei „Austria", Redakteur Franz Doll, wird in Anerkennung seines mehr als 20jährigen Wirkens auf dem Gebiete der privaten Wohltätigkeit die goldene Salvator-Medaille verliehen.

**7.** (6986.) **Gem.-Rat Spalowsky:** Der Vorsteherin der Sektion Mariahilf des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien, Anna Paulitschke, wird anläßlich der Feier ihrer 25jährigen

Mitgliedschaft bei dem genannten Vereine in Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste auf humanitärem Gebiete die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

**8.** (7119.) **Gem.-Rat Tomola**: Der Lehrerswitwe Marie Bertl wird zu ihrer Witwenpension eine Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Juli 1919 bis Ende Dezember 1920 aus den eigenen Geldern der Gemeinde bewilligt.

**9.** (6973.) **Derselbe**: Der Anna Held, Witwe nach dem am 2. Juli 1918 verstorbenen Kommunal-Professor i. R. Wilhelm Held, wird vom 1. August 1918 an eine gnadenweise auf 2400 K erhöhte jährliche Witwenpension unter gleichzeitiger Einstellung der Pensionsbezüge des Verstorbenen angewiesen.

Schluß der Sitzung.

---

### Erklärung.

Herr Gem.-Rat Herold teilt der Schriftleitung mit, daß er bei der in der Gemeinderats-Sitzung vom 27. Juni 1918 vorgenommenen namentlichen Abstimmung über die Erhöhung der Straßenbahntarife (Siehe Amtsblatt Nr. 60, Seite 1498) mit „Nein" gestimmt hat.

---

# Bezirksvertretungen

(VIII. Gemeindebezirk, Josefstadt.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom **17. April 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Johann Bergauer**.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Alexander Prinke.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und eröffnet nach Feststellung der Beschlußfähigkeit um 4 Uhr nachmittags die Sitzung.

Die Verhandlungsschrift über die letzte öffentliche Sitzung vom 16. Jänner 1918 wird verlesen und genehmigt.

### Einlauf.

(278.) Zuschrift der Bezirksvorstehung Mariahilf, womit der dortige Sitzungs-Beschluß, betreffend die unverzügliche Abschiebung der Flüchtlinge in ihre Heimat, zur Kenntnis gebracht wird.

An der hierüber abgeführten Wechselrede beteiligen sich der **Vorsitzende**, sowie die **B.-R. Riedl** und **Preyer**, die alle den Antrag wärmstens unterstützen.

Es wird einstimmig beschlossen, den in Verhandlung stehenden Antrag Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis zu bringen.

(18.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI vom 24. Februar 1918, Z. 12881/15, womit um Bekanntgabe der Stellungnahme zum Antrage des G.-R. Stangelberger, betreffend die Umbenennung des Gürtels, ersucht wird.

Nach längerer Wechselrede, in welche die **B.-R. Amon, Koch** und **Hedlak** eingreifen, wird über Antrag des **Vorsitzenden** beschlossen, aus den in der Aeußerung der Direktion der städtischen Sammlungen geltend gemachten Gründen und in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der Bezirksvorstehungen VII und IX in Würdigung der derzeitigen außerordentlichen Verhältnisse augenblicklich von der beabsichtigten Umbenennung des Gürtels Abstand zu nehmen.

### Mitteilungen.

Der **Vorsitzende** berichtet sodann über das Ergebnis der auch in diesem Jahre zugunsten der im Bezirke bestehenden charitativen Institute an Stelle des sonst üblich gewesenen Bürgerballes eingeleiteten Aktion und teilt mit, daß die Gesamteinnahmen 3885 K 10 h betragen, so daß nach Abzug der für Porto, Drucksorten u. dgl. erwachsenen Ausgaben im Betrage von 589 K ein Reinerträgnis von 3296 K 10 h erzielt wurde, weshalb sich im Vergleiche zum Vorjahre derzeit noch ein Fehlbetrag von 13 K 34 h ergibt, welcher jedoch durch die noch aushaftenden Zahlungen benannter Spender reichlich aufgewogen werden dürfte, so daß das in diesem Jahre erzielte Erträgnis höher sein wird als im Jahre 1917.

Er spricht der Bevölkerung für ihre bei diesem Anlasse neuerdings bewiesene Opferfreudigkeit seinen Dank aus und stellt den Antrag, die Verteilung des vorbezifferten Betrages in der gleichen Weise wie im Vorjahre vorzunehmen, den nach Auszahlung der Subventionen erübrigenden Rest von 1096 K 10 h, sowie die noch nachträglich einfließenden Beträge der Spendenkasse des VIII. Bezirkes zu überweisen.

Der vorgelegte Bericht wird unter lebhaftem Beifalle zur Kenntnis genommen, die gestellten Anträge werden einstimmig genehmigt und in das Ueberprüfungs-Komitee die **B.-R. Amon, Appel** und **Herm** gewählt.

In Gemäßheit dieses Beschlusses werden demnach zugewiesen:

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Der Spendenkasse des VIII. Bezirkes . . | 1096 K 10 h |
| 2. | Der Armeninstitutsvorstehung VIII . . . | 400 „ — „ |
| 3. | Dem Verein „Hauskrankenpflege" . . . . | 100 „ — „ |
| 4. | Der „Dr. Karl Helm-Krippe" . . . . . | 250 „ — „ |
| 5. | Dem „Vereine zur Pflege des Jugendspieles" | 150 „ — „ |
| 6. | Dem Vereine „Kinderschutzstationen" . . . | 100 „ — „ |
| 7. | Dem Knabenasyl . . . . . | 100 „ — „ |
| 8. | Der Knaben- und Mädchenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt Breitenfeld . . . . | 400 „ — „ |
| 9. | Dem städtischen Knabenhorte Josefstadt . . | 400 „ — „ |
| 10. | Dem „Leopoldineum" . . . . . | 300 „ — „ |
| | Summe . . . | 3296 K 10 h |

### Anträge.

**B.-R. Herm** beantragt, sich an den Magistrat mit dem Ersuchen zu wenden, zu veranlassen, daß die Kriegsgemüsegärtner der Bezirke Wiens zu Besprechungen eingeladen werden, bei welchen Fachmänner im Gemüseanbaue einschlägige Vorträge über Düngung,

Anbau, Behandlung und Pflege der Pflanzen halten sollen, um einerseits durch zweckentsprechende Ausnützung des Bodens einen höheren Ertrag zu erzielen, anderseits der Verwüstung des Saatgutes und der Setzlinge zu steuern.

Nach Ansicht des **Vorsitzenden** dürfte die Abhaltung von Vorträgen allein nicht genügen; die Belehrung der Kriegsgemüsegärtner könnte besser durch Verfassung und Verteilung kurz gefaßter, aufklärender, jedoch volkstümlich gehaltener Flugschriften unter denselben erfolgen, mit welcher Abänderung des Antrages die Anwesenden sich einverstanden erklären.

**B.-R. Freyer** stellt den Antrag, im Hinblicke auf die Einführung der Sommerzeit, den Betrieb der städtischen Straßenbahnen zu verlängern.

Der vorstehende Antrag gelangt ohne Wechselrede einstimmig zur Annahme.

Schließlich bringt der **Vorsitzende** zur Kenntnis, daß die Kriegsküche Nr. 60 im hiesigen Amtshause Donnerstag den 25. April 1918 um 10 Uhr vormittags im Beisein Ihrer kaiserl. Hoheit der Frau Erzherzogin Isabella feierlich eröffnet und sodann ihren Betrieb aufnehmen wird. Es sei beabsichtigt, denselben auch nach Beendigung des Krieges aufrecht zu erhalten und die Kriegsküche als sogenannte „Schulküche" weiterzuführen.

**Schluß der öffentlichen Sitzung.**

---

(XX. Gemeindebezirk, Brigittenau.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom **26. April 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Lorenz Müller.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Dr. Robert Walchensteiner.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 8. Februar 1918 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Zuschrift des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner vom 13. April 1918, enthaltend den Dank des Gemeinderates für die Einleitung und erfolgreiche Durchführung der an Stelle des infolge des Krieges ausgefallenen Bürgerkränzchens getretenen Ballfondssammlung, welche 2760 K einbrachte; diese gelangen an gemeinnützige Institutionen des XX. Bezirkes und an Arme zur Verteilung.

Erwiderung der k. k. Nordwestbahn-Direktion, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung vom 18. Jänner 1918, die Herstellung der Trottoirs Ecke Taborstraße und Rebhanngasse zu veranlassen.

Erwiderung der k. k. Nordbahn-Direktion, betreffend den Beschluß der Bezirksvorstehung vom 24. Oktober 1917, längs der Bahn in der Durchlaufstraße eine Planke zu errichten.

Zuschriften der Magistrats-Abteilung IV, betreffend öffentliche Beleuchtung.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

Antrag des **B.-R. Aykodem** auf energische Maßnahmen gegen den in erster Linie von den Flüchtlingen im XX. Bezirke geübten Unfug, die Mistkisteln auf die Straße zu leeren.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten.

### Wiener städtische Akademie für soziale Verwaltung.

Die schweren Verluste an Volkskraft und Volksvermögen infolge des furchtbarsten aller Kriege zwingen Staat und Gesellschaft, für das künftige Wohl der breiten Schichten der Bevölkerung mit Anspannung aller Kräfte vorzusorgen. Ausdehnung und Vertiefung der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge sind die Losung des nächsten Jahrzehntes. Staat, Länder und Gemeinden einerseits und die freie Hilfstätigkeit anderseits werden diese Riesenaufgabe nicht bewältigen können ohne einen großen Stab von Arbeitskräften, die Neigung und Eignung glücklich in sich vereinen. Die soziale Arbeit erfordert nicht nur Festigkeit des Charakters und hingebungsvollen, begeisterten Gemeinsinn, sondern ganz besonders eine Fülle von Sachkenntnissen, eine vertiefte, planmäßige Ausbildung. Die öffentliche Verwaltung und die Verbände der freien Hilfstätigkeit brauchen Sozialbeamte und namentlich Sozialbeamtinnen mit einer sorgfältigen Berufsausbildung sowie freiwillige Helfer und Helferinnen mit gediegener sozialer Schulung. Der gebildeten Frauenwelt eröffnen sich in Staat und Gemeinde und bei den großen Fürsorgeorganisationen mehr und mehr Lebensstellungen, die eine befriedigende Berufstätigkeit verheißen und eine günstige soziale Position versprechen. Der Vorbereitung zur sozialen Arbeit in der Gemeinde und auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Fürsorge, die zur sozialen Arbeit der Gemeinde in Beziehung steht, dient die städtische Akademie für soziale Verwaltung. Ihr satzungsgemäßer Zweck ist:

1. Eine fachliche Ausbildung denjenigen zu vermitteln, die in der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege (das ist in der Armen- und Waisenpflege, in der Jugend-, Arbeiter-, Wohnungs-, Gesundheitsfürsorge u. s. w.) beruflich tätig werden wollen oder sind, und den schon beruflich tätigen städtischen Organen Gelegenheit zur Fortbildung auf ihrem sozialen Arbeitsgebiete zu geben,
2. den ehrenamtlichen Organen der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege die Möglichkeit zur Einführung und theoretischen Fortbildung auf den verschiedenen Gebieten ihrer freiwilligen Arbeit zu bieten,

3. auch anderen Personen, die in der öffentlichen oder privaten Fürsorge beruflich oder freiwillig tätig sind, die Erweiterung ihrer Kenntnisse über die Aufgaben der sozialen Verwaltung zu ermöglichen.

Das Ziel der Akademie soll durch die fortlaufende Veranstaltung von Vortragsreihen und Einzelvorträgen, von praktischen Uebungen und Besichtigungen erreicht werden.

Der theoretische und praktische Unterricht hat sozialhygienische, sozialrechtliche und sozialpädagogische Fächer zu umfassen.

Die Veranstaltungen der Akademie können zum Zwecke der geschlossenen Ausbildung auf einzelnen Fachgebieten gruppenweise zu Sonderkursen (Fachkursen) in der Dauer von mehreren Wochen, Monaten oder Jahren zusammengefaßt werden.

## Veranstaltungen im Studienjahr 1918/19.

### I. Fachkurs für Jugendfürsorge.

(Von Anfang Oktober 1918 bis Ende Juni 1919.)

Ziel: Theoretische und praktische Ausbildung in allen Zweigen der Jugendfürsorge nach einem von der Unterrichtsverwaltung genehmigten Lehrplane.

#### 1. Jahrgang.

Lehrfächer, Stundenzahl und Lehrkräfte:

a) Juristische und soziale Fächer:

Bürgerkunde I (Verfassungs- und Verwaltungsrecht), 24 Stunden, Magistratsrat Dr. Hornek.

Bürgerkunde II (Zivil- und Strafrecht), 24 Stunden, k. k. Bezirksrichter Dr. Fiala.

Armenrecht und Armenwesen, 20 Stunden, Magistratsrat Dr. Hornek.

Aufbau und Statistik der Jugendfürsorge, 24 Stunden,
Einführung in die einzelnen Zweige der Jugendfürsorge, 20 Stunden, } Direktor Gold.

Volkswirtschaftslehre, dargestellt an der Hand der Haupttheorien, 24 Stunden,
Soziale Frage, 12 Stunden, } Magistrats-Ober-Komm. Dr. Karner.

Sozialpolitik (insbesondere Arbeitsvertrag, Arbeiterschutz und Sozialversicherung), 18 Stunden, Magistratsrat Dr. Hornek.

Einführung in die Bevölkerungs- und Sozialstatistik und Anleitung zu statistischen Arbeiten, 18 Stunden, Regierungsrat Dr. Hecke.

Einzelne Vorträge über Wohnungspflege und Wohnungsnachweis (Direktor Dr. Sagmeister und Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Mayer), Berufsberatung (Frau Olly Schwarz), Trinkerfürsorge (Dr. Daum), Jugendgerichtshilfe (k. k. Bezirksrichter Dr. Fiala), Kriegsbeschädigtenfürsorge (Magistrats-Sekretär Dr. Liebl), Pfadfinderwesen (k. k. Hauptmann Teuber), u. s. w.

Besichtigungen von Anstalten und Einrichtungen des Armenwesens und der Jugendfürsorge.

b) Psychologie und Pädagogik:

Psychologie und Erziehungskunde, 30 Stunden,
Jugendlektüre (in Verbindung mit Uebung im mündlichen und schriftlichen Ausdruck), 16 Stunden, } k. k. Professor Margarete Hanke.

Hortbetriebslehre, 26 Stunden, kaiserlicher Rat August Aichhorn.

Einzelvortrag über religiöse Erziehung im Horte (Monsignore Handlos).

c) Medizinische Fächer.

Gesundheitslehre, 60 Stunden, Dr. v. Gröer.

Sozialhygiene, 40 Stunden, Dr. Schaffran, Direktor des Jubiläums-Spitales der Gemeinde Wien.

Diagnostik und Methodik schwer erziehbarer Kinder, 60 Stunden (nebst einem Praktikum an vier Halbtagen durch fünf bis sechs Wochen in Gruppen zu vier an der heilpädagogischen Abteilung der k. k. Universitäts-Kinderklinik), Privatdozent Dr. Lazar und Fräulein Petra Belem.

d) Allgemeine Bildung:

Naturlehre (Wiederholung der Grundlehren der Physik und Chemie zur Erleichterung des Verständnisses der medizinischen Vorträge), 21 Stunden,
Naturkunde (Das Naturbild im Wandel der Jahreszeiten), 32 Stunden, } Städtischer Kindergarten-Inspektor Daniel Siebert*)

Einzelne Vorträge über Jugendkunst, über Heimatschutz (Dr. Gianoni), zur Kunstgeschichte Wiens (Dr. Liebl) usw.

e) Technische Fächer und Sonderkurse:

Stimmbildung und Gesang (Kindergesang und Volksgesang der Jugendlichen), ganzjährig, 2 Stunden wöchentlich (Stimmbildungsübungen) unter ständiger Kontrolle des Laryngologen. Einrichtung von mustergültigen Kindersingklassen in Horten. Weiteres Programm:

Studien über den Gesang als Volkserziehungsmittel und über die Musik als Heilerziehungsmittel, Frl. Schwarzl.

Erziehliche Handarbeit (Handfertigkeiten), ganzjährig, 5 Stunden wöchentlich (vormittags), Fräulein Staudek.

Weibliche Handarbeiten, 30 bis 40 Stunden, Frau Fachinspektorin Prohaska.

Stenographie, ganzjährig, 2 Stunden wöchentlich.

Spielleiterkurs (April, Mai, Juni 1919), 48 Stunden, k. k. Bezirksschulinspektor Schwalm.

Gartenbaukurs (Blumenpflege und Gemüseanbau), an je 4 Vormittagen wöchentlich im April, Mai und Juni 1919 im städtischen Reservegärten-Hauswirtschaftskurs (vormittags durch 8 Wochen) an der Bildungsanstalt für Koch- und Haushaltungslehrerinnen.

---

*) Unter der Annahme von zwei Wochen Weihnachtsferien und einer Woche Osterferien ist die Stundenaufteilung in folgender Weise in Aussicht genommen:

Ab 1. Oktober: wöchentlich je 1 Stunde Bürgerkunde I, Bürgerkunde II, Jugendfürsorge (bis Ende März), Armenwesen (bis 2. März), Hortbetriebslehre (bis 12. April).
„ 1. „ wöchentlich je 2 Stunden: Erziehungskunde (bis vor Weihnachten) und Volkswirtschaftslehre (bis 15. Februar).
„ 1. „ wöchentlich je 3½ Stunden: Naturlehre (bis 9. November).
„ 11. November: wöchentlich je 3 Stunden: Gesundheitslehre (bis Mitte April).
„ 11. „ wöchentlich je 1 Stunde: Naturkunde (bis Ende Juni).
„ 3. Februar: wöchentlich je 3 Stunden: Diagnostik und Methodik schwer erziehbarer Kinder (bis Ende Juni).
„ 1. April: wöchentlich je 1 Stunde: Soziale Frage und Einführung in die einzelnen Zweige der Jugendfürsorge (bis Ende Juni).
„ 1. „ wöchentlich je 1½ Stunden: Sozialpolitik, Jugendlektüre und Statistik (bis Ende Juni).

Die theoretischen Vorlesungen werden in den Nachmittags- und Abendstunden teils im Hörsaal der k. k. Universitäts-Kinderklinik, teils in Sälen städtischer Amtshäuser gehalten.

Beginn des Kurses: 1. Oktober 1918.

### Aufnahmsbedingungen:

In den ersten Jahrgang werden nach Maßgabe der vorhandenen Plätze ordentliche und außerordentliche Besucherinnen und Besucher zugelassen. Zur Aufnahme als ordentliche Besucherin (Besucher) ist erforderlich:

1. Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft oder Nachweis, daß der verstorbene Gatte oder Vater im k. u. k. Heere oder in der k. k. österreichischen Landwehr oder in der k. ungarischen Landwehr gedient hat.

2. Nachweis des vollendeten 18. und des nicht überschrittenen 45. Lebensjahres.

3. Nachweis (Vorlage der Schulzeugnisse!) über die Absolvierung von mindestens 6 Klassen einer Mittelschule oder über die Absolvierung der Lehrerinnenbildungsanstalt oder eines Lyzeums. Bewerberinnen und Bewerber, die drei oder vier Klassen einer Bürgerschule mit sehr gutem Erfolge absolviert haben, können zugelassen werden, wenn sie nach der Bürgerschule eine höhere Fortbildungsschule mit Erfolg besucht haben oder eine mehrjährige praktische Verwendung in der Jugendfürsorge nachweisen können.

4. Vollständige Beherrschung der deutschen Sprache.

5. Erwünscht sind bei Besucherinnen und Besuchern: Musikvorkenntnisse, bei Besucherinnen Gewandtheit in weiblichen Handarbeiten, Vorkenntnisse in der Haus- und Küchenwirtschaft.

Ueber Verlangen muß gegebenenfalls auch ein ärztliches Zeugnis beigebracht werden.

Für ordentliche Besucherinnen und Besucher ist unbedingt verbindlich der Besuch aller juristischen, sozialen und medizinischen Fächer und der Vorträge über Jugendlektüre und Hortbetriebslehre, ferner der Vorträge über Psychologie und Erziehungskunde, soferne sie nicht ein Zeugnis über die mit Erfolg bestandene Reifeprüfung an einer Lehrerinnen- und Lehrerbildungsanstalt oder über die pädagogische Fachprüfung für das Lehramt an Staatsmittelschulen beibringen oder den zweijährigen Kindergartenkurs mit Erfolg absolviert haben.

Vom Besuche der Vorträge über Naturlehre sind Maturantinnen und Maturanten einer Mittelschule oder Lehrerinnen-(Lehrer-)Bildungsanstalt, vom Besuch der Vorträge über Naturkunde Maturantinnen und Maturanten, ferner Bewerberinnen und Bewerber, die mindestens sechs Klassen einer Mittelschule absolviert haben, befreit. Alle übrigen ordentlichen Besucherinnen und Besucher des Kurses sind zur Teilnahme an den Vorträgen über Naturlehre und Naturkunde verpflichtet.

Die ordentlichen Besucherinnen und Besucher haben ferner unbedingt teilzunehmen: am Unterrichte in erziehlichen Handarbeiten, am Gesangunterrichte, soferne sie nicht nach ärztlichem Gutachten hiefür ungeeignet sind oder des musikalischen Gehörs entbehren, am Spielleiter- und Gartenbaukurse, ordentliche Besucherinnen auch am Unterricht in weiblichen Handarbeiten, soferne sie nicht durch Vorlage von selbstverfertigten Handarbeiten eine genügende Gewandtheit nachweisen. Zum Hauswirtschaftskurs kann nur eine beschränkte Anzahl von ordentlichen Besucherinnen zugelassen werden. Die Erlernung der Stenographie wird allen, die hierin nicht schon Kenntnisse besitzen, empfohlen.

Bewerberinnen und Bewerber haben sich unter Beibringung der unter 1 bis 3 geforderten Nachweise und mit einer in deutscher Sprache selbst verfaßten und selbst geschriebenen Darstellung ihres Lebenslaufes schriftlich oder mündlich bei der Kursleitung anzumelden.

Ueber die Aufnahme entscheidet der Aufnahms-Ausschuß der Akademie. Die Zulassungserklärung gilt nur vorläufig. Dem Lehrkörper steht das Recht zu, die vorläufige Zulassungserklärung nach einer angemessenen Zeit nach Beginn des Kurses zu widerrufen, wenn sich herausstellt, daß dem Zugelassenen die erforderliche Befähigung für ein Erfolg versprechendes Studium mangelt.

Als außerordentliche Besucherinnen und Besucher der Akademie können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze für einen Lehrgegenstand oder mehrere Lehrgegenstände berufstätige Jugendfürsorgerinnen und Fürsorger, Lehrpersonen, die an öffentlichen oder privaten Schulen wirken, ferner Personen, die in der Jugendfürsorge ehrenamtlich tätig sind, zugelassen werden.

Gesuche um Zulassung zum Besuche des 1. Jahrganges als ordentliche oder außerordentliche Besucherin (Besucher) sind bis spätestens 14. September 1918 beim städtischen Wohlfahrtsamte (I., Rathaus, 2. Stock) einzubringen.

Ebendort wird an allen Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags (auswärts Wohnenden auf Verlangen schriftlich) Auskunft erteilt. Da eine Beschränkung der Zahl der Kursbesucherinnen und Besucher in Erwägung gezogen wird, empfiehlt sich die sofortige Anmeldung.

### Prüfungen.

Alle ordentlichen Besucherinnen und Besucher haben über die sämtlichen juristischen, sozialen, medizinischen und pädagogischen Fächer eine Schlußprüfung in Anwesenheit eines Vertreters des k. k. n.-ö. Landesschulrates abzulegen und erhalten hierüber ein Zeugnis.

Den Kandidaten stehen drei Prüfungstermine (April, Juli und September 1919) zur Auswahl frei.

Außerordentliche Besucherinnen und Besucher können aus den Lehrgegenständen, die sie frequentiert haben, eine Einzelprüfung ablegen.

### Schulgeld.

Ordentliche Besucherinnen und Besucher haben ein Schulgeld von 300 K zu entrichten und werden hiefür zum Besuche aller theoretischen Vorträge, ferner nach Maßgabe der vorhandenen Plätze zum Besuche aller technischen Fächer und der angeführten Sonderkurse zugelassen.

Der Hauswirtschaftskurs ist nur einer begrenzten Zahl von Teilnehmerinnen zugänglich, die für die Beistellung der Mittagskost an den Schultagen den Beköstigungsbeitrag von 100 K zu entrichten haben.

Außerordentliche Besucherinnen und Besucher haben für einzelne Lehrgegenstände ein Honorar von 12, 20 oder 30 K (je nach der Stundenzahl bis zu 20, 40 oder über 40 Stunden) zu entrichten. Der Besuch der Einzelvorträge ist frei. Das Schulgeld ist sogleich nach der Aufnahme fällig. Ordentlichen Besucherinnen und Besuchern kann die Zahlung des Schulgeldes auch in angemessenen Raten, in besonders rücksichtswürdigen Fällen ausnahmsweise die teilweise Befreiung von der Entrich-

tung des Schulgeldes bewilligt werden. Mit Verwaltungsstellen, Körperschaften und Vereinen, die den Fachkurs mit Beihilfen unterstützen, wird hinsichtlich der von solchen Stellen entsendeten Besucherinnen oder Besuchern ein besonderes Uebereinkommen getroffen.

2. Jahrgang.

a) Theoretische Fächer:

(Vom 1. Oktober bis Weihnachten 1918.)

Sozialhygiene, 40 Stunden, Dr. Schaffran, Direktor des Jubiläumsspitales der Gemeinde Wien.

Sozialpolitik, 18 Stunden, Magistratsrat Dr. Hornek.

Soziale Frage, 12 Stunden, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Karner.

Einführung in die besonderen Zweige der Jugendfürsorge, 20 Stunden, Direktor Gold.

Einführung in die Bevölkerungs- und Sozialstatistik und Anleitung zu statistischen Arbeiten, 18 Stunden, Regierungsrat Dr. Hecke.

Jugendlektüre, 16 Stunden, k. k. Professor Margarete Hanke.

Fortbildung in Gesang und in erziehlichen Handarbeiten, falls sich eine entsprechende Anzahl von Teilnehmern meldet.

b) Sonderkurse und Praktika:

1. Ein achtwöchentlicher Ernährungskurs an der k. k. Universitäts-Kinderklinik, ganztägig vom 2. September bis 26. Oktober 1918, ein zweiter Kurs vom 13. Jänner bis 2. März 1919 und ein dritter vom 2. April bis 31. Mai 1919.

Bis zu 10 Teilnehmerinnen sind für jeden Kurs die Plätze gesichert.

2. Ein siebenwöchentlicher Einführungskurs der Säuglingspflege und Säuglingsfürsorge an der k. k. Universitäts-Kinderklinik vom 4. November bis Weihnachten 1918. (An allen Wochentagen vormittags, ferner einige theoretische Stunden nachmittags und zweimal wöchentlich von 3 bis 5 Uhr Beratungsambulanz. Zugelassen können bis zu 30 Teilnehmerinnen werden.)

3. Zwischen dem ersten und zweiten und zwischen dem zweiten und dritten Ernährungskurs je ein einwöchentlicher ganztägiger Kurs der allgemeinen Pflegetechnik und der Pflege von Infektionskranken an der k. k. Universitäts-Kinderklinik für je 10 bis 20 Teilnehmerinnen.

4. Ein heilpädagogisches Praktikum für Vorgeschrittene in der Dauer von 5 bis 6 Wochen an der k. k. Universitäts-Kinderklinik. (An vier Halbtagen praktische Arbeit an der heilpädagogischen Abteilung und an drei weiteren Halbtagen Seminarbetrieb. Ferner Praktikum im Kinderheim des Pestalozzivereines an einem Tage wöchentlich während des ganzen Unterrichtsjahres.)

In der Zeit zwischen dem 1. Jänner und 30. Juni 1919:

5. Ein achtwöchentliches, ganztägiges Praktikum in einer Fürsorgestelle des städtischen Jugendamtes in Gruppen zu 5 Besucherinnen (Besucher).

6. Ein einwöchentliches, ganztägiges Praktikum in der Zentrale des städtischen Jugendamtes (Abteilung für Kriegerwitwen- und Kriegerwaisenfürsorge) in Gruppen zu je 5 Besucherinnen (Besucher).

7. Ein vierwöchentliches Praktikum in einem städtischen Volkskindergarten (zwei Wochen bei Winterbetrieb, zwei Wochen bei Sommerbetrieb) in Gruppen zu 5 Besucherinnen (Besuchern).

8. Hortpraktikum in der Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1919, in Gruppen bis zu 30 Besucherinnen (Besucher), einmal wöchentlich in der Hortbetriebszeit, und zwar in einem Knabenhorte, in einem Mädchenhorte und in einer städtischen Tageserholungsstätte. (Miterleben der erziehlichen Hortbeschäftigung, Probeauftritte mit anschließender Besprechung, praktische Einführung in die soziale Bedeutung und in die Verwaltung der Horte, Exkursionen, schriftliche Arbeit.)

Als ordentliche Besucherinnen und Besucher werden nur jene zugelassen, die den ersten Jahrgang mit Erfolg absolviert haben. Für die Zulassung außerordentlicher Besucherinnen und Besucher zu den theoretischen Fächern des 2. Jahrganges gelten die gleichen Bestimmungen wie für den 1. Jahrgang.

Zum Besuche der unter b), 1. bis 7. angeführten Sonderkurse und Praktika können außerordentliche Besucherinnen und Besucher nur ganz ausnahmsweise und nur nach Maßgabe der vorhandenen Plätze, zum Besuche des Hortpraktikums nur jene zugelassen werden, die die Vorträge über Hortbetriebslehre im Vorjahre besucht haben.

Ordentliche Besucherinnen und Besucher haben für sämtliche Veranstaltungen ein Unterrichtsgeld von 100 K, ferner für den Ernährungskurs und für den Einführungskurs der Säuglingspflege und -fürsorge ein Honorar von je 100 K und für die Beistellung der Kost während des Ernährungskurses ein Pauschale von 3 K pro Kurstag zu entrichten.

Das Unterrichtsgeld, das außerordentliche Besucherinnen und Besucher zu entrichten haben, wird bezüglich der theoretischen Fächer gemäß den oben für den ersten Jahrgang angegebenen Bestimmungen bemessen. Der Regiebeitrag für Besucher eines Sonderkurses oder Praktikums wird fallweise vereinbart.

Ansuchen um Zulassung zum Besuche des zweiten Jahrganges sind von ordentlichen und außerordentlichen Besucherinnen und Besuchern bis spätestens 14. September 1918 einzubringen. Auch jene, die zum Septembertermin noch aus einzelnen Fächern des ersten Jahrganges eine Prüfung ablegen, haben sich wegen Aufnahme in den zweiten Jahrgang (vorbehaltlich des Prüfungsergebnisses) bis spätestens 14. September 1918 anzumelden. Anmeldungen zur Teilnahme am ersten Ernährungskurs sind bis spätestens 10. August 1918 an das städtische Wohlfahrtsamt (I., Rathaus, 2. Stock) zu richten.

Zur theoretischen und praktischen Ausbildung auf Sondergebieten der Jugendfürsorge je nach der Eignung und Vorliebe der Absolventinnen und Absolventen des zweiten Jahrganges ist ein fünftes, allenfalls auch ein sechstes Semester in Aussicht genommen.

Das theoretische Lehrprogramm des ersten Jahrganges des Fachkurses für Jugendfürsorge ist derart vielseitig, daß auch jene, die nicht auf irgend einem Gebiete der öffentlichen oder privaten Jugendfürsorge, sondern in irgend einem anderen Zweig der öffentlichen und sozialen Frage tätig werden wollen, z. B. im Arbeitsnachweis, in der Fabrikspflege, einzelne Fächer oder Gruppen von Lehrgegenständen zur Vorbereitung für ihre künftige Wirksamkeit besuchen können. Die Kursleitung ist gerne bereit, solchen Interessenten wegen der Auswahl der Fächer und wegen

der Vermittlung einer speziellen Probepraxis an die Hand zu gehen.

### II. Fortbildungskurse für berufstätige Kindergärtnerinnen.

1. Praktischer Fortbildungskurs im Zeichnen und Malen, 2 Stunden wöchentlich, vom 1. Oktober 1918 bis Ende Juni 1919 in den Abendstunden: Fachlehrer Karl Eisenmenger. Teilnehmerhöchstzahl: 25, Ort: XIII., Trauttmansdorffgasse, Regiebeitrag 40 K.

2. Zeitgemäße Kindergartenarbeiten (theoretische und praktische Fortbildung), 2 Stunden wöchentlich, vom 1. Oktober 1918 bis Ende März 1919 in den Abendstunden: Fräulein Berta Jaksch, Leiterin des Kindergartens im Offizierstöchter-Erziehungsinstitut. Höchstzahl der Teilnehmerinnen: 30, Ort: ein Zeichensaal in einer noch zu bestimmenden städtischen Schule. Regiebeitrag: 25 K.

Anmeldungen zum Besuche des einen oder anderen Kurses sind bis spätestens 14. September an das städtische Wohlfahrtsamt (I., Rathaus, 2. Stock) zu richten. Zugelassen werden Absolventinnen des Kindergartenkurses; beruflich tätige Kindergärtnerinnen bevorzugt.

Ferner für Lehrpersonen, die an öffentlichen oder privaten Volks- oder Bürgerschulen tätig sind:

Ziele und Einrichtungen des Kindergartens, 10 Vorträge zwischen dem 11. November und Weihnachten 1918, in den Abendstunden, wahrscheinlich im Hörsaal der k. k. Universitäts-Kinderklinik: Städtischer Kindergarten-Inspektor Siebert. Regiebeitrag: 6 Kronen; Anmeldungen bis spätestens 19. Oktober 1918 an das städtische Wohlfahrtsamt (I., Rathaus, 2. Stock).

### III. Einführungskurse für Beamtinnen und Beamte des Arbeitsnachweises.

Vorträge über die Organisation des Arbeitsnachweises, über den Dienstvertrag, die Dienstordnung für das Hauspersonal, die wesentlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, über Berufsberatung usw. Dauer 5 bis 6 Wochen. Die Vorträge werden ausschließlich in den Abendstunden gehalten. Ueber Verlangen kann zur praktischen Einführung in den Dienst beim städtischen Arbeiterfürsorgeamte Gelegenheit geboten werden. Regiebeitrag 40 K für den ganzen Kurs.

Solche Einführungskurse werden im Verlaufe des Unterrichtsjahres nach Bedarf veranstaltet. Schriftliche Anmeldungen können beim Vorstande des städtischen Arbeiterfürsorgeamtes (VII., Neubaugürtel 38) oder beim Vorstande des städtischen Wohlfahrtsamtes (I., Rathaus, 2. Stock) eingebracht werden. Bewerberinnen und Bewerber um Zulassung haben dem Gesuch den Tauf(Geburts)schein, den Zuständigkeitsnachweis und das letzte Schulzeugnis beizulegen und im Gesuche ihre bisherige praktische Verwendung anzugeben.

### IV. Informationskurse für die ehrenamtlichen Organe der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege.

Diese Kurse sind ausschließlich nur jenen Damen und Herren zugänglich, die in der Wiener städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege ehrenamtlich tätig sind. Die Kurse werden aus Vortragsreihen über die Organisation der öffentlichen und privaten Fürsorge und über Neuerungen der sozialen Fürsorge bestehen. Die näheren Einzelheiten werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

### V. Kurse zur Ausbildung von Recherchentinnen.

Zugänglich allen Frauen und Mädchen, die in der privaten Fürsorge tätig sind oder werden wollen. Der nächste derartige Kurs ist für die Zeit von Anfang November bis Weihnachten 1918 in Aussicht genommen und wird im Verlaufe des Winters 1918/19 nach Bedarf wiederholt werden. Vereine und Korporationen werden eingeladen, jene Mitglieder, die den nächsten Kurs besuchen wollen, im Verlaufe des Monates September, spätestens aber bis 19. Oktober 1918 an das städtische Wohlfahrtsamt (I., Rathaus, 2. Stock) bekanntzugeben. Jeder Kurs umfaßt:

10 bis 12 Vorträge über die soziale Bedeutung der einzelnen Zweige der öffentlichen und privaten Fürsorge (Frau Hertha v. Sprung),

10 bis 12 Vorträge über die gesetzlichen Grundlagen der öffentlichen Fürsorge (Magistratsrat Dr. Hornek),

Anstaltsbesichtigungen und mehrwöchentliche praktische Einführung (Frau Regierungsrat Wien). Regiebeitrag: 10 K per Teilnehmerin.

### VI. Allgemein zugängliche Vorträge.

Im Verlaufe des Winters 1918/19 werden über dringende Fragen der sozialen Verwaltung 8 bis 10 allgemein zugängliche Einzelvorträge veranstaltet werden. Nähere Mitteilungen werden im gegebenen Zeitpunkte durch die Tagespresse folgen. Der bescheidene Regiebeitrag, der von dem besuchenden Publikum eingehoben werden wird, wird ausschließlich zur Gründung eines Unterstützungsfondes für Studierende der Akademie dienen.

Frequenz des Jugendfürsorgekurses, I. Jahrgang 1917/18:

Bürgerkunde I, 86, Bürgerkunde II, 85, Einführung in die Volkswirtschaftslehre 81, Armenwesen 89, Aufbau und Organisation der Jugendfürsorge 86, Erziehungskunde 78, Gesundheitslehre 112, Diagnostik und Methodik schwer erziehbarer Kinder 60, Naturlehre 60, Naturkunde 72, Hortbetriebslehre 189 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 60 ordentliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Den Spielleiterkurs besuchten 81, den Gartenbaukurs 23, den Unterricht in erziehlichen Handarbeiten 28, in Stimmbildung und Gesang 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Einen achtwöchentlichen Hauswirtschaftskurs an der Bildungsanstalt für Koch- und Haushaltungslehrerinnen haben 20, einen achtwöchentlichen Ernährungskurs an der k. k. Universitäts-Kinderklinik 30 ordentliche Teilnehmerinnen absolviert.

Wien, im Juli 1918.

Der Leiter der städtischen Akademie für soziale Fürsorge:

**Dr. Rudolf Hornek,**
Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes.

---

## Gemeindevermittlungsämter.

Das Gemeindevermittlungsamt Mariahilf wird im Monate August 1918 am 7., 14., 21. und 28. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

---

# Lebensmittelverkehr.

## Jung- und Stechviehmarkt vom 30. Juli u. 1. August 1918.

### 1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kälber lebend . . . . . | 2 | Schafe lebend . . . . | 3564 |
| Kälber ausgeweidet . . | 261 | Schafe ausgeweidet . . | 17 |
| Lämmer lebend . . . . | — | Schweine ausgeweidet . | — |
| Lämmer ausgeweidet . . | 14 | Spanferkel . . . . . | — |

### 2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 470 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ 320 „ 460 „

Lämmer lebend (per 1 kg)

I. Qualität . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ 1000 „ 1600 „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . von 1200 bis 1600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 1400 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 880 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 8 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 2714 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

Alle Kälberqualitäten, sowie Lämmer und Schafe wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

* * *

## Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 31. Juli 1918.

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen oder Spelz per 100 kg | 40 K | — h |
| Roggen . . . . . „ | 100 „ | 40 „ | — „ |
| Gerste . . . . . „ | 100 „ | 37 „ | — „ |
| Hafer . . . . . „ | 100 „ | 36 „ | — „ |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

### Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art . . . . . 17 K — h per 100 kg
Stroh:
Kornschaubstroh . . . . . 10 „ — „ „ 100 „
Erbsen-, Wickenstroh . . . . . 8 „ — „ „ 100 „
Bohnen-, Raps- und Maisstroh . . 6 „ — „ „ 100 „

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl Nr. 243 ex 1917.)

* * *

## Pferdemarkt vom 30. Juli 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 378 Stück.

183 Gebrauchspferde, 195 Schlachtpferde*).

**Preis**: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5800 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war wenig lebhaft.

---

# Baubewegung

vom 30. Juli bis 1. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

## Gesuche um Baubewilligungen.

### Adaptierungen.

I. Bezirk: Bauernmarkt 19, von Anton Hein (1693).
„ „ Bartensteingasse 16, von Felix Schmidt, Bauführer Felix Nowotny (1695).
V. Bezirk: Bacherplatz 3, von Geza Herczeg durch M. Lawicka (1704).
IX. Bezirk: Althanplatz 11, von Leopold Dent, ebenda (1703).
XVI. Bezirk: Neulerchenfelderstraße 29, von Fritz Trestler, ebenda, Bauführer Josef Münster (33569).

### Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XII. Bezirk: Roesnergasse 4, von Josef Hlawacek (27587).

---

*) Hievon — am Markte und 195 im Pferdeschlachthause.

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 11. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Maximilian Leopoldine — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — XVII., Hernalser Hauptstraße 189.

Franzke Anna — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — XVII., Jörgerstraße 34.

Svec Therese — Viktualienhandel — XVIII., Gymnasiumstraße 26.

Hennewald Marie — Viktualienhandel — XVIII., Herbeckstraße 43.

Zöchmann Hedwig — Marktviktualienhandel — XVIII., Kutschkergasse (Markt).

Romaniuk Salomea — Handel mit Tuch-, Seiden- und Wollabfällen — VI., Brückengasse 11.

Falger Peter — Obsthandel — II., Praterstraße 28.

Klein Sandor — Spirituosen-, Fruchtsäfte- und Likör-Erzeugung auf kaltem Wege — II., Obere Donaustraße 43.

Ueberschlag Robert — Erzeugung chemisch-technischer Produkte und einschlägiger Bedarfsartikel — XIX., Heiligenstädterstraße 27.

Rossa Josefa Martha — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XVI., Lambertgasse 9.

Kaltschmid Margarete — Handel mit Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen ꝛc. — VII., Neustiftgasse 54.

Thomanek Anna — Modistengewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 29.

---

## Inhalt.


Seite

Wien während des Krieges (35. Folge) . . . . . 1557

Gemeinderat:

**Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. Juli 1918.**

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigungen . . . . . 1575
2. Beurlaubt . . . . . 1575
3. Spendeneinlauf . . . . . 1575

Anfragen:

4. Gem.-Rat Gussenbauer: Erhöhung der Zehrgelder für Mitglieder der Brot-Kommissionen . . . . . 1575
5. Derselbe: Zuweisung von Einsiedezucker an Obstgartenbesitzer . . . . . 1575
6. Gem.-Rat Skaret: Anhäufung von Explosivstoffen in den Stadtgutsälen im XIV. Bezirke . . . . . 1576
7. Gem.-Rat Ullreich: Beschlagnahme der Kartoffelernte bei den Kriegsgemüse- und Schrebergärtnern . . . . . 1577
8. Gem.-Rat Schäfer: Lebensmittelbeschaffung für Gastgewerbebetriebe in Wien . . . . . 1577

Berichte:

9. Absetzung des Referates Post 17 von der Tagesordnung . . . 1578
10. Vize-Bürgermeister Hoß: Neufestsetzung der Platzzinse und der sonstigen Entschädigungsgebühren für die Inanspruchnahme städtischen Grundes . . . . . 1578
11. Derselbe: Bewilligung eines Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 16 e „Kinderpflegeanstalt, Reinigung der Wäsche und Bettkotzen" im Betrage von 30.000 K und zur Ausgabs-Rubrik XXXVII 18 c „Verpflegung von armen Kindern in verschiedenen anderen Anstalten" im Betrage von 25.000 K des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1917/18 1578
12. Derselbe: Deckung des Mehrerfordernisses zur Ausgabs-Rubrik XLIX „Militärbequartierung" . . . . . 1578
13. Derselbe: Bauliche Herstellungen in den Schlachthöfen St. Marx und Meidling anläßlich der Einführung der Zentral-Schlachtung . . . . . 1579
14. Derselbe: Bilanz für das Jahr 1917 und Voranschlag für das Jahr 1918 der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien . . 1580
15. Derselbe: Bewilligung eines Zuschußkredites zu der außerordentlichen Ausgabs-Rubrik XXVII 7 a „Bau des Als- und Ottakringerbach-Entlastungskanales im IX. und XVII. Bezirke" für das Verwaltungsjahr 1917/18 . . . . . 1580
16. Gem.-Rat Poyer: Ansuchen des Anton Trillsam um Uebertragung eines Teiles der Kat.-Parz. 756 und 757/1 Ober-St. Veit in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes . . . . . 1580
17. Derselbe: Auflösung der Bezirksvertretung des XIII. Wiener Gemeindebezirkes . . . . . 1581
18. Telegramm des XII. Korps, betreffend eine Lebensmittelspende 1581
19. Absetzung von Geschäftsstücken von der Tagesordnung infolge Erkrankung des Gem.-Rates Dr. Mataja . . . . . 1581
20. Vize-Bürgermeister Rain: Rechenschaftsbericht und Bilanz des Kreditvereines der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 . . . . . 1581
21. Gem.-Rat Hötzel: Pachtvertrag der Gemeinde Wien mit der Firma „Oesterreichische Industriewerke Warchalowski, Eißler & Komp. A.-G." bezüglich Gründen an der Heigerleinstraße, Nauseagasse, Seeböck- und Odoakergasse im XVI. Bezirke . . . . . 1582
22. Gem.-Rat Schneider: Erweiterung der Zufahrtsgeleise zur Hauptwerkstätte der städtischen Straßenbahnen in der Ihheringgasse zwischen Schwender- und Siebeneichengasse im XIV. Bezirke 1582
23. Gem.-Rat Schwer: Erhöhung der Gebühren für Theaterfeuerwachen . . . . . 1582
24. Derselbe: Ankauf von Bereifungen für die Kraftspritzen der städtischen Feuerwehr . . . . . 1582
25. Derselbe: Ansuchen der „Zentralstelle für Soldatenlektüre" um Subvention . . . . . 1582
26. Derselbe: Erhöhung der Entschädigung für den dienstfreien Tag bei der städtischen Feuerwehr . . . . . 1582
27. Siehe unter Wahlen.
28. Gem.-Rat Tomola: Ansuchen des Hortes für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder um Subvention . . . . . 1583
29. Derselbe: Kriegszulage für die nicht festangestellten Religionslehrer . . . . . 1583
30. Derselbe: Widmung von Freiplätzen an der k. k. Schiffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest . . . . 1583

Wahlen:

27. Vornahme der Wahl von vier Mitgliedern in das Kuratorium der städtischen Akademie für soziale Verwaltung und der Wahl von acht Mitgliedern und vier Ersatzmännern in den paritätischen Ausschuß des städtischen Arbeitsnachweises . . . . . 1582
31. Ergebnis dieser Wahlen . . . . . 1584

**Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 17. Juli 1918.**

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Hierhammer: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Schauspieler Anton Amon . . . 1584
2. Derselbe: Hermine Keim, Witwe des Dichters Franz Keim, Ehrenpension . . . . . 1584
3. Vize-Bürgermeister Hoß: Ernennungen und Titelverleihungen im Status der Beamten des Veterinäramtes . . . . . 1584
4. Derselbe: Ernennungen und Titelverleihungen im Personalstande der Stadtbuchhaltung . . . . . 1584
5. Gem.-Rat Schwer: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Pfarrer Alois Patzak . . . . . 1584
6. Derselbe: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Leiter der Buchdruckerei „Austria", Redakteur Franz Doll . . . . . 1584
7. Gem.-Rat Spalowsky: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an Anna Paulitschke, Vorsteherin der Sektion Mariahilf des Frauen-Wohltätigkeitsvereines . . . . 1584
8. Gem.-Rat Tomola: Marie Bertl, Lehrerswitwe, Gnadengabe . . . . . 1585
9. Derselbe: Anna Held, Kommunal-Professorswitwe, Witwenpension . . . . . 1585

Erklärung . . . . . 1585

Bezirksvertretungen:

Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom 17. April 1918 . . . . . 1585

Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom 26. April 1918 . . . . . 1586

Allgemeine Nachrichten:

Wiener städtische Akademe für soziale Verwaltung . . . . . 1586

Gemeindevermittlungsämter . . . . . 1590

Lebensmittelverkehr:

Jung- und Stechviehmarkt vom 30. Juli und 1. August 1918 . . . 1591

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 31. Juli 1918 . . . . . 1591

Pferdemarkt vom 30. Juli 1918 . . . . . 1591

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 30. Juli bis 1. August 1918 . . 1591

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1592

Kundmachungen.


Herausgeber: **Die Gemeinde Wien** — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat **August Joh. Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittner Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

# Arbeiten und Lieferungen.

**Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.**

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

**1918.**

| Ort und Stunde der Verhandlung | Ort (Bureau) | M.-Z. | Objekt | Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen | Veranschlagte Kosten |
|---|---|---|---|---|---|
| 10. August 10 Uhr | Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, I., Neues Amtshaus, Felderstr.) | 463 | Kanalneubau am Landstraßergürtel in der Strecke zwischen Baumgasse und Döblerhofstraße im III. und XI. Bezirke. | 1. Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraul. Bindemittel . . . .<br>2. Lieferung der Steinzeugschalen und Wandplatten . . . . . | 16.260 K 92 h<br>1794 K<br>Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III (I., Neues Rathaus, Mezzanin) zur Einsicht auf.<br>1—3 |
| 14. August 11 Uhr | Abteilung VI (Mag.-Sek. Bertolas, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock) | 563 | Umpflasterung des Wiedner gürtels im IV. Bezirke (Fahrbahn nächst der Alleegasse). | Erd- und Pflasterungsarbeiten . | 2340 K (1500 K Pauschale)<br>1—3 |

M. Abt. IV, 1792/18.

# Kundmachung.

**(Reinigen und Bespritzen der Gehwege vor Häusern und Grundstücken.)**

Auf Grund der §§ 46 und 100 des Gemeindestatutes für Wien vom 24. März 1900, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 17, wird unter Aufhebung der denselben Gegenstand betreffenden Magistrats-Kundmachung vom 8. April 1903, M. A. IV, 736, angeordnet:

1. In den Bezirken I und III bis IX, sowie in den verbauten Teilen der Bezirke II und X bis XXI sind die Eigentümer und Verwalter sämtlicher Gebäude und Grundstücke verpflichtet, die an diesen vorbeiführenden, dem öffentlichen Verkehre dienenden gepflasterten und ungepflasterten Gehwege in der ganzen Länge der Liegenschaft täglich zwischen 8 und 10 Uhr abends vom Staub oder Kot gründlich säubern zu lassen. Bei trockener Witterung sind die Gehwege erst zu bespritzen und sodann zu kehren, damit Staubentwicklung vermieden werde. Bei Frostwetter ist die Bespritzung zu unterlassen.

2. Ueberdies sind diese Gehwege in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober täglich zwischen 7 und 8 Uhr morgens und

*

zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags bei trockener Witterung zu bespritzen, bei nasser Witterung aber vom Kot gründlich zu reinigen.

3. Bei der Reinigung darf Kehricht und Kot nicht in das Straßenrinnsal gekehrt werden, sondern er ist zu sammeln, im Hause zu hinterlegen und mit dem Hauskehricht zum Kehrichtsammelwagen zu bringen.

4. Wo keine abgegrenzten Bürgersteige bestehen, ist längs den einzelnen Liegenschaften der Weg in einer Breite von mindestens $1\frac{1}{4}$ m vorschriftsmäßig zu bespritzen und zu reinigen.

5. Wo den zur Bespritzung der Gehwege Verpflichteten das erforderliche Wasser nicht zur Verfügung steht, kann die Bespritzung unterbleiben. Doch ist hievon die Anzeige an das magistratische Bezirksamt zu erstatten, das zu entscheiden hat, ob die Voraussetzung dieser Ausnahmebestimmung tatsächlich gegeben ist.

6. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 400 K oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,**
im selbständigen Wirkungskreise,
am 24. Juni 1918. 3—3


Ueber Allerhöchste Ermächtigung Seiner kais. und königl. Apostolischen Majestät
**45. k. k. Staatslotterie**
für Zivilwohltätigkeitszwecke
Diese Geldlotterie enthält 22 747 Gewinne in barem Gelde im Gesamtbetrage von 700.000 Kronen
Der Haupttreffer beträgt: **250.000 Kronen**
**Die Ziehung erfolgt öffentlich in Wien am 3. Oktober 1918**
**Ein Los kostet 5 Kronen**
Lose sind bei der Abteilung für Wohltätigkeitslotterien in Wien, III., Vordere Zollamtsstrasse 5, bei der kgl. ung. Lottogefällsdirektion in Budapest, IX., Hauptzollamtsgebäude, in Lottokollekturen, Tabak-Trafiken, bei Steuer-, Post- und Eisenbahnämtern, in Wechselstuben etc. zu bekommen; Spielpläne für Loskäufer gratis. Die Lose werden portofrei zugesendet.
**Von der k. k. Generaldirektion der Staatslotterien**
(Abteilung für Wohltätigkeitslotterien).

**Aufzüge und Krane**
**A. FREISSLER**, Ingenieur
MASCHINEN- UND AUFZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.
WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.
Seit 51 Jahren bestehende Spezialfabrik befasst sich ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Kranen nach eigener bewährter Konstruktion.

Kollektiv-Ausstellung der österreichischen Leinen-Industrie.
Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und Appretur-Anstalt
**J. A. KLUGE**
Hermannseifen (Böhmen)
Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.
Flachsspinnerei in Oberaltstadt und Marschendorf bei Trautenau.
Telegramm-Adresse: Leinenkluge, Wien.

Fabrikation aller Sorten
SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER
GES. MARKE GESCH
IMPERATOR
VERLANGEN SIE OFFERTE
Vertreter überall gesucht
am verbreitetsten!
Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität
Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne
Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!
„Imperator", Erste Wiener Farbband- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.
Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9
Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Oesterreichische
**Mannesmannröhren-Werke**
Gesellschaft m. b. H.
**Wien, IX., Währingerstrasse 6—8**
liefern:
**Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art**, insbesondere nahtlose **Stahlmuffenrohre** für Bleidichtung für Gas- und Wasserleitungszwecke, **Stahlrohrmaste** für elektrische Beleuchtung und Stromzuführung, **Kandelaber** für stehendes und hängendes Gasglühlicht, u. a., auch **Gaslichtmaste** mit Herablassvorrichtung System „Wunderlich", **Blitzableiterstangen, Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Stahlrohrbehälter** hochgespannte und verflüchtigte Gase und Chemikalien, u. a. m.
FERNSPRECHER NR.: 22830, 22834, 22840, 13066 und 14034
DRAHTANSCHRIFT: „MANNESROHR WIEN"

**BÖHLER-STAHL**

Grosser Preis der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914
**F. ROLLINGER · WIEN**
Geschäftsbücher-Fabrik, Buchbinderei u. Rastrier-Anstalt, Kontor-Requisiten-Verlag, Buch-, Stein- u. Kunstdruckerei
**Hauptbureau u. Fabrik: Wien, XII/1, Niederhofstrasse 37—39**
Niederlagen in Wien: I., Rotenturmstrasse 19, XII/1, Niederhofstrasse 39, Filialen in Triest, Linz u. Prag. Geschäftsbücher, Rastrier- und Buchbinderei-Arbeiten, Kopier-, Notiz- u. Durchschreibbücher. Alle Drucksorten für Kunst-, Buch- u. Steindruck. Schreibrequisiten, Schreibpapiere, Papierwaren usw. Kontor-Einrichtungsgegenstände. Epoca-Heftung (österr.-ungar. Patent).

**Granit**
**Anton Poschacher**
Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.
Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.
Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit,
:: Pflastersteine etc. ::
**Granitwerke:**
Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

**Allgemeine Depositen-Bank**
**Wien, I., Schottengasse 1,**
Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz
und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.
Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—

**Aktiengesellschaft der vereinigten Asphalt- und Baumaterialien-Werke**
**Wien-Floridsdorf-Wopfing**
**Wien, I., Singerstrasse 27.** — Telephon 10.390, 11.666.
Dachpappe und Dachlack. **Anduro, teerfrei, geruchlos. Xerotikon** und **Grafolin. „Lotos"**, zur Herstellung von wasserdichtem Mörtel. **Pflasterungen mit Asphaltcoulé** u. **Comprimé** sowie mit **Asphaltpflasterplatten. Dachdeckungen** mit Steindachpappe, **Anduro** und Holzzement. — Holzstöckelpflasterungen. Asphalt-Makadam-Strassen. Asbest-Magnolith-Fussböden. Eichen- u. Buchenbrettelböden. Kunststeinstiegenstufen, pat. synthetische **Waldegger Marmorplatten.**
Spezialität: „Tecto"-Wagen- und Waggonplachen.

# FRIEDR. SIEMENS

FABRIK K. K. PRIV. BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

INTERNATIONALE

TEL. 12009, 16216, 16158.

## HANDELSBANK

:-: in Oesterreich :-:

EINLAGEN

in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.

**Wien, I., Schottenring 21.**

TEL. 12009, 16216, 16158.

Schrauben- und Schmiedewaarenfabriks-Actiengesellschaft

## Brevillier & Co. und A. Urban & Söhne

WIEN, VI., LINKE WIENZEILE 18.

FABRIKEN: Wien-Floridsdorf, Neunkirchen N.-Ö., Ustron in Österr.-Schlesien und Sporysz bei Zywiec in Galizien.

Erzeugung: Schraubenwaren, Preß- u. Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterial für den Eisenbahn-Oberbau, Eisen- und Metallguß, Schraubstöcke, Pflugbleche, Wagenachsen, Flanschen, Rohrschellen. Metallprägeartikel sowie Stangen aus Messing, Kupfer, Deltametall, Aluminium, Zink etc. Geschosse, Zünder und deren Bestandteile.

## Gebrüder Thonet

**Fabriken massiv gebogener Holzarbeiten**

empfehlen ihre erstklassigen Fabrikate für jeden Bedarf.

## WAGEN- UND AUTO-KAROSSERIEN-FABRIK FERDINAND KEIBL

G. M. B. H.

WIEN, III. BEZIRK, HAUPTSTRASSE 128

TELEPHON 2676. GEGRÜNDET 1856.

Berndorfer Metallwarenfabrik

## ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

**In eigener Erzeugung:**

**Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel etc. etc. etc.**

ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

**Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.**

## Karl Schuhmann

**Zink-Ornamenten-Fabrik und Bauspenglerei**

**Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57**

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.

Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten. Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dacheindeckungen in jedem Metall nach neuestem Systeme. Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten. Kostenanschläge gratis und franko — Provinzaufträge promptest.

## Bau-, Werk- und Tischlerholz-Handlung

Grassl, Schenk & Co.

Best assortiertes Lager aller Gattungen trockener, weicher u. harter Hölzer

Spezialität: Eichenholz.

Wien, X., Gudrunstraße 194 gegenüber dem evangel. Friedhofe.

Telephon Nr. 58297 u. 59394.

# Gerüst- und Betonbauhölzer en gros

Telephon 94.520

**ANTON NIKLASCH, Holzhandelsgesellschaft m. b. H.**

Wien, XIX., Heiligenstädterlände 15.

Telephon 95.047

Grösstes Lager von Schalbrettern, Staffeln, Trägerpfosten etc. — Spezialgsschäft für Gerüstpfosten, Köhrbäume, Langtännen, Raste, Träme u. Kanthölzer, ausschließlich nur prima oberösterr. Gebirgsware, 10-fache Tragfähigkeit und 10-fache Dauerhaftigkeit gegen jede andere Provenienz

Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11—17, XIX., Nussdorferlände 9 und 31, XXI., Wagramerstraße 54 Telephon 98.202, Heiligenstadt-Bahnhof.

# WIENER EISENBAU A.-G.

**Wien, X., Knöllgasse Nr. 35–39**

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
**Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Giliarfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.**

Wienerberger
## Ziegelfabriks- und Baugesellschaft
WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

## Zentralheizung u. Ventilation
**Gas- und Wasserleitungen, Pumpenanlagen, Closets, Bäder und gesundheitstechnische Einrichtungen jeder Art.**
**Hans Mable, Wien**
Beeideter Schätzmeister und Sachverständiger des k. k. Handelsgerichtes in Wien
Telephon Nr. 53320. **Prima Referenzen.** IV., Phorusgasse 14.

## Julius Juhos & Komp.
Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42
**Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1–3**
liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:
**Gewalzte Bauträger und U-Eisen**
best inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Archit.-Vereines



Gelochte Träger, Gusseiserne Säulen u. Schlösche Stab-, Façoneisen und Universal-Flacheisen
**Schwere Bleche u. Feinbleche**
für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.
**Schmiedeeiserne Röhren jeder Art**
stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung
ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper
**Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.**
**Telephon Nr. 46208** **Telephon Nr. 46208**

**ARTIKA, pickfeines**
## Klebemittel
**alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin,**
gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Kleb stoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage
**Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82**

**Gegründet 1680** **Telephon 33.171, 33.168**
**Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft**
vormals
## Louis Müller's Sohn Fritz Müller
WIEN, XIII., GURKGASSE 18 – 22.
Fabrikation kompletter Beschläge für Waggons der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffsbeschläge, ferner Dampfkesselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metallegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm.
**Spezialität: Ia Kompositions-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.**
Abteilung: Laternen (Franz WLACH Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schiffahrt.

## Aktiengesellschaft der Wien-Floridsdorfer Mineraloel-Fabrik.
**Beste Mineralschmieroele für alle Verwendungszwecke.**

## HUGO SCHOLZ
Tuchfabriksniederlage für Lieferungszwecke
**Wien, I., Bäckerstrasse Nr. 3.**
**Lieferant der Kommune Wien, diverser Institute und Klöster empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Tuchsorten, sowie feiner Militärware und ärarischer Kommisstoffe.**
Telephon 16.829

## SEEFISCHE
**bester und billigster Fleischersatz**
**täglich frische Zufuhren in eigenen Kühlwaggons!**
**SEEFISCHKOCHBÜCHER KOSTENLOS!**

Fischhallen:

II., Karmelitermarkt
III., Großmarkthalle
IV., Naschmarkt
VII., Neubaugürtel (gegenüber Wimberger)
IX., Währingergürtel
Stadtbahnbogen 112
Stadtbahnbogen 165
X., Eugenplatz (Markt)
XII., Philadelphiabrücke
XII., XIV., Lobkowitzbrücke
XIV., Schwendergasse 4.
XVI., Yppenplatz (Großmarkt)
XX., Brigittamarkt (Hannovergasse)

**Deutsche Dampffischerei „Nordsee" Ges. m. b. H.**
**Wien, XX., Nordwestbahnhof.** — Fernsprecher 40-0-22.

## „GAMMA" INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.
Wien I., Habsburgergasse 1.
Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.
Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Papierspagat.

## G. WINIWARTER
Blech- und Bleiwaren-Fabrik
**Wien, I., Getreidemarkt 8.**
**Verzinktes Eisenblech** in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.
Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

# A. HERZMANSKY

**WIEN VII.** Mariahilferstrasse 26 Stiftgasse 1, 3, 5, 7. **WIEN VII.**

**Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehöre, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher**

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 63 | Dienstag den 6. August 1918. | Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


## Stadtrat.

### Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 8. August 1918, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 9. August 1918, 10 Uhr vormittags.

---

### Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **16. Juli 1918.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer,
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Angermayer, Brauneiß, Breuer, Dechant, Gründeck Sebastian, Dr. Haas, Hötzel, Hohensinner, Jung, Körber, Müller, Nemetz, Poyer, Schneider, Schwer, Spalowsky, Tomola, Wessely, Wippel.

---

Entschuldigt: St.-R. Heindl, Knoll, Zatzka.

Beurlaubt: St.-R. Braun, Fraß, Dr. Hein, Schmid, v. Steiner.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Der Vorstand der „Wiener Urania" dankt für den Beschluß, womit die Darbietungen dieses Institutes von der Abgabe für öffentliche Vorführungen ausgenommen wurden.

(Zur Kenntnis.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen legt ein Lichtbild des Straßenbahnhofes „Favoriten" vor. (Zur Kenntnis.)

Das Stadtbauamt legt Lichtbilder vom Schauplatze der Explosionskatastrophe in der Gumpendorferstraße vor.

(Zur Kenntnis.)

Se. Exzellenz der türkische Botschafter dankt für das anläßlich des Hinscheidens Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans Mehmed V. zum Ausdrucke gebrachte Beileid der Stadt Wien.

(Zur Kenntnis.)

Es wird hierauf die Wahl von vier Mitgliedern und einem Ersatzmanne für die Kommission für die Einsprüche gegen die Qualifikation vorgenommen.

Gewählt erscheinen als Mitglieder die St.-R. Breuer, Knoll, Körber und Schwer, als Ersatzmann St.-R. Dechant.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 7103, M. D., 3785.) Der Bau-Kommissär Ingenieur Rudolf Baumann wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bau-Ober-Kommissär in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 14. Juni 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7104, M. D., 2825.) Der Amtsdiener II. Bezugsklasse Johann Polovic wird im Wege der Zeitbeförderung zum Amtsdiener I. Bezugsklasse dermalen ohne Rangsbestimmung mit dem Beginne des Bezugsrechtes auf den Gehalt und auf das Quartiergeld vom 1. August 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7105, M. A. II, 1670.) Der Straßenarbeiterswitwe Therese Wallisch wird eine Witwenpension von 523 K 17 h jährlich und ein Erziehungsbeitrag von 104 K 63 h jährlich für das Kind Ludwig zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7186, M. A. VII, 425.) Zu der außerordentlichen Ausgabs-Rubrik XXVII 7 a wird hinsichtlich des Baues des Als- und Ottakringerbach-Entlastungskanales im IX. und XVII. Bezirke zur Bedeckung des Mehrerfordernisses für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein Zuschußkredit von 191.000 K bewilligt und dieser Betrag auf das 375 Millionen Kronen-Investitions-Anlehen vom Jahre 1914 verwiesen.

(P. Z. 7102, M. D., 3784.) Der Bau-Kommissär Ingenieur Franz Oesterreicher wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bau-Ober-Kommissär in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 25. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7138, St Buchh., 324.) Im Personalstand der Stadtbuchhaltung wird der Rechnungs-Ober-Revident Ernst Wagner zum Rechnungsrat VII. Rangsklasse gemäß dem Antrage der Stadtbuchhaltung ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7110, M. A. III, 2389.) Für die Ausgabs-Rubrik II 3 a „Gebäudeerhaltung für Fondszinshäuser des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds" wird für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein Zuschußkredit von 4720 K bewilligt.

(P. Z. 7188, M. A. IX, 6968.) In Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung während des Krieges werden im Stande des Veterinäramtes

1. dem Veterinäramts-Vize-Direktor Dr. Ludwig Bausenwein der VII. Rangsklasse ad personam die systemisierten Bezüge der städtischen Beamten der VI. Rangsklasse unter Belassung der ihm mit Gemeinderats-Beschluß vom 3. März 1914, P. Z. 2983, zuerkannten Personalzulage von 800 K bewilligt;

2. der Titel eines Veterinäramts-Ober-Inspektors verliehen: Den Veterinäramts-Inspektoren Anton Himmelbauer, Dr. Gustav Dexler, Dr. Franz Spindler, Dr. Moritz Lederer und Johann Juritsch;

3. die Ober-Tierärzte Alois Felkel und Dr. Anton Nepustil ad personam zu Veterinäramts-Inspektoren in der VII. Rangsklasse ernannt;

4. den städtischen Ober-Tierärzten Dr. Adolf Wenzel und Dr. Rudolf Harabath der Titel „Städt. Veterinäramts-Inspektor" verliehen;

5. der städtische Bezirks-Tierarzt Adolf Petter ad personam zum städtischen Ober-Tierarzt in der VIII. Rangsklasse ernannt.

(P. Z. 7144, St. G. W., 2817.) Der Laternenwärter der städtischen Gaswerke Wenzel Hiltwein wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß, 69 Prozent von 1804 K 14 h, das ist 1244 K 86 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7199, St. Buchh., 326.) Den Rechnungsräten Georg Koller, Karl Schubert und Johann Oheral wird in Anerkennung ihrer besonders ersprießlichen Dienstleistung der Titel eines Ober-Rechnungsrates verliehen.

2. Die Rechnungs-Ober-Revidenten Karl Haydt und Emil Hermann werden für ihre außerordentliche Dienstleistung ad personam zu Rechnungsräten (VII. Rangsklasse) befördert.

3. Dem Ober-Rechnungsrate Heinrich Winkler wird in Würdigung seiner besonderen Tätigkeit eine in die Pension einrechenbare Pensionszulage von jährlich 800 K genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 7101, M. D., 3768.) Der Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Othmar Forkl wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 27. Juni 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 7198, M. A. XIII, 2857.) 1. Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 2. Juni 1914, P. Z. 8223/14, für den nautischen Abiturientenkurs an der k. k. Handels- und nautischen Akademie in Triest erfolgte Widmung von zwei Stipendien zu 1000 K jährlich wird mit sofortiger Wirksamkeit widerrufen.

2. Die Gemeinde Wien errichtet vom Studienjahre 1918/19 angefangen zwei ganze Freiplätze für mittellose, strebsame und in Wien heimatberechtigte Zöglinge des Internates der k. k. Schiffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest durch Uebernahme des Verpflegskosten-Pauschales von je 1200 K jährlich auf die eigenen Gelder der Gemeinde.

Die Bewerber müssen sich verpflichten, nach Vollendung ihrer Studien mindestens sechs Jahre in der österreichischen Handelsmarine zu dienen, widrigens der ganze, und bei teilweiser Nichterfüllung dieser Bedingung, der entsprechende Teil des aufgewendeten Verpflegskostenbetrages an die Gemeinde zurückzuzahlen ist.

Diese Freiplätze werden ohne zeitliche Beschränkung gewidmet, jedoch mit dem Vorbehalte des Widerrufes, von welchem bei jeder Erledigung des bezüglichen Freiplatzes Gebrauch gemacht werden kann. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7117, M. A. XV, 4526.) Das Anbot der Buchhandlung „Reichspost", Wien, VIII., Strozzigasse 8, auf Ankauf der Monographie Bruno Meier „Wie ein Ozeandampfer entsteht" für die Lehrer- und Schülerbibliotheken wird abgelehnt. Dagegen werden die Obmänner der Bezirks-Lehrerbibliotheken ermächtigt, das Werk zum Preise von 7 K 24 h aus der Dotation anzuschaffen; es wird jedoch bedungen, daß die Dotation durch diesen Ankauf nicht überschritten wird.

(P. Z. 7116, M. A. XV, 2105.) Die Obmänner der Bezirkslehrerbibliotheken werden ermächtigt, das vom Verlage A. Haase, Prag, Annahof, mit Zuschrift vom 5. März 1917, beziehungsweise 4. Februar 1918, angebotene Buch „Das schaffende Arbeiten der Mädchen in Verbindung mit dem Zeichnen" von Josef Haberfellner aus der Bezirkslehrerbibliotheksdotation in höchstens drei Exemplaren anzukaufen.

Bedungen wird jedoch, daß durch den Ankauf die Dotation nicht überschritten wird.

(P. Z. 7120, M. A. XV, 8776.) Das Ansuchen des Oberlehrers Ludwig Knoth um gnadenweise Flüssigmachung der Quartiergeldentschädigung ab 1. August 1918 wird abgelehnt.

(P. Z. 7119, M. A. XV, 4829.) Das Ansuchen der Lehrerswitwe Marie Bertl um Erhöhung ihrer Witwenpension, sowie das Ansuchen der Genannten und des Vormundes Dr. Felix Rebek um Erhöhung der Erziehungsbeiträge für Klara und Marianne Bertl wird abgelehnt, jedoch der Marie Bertl zu ihrer Witwenpension eine Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Juli 1918 bis Ende Dezember 1920 aus den eigenen Geldern der Gemeinde bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7118, M. A. XV, 7068.) Die im vorgelegten Verzeichnisse aufgezählten, für die Schule unverwendbaren 485 Stück Bibliotheksbücher, beziehungsweise Jugendschriften der Knaben-Bürgerschule III., Kleistgasse 12, werden der vom Patriotischen Hilfsvereine vom „Roten Kreuze" errichteten Sammelstelle von unterhaltender und belehrender Lektüre unentgeltlich überlassen.

(P. Z. 7177, M. A. XII, 554.) Der Ordenskandidatin Marie Hofbauer wird zum Zwecke der Erwerbung eines nach Ministerial-Verordnung vom 3. Juli 1914, Z. 3632, nötigen schulbehördlichen Nachweises der Praxis zur Befähigungsprüfung für Kindergärtnerinnen bis auf weiteres genehmigt, an dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, XXI., Baumergasse 24, zu hospitieren und zu praktizieren.

(P. Z. 7141, B. Sch. R., 4366.) Die aushilfsweise bestellte Handarbeitslehrerin an der Bürgerschule für Mädchen im XIII. Bezirke, Meiselstraße 47, Gisela Thaler, wird gemäß § 46, beziehungsweise 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 zur definitiven Handarbeitslehrerin (XII. Kategorie) an der obbezeichneten Bürgerschule ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7142, B. Sch. R., 807.) Die aushilfsweise bestellte Handarbeitslehrerin an der Bürgerschule für Mädchen im XX. Bezirke, Jägerstraße 54, Therese Pfarrer, wird gemäß § 46, beziehungsweise § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 zur definitiven Handarbeitslehrerin (XII. Kategorie) an der obbezeichneten Bürgerschule ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7143, B. Sch. R., 17136.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen im XVII. Bezirke Kindermanngasse 1, in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII., Köhlergasse 9, Gertrud Chitil, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im XVIII. Bezirke, Köhlergasse 9, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 7178, M. A. XII, 13149.) Die Kosten für die notwendigen Renovierungsarbeiten im IV. städtischen Waisenhause im Betrage von 8076 K 66 h werden genehmigt und sind die Arbeiten in der von der Stadtbuchhaltung vorgeschlagenen Weise auszuführen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 7167, M. A. X, 4298.) Dem Josef Schwarzer, Armenrat, XVII., Taubergasse 44, wird die einfache Gruft Gruppe XV, Reihe 3, Nr. 9 im Hernalser Friedhofe um die Gebühr von 2200 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

Sollte die erste in dieser Gruft zur Beerdigung gelangende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen sein, dann wird die Gebühr mit 6400 K festgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 7164, M. A. X, 3075.) Dem Ansuchen des Vinzenz Weber um Ueberlassung des zwischen den Grüften Nr. 32 und 34 an der linken Friedhofsmauer im Lainzer Friedhofe gelegenen Gruftplatzes um den Preis von 1200 K wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 7170, M. A. X, 5429.) In den Gruppen XXVI bis XXXI des Hietzinger Friedhofes wird die Anlage von je drei einfachen Gartengruftplätzen und von je zwei Gartenspitzgruftplätzen im Sinne des vorgelegten Planes genehmigt.

Für die Vergebung dieser Plätze auf die Dauer des Friedhofbestandes werden folgende Gebühren festgesetzt:

1. Einfache Gartengruftplätze mit einem Flächenausmaße von rund 8·6 m²:
   a) für Zugewiesene 5000 K,
   b) für Nichtzugewiesene 11.000 K.
2. Gartenspitzgruftplätze mit einem Flächenausmaße von rund 12·9 m²:
   a) für Zugewiesene 7000 K,
   b) für Nichtzugewiesene 15.000 K.

Wenn die Gemeinde ausnahmsweise auch die Errichtung einer Gruft auf diesen Plätzen und die Beistellung des Gruftbelages übernimmt, sind ihr vom Erwerber die hiefür erwachsenden tatsächlichen Auslagen samt einem zehnprozentigen Regiekostenzuschlage zu ersetzen.

(P. Z. 7196.) Die Bezirksvertretung des XIII. Wiener Gemeindebezirkes wird auf Grund des § 95 des Gemeindestatutes aufgelöst. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 6960, M. A. XIV, 243.) Der Hietzinger Terrain- und Baugesellschaft und dem Adolf Geiringer wird die politische Bewilligung zur Zusammenlegung verschiedener Baustellenteile unter den vom Magistrate festgesetzten Bedingungen erteilt

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Breuer wird beschlossen:

(P. Z. 6436, M. A. XIV, 117.) Die von Heinz König angesuchte Baubewilligung für eine Portalanlage beim Hause IV., Luisengasse 35, wird unter den im Magistratsberichte gestellten Bedingungen bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wessely wird beschlossen:

(P. Z. 6913, St. Straßenpfl., 1449.) Dem Ansuchen der Bespritzungsunternehmer Josef Konrath und Hermann Reuther um Nachsicht eines für ausgefallene Straßenbespritzung erfolgten Abzuges vom Verdienstbetrage wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 7183, M. A. VI, 3030.) Dem Krankenhause der Wiener Kaufmannschaft werden zur Pflasterung einer privaten Zufahrtsstraße auf dem Anstaltsgruude 10.000 Stück alte Pflastersteine zum Preise von 40 h für das Stück loko Lagerplatz käuflich überlassen.

Vor Bezug der Steine ist der Nachweis über die Einzahluug des Kaufschillings von 4000 K zu erbringen.

(P. Z. 7131, St. Straßenpfl., 1553.) Der vom Magistrate vorgelegte Bericht über die Veränderungen im Stande der Pferde des Fuhrwerksbetriebes für die Straßenpflege im Verwaltungsjahre 1917/18 wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird beschlossen:

(P. Z. 7197, M. A. IV, 2263.) Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. Februar 1916, Z. 12409, auf die Dauer der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Einteilung des Bereitschaftsdienstes bei der städtischen Feuerwehr bewilligte Entschädigung für jene sonst dienstfreien Tage, an denen die Bediensteten zum Feuerwachedienst herangezogen werden müssen, ist vom 1. Juli 1918 an für die Feuerwehroffiziere mit 80 K, für die Unterbeamten mit 40 K und für die Mannschaftspersonen, einschließlich der der städtischen Feuerwehr zugewiesenen Amtsdiener mit 37 K monatlich im nachhinein auszuzahlen.

Zur Deckung der hieraus erwachsenden Auslagen wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Hötzel wird beschlossen:

(P. Z. 7124, M. A. XV, 2198.) Die Vornahme der in der Aufnahmeschrift vom 24. Juni 1918 angeführten Ferialherstellungen im Schulgebäude XVI., Abelegasse 29, Friedrich Kaiser-Gasse 32, mit den Kosten von 9650 K wird genehmigt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabs-Rubrik XII 4 c und XLIII 2 a bedeckt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Körber wird beschlossen:

(P. Z. 7108, M. A. III, 331.) Das Anbot der Agnes Pold auf Verkauf einer Liegenschaft in Klosterneuburg an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 7184, M. A. VI, 536.) Die Oberflächenteerungen auf Fahrbahnen und Gehwegen werden für das laufende Jahr wie in den Vorjahren der Asphalt-Unternehmung Robert Felsinger, V., Margaretenstraße 59, übertragen.

(P. Z. 7150, St. Str. B., 1416.) Die Erweiterung der Zufahrtsgleise zur Hauptwerkstätte durch eine neue Gleisanlage in der Iheringgasse zwischen Schwendergasse und Siebeneichengasse wird nach dem vorliegenden Entwurfe und Kostenvoranschlage genehmigt.

Die Kosten per 151.000 K sind mit dem Teilbetrage von 82.000 K in dem Ersparnisse beim Bau der Ringentlastung vor der Oper und mit dem Restbetrage von 69.000 K in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 37. Juni 1917, P. Z. 5480/17, genehmigten Sachkredit und im Hauptvoranschlage 1918/19 Rubrik XIV I/II 5 bedeckt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7151, St. Str. B., Rp. 1694.) Der Witwe nach dem am 15. Mai 1918 verstorbenen Schaffner der städtischen Straßenbahnen Franz Hofbauer wird im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 19. November 1914, P. Z. 15187, ab 16. Mai 1918 bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung eine Witwenpension von monatlich 59 K 75 h aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen unter der Voraussetzung gewährt, daß sie auf ihre Ansprüche gegen die Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zugunsten des Betriebes verzichtet.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7152, St. Str. B., 3250/Rt.) Dem Karl Kühne, Schaffner, wird eine Freikarte für seinen minderjährigen Sohn Karl zur Fahrt auf der Straßenbahnstrecke zwischen seiner in Mauer bei Wien befindlichen Wohnung und der im XV. Bezirke befindlichen Geschäftsstelle seiner Gattin, mit der Giltigkeit nur an Werktagen auf die Dauer des nachgewiesenen Bedarfes bewilligt.

(P. Z. 7153, St. Str. B., 3251/Rt.) Der Marie Klein wird für die infolge Krankheit nicht ausgenützte und für die Zeit vom 2. Juli bis 1. August 1918 gelöste Streckenkarte, der Betrag von 18 K zur Lösung einer neuen Karte gutgeschrieben.

(P. Z. 7155, St. Str. B., 3310.) Die in dem Verzeichnis der städtischen Straßenbahnen Rt. 3310 vorgelegten vier Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 7137, St. E. W., 1249.) Der kaufmännischen Hilfsbeamtin der städtischen Elektrizitätswerke, Marianne Popiel, wird auf die Dauer eines von ihr erbetenen dreimonatlichen Krankheitsurlaubes der Fortbezug des halben Gehalt- und Quartiergeldes bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Müller wird beschlossen:

(P. Z. 7128, M. B. A. XII, 21091.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk, der Anna Heiny, Kaffeeschenkerin und Zuckerbäckerwaren-Verschleißerin, XII., Schönbrunnerstraße 176 wohnhaft, zu erteilende Baubewilligung, in dem auf Pachtgrunde und zwar auf der Straßenparzelle 404/1 (öffentliches Gut) an der Schönbrunnerstraße bei der Lobkowitzbrücke im XII. Bezirke stehenden, ihr gehörigen Glaspavillon die Abschlußriegelwand in der Kaffeehausküche um 40 cm gegen das Innere der Küche versetzen und in dieser Küche einen Betonfußboden mit einem Wasserablaufe herstellen zu dürfen, wird auf Grund des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung unter den in der Verhandlungsschrift vom 25. Juni 1918 enthaltenen Bedingungen gemäß §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung bestätigt.

(P. Z. 7129, M. B. A. XII, 7129.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk dem Arbeiterverein „Kinderfreunde für Oesterreich", Landesverein Niederösterreich, VI., Sandwirtgasse 2, zu erteilende Baubewilligung zur Errichtung einer 35·50 m langen, 6 m breiten und 3·5 m (verglichen) hohen, hölzernen, ebenerdigen, eine Halle, eine Küche, eine Speise, ein Bad mit Kleiderablage, einen Kanzleiraum, eine Garderobe, ein Wächterzimmer und eine Abortanlage enthaltende Schutzhütte mit zwei gemauerten Rauchfängen und einer gemauerten Feuerstelle als Tageserholungsstätte für Kinder auf dem der Gemeinde Wien gehörenden Grunde Kat.-Parz. 458 in Einl.-Z. 341 Grundbuch Hetzendorf an der Werthenburggasse im XII. Bezirke, wird gemäß der §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung unter den in der Verhandlungsschrift vom 3. Mai 1918 enthaltenen Bedingungen und insbesondere unter der Bedingung bestätigt, daß die Schutzhütte über Verlangen der Gemeinde Wien, beziehungsweise der Baubehörde binnen sechs Wochen ohne Anspruch auf Ersatz irgend welcher Kosten oder Entschädigung entfernt werde, wobei das Demolierungsmaterial für die Kosten einer eventuell von amtswegen vorzunehmenden Demolierung zu haften hat und wird die Kanaleinmündungsgebühr gemäß § 7 des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, dahin ermäßigt, daß an Stelle der einmaligen Gebühr per 2433 K alljährlich im vorhinein die fünfprozentigen Zinsen, das sind abgerundet 122 K vom 1. Juli 1918 angefangen, also pro 1918 61 K für die Dauer des Bestandes der Kanaleinmündung bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den XII. Bezirk entrichtet werden, wobei es der Gemeinde vorbehalten bleibt, falls nachträglich eine Aenderung in den die Gebührentrichtung begründenden Verhältnissen eintreten sollte, die diesen geänderten Verhältnissen entsprechende Ergänzungsgebühr einzuheben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 7176, M. A. XI b, 7850.) Der Wiener Schuhmacher-Genossenschaft werden auf Grund ihres Ansuchens vom 26. März 1917 folgende Macherlöhne für die Bodenarbeit der Schuhe für die Versorgungs- und Waisenhäuser, sowie für die Feuerwehr bewilligt:

a) Kinderschuhe 9 K,
b) Männerschuhe 11 K,
c) Frauenschuhe 9 K,
d) Hausarbeiterstiefel 13 K,
e) Feuerwehrstiefel 14 K,
f) Feuerwehrschuhe 12 K.

Soweit die Schuhmacher-Genossenschaft außer der Bodenarbeit auch die Herrichtung der Schuhoberteile zu besorgen hat, erhöhen sich die oben genehmigten Macherlöhne für diese Herrichtung samt Bodenarbeit auf:

ad a) 12 K,
ad b) 14 K,
ad c) 12 K,
ad d) 22 K,
ad e) 24 K,
ad f) 20 K.

Die erforderlichen Oesen und Zwirne sind der Genossenschaft zum Selbstkostenpreise (4 K pro Mille Oesen oder per Spule Zwirn) beizustellen und es sind die hiefür entfallenden Beträge von der Verdienstsumme der Genossenschaft in Abzug zu bringen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Spalowsky** wird beschlossen:

(P. Z. 7127, M. A. XVI, 12937.) Die Engelgasse im VI. Bezirke wird nach Alexander Girardi in „Girardigasse" umbenannt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Nemetz** wird beschlossen:

(P. Z. 7113, M. A. IX, 6191.) Die Instandsetzung der eisernen Düngerkarren und der 59 Schlachtwinden in der Schlachthalle des Zentral-Pferdeschlachthauses im X. Bezirke, Schoberplatz, wird mit dem bedeckten Gesamterfordernisse von 6494 K genehmigt.

Die Ausführung der Arbeiten wird dem Schlossermeister Alois Hubner, I., Tiefer Graben 18, auf Grund seiner vorgelegten Anbote übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hohenstuner** wird beschlossen:

(P. Z. 7173, M. A. XI b, 17793.) Der Magistrat wird ermächtigt, auf die Geltendmachung der Verpflegskostenforderung der Gemeinde Wien per 4759 K 50 h bei dem Nachlasse nach Willibald Maaß im Werte von ungefähr 420 K zu verzichten.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 7121, M. A. XV, 3537.) Die in der Aufnahmeschrift der Magistrats-Abteilung XV vom 9. Juli 1918 aufgezählten, in den Hauptferien 1918 auszuführenden Herstellungen im Schulgebäude X., Eugengasse 30/32, werden mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 12.280 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 7135, St. E. W., 1585.) Den Hinterbliebenen des am 27. Mai 1918 verstorbenen, am 1. Juli 1914 von der Allgemeinen österr. Elektrizitäts-Gesellschaft vertragsmäßig übernommenen Kassendieners II. Klasse, Johann Hochrein, werden, und zwar:

Der Witwe namens Leopoldine Hochrein eine Witwenpension von jährlich 729 K 56 h, mit der Wirksamkeit vom 1. Juni 1918, ein Leichenkostenbeitrag von 350 K, und der ehelichen, minderjährigen und unversorgten Tochter, namens Helene Hochrein, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 145 K 90 h, gleichfalls ab 1. Juni 1918, und die Quartiergeldquote für das Augustviertel 1918 von 175 K bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 7139, St. L. B., 855.) Die Erhöhung der mit Stadtrats-Beschluß vom 28. Juni 1917, Z. 6630, dem Heinrich Ringberger zuerkannten, in die Pension nicht einrechenbaren Personalzulage von 800 K, welche nach Maßgabe der künftigen Steigerung seiner Bezüge einzuziehen ist, auf 1200 K ab 1. Juli 1917, wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 7115, M. A. IX, 5634.) Der bezüglich des Gast- und Schankgewerbes in der Viktualienhalle im III. Bezirke mit Adolf Nosek geschlossene Bestandvertrag wird unter Belassung des bisherigen Bestandzinses von 2400 K jährlich auf weitere zwei Jahre, das ist bis zum Augusttermin des Jahres 1920 verlängert. Nach Ablauf dieses Zeitraumes steht jedem der beiden Teile das Recht der vierteljährigen Kündigung zu den Zinsterminen zu. Im übrigen bleiben die anläßlich der früheren Pachtverlängerungen festgesetzten Bedingungen auch weiterhin in Kraft.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 6888, M. A. III, 3095.) Das Anbot des Karl Schatzinger auf Verkauf des Hauses XVI., Ottakringerstraße 219, an die Gemeinde Wien, wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 7111, M. A. VIII, 325.) Die Entwürfe neuer Badeordnungen für das Schwimmbad im städtischen Theresienbade und das Hernalser Voll- und Schwimmbad werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 7179, M. A. XIV, 674.) Dem Adolf und der Josefine Rieger wird die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 50 und 51 Neustift am Walde im XVIII. Bezirke unter den vom Magistrat gestellten Bedingungen erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 7415.) Die vom Maler Ferdinand Zach angebotenen Pastellbilder „Hof in der Kahlenbergerstraße" und „Hof in der Greinergasse in Nußdorf" werden um den Preis von 800 K, beziehungsweise 700 K angekauft.

(P. Z. 7191, St. S., 382.) Der Stadtrat beschließt die Erwerbung eines Exemplares der numerierten Prachtausgabe des Kriegsalbums des k. u. k. Fest.-Art.-Reg. Nr. 1 für die Kriegssammlung der Stadtbibliothek um den Ankaufspreis von 200 K.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 7136, St. E. W., 1239.) Dem Kanzleigehilfen der städtischen Elektrizitätswerke Otto Kupfer wird für die Dauer seiner Verwendung im Außendienste ein Spesenpauschale von jährlich 120 K bewilligt.

Schluß der Sitzung.

# Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **18. Juli 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer,
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Josef Rain,

| | |
|---|---|
| Angermayer, | Müller, |
| Brauneiß, | Nemetz, |
| Breuer | Poyer, |
| Dechant, | Schneider, |
| Dr. Haas, | Schwer, |
| Hötzel, | Spalowsky, |
| Hohensinner, | Tomola, |
| Jung, | Wippel. |
| Knoll, | |

Beurlaubt: St.-R. Braun, Fraß, Grünbeck Sebastian, Dr. Hein, Schmid, v. Steiner, Wessely.

Entschuldigt: St.-R. Heindl, Dr. Mataja, Zatzka.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Frau Betty Linsbauer dankt dem Stadtrate für die unentgeltliche Beerdigung ihres bei der Pulverexplosion in der Gumpendorferstraße tötlich verunglückten Gatten.

(Zur Kenntnis.)

Das Ministerium des Innern hat eine Uebersicht der am 1. Mai 1918 in Oesterreich untergebrachten, mittellosen in staatlicher Unterstützung stehenden Kriegsflüchtlinge vorgelegt, nach welcher die Zahl der Polen 36.246, der Ukrainer 74.139, der Italiener 112.225, der Slovenen 50.440 und der Israeliten 127.282 betrug. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 7379, M. A. XV, 1718.) Die in der Aufnahmeschrift vom 12. Juli 1918, M. Abt. XV, 1718, angeführten Ferialherstellungen im Schulgebäude II., Blumauergasse 21, mit den Kosten von 4500 K werden genehmigt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabs-Rubrik XLII 2 a bedeckt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 7185, M. A. V, 616.) Die bei der Ausführung der Zufahrtsstraßen zum Versorgungsheim im XIII. Bezirke eingetretene Kostenüberschreitung von 3844 K K 37 h wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7381, M. A. XV, 4828.) Die Renovierung der Schulleiternaturalwohnung der Knaben-Bürgerschule I., Stubenbastei 8, mit den Kosten von 6000 K wird genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird beschlossen:

(P. Z. 7341, M. A. X, 5920.) Die den städtischen Bezirksärzten nach der „Vorschrift für die Besorgung des Gemeindesanitätsdienstes der Stadt Wien" hinsichtlich der öffentlichen städtischen Volks- und Bürgerschulen zukommenden schulärztlichen Obliegenheiten werden für das Schuljahr 1918/19 im VI. und XV. Bezirke probeweise erweitert. Der erweiterte schulärztliche Dienst umfaßt:

1. Die Feststellung der körperlichen und geistigen Beschaffenheit aller die I. Volksschulklasse besuchenden Kinder zwecks Berücksichtigung derjenigen Umstände, die vom allgemeinen hygienischen Standpunkte oder aus Anlaß des Schulbesuches und im Zusammenhange mit dem Unterrichte deren Gesundheit nachteilig beeinflussen können,

2. die periodische Untersuchung der hiebei einer dauernden ärztlichen Ueberwachung bedürftig erkannten Kinder der I. Volksschulklasse und die fallweise vorzunehmende Untersuchung solcher Kinder höherer Klassen, die einer solchen Untersuchung nach den Beobachtungen bedürftig erscheinen, welche die Lehrpersonen oder der Amtsarzt bei Revisionen oder der zweimal im Schuljahre vorzunehmenden Wägung und Messung der Kinder gemacht haben,

3. die Beratung der Eltern oder deren Stellvertreter auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen, insbesondere auch hinsichtlich der Berufswahl beim Austritt des Kindes aus der Schule,

4. die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten,

5. die periodische sanitäre Revision aller Schulräume,

6. die Beratung des Lehrkörpers in schulärztlichen Fragen.

Diese Tätigkeit wird sämtlichen städtischen Amtsärzten der genannten Bezirke gegen besondere Entlohnung übertragen.

Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur probeweisen Einführung dieses schulärztlichen Dienstes erforderlichen näheren Bestimmungen zu treffen. Da die Kinder aller Klassen bisher nicht schulärztlich untersucht werden, so hat dies im Schuljahr 1918/19 zu geschehen.

Im Sinne der grundsätzlichen Ermächtigung des Wiener Gemeinderates zur probeweisen Einführung des erweiterten schulärztlichen Dienstes in den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im VI. und XV. Bezirke wird der Magistrat angewiesen, in den genannten Bezirken für das Schuljahr 1918/19 den schulärztlichen Dienst nach folgenden Grundsätzen zu organisieren:

1. Der Dienst ist von allen städtischen Amtsärzten einschließlich der Bezirksärzte zu versehen.

2. Jedem Amtsarzte ist eine bestimmte Anzahl Schulen in seinem Dienstsprengel zuzuweisen, die womöglich in der Nähe seiner Wohnung oder (beim Bezirksarzte) in der Nähe seines Amtslokales gelegen sind.

3. Für die Besorgung dieses Dienstes sind die Aerzte in der Weise zu entlohnen, daß sie

a) für die Erstuntersuchung der Kinder der I. Klasse per Kopf eine Gebühr von 1 K 50 h,

b) für jede Sprechstunde eine Gebühr von 10 K,

c) für die Revision der Schulkinder in den Klassen per Schulklassen-Abteilung und Jahr eine Gebühr von 10 K erhalten.

4. Zur Entlohnung der Aerzte und zur Beistellung der notwendigen Einrichtung in den Schulgebäuden wird ein Kostenbetrag in der Höhe von 15.000 K bewilligt, der auf den Reservefonds unter gleichzeitiger Eröffnung einer ordentlichen Ausgabs-Rubrik XLIII $11^1/_2$ zu verweisen ist.

5. Für die Besorgung des erweiterten schulärztlichen Dienstes werden die vorgelegten provisorischen Bestimmungen erlassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 6590, St. Wohnungsamt, 1781.) Der Stadtrat nimmt die in der Aufnahmeschrift vom 21. Juni 1918 getroffenen Vereinbarungen über die Uebernahme des Marinelagers in Steinklamm genehmigend zur Kenntnis.

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird beschlossen:

(P. Z. 7365, M. A. II, 848.) Das Ansuchen des Aegidius Nitschmann um Zuerkennung des Sterbequartals nach dem Ratsdiener Johann Martin wird abgewiesen.

(P. Z. 7391, St. Lagerh., 19915.) Die Anschaffung von ungefähr vier Waggons verschiedener Holzsorten zu Bau- und Tischlerarbeiten in den Lagerhäusern der Stadt Wien im Handeinkaufe auf Grund der vorgelegten Bestbote wird mit dem aus den Betriebsergebnissen der Lagerhäuser der Stadt Wien zu deckenden Erfordernisse bis zu 18.000 K genehmigt.

(P. Z. 7362, M. Ant. I, 1105.) An das Ackerbauministerium ist das Ersuchen zu richten, zum Schutze der Gemüsegärtner, welche ihr Gewerbe auf Pachtgründen betreiben, eine Pächterschutz-Verordnung nach dem Muster der Verordnung vom 16. März 1917, R.-G.-Bl. Nr. 118, betreffend Pachtzinse für Schrebergärten, zu erlassen.

Der Franziska Exel, Kassierin der Krankenkassa der Gärtner-Genossenschaft, wird für ihre bei den Vorerhebungen geleistete Mitarbeit eine Entlohnung von 50 K gewährt.

(P. Z. 7398, St. G. W., 3006.) Der Kanzleibeamte der städtischen Gaswerke Artur Wackenreuther wird mit Wirksamkeit vom 22. Juni 1914 aus der Gruppe der Kanzleibeamten in die der Kassenbeamten übersetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7384, M. A. XVI, 14046.) In Anlehnung an die über die Kosten der Musterungen in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 gefaßten Beschlüsse werden die Kosten der zufolge Verordnung des k. u. k. Militär-Kommandos Wien vom 26. Juni 1918, M. A. Nr. 1700/VII (Landwehrgruppe), in den Monaten Juli und August 1918 stattfindenden Nachmusterungen der Landsturmpflichtigen sämtlicher Geburtsjahrgänge im Betrage von 3617 K vorschußweise von der Gemeinde Wien bestritten.

Der Rückersatz ist gemäß § 37 der Mob.-Instr. vom gemeinsamen Heeresetat anzusprechen.

Zugleich werden die diesen Kosten zugrundeliegenden Ansätze sowie die erforderliche $3^1/_2$stündige Nachmittagsfrequenz im Konskriptionsamte nach Maßgabe des Magistratsberichtes genehmigt.

(P. Z. 7148, St. G. W., 2671.) Der Geldeinhebers-Witwe Hermine Sax wird eine Abfertigung von 2556 K 27 h bewilligt.

(P. Z. 7189, M. A. XXII, 1077.) Der Taglohn, der als Ersatz für das eingerückte männliche Personale aufgenommenen Telegraphistinnen und Telephonistinnen des Stadtbauamtes wird für die staatlich geprüften mit 4 K, für diejenigen ohne Prüfung mit 3 K 50 h festgesetzt.

(P. Z. 7385, M. A. XIX, 754.) Dem Exekutionsamts-Offizial Wilhelm Richter werden folgende jährliche Ruhebezüge zuerkannt:

Der volle letzte Aktivitätsgehalt, das ist 3000 K und die volle Steigerungsquote, das ist 133 K 33 h vom 1. Juli 1915 an, weiter das volle letzte Quartiergeld als Mietzinsbeitrag, das ist 1500 K vom 1. November 1915 an, zusammen daher der Betrag von 4633 K 33 h jährlich.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß dem Magistrats-Antrage folgende Witwenpensionen und Erziehungsbeiträge zuerkannt:

(P. Z. 7399, St. G. W., 2828.) Der Kanzleibeamtenswitwe Hedwig Schäck 887 K 9 h und je 177 K 42 h jährlich für ihre beiden Kinder,

(P. Z. 7194, St. G. W., 2791) der Hilfsarbeiterswitwe Franziska Krenk 721 K 31 h und 144 K 26 h für das Kind Anton und

(P. Z. 7193, St. G. W., 2772) der Laternenwärterswitwe Marie Murth 601 K 38 h jährlich und je 120 K 28 h für ihre drei Kinder.

(P. Z. 7374, M. A. XI b, 1491.) Zu den Sub-Rubriken VIII c und VIII d der Ausgabs-Rubrik XXXVII „Unterbringung armer kranker Personen" wird ein Zuschußkredit von 2000 K, beziehungsweise 8800 K bewilligt.

(P. Z. 7383, M. A. XV, 7939.) Der für die Beamten des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk und der Kommunal-Sparkassa Döbling errichteten Kriegsküche im Gebäude der Kommunal-Sparkassa, XIX., Gatterburggasse, wird gegen jederzeit möglichen Widerruf ein unbenützter Gaskochherd der Knaben-Volksschule XIX., Pyrkergasse 14, leihweise überlassen und wird zur Kenntnis genommen, daß der Obmann-Stellvertreter des Kriegshilfs-Kommitees im XIX. Bezirke, Bürgerschul-Direktor Werner, die Haftung übernimmt, daß dieser Herd seinerzeit im ursprünglichen, gebrauchsfähigen Zustande der obigen Schule wieder zurückgestellt wird.

(P. Z. 7366, M. A. III, 2234.) Das Anbot von Hugo Selles auf Ankauf der Liegenschaft XIX., Chimanistraße 7, wird abgelehnt.

(P. Z. 7193, St. G. W., 2772.) Der Witwe nach dem am 18. Juni 1918 verstorbenen Laternenwärter Christian Murth, Marie Murth, wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 601 K 38 h ihren Kindern Kamillo Murth, geboren am 2. Juli 1899, Marie Murth, geboren am 25. November 1901 und Franz Murth, geboren am 29. September 1903, ein Erziehungsbeitrag von je 120 K 28 h, sowie den einmaligen Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 451 K 4 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7192, St. G. W., 2591.) Der technische Beamte Hermann Franke wird auf Grund des § 119, Punkt 2 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien über Ansuchen in den bleibenden Ruhestaud versetzt.

Der Ruhegehalt wird gemäß §§ 5 und 6 der Pensionsvorschrift unter Anrechnung einer 19jährigen Dienstzeit bemessen:

a) Mit 61·6 Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes von 4100 K, das ist mit 2525 K 60 h jährlich;
b) 61·6 Prozent der Steigerungsquote von 125 K, das ist mit 77 K jährlich;
c) der Mietzinsbeitrag mit 61·6 Prozent des zuletzt bezogenen Quartiergeldes von 1900 K, das ist mit 1170 K 40 h jährlich.

Dem technischen Beamten der städtischen Gaswerke Hermann Franke wird unter gnadenweiser Anrechnung seiner bei der Imperial-Kontinental-Gas-Assoziation zugebrachten Dienstzeit von 15 Jahren ein Pensionszuschuß von zusammen 2205 K (das ist 1476 K zur Gehaltspension, 45 K zum Anteil an der Steigerungsquote und 684 K zur Quartiergeldpension) bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7194, St. G. W., 2791.) Der Witwe nach dem am 20. Juni 1918 verstorbenen Hilfsarbeiter Anton Krenk, Franziska Krenk, wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 721 K 31 h und ein Erziehungsbeitrag für Franz Anton Krenk, geboren 6. November 1902, von jährlich 144 K 26 h, sowie ein einmaliger Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 540 K 98 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7409, M. D., 4031.) Der Kanzlei-Praktikant Eduard Petr wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Akzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 14. Juli 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7367, M. A. III, 2107.) Der Gartenarbeiter Robert Beischel wird mit einem Ruhegehalt von 558 K 60 h jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7187, M. A. IX, 6951.) Die Marktamts-Inspektoren Alexander Nowatschek und Wenzel Iglauer werden ad personam zu Marktamts-Ober-Inspektoren in den VII. Rangsklasse ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7145, St. G. W., 2855.) Der Laternenwärter der städtischen Gaswerke Josef Jauernig wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 1046 K 40 h jährlich zuerkannt.

(Mehr als 15 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7146, St. G. W., 2674.) Der Aufseher der städtischen Gaswerke Johann Gräf wird über Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 2230 K 87 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7147, St. G. W., 2702.) Der Geleiseleger der städtischen Gaswerke Josef Trappl wird über Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 1592 K 12 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 7407.) Der Preis für die bisher mit 1 K 30 h, beziehungsweise 1 K 50 h per Viertelliter ausgeschenkten Weinsorten wird auf 1 K 50 h, beziehungsweise 1 K 70 h erhöht.

Der Rathauskeller ist nur von halb 12 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von halb 7 Uhr abends bis 11 Uhr nachts offen zu halten.

Jeden Dienstag und Freitag gelangen nur Sortenweine zum Ausschank.

(P. Z. 7408, W. A., Stelle 6, 13766.) Der Bericht über den Rund-Erlaß der Statthalterei, betreffend die Verhinderung des verbotswidrigen Verkehres mit Kartoffeln, wird zur Kenntnis genommen.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 7368, M. A. V, 1263.) 1. Die Bestellung von 18 neuen Ersatzreifen für verschiedene städtische Dienstkraftwagen mit einem bedeckten Kostenerfordernisse von 27.510 K wird genehmigt.

2. Die Lieferung dieser Reifen wird an die Firma Böhme, Autoreifen m. b. H., IX., Porzellangasse 49, auf Grund ihres Anbotes vom 2. Juli 1918 vergeben.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 7373, M. A. X, 3511.) Das Ansuchen des Franz Pulker, VIII., Lerchenfeldergürtel 1, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Kindergrab Gruppe 16, Reihe 1, Nummer 42 im Ottakringer Friedhofe wird bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 7377, M. A. XV, 7790.) Zu der von der Lokal-Kommission am 24. Mai 1918 beantragten und in dem bezüglichen Protokolle des k. k. Bezirksschulrates Wien unter Punkt 3, 4 und 6 festgelegten Abänderung der Zweckbestimmung von Schulräumlichkeiten der Knaben-Bürgerschule X., Quellenstraße 31, wird die Zustimmung erteilt und die aus diesem Anlasse auflaufenden Kosten im ungefähren Betrage von 500 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 7410, M. A. III, 4585.) Das Anbot von Franz Doll auf Ankauf zweier Baustellen an der Bernbrunngasse im XIII. Bezirke wird abgelehnt.

(P. Z. 7371, M. A. VIII, 1909.) Die Abgabe einer weiteren Wassermenge vom 1000 m³ täglich auf Widerruf an die Gemeinden Liesing und Atzgersdorf aus der Druckentlastungskammer der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in Mauer durch den zum Behälter „Wienerberg" führenden Hauptrohrstrang wird nach Maßgabe der Bestimmungen des im Entwurfe vorgelegten Nachtragsübereinkommens genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 7387, M. B. A. II, 165.) Dem Ansuchen der Ernestine Friedland um nachsichtsweise Übernahme der für ihr Dienstmädchen Marie Batscheg anläßlich ihrer Verpflegung im k. k. Wiener Allgemeinen Krankenhause in der Zeit vom 7. Februar bis 6. März 1917 (28 Tage) aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 126 K 82 h wird Folge gegeben und die Verpflegskosten werden von der Wiener Dienstbotenkrankenkassa übernommen.

(P. Z. 7388, M. B. A. IV, 2975.) Die für die Verpflegung der Katharina Mold im Krankenhause Wieden in der Zeit vom 14. April bis 22. Juni 1917 aufgelaufenen Verpflegskosten per 48 K 33 h werden ausnahmsweise auf Rechnung der Wiener Dienstbotenkrankenkassa übernommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(P. Z. 7109, M. A. III, 2199.) Das Anbot von Richard Faltis noe. Rudolf Göbel auf Verkauf von Liegenschaften in Eßlingen an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

(P. Z. 7180, M. A. XIV, 3571.) Dem Stifte Klosterneuburg wird die politische Bewilligung erteilt, die Liegenschaften Landt.-Einl.-Z. 630, Kat.-Parz. 19/1 und 54, sowie Einl.-Z. 31 Grundbuch Schwarze Lackenau im XXI. Bezirke nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf 24 Baustellen abzuteilen.

Die vom Magistrate gestellten Bedingungen sind einzuhalten.

(P. Z. 7381, M. B. A. XXI, 15892.) Die vom magistratischen Bezirksamte XXI an Johann und Marie Waschak, XXI., Leopoldauerplatz 27, hinauszugebende Bewilligung zur Vornahme von Um- und Zubauten auf der Liegenschaft Einl.-Z. 27, Kat.-Parz. 78, 79, 80, Grundbuch Leopoldau, wird unter den anläßlich der Bauverhandlung vom 12. Juni 1918, M. B. A. XXI, 15892/18, beantragten Bedingungen, sowie insbesondere unter der Bedingung, daß zur Sicherstellung der im Punkte 8 derselben enthaltenen Verpflichtung zur Grundeinlösung, beziehungsweise unentgeltlichen Abtretung an die Gemeinde Wien noch vor Hinausgabe der Baubewilligung ein Haftgeld von 4000 K bei der städtischen Hauptkasse-Abteilung XXI erlegt werde, gemäß §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung bestätigt und die Bauerleichterung des § 87, Absatz 3, Wr. B.-O. (Errichtung eines Zimmers im Dachbodengeschosse des Gassentraktes zur Gesindeunterbringung) zugestanden.

(P. Z. 7411, M. A. III, 2367.) Das Anbot von Heinrich Hausner auf Verkauf der Liegenschaft Einl.-Z. 100 Stadlau an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

(P. Z. 6891, M. A. VI, 331.) In Ergänzung der bereits ausgeführten Straßenherstellung und in teilweiser Abänderung des genehmigten Querschnittes der Floridsdorfer Hauptstraße im XXI. Bezirke in der Strecke von der Kaiser Franz Josef-Brücke

bis zur Fännergasse wird die Ausführung einer doppelten Baumreihe und eines Geländers auf der stromaufwärtigen Straßenseite nach dem vorgelegten Entwurfe mit dem Kostenerfordernisse von 12.400 K genehmigt.

Zur Bewässerung der Baumpflanzung während der Sommermonate wird die Entnahme einer täglichen Wassermenge von 80 hl aus der Hochquellenleitung und die Aufstellung der erforderlichen Spritzhydranten mit dem Kostenbetrage von 9500 K genehmigt.

Die Deichgräberarbeiten und die Lieferung der Gartenerde werden dem Franz Schneider, XXI., Anton Störk-Gasse 79, mit 70, beziehungsweise mit 80 Prozent Aufzahlung übertragen.

Die rein gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion im Eigenbetriebe auszuführen.

Dem mit der Ueberwachung der Erdarbeiten betrauten Bauamts-Inspizienten wird ein tägliches Zehrgeld von 5 K bewilligt.

(P. Z. 7114, M. A. IX, 3184.) Der Magistrat wird angewiesen, wegen der Verwertung des Düngers und Panseninhaltes aus dem Schlachthofe St. Marx unverzüglich Verhandlungen mit der Genossenschaft der Fleischhauer in Wien und der Oesterreichischen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft, Abteilung Großschlächterei, einzuleiten.

Der aus dem Schlachthofe a. d. Als entfallende Dünger ist nach Ablauf des bestehenden Pachtvertrages, der aus den übrigen Schlachthöfen und von den Viehmärkten stammende Dünger sogleich dem städtischen Landwirtschaftsamte auf Grund noch zu treffender Vereinbarungen zu überlassen; die bezüglichen, vom Magistrate im Einvernehmen mit dem städtischen Landwirtschaftsamte getroffenen Verfügungen werden zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 7370, M. A. VI, 622.) Das Anbot der Ersten k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Uebernahme des Transportes von in Mauthausen, Aschach und Neuhaus in Oberösterreich lagernden, bei der Firma Anton Poschacher angekauften Pflastersteinen auf den Wiener Steinlagerplatz zum Preise von 82 h per 100 kg ab Mauthausen, beziehungsweise 102 und 107 h ab Aschach und Neuhaus mit einer Vergütung von 300 K für die Verstellung des einzelnen Schleppes in den Donaukanal und zurück, wird mit dem Gesamterfordernisse von 91.300 K genehmigt.

Weiters wird das Ausscheiben und Schichten der Steine der Bau-Unternehmer Leopold Wolf & Komp., XVIII., Anastasius Grün-Gasse, zu einem Satze von 16·5 h für das Stück übertragen und das hiefür auflaufende Erfordernis von 99.000 K genehmigt.

(P. Z. 7369, M. A. V, 1319.) 1. Die Vorschläge des Bureaus der Donauregulierungs-Kommission wegen eines Uebereinkommens hinsichtlich verschiedener Kostenfragen, betreffend die Kaiser Franz Josefs-Brücke werden genehmigt.

2. Die Gemeinde Wien erklärt ihre Zustimmung, daß das gesamte, beim Umbaue der Kaiser Franz Josef-Brücke sich ergebende Mehrerfordernis aus den nach dem 1. Jänner 1920 sich ergebenden Ueberschüssen des Fondes der eigenen Einnahmen der Donauregulierungs-Kommission bestritten wird.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7414, St. Str. B., 2520.) Die Erneuerung und Umlegung des Doppelgeleises im VIII. Bezirke, Josefstädterstraße, zwischen Albertgasse und Blindengasse;

die Erneuerung der vom linken Geleise der Heiligenstädterstraße zum Döblingergürtel führenden Abzweigweiche und des anschließenden Gleisbogens werden mit dem aus dem Erneuerungsfonds zu bedeckenden Kostenbetrage von 127.000 K zur Ausführung genehmigt.

(P. Z. 7401, St. Str. B., 2365.) Der Stadtrat genehmigt, daß die Ternitzer Stahl- und Eisenwerke von Schoeller & Komp. anstatt der bei der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" aus Lieferungsverträgen erlegten und künftig zu erlegenden Pfandwerte einen Garantiebrief des Bankhauses Schoeller & Komp. nach dem vorgelegten Entwurfe hinterlegt.

(P. Z. 7412, St. Str. B., 890.) 1. Die Uebertragung der Lieferung von rund 10.000 kg Motorenöl, Sommersorte, zum Preise von 185 K für 100 kg, dann weiters die Uebertragung der Lieferung von rund 10.000 kg Beiwagenachsenöl, Sommersorte, zum Preise von 154 K für 100 kg an die Firma Gustav König,

2. die Uebertragung der Lieferung von rund 10.000 kg an die Firma Adam & Komp.,

3. die Kosten zu Antrag 1 von rund 33.900 K und die zu Antrag 2 von rund 18.300 K, zusammen also rund 52.200 K, welche im Betriebsvoranschlage für 1918/19 bedeckt sind, werden genehmigt.

4. Das Angebot der Firma Adam & Komp. auf Motorenöl wird abgelehnt.

(P. Z. 7406, St. Str. B. 3420.) Die von der Straßenbahn-Direktion in dem Verzeichnisse Nr. 3420 vorgelegten drei Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 7403, St. Str. B., 3369.) Der Unterrichts-Abteilung für schulpflichtige taubstumme Kinder, XV., Zinckgasse 12, wird je eine Straßenbahnfreikarte für 53 Schüler und Schülerinnen zur Fahrt auf der Strecke zwischen ihrer Wohnung und Schule mit der Giltigkeit nur an Werktagen des Schuljahres 1918/19 und nach Bedarf für je eine Begleitperson bewilligt.

(P. Z. 7402, St. Str. B., 3370.) Der Taubstummen-Abteilung an der Schule, XI., Canisiusgasse 2, werden Freikarten für fünf Zöglinge zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule mit der Giltigkeit an Werktagen des Schuljahres 1918/19 und auch für je eine Begleitperson nach Bedarf bewilligt.

(P. Z. 7405, St. Str. B., 3366.) Der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder, XIV., Dadlergasse 14, wird je eine Freikarte für 13 Zöglinge zur Fahrt auf der Straßenbahnstrecke zwischen Wohnung und Schule mit der Giltigkeit nur an Werktagen des Schuljahres 1918/19 sowie für eine Begleitperson nach Bedarf bewilligt.

(P. Z. 7404, St. Str. B., 3368.) Der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder im XVIII. Bezirke wird je eine Freikarte für 46 Schüler und eine Streckenfreikarte für die Aufsichtsperson Auguste Fenzl zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, be-

ziehungsweise auf allen im Tarifgebiete I liegenden Linien mit der Gültigkeit nur an Werktagen des Schuljahres 1918/19 und für je eine Begleitperson nach Bedarf bewilligt.

(P. Z. 7413, St. Str. B., 3168/Rt.) Dem Verein „Bereitschaft" wird je eine Anweisung zur Fahrt zum Kindertarife auf der Strecke zwischen Wohnung und der Heimstätte im III. Bezirke für die Kindergärtnerinnen Marie Litschauer, Luise Tuzička und Mizzi Drexler (für Letztere zur Fahrt zwischen Südbahnhof und Heimstätte) mit der Gültigkeit an allen Tagen auf die Dauer des nachgewiesenen Bedarfes bewilligt.

(P. Z. 7400, St. Str. B., 2475.) Der Stadtrat genehmigt, daß die Ausstellung des englischen Tanks und das Gartenfest „Vindobona in Eisen" zugunsten des k. k. österreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds, und zwar jene vom 20. Juli bis 31. August, dieses vom 20. Juli bis 3. August in der vorgeschriebenen Form und gegen den üblichen Pauschalkostenersatz an den Fenstern der Straßenbahnwagen angekündigt werden.

(P. Z. 7390, St. E. W., 1783.) Die Anschaffung eines Luftfilters zum Reinigen von zirka 25 $m^3$ Kühlluft in der Sekunde für den 14.000 KVA Turbogenerator wird genehmigt und die Lieferung desselben der Firma Balcke & Komp. in Wien auf Grund deren Offerte vom 16. April, beziehungsweise des Briefes vom 26. Juni 1918 zum Preise von 23.030 K verpackt, franko verzollt Station Wien Erdbergerlände—Elektrizitätswerk, ausschließlich Montage, übertragen.

Für diese Lieferung haben die dem obigen Offerte beigeschlossenen Lieferungsbedingungen Gültigkeit.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 7364, M. A. II, 5449.) Dem Vereine „Studienfürsorge für Kriegerwaisen" wird wie in den Vorjahren eine Subvention von 10.000 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7378, M. A. XV, 8752.) Die Bewerbung um eine erledigte Schulleiterstelle an der Mädchen-Bürgerschule XVIII., Schulgasse 57, wird nur männlichen Bewerbern eingeräumt.

(P. Z. 7376, M. A. XV, 9072.) Der Arbeitslehrerin Rosa Birringer wird die an der Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt mit Oeffentlichkeitsrecht „St. Ursula" in Währing zurückgelegte Dienstzeit vom 15. September 1891 bis 15. Juli 1892 und vom 15. September 1892 bis 15. Juli 1893 in die für die Dienstalterszulagen anrechenbare Dienstzeit in Hinkunft eingerechnet.

(P. Z. 7375, M. A. XIII, 1597.) Die Freiplätze an der Ersten hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule des Vereines für hauswirtschaftliche Frauenbildung werden vom Schuljahre 1918/19 angefangen an Gabriele Tupy und Josefine Weißenhofer verliehen.

(P. Z. 3780, M. A. XV, 9150.) Zur Herabsetzung der Lehrverpflichtung des Bürgerschullehrers Rudolf Lang von 21 auf 19 wöchentliche Unterrichtsstunden für die Dauer des Schuljahres 1918/19 wird die Zustimmung erteilt.

Schluß der Sitzung.

# Bezirksvertretungen

## (I. Gemeindebezirk, Innere Stadt.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom **8. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **kaiserl. Rat Josef Wieninger.**

Schriftführer: Kanzleileiter Franz Czernohorsky.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 20. Februar 1918 abgehaltenen Sitzung, die zur Einsicht aufgelegt ist, wird, da keine Einwendung erhoben wird, genehmigt.

Der **Vorsitzende** hält dem verstorbenen B.-R. Ketskemeti einen warmempfundenen Nachruf und verliest ein Schreiben Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters, in welchem dieser der Bezirksvertretung anläßlich des Ablebens des B.-R. Ketskemeti das wärmste Beileid zum Ausdrucke bringt.

Weiters bringt der **Vorsitzende** eine Zuschrift des B.-R. Dr. Stiglitz der Versammlnng zur Kenntnis, in welcher letzterer der Bezirksvertretung für die in der letzten Sitzung veranlaßte Trauerkundgebung anläßlich des Hinscheidens seines Sohnes, welcher als Fliegeroffizier den Tod erlitten, den wärmsten Dank übermittelt.

Zur Kenntnis genommen.

(548.) **B.-R. Adamek** stellt den Antrag, die Gemeinde Wien wolle im Sinne des § 25 des Lebensmittelgesetzes ein städtisches Lebensmittel-Untersuchungsamt ins Leben rufen, dessen Aufgabe es wäre, nur die von städtischen Organen amtlich vorgelegten Lebens- und Genußmittel einer sofortigen Untersuchung zu unterziehen, von deren Ergebnis die einliefernde Stelle innerhalb 24 Stunden zu verständigen wäre.

Die zwei staatlichen Untersuchungsanstalten und die Anstalt des Apothekervereines, die ja nicht bloß die aus Wien, sondern auch die aus der Provinz eingelangten Proben in Behandlung zu nehmen haben, sind heute nicht imstande, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Es kommt vor, daß feste Gegenstände von langer Haltbarkeit oft wochenlang, rasch verderbliche auch vier bis fünf Tage auf Untersuchung warten müssen.

Sollte die Gemeinde Wien auf die Errichtung einer städtischen Lebensmittel-Untersuchungsanstalt dermalen nicht eingehen können, so wolle wenigstens der Errichtung eines Laboratoriums ähnlich wie ein solches bereits beim Veterinäramte in der Großmarkthalle besteht, nahegetreten werden, dessen Zweck darin bestehen könnte, daß nur solche Proben den staatlichen Untersuchungsanstalten zur Begutachtung vorgelegt werden, die sich auf Grund der vom Marktamte vorgenommenen Voruntersuchung als verfälscht erwiesen haben.

Der Antrag wird, nachdem **B.-R. Thilo** noch den Zusatz-Antrag gestellt hat, daß die neu zu errichtende Lebensmittel-Untersuchungsanstalt hauptsächlich und in erster Linie den Zwecken der Gemeinde Wien zu dienen hätte, einstimmig angenommen.

(514.) Auf Grund des Wahlvorschlages des Armen-Institutes des I. Bezirkes vom 6. Mai 1918, Z. 490, wird die Ergänzungswahl von zwei Armenräten vorgenommen, wobei die B.-R. Josef Payrhuber und Paul Seidel als Stimmzähler amtieren.

Abgegeben werden 16 giltige Stimmzettel.

Es entfallen 16 giltige Stimmen auf Karl Schönauer, Privatier und Bezirksrat, I., Grashofgasse 3, und 12 giltige Stimmen auf Franz Winter, Kaffeeschänker, I., Passauerplatz 2.

Beide Herren erscheinen zu Armenräten des I. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis Ende 1919 gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XIX. Gemeindebezirk, Döbling.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom **13. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **V. Kuhn.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Rudolf Gruber.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, stellt die Beschlußfähigkeit fest und begrüßt die Versammlung.

Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 11. März 1918 liegt zur Einsicht auf und wird genehmigt.

Der **Vorsitzende** beglückwünscht B.-R. Perge zur Beförderung zum Hauptmann.

Einlauf.

(62.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Aufstellung eines Hydranten nächst dem Kuchelauerhafen. Diese kann erst nach Herstellung eines mindestens 80 mm starken Rohrstranges, dessen Ausführung in Verbindung mit dem Ausbau der Zweiten Hochquellenleitung vorgenommen wird, erfolgen.

(801.) Zuschrift der Bau-Abteilung Straßenpflege, in der die Durchführung der Straßenbespritzung der Bezirksvertretung zur Ueberwachung empfohlen wird.

Hiezu bemerkt **V.-V. Kuhn**, daß die Hauptstraßenzüge zweimal, die anderen Straßen nur einmal täglich bespritzt werden und im Falle der Nichteinhaltung die Anzeige zu erstatten ist.

Anträge.

(1036.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten, betreffend die Beendigung des Krieges.

Zur Kenntnis.

Anfragen, Wünsche und Mitteilungen.

**B.-R. Hengl** wünscht die Aufbesserung der Entlohnung der Flurwächter.

Der **Vorsitzende** bemerkt hiezu, daß eine Entlohnung nach Stunden außer dem Taglohne platzgreifen soll.

**B.-R. Pröll** wünscht die Linderung der Wohnungsnot durch Notstandsbauten am Wald- und Wiesengürtel.

Der **Vorsitzende** erteilt die nötige Aufklärung.

**B.-R. Baar** spricht über die unbegründete Erhöhung der Steuer bei kleinen Geschäftsleuten.

Der **Vorsitzende** berichtet, daß der Stadtrat ohnehin schon hiezu Stellung genommen hat.

**B.-R. Trubert** wünscht den Ankauf dreier Bilder von Döblinger Ansichten vom Maler Hlawatschek zur Ausschmückung des Sitzungssaales.

Wird auf spätere Zeit verschoben.

**B.-R. Cseppan** dankt für die Durchführung der Beleuchtung der Postbischelgasse und wünscht auch die Entfernung der Mulde in derselben.

Der **Vorsitzende** verspricht, in allen Fällen Abhilfe zu schaffen.

**B.-R. Stumpf** erklärt, daß die Mauer gegenüber der Pfarrkirche in der Vormosergasse schadhaft ist und wünscht die Ausbesserung.

Der **Vorsitzende** betont, daß diese Mauer Privatbesitz des Herrn Engel ist und deshalb mit diesem das Einvernehmen zu pflegen ist.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom **14. Mai 1918.**

Vorsitzende: Bezirksvorsteher **kaiserl. Rat Josef Stary** und Bezirksvorsteher-Stellvertreter **kaiserl. Rat Josef Jungwirth.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Richard Altwirth.

Der **Vorsitzende V.-V. Stary** begrüßt die Versammlung, stellt die Beschlußfähigkeit fest, eröffnet die Sitzung und beglückwünscht den B.-V.-St. kaiserl. Rat Jungwirth und den Kanzleileiter Direktions-Adjunkten Altwirth zu den kaiserlichen Auszeichnungen, die den beiden in Anerkennung langjähriger Betätigung auf dem Gebiete der Jugendfürsorge verliehen wurden.

Von der Verlesung der Aufnahmeschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 15. März 1918 wird abgesehen und dieselbe für genehmigt erklärt.

Einlauf.

(929.) Zu dem Antrage des B.-R. Rein in der letzten Sitzung vom 15. März 1918, betreffend Verlegung der Straßenbahnhaltestelle Währingerstraße in der Spitalgasse berichtet die Direktion der städtischen Straßenbahnen folgendes:

Auf Grund des dortigen Beschlusses wegen Verlegung der Haltestelle Währingerstraße in der Spitalgasse haben wir die Aus-

schreibung eines Augenscheines veranlaßt, der am 11. April 1918 abgehalten wurde.

Da es sich hiebei gezeigt hat, daß eine Verlegung wegen der örtlichen Verhältnisse nicht durchführbar ist, wurde der Antrag vom Bezirksvorsteher zurückgezogen. Die Einhaltung der Vorschriften an dieser Stelle ist unseren Fahrern neuerdings in Erinnerung gerufen worden.

Wir bitten, dies als Erledigung der dortigen Zuschrift zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Zur Kenntnis.

(855.) Der **Vorsitzende** teilt mit, daß er über den neuerlichen Antrag des B.-R. Dr. Redlich in der letzten Sitzung vom 15. März 1918, betreffend Enthebung der Lehrkräfte von dem Amte in den Brot- und Mehl-Kommissionen, ein Erinnerungsschreiben an das Präsidium des Stadt- und Gemeinderates gerichtet und diesbezüglich von dem Bezirkswirtschaftsamte Wien, Stelle I, folgendes Schreiben erhalten hat:

„Der Gefertigte beehrt sich über Auftrag, Euer Hochwohlgeboren im Einvernehmen mit den Herren k. k. Bezirksschul-Inspektoren bekanntzugeben, daß dem Antrage, betreffend Enthebung der Lehrpersonen vom Dienste in den Brot- und Mehl-Kommissionen, nicht näher getreten werden kann, weil durch eine derartige Maßnahme das Funktionieren der Brot- und Mehl-Kommissionen wesentlich beeinträchtigt und die Lehrerschaft schwer getroffen würde. Die Verwahrlosung der Jugend steht in der Verwendung der Lehrpersonen in den Brot-Kommissionen in keinem ursächlichen Zusammenhange, weil durch organisatorische Maßnahmen der k. k. Bezirksschul-Inspektoren der Schuldienst in keiner Weise behindert oder beeinflußt wird.

Zur Kenntnis.

(937.) Ueber den Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten, betreffend Anbahnung eines ehesten allgemeinen Friedens wird zur Tagesordnung übergegangen.

Anträge.

(962.) **B.-R. Dr. Redlich** stellt folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung beschließe, daß an den k. k. Bezirksschulrat mit dem Ersuchen herangetreten werde, die Mandate der Ortsschulräte entsprechend zu vermehren und die neugeschaffenen Mandate der Minorität einzuräumen. Auch wolle dieser Antrag als Rund-Antrag behandelt werden.

Der **Vorsitzende** beantragt, nachdem diese Angelegenheit in den Wirkungskreis der k. k. Schulbehörden fällt und diese selbst hiezu, und zwar am Ende der laufenden Funktionsperiode der Ortsschulräte, das ist im Jahre 1923, Stellung nehmen werden, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag des Vorsitzenden wird angenommen.

(963.) **B.-R. Dr. Redlich** stellt den Antrag, den Magistrat, beziehungsweise das städtische Bezirkswirtschaftsamt zu beauftragen, den Verkauf sämtlicher für den allgemeinen Konsum abzugebenden Artikel gleichmäßig unter Heranziehung aller einschlägigen Geschäftsleute so durchzuführen, daß das Anstellen unter allen Umständen vermieden wird und mit Recht verboten werden kann.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

(964.) **B.-R. Dr. Redlich** stellt folgenden Antrag:

Infolge Einstellung fast des ganzen animalisch oder mit Motorkraft betriebenen Lohnfuhrwerkes ist die städtische Straßenbahn nunmehr ausschließliches Verkehrsmittel geworden und hat deren Frequenz so außerordentlich zugenommen, daß eine Fahrt mit derselben wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten gehört und die Sicherheit der Fahrgäste bedenklich gefährdet erscheint.

Die zunehmende Tageshelle und Temperatur ermöglicht bereits große Ersparnisse an Kohle, die nunmehr zur Umwandlung in elektrische Energie frei wird und eine Erhöhung des Straßenbahnbetriebes ermöglicht. Es sind mithin nurmehr die schadhaft gewordenen Wagen ein Hindernis für die Vermehrung der Züge und auch dieses kann ohneweiters beseitigt werden, wenn die eingerückten Werkstättenarbeiter, soweit sie nicht als frontdiensttauglich qualifiziert sind, ausnahmslos enthoben und ihrem Berufe zurückgegeben würden.

Der Gefertigte beantragt daher, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, ungesäumt die erforderlichen Schritte im Landesverteidigungsministerium in diesem Sinne zu unternehmen, damit endlich Wandel geschaffen und den unerträglichen Verhältnissen im Straßenbahnbetriebe abgeholfen werde.

**B.-R. Löschner** beantragt die Ablehnung, nachdem nicht der Mangel an Arbeitskräften, sondern hauptsächlich der Mangel an Material zur Instandsetzung des Wagenparkes, insbesondere der Triebwagen der Straßenbahn-Direktion große Schwierigkeiten bereitet und diese ohnehin zur Aufrechthaltung des Straßenbahnbetriebes in Wien unter den heutigen Verhältnissen das überhaupt Möglichste leistet.

Daraufhin zieht B.-R. Dr. Redlich seinen Antrag zurück.

(961.) Antrag des **B.-V. Stary** wegen Aenderung des Landesgesetzes vom 17. September 1907, betreffend die Gemeindevermittlungsämter.

(Während der Beratung dieses Gegenstandes hat der B.-V. St. kaiserl. Rat Jungwirth den Vorsitz übernommen.)

Der Antrag lautet:

Nach den hieramts und zweifellos in allen anderen Bezirken gemachten Erfahrungen erscheinen vor der Sühneverhandlung der Gemeindevermittlungsämter die wenigsten Parteien, da die meisten Beleidigungsfälle von Advokaten vertreten werden und diese ihre Klienten bestimmen, nicht vor dem Gemeindevermitttungsamt zu erscheinen, sondern erst in der Hauptverhandlung beim Bezirksgerichte die Anklage vorzubringen. Es wird daher die Tätigkeit der Gemeindevermittlungsämter erst dann einen wirklichen Wert bekommen, wenn das Gesetz vom 17. September 1907, L.-G.-Bl. Nr. 124, dahin abgeändert wird, daß die Parteien bei der Sühneverhandlung persönlich zu erscheinen verpflichtet werden, das heißt, daß der Kläger, im Falle seines Nichterscheinens des Klageanspruches verlustig wird. Bei den heute geltenden unvollständigen Bestimmungen erscheinen in allen Wiener Gemeindebezirken ungefähr 80 Prozent der Streitfälle die Parteien zumeist die Kläger, darunter nahezu sämtliche durch Anwälte vertretenen Parteien, bei der Sühneverhandlung gar nicht.

Es würde sich daher zum Wohle der Bevölkerung eine diesbezügliche Aenderung des vorgenannten Landesgesetzes als dringend notwendig erweisen, denn gerade der Umstand, daß die wenigen

vor dem Gemeindevermittlungsamte zur Austragung kommenden Streitfälle, fast immer, man kann sagen in acht von zehn Fällen, mit einem Ausgleiche geschlossen werden, besagt zur Genüge, daß, wenn sämtliche Streitfälle vor dem Vermittlungsamte zur Verhandlung kommen müßten, auch in diesem Verhältnisse die Ausgleiche zustande kommen würden, daher nicht allein den Gerichten viel Arbeit und Zeit, sondern auch den Parteien gar manche Spesen und viel Zeitverlust erspart würde.

Ich ersuche, diesem vorstehenden Antrag einhellig zuzustimmen und zu bewilligen, daß derselbe auch als Rund-Antrag an sämtliche Bezirksvorstehungen der übrigen Wiener Gemeindebezirke zur gleichartigen Beschlußfassung übermittelt wird.

Einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom **16. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Artur Roll.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Karl Czasny.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der Bericht über die letzte Sitzung, der zur Einsichtnahme aufliegt, wird ohne Verlesung genehmigt.

Einlauf.

Bekanntgabe des Allerhöchsten Dankes durch Seine Exzellenz den Herrn k. k. Statthalter für Oesterreich unter der Enns für die mit Telegramm der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 11. März 1918 anläßlich der Geburt eines kaiserl. Prinzen zum Ausdrucke gebrachten Glückwünsche.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten, betreffend Beendigung des Krieges.

Zur Kenntnis.

Anträge.

**B.-R. Loufal** stellt den Antrag, betreffend Auflassung der Bedarfshaltestelle der städtischen Straßenbahn bei Taborstraße 98, zwecks Errichtung eines Tiertränkebrunnens bei dem Hause II., Taborstraße 100.

Einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten.

### Gemeindevermittlungsämter.

Das Gemeindevermittlungsamt Neubau wird im Monate August 1918 am 7., 14., 21. und 28. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

---

## Lebensmittelverkehr.

### Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 3. August 1918.

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen oder Spelz per | 100 kg | 40 K | — h |
| Roggen . . . . . | 100 „ | 40 „ | — „ |
| Gerste . . . . . | 100 „ | 37 „ | — „ |
| Hafer . . . . . | 100 „ | 36 „ | — „ |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Heu aller Art . . . . . | 17 K | — h | per 100 kg |
| Stroh: | | | |
| Kornschaubstroh . . . . . | 10 „ | — „ | „ 100 „ |
| Erbsen-, Wickenstroh . . . . . | 8 „ | — „ | „ 100 „ |
| Bohnen-, Raps- und Maisstroh . . | 6 „ | — „ | „ 100 „ |

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl Nr. 243 ex 1917.)

* * *

### Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. Juli bis 3. August 1918.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch . . | 90.655 kg | Und zwar aus: | | |
| | | Wien . . . . . | 31.295 | kg |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 200 | „ |
| | | Oberösterreich . . . . . | 5.910 | „ |
| | | Steiermark . . . . . | 29.560 | „ |
| | | Ungarn . . . . . | 23.690 | „ |
| Schweinefleisch und Würste . | 22.906 kg | Und zwar aus: | | |
| | | Wien . . . . . | 22.906 | kg |
| Kälber . . . . | 63 Stück | Und zwar aus: | | |
| | | Wien . . . . . | 2 | St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 2 | „ |
| | | Mähren . . . . . | 6 | „ |
| | | Polen . . . . . | 53 | „ |
| Schafe . . . . | 1.021 Stück | Und zwar aus: | | |
| | | Wien . . . . . | 47 | St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 7 | „ |
| | | Oberösterreich . . . . . | 16 | „ |
| | | Ungarn . . . . . | 951 | „ |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Lämmer . . . | 10 Stück | Und zwar aus: | | | | |
| | | Wien . . . . . | | | 1 | St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | | | 1 | „ |
| | | Galizien . . . . . | | | 8 | „ |

### 2. Preisbewegung.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Siedfleisch, vorderes von | K | 7·20 | bis | 8·40 | per | Kg. |
| | Rostbraten u. Rieden | „ „ | —·— | „ | 12·— | „ | „ |
| Kalbfleisch . . . . . | | „ „ | 5·75 | „ | 6·— | „ | „ |
| Schaffleisch (Lammfleisch) . . . | | „ „ | —·— | „ | —·— | „ | „ |
| Schweinefleisch . . . . . | | „ „ | —·— | „ | —·— | „ | „ |
| Kälber . . . . . | | „ „ | 4·70 | „ | 4·80 | „ | „ |
| Schafe . . . . . | | „ „ | 9·— | „ | 11·— | „ | „ |
| Schweine . . . . . | | „ „ | —·— | „ | —·— | „ | „ |
| Lämmer . . . . . | | „ „ | —·— | „ | —·— | „ | „ |

Per Bahn langten ein 37 Waggons mit 86·113 t.

Die diesswöchentlichen Zufuhren waren mit Ausnahme von Schweinefleisch geringer.

Der Marktverkehr war an allen Tagen sehr lebhaft.

Die Zufuhren an Rindfleisch waren abermals geringer und absolut nicht bedarfdeckend.

Kalbfleisch war mit 53 Stück Kälber in geringer Menge vorhanden.

Schaf-, Lamm- und Kitzfleisch war gleichfalls sehr knapp.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden zugeführt:

12.000 kg Salzspeck à 8 K 60 h.
9.996 kg gefrorenes Schweinefleisch à 14 K.
8.326 kg Selchfleisch à 19 K.
2.200 kg frisches Schweinefleisch à 13 K 20 h.
1.772 kg Rindswürste à 18 K.
3.000 kg Blut- und Leberwürste à 8 K.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

* * *

### Pferdemarkt vom 2. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 492 Stück.

183 Gebrauchspferde, 309 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5800 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war lebhaft.

---

# Baubewegung

vom 2. bis 5. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

## Gesuche um Baubewilligungen.

### Zubauten.

XIX. Bezirk: Fabrikstrakt, Muthgasse 40, von Heinrich Löwidt, Bauführer Karl Schuller (755).

*) Hievon — am Markte und 309 im Pferdeschlachthause.

XIX. Bezirk: Zu- und Stockwerksaufbau, Sieveringerstraße 81, von Fanni Maas, Bauführer Adolf Micheroli (601).

XXI. Bezirk: Andreas Hofer-Straße, von Kreidl, Heller & Komp. (20670).

### Adaptierungen.

II. Bezirk: Taborstraße 8 a, von Edgar v. Felsenberg, Taborstraße 8 b (1715).

IV. Bezirk: Margaretenstraße 32, von Leopold Schmid, Waaggasse 13 (1709).

XIX. Bezirk: Haubenbiglgasse 8, von Adolf Sonnenschein (575).
„ „ Brechergasse 9, von Karl Golchen (576).
„ „ Sieveringerstraße 39, von Theodor Schernik (580).
„ „ Hasenauerstraße 38, von Ernst Prinzhorn (582).
„ „ Felix Mottl-Straße 11, von Hermann Fussenbauer, Bauführer Gustav Holoubek (606).
„ „ Vegagasse 2, von Philipp Kohn, Bauführer Lechner & Komp. (626).
„ „ Muthgasse 64 a, von den Kilophot-Werken, Bauführer Ing. F. Kölbl (627).
„ „ Silbergasse, Ecke Scheibengasse, von Johann Kattus (658).
„ „ Pyrkergasse 19, von Hugo Frankfurter, Bauführer Adolf Micheroli (662).
„ „ Agnesgasse 3, von Ernestine Schreier (723).
„ „ Pyrkergasse 196, von Eduard und Fanni Kneisel, Bauführer Adolf Micheroli (760).
„ „ Cobenzlgasse 49 a, von Alfred Wiener (763).
„ „ Heiligenstädterstraße 63, von der Firma S. A. Bauer (765).

XXI. Bezirk: Josef Ruston-Gasse 34, von Josef Hoffmann, Bauführer Johann Molzer (20356).
„ „ Groß-Jedlersdorf II, von Ferdinand Steinkellner (20357).

### Diverse geringere Bauten.

XII. Bezirk: Hölzerne Verkaufshütte für Obst und Gemüse, Ecke Flurschützstraße 12 und Wolfganggasse 45, von Franz Moser, Vösendorf, Bauführer Jakob Janisch (28202).

XIX. Bezirk: Balkonbau, Sieveringerstraße 55, von Berta Schwarz (567).
„ „ Geringere Bauherstellungen, Würthgasse 5/9, von dem Stellwagen-Depot (756).
„ „ Garagenbau, Langackergasse 37, von Emmy v. Bonczák, Bauführer Bau-Industrie (764).

XX. Bezirk: Kanal, Wehlistraße, Stromstraße, von S. Rothmüller, Handelskai 92 (1714).

### Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XIX. Bezirk: Gymnasiumstraße 62, von Malvine Blau (579).
„ „ Flotowgasse 16, von Theodor Luchesi (734).

## Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Absteckung der Baulinien wurden überreicht.

XII. Bezirk: Hetzendorferstraße 73, von Bela Rosenthal, ebenda, Bauführer Franz Maly (28006).

XVI. Bezirk: Kongreßplatz, von Julius Meinl, Nauseagasse 63, Bauführer O. Laske und V. Fiala (34775).

---

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 12. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

M. & S. Lion, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Textilwaren — I., Wipplingerstraße 3.

„Sembustowerk," Ges. m. b. H., Fabrik für Räder und Felgen — Fabriksmäßige Erzeugung von Möbeln — X., Salvatorianerplatz 3/4.

Diamant Rudolf, Alleininhaber der protokollierten Firma Rud. Diamant — Fabriksmäßige Erzeugung von Schuhen und Ausführung von Schuhreparaturen — X., Favoritenstraße 107.

Juvan Marie, Alleininhaber der Firma Atelier Karin, Werkstätte für kunstgewerbliche Erzeugnisse des Damenkleidermachergewerbes — Herstellung von kunstgewerblichen Erzeugnissen des Damenkleidermachergewerbes — II., Obere Donaustraße 79.

**Deutsch Julius** — Erzeugung von Spirituosen, Fruchtsäften und Likören auf kaltem Wege — II., Nordbahnstraße 54.

**Spritzer (Spriczer) Wolf** — Wirtshausgewerbe-Konzession — II., Glockengasse 2.

**Grünberg Mechel Laib** — Kommissionshandel mit Pelzwaren und Zugehörartikeln — II., Glockengasse 11.

**Demlinger Franz** — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren aus Fruchtsäften — XVI., Heigerleinstraße 9.

**Geier Peter** — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Pfenniggeldgasse 19.

**Maska Ludwig** — Schuhmachergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 9.

**Bele Karl** — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Obere Amtshausgasse 36.

**Dobesch Josef** — Hutmachergewerbe — V., Rechte Wienzeile 77.

**Jedlinsky Oskar** — Erzeugung von Ledergalanteriewaren — VII., Lindengasse 25.

**Uhlmann Anton** — Viktualienhandel im Kleinen — VII., Lindengasse 8.

**Kodon Heinrich** — Obsthandel — II., Kaiser Josef-Straße 21.

**Binder Franz** — Verschleiß von Kanditen, Bäckereien und Sodawasser — II., Ausstellungsstraße bei der Jaroschauer Bierhalle.

**Baumann Abraham David** — Pelzwarenhandel — II., Untere Augartenstraße 14.

**Kalenhof Hersch** — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XXI., Klosterneuburgerstraße 52.

**Hoydn Jakob Karl** — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Romanogasse 20.

**Gelbart Max** — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Wallensteinstraße 23.

**Schnitzer Gisela** — Verschleiß von Karten für Varietés und Konzerte — XX., Wallensteinstraße 17.

**Bischof Anna** — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — XX., Vorgartenstraße 91.

**Ratner Estera** — Handel mit Säcken und Hadern — XX., Bäuerlegasse 22.

**Szendrowitsch Osias** — Handel mit alten Säcken — XX., Staudingergasse 14.

**Inreiter Marie** — Pfaidlergewerbe — XX., Klosterneuburgerstraße 7.

**Reiß Sidonie** — Geflügelhandel — II., Leopoldsgasse 31.

**Cap Albine** — Witwenfortbetrieb des Tischlergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Josef Cap — X., Schröttergasse 29.

**Steinmetz Malvine** — Pachtbetrieb der Auskocher-Konzession auf Rechnung der minderjährigen Kinder Elsa, Valerie, Emil und Olga Reiß — II., Glockengasse 7.

**Löwy Rosa** — Pretiosenhandel — I., Köllnerhofgasse 3.

**Straßer Wilhelmine** — Konzession zur Verabreichung von Speisen — I., Blutgasse 3.

**Bitula Marie** — Selchwaren-Verschleiß — XV., Schweglerstraße 55.

**Feld Anna** — Wäschewaren-Erzeugung — XV., Markgraf Rüdiger-Straße 2.

**Binder Rosa** — Wäscheputzergewerbe — XVI., Koppstraße 65.

**Bolejnik Marie** — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) — V., Stolberggasse 21.

**Horvath Josef** — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — V., Reinprechsdorferstraße 20.

**Lang Hedwig** — Verschleiß von Schmirgelwaren — V., Fendigasse 7.

**Fuchs Marie** — Viktualien-Verschleiß — V., Obere Amtshausgasse 41.

**Prinzinger Franziska** — Marktfahrergewerbe — V., Embelgasse 35.

* * *

## 13. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

**Brüll Leon**, Alleininhaber der prot. Firma Metallwarenfabrik Thaussig & Komp. — Fabriksmäßige Metallwaren-Erzeugung — XII., Hetzendorferstraße 27.

**Brüll Leon**, Alleininhaber der prot. Firma Wiener Tapetenfabrik Thaussig & Komp. — Fabriksmäßige Erzeugung von Tapeten — XII., Hetzendorferstraße 27.

**Weinhold Edmund**, Alleininhaber der Firma Myra, Kosmetische Industrie, E. Weinhold — Erzeugung von kosmetischen Präparaten mit Ausschluß von Seife — II., Schrotzberggasse 1.

**Neumann Moritz** — Kaffeesieder-Konzession — II., Praterstraße 48.

**Kocik Franz** — Wanderhandel mit Obst, Grünwaren und Naturblumen — X., Absberggasse 9.

**Wetsch Lorenz** — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Hasengasse 6.

**Aue Otto** — Viktualienhandel — X., Herzgasse 43.

**Svetly Felix** — Klein-Verschleiß mit Brennmaterialen — X., Ettenreichgasse 28.

**Dostall Alois** — Zuckerbäckergewerbe — X., Triesterstraße 9.

**Zborzil Johann** — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Neilreichgasse 19.

**Mareiska Johann** — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVII., Sautergasse 58.

**Paul Florian** — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVII., Geblergasse 100.

**Peter Franz** — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — XVII., Geblergasse 64.

**Schubert Karl** — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVII., Lacknergasse 8.

**Jezek Ferdinand** — Stadt- und Lohnfuhrwerksgewerbe — XIII., Linzerstraße 63.

**Fröhlich Wenzel** — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Leithagasse 10.

**Friedl Leopold** — Handel mit Lebens- und Genußmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Hernstorferstraße 9.

**Stepanek Georg** — Schuhmachergewerbe — XVII., Gschwandnergasse 24.

**Kuczera Franz** — Handel mit Säcken, Tuchabfällen und Altmetall — VI., Laimgrubengasse 12.

**Wimmerth Johann** — Pferdefleischhandel — XXI., Kaiserin Elisabeth-Straße 13.

**Dite Karoline** — Handel mit Kurzwaren — XX., Hannovergasse 14.

**Heitler Antonie** — Holzverkleinerung — XX., Klosterneuburgerstraße 72.

**Spacil Margarete** — Damenkleidermachergewerbe — III., Hansalgasse 5.

**Schey Rosa** — Fleisch-Verschleiß — III., Großmarkthalle.

**Tauber Johanna** — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) — XVII., Urbangasse 4.

**Weinberger Jeanette** — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Hernalser Hauptstraße 42.

**Topolansky Johanna** — Wildbret- und Geflügelhandel — XVII., Ottakringerstraße 66.

**Halpern Luise** — Handel mit Kurz- und Nürnbergerwaren — II., Odeongasse 1.

**Heinisch Albertine** — Gastwirts-Konzession — XI., Geiselbergstraße 38.

**Hrlbicsek Anna** — Verschleiß von Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — X., Gellertgasse 1.

**Schweiger Barbara** — Handel mit Säcken und mit neuen Tuchabfällen — X., Erlachgasse 89.

**Stern Sarah** — Handel mit Säcken und neuen Tuch- und Seidenabfällen — X., Quellenstraße 131.

**Groß Hermine** — Handel mit Säcken — X., Herndlgasse 24.

**Rupp Katharina** — Selchwaren-Verschleiß — X., Columbusplatz (Markt).

**Hawlicek Aloisia** — Viktualienhandel — X., Jagdgasse 25.

**Dostal Marie** — Viktualienhandel — X., Buchsbaumgasse 17.

(Das Weitere folgt.)

## Inhalt.


Seite

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates . . . . . 1593
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 16. Juli 1918 . . . 1593
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 18. Juli 1918 . . . . 1598
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom 8. Mai 1918 . . . . . 1603
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 13. Mai 1918 . . . . . 1604
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 14. Mai 1918 . . . . . 1604
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 16. Mai 1918 . . . . . 1606
Allgemeine Nachrichten:
Gemeindevermittlungsämter . . . . . 1606
Lebensmittelverkehr:
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 3. August 1918 . . . . . 1606
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 28. Juli bis 3. August 1918 . . . . . 1606
Pferdemarkt vom 2. August 1918 . . . . . 1607
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 2. bis 5. August 1918 . . . . . 1607
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1607
Kundmachungen.


Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Arbeiten und Lieferungen.

**Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.**

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

**1918.**

| Ort und Stunde der Verhandlung | Ort (Bureau) | M.-Z. | Objekt | Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen | Veranschlagte Kosten |
|---|---|---|---|---|---|
| 10. August 10 Uhr | Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, I., Neues Amtshaus, Felderstr.) | 463 | Kanalneubau am Landstraßergürtel in der Strecke zwischen Baumgasse und Döblerhofstraße im III. und XI. Bezirke. | 1. Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraul. Bindemittel . . . .<br>2. Lieferung der Steinzeugschalen und Wandplatten . . . . . | 16.260 K 92 h<br>1794 K<br>Vorbemerkung: Pläne rc. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III (I., Neues Rathaus, Mezzanin) zur Einsicht auf.<br>2—3 |
| 14. August 11 Uhr | Abteilung VI (Mag.-Sek. Bertolas, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock) | 563 | Umpflasterung des Wiednergürtels im IV. Bezirke (Fahrbahn nächst der Alleegasse). | Erd- und Pflasterungsarbeiten . | 2340 K (1500 K Pauschale)<br>2—3 |

M. Abt. II, 5937/18.

# Kundmachung.

Zufolge der Beschlüsse des Wiener Gemeinderates vom 27. Juni 1918, P. Z. 5743, vom 4. September 1917, P. Z. 8455, und vom 24. Oktober 1917, P. Z. 9688, sowie auf Grund des mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Dezember 1917 genehmigten und im V. Stücke des n.-ö. Landesgesetz- und Verordnungsblattes kundgemachten Beschlusses des n.-ö. Landes-Ausschusses vom 30. Oktober 1917, dessen Wirksamkeit mit der im 33. Stücke des Landesgesetz- und Verordnungsblattes kundgemachten Allerhöchsten Entschließung vom 6. Juli 1918 auf das Verwaltungsjahr 1918/19 erstreckt wurde, werden für dieses Verwaltungsjahr, das ist für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919 zur

*

Deckung der Gemeindebedürfnisse im Sinne des § 59, lit. l des Gemeindestatutes für Wien vom 24. März 1900, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 17, und der Landesgesetze vom 28. Dezember 1904, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 1 ex 1905, sowie vom 6. Juli 1910, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 170, nachstehende Gemeindeumlagen und -abgaben eingehoben:

1. Dreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Grundsteuer.

2. Fünfundzwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Hauszinssteuer und Hausklassensteuer.

Diese Umlage trifft alle der Hauszinssteuer und Hausklassensteuer unterliegenden Gebäude, dann die von der Hauszinssteuer zeitlich befreiten Gebäude mit Ausnahme jener, welche nach den n.-ö. Landesgesetzen vom 10. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 32, und vom 5. April 1893, L.-G.-Bl. Nr. 16, die Befreiung von den nach Maßgabe der landesfürstlichen Steuern entfallenden Gemeindeumlagen genießen.

3. Dreißig Heller zur 5prozentigen Steuer vom Zinsertrage der von der Hauszinssteuer befreiten Gebäude, welchen nach den Landesgesetzen vom 10. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 32, und vom 5. April 1893, L.-G.-Bl. Nr. 16, auch die Befreiung von den Gemeindeumlagen nach Maßgabe der landesfürstlichen Hauszinssteuer zukommt.

4. Vierzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der I. Klasse.

5. Vierunddreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der II. Klasse.

6. Zwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der III. und IV. Klasse.

7. Vierzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

8. Zweiunddreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen (nicht im Abzugswege eingehobenen) Rentensteuer.

9. Achtundzwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen zuschlagspflichtigen Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen.

10. Der städtische Zuschlag zur landesfürstlichen Verzehrungssteuer, und zwar:

a) im Ausmaße von dreißig Prozent für sämtliche Artikel des Verzehrungssteuer-Tarifes mit Ausnahme des Bieres im geschlossenen Verzehrungssteuergebiete;

b) im Ausmaße von hundert Prozent für Bier im geschlossenen Verzehrungssteuergebiete, auf Grund des Landesgesetzes vom 19. Dezember 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58;

c) im Ausmaße von dreißig Prozent von der außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes eingehobenen staatlichen Verzehrungssteuer.

11. Die kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten im Außmaße von fünfzig Hellern per Hektolitergrad für die mit dem Alkoholometer meßbaren, von siebenundzwanzig Kronen und fünfzig Hellern pro Hektoliter für die mit dem Alkoholometer nicht meßbaren gebrannten geistigen Flüssigkeiten und von fünfunddreißig Kronen pro Hektoliter für alkoholische Essenzen im verschlossenen Verzehrungssteuergebiete.

12. Die Gemeindebierauflage im Ausmaße von zwei Kronen für den Hektoliter Bier in den außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gebietsteilen von Wien auf Grund der Landesgesetze vom 27. Dezember 1909, L.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1910, und vom 13. Juni 1912, L.-G.-Bl. Nr. 105.

13. Achteinviertel ($8^1/_4$) Heller von jeder Krone des Mietzinses als Umlage für allgemeine Gemeindezwecke ($3^3/_4$ Heller) und als Umlage für Volksschulzwecke ($4^1/_2$ Heller).

Die unter 13 angeführte Umlage ist von sämtlichen hievon nicht befreiten Mietparteien und von den Hauseigentümern bezüglich der von ihnen selbst benützten Lokalitäten nach Maßgabe des richtiggestellten Zinsanschlages zu bezahlen. *)

Auf Grund der Regierungs-Verordnung vom 14. Oktober 1785 haben die Hausinhaber (Administratoren, Sequester) diese Umlage (13) von den Wohnparteien bei eigener Haftung einzuheben und nebst ihren eigenen Abgaben an die städtischen Steuerkassen abzuführen. Jene Wohn- und Mietparteien, welche die Entrichtung der Mietzinsumlage verweigern, sind dem magistratischen Bezirksamte, und zwar längstens binnen vier Wochen nach dem Einzahlungstermine der betreffenden Rate, zur weiteren Vorkehrung anzuzeigen.

14. Ein Zehntel ($^1/_{10}$) Heller von jeder Krone des Mietzinses als Militäreinquartierungsbeitrag, welcher von jedem zur Tragung der Militärbequartierung verpflichteten Hauseigentümer zu leisten ist.

15. Die Vorspannsumlage im Betrage von dreißig(30) Hellern für jedes vorspannpflichtige Pferd.

16. Die Gemeindeauflage auf den Besitz von Hunden im Jahresbetrage von zwanzig Kronen für jeden Hund.

Die Gemeindeumlagen zu den direkten Steuern sind gleichzeitig mit jener Steuer, auf welche sie umgelegt werden, die Mietzinsumlagen aber gleichzeitig mit der Hauszinssteuer, somit in den nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen:

a) die Gemeindeumlagen zur allgemeinen Erwerbsteuer und zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen vierteljährig am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober;

b) jene zur Grundsteuer und Hauszinssteuer, ferner zur fünfprozentigen Steuer vom Zinsertrage hauszinssteuerfreier

*) Befreite Mietparteien sind die am kaiserlichen Hofe beglaubigten Gesandtschaften. Die Hausinhaber, in deren Häusern derlei Gesandtschaften wohnen, haben an das magistratische Bezirksamt die schriftliche Anzeige zu überreichen, um die Abschreibung der aufgerechneten Umlagen zu veranlassen.

Diese Anzeigen haben die von der befreiten Mietpartei unterfertigte, mit dem Siegel der Botschaft oder Gesandtschaft versehene Bestätigung nachstehenden Inhalts zu enthalten, und zwar:

a) wenn in der vereinbarten Zinssumme keine Zins- und Schulheller enthalten sind:

„Der Unterzeichnete bestätigt hiemit, daß er die Wohnung Nr. ..... im Hause Nr. ..... während der Zeit vom ..... bis ..... um den Jahreszins von ....., in welcher Summe keine Zins- und Schulheller enthalten sind, benützt und vermöge seiner exterritorialen Stellung für diese Zeit keine Zins- und Schulheller an den Hauseigentümer bezahlt hat."

Dagegen

b) wenn in dem vereinbarten Zinse die Zins- und Schulheller enthalten sind:

„Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß er die Wohnung Nr. ..... im Hause Nr. ..... während der Zeit vom ..... bis ..... um den Jahreszins von ..... benützt hat und vermöge seiner exterritorialen Stellung für diese Zeit die Rückvergütung der im obigen Zinsbetrage enthaltenen Zins- und Schulheller vom Hauseigentümer beansprucht."

Gebäude, sowie die Mietzinsumlagen vierteljährig am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November;

c) die Gemeindeumlage zur Rentensteuer, sofern dieselbe dem Steuerpflichtigen unmittelbar vorzuschreiben ist, halbjährig am 1. Juni und 1. Dezember;

d) die Gemeindeumlage zur Besoldungssteuer, sofern sie vom Steuerpflichtigen unmittelbar einzuzahlen ist, halbjährig am 1. Juni und 1. Dezember, sonst von dem zum Abzuge und zur Abfuhr Verpflichteten binnen 14 Tagen nach Schluß eines jeden Monates; sofern aber für bestimmte Fälle andere Abfuhrstermine im Verordnungswege festgesetzt, beziehungsweise gewährt worden sein sollten, in diesen Terminen.

Werden die Gemeindeumlagen zu den direkten Steuern oder die Mietzinsumlagen nicht spätestens 14 Tage nach dem anberaumten Einzahlungstermine entrichtet, so tritt auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Jänner 1895, Z. 10234, im Sinne des Landesgesetzes vom 6. Juli 1877, L.-G.-Bl. Nr. 18, insofern die Gesamtschuldigkeit der den Steuerumlagen zugrunde liegenden ordentlichen Steuergebühr, oder bei Mietzinsumlagen die Gesamtschuldigkeit der ordentlichen Steuergebühr von der Hauszinssteuer des der Mietzinsumlage zugrunde liegenden Mietzinserträgnisses für das ganze Jahr 100 K übersteigt, die Verpflichtuug zur Zahlung von Verzugszinsen ein, welche für je 100 K und jeden Tag mit $1^3/_{10}$ Hellern von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage bis zur Abstattung der Schuldigkeit zu berechnen und mit dieser einzuheben sind.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,**
im selbständigen Wirkungskreise,
am 20. Juli 1918. 1—1

---

M. Abt. XIII, 2378/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Dr. Josef Deckert'sche Stiftung
### für Gewerbetreibende.

Verliehen werden: 80 K an einen oder zwei Bewerber.

Zur Bewerbung sind berufen: In Not geratene Geschäftsleute, welche in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bei sonst gleichen Umständen genießen katholische Geschäftsleute der Pfarre St. Josef in Weinhaus (XVIII. Bezirk) das Vorzugsrecht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 2. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 10. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 2490/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Mathilde Edle v. Hohenblum und Aloisia Schmid'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Ein Betrag von 350 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, sittsame Mädchen, welche im Gemeindegebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geboren sind und einen unbescholtenen Mann zu ehelichen beabsichtigen, wobei unter sonst gleichen Verhältnissen ein Mädchen mit dem Taufnamen Mathilde den Vorzug hat.

Falls stiftbrieflich geeignete, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geborene Bewerberinnen sich nicht melden, können auch andere nach Wien zuständige, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhafte oder wohnhaft gewesene stiftbrieflich geeignete Mädchen berücksichtigt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Sittenzeugnis, auch des Bräutigams, Nachweis der allfälligen Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstag: 14. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 10. Juli 1918. 2—3

---

M. A. XIII, 2660/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Kundmachung.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 wird an der Radislowitsch-Braun'schen Stiftungsschule II., Taborstraße 24, der unentgeltliche einjährige Kurs in Stenographie (System Gabelsberger) und Maschinschreiben für mittellose katholische Mädchen im Alter von mindestens zwölf Jahren wieder eröffnet, welcher an Nachmittagen außerhalb der Pflichtschulstunden abgehalten wird.

Mädchen, welche diesen Kurs besuchen wollen, haben sich **Mittwoch den 4. oder Samstag den 7. September 1918 zwischen halb 4 und 6 Uhr nachmittags** bei der Kursleitung im Stiftungshause, II., Taborstraße 24 (rückwärts im Hofe, 1. Stock) in Begleitung ihrer gesetzlichen Vertreter und unter Mitnahme des Taufscheines, Heimatscheines, letzten Schulzeugnisses und eines Mittellosigkeitszeugnisses zur Aufnahme zu melden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juli 1918. 2—3

---

**

M. Abt. XIII, 2142/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Ignaz Rainharter'sche Stiftung
### für christliche Waisen Wiens.

Zur Verteilung gelangen: 4400 K in 20 gleichen Teilen.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien geborene, unbescholtene christliche Waisen, welche im Begriffe stehen, ein Gewerbe zu eröffnen oder einen ehelichen Hausstand zu begründen, und zwar werden je zehn männliche und weibliche Waisen beteilt.

Im IV. Wiener Gemeindebezirke Wieden seßhafte Waisen sind bei sonst gleichen Verhältnissen vorzugsberechtigt.

Die Flüssigmachung der Unterstützungsbeträge erfolgt nur dann, wenn binnen Jahresfrist nach erfolgter Verleihung der Stiftung das Gewerbe ordnungsgemäß angetreten, beziehungsweise die Ehe gesetzmäßig geschlossen wird.

Den Gesuchen sind beizuschließen: Taufschein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstag: 18. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918.

---

M. Abt. XIII, 2185/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Katharina und Lazar Goldstein'sche Witwenstiftung.

Verteilt werden: 1990 K in fünf gleichen Teilbeträgen an zwei Witwen christlicher und drei Witwen mosaischer Religion.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige, im Polizeibezirke Wien wohnhafte Witwen aus dem Zivilstande von tadelloser moralischer Haltung, deren Gatten in der Zeit vom 16. Juli 1917 bis 15. Juli 1918 ohne Hinterlassung eines Vermögens gestorben sind und namentlich dem Rabbinats- und Lehrerstande angehört haben.

Bei gleicher Dürftigkeit haben jene Bewerberinnen den Vorzug, welche die größere Anzahl unversorgter Kinder besitzen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Totenschein des Gatten, Tauf(Geburt)schein der Bewerberin und der Kinder, Trauungsschein und abhandlungsbehördlicher Bescheid, daß die Verlassenschaft des verstorbenen Gatten armutshalber abgetan wurde.

Einreichstelle: Für Bewerberinnen christlicher Religion: Magistrats-Abteilung XIII, für Bewerberinnen mosaischer Religion: Vorstehung der israelitischen Kultusgemeinde.

Einreichungsfrist: **Bis 10. August 1918.**

Verleihungstag: 15. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juni 1918.

---

M. Abt. XIII, 2945/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Kurrende.
### (Freiplätze an der Musikschule Ludwig Liebing.)

An der Musikschule Ludwig Liebing in Wien, IX., Währingerstraße 46, werden vom Schuljahre 1918/19 angefangen fünf halbe Freiplätze für Söhne und Töchter von städtischen Beamten, Amts- und Schuldienern verliehen.

Bewerber um diese Plätze haben ihre Gesuche unter genauer Angabe des gewählten Lehrfaches **bis längstens 14. September 1918** an die Schulleitung der Musikschule Ludwig Liebing, IX., Währingerstraße 46, einzusenden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 15. Juli 1918.

---

M. Abt. XIII, 2294/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Ernst v. Ernstenau'sche Stiftung
### für krüppelhafte Personen.

Verteilt werden: 330 K in sechs gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Alte, dürftige, krüppelhafte in Wien wohnende Personen christlicher Konfession.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. August 1918.**

Verleihungstag: 31. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juni 1918.

---


# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**

# Amtsblatt

der k. k.

## Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 64. Freitag den 9. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. Ganzjährig 20 K

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


# Mitbürger!

Volle vier Jahre dauert schon das blutige Ringen dieses ungeheuren Weltkrieges an und niemand vermag heute noch, da wir in das fünfte Kriegsjahr treten, zu sagen, wann das namenlose Elend, das dieser Krieg über die Welt gebracht hat, enden wird.

Was unsere Helden im Felde in Nord, Ost und Süd in hundert Schlachten geleistet haben, wie sie den Einbruch der übermächtigen Feinde von der heiligen Heimatserde abgehalten haben und im fremden Lande als eherne Mauer stehen zum Schutze und Schirm des bedrängten Vaterlandes, das sichert ihnen ewigen Ruhm und dauernde Dankbarkeit.

Unvergessen aber wird auch bleiben das stille Heldentum der Bevölkerung des Hinterlandes, die opfermutig und geduldig alle Entbehrung auf sich nahm und mutig ausharrte in dem schweren Kampf, den die vor keinem Frevel zurückschreckende Gier unserer Feinde nach Weltherrschaft ihr auferlegte. Wie alle Zeit hat auch die Bevölkerung Wiens alle Leiden und Entbehrungen in diesem schweren Kriegsjahre in angestammter Liebe und Treue zu Kaiser und Vaterland opferwillig und mit nie erlahmender Geduld auf sich genommen und ertragen.

Allen Wienern hiefür, insbesondere den frei erwählten Mandataren des Volkes und der treuen Beamtenschaft, jetzt zu Beginn des fünften Kriegsjahres aus vollstem Herzen zu danken, ist mir ein wahres Herzensbedürfnis, weil es mich mit Stolz erfüllt, Bürgermeister dieser Stadt zu sein.

Als vor vier Jahren mein Ruf erging, freiwillig mitzuarbeiten und zu helfen, um das Los der durch den Krieg in Not Geratenen und besonders Bedrängten zu mildern, da stellten sich Scharen von Männern und Frauen in den Dienst echter Menschlichkeit und haben ausgeharrt bis heute in der Betätigung wahrer Nächstenliebe.

Dank der Mitwirkung freiwilliger Helfer, dank der opferfreudigen und unermüdlichen Betätigung edler Frauen auf fast allen Fürsorgegebieten war es möglich, auszuharren.

Ihnen allen gilt mein wärmster Dank und meine vollste Anerkennung.

Mögen uns bald die Segnungen eines ehrenvollen Friedens beschieden sein, bis dahin aber gilt es weiterkämpfen und ausharren.

Diese Bitte richte ich an die gesamte Bevölkerung Wiens, diese Bitte richte ich an alle, alle, die bisher als meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig waren.

Wien, 3. August 1918.

**Dr. Richard Weiskirchner,**
Bürgermeister

# Stadtrat.

## Bericht

über die Sitzung des Stadtrates **vom 25. Juli 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Grünbeck, Dr. Haas, Heindl, Hermann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Körber, Knoll, Müller, Nemetz, Poyer, Schneider, Schwer, Spalowsky, Tomola, Wippel, Zatzka.

Beurlaubt: St.-R. Fraß, Schmid.
Entschuldigt: St.-R. Dechant, v. Steiner, Wessely.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Der Stadtpräfekt von Konstantinopel dankt für die zugunsten der von der Brandkatastrophe in Konstantinopel Betroffenen gewidmete Spende der Stadt Wien.

(Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 7704.) Der Witwe des Schriftstellers Prof. Franz Keim, Frau Hermine Keim, wird ein Betrag von 2244 K als Beitrag für die Leichenkosten für ihren verstorbenen Gatten gewährt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 7549, M. A. XV, 8963.) Die Renovierung der Hauptansicht der Westseite des Schulgebäudes XVII., Parhamerplatz Nr. 18/19, mit den Kosten von 3600 K wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 7552, M. B. A. I, 7712.) Dem Ansuchen der Franziska Angst, Gastwirtin, I., Tiefer Graben 17, um Herabsetzung des für ihre Tischaufstellung dortselbst mit 123 K 20 h pro Jahr bemessenen Platzzinses für 1918 auf die Hälfte wird Folge gegeben.

(P. Z. 7546, M. A. XIII, 533/18.) Aus der Josef und Anna Wasner'schen Stiftung wird je ein Betrag von 208 K an nachbenannte Personen verliehen:

Karl Krasa, Post 1 der Bewerbertabelle,
Cäcilie Lontschar, Post 4 der Bewerbertabelle,
Franz Schneck, Post 5 der Bewerbertabelle, und
Josef Hieß, Post 7 der Bewerbertabelle.

(P. Z. 7612, M. A. XIII, 3241/18.) Nachbenannten Personen werden aus der Menschenfreund-Stiftung Beträge verliehen, und zwar:

Je 100 K:

1. Barbara Ehlers, Post Nr. 4,
2. Marie Krch, Post Nr. 5,
3. Josef Idinger, Post Nr. 6,
4. Rosa Lukan, Post Nr. 7,
5. Marie Kucera, Post Nr. 8,
6. Rosa Sidlo, Post Nr. 9,
7. Johanna Vondruska, Post Nr. 10,
8. Marie Borac, Post Nr. 11.

Je 50 K:

9. Anna Preuß, Post Nr. 1, und
10. Franz Schneider, Post Nr. 2.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 7532, M. A. X, 6247.) Dem Dr. Emil Richter, k. k. Ober-Landesgerichtrat, XII., Jagdschloßgasse 6, wird das heimgefallene Grab Gruppe D, Reihe 10, Nr. 1 im Ober-St. Veiter Friedhofe auf die Dauer von 20 Jahren um die Gebühr von 400 K überlassen.

(P. Z. 7531, M. A. X, 6244.) Dem Johann Bartsch, k. k. Landwehr-Evidenz-Ober-Offizial i. R., XIII., Hietzinger Hauptstraße 123, wird das heimgefallene Grab Gruppe C, Reihe 1, Nr. 2 im Ober-St. Veiter Friedhofe auf die Dauer des Friedhofsbestandes um die Gebühr von 500 K überlassen.

Sollte jedoch in dem Grabe die Leiche einer dem Friedhofe nicht zugewiesenen Person als erste Leiche beerdigt werden, so erhöht sich die vorstehende Gebühr auf 1000 K.

(P. Z. 7517, M. A. VII, 196.) Dem Ansuchen des Bau-Unternehmers Karl Schreiner, XVI., Lorenz Mandl-Gasse 47, um Nachsicht der beim Neubau des Hauptunratskanales in der Haselmayer- und Volkgasse im XIII. Bezirke eingetretenen Ueberschreitung der vertragsmäßigen Bauausführungsfrist von 125 Arbeitstagen wird aus Billigkeitsrücksichten Folge gegeben.

(P. Z. 7601, M. A. III, 2212.) Zur Ergänzung der Liegenschaft Einl.-Z. 520 Penzing überläßt die Gemeinde Wien der Marie und dem Franz Hrncir den im Plane des Stadtbauamtes vom Juli 1918, Fach-Abteilung XIV, 1528/18, durch rote Färbung dargestellten, hinter der zu ergänzenden Liegenschaft liegenden Teil der im Grundbuche Penzing unter Einl.-Z. 1421 inneliegenden Kat.-Parz. 314/8 im Ausmaße von ungefähr 24 m² um den Einheitspreis von 20 K per Quadratmeter, somit um den Kaufpreis von 480 K und unter folgenden Bedingungen:

Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung der Käufer von der Annahme ihres Anbotes fällig.

Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer zur Gänze allein.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 7646, M. A. XI, 45481.) In Erkenntnis und zur Förderung der vom allgemeinen sozialpolitischen und auch vom Standpunkte der Kinder und insbesondere der Kriegerwaisenfürsorge gleich begrüßenswerten kinderschutzfreundlichen Bestrebungen der Gemeinde Pettau wird der Magistrat grundsätzlich ermächtigt, in das von derselben zu erbauende Waisenhaus ständig 100 der vollständigen Obsorge bedürftige, insbesondere schwächliche, nach Wien zuständige Kinder beiderlei Geschlechtes auf Rechnung der Gemeinde Wien zu entsenden.

Bezüglich der Bemessung des Pflegegeldes haben die Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 12. September 1917, P. Z. 8722, Abt. XII, Z. 30213, Anwendung zu finden.

Wegen der eventuellen Einräumung von Frei- eventuell ermäßigten Zahlplätzen für von der Gemeinde Wien entsendeten Kinder gegen eine einmalige Subvention zu den Kosten der Erbauung der Anstalt wird der Magistrat zu weiteren Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Pettau ermächtigt, beziehungsweise gegebenfalls zur seinerzeitigen neuerlichen Berichterstattung und Antragstellung beauftragt.

(P. Z. 7562, St. Jugendamt, 117.) Zur Durchführung der Ausspeisung in den Tageserholungstätten im Sommer 1918 wird ein Betrag von 200.000 K bewilligt und die Belieferung der Erholungsstätten auf Schloß Bellevue, Schafberg und Girzenberg, von der Abteilung für Ausspeiseaktion genehmigt.

Das städtische Jugendamt wird beauftragt, die zur Durchführung des Betriebes erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

(P. Z. 7548, M. A. XV, 9489.) Der Bericht über das Anbot des Dr. Gustav Lippel auf Verkauf oder Tausch des Hauses II., Schwarzingerstraße 6, an die Gemeinde Wien für Zwecke der Schule II., Schwarzingerstraße 4, wird abgelehnt.

(P. Z. 7547, M. A. XIII., 2180/18.) Dem Studierenden Willibald Schmied wird das seinerzeit verliehene Hermine Elßler'sche Stipendium jährlicher 600 K für das Studienjahr 1918/19 zur Erlangung der Doktorgrades belassen.

(P. Z. 7559, Jugendamt, 117.) Für die Inneneinrichtung der Tageserholungsstätte in Wien, X. Bezirk, auf dem Laaerberg, zur Beheizung und Beleuchtung wird ein Betrag von . 1.380 K
(für den jährlichen Gasverbrauch ein Betrag von 480 K)
für die Anschaffung einer Badegelegenheit durch Aufstellung von vier Brausen ein Betrag von . . . 2.300 „
für die gärtnerische Ausgestaltung ein Betrag von . . 32 800 „
für die Anschaffung von Spiel- und Beschäftigungsmitteln für die Tageserholungsstätte am Laaerberg, Girzenberg, ein Betrag von . . . . . 13.000 „
bewilligt und das Gesamterfordernis mit . . . . . 49.480 K
auf Ausgabs-Rubrik XXXVIII 10 überwiesen.

Die Ausführung der Arbeiten und die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände sind vom Stadtbauamte im kurrenten Wege, beziehungsweise Handeinkaufe zu besorgen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7545, Jugendamt, 572.) Der Kindergärtnerin Paula Fuß wird ein sechsmonatlicher Urlaub gegen Karenz sämtlicher Bezüge erteilt.

(P. Z. 7558, Jugendamt, 689.) Dem Ansuchen der Fürsorgerin Marie Eder um Bewilligung eines Urlaubes vom 31. August bis 1. Oktober laufenden Jahres gegen Einstellung ihres Bezuges wird stattgegeben.

(P. Z. 7645, M. A. IV, 2577.) In dem zivilgerichtlichen Verfahren wegen der Schadenersatzansprüche des Dr. Karl Wachlowski gegen die Gemeinde Wien anläßlich eines erlittenen Unfalles wird derzeit auf Ausgleichsverhandlungen nicht eingegangen.

(P. Z. 7910.) Der Bericht des Magistrates, betreffend den staatlichen Anschaffungsbeitrag für die Lehrpersonen pro 1918, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 7527, M. A. VIII, 106.) Der Auflösung des mit der Wiener Kristall-Eisfabrik Karl Faber abgeschlossenen Wasserlieferungsvertrages mit 2. Juni 1918 wird zugestimmt, wobei von der im § 2 festgelegten Verpflichtung der Bezahlung einer Jahres-Mindestwassermenge von 40.000 m³ aus Billigkeitsgründen Umgang genommen wird.

Für die Wasserentnahme der Wiener Kristall-Eisfabrik Karl Faber in der Zeit vom 2. bis 27. Juni 1918 wird in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des bisherigen Vertrages ein Einheitspreis von 16 h für den Kubikmeter festgesetzt.

Der mit der Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe in Wien reg. Gen. m. b. H. abgeschlossene Wasserlieferungsvertrag hat mit Wirksamkeit vom 28. Juni 1918 bezüglich der beiden Unternehmungen der Vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe in Wien, reg. Gen. m. b. H. im XX. Bezirke, Pasettistraße 76 und Klosterneuburgerstraße 95, Anwendung zu finden.

(P. Z. 7520, M. A. VIII, 352.) Das jährliche Entfernungsgebührenpauschale für die mit der Leitung und Aufsicht der städtischen Brausebäder (Volksbäder) und des Hernalser Voll- und Schwimmbades im Pezzlpark betrauten Beamten des Stadtbauamtes wird mit 1. Mai 1918 von 100 K auf 200 K erhöht.

(P. Z. 7525, M. A. VIII, 403.) Das städtische Strombad „Nußdorf" wird durch Angliederung einer Luft- und Sonnenbad-Abteilung ausgestaltet und hat künftighin die Bezeichnung „Städtisches Strom-, Luft- und Sonnenbad Nußdorf" zu führen.

Die von der Donauregulierungs-Kommission im eigenen Namen und namens der Kommission für Verkehrsanlagen als Grundeigentümer an die Gestattung der Grundbenützung geknüpften Bedingungen werden angenommen.

Die Preise werden den für das städtische Strom-, Luft- und Sonnenbad „Kuchelau" geltenden Preisen gleichgestellt.

Dem vorliegenden Entwurfe einer Badeordnung wird die Zustimmung erteilt.

Die den Vertretern der Donauregulierungs-Kommission im städtischen Strandbade „Gänsehäufel" und den städtischen Angestellten zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 22. Juni 1917, P. Z. 6397/17, in den städtischen Bädern zustehenden Begünstigungen werden auch auf dieses Bad ausgedehnt.

(P. Z. 7526, M. A. VIII, 1415.) Die Gemeinde Wien überläßt dem Stifte Schotten die zufolge Pachtvertrages vom 28. Oktober

1908 abzutragende Baulichkeit des zeitweiligen Wasserhebewerkes Krapfenwaldgasse ohne jede Inneneinrichtung um den Betrag von 10.000 K und unter den Bedingungen der Aufnahmeschrift des Magistrates vom 15. Februar 1918.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 7504, M. V. St., 4011.) Der Bericht*) der Milchversorgungsstelle über das Einlangen saurer Milch in den Sommermonaten 1918 und über die von der Gemeinde Wien bisher dagegen unternommenen Schritte wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7544, M. A. XI c, 1267.) Vorbehaltlich der späteren allfälligen Systemisierung einer Hausarztensstelle im städtischen Erziehungsheim für Kinder des Mittelstandes wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß vom 1. August 1918 angefangen der hausärztliche Dienst in dieser Anstalt von einem städtischen Arzte des XIX. Bezirkes besorgt wird. Diesem wird hiefür ein Honorar von jährlich 600 K bewilligt.

(P. Z. 7541, M. A. XI b. 6032.) Die Pflegerin des Versorgungsheimes Rosa Kohlheimer ist während der Dauer ihrer abgelaufenen längeren Erkrankung als im Dienste der Gemeinde Wien stehend zu behandeln und sind ihr daher die auf diese Zeit entfallenden Bezüge auszubezahlen.

(P. Z. 7543, M. A. XI b, 17319.) Die Pflegerin des Wiener Versorgungsheims Marie Bischer ist während der Dauer ihrer abgelaufenen längeren Erkrankung als im Dienste der Gemeinde Wien stehend zu behandeln und sind ihr daher die auf diesen Zeitraum entfallenden Bezüge, somit auch der einmalige Anschaffungsbeitrag auszuzahlen.

(P. Z. 7560, Jugendamt, 400.) Dem Ober-Offizial Franz Girschner wird in Anerkennung seiner ersprießlichen Tätigkeit eine jährliche Zulage von 1200 K aus dem Fonde der Kinderheilanstalten ab 1. August 1918 bewilligt.

(P. Z. 7561, Jugendamt, 403.) Die Erhöhung der Verpflegskosten im Kaiser Franz Josef-Kinderhospiz der Gemeinde Wien in Sulzbach auf 7 K 50 h, beziehungsweise 5 K ab 1. Juli 1918 wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7542, M. A. XI b, 3449.) Die Ausführung der in der Aufnahmeschrift vom 14. Februar 1918 als notwendig bezeichneten Arbeiten und Lieferungen für das Wiener Versorgungsheim mit dem Kostenerfordernisse von 50.000 K wird bewilligt.

Die Ausbesserung der Holzzementdächer wird der Firma Franz Schneider nach deren Anbote vom 23. März 1918, die Ausbesserung der Ziegeldächer dem Karl Lambrechter nach seinem Anbote vom 14. Juni 1918, die Lieferung von Ofenguß für die Oefen der Bauart Bode der Firma Max Bode & Komp. nach ihrem Anbote vom 1. Mai 1918 und die Lieferung von Ofenbestandteilen für die Oefen der Bauart Leschetizky dem Jos. Leschetizky nach seinem Anbote vom 10. Mai 1918 übertragen.

*) Dieser Bericht ist in der vorliegenden Nummer unter der Rubrik „Allgemeine Nachrichten" vollinhaltlich abgedruckt.

Die übrigen Arbeiten sind, soweit sie nicht in eigener Regie der Verwaltung des Versorgungsheimes besorgt werden können, durch die ständigen Unternehmer ausführen zu lassen.

(P. Z. 7596, Jugendamt, 464.) Das Wäscheerfordernis für das Jahr 1918/19 für das Kaiserin Elisabeth-Kinderhospital der Gemeinde Wien in Bad Hall wird im veranschlagten Kostenbetrage von 6382 K 10 h genehmigt.

(P. Z. 5797, Jugendamt, 195.) Für die weiteren dringendsten Instandsetzungsarbeiten im Seehospize San Pelagio, sowie für die Wegeherstellungen wird ein Betrag von 20.000 K bewilligt, welcher auf die Eingänge der Direktion der Kinderheilanstalten zu verweisen ist.

(P. Z. 7609, M. A. X, 5205.) Der städtische Arzt I. Klasse Dr. Ludwig Niciphor wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Ober-Arzte in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 2. Mai 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7604, M. A. X, 4564.) Den städtischen Sanitätsdienern Josef Reisinger und Gustav Donberger wird in Anerkennung ihrer mehr als zehnjährigen zufriedenstellenden Dienstleistung vom 1. Juli 1918 an das Definitivum verliehen.

(P. Z. 6705, M. A. X, 4934.) Der Sanitätsstations-Leiter Alfred Bockner wird im Wege der Zeitbeförderung zum Sanitätsstations-Leiter in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 9. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7607, M. A. X, 5209.) Der städtische Arzt I. Klasse Dr. Alfred Oberwimmer wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Ober-Arzte in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 20. Jänner 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7606, M. A. X, 6542.) Der städtische Arzt I. Klasse Dr. Leopold Nekowitsch wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Ober-Arzte in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 30. Juli 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7608, M. A. X, 5964.) Der städtische Bezirksarzt I. Klasse Dr. Robert Villoth wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Ober-Bezirksarzte in der VII. Rangsklasse mit dem Range vom 30. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 7649, B. Sch. R., 2959.) Der aushilfsweise bestellte provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Kolonitzgasse 15, Thomas Bauer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Kolonitzgasse 15, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7650, B. Sch. R., 5470.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Reisnerstraße 43, Karoline Kniger, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Hörnesgasse 12, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7653, B. Sch. R., 5712.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen im II. Bezirke, Feuerbachstraße 3, Emma Gerhardt, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Leopoldsgasse 3, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7655, B. Sch. R., 5255.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Herzgasse 27, Marie Hinl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im X. Bezirke, Favoritenstraße 96, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7656, B. Sch. R., 5258.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Gerhardusgasse 7, Elvine Bauer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Gerhardusgasse 7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7657, B. Sch. R., 3811.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Eslarngasse 23, in Dienstesverwendung an der allgemeinen Knaben-Volksschule III., Paulusgasse 9/11, Margarete Perko, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Eslarngasse 23, gemäß § 37 des n.-ö Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7658, B. Sch. R., 16271.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Wichtelgasse 67, Edith Edle v. Wenin-Paburg, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im I. Bezirke, Bartensteingasse 7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7659, B. Sch. R., 6080.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Halirschgasse 25, in Verwendung an der allgemeinen Knaben-Volksschule XVII., Wichtelgasse 67, Wilhelmine Hickl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Halirschgasse 25, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7660, B. Sch. R., 6082.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Knollgasse 6, Hermine Langenberger, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Kindermanngasse 1, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7661, B. Sch. R., 6826.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XV. Bezirke, Zinckgasse 12/14, Helene Eckl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XV. Bezirke, Zinckgasse 12/14, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7662, B. Sch. R., 6828.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse Marie Klemenz an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, in Dienstesverwendung an der Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Abelegasse 29, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7663, B. Sch. R., 6950.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Leibnitzgasse 33, Anna Schara, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im X. Bezirke, Leibnitzgasse 33, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7664, B. Sch. R., 6841.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse Auguste Schmetter an der Bürgerschule für Knaben im XVI. Bezirke, Herbststraße 86, in Dienstesverwendung an der Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Schinaglgasse 3, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Liebhardtgasse 19, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7665, B. Sch. R., 7252.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse Marie Hartmann an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Vorgartenstraße 191, in Dienstesverwendung an der Volksschule für Knaben im XX. Bezirke, Wasnergasse 33, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1918

im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Treustraße 9, gemäß § 37 des n.-ö. Landes-gesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7666, B. Sch. R., 5809.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Wilhelminenstraße 94, in Dienstesverwendung an der Knaben-Bürgerschule im XX. Bezirke, Leipzigerplatz 1, Ferdinand Sattmann, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XX. Bezirke, Gerhardusgasse 7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7667, B. Sch. R., 7472.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Schüttaustraße 42, in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Pezzlgasse 29, Josef Hörhager, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 10. Juni 1915 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Pezzlgasse 29, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7663, B. Sch. R., 5080.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Goldschlagstraße 113, Otto König, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 13. Juli 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Goldschlagstraße 113, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 7108, M. A. III, 331.) Von der Erwerbung der Liegenschaft Einl.-Z. 2763, Kat.-Parz. 1194/1 der Katastral-Gemeinde Klosterneuburg im Ausmaße von 1702·63 m² wird abgesehen.

(P. Z. 7641, St. G. W., 3127.) Den städtischen Gaswerken wird zur Ausgabs-Rubrik „Aushilfen" ein (zweiter) Nachtragskredit von 4233 K 70 h genehmigt.

(P. Z. 7588, St. G. W., 2853.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Gaswerke Karl Adametz wird mit dem Range vom 1. Juli 1918 in die III. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe (Gehalt 2400 K, Quartiergeld 1200 K), befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7592, St. G. W., 2872.) Der Gasmesserwärters-witwe Emilie Reiner wird eine Abfertigung von 829 K 45 h bewilligt.

(P. Z. 7591, St. G. W., 2980.) Der Maurer der städtischen Gaswerke Wenzel Lender wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 1555 K 19 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7594, St. G. W., 2827.) Der Laternenwärter der städtischen Gaswerke Josef Buchecker wird über Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 1118 K 57 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7587, St. G. W., 3087.) Der Monteurswitwe Barbara Jeckel wird der Fortbezug der Gnadengabe von 240 K jährlich bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7593, St. G. W., 2964.) Der Buchhaltungsbeamte der städtischen Gaswerke Heinrich Schneider wird mit dem Range vom 25. Juli 1918 in die III. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe (Gehalt 2400 K, Quartiergeld 1200 K) befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7585, St. Str. B., 2421.) Dem Ansuchen des Katholischen Schulvereines für Oesterreich um Ankündigung der Reform-Fortbildungsschule für Mädchen an den Wagenfenstern der Straßenbahn wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 7586, St. Str. B., 3600.) Die im Verzeichnis der städtischen Straßenbahn, 3600 Rt, vorgelegten vier Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 7582, St. Str. B., 2214.) Die Lieferung von Oberbauschrauben für das Jahr 1918 wird an die Firma Jg. Gridl, V., Bacherplatz 3, auf Grund ihres Anbotes vom 10. Juli 1918, Nr. T/S 2—26 vergeben.

Das Anbot der Firma Brevillier & Komp. und Urban & Söhne wird abgelehnt.

(P. Z. 7581, St. Str. B., 2220.) Die in vorgelegter Liste verzeichneten Bediensteten, und zwar Kondukteur Johann Donner und Wagenführer Johann Schreiner werden mit 1. August 1918 zu Revisoren der städtischen Straßenbahnen mit den Bezügen der IV. Kategorie, 4. Gehaltskasse, das ist mit 1700 K Jahresgehalt und 960 K, beziehungsweise 660 K Quartiergeld jährlich befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7580, St. Str. B., 2102.) Der Witwe nach dem am 15. Mai 1918 verstorbenen Taglöhner der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Mayerhofer, Marie Mayerhofer, wird ab 16. Mai 1918 eine Witwenpension von 32 K 72 h und ihrem minderjährigen Kinde Johann, geb. am 11. November 1909, ein Erziehungsbeitrag von 10 K 91 h, zusammen 43 K 63 h monatlich, im Sinne der Satzungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zuerkannt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihrem Kinde gebührende Abfertigung in der Höhe der von dem Verstorbenen geleisteten Einzahlungen in die Pensionskasse per 326 K 27 h zu verzichten und die auf die Erreichung des zehnten Dienstjahres entfallenden Pensionsfondsnachzahlungen im Betrage von 111 K 50 h nachzuzahlen, beziehungsweise sich von der Pension in monatlichen Raten in Abzug bringen zu lassen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7579, St. Str. B., 2170.) Der Witwe nach dem am 31. Mai 1918 verstorbenen Revisor der städtischen Straßenbahnen Franz Lengheim, Rosalia Lengheim, wird ab

1. Juni 1918 eine Witwenpension von 47 K 18 h und ihren minderjährigen Kindern, Hedwig, geb. am 27. April 1909, und Franz, geb. am 12. Jänner 1912, ein Erziehungsbetrag von je 15 K 74 h, zusammen 78 K 66 h monatlich, im Sinne der Satzungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zuerkannt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihren Kindern gebührende Abfertigung in der Höhe der von dem Verstorbene geleisteten Einzahlungen in die Pensionskasse per 925 K 24 h zu verzichten und die auf die Erreichung des zehnten Dienstjahres entfallenden Pensionsfondsnachzahlungen im Betrage von 279 K nachzuzahlen, beziehungsweise sich von der Pension in monatlichen Raten in Abzug bringen zu lassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7643, St. Str. B., 159.) Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" kauft von Moritz A. Oppenheim und der Firma Julius Frankl Ges. m. b. H., auf Grund ihrer Anbote vom 22. August 1917, vom 6. und 11. Mai 1918, die Liegenschaften Einl.-Z. 721, 1690, 1687, 1688, 694, 1492, 1493 und 709 des Grundbuches Penzing im beiläufigen Ausmaße von 4500 m² um den Preis von 100 K für jedes Quadratmeter zuzüglich 5 Prozent Zinsen vom 1. November 1917 an.

Zur Deckung des Kostenerfordernisses von rund 500.000 K wird ein Sachkredit in gleicher Höhe genehmigt, der im Investitionsanlehen vom Jahre 1917 Bedeckung findet.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Brauneiß wird beschlossen:

(P. Z. 7566, M. A. III, 2267.) Das Anbot des Josef Wiesend auf Verkauf der Kat.-Parz. 1679, 1680/1, 1630/2 inneliegend im Grundbuche Kaiser-Ebersdorf unter der Einl.-Z. 371 und der Kat.-Parz. 1675, 1677 und 1678, inneliegend in demselben Grundbuche unter der Einl.-Z. 593, alle diese Grundflächen mit einem Katastralausmaße von 22.404 m², der Gemeinde Wien zu dem Preise von 5 K per Quadratmeter zu verkaufen, wird wegen der noch zu hohen Forderung abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird beschlossen:

(P. Z. 7514, M. A. VI, 413.) Den Oesterreichischen Brown-Boveri-Werken A. G. wird über ihr Ansuchen der ihnen mit Stadtrats-Beschluß vom 30. September 1915, Z. 10411, auf drei Jahre verpachtete Straßengrundteil der Erlachgasse zwischen Fernkorn- und Sonnleithnergasse (Teil der Kat.-Parz. 1888/6 öffentliches Gut im X. Bezirke) unter den bisherigen Bedingungen, jedoch gegen jederzeit mögliche halbjährige Kündigung und Erhöhung des Bestandzinses auf jährlich 2000 K, auf weitere drei Jahre vom 1. Oktober 1918 ab bestandweise überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird beschlossen:

(P. Z. 7599, M. A. III, 5505.) Der Mietzins für die Wohnungen Nr. 3 und 4 im städtischen Hause VIII., Langegasse 23, wird einschließlich der Gartenbenützung 2500 K jährlich bestimmt.

(P. Z. 7603, M. A. IV, 2369.) Die Brandmeister-Assistenten Julius Deutscher und Paul Bernaschek werden im Wege der Zeitbeförderung zu Brandmeistern in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 16. Jänner 1918 ernannt.

Dem Brandmeister-Assistenten Heinrich Lischka wird das Definitivum verliehen. Gleichzeitig wird er zum Brandmeister in der IX Rangsklasse mit dem Range vom 16. Jänner 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7671, M. A. IV, 2132.) Die Schlußrechnung für den Bau der Hauptfeuerwache Mariahilf, wonach sich die Gesamtkosten auf 509.277 K 85 h belaufen und gegenüber der genehmigten Kostensumme ein Mindererfordernis von 43.425 K 7 h erzielt wurde, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7529, M. A. VIII, 604.) Der Fällungs-Antrag für das Wirtschaftsjahr 1918/19 für den Wirtschaftsbezirk Wildalpen wird mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 7650 K genehmigt.

(P. Z. 7528, M. A. VIII a, 597.) Der Kostenvoranschlag über Instandhaltung von Straßen, Brücken, Steigen und Anlage von Uferschutzbauten und Steigen für das Wirtschaftsjahr 1918/19 im Wirtschaftsbezirke Wildalpen wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 7160 K genehmigt.

(P. Z. 7502, M. D., 4121.) Dem Magistrats-Sekretär Dr. Josef Gröll wird für die Dauer seiner nebenämtlichen Dienstleistung in der Magistrats-Abteilung IX ab 1. August 1918 eine Diensteszulage von monatlich 175 K, welche gleichzeitig auch als Entfernungsgebührenpauschale zu gelten hat, gewährt.

(P. Z. 7669, L. W. A., 9/101.) 1. Die Gemeinde Wien bewilligt für besonders eifrige und zweckmäßige Bearbeitung von Kriegsgemüsegärten durch Schulen und Kriegsgemüsegärtner 700 Prämien im Betrage von je 10 K.

2. Hievon sind 120 Prämien an die Schulkinder, der Rest an die übrigen Kriegsgemüsegärtner zu verteilen.

3. Die Zuerkennung der Prämien erfolgt über Vorschlag des städtischen Landwirtschaftsamtes durch ein aus Vertretern des Stadt- oder Gemeinderates, des städtischen Landwirtschaftsamtes und der Stadtgarten-Direktion zusammengesetztes Preisgericht.

4. Der Gesamtkostenbetrag für die Prämien und die Täschchen, in denen die Beträge zur Verteilung gelangen sollen, wird sich auf 10.500 K stellen; er ist auf die Ausgabs-Rubrik LII 31 „Ausgaben aus Anlaß der Kriegsereignisse" zu verweisen.

(P. Z. 7670, L. W. A., 9.) Der Vereinigung der Schrebergärtner am Nordrande der Schmelz, vertreten durch ihren Obmann Franz Bellan, XV., Markgraf Rüdiger-Straße 26, wird als Beihilfe zur Herstellung der Abzäunung, welche dem Verein auf einen Betrag von 3169 K 70 h zu stehen kam, eine Subvention im Betrage von 1800 K gewährt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Jung wird weiter beschlossen:

(P. Z. 7555, M. B. A. II.) Die Bezirksamts-Anträge, beziehungsweise Magistrats-Anträge, betreffend 19 Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Müller wird weiters beschlossen:

(P. Z. 7534, M. A. X, 5329.) Dem Viktor Gasch, V., Diehlgasse 35, wird das eigene Grab, Abteilung II, Gruppe V, Nr. 224 im Meidlinger Friedhofe außer der Reihe um die Gebühr von 250 K auf 20 Jahre überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Hohenstuner wird beschlossen:

(P. Z. 7648, B. Sch. R., 7471.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Haizingergasse 37, Friederike Hammer, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juni 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Haizingergasse 37, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 7168, M. A. X, 4983.) Dem Franz Wimmer, Pferdehändler, XI., Hauptstraße 114, wird das heimgefallene eigene Grab, Gruppe VI, Reihe 2, Nr. 3 im Simmeringer Friedhofe außer der Reihe um die Gebühr von 200 K auf 20 Jahre überlassen.

(P. Z. 7165, M. A. X, 4509.) Dem Ansuchen des Rudolf Siegel, wohnhaft in Wien, XI., Hauptstraße 385, um Ueberlassung der einfachen Gruft Gruppe E, Nr. 5 im Kaiser-Ebersdorfer Friedhofe um den Betrag von 900 K wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 7567, M. A. X, 3539.) Das Ansuchen der Therese Giebl, IV., Margaretenstraße 21, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 11, Nummer 56 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 7537, M. A. X, 5489.) Der Marie Kühndl, Verkehrsführerswitwe, XI., Simmeringer Hauptstraße 20 b, wird das eigene Grab Gruppe 10, Reihe 7, Nummer 1 im alten Teile des Simmeringer Friedhofes außer der Reihe um die Gebühr von 200 K auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 7166, M. A. X, 4893.) Der Anna Lissy, wohnhaft in Wien, XI., Simmeringer Hauptstraße 50, wird das heimgefallene Grab Gruppe XIV, Reihe 6, Nummer 9 im Simmeringer Friedhofe um den für Zugewiesene bemessenen Betrag von 300 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 7538, M. A. X, 5674.) Der Therese Wachert, XI., Dopplergasse 3, wird das eigene Grab Gruppe IV, Reihe 5, Nummer 14 im alten Teile des Simmeringer Friedhofes außer der Reihe um die Gebühr von 200 K auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 6980, M. A. X, 3444.) Das Ansuchen der Therese Oertl, VIII., Lerchenfelderstraße 122, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 28, Reihe 2, Nummer 80 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 6898, M. A. X, 4854.) Der mit Stadtrats-Beschluß vom 4. September 1917, P. Z. 8995, für die in der Gruppe 67 des Wiener Zentral-Friedhofes herzustellenden eigenen Gräber bestimmte Akkordlohn von 10 K wird auch für die in der Gruppe 66 dieses Friedhofes auszugebenden eigenen Gräber bezahlt, insolange die Herstellung dieser Gräber schwieriger ist als in anderen Teilen des Friedhofes.

(P. Z. 7539, M. A. X, 6083.) Die in letzter Zeit in der Gruppe 70 des Wiener Zentral-Friedhofes fertiggestellten einfachen Grüfte werden mit den tatsächlichen Lichtmaßen vergeben, und zwar wird die einfache Gartengruft Nr. 82 an Karoline Tucek, X., Waldgasse 47, um die Gebühr von 4200 K, die einfachen Grüfte Nr. 83 bis 90 in der Reihe an Julie Koresch, XIV., Stiegergasse 17, Eduard Schafranek, k. k. Rechnungs-Revident, VIII., Langegasse 4, Otto Reinle, X., Gudrunstraße 115, Ernst Poisl, I., Tuchlauben 11, Maschinen-Ober-Betriebsleiter S. M. Kriegsmarine Viktor Plhak, III., Obere Viaduktgasse 36, Hofrat Dr. Ernst Finger, I., Spiegelgasse 10, Dr. Paul Pfurtschaller, k. k. Gymnasial-Professor i. R., III., Streichergasse 10, und Leopold Hruza, X., Favoritenstraße 31, um die Gebühr von je 3500 K überlassen.

Für die Erwerbung der Grüfte wird eine Frist von acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung von diesem Stadtrats-Beschlusse gewährt.

(P. Z. 7535, M. A. X, 3231.) Ueber Ansuchen wird der Marie Prinke, Gärtnersgattin, XI., Kobelgasse 13, das bisherige Kindergrab Gruppe VII, Reihe 3, Nr. 1a im Simmeringer Friedhofe (alter Teil) gegen Verzicht auf die in der Friedhofsordnung für eigene Gräber vorgeschriebenen Ausmaße auf die Dauer von 20 Jahren um die Gebühr von 200 K unter der Bedingung überlassen, daß der untere Böschungsrand des Grabhügels in einer Entfernung von 2·7 m von der rückwärtigen Flucht des Grabdenkmales angelegt wird.

Für die Tieferlegung der im Grabe befindlichen Leichenreste ist die Gebühr von 8 K zu entrichten.

(P. Z. 7169, M. A. X, 4675.) Die Gebühr für das heimgefallene Grab Gruppe XII, Reihe 4, Nummer 2 im Simmeringer Friedhofe (alter Teil) wird im Falle der Vergebung desselben auf die Dauer von 20 Jahren mit 200 K, im Falle die Vergebung auf die Dauer des Friedhofsbestandes mit 400 K festgesetzt.

Sollte in dem Grabe als erste Leiche die einer dem Friedhofe nicht zugewiesenen Person beerdigt werden, so erhöht sich im ersteren Falle die Gebühr auf 400 K, im zweiten Falle auf 500 K.

(P. Z. 6897, M. A. X, 5989.) Der Beerdigungsausweis für das I. Halbjahr 1918 des Wiener Zentral-Friedhofes wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7112, M. A. VIII, 1468/18.) Dem Fuhrwerksbesitzer J. Lechner werden die für sein Haus XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 312 im 4. Viertel 1917 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebühren von 188 K 96 h auf 5 K herabgesetzt.

(P. Z. 6895, M. A. X, 5223.) Der Karoline Solterer, VI., Mariahilferstraße 221, wird der einfache Gruftplatz

Gruppe 47 H, Nr. 8 im Wiener Zentral-Friedhofe um die Gebühr von 5000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen 8 Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird und daß die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915 M. A. X, 2574/11, eingehalten werden.

(P. Z. 7554, M. B. A. XI, 15659.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zu erteilende Baubewilligung für den Bau zweier Glashäuser samt Heizkammer sowie eines zwei Wohnungen enthaltenden, ebenerdigen Gebäudes auf der Liegenschaft Grundb.-Einl.-Z. 698 Kaiser-Ebersdorf im XI. Bezirke an der Simmeringer Hauptstraße auf Kat.-Parz. 1070 und 1074/5 wird unter den in den Verhandlungsschriften vom 22. August 1914 und vom 29. August 1916 gestellten Bedingungen bestätigt und haben die Bauwerber die Verpflichtung, die Glashäuser über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung zu demolieren und die zur Durchführung der beabsichtigten Straßenzüge notwendigen, von obiger Liegenschaft entfallenden Grundteile über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien unentgeltlich, kosten- und lastenfrei, sowie in richtiger Höhenlage in das öffentliche Gut abzutreten und der Gemeinde zu übergeben und endlich sowohl die Verpflichtung zur Demolierung als auch jene zur Straßengrundabtretung durch einen grundbücherlich auf den Liegenschaften 1070 und 1074/5 einzuverleibenden Revers sicherzustellen.

Die Bauerleichterung, bestehend in der Anwendung von 30 cm starken Umfassungsmauern für Wohnräume, wird zugestanden.

(P. Z. 7171, M. A. X, 5305.) Das Ansuchen der Alice Weis, Advokatenswitwe, IV., Waaggasse Nr. 15, um Bewilligung zur Ausmauerung des eigenen Grabes Gruppe 80, Reihe 42, Nr. 5 im Wiener Zentral-Friedhofe wird gegen Einhaltung folgender Bedingungen bewilligt:

1. Die in der Friedhofsordnung für das Grab festgesetzten Ausmaße sowie der vorgeschriebene Belagraum dürfen nicht überschritten werden.

2. Von der zweiten Leiche an sind die Beilegegebühren wie bei einer Gruft einzuheben.

3. Das Oeffnen und Schließen des Grabes hat die Partei auf ihre Kosten zu veranlassen.

4. Die obere Kante der Deckplatte, mit der das ausgemauerte Grab abzuschließen ist, muß 0·1 m unter dem Friedhofsniveau liegen.

5. Die Deckplatte, welche aus dauerhaftem und festem Materiale zu bestehen hat, ist bis zum Niveau mit Erde zu bedecken.

6. Die Ausmauerung hat ausschließlich durch die Zentral-Friedhofsverwaltung zu geschehen; die Kosten dieser Arbeit sind an der Kasse des Zentral-Friedhofes vor Beginn der Arbeiten zu erlegen.

7. Für den durch die Bewilligung der Ausmauerung bedingten höheren Wert des Grabes ist ein Zuschlag im Betrage von 500 K zur tarifmäßigen Gebühr beim städtischen Konskriptionsamte, Abteilung für Beerdigungswesen, binnen acht Wochen nach der Verständigung von der Bewilligung, jedenfalls aber vor Beginn der Ausmauerungsarbeiten zu erlegen.

(P. Z. 6896, M. A. X, 5261.) Dem Anton Laber, XVIII., Hildebrandgasse 27, wird namens des derzeit im Felde befindlichen Herrn Oberleutnants Johann Smöch der einfache Gartengruftplatz Gruppe 42 G, Nr. 8 im Wiener Zentral-Friedhofe um die Gebühr von 5000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird und daß die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915, M. A. X, 2574/11, eingehalten werden.

(P. Z. 6919, M. A. III, 2397.) Die vorgelegten Gehölz-Inventarien der städtischen Baumschulen für 1917 werden zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Breuer** wird beschlossen:

(P. Z. 7577, St. E. W., 1417.) Dem Buchhaltungsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke Heinrich Auf wird eine Krankheitsaushilfe im Betrage von 400 K bewilligt.

(P. Z. 7572, St. Stellw.-Unt., 478.) Der Kutscherswitwe Josefa Ritter wird eine Pension in der Höhe von 431 K 20 h pro Jahr ab 1. Juli 1918 zuerkannt mit der Bestimmung, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverehelichung eingestellt wird. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7573, St. Stellw.-Unt., 477.) Der Kutscherswitwe Karoline Dirnberger wird eine Pension in der Höhe von 431 K 20 h zuerkannt mit der Bestimmung, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverehelichung eingestellt wird.

(P. Z. 7574, St. Stellw.-Unt., 487.) Der Kutscherswitwe Anna Schultes wird eine Pension in der Höhe von 400 K pro Jahr ab 1. August 1918 zuerkannt mit der Bestimmung, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverehelichung eingestellt wird. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7616, St. Brauh., 173.) Den hinterbliebenen Kindern des am 27. September 1917 verstorbenen Vize-Ober-Mälzers des Brauhauses der Stadt Wien Johann Kollinger, und zwar: der Marie Kollinger, geboren am 6. August 1905, und dem Johann Kollinger, geb. 19. September 1908, wird gemäß den Bestimmungen der Pensionsvorschrift ein Erziehungsbeitrag von je 222 K jährlich verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7571, St. L. B., 867.) Das Uebereinkommen der städtischen Leichenbestattung und der Hilfsarbeiter-Krankenkassa der Wiener Kaufmannschaft wegen Beistellung ermäßigter Leichenbegängnisse wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 7536, M. A. X, 6514.) Die Herstellung einer Drahtgittereinfassung zur Einfriedung jenes Teiles der neuen Erweiterung des Ottakringer Friedhofes, der demnächst zur Belegung herangezogen werden muß, wird genehmigt.

Die Arbeiten werden der Firma Hutter & Schrantz A.-G. in Wien, VI., Windmühlgasse 26, auf Grund ihres Anbotes vom 12. Juli 1918 unter der Bedingung übertragen, daß die Firma für diese Einfriedung eine zweijährige Haftung übernimmt.

Zur Durchführung dieser Arbeiten wird ein Gesamtkostenbetrag von 8000 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Knoll** wird beschlossen:

(P. Z. 7522, M. A. VIII, 1598.) Die im Hause XXI. Bezirk, Wagramerstraße 107, infolge eines Rohrgebrechens aufgelaufene Wassermehrverbrauchsgebühr für das erste und zweite Viertel 1917 im Betrage von 81 K 90 h wird aus Billigkeitsgründen zur Gänze abgeschrieben.

(P.. Z. 7524, M. A. VIII, 1600.) Das Ansuchen der Eigentümerin des Hauses XXI., Brünnerstraße 14, um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebühren für das dritte Viertel 1917 im Betrage von 85 K 64 h und für das vierte Viertel 1917 im Betrage von 119 K 40 h wird abgewiesen, weil der höhere Verbrauch nicht durch ein Rohrgebrechen verursacht wurde.

(P. Z. 7523, M. A. VIII, 1599.) Die im Hause XXI., Jubiläumsgasse 6, infolge eines Rohrgebrechens aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebühren für das dritte Viertel 1917 im Betrage von 124 K 44 h und für das vierte Viertel 1917 im Betrage von 13 K 48 h, mithin zusammen 142 K 92 h, werden aus Billigkeitsgründen auf zusammen 7 K 92 h herabgesetzt und der Restbetrag per 135 K abgeschrieben.

(P. Z. 7533, M. A. X, 1319.) Der Anna Zeitlberger wird die durch das Ableben ihres Mannes erledigte Totengräberstelle im Donaufelder Friedhofe unter den Bedingungen, unter denen jener die Stelle inne hatte (Stadtrats-Beschluß vom 3. April 1908, Z. 4247, M. A. X, 7772/07), verliehen.

(P. Z. 7509, M. A. III, 2115.) Das Pachtverhältnis des Johann Hösch bezüglich des Gemeindegasthauses in Groß-Jedlersdorf, Amtsstraße 42, wird unter den für die bisherige Pachtperiode geltenden Bedingungen bis 31. Juli 1919 verlängert.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Augermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 7613, M. A. XVI, 13499.) Der Konskriptionsamts-Kommissär Heinrich Emminger wird von amtswegen auf Grund des § 119, Punkt 2, und § 122 der Dienstpragmatik mit einem Ruhegehalt von zusammen 2631 K 73 h jährlich, sowie einer Gnadengabe von 1200 K jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7570, St. Lagerh., 19597.) Die von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien vorgeschlagene Remunerierung von bei der Abwicklung des ukrainischen Verkehres hervorragend tätig gewesenen Angestellten und Bediensteten der Lagerhäuser der Stadt Wien wird im Gesamtbetrage von 2970 K, der aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser der Stadt Wien zu decken ist, bewilligt.

(P. Z. 7610, M. A. X, 4410.) Der Friedhofswächter Michael Fritz wird mit einem Ruhegehalt von jährlich 1924 K in den bleibenden Ruhestand versetzt.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7505, M. A. II, 5586.) Der Konskriptionsamts-Kontrollorswitwe Franziska Maestrelli wird eine Witwenpension von jährlich 2360 K zuerkannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7515, M. A. VII, 423.) Dem städtischen Aufseher der Hauptsammelkanäle Maximilian Gradlmüller wird für außergewöhnliche Dienstleistungen eine Entschädigung von 300 K zuerkannt.

(P. Z. 7551, M. A. XIX, 717.) Dem Exekutionsamts-Ober-Offizial Raimund Fürlinger wird ab 1. August 1918 ein sechsmonatlicher Urlaub gegen Einstellung sämtlicher Aktivitätsbezüge erteilt.

(P. Z. 7615, M. A. XIX, 769.) Im Stande des Steueramtes werden im Wege der Zeitbeförderung zu Steueramts-Adjunkten in der IX. Rangsklasse ernannt die Offiziale:

1. Hans Koller mit dem Range vom 9. Juni 1918 und
2. August Binderhofer mit dem Range vom 19. Jun 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7501, M. D., 3952.) Der städtische Kanzlei-Ober-Offizial Robert Geiger wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 7. Juli 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7614, M. A. XIX, 359.) Im Stande des städtischen Exekutionsamtes wird im Wege der Zeitbeförderung zum Exekutionsamts-Ober-Offiziale in der IX. Rangsklasse ernannt der Offizial Johann Wohlmuth mit dem Range vom 23. Juni 1918;

den provischen Akzessisten des städtischen Exekutionsamtes Karl Eschenbeck, Matthias Wick, Josef Stuchlik, Ferdinand Bayerle, Stephan Hellebrand wird die definitive Anstellung verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7512, M. A. VI, 478.) Die Ueberstundenentlohnung des Aufsehers I. Klasse der städtischen Steinlagerplätze wird bis auf weiteres mit 56 h für eine Tag- und 86 h für eine Nachtüberstunde festgesetzt.

(P. Z. 7503, M. D., 7881.) Dem Revisor I. Klasse der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge Josef Neuberger wird ohne Einreihung in den Stand der städtischen Kanzleibeamten der Titel „Kanzlei-Ober-Offizial" und die Bezüge der IX. Rangsklasse der Kanzleibeamten mit der Anwartschaft auf die systemisierten Gehaltssteigerungen dieser Rangsklasse verliehen.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7600, M. A. III, 2622.) Der Bericht, betreffend das Uebereinkommen zwischen der Petroleumvertriebs-Gesellschaft „Karpathia" mit Johann Kresa wegen Pachtung eines Bürgerspitalfondsgrundes am Margaretengürtel nächst dem Kohlenhof im V. Bezirke, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7611, M. A. XI b, 17979/18.) Zu nachfolgenden Ausgabs-Rubriken des Voranschlages des Wiener Bürgerspitalsfonds für 1917/18 werden erste Zuschußkredite bewilligt, und zwar:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Zu Rubrik | XI 4 | Kanzleierfordernisse und Wagenauslagen . . . . . | 2190 K |
| „ „ | XI 6 | Beheizung . . . . . | 2170 „ |
| „ „ | XI 15 | Arzneien, Bandagen und Bäder . | 6950 „ |
| „ „ | XI 9 | Naturalausspeisung, beziehungsweise Handgelder und Selbstverköstigung der Pfleglinge . . . . . | 192.340 „ |
| „ „ | XI 14 | Verpflegung und Wartung . . . . | 74.160 „ |

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7511, M. A. V, 994.) Seitens der Gemeinde Wien wird der von Johann Schußmann bei der k. k. n.-ö. Statthalterei angesuchten Aufzahlung auf die von ihm durchzuführenden Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der Brücke über die alte Donau unter der Voraussetzung, daß die k. k. n.-ö. Statthalterei selbst die Mehrforderung genehmigt, und mit der weiteren Einschränkung zugestimmt, daß Schußmann sich vorerst rechtsverbindlich verpflichte, für diese Arbeiten keine weiteren Forderungen mehr zu stellen.

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 7626, M. A. X, 6638.) Die Beilegung des am 24. Juli 1918 verstorbenen Regierungsrates Julius Löwe in dem Ehrengrabe Nr. 56 an der linksseitigen Mauer des Wiener Zentral-Friedhofes des Komponisten und Dichters Alexander Baumann wird gegen Entrichtung der tarifgemäßen Beilegegebühr unter der Bedingung gestattet, daß eine allfällige, die Beilegung betreffende Inschrift auf dem Grabsteinsockel nur in kleinen Lettern angebracht wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Spalowsky** wird beschlossen:

(P. Z. 7568, Wohnungsamt, 1989.) 1. Der in der vorgelegten Aufnahmeschrift vom 15. Juli 1918 ersichtlichen Vereinbarung wegen vorläufiger Uebernahme des Flüchtlingslagers Oberhollabrunn zwecks Durchführung eines Erholungsbetriebes für Jugendliche wird zugestimmt.

2. Das städtische Jugendamt wird ermächtigt, in dem vorgeschlagenen Umfange alle weiteren Maßnahmen zur sofortigen Durchführung des Erholungsbetriebes zu treffen.

3. Für die Durchführung dieser Erholungsfürsorge wird ein Betrag von 350.000 K bewilligt. Dieser Betrag ist auf Ausgabs-Rubrik LII 34 „Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse" zu verrechnen.

4. Wegen dauernder Uebernahme des Flüchtlingslagers sind die Verhandlungen einzuleiten.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 7627, M. A. VIII, 347.) Die Ausgestaltung des städtischen Freibades „Alte Donau" zu einem gemeinsamen Bade (sogenanntes „Familienbad") wird genehmigt.

Der Magistrat hat die Badeordnung entsprechend den bei derartigen städtischen Anstalten geltenden Bestimmungen im eigenen Wirkungskreise abzuändern.

Schluß der Sitzung.

# Bezirksvertretungen

## (XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom **18. April 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Gröll.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 31. Jänner 1918 abgehaltenen öffentlichen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Wahl von drei Armenräten für die erledigten Mandate der Ig. Gebhart, Mich. Sebernegg und Ernst J. Gold.

Der **Vorsitzende** macht Mitteilung, daß die Firma Graumann's Eidam & Komp. anläßlich ihres 100jährigen Bestandesjubiläums eine Spende von 500 K für Bezirksarme deutscher Nationalität zur freien Verteilung durch den Bezirksvorsteher übermittelt habe und daß diese Spende bereits widmungsgemäß zur Verteilung gebracht worden sei. Die Bezirksvorstehung beschließt einstimmig, der Firma für diese Spende den Dank auszusprechen.

Das Militärkommando Wien teilt mit, daß die Ueberwachung der Abortanlagen auf der Schmelz dem Kommando der Radetzkykaserne unterstellt ist und die Bewachung veranlaßt wurde.

Antrag der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, betreffend Flüchtlingskontrolle.

Die Bezirksvertretung schließt sich einstimmig dem Antrage an.

Note der Magistrats-Abteilung X vom 25. Februar 1918, betreffend Absperrungsmaßnahmen im Trachomspitale XV., Sperrgasse.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung für den III. Bezirk, betreffend eine Dankkundgebung an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister für seine Haltung in der Frage der Verwendung für 100 Waggons Weizenmehl für Mazzesbereitung.

Einstimmig angenommen.

Die Magistrats-Direktion macht Mitteilung von der Bestehung der Magistrats-Abteilung XVII a für die Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien teilt mit, daß der Wiener Gemeinderat der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Heimat" an den Baustellen 5, 11, 6 und 12, zwischen der Löschenkohl-, Wurmser- und Pilgrimgasse im neuen Stadtviertel das Baurecht zugesichert hat, gegen die besonderen Verpflichtungen, daß nur Kleinwohnungen errichtet werden dürfen und bei Ver-

mietungen Bewerber, die bereits vom 1. August 1914 an den Wohnsitz in Wien hatten und unter diesen noch die mit kinderreichen Familien zu bevorzugen sind.

Der **Vorsitzende** bringt einen Bericht über die in der abgelaufenen Winterperiode erwachsenen Schneesäuberungskosten im XV. Bezirke zur Vorlesung. Die gesamten Kosten belaufen sich auf 78.259 K.

Der **Vorsitzende** teilt den Erlaß des Wirtschaftsamtes mit, betreffend die Sammlung von Altpapier, und fordert die Funktionäre auf, das im Laufe der Zeit aus Protokollen, Voranschlägen, Rechnungsabschlüssen, Zeitschriften, Amtsblättern usw. in der Stadtbauamtsabteilung des XV. Bezirkes an den Ober-Revidenten Wyborni abzugeben.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

**B.-R. Kinzel** und Genossen überreichen einen schriftlichen, ausführlich begründeten Antrag auf Hebung der Fischzucht in den städtischen Teichanlagen zur leichteren Ernährung der Wiener Bevölkerung, insbesondere zur Versorgung der Kriegsküchen.

Angenommen.

Der **Vorsitzende** überreicht den schriftlichen Antrag, in Ergänzung des Wiener Gemeinderats-Beschlusses, betreffend Maßnahmen zur Abhilfe der Wohnungsnot durch Erlassung eines Verbotes zur Fertigstellung von unvollendeten Wohnhausbauten lediglich für Kanzlei- und Amtszwecke und durch die Verpflichtung, die in Wien bisher während des Krieges in Wohnhäuser untergebrachten Aemter und Wirtschaftszentralen in provisorischen Bauten unterzubringen, Wohnhäuser für Wohnungszwecke verfügbar zu machen.

Angenommen.

**B.-R. Marounek** führt Beschwerde über die schlechte Versorgung der Gemeinde Wien mit Wild, das im Ueberfluß vorhanden und beantragt, mildere Handhabung der Vorschriften über die Schonzeit, strenge Ueberwachung der Abschußpflicht. Bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen scharfe Requisition des abschußreifen Wildes und unbedingtes Verbot der Verfütterung von Futter an Wild.

Angenommen.

**B.-R. Huber** beantragt, im Interesse der besseren Approvisionierung der Bevölkerung Wiens die Futtermittelzentrale zu ersuchen, den Besitzern von Hausziegen Futter zuzuweisen.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Pratzer** beantragt, den Wiener Magistrat zu ersuchen, für eine Bewässerung der Gründe auf dem Schmelzer Friedhofe durch eine provisorische Leitung von der Bauhütte zu diesen Gründen, zu sorgen.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Zeckl** beantragt, mit Rücksicht auf den geringen Stand von Pfleglingen das Armenhaus XV., Zwölfergasse 27, aufzulassen und das Haus für die Errichtung einer Mittelstandsküche zu verwenden. Hiezu beantragt der Vorsitzende, mit Rücksicht auf den großen Zuspruch der derzeitigen „Mensa" seitens der Arbeiter, bis zur Durchführung des früheren Beschlusses die Beamtenmensa vorläufig wieder in dem früheren Raum des Amtshauses unterzubringen, sodaß die derzeitige „Mensa" ausschließlich für die Ausspeisung der Arbeiter verwendet werden könne.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom **25. April 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kaiserl. Rat **Eduard Kunz.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Franz Pallinger.

Nach Begrüßung der Anwesenden und Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 6. März 1917 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Dankschreiben von Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner anläßlich der Beglückwünschung zum Namensfeste.

(727.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, betreffend Nichtgenehmigung der Betriebsanlage (Zelluloidfilmseinlagerung und Expedition) für die Zentralstelle für Feldkino (k. u. k. Kriegsministerium, Kriegsfürsorgeamt), Diefenbachgasse 3.

(728.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, betreffend Nichtgenehmigung der Betriebsanlage (Zelluloidfilmeinlagerung und Expedition) für die Firma „Allgemeine Kinematographen- und Film-Gesellschaft Philipp & Preßburger", Diefenbachgasse 3.

(729.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, betreffend Nichtgenehmigung der Betriebsanlage (Zelluloidfilmeinlagerung und Expedition) für die Firma J. Handl, Filmverleih- und Vertriebs-Ges. m. b. H., Diefenbachgasse 3.

(466.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, Z. 14292/12, vom 14. März 1918, betreffend Umbenennung der Wienzeile.

Es wird der Beschluß gefaßt, daß aus den im vorliegenden Akte ersichtlich gemachten Gründen derzeit kein Anlaß vorliegt, eine Umbenennung der Wienzeile vorzunehmen.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

**B.-R. Sitter** beantragt, daß die Ausgestaltung der Wienzeile ehestens durchgeführt werde.

Einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-R. Löscher**: Die Straßenbespritzung am Sechshausergürtel möge nicht wie bisher durch Wasserwagen, sondern

mittels Schlauchtrommelwagens vorgenommen werden, nachdem sich im genannten Straßenzuge bei den Häusern Or.-Nr. 3 und 11 zwei Hydranten befinden.

Einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-R. Krikawa:** Auf den Linien 57 und 157 der städtischen Straßenbahn möge ein dichterer Wagenverkehr eintreten.

Einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **15. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Kruza.**

Schriftführer: Kanzleileiter Karl Neuwirth.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der **Vorsitzende** verliest zunächst eine Zuschrift Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters, in welcher in Beantwortung der Kundgebung der Bezirksvertretung Favoriten, betreffend die erfolgreiche Tätigkeit des Gemeinderats-Präsidiums auf dem Gebiete der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln, hervorgehoben wird, daß das Gemeinderats-Präsidium jederzeit bestrebt ist, der durch den Krieg so hart getroffenen Bevölkerung Wiens die Lebensführung nach Möglichkeit zu erleichtern.

Weiters gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß er aus Anlaß der Allerhöchsten kaiserlichen Auszeichnung einer Reihe von Persönlichkeiten, darunter kaiserl. Rat Rudolf Schmidt, kaiserl. Rat Hugo Rosenthal, Landes-Ausschuß Bielohlawek, St.-R. Tomola und die G.-R. Wawerka, Aichhorn, Drößler, Panosch und Rummelhardt beglückwünscht habe und verliest das Dankschreiben des St.-R. Dr. Haas auf das Glückwunschschreiben wegen seiner kommunalen Auszeichnung.

Nach Kenntnisnahme dieser Mitteilungen berichtet der **Vorsitzende**, daß von Franz Maly anläßlich der Verleihung des Bürgerrechtes 30 K und von einem unbekannten Spender 20 K an Spenden eingelangt sind.

### Einlauf.

(1376.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, betreffend die Vermehrung der Dienstmänner vor dem Ostbahnhofe.

(1532.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Errichtung einer Sprechstelle der Telephon-Automaten-Gesellschaft in der neu zu errichtenden Wartehalle der städtischen Straßenbahnen am Keplerplatze.

(1585.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XIV, Z. 153, vom 10. April 1918, betreffend die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 710 und 497 des Grundbuches Favoriten im X. Bezirke.

(1700.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, Z. 888, vom 24. April 1918, betreffend den Ankauf der Kat.-Parz. 2240/1 Oberlaa-Stadt von Georg Zwickelsdorfer.

(1743.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, Z 1155, vom 24. April 1918, betreffend die Erstreckung der Wirksamkeit des Erlasses, betreffend die Lagerung von 50.000 kg Schmieröl durch die Galizische Karpathen A. G. auf dem Ostbahnhofe bis längstens 30. September 1918.

(1768.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes X, Z. 27235, vom 25. April 1918, betreffend die Uebernahme des Trottoirs vor dem Hause X., Herzgasse 61, in die fernere Erhaltung der Gemeinde Wien.

(1766.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, Z. 728, vom 27. April 1918, betreffend die Herstellung einer Stockgeleiseanlage der städtischen Straßenbahn beim Postamte Wien 75 am Quellenplatze.

(1797.) Zuschrift der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" vom 1. April 1918, betreffend die Entfernung der Werkhütte vom Platze Quellenstraße, Ecke Triesterstraße.

(1798.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes X, Z. 25968/17, vom 29. April 1918, betreffend die Uebernahme des Trottoirs vor dem Hause X., Herzgasse 63 in die fernere Erhaltung der Gemeinde Wien.

(1849.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 284, vom 4. Mai 1918, betreffend die Absperrung des Grundes in der Erlachgasse im X. Bezirke nächst der Sonnleithnergasse.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

### Anträge und Anfragen.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten, womit dem Wunsche Ausdruck verliehen wird, daß der Krieg mit Beschleunigung zum Abschluß gebracht werde.

Zur Kenntnis.

**B.-R. Blüml** beantragt die Errichtung eines Warteraumes für Fahrgäste im Expeditionsgebäude des städtischen Straßenbahnhofes Favoriten und führt zur Begründung aus, daß dort mit Rücksicht auf die zahlreichen vorbeiführenden, beziehungsweise ausströmenden Linien und die dort befindliche Haltestelle oft zahlreiche Fahrgäste warten, die bei schlechtem Wetter keinen Schutz finden.

**B.-R. Halbgebauer** schließt sich den Ausführungen des Antragstellers an, worauf der Antrag des B.-R. Blüml einstimmig zum Beschlusse erhoben wurde.

**B.-R. Blüml** beantragt, daß die Einziehung der Straßenbahnzüge der Linie 6 nur in der Fahrtrichtung Simmeringer Hauptstraße—Mariahilferstraße zu erfolgen habe, und beantragt weiters, daß vor 8 Uhr früh mit Rücksicht auf die große Frequenz überhaupt kein Zug der Linie 6 eingezogen werde.

Angenommen.

**B.-R. Kolbeck** ersucht den Vorsitzenden, die mehrmals angeregte Bestellung von Invaliden zu Parkwächtern, deren mehrere für einen Park bestellt werden könnten, zu betreiben.

**B.-R. Blüml** bemerkt hiezu, daß sich die Kriegsinvaliden mit Vorliebe nur dem Chauffeur- und Kino-Operateurberufe zuwenden.

**B.-V. Hruza** bringt im Anschlusse an diese Ausführungen zur Kenntnis, daß er jüngst ein Schreiben erhalten habe, worin gegen die Bezirksvertretung der Vorwurf erhoben wurde, daß dieselbe für die Parkbeschädigungen kein Verständnis und für die Erhaltung der Anlagen kein Herz habe. Diese völlige Verkennung der Tatsachen habe ihn sehr befremdet und er habe dem Beschwerdeführer die gebührende Antwort schriftlich erteilt.

**B.-R. Winter** beschwert sich über die schlechte Beleuchtung beim Hause Nr. 50 in der Neilreichgasse und ersucht mit Rücksicht auf die zunehmende Unsicherheit um Abhilfe.

**B.-R. Tichy** stellt den Antrag, maßgebenden Ortes vorstellig zu werden, daß die Futtermittel-Zentrale die heurige Heu- und Strohernte, welche eine gute zu werden verspreche, freigebe, und begründet seinen Antrag damit, daß die Eigentümer sich vielfach nicht mehr um diese Ernte, wenn sie einmal beschlagnahmt sei, kümmern und sie verderben lassen.

**B.-R. Rosenmayer** unterstützt diesen Antrag, betont, daß die Fleischhauer auch gegen die Einführung der Zentralschlachtung energisch Stellung genommen haben und hofft, daß es im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung nicht dazu kommen werde.

**B.-V. Hruza** beleuchtet die Gebarung der Zentralen.

Nachdem sich zum Antrage des B.-R. Tichy niemand mehr zum Worte gemeldet, wird derselbe angenommen.

**B.-R. Fuchs** beschwert sich über den Verteilungsmodus des städtischen Bezirkswirtschaftsamtes bei Ausfolgung von Setzlingen.

**B.-V. Hruza** tritt dem entgegen und führt aus, daß die Mängel bei der Ausfolgung der Setzlinge in der fehlenden Organisation der Bewerber und in der Not an Setzlingen ihre Ursache habe.

**B.-R. Rosenmayer** bestätigt, daß bei der Ausfolgung von Setzlingen keine Ausnahmen gemacht werden; es würde sich aber empfehlen, wenn eine einzelne Person für viele Interessenten zugleich die Pflanzen beheben und dann verteilen würde, was die Gebarung sehr erleichtern würde.

**B.-R. Görner** bespricht den gegenwärtigen Vorgang bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und betont, daß es bei dem Mangel an anderen Lebensmitteln, wie Mehl, Erdäpfeln u. s. w. notwendig sei, die Fleischquote per Kopf und Woche von 20 dkg auf 40 dkg zu erhöhen.

**B.-R. Rosenmayer** stimmt zu, daß die gegenwärtige Fleischquote entschieden zu niedrig sei.

**B.-R. Harlaß** ersucht den Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß die den Verkehr behindernden Warenausräumungen in der Favoritenstraße endlich abgestellt werden, was dieser zusagt.

**B.-R. Rosenmayer** bringt die in letzter Zeit sich häufenden Bestrafungen wegen der Beschaffung, beziehungsweise Ausfuhr von Lebensmitteln zur Sprache, wodurch ausschließlich die Aermsten der Armen betroffen werden, und ersucht um möglichst milde Behandlung derselben.

**B.-R. Rosenmayer** richtet an den Vorsitzenden die Anfrage, ob die Aufhebung der Absperrung der Kudlichgasse in absehbarer Zeit zu gewärtigen sei.

Bezüglich dieser Anfrage erwidert **B.-V. Hruza**, daß diese Angelegenheit mit der Errichtung des Schleppbahngeleises zwischen Ostbahnhof und Meidling, woran verschiedene Fabriksunternehmungen des X. Bezirkes interessiert seien, zusammenhänge, und versichert, daß die Kudlichgasse nach Lösung dieser Frage sicher geöffnet werden wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **16. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 4. April 1918 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat April 1918 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

(1057, 1291, 1440, 1456, 1487, 1458.) Dankschreiben Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, des Herrn Stadtrates Dr. Haas, des Herrn Pfarrers Wild, des Herrn Bezirksvorstehers kaiserlichen Rates Baumann, des Herrn Gemeinderates Porsch und des Herrn Hofballmusik-Direktors C. M. Ziehrer für Glückwünsche der Bezirksvertretung.

(1442.) Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Werbetätigkeit für die achte Kriegsanleihe.

**B.-V. Spitaler** berichtet, daß in dieser Angelegenheit eine Besprechung bei der Statthalterei stattfand, und ersucht die Herren Bezirksräte um umfangreiche Beteiligung an der Werbetätigkeit.

(1263.) Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung III hat der Wiener Stadtrat die auf dem St. Nikolausplatze im III. Bezirke für eine Gartenanlage in Aussicht genommene Fläche dem Vereine zur Pflege des Jugendspieles im III. Wiener Gemeindebezirke als Spielplatz überlassen.

(1292, 1461.) Die Magistrats-Abteilung III teilt mit, daß die Beschwerde der Bezirksvorstehung Landstraße, betreffend die Ver-

wüstung des Maria Josefa-Parkes durch Militärpersonen, an das k. u. k. Militärkommando in Wien weitergeleitet wurde. Der k. u. k. Stadtkommandant in Wien habe daraufhin verfügt, daß zur Hintanhaltung des Unfuges eine Wache aufzustellen sei.

(1400.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Ueberlassung eines Teiles der Gartenanlage in der Gigergasse zur Ausgestaltung des Lagerplatzes der n.-ö. Landesbahnen bei der Station Wien-Großmarkthalle.

(1443.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Vergrößerung des Güterlagerplatzes der n.-ö. Landesbahnen beim Aufnahmsgebäude Wien-Großmarkthalle und Abänderung des Gehweges.

(1441.) Die Direktion der städtischen Straßenbahnen teilt mit, daß über Wunsch der Bezirksvertretung auf der Linie 4 die Beiwagen in den Abendstunden länger im Betriebe belassen werden.

(1116, 1300, 1189, 1329, 1339, 1043, 1190.) Zustimmungserklärungen der Bezirksvertretungen IV, VIII, X, XI, XV, XX, XXI zu dem Rund-Antrage der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend die Verwendung von 100 Waggons Weizenmehl zur Mazzesbereitung.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

(1196.) Antrag des Ortsschulrates Landstraße, betreffend die Vermehrung der Mitgliederzahl des Ortsschulrates von 31 auf 35.

Dem Antrage wird zugestimmt.

Ortsschulrats-Ergänzungswahl.

(937.) Laut Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 19. März 1918, B. Sch. R., 2789/18, ist infolge Ablebens des Ersatzmannes des Ortsschulrates Landstraße, Josef Pöpl, die Neuwahl eines Ersatzmannes für das Ortsschulratsmitglied Julius Stecher vorzunehmen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß 13 Mitglieder der Bezirksvertretung anwesend sind und ersucht um die Abgabe der Stimmzettel.

Sämtliche abgegebenen 13 Stimmzettel lauten auf:

Franz Mandry, Beamter, III., Marxergasse 19.

Dieser erscheint daher mit Stimmeneinhelligkeit für den Rest der Funktionsperiode zum Ersatzmann des Ortsschulrates Landstraße gewählt.

Anträge, Anfragen ꝛc.

**B.-V. Spitaler** beantwortet die Beschwerde des B.-R. Klement, betreffend das Ueberhandnehmen der Hadernhändler welche in der letzten Sitzung vorgebracht wurde, dahin, daß der Leiter des magistratischen Bezirksamtes erklärte, daß eine Handhabe für die Beschränkung des Hadernhandels nicht vorhanden sei, weil der Hadernhandel zu den freien Gewerben zählt.

**B.-R. Lange** wünscht, daß die aufgelassenen Haltestellen der Straßenbahn wieder eröffnet werden, da die häufigen Unfälle infolge Auf- oder Abspringens auf die Einschränkung der Haltestellen zurückzuführen sei.

**B.-R. Spitaler** erklärt, daß gegenwärtig infolge Personal-, Wagen- und Materialmangels eine Aenderung wohl kaum zu erreichen sei, nach Kriegsende werde jedoch die Wiedereröffnung der aufgelassenen Haltestellen verlangt werden.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten.

## Donauregulierungs-Kommission.

Am 18. Juli 1918 fand unter dem Vorsitze des Ministers für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann die 324. Vollversammlung der Donauregulierungs-Kommission statt.

Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung, hielt sodann dem verstorbenen Mitgliede Landes-Ausschuß Hermann Bielohlawek einen warmen, ehrenden Nachruf, welcher von der Versammlung stehend angehört wurde, und gab den Eintritt des Ministerialrates Ing. Karl Goebl, sowie des Landes-Ausschusses, Regierungsrates Prof. Josef Sturm als beschließende Mitglieder und jenen des Binnenschiffahrts-Inspektors Regierungsrates Ing. Karl Ebner als beratendes Kommissionsmitglied bekannt.

Bau-Direktor Ministerialrat Ing. Reich erörterte die Frage der Ausgestaltung des Hochwasserschutzes für die Stadt Wien und legte die Grundideen dreier von der Bau-Direktion ausgearbeiteter genereller Hochwasserschutzprojekte und die Frage der Kosten der einzelnen Projekte klar.

Es wurde beschlossen, zur fachmännischen Ueberprüfung dieser Projekte einen eigenen Ausschuß zu bestellen.

Dem Bau-Direktor und seinen Mitarbeitern wurde für die Ausarbeitung der erwähnten Projekte der wärmste Dank und die Anerkennung der Donauregulierungs-Kommission ausgesprochen.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, sich an der achten Kriegsanleihe durch Zeichnung eines Betrages von 2,780.000 K Nominale zu beteiligen.

Ein Antrag auf Auflassung des Landungsplatzes unterhalb der Militärschwimmschule wurde einstimmig angenommen und wird sich die Donauregulierungs-Kommission diesbezüglich an die Statthalterei wenden.

Nach Erledigung einiger Personal-Angelegenheiten und kleinerer Verhandlungsgegenstände wurde die Versammlung geschlossen.

---

### K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. Juni 1918, ad G. Z. 3754/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 14. Juni 1918, Z. 1655/50-II, der Oberlehrerin an der Volksschule für Mädchen XIV., Stättermayergasse 27, Direktorin Auguste Grandauer, für ihre in selbstloser Weise der Ferien-Unternehmung „Wiener Kinder aufs Land" gewidmeten Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. Juni 1918, ad G. Z. 3754/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 14. Juni 1918, Z. 1655/50-II, der provisorischen Leiterin der Volksschule für Mädchen XV., Viktoriagasse 6, Anna Schelle, für ihre in selbstloser Weise der Ferien-Unternehmung „Wiener Kinder aufs Land" gewidmete Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 24. Juni 1918 ad G. Z. 11338/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit Erlaß vom 22. Mai 1918, Z. 15844-XIII, der Bürgerschul-Direktorin des Ruhestandes in Wien, Marie Schwarz, für ihre vieljährige, erfolgreiche Wirksamkeit als Lehrerin und Erzieherin der Jugend und als umsichtige Leiterin der Schule, sowie für ihre sehr ersprießliche Tätigkeit der Jugendfürsorge und für das Ansehen der weiblichen Lehrkräfte in der Bevölkerung den Dank und die besondere Anerkennung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 25. Juni 1918, ad G. Z. 10988/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit Erlaß vom 22. Mai 1918, Z. 15844-XIII, der Bürgerschullehrerin des Ruhestandes Franziska Woraczek in Wien für ihr langjähriges, ersprießliches Wirken im Schuldienste die Anerkennung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 25. Juni 1918, ad G. Z. 10670/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit Erlaß vom 22. Mai 1918, Z. 15844-XIII, dem Bürgerschul-Direktor des Ruhestandes Rudolf Großmann in Wien in Würdigung seines vieljährigen, hingebungsvollen und sehr ersprießlichen Wirkens als Lehrer und Schulleiter die Anerkennung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 6. Juli 1918, ad G. Z. 6277/18:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Knaben XVI., Habsburgplatz 18, Moritz Fried, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein langjähriges Wirken im öffentlichen Volksschuldienste die Anerkennung auszusprechen.

---

## Bericht über die vom Magistrate veranlaßten Maßnahmen zur Verhütung des Einlangens saurer Milch in den Sommermonaten 1918.

Nach den statistischen Nachweisungen des Marktamtes begann das Einlangen saurer Milch im heurigen Jahre am 18. April 1918 bei einer Bahnanlieferung von 139.018 Litern mit 5900 Litern. Wie aus den beigeschlossenen Zusammenstellungen A und B ersichtlich, stieg sodann die Menge der Sauermilch mit dem Steigen der Temperatur im Mai und Juni. Am 5. Juli 1918 betrug das Quantum saurer Milch nach kurzer Besserung bei einer Tagesanlieferung von 159.411 Litern noch rund 8000 Liter, erhöhte sich aber bereits am 12. Juli bei einer Anlieferung von 161.363 Litern auf über 17.000 Liter und stieg sodann bis zum 18. Juli bei einer Anlieferung von 165.225 Litern auf 41.384 Liter, das ist 27·4 Prozent der Bahnanlieferung.

Ein Vergleich mit dem Vorjahre zeigt, daß in der Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli 1917 auch an einem Tage die Anlieferung von saurer Milch 40.000 Liter überstieg, was jedoch nur 11·7 Prozent der gesamten Bahnmilch betrug. In der Zeit vom 21. Juli bis 30. September 1917 hat die Anlieferung von saurer Milch

an 13 Tagen 40.000 Liter (das sind 11 bis 18 Prozent der Bahnmilch),

an 18 Tagen 50.000 Liter (das sind 17 bis 22 Prozent der Bahnmilch),

an 7 Tagen 60.000 Liter (das sind 21 bis 26 Prozent der Bahnmilch)

überstiegen und an einem Tage (4. August 1917) sogar die Meng von 71.420 Litern erreicht.

Eine Gegenüberstellung dieser Daten ergibt somit, daß die Mengen der Sauermilch im heurigen Jahre bisher relativ nicht größer sind wie im Vorjahre, daß dieselben aber deshalb viel unangenehmer ins Gewicht fallen müssen, weil eben die Gesamtanlieferung gegen das Vorjahr um über 50 Prozent zurückgegangen ist.

Die hinsichtlich der Milchaufbringung bisher gemachten Erfahrungen ließen das Eintreten dieser bedauerlichen Rückwirkung der Sauermilch auf die Milchversorgung der Stadt Wien bereits im Frühjahre mit Sicherheit voraussehen.

Die Gemeinde war sich wohl bewußt, daß bei den immer größeren Schwierigkeiten, welche sich der Versorgung Wiens mit Milch entgegenstellen, im heurigen Jahre auch besondere Abwehrmaßnahmen gegen das Einlangen von Sauermilch getroffen werden müssen.

Der Herr Bürgermeister hat daher — nachdem schon anfangs März 1918 Veranlassung für die Einstellung einer genügenden Anzahl von Kühlwaggons für den Milchverkehr getroffen worden war — am 27. April 1918 eine Petition an den Ministerpräsidenten, den Eisenbahnminister, Handelsminister, Ackerbauminister, Minister für öffentliche Arbeiten und den Präsidenten des k. k. Amtes für Volksernährung gerichtet, in welcher in eingehender Weise die Schwierigkeiten der Milchversorgung der Stadt Wien dargelegt werden, auf die Gefahren, welche das Einlangen eines größeren Quantums saurer Milch gerade heuer zweifellos zur Folge hat, aufmerksam gemacht und unter Angabe aller Maßnahmen, welche das Anwachsen des Quantums der Sauermilch verhindern können, das eindringliche Ersuchen gestellt wird, mit allem nur möglichen Nachdrucke dahin wirken zu wollen, daß die angeregten Maßregeln schleunigst in die Tat umgesetzt werden, insbesondere aber, daß die Milchkühlwaggons rechtzeitig eingestellt und zweckentsprechend verwendet werden.

Diese Petition blieb zunächst unbeantwortet und wurde daher am 23. Mai 1918 vom Herrn Bürgermeister in Erinnerung gebracht. Hierüber sind folgende Antwortschreiben der beteiligten Ministerien an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister eingelangt:

Am 24. Mai 1918 ein Antwortschreiben des Herrn Eisenbahnministers, nach welchem die Eisenbahndienststellen angewiesen

wurden, der geeigneten Verwahrung der Milch in den Versandstationen vom Zeitpunkte der Anlieferung bis zur Absendung, der schleunigsten Durchführung der Milchverladung und der raschen Bereitstellung der Milchwagen in den Bestimmungsstationen zur Entladung, die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, ferner auch dafür vorzusorgen haben, daß Milchsendungen in den Stationen, wo eine regelmäßige Zufuhr von Abendmilch zu gewärtigen ist, insoferne nicht besondere Hemmnisse örtlicher Natur in Betracht kommen, auch innerhalb eines entsprechenden Zeitraumes nach Ablauf der Dienststunden — behufs Beförderung mit den in der Nacht verkehrenden Zügen — angenommen werden.

Weiters wird die Staatseisenbahnverwaltung auch in diesem Jahre das zur Füllung der Kühlwagen erforderliche Eis auf eigene Kosten beschaffen und beistellen; nach Maßgabe der Lieferungsmöglichkeit wird überdies auch Kunsteis in Wagenladungen an Milchproduzenten, die regelmäßig größere Mengen Milch von entfernt gelegenen Stationen nach Wien zuführen, gegen Vergütung der Selbstkosten bahnseits abgegeben werden. Im gleichen Schreiben wird ferner auch mitgeteilt, daß bereits seit Mitte April 1918 142 Bierkühlwagen für den Milchverkehr in Verwendung stehen und daß für eine sofortige Zuführung weiterer Kühlwaggons im Falle der Notwendigkeit vorgesorgt wurde. Schließlich wurden auch alle Maßnahmen getroffen, um die Milchsendungen so rasch wie möglich nach Wien zu bringen.

In dem Dankschreiben an den Herrn Eisenbahnminister weist der Herr Bürgermeister darauf hin, daß das Quantum der sauer in Wien einlangenden Milch mittlerweile von 6·5 Prozent auf 18·9 Prozent gestiegen ist, und stellt neuerlich das dringende Ersuchen, daß die vom k. k. Eisenbahnminister in seinem Schreiben angekündigten Maßnahmen auch tatsächlich so gehandhabt werden mögen, daß sie einen vollen Erfolg zu verbürgen geeignet sind.

Am 3. Juni 1918 gibt das k. k. Amt für Volksernährung die beim k. k. Eisenbahnministerium behufs Einlangens unverdorbener Milch unternommenen Schritte bekannt und teilt ferner mit, daß das k. k. Handelsministerium den politischen Landesbehörden möglichst große Mengen von Soda, beziehungsweise Kalkwasser oder Kalk zur Abgabe an die Milchproduzenten zwecks Reinigung der Milchkannen zur Verfügung stellen wird. Außerdem hat das k. k. Amt für Volksernährung die politischen Landesbehörden angewiesen, allgemein verständliche Weisungen über die Ursachen des vorzeitigen Sauerwerdens der Milch herauszugeben, sowie Vorsorgen und Maßnahmen dagegen zu treffen und deren weitestgehende Verlautbarung anzuordnen.

Am 4. Juni 1918 teilt der Ministerpräsident mit, daß die kompetenten Ressorts beauftragt wurden, alle nötigen Schritte zur Sicherstellung der Milchversorgung Wiens einzuleiten.

Am 11. Juni 1918 langte ein Schreiben des k. k. Handelsministers an den Herrn Bürgermeister ein, demzufolge 10.000 kg Kristallsoda der k. k. n.-ö. Statthalterei zur Verteilung an die Interessenten freigegeben wurden.

Am 17. Juni 1918 wurde schließlich der Herr Bürgermeister von dem k. k. Ackerbauminister in Kenntnis gesetzt, daß von den politischen Landesbehörden jener Länder, die für die Milchversorgung Wiens in Betracht kommen, ein Rund-Erlaß ergangen ist, der eine unverzügliche Einflußnahme auf die Milchproduzenten und deren entsprechende Belehrung durch die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften über alle Maßnahmen anordnet, durch die dem Verderben der Milch von den Landwirten vorgebeugt werden kann.

Vom k. k. Minister für öffentliche Arbeiten ist bisher eine Antwort nicht eingelangt.

Im Sinne dieser auf die Petition des Herrn Bürgermeisters ergangenen Antwortschreiben hat die Milchversorgungsstelle wiederholt in mündlichen und schriftlichen Berichten die zuständigen Oberbehörden auf das stete Anwachsen der sauer einlangenden Milchmengen und die damit verbundenen Gefahren für die Milchversorgung Wiens aufmerksam gemacht und auf die energische Anwendung aller nur möglichen Abwehrmaßnahmen gedrungen; insbesondere wurde stets auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß bei der gegen das Vorjahr um mehr als die Hälfte verringerten Gesamtanlieferung selbst ein gleich hoher Prozentsatz saurer Milch bei der Versorgung der Kinder und Kranken heuer ungleich schwerer ins Gewicht fällt und zu einer geradezu unerträglichen Lage des Wiener Milchmarktes führen muß. In Verfolgung der Angelegenheit der Indienststellung von Kühlwaggons wurde mit Bericht vom 18. Juni 1918, Z. 3411/18, die Inverkehrsetzung weiterer 25 Kühlwaggons auf mehreren namentlich angeführten Bahnlinien beim k. k. Eisenbahnministerium angesprochen und da eine Erledigung nicht erfolgte, die eheste Erfüllung dieses Petites mit Bericht vom 15. Juli 1918 dringend betrieben.

Weiters hat die Milchversorgungsstelle am 17. Juli 1918 im Sinne eines anher gelangten Statthaltereiauftrages sämtliche Milchhändler Wiens mittels Rund-Erlasses angewiesen, der Reinigung der Milchkannen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und jedenfalls dafür vorzusorgen, daß die Milchkannen stets nur in gereinigtem Zustande an die Produzenten rückgesendet werden.

Schließlich hat die Milchversorgungsstelle nicht ermangelt, in allen jenen speziellen Fällen, in welchen Klagen über das Sauereinlangen von Milch erhoben wurden, zu intervenieren. Insbesondere hat dieselbe, wenn das Sauerwerden der Milch auf den Umstand zurückzuführen war, daß die Milch von den Produzenten nur an jedem zweiten oder dritten Tag zur Absendung gelangte, auf eine regelmäßige tägliche Lieferung gedrungen. Ferner hat die Milchversorgungsstelle in jedem einzelnen ihr zur Kenntnis gelangten Falle behufs Ermöglichung der Vornahme von Nachtmelkungen, die zwecks Erreichung des Abschlusses an Frühzüge vielfach notwendig sind, wegen Beistellung von Petroleum an die betreffenden Wirtschaftsbesitzer interveniert; desgleichen hat sie den in Betracht kommenden Sammelstellen das Haltbarmachen und Pasteurisieren der Milch dadurch zu erleichtern gesucht, daß sie wegen Beistellung der erforderlichen Kohle, beziehungsweise der notwendigen Konservierungsmittel eingeschritten ist.

Die Gemeinde Wien hat somit einerseits bei der k. k. Regierung alle Maßnahmen rechtzeitig in Anregung gebracht, welche geeignet sind, das Sauereinlangen der Milch auf ein erträgliches Maß zu beschränken, anderseits aber auch innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen, um dem vorzeitigen Verderben der Milch in wirksamer Weise zu begegnen.

## Zusammenstellung A.

| April 1918 | | | Mai 1918 | | | Juni 1918 | | | Juli 1918 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Datum | Bahnmilch | Saure Milchmenge | Datum | Bahnmilch | Saure Milchmenge | Datum | Bahnmilch | Saure Milchmenge | Datum | Bahnmilch | Saure Milchmenge |
| — | — | — | 1. | 135.651 | 12.842 | 1. | 158.962 | 15.409 | 1. | 164.749 | 13.407 |
| — | — | — | 2. | 134.532 | 10.021 | 2. | 156.503 | 15.095 | 2. | 166.451 | 9.485 |
| — | — | — | 3. | 137.376 | 9.135 | 3. | 167.484 | 12.160 | 3. | 170.114 | 8.402 |
| — | — | — | 4. | 143.093 | 11.694 | 4. | 162.460 | 10.112 | 4. | 164.621 | 8.840 |
| — | — | — | 5. | 131.123 | 12.156 | 5. | 166.133 | 11.336 | 5. | 159.411 | 8.365 |
| — | — | — | 6. | 138.000 | 14.899 | 6. | 171.204 | 11.302 | 6. | 161.900 | 11.014 |
| — | — | — | 7. | 138.848 | 16.198 | 7. | 166.508 | 11.630 | 7. | 154.784 | 9.028 |
| — | — | — | 8. | 138.603 | 11.569 | 8. | 171.760 | 13.023 | 8. | 157.626 | 11.457 |
| — | — | — | 9. | 136.770 | 11.732 | 9. | 166.430 | 13.047 | 9. | 158.343 | 14.080 |
| — | — | — | 10. | 137.750 | 12.458 | 10. | 169.613 | 14.331 | 10. | 161.363 | 17.330 |
| — | — | — | 11. | 138.278 | 13.283 | 11. | 171.199 | 19.334 | 11. | 156.106 | 20.498 |
| — | — | — | 12. | 135.518 | 9.102 | 12. | 179.565 | 18.238 | 12. | 156.597 | 24.881 |
| — | — | — | 13. | 131.900 | 10.057 | 13. | 171.692 | 16.655 | 13. | 156.861 | 20.551 |
| — | — | — | 14. | 139.589 | 11.466 | 14. | 170.826 | 20.009 | 14. | 157.086 | 25.659 |
| — | — | — | 15. | 138.655 | 12.637 | 15. | 167.826 | 26.076 | 15. | 155.014 | 26.842 |
| — | — | — | 16. | 141.723 | 12.746 | 16. | 163.702 | 23.734 | 16. | 157.371 | 31.897 |
| — | — | — | 17. | 145.890 | 14.252 | 17. | 169.738 | 25.329 | 17. | 153.940 | 34.225 |
| 18. | 139.018 | 5.900 | 18. | 143.220 | 15.882 | 18. | 169.911 | 31.971 | 18. | 150.705 | 41.384 |
| 19. | 135.819 | 6.924 | 19. | 133.001 | 17.685 | 19. | 164.274 | 24.396 | 19. | 146.395 | 39.692 |
| 20. | 140.647 | 6.585 | 20. | 139.302 | 19.041 | 20. | 165.445 | 18.524 | 20. | 142.100 | 38.079 |
| 21. | 137.118 | 7.640 | 21. | 152.150 | 22.130 | 21. | 169.579 | 14.518 | — | — | — |
| 22. | 135.711 | 5.390 | 22. | 152.165 | 26.828 | 22. | 166.515 | 14.166 | — | — | — |
| 23. | 138.795 | 5.140 | 23. | 147.819 | 27.999 | 23. | 165.792 | 14.791 | — | — | — |
| 24. | 136.972 | 6.843 | 24. | 148.382 | 28.914 | 24. | 165.820 | 12.765 | — | — | — |
| 25. | 137.474 | 4.965 | 25. | 147.939 | 24.512 | 25. | 169.729 | 13.338 | — | — | — |
| 26. | 138.673 | 6.625 | 26. | 144.267 | 20.988 | 26. | 163.049 | 13.198 | — | — | — |
| 27. | 136.963 | 8.899 | 27. | 150.668 | 13.319 | 27. | 169.963 | 14.376 | — | — | — |
| 28. | 129.696 | 7.093 | 28. | 156.884 | 12.207 | 28. | 166.683 | 13.911 | — | — | — |
| 29. | 136.362 | 9.733 | 29. | 154.365 | 11.794 | 29. | 167.704 | 13.532 | — | — | — |
| 30. | 135.424 | 12.075 | 30. | 151.885 | 10.974 | 30. | 165.908 | 13.829 | — | — | — |
| — | — | — | 31. | 157.162 | 14.365 | — | — | — | — | — | — |

### Zusammenstellung B.

| Zeitperiode | Tagesdurchschnitt der in diesem Zeitraum angelieferten Bahnmilch | Tagesdurchschnitt der in saurem Zustande eingelangten Milch | Prozentsatz der sauren Milch |
|---|---|---|---|
| | Liter | | Prozent |
| [1]) 18. April bis 20. April 1918 | 138.494 | 6.469 | 4·6 |
| 21. April bis 27. April 1918 | 137.529 | 6.500 | 4·7 |
| 28. April bis 4. Mai 1918 . | 136.100 | 10.370 | 7·6 |
| 5. Mai bis 11. Mai 1918 . | 137.053 | 13.185 | 9·6 |
| 12. Mai bis 18. Mai 1918 | 140.644 | 12.239 | 8·7 |
| 19. Mai bis 25. Mai 1918 . | 145.822 | 23.872 [2]) | 16·3 |
| 26. Mai bis 1. Juni 1918 . | 153.450 | 14.151 | 9·2 |
| 2. Juni bis 8. Juni 1918 . | 166.007 | 12.079 | 7·3 |
| 9. Juni bis 15. Juni 1918 . | 171.026 | 18.241 | 10·6 |
| 16. Juni bis 22. Juni 1918 . | 167.023 | 21.805 | 13 |
| 23. Juni bis 29. Juni 1918 . | 166.963 | 13.730 | 8·2 [3]) |
| 30. Juni bis 6. Juli 1918 . | 164.736 | 10.477 | 6·3 [3]) |
| 7. Juli bis 13. Juli 1918 . | 157.383 | 16.832 | 10·6 |
| 14. Juli bis 20. Juli 1918 . | 151.801 | 33.968 [4]) | 22·3 |

## Lebensmittelverkehr.

### Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 7. August 1918.

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen oder Spelz per 100 kg | 40 K | — h | |
| Roggen . . . . . „ 100 „ | 40 „ | — „ | |
| Gerste . . . . . „ 100 „ | 37 „ | — „ | |
| Hafer . . . . . „ 100 „ | 36 „ | — „ | |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

### Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art . . . . . 17 K — h per 100 kg

Stroh:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Kornschaubstroh . . . . . | 10 „ | — „ | „ | 100 „ |
| Erbsen-, Wickenstroh . . . . . | 8 „ | — „ | „ | 100 „ |
| Bohnen-, Raps- und Maisstroh . . | 6 „ | — „ | „ | 100 „ |

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl Nr. 243 ex 1917.)

* * *

[1]) Vor dem 18. April 1918 keine saure Milch.

[2]) Plötzliche Warmwetterperiode, durch welche die Milchproduzenten, die noch nicht kühlen, überrascht werden.

[3]) Abflauen infolge des Kälteeinbruches und der Regenperiode.

[4]) Außerordentlich starker Rückgang der Milchanlieferung infolge Beginnes der Erntearbeiten, verbunden mit enormem Ansteigen der Sauermilch infolge des exzessiv heißen Wetters.

### Pferdemarkt vom 6. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 372 Stück.

244 Gebrauchspferde, 128 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 6000 K per Stück

„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

### Jung- und Stechviehmarkt vom 5. und 8. August 1918.

#### 1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kälber lebend . . . . . | — | Schafe lebend . . . . . | 4302 |
| Kälber ausgeweidet . . | 165 | Schafe ausgeweidet . . | 15 |
| Lämmer lebend . . . . | — | Schweine ausgeweidet . | — |
| Lämmer ausgeweidet . . | 4 | Spanferkel . . . . . | — |

#### 2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | — | bis | 470 h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | 320 | „ | 460 „ | |

Lämmer lebend (per 1 kg)

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . | „ | — | „ | — „ | |

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | 1000 | „ | 1600 „ | |

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | 1200 | bis | 1600 h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | — | bis | 1400 h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Schafe lebend (per 1 kg):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| I. Qualität . . . . | von | — | bis | 880 h | (extrem bis — h) |
| II. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

*) Hievon — am Markte und 128 im Pferdeschlachthause.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 98 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 742 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

Die Preislage auf dem Jung- und Stechviehmarkte blieb gegen die Vorwoche unverändert.

# Baubewegung

vom 6. bis 8. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

## Gesuche um Baubewilligungen.

### Neubauten.

II. Bezirk: Erholungsheim, k. k. Prater, Freudenau, vom Arbeitervereine „Kinderfreunde für Oesterreich", Landesverein, V., Rechte Wienzeile 97 (1720).

### Zubauten.

XX. Bezirk: Fabrikszubau, Dresdnerstraße 116, von Friedrich Weichmann's Witwe, ebenda, Bauführer Rella & Neffe (1719).

### Adaptierungen.

I. Bezirk: Kolowratring 14, vom Hansa und Brandenburger Flugzeugwerke durch Stiegler & Rous, VII., Kirchengasse 32 (1727).

" " Riemergasse 4, von der k. k. priv. Lebensversicherungs-Gesellschaft „Phönix", ebenda, Bauführer Paul Nußbaum (1732).

" " Babenbergerstraße 1, von k. k. Baurat Max Kaiser, V., Margaretenstraße 70 a (1738).

II. Bezirk: Molkereistraße 10/12, von Ignaz Körner (1724).

IV. Bezirk: Margaretenstraße 25, von Klementine Baronin Boulles, ebenda, Bauführer Wilh. Zeeh (1746).

V. Bezirk: Stolberggasse 23, von Josef Rosenberger, Reinprechtsdorferstraße 29, Bauführer Heinrich Winkler (1749).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 88 b, von der Hausadministration Ludwig Leitgeb, IX., Universitätsstraße 7 (1753).

VII. Bezirk: Seidengasse 42, von Julius Baumgarten & Söhne, XVI., Yppenplatz 8, Bauführer Franz Quidenus (1745).

VIII. Bezirk: Wickenburggasse 18, von Karl Rabeck, ebenda (1729).

IX. Bezirk: Hörlgasse 13, von Dr. Fritz Neumann, I., Spiegelgasse 19, Bauführer Georg Parthilla (1760).

### Diverse geringere Bauten.

III. Bezirk: Schuppen, Trubelgasse 18, von Maß & Komp., IV., Favoritenstraße 17 (1721).

IX. Bezirk: Bauherstellungen, Nußdorferstraße 4, von Ed. Strache, I., Elisabethstraße 3 (1752).

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 13. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Reichl Anna — Viktualienhandel — X., Keplergasse 14.

Ruzicka Marie — Handel mit Papier-, Galanterie- und Spielwaren ꝛc. — II., Zigplatz 1.

Uradniczek Johann — Holz- und Kohlenhandel — XIII., Kienmayergasse 14.

Christian Marie — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Schwendergasse 45.

* * *

## 14. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Glatzel & Weiß, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Brennmaterialien — XIII., Nikolausgasse 3.

Podwinetz Franz Hans, Inhaber der Firma Podwinetz & Komp. — Schlossergewerbe — XX., Pasettistraße 81/83.

Jetzbacher Karl, G. m. b. H. — Handel mit Maschinen aller Art, Werkzeugen und sonstigen technischen Betriebserfordernissen — XVIII., Staudgasse 18.

Hawlin Johann — Handel mit Obst — XX., Hellwagstraße, Ecke Dresdnerstraße.

Springer Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Sachsengasse 10.

Frank Emil — Handel mit Beleuchtungskörper und Lebensmitteln, beschränkt — XX., Klosterneuburgerstraße 50.

Brandstetter Viktor — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Vivenotgasse 50.

Rabl Ferdinand — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XII., Pohlgasse 23.

Haslinger Andreas — Pferdehandel — XII., Rauchgasse 7.

Gmeiner Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Schönbrunner-Allee 39.

Sacky Heinrich — Handelsagentur in Textil- und Modewaren — XII., Ruckergasse 6.

Strauß Josef — Musikergewerbe — XII., Spitteldreitengasse 16.

Märten Friedrich — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XII., Tivoligasse 23.

Kaliwoda Josef Alexander — Schuhmachergewerbe — XII., Wolfganggasse 25.

Tröstl Johann — Zwangspacht des Gast- und Schankgewerbes des Johann Gastner — II., Ausstellungsstraße 51.

Schwetz Anton — Strick- und Wirkwaren-Erzeugung — XII., Vivenotgasse 45.

Lana Johann — Musikergewerbe — XII., Schallergasse 9.

Cerny Julius — Kleidermachergewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 234.

Krebs Adolf — Drechslergewerbe — XII., Haebergasse 2.

Bokaty Anton — Zuckerbäckergewerbe — XII., Steinbauergasse 8.

Nowak Rudolf — Bildhauergewerbe — XII., Rollingergasse 24.

Slopal Anton — Schuhmachergewerbe — XII., Tannbruckgasse 10.

Fritz Johann — Gemischtwarenhandel — XII., Schönbrunnerstraße 283.

(Das Weitere folgt.)

## Inhalt.


| | Seite |
|---|---|
| Mitbürger | 1609 |
| Stadtrat: | |
| Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 25. Juli 1918 | 1610 |
| Bezirksvertretungen: | |
| Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 18. April 1918 | 1619 |
| Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 25. April 1918 | 1620 |
| Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 15. Mai 1918 | 1621 |
| Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 16. Mai 1918 | 1622 |
| Allgemeine Nachrichten: | |
| Donauregulierungs-Kommission | 1623 |
| K. k. Bezirksschulrat | 1623 |
| Bericht über die vom Magistrate veranlaßten Maßnahmen zur Verhütung des Einlangens saurer Milch in den Sommermonaten 1918 | 1624 |
| Lebensmittelverkehr: | |
| Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 7. August 1918 | 1627 |
| Pferdemarkt vom 6. August 1918 | 1627 |
| Jung- und Stechviehmarkt vom 5. August und 8. August 1918 | 1627 |
| Baubewegung: | |
| Gesuche um Baubewilligungen vom 5. bis 8. August 1918 | 1628 |
| Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster | 1628 |
| Kundmachungen. | |


Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Arbeiten und Lieferungen.

**Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.**

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

**1918.**

| Ort und Stunde der Verhandlung | Ort (Bureau) | M.-Z. | Objekt | Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen | Veranschlagte Kosten |
|---|---|---|---|---|---|
| 10. August 10 Uhr | Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, I., Neues Amtshaus, Felderstr.) | 463 | Kanalneubau am Landstraßergürtel in der Strecke zwischen Baumgasse und Döblerhofstraße im III. und XI. Bezirke. | 1. **Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraul. Bindemittel** . . . .<br>2. **Lieferung der Steinzeugschalen und Wandplatten** . . . . . | 16.260 K 92 h<br>1794 K<br>**Vorbemerkung:** Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III (I., Neues Rathaus, Mezzanin) zur Einsicht auf.<br>3—3 |
| 14. August 11 Uhr | Abteilung VI (Mag.-Sek. **Bertolas**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock) | 563 | Umpflasterung des Wiedner-gürtels im IV. Bezirke (Fahrbahn nächst der Alleegasse). | **Erd- und Pflasterungsarbeiten** . | 2340 K (1500 K Pauschale)<br>3—3 |

Z. St. Z. W/IV-448/442-1918.

# Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 22. März 1917, R.-G.-Bl. Nr. 127, betreffend die Regelung des Verkehres mit Gemüse und Obst, wird verlautbart, daß der in der Bekanntmachung der vom k. k. Amte für Volksernährung autorisierten Gemüse- und Obstversorgungsstelle in Wien, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. in Wien, I., Plankengasse 4 (Gemüse-Obst-Stelle) vom 29. März 1918, „Wiener Zeitung" vom 30. März 1918, für Mairübe festgesetzte Lieferungstermin mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung bis einschließlich 31. Juli 1918 erstreckt wird.

Wien, am 24. Juli 1918.

(B. W. A. Wien VI, 15022/18.) 1-1

Z. 1177/18.

# Kundmachung.

(Anton Winkler'sche Stiftung.)

Am 4. September 1918 gelangen die Interessen der Anton Winkler'schen Stiftung im Betrage von 775 K 77 h an einen mit Kindern gesegneten, verarmten, nach Wien zuständigen Familienvater, welcher in Wien wohnhaft und von tadellosem, moralischem Lebenswandel ist, zur Verleihung.

Die diesbezüglichen Gesuche sind **bis 24. August 1918** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des VII. Bezirkes Neubau, VII., Hermanngasse 24/28, 2. Stock rechts, einzubringen.

**Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.**

**Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des VII. Wiener Gemeindebezirkes:**
**Christian Ebeling.**

Wien, am 5. August 1918. 1—3

---

M. Abt. XIII, 2186/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Ignaz Rainharter'sche Stiftung
### für christliche Arme Wiens.

Zur Verteilung gelangen: 3200 K in 16 gleichen Teilbeträgen zu 200 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, christliche, in Wien seßhafte Arme.

Im IV. Wiener Gemeindebezirke Wieden seßhafte Arme sind bei sonst gleichen Verhältnissen vorzugsberechtigt.

Durch diese Stiftung soll es den betreffenden Armen erleichtert werden, sich eine Erwerbsgelegenheit durch Antritt eines Geschäftes u. s. w. zu verschaffen oder Auslagen, welche für die dauernde Besserung ihrer Lebensführung geeignet sind, zu bestreiten.

Die Bewerber haben daher in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und anzuführen, in welcher Weise sie den stifterischen Willen zu erfüllen in der Lage sein werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Taufschein und Heimatschein.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 14. August 1918.**
Verleihungstag: 18. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juni 1918.

---

M. Abt. XIII, 2490/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Mathilde Edle v. Hohenblum und Aloisia Schmid'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Ein Betrag von 350 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, sittsame Mädchen, welche im Gemeindegebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geboren sind und einen unbescholtenen Mann zu ehelichen beabsichtigen, wobei unter sonst gleichen Verhältnissen ein Mädchen mit dem Taufnamen Mathilde den Vorzug hat.

Falls stiftbrieflich geeignete, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geborene Bewerberinnen sich nicht melden, können auch andere nach Wien zuständige, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhafte oder wohnhaft gewesene stiftbrieflich geeignete Mädchen berücksichtigt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Sittenzeugnis, auch des Bräutigams, Nachweis der allfälligen Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**
Verleihungstag: 14. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 10. Juli 1918. 3—3

---

M. A. XIII, 2660/18. Selbständiger Wirkungskreis.

# Kundmachung.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 wird an der Radislowitsch-Braun'schen Stiftungsschule II., Taborstraße 24, der unentgeltliche einjährige Kurs in Stenographie (System Gabelsberger) und Maschinschreiben für mittellose katholische Mädchen im Alter von mindestens zwölf Jahren wieder eröffnet, welcher an Nachmittagen außerhalb der Pflichtschulstunden abgehalten wird.

Mädchen, welche diesen Kurs besuchen wollen, haben sich **Mittwoch den 4. oder Samstag den 7. September 1918 zwischen halb 4 und 6 Uhr nachmittags** bei der Kursleitung im Stiftungshause, II., Taborstraße 24 (rückwärts im Hofe, 1. Stock) in Begleitung ihrer gesetzlichen Vertreter und unter Mitnahme des Taufscheines, Heimatscheines, letzten Schulzeugnisses und eines Mittellosigkeitszeugnisses zur Aufnahme zu melden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juli 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 2378/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Dr. Josef Deckert'sche Stiftung
### für Gewerbetreibende.

Verliehen werden: 80 K an einen oder zwei Bewerber.

Zur Bewerbung sind berufen: In Not geratene Geschäftsleute, welche in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bei sonst gleichen Umständen genießen katholische Geschäftsleute der Pfarre St. Josef in Weinhaus (XVIII. Bezirk) das Vorzugsrecht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 2. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 10. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt. XIII, 2183/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Elise Gadner'sche Stiftung
### für arme Bürgerinnen.

Verteilt werden: 2000 K in Teilbeträgen von je 20 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Wiener Bürgerinnen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armutszeugnis, Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Nachweis über den Bürgerstand des Gatten, allenfalls auch Totenschein desselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 7. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juni 1918.

---

M. Abt. XIII, 2142/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Ignaz Rainharter'sche Stiftung
### für christliche Waisen Wiens.

Zur Verteilung gelangen: 4400 K in 20 gleichen Teilen.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien geborene, unbescholtene christliche Waisen, welche im Begriffe stehen, ein Gewerbe zu eröffnen oder einen ehelichen Hausstand zu begründen, und zwar werden je zehn männliche und weibliche Waisen beteilt.

Im IV. Wiener Gemeindebezirke Wieden seßhafte Waisen sind bei sonst gleichen Verhältnissen vorzugsberechtigt.

Die Flüssigmachung der Unterstützungsbeträge erfolgt nur dann, wenn binnen Jahresfrist nach erfolgter Verleihung der Stiftung das Gewerbe ordnungsgemäß angetreten, beziehungsweise die Ehe gesetzmäßig geschlossen wird.

Den Gesuchen sind beizuschließen: Taufschein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstag: 18. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918.

---

M. Abt. XIII, 2184/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Marie Kment'sche Stiftung
### für ein altes katholisches Ehepaar.

Verliehen wird: Ein Betrag von 179 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, alte, in Wien ansässige Ehepaare römisch-katholischen Glaubens.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Heimatschein und Taufzettel der Kinder.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Auszahlungstag: 7. Dezember 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juni 1918.

---

M. Abt. XIII, 1737/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Maria Anna Fürstin v. Dietrichstein'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Zur Verleihung gelangen: Sechs Stiftplätze im Betrage von je 210 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Elternlose, unbescholtene, in Wien geborene Mädchen; Waisen nach Wiener Bürgern werden bevorzugt.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armutszeugnis, Nachweis der Verwaisung, allenfalls auch Bürgerrechts-Dekret des Vaters.

Einreichungsfrist: **Bis 14. August 1918.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 13. Juni 1918.

---

M. Abt. XIII, 2159/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Johann Trobl'sche Stiftung
### für verunglückte Bauarbeiter.

Verteilt werden: 1450 K in Beträgen von etwa 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Verunglückte christliche Bauarbeiter oder deren Hinterbliebene.

Unter der Bezeichnung „Bauarbeiter" sind bei dieser Stiftung Maurer und Gerüstler (Gehilfen und Lehrlinge), Bautaglöhner und Bautaglöhnerinnen zu verstehen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Nachweis über die Art und Zeit des erlittenen Unfalles, ärztliches Zeugnis, allenfalls auch Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 7. September 1918.**
Verleihungstermin: November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 5. Juli 1918.

---


Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

**Schelhammer & Schattera**

**Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.**

**M. Esterlus,**
Wien, IX., Marianneng 2



Sanitätsgeräteschaften — Krankenfahrstühle. Krankenmöbel.

**Aufzüge und Krane**
**A. FREISSLER,** Ingenieur
MASCHINEN- UND AUFZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.
WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.
Seit 51 Jahren bestehende Spezialfabrik befasst sich ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Kranen nach eigener bewährter Konstruktion.

**Berndorfer Metallwarenfabrik**
**ARTHUR KRUPP A. G.**
Berndorf Nieder-Oesterr.
Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.
**NIEDERLAGEN:** WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:
Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
:—: etc. etc. etc. :—:

ARTHUR KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.
BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.
BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.
Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

**Allgemeine Depositen-Bank**
**Wien, I., Schottengasse 1,**
Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz
und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.
Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.

**„Austria" Petroleumindustrie A. G.**
**Wien, I., Renngasse 6**
Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414
Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.
Telegramme: Senkero Wien
Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Bei k. k. Ministerien, Ämtern etc. besteingeführte
**Frema-Werke** (Friedrich May)
**Wien, I., Fischhof 3**
Telephon Nr. 14602
liefern regelmässig:
Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 65. Dienstag den 13. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. - Ganzjährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


## Stadtrat.

### Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch den 14. August 1918, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 16. August 1918, 10 Uhr vormittags.

### Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **1. August 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Dechant, Grünbeck, Dr. Haas, Heindl, Hermann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Knoll, Müller, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Spalowsky, v. Steiner, Tomola, Wippel, Zatzka.

Beurlaubt: St.-R. Dr. Hein, Wessely.
Beigezogen: Direktor Spängler.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Das Kaiser Karl-Wohlfartswerk „Kinder aufs Land" dankt für die vom Wiener Gemeinderate bewilligte Subvention von einer Million Kronen. (Zur Kenntnis.)

2. Der Schauspieler Anton Amon vom „Deutschen Volkstheater" dankt für die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille. (Zur Kenntnis.)

3. Das Benediktinerstift Seitenstetten dankt für die unentgeltliche Ueberlassung von 12 Medaillen aus den städtischen Sammlungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

**St.-R. Wippel** beantragt, den im Amtsblatt vom 2. August erscheinenden Bericht des Herrn Bürgermeisters über die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung im ersten Halbjahre 1918 an alle Gast- und Kaffeehäuser gratis abzugeben.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 7863, M. A. XIV, 1289.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 28. Mai 1918 samt Plan, betreffend die Errichtung eines Ambulatoriums im k. k. Kaiserin Elisabeth-Spitale in Wien zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 7781, M. A. X, 5040.) Dem Josef Kuchar, Hausbesitzer, XVII., Hernalser Hauptstraße 151, wird der einfache Gruftplatz Nr. 35 in der Gruppe XIV, des Hernalser Friedhofes um die Gebühr von 2400 K für Zugewiesene, beziehungsweise 9600 K für Nichtzugewiesene unter der Bedingung auf Friedhofsbestand überlassen, daß diese Gebühr binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung vom Stadtrats-Beschlusse beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk erlegt und die Gruft nach Einholung der Baubewilligung durch befugte Gewerbetreibende auf Kosten des Erwerbers hergestellt wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 7846, St. E. W., 1890.) Dem Verwaltungsbeamten II. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke, Alois Böhm, wird auf die Dauer seiner Verwendung in der Personal-Abteilung eine nichtanrechenbare Personalzulage von 300 K pro Jahr bewilligt.

(P. Z. 7845, St. E. W., 2249.) Der am 1. Juli 1914 vertragsmäßig von der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft in den Dienst der städtischen Elektrizitätswerke übernommene kaufmännische Beamte Karl Thaller wird mit dem Range vom Ernennungstage zum Rechnungsbeamten ernannt und in die 3. Gehaltsstufe der IV. Gehaltsklasse mit 1700 K Gehalt und 1000 K Quartiergeld eingereiht.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P Z. 7843, St. E. W., 1019.) Dem Ober-Maschinisten I. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Josef Pawlik wird eine anrechenbare Dienstalterszulage im Betrage von 400 K jährlich zuerkannt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7841, St. E. W., 1616.) Der Witwe des am 1. Juni 1918 eines plötzlichen Todes verstorbenen technischen Diurnisten der städtischen Elektrizitätswerke Moritz Wytlacil, namens Franziska Wytlacil, wird gnadenweise ein Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 500 K und eine einmalige, im Einvernehmen mit der Bittstellerin, allenfalls in monatlichen Teilbeträgen auszuzahlende Gnadengabe im Betrage von 800 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 7830, St. E. W., 1917.) Dem Verwaltungsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke Alfred Nettl wird bei gleichzeitiger Einstellung der ihm mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 11. Mai 1916, P. Z. 4529, auf die Dauer seiner Verwendung in der Personal-Abteilung bewilligten Personalzulage, mit Rücksicht auf seine nunmehrige, mit regelmäßigem Außendienste verbundene Dienstesverwendung ein Spesenpauschale von jährlich 300 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 7785, M. A. X, 5902.) Dem Gärtner und Leiter des Grinzinger Friedhofes Leander Völkl wird aus Billigkeitsrücksichten der Ersatz der aus Anlaß seiner Ernennung zum Leiter dieses Friedhofes aufgelaufenen Uebersiedlungskosten von 180 K bewilligt.

(P. Z. 7828, L. W. A., 1/105.) Das Mehrerfordernis von 3 K 91 h gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 16.742 K für die Rekonstruktion der Terrassenisolierung über dem Speisesaal des Schlosses Cobenzl im XIX. Bezirke einschließlich diverser Instandsetzungsarbeiten wird nachträglich genehmigt und die Ueberweisung der auf Ausgabs-Rubrik XII 28 ½ nicht bedeckten Kosten per 618 K 15 h auf das Investitionsanlehen vom Jahre 1914 bewilligt.

(P. Z. 7133, L. W. A., 15/2.) Die Gemeinde Wien macht von der ihr durch den Großgrundbesitzer Kurt Weiner eingeräumten Option Gebrauch und beteiligt sich ab 1. Juni 1918 unter den Originalbedingungen des zwischen Kurt Weiner und Wilhelm Reichsgrafen v. Spee, als Besitzer des gräflich Hompesch-Bollheim'schen Realfideikommisses Joslowitz abgeschlossenen Pachtvertrages mit 40 Prozent an der Pachtung des mährischen Landtafelgutes Joslowitz.

Der Magistrat wird beauftragt, über die rechtliche Konstruktion des Vertragsverhältnisses eventuell unter Errichtung einer Gesellschaft nach dem Handelsgesetze an den Stadtrat ehestens zu berichten.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 7763, M. A. V, 1375.) Der Stadtrat faßt folgende Entschließung: Die Gemeinde Wien hält die eheste Herstellung einer Bahnverbindung nach Joslowitz im Interesse der Approvisionierung Wiens für eine unbedingte Notwendigkeit. Sie richtet daher an den niederösterreichischen Landes-Ausschuß das dringende Ersuchen, den Bau dieser Bahnlinie so schnell als es möglich ist, durchzuführen, hiebei aber von dem Anschlusse an die Nordwestbahn in Stockerau abzusehen und vielmehr die neue Bahn in eine direkte Verbindung mit den niederösterreichischen Marchfeldbahnen nächst Stammersdorf zu bringen.

(P. Z. 7912, M. A. X, 6920.) Dem k. k. Finanzrat Dr. Siegmund Berger, IX., Sechsschimmelgasse 14, wird zur Beerdigung seines gefallenen Sohnes Oswald Berger das heimgefallene Einzelgrab Gruppe IV, Reihe 5, Nr. 2 auf der israelitischen Abteilung des Döblinger Friedhofes ausnahmweise im Sinne des Magistrats-Antrages um 400 K auf 20 Jahre überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Nemetz** wird beschlossen:

(P. Z. 7760, M. A. III, 2114.) In Angelegenheit des Anbotes von Wilhelmine Tverdy auf Verkauf der Liegenschaft V., Castelligasse 1, wird ein stadträtliches Komitee eingesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 7884, M. A. III, 1832.) Die Gemeinde Wien verkauft an Karl und Auguste Rüll zur Ergänzung der Liegenschaft Einl.-Z. 253 Grundbuch Neustift am Walde die im bauamtlichen Plane vom Juni 1918, Fach-Abteilung XIV, 1447/18, mit den Buchstaben a b c d (a) umschriebene, rot angelegte Teilfläche der Kat.-Parz. 497 öffentliches Gut Neustift am Walde im Ausmaße von angenähert 23·81 m² um die Bauschsumme von 290 K und unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist binnen acht Tagen nach geschehener Verständigung von der Annahme des Anbotes durch die Gemeinde bar zu erlegen.

2. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren einschließlich der Kosten der Plananfertigung tragen die Käufer zur Gänze und allein.

(P. Z. 7540, M. A. X, 4248.) Dem städtischen Hauptkassen-Ober-Kontrollor Karl Zmeßkal, XIII., Riglergasse 14, wird das eigene Grab Gruppe IV, Reihe 2, Nr. 10 im Gersthofer Friedhofe ausnahmsweise um die Gebühr von 100 K auf 20 Jahre überlassen.

(P. Z. 7782, M. A. X, 5844.) Dem Franz Biebersteiner, Hausbesitzer, XVIII., Walriesstraße 72, wird anläßlich der Rückstellung der einfachen Gruft Nr. 91 im Gersthofer Friedhofe an die Gemeinde Wien von der am 28. Juni 1916 unter J. A. 231 erlegten Grabstellgebühr per 1400 K der Betrag von 1295 K rückvergütet.

Nach Rückvergütung dieses Betrages wird die genannte Gruft dem Ludwig Riedl, XVIII., Gersthoferstraße 162, um den Betrag von 1700 K, wenn die Gebühr für Zugewiesene, um den Betrag von 5900 K, wenn die Gebühr für Nichtzugewiesene in Anwendung kommt, auf die Dauer des Friedhofbestandes unter der Bedingung überlassen, daß der Erwerber die Gruft im gegenwärtigen Zustande und ohne jeden Anspruch auf irgendwelche Herstellungen seitens der Gemeinde Wien übernimmt.

(P. Z. 7771, M. A. VIII, 1576.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwei Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in den Häusern des XVIII. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 3762, M. A. IV, 2257.) Die öffentliche Gasbeleuchtung des von der Schafberggasse zur Kindererholungsstätte auf der Kreuzeichenwiese an der Ladenburghöhe im XVIII. Bezirke führenden Fahrweges im Anschlusse an die auf diesem Wege bereits bestehende letzte ganznächtige Gasflamme Nr. 864 wird nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 7888, M. A. XI b, 16498/18.) Die in dem Magistrats-Berichte angegebenen Arbeiten und Herstellungen in dem Versorgungshause der Stadt Wien in Liesing mit dem Kostenbetrage per 15.000 K werden genehmigt.

Die Ausführung der Baumeisterarbeiten wird dem Baumeister Gottfried Lemböck in Wien, die Herstellung der Bauspenglerarbeiten dem Ludwig Ahsfall, Spenglermeister in Liesing und die Ausführung der Bautischlerarbeiten dem Robert Holzer, Tischlermeister in Perchtoldsdorf, auf Grund ihrer Anbote übertragen;

die Zimmermanns- und Dachdeckerarbeiten sind von den ständigen Unternehmern auszuführen;

das für die Anstreicherarbeiten erforderliche Materiale ist im Handeinkaufe zu beschaffen.

Der Magistrat wird ermächtigt, die Schlosserarbeiten durch die städtische Heizwerkstätte ausführen zu lassen, oder nötigenfalls an einen Schlossermeister in Liesing oder in der Umgebung von Liesing im Verhandlungswege zu vergeben.

(P. Z. 7889, M. A. XI b, 19442/18.) Der Magistrat wird unter der Bedingung ermächtigt, die in dem Armenstiftungshause im XIX. Bezirke, Ruthgasse 7, befindlichen sieben Pfleglingskästen dem Zweigvereine Wien-Döbling des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich unentgeltlich zu überlassen und die im Magistratsberichte bezeichneten Ausführungen und Herrichtungen auf Kosten des Vereines zu bewilligen, daß diese Herstellungen und Einrichtungen bei Rückstellung des Hauses der Gemeinde Wien ohne Entgelt überlassen werden.

(P. Z. 7563, Jugendamt, 516.) Ueber das Anbot der Marie Bauer auf Verkauf des Kinogebäudes, XIX., Krapfenwaldgasse, wird das mit Beschluß vom 25. Juli 1918 eingesetzte Verhandlungs-Komitee neuerlich einberufen.

(P. Z. 7829, Milchversorgungsstelle, 4318.) Der Bericht der Milchversorgungsstelle, nach welchem der angefochtene, streng auf Aktengrundlage verfaßte Tätigkeitsbericht über die Maßnahmen zur Verhütung des Einlangens saurer Milch und die Veröffentlichung dieses Berichtes keineswegs eine Kritik der von den staatlichen Behörden, insbesondere aber vom Eisenbahnministerium getroffenen Verfügungen bezwecken sollte, wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 7820, M. A. XVI, 11014.) Die derzeitige Spöttelgasse im XVIII. Bezirke wird nach dem verdienstvollen verstorbenen Direktor der Sternwarte Hofrat Professor Dr. Edmund Weiß in „Edmund Weiß-Gasse" umbenannt.

(P. Z. 7822, M. A. XXII, 1140.) Die Gemeinde Wien tritt dem Fürsorgevereine für reichsdeutsche Krieger, Kriegerwitwen und -Waisen im Amtsbezirke des kaiserlich Deutschen Konsulates in Wien „Deutsche Kriegerfürsorge" als Gründer mit einem einmaligen Beitrage von 2500 K bei.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7891, M. B. A. XIII, 1599.) Die an der Privat-Handelsschule für Mädchen des Gustav Lothar Schremmer vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen zur Besetzung gelangenden drei Freiplätze werden folgenden Bewerberinnen auf die lehrplanmäßige Studiendauer verliehen:

1. Marie Lunda, Bewerberübersicht Nr. 1,
2. Gabriele Kopetzky, Bewerberübersicht Nr. 2, und
3. Anna Hornung, Bewerberübersicht Nr. 3.

(P. Z. 7892, M. A. XIII, 2679/18.) Der Studierende der Rechte Robert Mader wird zur Erlangung des Doktorgrades für das Studienjahr 1918/19 im Genusse des ihm seinerzeit verliehenen Hermine Eißler'schen Stipendiums jährlicher 600 K belassen.

(P. Z. 7893, M. A. XIII, 1630/18.) Nachstehenden sieben Bewerbern um einen der städtischen Freiplätze an der k. k. Exportakademie in Wien wird ein solcher Freiplatz für das Studienjahr 1918/19 verliehen, und zwar: Maximilian Schlederer, Heinrich

Müller, Franz Baloun, Erwin Lagelbauer, Josef Pfeifer, Heinrich Ellenbogen und Rudolf Ruschka.

(P. Z. 7865, M. A. XV, 9735.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Bequartierung von 120 Kindern des Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes „Kinder aufs Land" in den Räumlichkeiten der Bürgerschule für Knaben und Mädchen II., Feuerbachstraße 3, wird nachträglich zugestimmt.

(P. Z. 7809, M. A. XV, 9241.) Dem Johann Keck, Sohn des am 4. Juli 1918 verstorbenen Schuldieners i. R. Karl Keck, wird das Sterbequartal im Betrage von 385 K 20 h und das Zinsviertel für den August 1918 im Betrage von 171 K 20 h zuerkannt.

(P. Z. 7797, M. A. XV, 6992.) Die Kosten der Instandsetzung der Oefen in den Schulen X., Arthaberplatz 12/13, Rotenhofgasse 35/37 und XVII., Kindermanngasse 1, mit den Beträgen von 4087 K 20 h und 2896 K 20 h werden genehmigt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabs-Rubrik XLIII 3 bedeckt.

(P. Z. 7759, M. A. III, 2661.) Der k. k. Gesellschaft vom „Oesterr. silbernen Kreuz", I., Bäckerstraße 8, wird die Bewilligung zur Abhaltung eines Gartenfestes in den für den Restaurationsbetrieb vorbehaltenen Teilen des Türkenschanzparkes am 0. August 1918 unter den Bedingungen der Verhandlungsschrift vom 30. Juli 1918 erteilt.

(P. Z. 7789, M. A. XIII, 3201.) Der Vorschlag der Bezirksvorstehung des V. Bezirkes, betreffend die Aufnahme von 25 Schülerinnen und die Auswahl von 3 Bewerberinnen als Ersatz für allfällige Erledigungsfälle, wird im Sinne des Schulstatutes genehmigt.

(P. Z. 7808, M. A. XV, 9663.) Die gnadenweise Bewilligung einer Kriegszulage an den Volksschullehrer I. Klasse Johann Sommerdinger wird abgelehnt.

(P. Z. 7795, M. A. XV, 8519.) Ueber Ansuchen wird dem Bürgerschullehrer Josef Becher bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 766 K 88 h ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 20 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 7793, M. A. XX, 7901.) Ueber Ansuchen wird der Lehrerswitwe Hermine Grohmann bewilligt, ihren Uebergenuß an Erziehungsbeitrag im Betrage von 247 K 33 h ab 1. Juli 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 10 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 7794, M. A. XV, 8571.) Ueber Ansuchen wird der Bürgerschullehrerin Josefine Knirr bewilligt, ihren Gehaltsübergenuß im Betrage von 800 K ab 1. Juni 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 40 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 7791, M. A. XV, 7681.) Ueber Ansuchen wird dem Volksschullehrer II. Klasse Robert Mölzer bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 985 K 55 h ab 1. Juli 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 30 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 7792, M. A. XV, 8220.) Ueber Ansuchen wird dem Bürgerschullehrer Karl Höttl bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 505 K 14 h ab 1. Juni 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 30 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 7801, M. A. XV, 4943.) Der Volksschullehrerswitwe Auguste Aschermann wird die Rückzahlung des Uebergenusses an Erziehungsbeitrag für ihren in russischer Gefangenschaft befindlichen Sohn Hans im Betrage von 405 K 33 h gnadenweise nachgesehen, das Ansuchen um die Weiterbelassung des Erziehungsbeitrages wird jedoch abgelehnt.

(P. Z. 7806, M. A. XV, 9604.) Zur Beurlaubung des Bürgerschullehrers August Pekarek auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7805, M. A. XV, 9547.) Zur Beurlaubung des katholischen Religionslehrers Wilhelm Bong auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7817, M. A. XV, 9605.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers II. Klasse Ludwig Pichler auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 behufs Versehung einer Lehrstelle an der österreichisch-ungarischen Schule in Konstantinopel gegen Karenz der Bezüge, jedoch termingemäße Einzahlung der Pensionsfondsbeiträge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7790, M. A. XV, 9600.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers I. Klasse Karl Denk auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 behufs Leitung einer Privat-Volksschule mit Oeffentlichkeitsrecht gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7858, B. Sch. R., 2588.) Zur definitiven Versetzung der Lehrerin der französischen Sprache Helene Bittmann an die Mädchen-Bürgerschule VII., Neustiftgasse 100, wird die Zustimmung nicht erteilt.

(P. Z. 7800, M. A. XV, 9332.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 172 K 4 h an den prov. kath. Religionslehrer P. Dr. Edmund Wabitsch anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an den Mädchen-Volksschulen XVI., Gaullachergasse 49/51, Neumayrgasse 25 und Schinnaglgasse 3 und an der Knaben-Volksschule XVI., Schinnaglgasse 5, in der Zeit vom September 1917 bis Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7799, M. A. XV, 9331.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 78 K an den prov. kath. Religionslehrer P. Hermann Peichl anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Dr. Albert Geßmann-Gasse 187, in der Zeit vom 7. Dezember 1917 bis 10. Mai 1918, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7818, M. A. XV, 9550.) Zur Zuerkennung der Remuneration für die Erteilung des evangelische Religionsunterrichtes

an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien für das Schuljahr 1917/18 im Betrage von 18.521 K 50 h wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7816, M. A. XV, 9856.) Die Bewerbung um die Schulleiterstelle an der Mädchen-Bürgerschule VIII., Josefstädterstraße 95, wird nur männlichen Lehrpersonen eingeräumt.

(P. Z. 7819, M. A. XV, 6538.) Der Sondervoranschlag der Lernmittelverwaltung für das Schuljahr 1918/19 wird genehmigt.

Das Erfordernis von 845.000 K ist im Hauptvoranschlage des Verwaltungsjahres 1918/19 bedeckt.

(P. Z. 7812, M. A. 1V, 9607.) Zur dauernden Verlegung der Sammelstation des israelitischen Religionsunterrichtes von der Mädchen-Volksschule XVII., Kindermanngasse 1, an die Mädchen-Volksschule XVII., Jörgerstraße 38, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7807, M. A. XV, 3996.) Das Ansuchen der Handarbeitslehrerin i. P. Marie Hatzenberger um gnadenweise Einrechnung des Mietzinsbeitrages in die Altersversorgung wird abgelehnt.

(P. Z. 7803, M. A. XV, 8495.) Das Ansuchen der Volksschullehrerin II. Klasse Margarete Fieber, ihr gnadenweise die Zeit vom 29. April 1917 bis 7. Juni 1917 sowie die Ferienmonate in ihre Dienstzeit einzurechnen, wird grundsätzlich abgelehnt.

(P. Z. 7798, M. A. XV, 7083.) Zur Anrechnung der von dem Bürgerschullehrer Josef Hemmel an Privatschulen mit Oeffentlichkeitsrecht vollstreckten vierjährigen Dienstzeit für die Bemessung der Pension wird die Zustimmung verweigert.

(P. Z. 7802, M. A. XV, 8612.) Zur Anrechnung der von dem Volksschullehrer I. Klasse Heinrich Jäger in der Zeit vom 1. September 1883 bis 28. Oktober 1885 an der mit dem Oeffentlichkeitsrecht ausgestatteten Privat-Volksschule in Wiener-Neustadt zurückgelegten Dienstzeit für die Pension wird die Zustimmung verweigert.

(P. Z. 7860, B. Sch. R., 9598.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIX. Bezirke, Windhabergasse 2, Irene Wintersberger, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158 im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIX. Bezirke, Windhabergasse 2, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7859, B. Sch. R., 7654.) Die Ernennung der aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Favoritenstraße 96, Margarete Werfer, im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse wird nicht vollzogen.

(P. Z. 7895, M. A. XV, 9502.) Zu definitiven Schuldienern II. Bezugsklasse mit dem Range vom Ernennungstage werden ernannt die provisorischen Schuldiener: Alois Remluvil, Thomas Oswald, Johann Skoda, Daniel Wachek und Josef Burg. Den Schuldienern Alois Remluvil, Thomas Oswald, Daniel Wachek und Josef Burg wird unter einem die Altersnachsicht erteilt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7907, St. Str. B., 2576/18.) **St.-R. Schneider** referiert über Betriebseinschränkungen bei den städtischen Straßenbahnen.

Direktor Spängler begründet die Notwendigkeit dieser Einschränkungen und stellt folgende Anträge:

1. Der Betriebsschluß auf dem ganzen Netz der städtischen Straßenbahnen erfolgt um zwei Stunden früher als bisher; die letzen Wagen der Radiallinien verkehren vom Ring nach außen um 9 Uhr abends.

2. Die aus der Beilage ersichtlichen Linien und Linienenden werden aufgelassen.

3. Der Dampfbetrieb auf der Linie Perchtoldsdorf—Mödling wird eingestellt.

4. Diese Verkehrseinschränkungen sind ab 15. August 1918 durchzuführen.

**St.-R. Spalowsky** stellt folgenden Antrag:

An die Bevölkerung ist ein Aufruf des Bürgermeisters zu richten, in welchem die Bevölkerung aufgefordert wird, namentlich bei kurzen Fahrtstrecken auf die Benützuug der Straßenbahn zu verzichten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt folgenden Antrag:

Sr. Majestät dem Kaiser ist eine Denkschrift zu überreichen, in welcher die Verhältnisse bei den städtischen Straßenbahnen, wie sie tatsächlich gegenwärtig liegen, ungeschminkt dargestellt werden und von Sr. Majestät die entsprechenden Aufträge an die Militär- und Zivilstellen erbeten werden.

(Enthebung der älteren Arbeiter, Materialbeistellung, praeferente Behandlung der Waggonbestellungen, Verstärkung des Stadtbahnverkehres, Donaukanalverkehr.)

Durch die Auflassung von Endlinien und anderen Linien ist eine Einschränkung des Verkehres zur Schonung des Wagenparkes herbeizuführen; die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird beauftragt, bis zur nächsten Stadtrats-Sitzung unter Berücksichtigung der im Laufe der Debatte im Stadtrate gefallenen Anregungen ihre Anträge zu stellen.

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Müller stellt folgenden Antrag:

In die Denkschrift an Se. Majestät ist auch die Bitte aufzunehmen, die kompetenten staatlichen Stellen zu beauftragen, für das Straßenbahn-Unternehmen Lebensmittel, Kleider und Schuhe beizustellen.

Die Anträge des Herrn Bürgermeisters werden einstimmig, die Anträge Spalowsky und Müller ebenfalls angenommen.

Schluß der Sitzung.

# Gemeinderats-Ausschuß

für die

## Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes.

## Bericht

über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom **12. Juli 1918.**

Vorsitzende: Obmann Friedrich Dechant,
Obmann-Stellvertreter G.-R. Breuer.

Anwesende: Aichhorn, Brenta, Höck, Hötzel, Kurz, Paulitschke, Pichler, Rotter, Rykl, Sadilek, Wiesinger.

Entschuldigt: G.-R. Ritter v. Findenigg, Heindl, Knoll, Partik, Roth, Baugoin, Wimberger.
Beigezogen: Magistratsrat Ernst Jokl.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

**Obmann G.-R. Dechant** eröffnet die Sitzung.

Folgenden Bewerbern wird das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Höck**:

(6505, M. B. A. X, 5208.) Alois Nasko, Gemischtwaren-Verschleißer.

(5840, M. B. A. X, 48662/17.) Johann März, Betriebsleiter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Wiesinger**:

(6769, M. B. A. XIV, 39207/17.) Franz Hieger, Kaffeeschänker.

(6861, M. B. A. XIV, 21462/17.) Alois Karl Wessely, Dachdeckermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kurz**:

(6313, M B. A. XI, 23465/17.) Johann Müller, Bäckermeister.

(5629, M. B. A. XI, 2997.) Michael Schuster, Gärtner.

(6318, M. B. A. XX, 24454.) Josef Neubauer, Architekt.

(5047, M. B. A. XXI, 29309/17.) Franz Hofmann, Maurermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sadilek**:

(5633, M. B. A. XX, 22074.) Milan Ristic, Kanditen-Erzeuger.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rotter**:

(5618, M. B. A. II, 40/VIII.) Martin Zineger, Gastwirt.

(6955, M. B. A. II, 182/VIII.) Eduard Jenisch, Gastwirt.

(6303, M. B. A. II, 1002/VIII.) Josef Strasser, Bäckermeister.

(6304, M. B. A. II, 996/VIII.) Josef Berger, Bäckermeister.

(6504, M. B. A. VIII, 207/IV.) Karl Anzenhofer, Goldarbeiter.

(5624, M. B. A. VIII, 210/IV.) Franz Merwart, Tapezierermeister.

(6312, M. B. A. VIII, 211.) Adam Mayer, Friseur.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(4694, M. B. A. XIII, 4963.) Leopold Schneider, Privatier.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Aichhorn**:

(6503, M. B. A. V, 27269/17.) Johann Fröhlich, Gastwirt.

(5623, M. B. A. V, 1009.) Karl Wöber, Gemischtwarenhändler.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Pichler**:

(6309, M. B. A. VII, 99/V.) Josef Karl Schmiedt, Ledergalanteriewaren-Erzeuger.

(6310, M. B. A., VII, 444/V.) Stephan Ferdinand Stupal, Taschnermeister.

(6308, M. B. A. VII, 461/V.) Josef Vinzenz Neumann, Gemischtwarenhändler.

(4693, M. B. A. XIII, 2602.) Martin Soudek, Fleischhauer.

(5041, M. B. A. IX, 107/V.) Leopold Schartel, Revisor.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Hötzel**:

(6317, M. B. A. XVI, 18089.) Ludwig Johann Georg Reinwart, Bäckermeister.

(4307, M. B. A. XVI, 44939/17.) Josef Kepl, Kleidermachermeister.

(4768, M. B. A. XVI, 45345/17.) Johann Presselmayer, Fleischhauermeister.

(2174, M. B. A. XVI, 34565/17.) Franz Hubala, Lagerverwalter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(6960, M. B. A. XV, 29627/17.) Alois Steidl, Mechanikermeister.

(6673, M. B. A. XV, 2317.) Franz Grahsl, Metalldrucker.

(6519, M. B. A. XV, 28735/17.) Alois Schütz, Vereinskassier.

(5837, M. B. A. I, 4852.) Franz Kitnar, Kaffeeschänker.

(6302, M. B. A. I, 5563.) Cyrill Pelikan, Glasermeister.

(6952, M. B. A. I, 9722.) Paul Vrtilek, Schuhmacher.

(6954, M. B. A. 1, 9569.) Josef Johuscher, Haarhändler.

(6951, M. B. A. I, 6163.) Rudolf Stöhr, Butter- und Eierhändler.

(6953, M. B. A. I, 6122.) Kaspar Farda, Kaufmann.

(9904, M. B. A. I, 2849/17.) Josef Fröschl, Portier.

(6301, M. B. A. I, 7494.) Anton Redl, Gemischtwaren-Verschleißer.

(5622, M. B. A. IV, 104/IV.) Franz Figerl, Schneidermeister.

(6957, M. B. A. IV, 316/IV.) Georg Walla, Wildbret- und Geflügelhändler.

(6306, M. B. A. IV, 193/IV.) Friedrich Urger, Gastwirt.

(5621, M. B. A. IV, 128/IV.) Anton Eckert, Hühneraugenoperateur.

(6520, M. B. A. IV, 717/IV.) Johann Michel, Glaser- und Spenglermeister.

(6305, M. B. A. IV, 245/IV.) Franz Theodor Szuppansz, Friseur.

(6672, M. B. A. IV, 221/IV.) Johann Alois Perger, Anstreicher- und Lackierermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rykl**:

(3788, M. B. A. XVII, 2549.) Cyrill Horak, Schuhmachermeister.

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Brenta**:

(6726, M. B. A. XVIII, 466/V.) Alfred Ferdinand Missong, Gymnasiast.

(6775, M. B. A. XVIII, 146/V.) Franz Obleitinger, Hochdruckergehilfe.

(6776, M. B. A. XVIII, 4/V.) David Pigl, Schlossergehilfe.

(4318, M. B. A. XIX, 3043/III/17.) Julius Oskar Dittmar, Privatbeamter.

(5688, M. B. A. XIX, 2161/III/17.) Ludwig Hartmann, Privatbeamter.

(4677, M. B. A. XIX, 2961/III/17.) Therese Riedinger, Kontoristin.

(3302, M. B. A. XVIII, 1163/V/17.) Karoline Seidig, Bedienerin.

(6765, M. B. A. XVIII, 113/V.) Matthias Merlei, Schuhmachermeister.

(5037, M. B. A. XIX, 356/III/2.) Josef Distinger, Privatkutscher.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Höck**:

(7066, M. B. A. X, 10105.) Johann Erdreich, Fuhrwerksbesitzer.

(6676, M. B. A. X, 1663.) Susanna Frühwirt, Private.

(5680, M. B. A. X, 19564.) Siegmund Gang, Cafetier (Taxe 600 K).

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Wiesinger**:

(6674, M. B. A. XIV, 33985.) Marie Dunst, Hilfskraft.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kurz**:

(6572, M. B. A. XI, 20160/17.) Josef Franz Bokor, Geschäftsleiter.

Nach dem Berichte und Anträge des **G.-R. Rykl**:

(6575, M. B. A. XIII, 38106/17.) Josef Giczi, Tischlergehilfe.

(6570, M. B. A. IX, 799/V/17.) Gisela Fersli, Beamtin.

(6675, M. B. A. XIII, 37123/17.) Heinrich Weiß, k. u. k. Oberleutnant.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Hadilek**:

(5689, M. B. A. XX, 64363/17.) Andreas Leßko, Heizer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rotter**:

(5676, M. B. A. VIII, 107/IV.) Anna Viecha, Private.

(7061, M. B. A. II, 531/VIII.) Peter Potzka, k. u. k. Feldwebel.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(4300, M. B. A. IX, 743/V/17.) Emma Schmidt, geb. Löchner, Professorswitwe, und deren vier minderjährigen ehelichen Kindern.

(4776, M. B. A. XIII, 1928.) Elisabeth Racioppi, Universitätsprofessorswitwe.

(5683, M. B. A. XIII, 28378/17.) Anton Gustav Hild, Technischer Beamter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Aichhorn**:

(6773, M. B. A. V, 23938/17.) Ernst Uhlemann, Architekt und Stadtbaumeister. (Taxe 800 K.)

(5674, M. B. A. V, 2915/17.) Wilhelm Gustav Deidner, Privatbeamter.

(5666, M. B. A. V, 1251.) Katharina Compassi, Büglerin, und deren vier minderjährigen Kindern.

(6567, M. B. A. V, 12839/17.) Friedrich Richolt, Kunstmaler.

(6764, M. B. A. XII, 32348/17.) Friedrich Schüszler, Beamter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(7065, M. B. A. IV, 217/IV/17.) Vinzenzia Pribis, Sprachlehrerin.

(6565, M. B. A. IV, 688/IV/17.) Anton Förster, Amtsdiener.

(5690, M. B. A. XI a, 7745.) Stephan Kallai, Geschäftsleiter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(6568, M. B. A. VI, 4003.) Elsa Marie Möller, Röntgenassistentin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Höck**:

(4675, M. B. A. X, 54969.) Karl Szabo, Kutscher.

Folgende Bewerber werden über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rykl**:

(6552, M. B. A. IX, 795/V.) Dr. Rudolf Nowak, k. k. Majorauditor.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Brenta**:

(5639, M. B. A. XIX, 3187/III/17.) Hedwig Marianne Antonia Peyrer, Wirtschaftsfräulein.

(6557, M. B. A. XIX, 165/II/III.) Maria Wandruszka Edle v. Wanstetten, Majorswitwe.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Kurz**:

(6554, M. B. A. XI, 23845/17.) Karl Witiska, Wagner.

(5638, M. B. A. XI, 2900/17.) Josef Hasenöhrl, Kaufmann.

(6553, M. B. A. XI, 12163/17.) Karl Schima, Müllergehilfe.

(6558, M. B. A. XXI, 32374/17.) Irmengard Franziska Kögl, Aushilfslehrerin.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Rykl**:

(6679, M. B. A. XVII, 5350.) Maria Franziska v. Zaremba, Schülerin.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Rotter**:

(5636, M. B. A. II, 103/VIII) Alfred Holzer, Geschäftsführer.

(7070, M. B. A. II, 350/VIII.) Paul Adolf Pelikan, k. u. k. Major d. Ruhe.

(6554, M. B. A. II, 876/VIII/17.) Oskar Klimunda und Irene Klimunda, Zöglinge der k. k. Musikakademie.

(6544, M. B. A. II, 275/VIII.) Therese Gauba, Bahnmeisterswitwe.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Paulitschke**:

(4292, M. B. A. XIII, 41454/17.) Walter Karl Anton Lorens, Realschüler.

(5031, M. B. A. XIII, 34327/17.) Barbara Julianna Schindler, geb. Hurtl, Beamtin.

(6468, M. A. IX, 863/V/17.) Elisabeth Maria Christelbauer, prov. Lehrerin.

(6556, M. B. A. XIII, 8242.) Margarete Gareis, geb. Breundl, Oberstleutnantswitwe, und deren vier minderjährige Kinder.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Aichhorn**:

(6555, M. B. A. XII, 1166.) Stanislaus Heinsky, Zugsbegleiter.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Pichler**:

(6465, M. B. A. VII, 1015/V.) Linda Anna Wagner, prov. Volksschullehrerin.

(6550, M. B. A. VII, 320/V.) Marie Jaksch v. Wartenhorst, städt. Lehrerin.

(6551, M. B. A. VII, 81/V.) Anton Johann Wolfsberger, Magazineur.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Breuer**:

(5635, M. B. A. I, 6406.) Franziska Kulszyzki, geb. Kratky, Kammerfrau.

(6543, M. B. A. I, 5533.) Josef Stöffel, Maschinist.

(6542, M. A. XIa, 4552.) Hermine Koller, prov. Lehrerin.

(6862, M. B. A. I, 8441.) Josef Anton Goetz, Privatbeamter.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Breuer** wird beschlossen:

(6514, M. A. XIa, 2367.) Der vom Magistrate mit der Note vom 1. März 1918, Z. 1612, geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme des Karl Weiskirchner und seiner Familie in den Heimtverband der Gemeinde Atzgersdorf wird zurückgezogen und von der Ausgemeindung der genannten Person abgesehen.

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Taxe für die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband herabgesetzt:

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Hadilek**:

(5693, M. B. A. XX, 45926/17.) Johann Spitzer, Spenglergehilfe, auf 100 K.

(5692, M. B. A. XX, 5205.) Josef Ramach, Kutscher, auf 40 K.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Wiesinger**:

(5061, M. B. A. XIV, 1098.) Karl Tater, Schlossergehilfe, auf 40 K.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Kurz**:

(6512, M. B. A. XXI, 37811.) Julius Anton Eckert, Bäckergehilfe, auf 200 K.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Paulitschke**:

(4285, M. B. A. IX, 684/V/17.) Aurelia Katharina Konrath, Gemischtwaren-Verschleißerin, auf 200 K.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Aichhorn**:

(6511, M. B. A. XII, 36275/17.) Anna Schitter, Bedienerin, auf 40 K.

Die Ansuchen folgender Bewerber um die Herabsetzung der Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband werden abgewiesen:

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Brenta**:

(4284, M. B. A. XVIII, 838/1/V/15.) Siegmund Adler, Modezeichner.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Rotter**:

(6068, M. B. A. II, 941/VIII/17.) Nanette Signer, Private.

(6913, M. B. A. II, 165/VIII.) Ludwig Rudolf Singer, Verkäufer.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Paulitschke**:

(6320, M. B. A. VI, 7652.) Ludwig Alexander, Gemischtwarenhändler.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Paulitschke** wird beschlossen:

(6766, M. B. A. V, 17400/17.) Das Ansuchen des Emanuel Rößler, prov. Lehrer, um Herabsetzung der Gebühr für die

Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird abgewiesen. Dem Genannten wird jedoch die Zahlung der Taxe von 400 K in monatlichen Raten von 50 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Rykl** wird beschlossen:

(5679, M. B. A. IX, 371/V/17.) Dr. Anton Skislievicz, k. k. Ober-Stabsarzt, wird gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Paulitschke** wird beschlossen:

(5684, M. B. A. XIII. 74031.) Klara Hildebrand, Kinderwärterin, wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Pichler** wird beschlossen:

(6863, M. B. A. VII, 238/V.) Dem August Zweyer, Handelsangestellter, wird gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Kurz** wird beschlossen:

(6578, M. B. A. XI, 11964.) Dem Theodor Laicha, Hilfsarbeiter, wird gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband zugesichert.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Breuer** wird beschlossen:

Die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an folgende Bewerber wird widerrufen:

(6717, M. A. XI a, 4424.) Hermine Godderidge, geb. Erich, Private (Beschluß vom 29. Mai 1917, P. Z. 5078);

(6680, M. A. XI a, 7878) Emma Arlt, Lehrerin (Beschluß vom 4. Juli 1914, P. Z. 4157);

(5634, M. A. XI a, 4356) Josef Scheuer, Magazinsarbeiter (Beschluß vom 16. September 1915, P. Z. 9755);

(5051, M. A. XI a, 3734) Karl Seitz, Handelsgesellschafter (Beschluß vom 23. September 1915, P. Z. 10031);

(6719, M. A. XI a, 4748) Richard Huber, Geschäftsdiener (Beschluß vom 4. Juni 1914, P. Z. 7856);

(6720, M. A. XI a, 1274) Robert Kindermann, k. u. k. Oberleutnant (Beschluß vom 5. März 1918, P. Z. 2260);

(6721, M. A. XI a, 4674) Marie Kurktschianz, geb. Pöttinger (Beschluß vom 16. September 1915, P. Z. 9750);

(6722, M. A. XI a, 4718) Johann Linzbauer, Kohlenhändler (Beschluß vom 9. Mai 1916, P. Z. 4465).

(6518, M. A. XI a, 4644.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der Adele Mittelstett in den Heimatverband der Gemeinde Klosterneuburg wird nachträglich genehmigt.

(6519, M. A. XI a, 4908.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der Josefine Kotzmann in den Heimatverband Kaltenleutgeben wird nachträglich genehmigt.

(6549, M. A. XI a, 4657.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme des Ruppert Resniszek in den Heimatverband der Gemeinde Gablitz wird nachträglich genehmigt.

(6520, M. A. XI a, 4799.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme des Hermann Zucker in den Heimatverband der Gemeinde Mannswörth wird nachträglich genemigt.

(6513, M. A. XI a, 4746.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme des Adolf Schramek in den Heimatverband der Gemeinde Graz wird nachträglich genehmigt.

(6515, M. A. XI a, 4223.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme des Karl Hufschmied in den Heimatverband der Gemeinde Mödling wird nachträglich genehmigt.

(6517, M. A. XI a, 4660.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme des Johann Zwiecz in den Heimatverband der Gemeinde Kaltenleutgeben wird nachträglich genehmigt.

(6516, M. A. XI a, 4652.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch der Gemeinde Wien auf Aufnahme der Katharine Finke in den Heimatverband der Gemeinde Mödling wird nachträglich genehmigt.

(6727, M. A. XI n, 3856.) Dem Josef Binder wird zur Zahlung der Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband eine Frist in der Dauer eines Jahres bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Wiesinger** wird beschlossen:

(7072, M. A. XI a, 2058.) Die dem Josef Balow mit Beschluß vom 16. April 1918, Z. 2058, erteilte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird als freie Zusicherung im Sinne des § 7 der Heimatgesetznovelle für seine Witwe Christine Balow gegen Belassung der ursprünglichen Taxe von 600 K aufrechterhalten und gleichzeitig seinen minderjährigen Kindern Anna, Josef, Paul, Julius, Franz, Helene und Alois die Zusicherung der taxfreien Mitaufnahme erteilt.

(7076, M. A. XI a 14033/I.) Der von der Gemeinde Podles erhobene Anspruch auf Aufnahme des Emanuel Juza in den Wiener Heimatverband wird anerkannt.

(Obmann-Stellvertreter G.-R. Breuer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. **Dechant** wird beschlossen:

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

(6314, M. B. A. XII, 936.) Rudolf Hartl, Stadtbaumeister.

(5630, M. B. A. XII, 837.) Karl Martin Franke, Gemischtwaren-Verschleißer.

(6507, M. B. A. XII, 26754/17.) Adolf Thomasberger, Kupferschmiedmeister.

(6958, M. B. A. XII, 34171/17.) Johann Mayer, Fleisch- und Selchwaren-Verschleißer.

(6768, M. B. A. XII, 2955.) Otto Friedrich Wilhelm Wolff, Eisengießereibesitzer.

(6767, M. B. A. XII, 2956.) Johann Jarosch, Eisengießereibesitzer.

(6506, M. B. A. XII, 35631/17.) Karl Josef Baumgartner, Uhrmachermeister.

(6729, M. B. A. III, 10902/17.) Benedikt Autherid, Fleischhauer.

(6965, M. B. A. III, 43244/17.) Josef Prececheltel, Friseur.

(6771, M. B. A. III, 4180.) Josef Berwid, Gastwirt.

(6502, M. B. A. III, 538/V.) Vinzenz Franz Küster, Gasthauspächter.

(5619, M. B. A. III, 4987.) Johann Nehasil, Rauchfangkehrermeister.

(6772, M. B. A. XIII, 4343.) Josef Herr, Hausbesitzer.

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

(6561, M. A. XI a, 4385.) Marie Krsek, geb. Hala, Hilfsarbeiterswitwe, und deren minderjährigen Kindern.

(6560, M. A. XI, 8467.) Katharina Wehoffschitz, Private, und deren minderjährigen Kindern.

(6559, M. A. XI a, 4796/17.) Karl Pinzer, Friseurgehilfe.

(6562.) Franziska Radosch und deren minderjährigem Kinde.

(6574, M. B. A. XII, 37704/17.) Wilhelm Otto Sonnenberg, k. k. Hofmusiker.

(7064, M. B. A. III, 40223/17.) Rudolf Ordnung, Privatbeamter.

(5673, M. B. A. III, 32674.) Maria Klara Langer, Krankenpflegerin.

(6563, M. B. A. III, 4649.) Ignaz Roth, Schriftsetzer.

Folgende Bewerber werden gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(7071, M. B. A. IX, 811/V/17.) Dr. Julius Zilz, k. u. k. Ober-Stabsarzt.

(6678, M. B. A. III, 2276.) Emilie Antonie Weihsbrich, geb. Trönle, Südbahnbeamtenwitwe, und deren minderjährigem Kinde.

(6549, M. B. A. III, 31798/17.) Johann Ferdinand Tallafus, Diurnist.

(6548, M. B. A. III, 649/V.) Kasimir Alexander Maria Graf Starzenski, Gutsbesitzer.

(6547, M. B. A. III, 2177.) Stanislaus Jurnek, Lackierergehilfe.

(6940, M. B. A. XII, 16884.) Dr. Karl Friedl.

(6591, M. B. A. XXI, 33301/17.) Anna Theresia Jankowsky, prov. Lehrerin.

(5059, M. A. XI a, 2737.) Josef Mrnak, k. k. Oberleutnant.

(7077, M. A. XI a, 13145/14.) Die mit Beschluß vom 20. Oktober 1917, P. Z. 8916, ausgesprochene taxfreie Aufnahme der Rosina Kernstock, Pflegerin des städtischen Versorgungshauses in Ybbs, in den Wiener Heimatverband wird als Aufnahme im Sinne des § 7 der Heimatgesetznovelle erklärt.

(6725, M. A. XI a, 2997.) Der Beschluß des Stadtrates vom 31. Mai 1918, P. Z. 5217, mit welchem dem Johann Schreiner, Wagenführer der städtischen Straßenbahnen, das Wiener Heimatrecht gegen Erlag einer Taxe von 50 K verliehen wurde, wird nachträglich genehmigt.

(6947, M. A. XI a, 4289.) Der Beschluß des Stadtrates vom 25. Juni 1918, P. Z. 5637/18, mit welchem die Florentine Balzarek in den Wiener Heimatverband aufgenommen wurde, wird nachträglich genehmigt.

(7057, M. A. XI a, 5218.) Der Beschluß des Stadtrates vom 22. Juli 1915, P. Z. 7882, mit welchem dem Georg Denk das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über die Nichterlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch den Genannten widerrufen.

(7074, M. A. XI a, 5272.) Der Beschluß des Stadtrates vom 3. Februar 1916, P. Z. 1060, mit welchem der Hermine Bekic, Bezirkskrankenkassen-Adjunkten, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über das erfolgte Ableben der Genannten widerrufen.

(7073, M. A. XI a, 5275.) Der Stadtrats-Beschluß vom 9. September 1918, P. Z. 9491, mit welchem dem Stephan Kökenyessy, Firmagesellschafter, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über Zurückziehung des Ansuchens durch den Genannten widerrufen.

(6718, M. A. XI a, 4879.) Der Stadtrats-Beschluß vom 22. Juli 1915, P. Z. 7890, mit welchem dem Michael Fischer, k. u. k. Ratstürhüter, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über Ansuchen seitens des Genannten widerrufen.

(6946, M. A. XI a, 5136.) Der Beschluß vom 3. November 1916, P. Z. 10432, mit welchem dem Paul Ruff, Huf- und Wagenschmiedgehilfe, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird wegen Nichterlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft widerrufen.

(6716, M. A. XI a, 5043.) Der Beschluß vom 13. Februar 1918, P. Z. 496, mit welchem dem Franz Kotzell, Bureaugehilfe, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über Zurückziehung des Gesuches seitens des Genannten widerrufen.

(6728, M. A. XI a, 4661.) Der Beschluß vom 29. Mai 1917, P. Z. 2201, mit welchem dem Anton Kotuatschek, Anstreichermeister, das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen wurde, wird über das erfolgte Ableben des Genannten widerrufen.

(6724, M. A. XI a, 4553.) Der Beschluß vom 16. April 1918, P. Z. 3105, mit welchem dem Eduard List, Pfaidler, das

Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen wurde, wird über das erfolgte Ableben des Genannten widerrufen.

(4784, M. A. XI a, 3657.) Der Beschluß vom 15. Jänner 1914, P. Z. 19950, mit welchem dem Emanuel Köhler, Zahlkellner, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens von Seite des Genannten widerrufen.

(6723, M. A. XI a, 4337.) Der Beschluß vom 15. März 1917, P. Z. 12881, mit welchem dem Zimmermaler und Anstreichermeister Johann Kraupa das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens seitens des Genannten widerrufen.

(4670, M. A. XI a, 3326.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der Marie Altmann in den Heimatverband der Gemeinde Wiener-Neudorf wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(4669, M. A. XI a, 3327.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der Heimatrechtsnachfolger des Josef Bendl in den Heimatverband der Gemeinde Perchtoldsdorf wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

Außerdem wurden in dieser Sitzung im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle von 1896 930 Ansuchen um Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband erledigt.

Hievon entfielen auf Inländer 811 Aufnahmen und 101 Abweisungen, auf Ausländer 16 Zusicherungen und 2 Abweisungen.

Schluß der Sitzung.

---

# Bezirksvertretungen

## (VII. Gemeindebezirk, Neubau.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom **16. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Heinrich C. Ohrfandl.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Franz Prem.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen und erklärt die Sitzung nach festgestellter Beschlußfähigkeit für eröffnet.

**Derselbe** beglückwünscht den B.-R. v. Jawecky zu der ihm durch Ueberreichung des Diploms für seine mehr als zehnjährige Tätigkeit als Armenrat zuteil gewordene Auszeichnung.

Sodann verliest der Schriftführer die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung.

**B.-R. Pittner** stellt zu derselben richtig, daß anläßlich der Zuerkennung von Geldbeträgen aus den Theatergeldern der Frauen-Wohltätigkeitsverein und auch die Ortsgruppe des Knabenhortes mündlich ihren Dank für die Zuwendung zum Ausdruck gebracht haben.

Hierauf wird die Aufnahmeschrift genehmigt.

### Einlauf.

(305.) Das Bezirks-Wirtschaftsamt, Stelle VI, teilt mit, daß dermalen eine Vermehrung der Einkaufsscheine nicht erfolgen könne, daß jedoch der Antrag der Bezirksvertretung bei der beabsichtigten Neuorganisierung in Erwägung gezogen werde.

Zur Kenntnis.

(733.) Die Magistrats-Abteilung V teilt die Verlegung des Wartehäuschens im Geleise I der Straßenbahnlinie 8 bei der Märzstraße innerhalb der Flucht des Einfriedungsgitters mit. Hiezu berichtet **B.-R. Zuleger**, welcher als Vertreter des Bezirkes bei der kommissionellen Verhandlung intervenierte. Durch die Verlegung des Wartehäuschens und Pflasterung der Zwischenräume bei den Bäumen der Allee wurde eine bedeutende Verbesserung für das wartende Publikum geschaffen.

**Derselbe** referiert ferner über die Umpflasterung in der Mariahilferstraße 56 bis zur Kirchengasse, beziehungsweise bei Nr. 88 und 88 b.

Zur Kenntnis.

### Anträge und Beschwerden.

(736.) Antrag des **B.-R. Daberkow**, betreffend die Aufstellung einer Anzahl von Bänken auf dem Wege für Fußgänger bei den k. k. Hofstallungen.

Zustimmung.

**B.-V.-St. Ebeling** führt darüber Beschwerde, daß der Rasen bei dem Augustin-Brunnen in der Neustiftgasse sowie die Einfriedungsgitter, ja selbst das Monument häufigen Beschädigungen durch die Schuljugend unterworfen sind, welche diesen Platz als Tummelplatz benütze. Er beantragt die Abschließung der Anlagen.

**B.-R. Rammer** weist darauf hin, daß trotz des bestehenden Verbotes das Anstellen wieder überhand nehme. Besonders kraß sei dieser Uebelstand beim Verkauf von rumänischem Schweinefleisch, wo sich die Leute, darunter schulpflichtige Kinder, vom Vorabend die ganze Nacht hindurch bis zu dem um 8 Uhr morgens beginnenden Verkauf zu vielen Hunderten bei den Verkaufsstellen anstellen. An der Wechselrede hierüber beteiligen sich die **B.-R. Köck** und **Zuleger.**

Die Beschwerde des **B.-R. Kraukiz**, betreffend eine Eierabgabe in der Burggasse, wird dem Marktamte VII zur Behandlung zugewiesen.

**B.-V.-St. Ebeling** bemerkt, daß die Einkaufsstellen für Wollabfälle und dergleichen dermalen wieder bedeutend überhandnehmen. So seien innerhalb der letzten acht Tage in der Neustiftgasse zwei neue solche Einkaufsstellen errichtet worden.

**B.-R. Rammer** führt Beschwerde über die Schuttlagerung in der Mondscheingasse bei Nr. 22.

**Derselbe** ersucht den Vorsitzenden, bei der Magistrats-Abteilung VIII vorstellig zu werden, damit den Besuchern der Volksbäder ein Tuch zum Abtrocknen zur Verfügung gestellt werde.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XXI. Gemeindebezirk, Floridsdorf.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom **16. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Emil Scholz.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Josef Jehlicka.

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Nachdem gegen die Aufnahmeschrift der Sitzung vom 11. April 1918 keine Einwendung erhoben wird, erklärt der **Vorsitzende** dieselbe für genehmigt.

Mitteilungen.

(2192.) Die Direktion der städtischen Straßenbahnen in Wien teilt mit, daß die angeregten Straßenbahnverkehrsverbesserungen für den Bezirksteil Strebersdorf mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse nicht durchführbar sind.

Da die hier namentlich auf der Strecke 32 bestehenden Uebelstände geradezu unhaltbar sind, wird einstimmig beschlossen, neuerlich um schleunigste Abhilfe zu ersuchen.

(2308.) Der Magistrat macht Mitteilung von der beabsichtigten Herstellung einer Baumpflanzung auf der Rampe der Kaiser Franz Josefs-Brücke im XXI. Bezirke.

(2374.) Der Wiener Stadtrat hat die Vergrößerung des Groß-Jedlersdorfer Friedhofes genehmigt.

(2400.) Die Polizei-Direktion in Wien hat zum Schutze der Fluren im XXI. Bezirke eine intensive Bewachung derselben durch die berittene k. k. Sicherheitswache verfügt.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

(1469.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, betreffend die Entfernung der vielen sich nunmehr unberechtigt in Wien aufhaltenden Flüchtlinge.

Es wird beschlossen, sich diesem Antrage anzuschließen.

Anträge und Interpellationen.

(4102.) Antrag des **B.-R. Böhm** auf Ausbau der Volksschule in der Brünnerstraße 139.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß vorläufig für die provisorische Unterbringung von vier Klassen vom nächsten Jahre ab vorgesorgt wurde.

**B.-R. Loßmann** beantragt die Errichtung einer elektrischen Schirmlampe vor dem Wartehäuschen der Station Groß-Jedlersdorf der Straßenbahn.

Angenommen.

**B.-R. Binder** beantragt, das Befahren der Buchbergergasse durch Automobile zu verbieten.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom **17. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Johann Hannsek.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Rupert Gaugusch.

Der **Vorsitzende** begrüßt die erschienenen Bezirksräte, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Der Bericht über die letzte Sitzung der Bezirksvertretung am 21. Februar 1919 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(1401.) Zu dem Antrage des B.-R. Jehly, betreffend die Instandhaltung und Beleuchtung des im Zuge der Herbststraße gegen die Polizeihäuser führenden Fußweges teilt der Magistrat mit, daß die Instandhaltung dieses Weges durch die Gemeinde Wien erfolgen wird, daß von der Beleuchtung jedoch abgesehen wird, da dies kein öffentlicher Verkehrsweg ist.

(2382.) Der Stadtrat hat die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in dem zwischen der Gürtelstraße und der Vorortelinie der Stadtbahn liegenden Teile der Thaliastraße sowie an den Einmündungen einzelner Seitengassen in diese genehmigt.

(1340.) Die Direktion der städtischen Straßenbahnen teilt mit, daß der Anregung der Leitungen der Knaben-Volksschulen XVI., Ottakringerstraße 150, die Haltestelle Wattgasse in der Ottakringerstraße von dem Schuleingang zur Straßenkreuzung zu verschieben, aus Sicherheitsgründen nicht stattgegeben werden kann.

(1539.) Der Magistrat gibt bekannt, daß über den Antrag der Bezirksvertretung, die Straßenbahnhaltestelle Ottakringerstraße-Redtenbachergasse wieder zu errichten, ein Stadtrats-Beschluß eingeholt werden wird.

(1958.) Die Gemeinde Wien hat an die Knaben- und Mädchenbeschäftigungsanstalt Breitenfeld Grundstücke an der Steinhofstraße verkauft.

(2112.) Die Gemeinde Wien hat von Genovefa Aigner Grundstücke am Flötzersteig und an der Reizenpfenninggasse um den Pauschalbetrag von 30.000 K erworben.

(1152.) Der Vorstand der k. k. Steuer-Administration für den XVI. und XVII. Bezirk gibt die Verlegung einzelner Abteilungen dieses Amtes in den XVIII. Bezirk, Klostergasse 31/33, bekannt.

(1856.) Der k. k. Bezirksschulrat Wien ersucht, die Wahl des Ersatzmannes für das verstorbene Mitglied des Ortsschulrates Gem.-Rat Leopold Schmidt ehestens vornehmen zu lassen.

Zur Kenntnis genommen.

Anträge und Anfragen.

(1145.) Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend die Heimbeförderung jener Flüchtlinge, deren Aufenthalt in Wien durch keine Umstände gerechtfertigt erscheint.

Zustimmung.

(1196.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend die ungerechtfertigte Bevorzugung eines kleinen Bruchteiles der Bevölkerung durch Zuweisung von 100 Waggons Weizenmehl für die Mazzesbereitung.

Zustimmung.

(2385, 2388.) Antrag der **B.-R. Meixner** und **Tichy** auf Wiedererrichtung der Straßenbahnhaltestelle Thaliastraße—Richard Wagner-Platz.

Angenommen.

(2386.) Antrag des **B.-R. Tichy**, betreffend die Aufstellung eines Hydranten bei der Alt-Ottakringer Pfarrkirche.

Angenommen.

(2389.) Antrag des **B.-R. Tichy**, betreffend die Aufhebung des Verbotes der Verwendung von Sängern bei den „Heurigen" Ottakrings.

Nach längerer Wechselrede, an der sich der Antragsteller und die **B.-R. Kraupa, Alfonsus, Mann, Heigl** und **St.-R. Hötzel** beteiligen, zieht B.-R. Tichy den Antrag zurück und es wird dem Antrage der **B.-R. Heigl** und **Ramharter** zugestimmt, dahingehend, das Verbot auf alle Heurigenschenken Wiens auszudehnen, um der Verfügung den Charakter einer Strafe zu nehmen, falls nicht überhaupt die Rücknahme der Verfügung erreichbar sein sollte.

**B.-R. Alfonsus** beantragt, dem k. k. Polizeirat Felkel anläßlich seines Scheidens aus dem Bezirke den Dank und die Anerkennung der Bezirksvertretung für sein volksfreundliches Wirken als Leiter des Polizei-Kommissariates Ottakring auszusprechen.

Angenommen.

**B.-R. Kraupa** beantragt, den „Paulinensteig" bereits jetzt für den allgemeinen Verkehr abzusperren. Hiezu sprechen die **B.-R. Spindler** und **Tichy**, sowie **St.-R. Hötzel**, worauf dem Antrage zugestimmt wird.

**B.-R. Pleska** ersucht, zu veranlassen, daß der lebende Zaun in der Erdbrustgasse, der den Verkehr behindert, gestutzt werde.

**B.-R. Tichy** berichtet über das Ergebnis eines Augenscheines wegen Vergrößerung der baulichen Arbeiten der Firma Warchalowsky, Eißler & Komp. und betont, daß seitens der Bezirksvertretung darauf gedrungen werden müsse, daß die Gebäude, deren Errichtung nur auf Kriegsdauer bewilligt wurde, seinerzeit wieder unbedingt entfernt werden und daß von der Gemeinde Wien für die von ihr der Firma in Pacht gegebenen Gründe ein entsprechend hoher Pachtzins verlangt werde.

(5784.) **B.-R. Alfonsus** berichtet über die am 17. April 1918 stattgefundene Besprechung wegen Aufbringung der Mittel zur Anschaffung eines Automobillöschzuges für die Freiwillige Feuerwehr Ottakring und beantragt, den Beschluß der Bezirksvertretung zur Durchführung zu bringen und mit der Aufbringung der Mittel einen Ausschuß, bestehend aus St.-R. Hötzel, B.-V. Priedl, B.-V.-St. Hanusek und den B.-R. Alfonsus, Meixner, Tichy und Zdrahal, zu betrauen.

Angenommen.

**B.-R. Steinruck** bespricht die schwierigen Verhältnisse auf dem Ottakringer Friedhofe und verweist auf den Umstand, daß die durch den Ankauf der Gründe des Stiftes Schotten ermöglichte Friedhofserweiterung noch immer nicht in Angriff genommen wurde und daß die Zahl der verfügbaren Einzelgräber schon wiederum nur eine ganz geringe ist; weiters wünscht er, daß zu den Kommissionen auf dem Friedhofe auch die Bezirksvertretung beigezogen werde.

**St.-R. Hötzel** gibt Aufklärung über die Gründe der Verzögerung der Arbeiten und verspricht, die Angelegenheit neuerlich zu betreiben.

**B.-R. Ramharter** macht Mitteilung von der erfolgten Gründung einer Kreditkasse für Hausbesitzer und Gewerbetreibende.

**B.-V.-St. Hanusek** ersucht die Bezirksräte, für regste Betätigung bei der Zeichnung der bevorstehenden VIII. Kriegsanleihe zu werben; auch **B.-R. Heigl** fordert zu eifriger Werbetätigkeit auf.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom **21. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Maximilian Charwat.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Alois Hlafka.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 23. April 1918 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß B.-R. Lackner, der seit Kriegsbeginn eingerückt ist, zum k. k. Hauptmann i. E. ernannt wurde und erbittet sich die Zustimmung der Kollegen, um B.-R.

Lackner die herzlichsten Glückwünsche zu seiner Beförderung zu übermitteln.

Einstimmig angenommen.

Hierauf beglückwünscht der **Vorsitzende** im Namen der Bezirksvertretung den anwesenden B.-R. Direktor Hönigmann zur Verleihung des Kriegskreuzes für Zivilverdienste.

Zustimmung.

Der **Vorsitzende** schlägt die Gründung des Kriegsanleihezeichnungsvereines für die VIII. Kriegsanleihe durch die Mitglieder der Bezirksvertretung, unter der Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung durch die k. k. Polizei-Direktion, vor. Der Antrag wird einstimmig angenommen und hierauf zur Gründung des Vereines geschritten.

Als Schriftführer fungiert B.-R. Merth.

Es wurden einstimmig gewählt:

Zum Obmann: B.-V. Charwat.

Zu Mitgliedern: B.-V.-St. Feiler und Ober-Offizial Hlafka.

Zum Ersatzmann: Direktor Hönigmann.

Zum Obmann des Schiedsgerichtes: B.-R. Pernitsch.

Die Gewählten erklären, die Wahl anzunehmen.

**B.-V. Charwat** beantwortet einige in der vorigen Sitzung an ihn gerichtete Anfragen.

**B.-R. Mucha** bringt Uebelstände in der Heumühlgasse zur Sprache und ersucht den Vorsitzenden um seine Intervention zur Beseitigung derselben.

**B.-R. Langkammer** spricht über den Spritzanhängewagen der städtischen Straßenbahn und ist der Meinung, daß derselbe zu schnell fahre und zu wenig Wasser abgebe.

**B.-R. Direktor Hönigmann** bespricht die in einzelnen öffentlichen Lokalen aufgestellten Spielautomaten, welche insbesondere von Seite der Jugend stark benützt werden, und wünscht deren baldigste Beseitigung.

**B.-R. Merth** hebt hervor, daß die Zahl der geeigneten Heilanstalten für die Unterbringung von Tuberkulosen viel zu gering sei und bringt einige schnell Hilfe heischende Fälle zur Kenntnis; hiezu sprechen auch noch die **B.-R. Hochrainer** und **Schwarz**.

**B.-V. Charwat** verspricht, hinsichtlich der mitgeteilten Anregungen und Uebelstände unverzüglich die nötigen Schritte einleiten zu wollen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom **23. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kaiserl. Rat **Karl Kretschek.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Ignaz Friers.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet und ordnet die Verlesung des

Einlaufes

an.

Das Dankschreiben des k. k. Ober-Baurates Josef Grünbeck für die Beileidskundgebung der Bezirksvertretung anläßlich des Ablebens seiner Gattin wird zur Kenntnis genommen.

(1037.) Die Direktion der Straßenbahn gibt mit Zuschrift vom 17. April 1918, Z. 1329, die ihrerseits wegen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Straßenbahn getroffenen Maßnahmen bekannt, welche von der Bezirksvertretung zur Kenntnis genommen werden.

(1166.) Der Antrag der Bezirksvertketung Margareten auf ehestmögliche Beendigung des Krieges wird zur Kenntnis genommen.

(1295.) Die Bezirksvertretung Alsergrund übermittelt zur Stellungnahme einen Beschluß-Antrag vom 14. Mai 1918, Z. 961, daß das Landesgesetz über die Gemeindevermittlungsämter dahin abgeändert werde, daß die Parteien bei der Sühneverhandlung zu erscheinen verpflichtet werden, widrigenfalls sie den Klageanspruch verlieren.

Die Bezirksvertretung votiert diesem Antrage einhellige Zustimmung.

(1302.) Die Bezirksvertretung Fünfhaus übermittelt mit Schreiben vom 21. Mai 1918 den Entwurf der Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister vorzulegenden Aenderungen der Kompetenz des Bezirksvorstehers und der Bezirksvertretung zur Stellungnahme. Nach längerer Wechselrede über den Inhalt des Entwurfes, woran sich die **B.-R. Lindmaier, Patz, Steinmann** und **Zimmel** beteiligen, wird der Entwurf in seiner Gänze akzeptiert.

(1269.) Ueber das Ersuchen der Armen-Instituts-Vorstehung XVII vom 17. Mai 1918, Z. II/5/43/1918, um Durchführung der Wahl von zwei Armenräten wurden in Anwesenheit von neun Mitgliedern der Bezirksvertretung mit Stimmeneinhelligkeit die Herren

Hans Tomek, Bürgerschullehrer, XVII., Klemens Hofbauer-Platz 3, und

Karl Tautermann, Apothekenleiter, XVII., Mariengasse 24,

gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

# Allgemeine Nachrichten.

## Feierliche Überreichung von Auszeichnungen und Beeidigung neuer Bürger im Rathause.

Donnerstag den 8. August 1918 um 10 Uhr vormittags fand im Präsidialbureau, I., Neues Rathaus, 1. Stock, die feierliche Ueberreichung von kaiserlichen und kommunalen Auszeichnungen, beziehungsweise Bürgerbeeidigungen statt.

Zur Feier hatten sich eingefunden: Die Stadträt Brauneiß, Breuer und Müller, Gemeinderat Roth, Bezirksvorsteher Ohrfandl, Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern, Präsidial-Vorstand Ober-Magistratsrat Formanek, Magistratsrat Dr. Fastenbauer, Magistrats-Sekretär Dr. Wolf, Betriebsleiter Niedermayer, Vize-Präsident des Verwaltungsrates der Länderbank Otto v. Seybel mit Direktor Max Kraus, sowie eine Reihe von Genossenschaftsvorstehern.

Zunächst überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Oberbeamten der Oesterreichischen Länderbank Ludwig Schafer das Dekret über die Verleihung des Titels eines kaiserlichen Rates.

Er hielt dabei folgende Ansprache:

„Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser und Herr hat Ihnen in Anerkennung Ihrer besonderen Verdienste den Titel „Kaiserlicher Rat" verliehen und mir obliegt heute die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen diese kaiserliche Auszeichnung in Form des Dekretes zu überreichen. Ich beglückwünsche Sie herzlichst hiezu, ich habe aber auch noch eine andere Pflicht zu erfüllen, der kaiserlichen Auszeichnung anzuschließen den Dank des Bürgermeisters und der Gemeinde Wien für Ihre außerordentlich umsichtige und weitgehende Tätigkeit auf dem Gebiete der städtischen Kohlenversorgung. In der verantwortungsvollen Stelle des Leiters der Buchhaltung für den Kohlenverkauf haben Sie sich, Herr kaiserlicher Rat, außerordentliche Verdienste erworben und sowohl Ihrer Bank, die Sie wiederholt durch Vertrauensstellungen geehrt hat, wie der Gemeinde Wien genützt und dazu beigetragen, daß dieser wichtige Zweig der städtischen Approvisionierung sich in einwandfreier und tadelloser Art abspielt. Nehmen Sie dafür den besten Dank. Ich wünsche von Herzen, daß Ihnen der liebe Gott Gesundheit, geistige und körperliche Kraft für viele Jahre verleiht, damit Sie sich der kaiserlichen Auszeichnung recht lang erfreuen und weiter im Interesse Ihres Unternehmens, aber auch der Gemeinde Wien tätig sein können. Glückauf, Herr kaiserlicher Rat!"

Vize-Präsident Otto v. Seybel sprach namens der Länderbank die herzlichsten Glückwünsche aus mit der Hoffnung, daß der Ausgezeichnete der Anstalt noch recht lange erhalten bleiben werde.

Direktor Kraus schloß sich diesen Glückwünschen an, worauf der Ausgezeichnete mit herzlichen Dankworten erwiderte.

Hierauf überreichte der Bürgermeister dem städtischen Straßenarbeiter Josef Guck das ihm vom Stadtrate verliehene Ehrengeschenk von 100 K. Er beglückwünschte den Ausgezeichneten und sprach ihm den Dank der Gemeinde Wien für seine treuen Dienste aus, die er durch so viele Jahre in der städtischen Straßenpflege leistete. Seine Tätigkeit möge vorbildlich sein für die heranwachsende Generation, damit auch in ihr das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl rege bleibe.

Betriebsleiter Niedermayer beglückwünschte die Ausgezeichneten und dankte dem Bürgermeister für seine herzlichen und anerkennenden Worte.

Bezirksvorsteher Ohrfandl sprach namens der Vertretung des VII. Bezirkes seine Glückwünsche aus. Er kenne den Ausgezeichneten als einen wackeren und ausgezeichneten Mann, sagte er hiebei, der immer und jederzeit seine Pflicht gewissenhaft erfüllt habe.

Es folgte nunmehr die Beeidigung der neuernannten Bürger der Stadt Wien.

Der Bürgermeister erinnerte an den Inhalt des Eides: Treue zu Kaiser und Reich, gewissenhafte Befolgung der Gesetze, Wahrung des Charakters der Stadt Wien als deutsche Stadt, aber auch als Reichshaupt- und Residenzstadt Oesterreichs. Er könne sich einen Wiener Bürger, führte er hierauf aus, nicht anders denken, als einen wackeren deutschen Mann, der für sein Volk mit allen Fasern seines Herzens fühlt und alles aufbietet, daß diese Stätte, an der durch ein Jahrtausend Deutsche geschafft und gewirkt haben, auch als deutsche Stadt erhalten bleibe. Wir müssen aber auch großen Wert darauf legen, daß Wien die Reichshauptstadt eines mächtigen Oesterreichs bleibt. Das Wohl und Wehe einer Stadt hängt in erster Linie von der Gesinnung ihrer Bürger ab. Sie mögen sich bewußt sein, Bürger Wiens zu sein und zu heißen, ist eine Ehre, sie legt aber auch Pflichten auf, und wenn er in diesen schweren Zeiten an die Bürgerschaft Wiens appelliere und sie zur unmittelbaren Mitarbeit mit dem Bürgermeister einladen werde, rechne er darauf, daß sie diesem Rufe Folge leisten, unentwegt zum Rathaus stehen und alles aufbieten werden, um die Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten, damit die Grundlagen für künftige Friedensarbeit gegeben sind, wo dann alle treu zusammenstehen und an Friedenswerken arbeiten werden, zur Ehre, zum Ruhm und zum Ansehen unserer Vaterstadt.

Präsidialvorstand Ober-Magistratsrat Formanek verlas die Eidesformel, worauf die neuernannten Bürger den Bürgereid ablegten.

Hiemit fand die Feier ihr Ende.

## K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 25. Juni 1918, ad G. Z. 8322/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 18. Juni 1918, Z. 2942-II, folgendes anher eröffnet:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat findet, dem Bürgerschullehrer Vinzenz Kaderschafka, dem provisorischen Leiter Johann Liemberger, dem Oberlehrer Heinrich Hofmann, dem Oberlehrer Karl Felix Schillerwein, der Volksschullehrerin I. Klasse Marie Markowicka, dem Oberlehrer Franz Reitter, dem Oberlehrer Max Latzel, dem propisorischen Leiter Andreas Madl, dem provisorischen Leiter Karl Schnetzinger, der Oberlehrerin Marie Hoerzer, der Oberlehrerin Helene Moser, dem Oberlehrer Simon Poelz, der Bürgerschullererin Cäcilie Neudlinger, der Oberlehrerin Josefine Miltschofsky für ihre ersprießliche Lehr- und Erziehungstätigkeit die Anerkennung, dem Bürgerschul-Direktor Heinrich Richter und

dem Oberlehrer Karl Bulwas die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 25. Juni 1918, ad G. Z. 11628/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit Erlaß vom 22. Mai 1918, Z. 1844-XIII, dem Bürgerschul-Direktor des Ruhestandes Karl Liebleitner in Wien für seine vieljährige, sehr ersprießliche Wirksamkeit im Schuldienste, insbesondere auch für seine Bemühungen um die Pflege des deutschen Volksliedes in der Volksschule den Dank und die Anerkennung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 6. Juli 1918, ad G. Z. 6608/18:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XI., Simoningplatz 2, Adolf May, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein langjähriges eifriges Wirken im Dienste der Erziehung und des Unterrichtes die volle Anerkennung auszusprechen.

---

# Lebensmittelverkehr.

## Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 4. August bis 10. August 1918.

### 1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch . . | 112.320 kg | Und zwar aus: | |
| | | Wien . . . . . | 43.241 kg |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 200 „ |
| | | Oberösterreich . . . . . | 3.283 „ |
| | | Steiermark . . . . . | 36.326 „ |
| | | Böhmen . . . . . | 1.570 „ |
| | | Ungarn . . . . . | 27.700 „ |
| Schaffleisch . . . | 500 kg | Und zwar aus: | |
| | | Ungarn . . . . . | 500 kg |
| Schweinefleisch . | 15.968 kg | Und zwar aus: | |
| | | Wien . . . . . | 15.968 kg |
| Kälber . . . . | 65 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Wien . . . . . | 2 St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 2 „ |
| | | Oberösterreich . . . . . | 3 „ |
| | | Polen . . . . . | 58 „ |
| Schafe . . . . | 854 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Wien . . . . . | 86 St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich . . | 4 „ |
| | | Oberösterreich . . . . . | 75 „ |
| | | Ungarn . . . . . | 689 „ |
| Lämmer . . . | 10 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Wien . . . . . | 2 St. |
| | | Oberösterreich . . . . . | 8 St. |

### 2. Preisbewegung.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Siedfleisch, vorderes von K | 7·20 | bis | 8·40 | per Kg. |
| | Rostbraten u. Rieden „ „ | —·— | „ | 12·— | „ „ |
| Kalbfleisch . . . . . | „ „ | 5·75 | „ | 17·50 | „ „ |
| Schaffleisch (Lammfleisch) . . . | „ „ | 15.— | „ | 21·50 | „ „ |
| Schweinefleisch . . . . . | „ „ | 14·20 | „ | 15·— | „ „ |
| Kälber . . . . . | „ „ | 4·70 | „ | 11·30 | „ „ |
| Schafe . . . . . | „ „ | 9·— | „ | 15·— | „ „ |
| Schweine . . . . . | „ „ | —·— | „ | —·— | „ „ |
| Lämmer . . . . . | „ „ | 14·— | „ | 16·— | „ „ |

Per Bahn langten ein 32 Waggons mit 89·298 t.

Die diesswöchentlichen Zufuhren waren nur in Bezug auf Rindfleisch größer als in der Vorwoche, jedoch konnte mit den Beständen der Bedarf absolut nicht gedeckt werden.

Kalbfleisch war mit 58 Stück Kälbern gleichfalls vollkommen unzulänglich.

Schaf- und Lammfleisch war gleichfalls nur in knappen Mengen aufgeboten.

Der Marktverkehr war an allen Tagen sehr lebhaft.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden zugeführt:

12.000 kg Salzspeck à 8 K 60 h und 9 K 50 h.

2.300 kg frisches Schweinefleisch à 13 K 20 h und 14 K 20 h.

9.900 kg Rauchfleisch à 24 K und 25 K.

500 kg Schaffleisch à 15 K.

2.300 kg Weichwürste à 8 K.

1·200 kg Braunschweiger à 18 K.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurden 3223 kg Rindfleisch zugeführt.

* * *

## Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 10. August 1918.

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen oder Spelz | per 100 kg | 40 K | — h |
| Roggen . . . . . | „ 100 „ | 40 „ | — „ |
| Gerste . . . . . | „ 100 „ | 37 „ | — „ |
| Hafer . . . . . | „ 100 „ | 36 „ | — „ |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

### Höchstpreise für Heu und Stroh.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Heu aller Art . . . . . | 17 K | — h | per | 100 kg |
| Stroh: | | | | |
| Kornschaubstroh . . . . . | 10 „ | — „ | „ | 100 „ |
| Erbsen-, Wickenstroh . . . . . | 8 „ | — „ | „ | 100 „ |
| Bohnen-, Raps- und Maisstroh . . | 6 „ | — „ | „ | 100 „ |

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

* * *

## Pferdemarkt vom 9. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 238 Stück.

229 Gebrauchspferde, 9 Schlachtpferde*).

**Preis:** für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 6000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

---

# Sanitäts-Angelegenheiten.

**Ausweis über die im Monate Juni 1918 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.**

| Station | Zahl der Transporte von | | | Zusammen |
|---|---|---|---|---|
| | gewöhnlichen Kranken | Infektions-Kranken | Leichen | |
| Station, V., Bräuhausgasse 61 . . . . | 421 | 280 | 134 | 835 |
| Station, X., Arsenalstraße 2 . . . . . | 1 | 135 | 9 | 145 |
| Station, XIV., Pillergasse 21 . . . . . | 664 | 228 | 180 | 1072 |
| Station, XVII., Gilmgasse 18 . . . . | 382 | 120 | 111 | 613 |
| Station, XX., Gerhardusgasse 3 . . . | 503 | 270 | 101 | 874 |
| Zusammen . | 1971 | 1033 | 535 | 3539 |
| | 3004 | | | |

---

# Baubewegung

vom 9. bis 12. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

## Gesuche um Baubewilligungen.

### Zubauten.

XXI. Bezirk: Brünnerstraße 72, von den Fiat-Werken, Bauführer Ed. Ast & Komp. (21255).

### Adaptierungen.

III. Bezirk: Hainburgerstraße 31, Einl.-Z. 27, von der Siemens & Halske A.-G., Apostelgasse 12 (1768).
IV. Bezirk: Prinz Eugen-Straße 36, von E. v. Gotthilf namens Dr. Rudolf Sieghart (1764).
V. Bezirk: Kriehubergasse 14, von der Allgem. Pensionsanstalt für Angestellte (1772).
XVI. Bezirk: Menzlgasse 21, von der Knabenbeschäftigungsanstalt (35567).
„ „ Rückertgasse 7, vom Ottakringer Jugendschutz, ebenda, Bauführer Josef Münster (36061).
„ „ Schellhammergasse 11, von Leopold Kratochwill, ebenda, Bauführer Josef Münster (36062).
XXI. Bezirk: Brünnerstraße 72, von den Oesterr. Fiat-Werken, Bauführer Ed. Ast & Komp. (21256).
„ „ Holmeistergasse 6, von der Bezirkskrankenkassa Floridsdorf, Bauführer Schuhmaier (21476).

### Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Bauherstellungen, Holubstraße, von den Oesterr. Siemens-Schuckert-Werken (1771).
VII. Bezirk: Rauchfangaufmauerung, Zieglergasse 24, von Eugenie Ludwig (1763).
XVI. Bezirk: Berandaanbau, Gallitzinstraße 12, von Eduard Bintze, ebenda, Bauführer Wenzel Tröster (35492).
„ „ Schuppen, Lorenz Mandl-Gasse 49, von Franz Bidla, Roseggergasse 33/35, Bauführer Franz Krebs (36063).
XX. Bezirk: Bauherstellungen, An der Leithastraße Einl.-Z. 3565, Kat.-Parz. 4655, Ecke Stromstraße, von Anton Alt und Rupert Daniel (1762).

*) Hievon — am Markte und 9 im Pferdeschlachthause.

## Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

XVI. Bezirk: Seitenberggasse, Effingergasse, Heigerleinstraße, von Julius Meinl, Nauseagasse 59 (35982).

## Demolierungsanzeigen.

V. Bezirk: Bräuhausgasse 62, von Wenzel Hanzlik (1767).

---

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 14. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Eder Georg — Handel mit Möbeln — XII., Schönbrunner Schloßstraße 21.
Weiß Rudolf — Gemischtwarenhandel — XII., Rotenmühlgasse 47.
Ruef Adolf — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XII., Grünbergstraße 7.
Hengl Marie — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — XX., Wintergasse 24.
Nigl Theresia — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt, und Obstmost — XX., Salzachstraße 17.
Puchinger Karoline — Verschleiß von Kanditen und Kracherln — XX., Dresdnerstraße 128 a.
Rocek Marie — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — XX., Vorgartenstraße 40.
Ringer Debora — Handel mit Säcken, Tuchabfällen und Hadern — XX., Brigittagasse 8.
Haritsch Josefine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Aßmayergasse 9.
Cecek Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Eichholzgasse 44.
Pippa Leopoldine — Verschleiß von Pferdefleisch — XII., Giersterngasse 11.
Marchofsky Henriette — Tamburier- und Stickergewerbe mit Ausschluß der Gold-, Silber- und Perlenstickerei — XII., Schallergasse 2.
Weissinger Marie — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren, Flaschenbier ꝛc. — XII., Flurschützstraße 8.
Ursula Margreiter — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — XII., Tivoligasse 79.
Ingeritsch Hermine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Ignazgasse 30.
Guttmann Dora — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt, sowie Flaschenbier-Verschleiß — XII., Meidlinger Hauptstraße 58.
Löffler Hermine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Korbergasse 11.
Pohnstingl Leopoldine — Musikergewerbe — XII., Singrienerstraße 3.
Kritsch Marie — Marktfahrergewerbe — XII., Rosaliagasse 3.
Friesenbiller Marie — Viktualienhandel — VII., Burggasse 94.
Blümel Marie — Viktualienhandel — VII., Lindengasse 23.
Weidinger Marie — Viktualienhandel — VII., Neubaugürtel 44.

* * *

## 15. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Memel Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Brigittagasse 26.
Löwenheck Franz — Erzeugung von Likören, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege und Essighandel — XX., Jägerstraße 29.
Popp Franz — Pferdefleischhauergewerbe — XX., Dresdnerstraße 126.
Teller Bernhard — Schneidergewerbe — XX., Wallensteinstraße 8.
Paunzen Wilhelm — Land- und Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XX., Wallensteinstraße 13.
Gruber Moses — Spirituosen-Erzeugung auf kaltem Wege — XX., Klosterneuburgerstraße 69.

Allmann Wilhelm — Konzession zur Ausübung des Hufbeschlages — XX., Handelskai 104.
Weinberger Wilhelm — Gemischtwarenhandel — XX., Wallensteinstraße 5.
Fleissig Anton — Zimmerputzergewerbe — XX., Dresdnerstraße 80.
Seiger Isaak — Kleidermachergewerbe — XX., Staudingergasse 11.
Urbanek Franz — Pferdefleischhauergewerbe — XX., Rauscherstraße 25.
Konopasek Theodor — Holzverkleinerung — XX., Heinzelmanngasse 17.
Heigl Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Denisgasse 36.
Goban Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Brigittenauerlände 226.
Krivka Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Brigittenauerlände 30.
Karner Johann — Handel mit Obst und Gemüse — XX., Pielachgasse 3.
Holzer Franz — Gastwirts-Konzession — XIV., Reichsapfelgasse 17.
Czerbak Karl — Schuhmachergewerbe — II., Schreigasse 5.
Rosenkranz Osias rekte Schwarzfeld — Handel mit Eisen und Stahlwaren — II., Volkertstraße 13.
Taube Meier — Bürstenbindergewerbe — II., Schreigasse 12.
Mikes Franz — Handel mit Farbwaren — VIII., Josefstädterstraße 16.
Dörfler Josef — Erzeugung von Patronen für Schußwaffen und Handel mit Munitionsgegenständen — VIII., Langegasse 30.
Tomaschoff Samuel — Erzeugung von Spirituosen, Likör und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Romanogasse 21/23.
Gruber Nathan — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XXI., Streffleurgasse 5.
Weiß Max — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Jägerstraße 26.
Weiß Philipp — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Dammstraße 2.
Traube Moritz — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Klosterneuburgerstraße 57.
Goldenberg Laib — Schuhmachergewerbe — XX., Greiseneckergasse 16.
Schwamm Nathan — Handel mit Kanditen — XX., Klosterneuburgerstraße 33.
Segall Jakob — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Brigittagasse 8.
Glaß Leib — Bürstenbindergewerbe — XX., Wallensteinstraße 62.
Neuburger Ludwig — Handel mit Bilder-, Wunsch-, Koch- und Märchenbüchern ꝛc. — XVIII., Gentzgasse 109.
Mann Eduard — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Währingerstraße 131.
Günberger Julianna — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Kronprinz Rudolf-Straße 12.
Gruber Rifka — Handel mit Kolonial-, Spezerei- und Materialwaren — XX., Stromstraße 63.
Littner Berta — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — XX., Rauscherstraße 4.
Zentner Aloisia — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Hirschvogelgasse 3.
Daniel Leopoldine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Leithastraße 16.
Piskaty Leopoldine — Lebensmittelhandel beschränkt — XX., Leystraße 75.
Schneider Marie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — XX., Innstraße (Hütte beim Nordbahnviadukt).
Samek Leopoldine — Handel mit Blumen, Obst und Gemüse im Umherziehen — XX., Bäuerlegasse 8.
Heiduck Josefa — Handel mit Obst und Gemüse — XX., Rafaelgasse 22.
Cejka Anna — Handel mit Obst und Gemüse im Umherziehen — XX., Dammstraße 14.
Knöpfemacher Wilhelm — Viktualienhandel — XX., Klosterneuburgerstraße 28.
Planek Anna — Handel mit Obst und Gemüse im Umherziehen — XX., Dammstraße 8.
Ponitzer Marie, geb. Nowotny — Witwenfortbetrieb des Ziegeldeckergewerbes nach dem verstorbenen Peter Ponitzer — XI., Fuchsröhrengasse 25.
Frühzeitig Markus — Erzeugung von Waschpulver — XIV., Arnsteingasse 22.
Schuecker Marie — Lebensmittelhandel (beschränkt) — VIII., Strozzigasse 35.

* * *

## 17. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Oskar Ritter v. Pelka und H. Sternfeld, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Stahl- und Galanteriewaren und chemischen Artikeln — VI., Mariahilferstraße 89.
Stephan Gey Nachfolger, Forstenhäusler & Siebeneichler, offene Handelsgesellschaft — Präparation von Haaren und Handel mit denselben mit Ausschluß handwerksmäßiger Arbeiten — XIII., Lortzinggasse 1.
A. Herzmansky, Kommanditgesellschaft — Gewerbsmäßige Vermittlung des Kaufes und Verkaufes von Eintrittskarten für sämtliche Theater, Konzerte, Variete ꝛc. — VII., Mariahilferstraße 26.
Diamant Rudolf (Alleininhaber der Firma Rudolf Diamant) — Fabriksmäßige Vornahme von Schuhreparaturen — VI., Gumpendorferstraße 77.
Saida Rudolf — Friseur — X., Favoritenstraße 160.
Szabold Rudolf — Verschleiß von Viktualien, Kracherln und Zuckerbäckerwaren — X., Columbusgasse 36.
Cech Ferdinand — Mechanikergewerbe — X., Inzersdorferstraße 95.
Prokop Josef — Schuhmachergewerbe — X., Absberggasse 8.
Myska Johann — Tischlergewerbe — X., Altzingergasse 92.
Deutsch Heinrich — Handelsagentur — II., Obere Donaustraße 12.
Unterberger Anton — Holzhandel im Großen — II., Arnetzhoferstraße 9.
Peterselka Josef — Handelsagentur — III., Steingasse 18.
Paulin Felix — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — III., Sophienbrückengasse 32.
Seethaler Richard — Musikergewerbe — III., Messenhausergasse 9.
Geller Jakob — Handelsagentur in Fellen und Rauhwaren — I., Dominikanerbastei 17.
Frankl Otto — Handelsagentur — I., Zelinkagasse 14.
Husserl Leo — Projektierung und Begutachtung von Anlagen der gesamten Maschinentechnik einschließlich Feuerungstechnik — XVIII., Gentzgasse 115.
Richter Celestine — Verschleiß von Lebensmitteln und Konsumwaren (beschränkt) — V., Siebenbrunnengasse 7.
Stattler Henryk — Kommissionswarenhandel in chemisch-technischen Artikeln — VII., Mondscheingasse 7.
Steiner Marie — Verschleiß von Fahr- und Motorrädern, Grammophonen ꝛc. — III., Haidingergasse 24.
Bader Anna — Marktviktualien-Verschleiß — III., Großmarkthalle (Viktualien).
Weinmann Rosa — Konzession zur Ausübung des Trödlergewerbes — III., Beatrixgasse 2.
Reiß Artur — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Wirk- und Stickereiwaren — VI., Esterhazygasse 22.
Orthaber Josefa — Wäscherei unter Verwendung einer elektrischen Wäscherolle — XIII., Heinrich Kollin-Straße 4.

(Das Weitere folgt.)

## Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates . . . . . 1629
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 1. August 1918 . . . 1629
Gemeinderats-Ausschuß:
Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 12. Juli 1918 . . . . . 1634
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 16. Mai 1918 . . . . . 1639
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom 16. Mai 1918 . . . . . 1640
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 17. Mai 1918 . . . . . 1640
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 21. Mai 1918 . . . . . 1641
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 23. Mai 1918 . . . . . 1642
Allgemeine Nachrichten:
Feierliche Ueberreichung von Auszeichnungen und Beeidigungen im Rathause . . . . . 1643
K. k. Bezirksschulrat . . . . . 1643
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 4. August bis 10. August 1918 . . . . . 1644
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 10. August 1918 . . . . . 1644
Pferdemarkt vom 9. August 1918 . . . . . 1645
Sanitäts-Angelegenheiten:
Ausweis über die im Juni 1918 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte . . . . 1645
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 9. bis 12. August 1918 . . . . 1645
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1645
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Kundmachungen.

Z. 1177/18.

## Kundmachung.

(Anton Winkler'sche Stiftung.)

Am 4. September 1918 gelangen die Interessen der Anton Winkler'schen Stiftung im Betrage von 775 K 77 h an einen mit Kindern gesegneten, verarmten, nach Wien zuständigen Familienvater, welcher in Wien wohnhaft und von tadellosem, moralischem Lebenswandel ist, zur Verleihung.

Die diesbezüglichen Gesuche sind **bis 24. August 1918** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des VII. Bezirkes Neubau, VII., Hermanngasse 24/28, 2. Stock rechts, einzubringen.

**Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.**

**Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des VII. Wiener Gemeindebezirkes:**
**Christian Ebeling.**

Wien, am 5. August 1918.

---

M. Abt. XIII, 2778/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Theobald Uffenheimer'sche Gewerbestiftung.

Verliehen werden: Vier Stiftplätze zu je 220 K, und zwar zwei Stiftplätze an Gewerbsleute christlichen und zwei an Gewerbsleute israelitischen Glaubensbekenntnisses.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte oder arbeitsunfähige, wohlverhaltene Gewerbsleute.

Vorrecht genießen:

1. Verwandte des Stifters,

2. nach Wien zuständige oder in den Bezirken Leopoldstadt oder Brigittenau oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Ausweis über die Mitgliedschaft bei einer Gewerbe-Genossenschaft, allenfalls auch Bestätigung der Genossenschaft, daß Bewerber sein Gewerbe wegen Arbeitsunfähigkeit zurücklegen mußte, und Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichstellen: Für christliche Bewerber: Bezirkskanzleien des II. und XX. Wiener Gemeindebezirkes; für israelitische: Vorstehung der israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Einreichungsfrist: **Bis 21. September 1918.**

Verleihungstag: 28. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juli 1918. 1–3

M. Abt. XIII, 3123/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## David Schwarzmann'sche Stiftung

**für eine arme Familie.**

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder und dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 7. Dezember 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918. 1–3

---

M. Abt. XIII, 2618/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Luise Wichtl und Ferdinand Weckbrot'sche Stiftung

**für christliche Familien.**

Verliehen wird: Ein Betrag von 1700 K an eine oder zwei intelligente christliche Familien, deren Ernährer durch Krankheit erwerbsunfähig geworden ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufscheine, Trauungsschein, Heimatschein, Taufscheine (Taufzettel der Kinder) und armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juli 1918. 1–3

---

M. Abt. XIII. 3143/18. Selbständiger Wirkungskreis

## Karl Hoffmann'sche Stiftung

**für österreichische dramatische Künstler und Autoren.**

Verliehen werden: Unterstützungsbeträge zu je 200 K an fünf österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme dramatische Autoren oder mittel- und stellenlose dramatische Künstler, welche österreichische Staatsbürger und mehr als 60 Jahre alt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis über die Eigenschaft als dramatischer Autor oder dramatischer Künstler und Armutszeugnis, beziehungsweise Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 7. September 1918.**

Verleihungstag: 11. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 18. Juli 1918. 1—3

---

M. Abt. XIII, 3141/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef und Anna Steiner'sche Stiftung

**für Arme von Hietzing.**

Verteilt werden: 500 K in zwei gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Geschäftsleute oder verarmte Witwen von Geschäftsleuten, welche im Pfarrsprengel Hietzing wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimat- und Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Nachweis über den Wohnort im Pfarrsprengel Hietzing, allenfalls Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes.

Einreichungsfrist: **Bis 19. September 1918.**

Verleihungstag: 1. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 27. Juli 1918. 1—3

---

M. Abt. XIII, 2584/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef Stastnik'sche Stiftung

**für Herrenschneidermeister.**

Verteilt werden: 300 K in drei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: In unverschuldetes Elend geratene Herrenschneider, welche in Wien wohnen.

Jene Bewerber, welche nachweisen können, daß sie bei dem Stifter, dem am 2. September 1897 im XVI. Bezirke, Neulerchenfelderstraße 9, verstorbenen Herrenschneidermeister und Gemeinderat der Stadt Wien Josef Stastnik oder dessen Vater als Arbeiter im Geschäfte standen, genießen das Vorzugsrecht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstermin: Weihnachten 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. Juli 1918. 1—3

---

M. Abt. XIII, 2142/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Ignaz Rainharter'sche Stiftung

**für christliche Waisen Wiens.**

Zur Verteilung gelangen: 4400 K in 20 gleichen Teilen.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien geborene, unbescholtene christliche Waisen, welche im Begriffe stehen, ein Gewerbe zu eröffnen oder einen ehelichen Hausstand zu begründen, und zwar werden je zehn männliche und weibliche Waisen beteilt.

Im IV. Wiener Gemeindebezirke Wieden seßhafte Waisen sind bei sonst gleichen Verhältnissen vorzugsberechtigt.

Die Flüssigmachung der Unterstützungsbeträge erfolgt nur dann, wenn binnen Jahresfrist nach erfolgter Verleihung der Stiftung das Gewerbe ordnungsgemäß angetreten, beziehungsweise die Ehe gesetzmäßig geschlossen wird.

Den Gesuchen sind beizuschließen: Taufschein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstag: 18. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. Juli 1918.

---


# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 66. Freitag den 16. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


## Stadtrat.

### Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **2. August 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Dr. Haas, Heindl, Hermann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Körber, Knoll, Dr. Mataja, Müller, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Spalowsky, v. Steiner, Tomola, Wippel, Zatzka.

---

Beurlaubt: St.-R. Dechant, Fraß, Dr. Hein, Wessely.

Entschuldigt: St.-R. Grünbeck.

Beigezogen: Magistratsrat Dr. Roßkopf.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

---

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** eröffnet die Sitzung und gibt bekannt:

Die kaiserlich Deutsche Botschaft dankt für die der deutschen Kriegerfürsorge gewidmete Subvention von 25.000 K.

(Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 7770, M. A. VIII, 1215.) Dem Abschlusse eines Vergleiches mit den Grundeigentümern der Einl.-Z. 78 Grundbuch Grünsbach, den Ehegatten Franz und Johanna Sirninger, anläßlich der Trockenlegung ihres Hausbrunnens und der Viehtränke durch den Bau der II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung im Sinne der Aufnahmeschrift des Magistrates vom 22. Juli 1918 wird zugestimmt.

Die die Gemeinde Wien treffenden Kosten von 6500 K — auf Ausgabs-Rubrik XXVI 7 d bedeckt — werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 7766, M. A. VI, 629.) Die bei der provisorischen Herstellung der Hardtmuthgasse zwischen Braunspergen- und Gußriegelstraße im X. Bezirke eingetretene, vom Stadtbauamte begründete Kostenüberschreitung in der Höhe von 1444 K 86 h wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 7769, M. A. VII, 359.) Dem Ansuchen der Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Artur Janowitzer und Dr. Oskar Janowitzer um Löschung der hinsichtlich der Kat.-Parz. 1602/1 Acker, Einl.-Z. 499 Grundbuch Favoriten, zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Dienstbarkeit der Duldung der Herstellung und des Bestandes des Hauptunratskanales sowie der jederzeitigen Vornahme von Reparaturen an denselben wird unter der Be-

dingung Folge gegeben, daß gleichzeitig mit der Einverleibung der Löschung dieser Dienstbarkeit die grundbücherliche Durchführung der mit Stadtrats-Beschluß vom 26. Mai 1918, P.-Z. 4893/18, M.-Abt. XIV, 906/18, bewilligten Abteilung der Kat.-Parz. 1602/1, Einl.-Z. 499 Grundbuch Favoriten, erwirkt wird.

(P. Z. 7811, M. A. XV, 9438.) Die Mitbenützung des Turnsaales der Mädchen-Volksschule X., Quellenstraße 52, durch den jüdischen Turnverein Favoriten an jedem Montag und Donnerstag von 6 bis 9 Uhr abends und an jedem Mittwoch und Samstag von halb 8 bis 9 Uhr abends gegen Bezahlung der Beleuchtungskosten (jährlicher Bauschbetrag von 100 K) und angemessene Entlohnung des Schuldieners für die Reinigung wird genehmigt und weiters dem genannten Turnvereine die Aufbewahrung eigener Turngeräte im Ankleideraume des Turnsaales gegen jederzeit möglichen Widerruf bewilligt.

(P. Z. 7864, M. A. XIV, 3317.) Dem Heinrich Kolben wird die Abteilung der Einl.-Z. 1442 bis 1444, 1455 bis 1458 des Grundbuches Inzersdorf-Stadt im X. Bezirke als Unterabteilung im Sinne des § 3, lit. b der Wr. B.-O. genehmigt.

(P. Z. 7866, M. B. A. X, 22571.) Die dem Architekten Michael Rosenauer, IV., Rechte Wienzeile 29, gegen jederzeitigen Widerruf und zu den sonstigen bei der Bauverhandlung vom 21. Juni 1918 gestellten Bedingungen zu erteilende Bewilligung, auf der Liegenschaft Einl.-Z. 2036 des Grundbuches Favoriten, Eigentum der Gemeinde Wien, für die Firma C. P. Goerz, G. m. b. H., X., Sonnleithnergasse 5, ein 7·4 m langes, 6·5 m breites Oel- und Benzinlager erbauen zu dürfen, wird unter der Bedingung bestätigt, daß die Firma C. P. Goerz, G. m. b. H., beziehungsweise ihr Rechtsnachfolger diese Baulichkeit über jeweiliges Verlangen der Baubehörde auf eigene Kosten und ohne Anspruch auf eine Entschädigung entfernt.

Zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeit dient das zu M. B. A. X, Z. 18361/17, bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den X. Bezirk erliegende Haftgeld im Betrage von 50.000 K und der Materialwert dieser Baulichkeit.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 7773, M. A. X, 3794.) Die Gebühr für die Gräber Gruppe XVI, Reihe 14, Nr. 1 und 2 im Simmeringer Friedhofe (neuer Teil), die dem Michael Müllner, Hausbesitzer in Wien, XI., Haidequerstraße 617, auf Friedhofsdauer gegen Erlag einer Kaution überlassen wurden, wird mit je 300 K festgesetzt.

Sollte in dem Grabe Gruppe XXI, Reihe 14, Nr. 2 seinerzeit die Leiche einer nichtzugewiesenen Person beerdigt werden, so erhöht sich die Gebühr für dieses Grab auf 600 K.

(P. Z. 7777, M. A. X, 5948.) Dem Karl Lukas, I., Grillparzerstraße 14, wird das eigene Grab Gruppe IX, Reihe Nr. 57 im Simmeringer Friedhofe außer der Reihe um die Gebühr von 400 K auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 6967, M. A. VIII, 1440.) 1. Dem Wilhelm Hurka, XI., Hauffgasse 22, werden die für das IV. Viertel 1917 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebühren von 238 K 20 h auf 100 K und

2. der Magdalena Knapp, XI., Simmeringer Hauptstraße 7, die Gebühren für das II., III. und IV. Viertel 1917 von zusammen 248 K 40 h auf 49 K 94 h herabgesetzt.

Das weitere Ansuchen um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung der Mehrverbrauchsgebühren für das III. und IV. Viertel 1916 und das I. Viertel 1917 wird abgewiesen.

3. Die dem Leopold Weiß, XI., Simmeringer Hauptstraße 199, für das IV. Viertel 1917 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebühren von 404 K 52 h werden gänzlich abgeschrieben.

(P. Z. 7775, M. A. X, 5953.) Der mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 21. April 1903, P. Z. 4708, an Alois Gey, Jagdaufseher, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 45, für den Wildabschuß im Wiener Zentral-Friedhofe und auf den noch nicht einbezogenen Zentral-Friedhofsgründen bewilligte Jahresbetrag von 50 K wird vom 1. Juli 1918 angefangen auf 100 K erhöht.

Die sonstigen Bestimmungen dieses Stadtrats-Beschlusses bleiben aufrecht.

(P. Z. 7779, M. A. X, 4967.) Dem Oberleutnant Gustav S. Herrmann, wohnhaft in Wien, III., Landstraßer Hauptstraße 81, wird das heimgefallene Grab Gruppe XII, Reihe 5, Nr. 12 im Simmeringer Friedhofe um die Gebühr von 400 K auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 7778, M. A. X, 6331.) Dem Lukas Schellner, Privatier, XI., Hallergasse 31, wird das eigene Grab Gruppe II, Reihe 1, Nr. 8 im Simmeringer Friedhofe (alter Teil) außer der Reihe um die Gebühr von 200 K auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 7786, M. A. X, 5161.) Der Sophie Sonnleitner, XII., Breitenfurterstraße 43, und dem k. k. Hauptmann Ing. Rudolf Walter, IX., Grünentorgasse 13, wird ausnahmsweise die Bewilligung zur provisorischen Aufstellung von Holzkreuzen bei ihren eigenen Gräbern im Wiener Zentral-Friedhofe unter der Bedingung erteilt, daß diese Holzkreuze durch Friedhofsbedienstete fachgemäß gesetzt werden, wofür der entfallende Kostenbetrag bei der Friedhofskassa vorher zu erlegen ist und daß im Bedarfsfalle je nach dem Gutachten der Friedhofs-Verwaltung das Holzkreuz zur Erzielung der Standfestigkeit, eingemauert, beziehungsweise anderweitig gesichert wird. Auch die Kosten dieser Arbeit werden von der Friedhofs-Verwaltung bekanntgegeben und sind vor Ausführung der Herstellung bei der Kassa der Friedhofs-Verwaltung zu erlegen.

(P. Z. 6844, M. B. A. XI, 9841.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zu erteilende Baubewilligung für den Bau von Betriebsgebäuden durch die Tierfutterfabrik Ges. m. b. H. auf der Baxa'schen Kalkwerksliegenschaft in Simmering, XI. Bezirk, Grundb.-Einl.-Z. 1402, Kat.-Parz. 627/2 (Acker) und Grund.-Einl.-Z. 584, Kat.-Parz. 627/1 (Acker) wird unter den in der Verhandlungsschrift vom 31. Mai 1918 gestellten Bedingungen bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Breuer wird beschlossen:

(P. Z. 7820, St. Brauh., 174.) Der Witwe Helene Peisar nach dem am 8. Mai 1918 verstorbenen Bierkassier des Brauhauses der Stadt Wien Josef Peisar wird gemäß der Bestimmung der Pensionsvorschriften eine Witwenpension von 1600 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7837, St. Stellw. Unt., 502.) Der Wagenführerswitwe Anna Halmovanski wird eine Pension in der Höhe von 498 K 40 h pro Jahr ab 1. August 1918 zuerkannt mit der Bestimmung, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverehelichung eingestellt wird. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 7780, M. A. X, 6152.) Dem Friedrich Hackl, XIV., Ullmannstraße 37, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe L, Nr. 718 im Baumgartner Friedhofe um die Gebühr von 400 K beziehungsweise wenn die Gebühr für Nichtzugewiesene in Frage kommt; um 800 K auf Friedhofsbestand überlassen. Das Grab ist binnen acht Wochen zu erwerben.

(P. Z. 7765, M. A. VI, 665.) Der Kostenanschlag für die Instandsetzung der Fahrbahn in der Nisselgasse im XIII. Bezirke wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 9304 K genehmigt.

(P. Z. 7776, M. A. X, 5503.) Der Josefine Bayer, XIII., Altgasse 16, wird der einfache Gruftplatz Gruppe XX, Nr. 71 im Hietzinger Friedhofe um 2000 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

Die Erwerberin hat auf diesem Platze nach Erwirkung der Baubewilligung eine einfache Gruft auf eigene Kosten zu errichten.

(P. Z. 7774, M. A. X, 5343.) Das Ansuchen des Karl Hirschfeld um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe P, Nr. 1161 im Baumgartner Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 7887, M. A. X, 2593.) 1. Dem Erholungsheime der Kongregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu, XIII., Linzerstraße 450, werden die vier eigenen Gräber Gruppe I, Nr. 444 bis 447 im Hütteldorfer Friedhofe, für deren Ankauf auf 20 Jahre die tarifmäßige Grabstellgebühr im Gesamtbetrage von 400 K erlegt worden ist, ohne weitere Nachzahlung auf die Dauer des Friedhofsbestandes als gemeinsame Beerdigungsstätte überlassen.

2. Die Beilegegebühr für diese Gräber wird auf die Hälfte der tarifmäßigen Beilegegebühr, das ist auf 25 K, ermäßigt.

3. Diese Beerdigungsstätte ist mit einer Einfassung oder Abfriedung zu umgeben und ist in der Mitte derselben ein gemeinsames Denkmal aufzustellen.

4. Die Gräber sind mit einem Rasenbelag zu versehen, für dessen ständige Erhaltung das Erholungsheim Sorge zu tragen hat.

(P. Z. 7784, M. A. X, 5241.) Ihrer Exzellenz der Anna Gräfin Bienerth-Schmerling wird der Gruftplatz Gruppe V, Nr. 52 im Hietzinger Friedhofe zur Errichtung einer Gruft, in der als erste Leiche weiland Graf Richard v. Bienerth-Schmerling beerdigt werden soll, gebührenfrei auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

Der Gruftplatz erhält eine Länge von 3·60 m und eine Breite von 1·77 m.

Die Gruft ist von Gräfin Bienerth nach Erwirkung der Baubewilligung auf eigene Kosten zu errichten.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 7783, M. A. X, 5420.) Die Schlußrechnung für den mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. September 1914, P. Z. 10757, genehmigten Bau einer Leichenkammer und mehrerer Depots im II. Bezirke, Dresdnerstraße 119/121, wird genehmigt und zur Kenntnis genommen, daß sich gegenüber dem bewilligten Betrage von 199.894 K 95 h ein Mindererfordernis von 32.761 K 38 h ergibt.

Die im Verwaltungsjahre 1917/18 anläßlich dieses Baues noch aufgelaufenen Abschlagszahlungen von 7652 K 22 h und die im Verwaltungsjahre 1918/19 voraussichtlich zur Gebühr erwachsenden Kosten der Pelliteindeckung im Betrage von 552 K 95 h sind auf den Reservefond unter Verrechnung auf den neueröffneten außerordentlichen Ausgabs-Rubriken XXXIII 27 1/2, beziehungsweise XXXIII 14 1/2 zu überweisen.

(P. Z. 7885, M. A. II, 680.) Der Sachkredit für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße im II. Bezirke (zwischen Praterstern und Hofenedergasse) wird mit Rücksicht auf die geltenden Steindurchführungswerte von 63.000 K auf 93.000 K erhöht.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 7894, M. A. XV, 9508.) Die Schaffung eines Konferenzzimmers in der allgemeinen Volksschule für Knaben VIII., Piaristengasse 43, durch Abtrennung einer Fensterachse im Lehrzimmer top. Nr. 19 und Aufführung einer Gipsdielenwand mit einem Kostenerfordernisse von 1700 K wird genehmigt. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird der Baukonsens hiefür erteilt.

(P. Z. 7832, St. S., 549/18.) Der Stadtrat bewilligt die Herstellung einer photographischen Reproduktion nach dem Aquarellporträt der Kaiserin Marie Luise von Kriehuber für das „Badener Buch".

(P. Z. 7825, M. A. XXII, 1135.) Dem Ansuchen des Deutschen Vereines zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag um Fortbezug seiner „Deutsch-österreichischen Grüße ins Feld" auf ein weiteres (XII) Vierteljahr wird stattgegeben.

(P. Z. 7746, M. A. II, 5609.) Die Auszahlung einer zweiten Rate von 2000 K aus der mit Gemeinderats-Beschluß vom 6. Februar 1918, P. Z. 916/18, bewilligten Subvention von 10.000 K an den Arbeits-Ausschuß zur Herausgabe des Historischen Atlasses der Stadt Wien wird genehmigt.

(P. Z. 7751, M. A. II, 5535.) Der Feuerwehrmannswitwe Therese Heinz wird eine Witwenpension von 909 K 75 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7831, St. S., 516/18.) Der Stadtrat bewilligt zur Dotation des historischen Museums einen Zuschußkredit im Betrage von 15.000 K.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 7824, M. A. XXII, 995.) Die Instandsetzung der Einrichtungen des nördlichen Kesselhauses und der Heizanlage im Neuen Rathause wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 13.200 K genehmigt.

Die erforderlichen Arbeiten sind nach den Voranschlägen des Stadtbauamtes, und zwar die Erneuerung, beziehungsweise Ausbesserung der Feuergewölbe durch die Firma L. Gussenbauer & Sohn zu den Preisen ihres Anbotes vom 20. April 1918, die maschinellen Arbeiten durch die Erste Brünner Maschinenfabriks-Gesellschaft ausführen zu lassen.

(P. Z. 7521, M. A. VIII, 1601.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend vier Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XX. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 7556, M. B. A. XX, 14623.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend sieben Gesuche von Parteien aus dem XX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 7878, St. Str. B., 2622.) Der Stadtrat genehmigt, daß die Kunstausstellung „Die Kaiserjäger im Weltkriege" vom 4. bis 31. August in der vorgeschriebenen Form gegen den üblichen Pauschalkostenersatz an den Fenstern der Straßenbahnwagen angekündigt wird.

(P. Z. 7880, St. Str. B., 2311.) Das Ansuchen des Vereines der Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -Kinder um Gewährung des ermäßigten Fahrpreises von 5 h zur Fahrt auf den elektrisch betriebenen Linien zu Ausflügen und zum Theaterbesuche wird keine Folge gegeben, dagegen wird der ermäßigte Fahrpreis von 5 h zu Fahrten zwischen den Heimstätten und der Reichsbrücke behufs Besuches des Strandbades am „Gänsehäufel" auf die Dauer der Badezeit 1918 genehmigt.

(P. Z. 7879, St. Str. B., 1924.) Der Eingabe der Bezirksvertretung Favoriten, die zum Einziehen kommenden Züge der Linie 6 grundsätzlich nur in der Fahrtrichtung von Simmering nach Favoriten aus dem Verkehr zu nehmen, wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 7854, St. Str. B., 2562.) Der Verkauf von vier Waggons alter Radreifen zum Preise von 33 K per 100 kg ab Lagerort an die Firma Ludwig und Georg Grabner in Senftenberg wird bewilligt.

(P. Z. 7877, St. Str. B., 1341.) Die Beamtin der städtischen Straßenbahnen Marie Scharrer wird mit 1. August 1918 in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7852, St. Str. B., 170.) Das Anbot der Firma Johann Endelweber, Wien, XII., Hetzendorferstraße 91, vom 17. Juli 1918 für die Lieferung von Gießhübler Gebirgsschlägelschotter für den IV., VI., VII., VIII., XII., XIV., XV., XVI., XVII. und XVIII. Bezirk und Schuttabfuhr für den IV., VI., VIII., XII. und XIV. Bezirk wird angenommen, wobei die sonstigen Bedingungen aufrecht zu bleiben haben.

(P. Z. 7847, St. Str. B., 2563.) Das Angebot von Leopold Wolf & Komp., XVIII., Anastasius Grün-Gasse 16, vom 20. Juli 1918, betreffend die Uebernahme von Geleiseerneuerungs- und der zugehörigen Pflasterungsarbeiten wird genehmigt.

(P. Z. 7850, St. Str. B., 2308.) Die Umarbeitung von 5618 kg alten Fahrdrähten auf hartgezogenen Rundkupferdraht von 8·25 mm Durchmesser zum Preise von 265 K für je 100 kg neuen Fahrdraht, das ist von zusammen 13.250 K, welche auf Konto Betrieb zu buchen sind, wird den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken auf Grund ihres Anbotes von Nr. 280783/69 vom 12. Juni 1918 übertragen.

(P. Z. 7149, St. Str. B., 1401.) Den in den vorgelegten Verzeichnissen angeführten 28 Kriegsaushelfern der städtischen Straßenbahn wird die Alters- und Strafnachsicht, beziehungsweise die Nachsicht von der Erfüllung der ordentlichen Militärdienstpflicht erteilt.

(P. Z. 7195, St. Str. B., 2497.) Die im vorliegenden Berichte der Direktion der städtischen Straßenbahnen unter 1 bis 7 angeführten Gleiserneuerungen werden auf Grund der vorliegenden Pläne und Kostenvoranschläge mit dem aus dem Erneuerungsfonds zu bedeckenden Kostenbetrage von 366.000 K genehmigt, jedoch sind bei Post 3 die jetzt noch guten Teile der gegen die Philadelphiabrücke gerichteten Verbindungskurve Niederhofstraße—Meidlinger Hauptstraße nicht abzutragen, damit diese Verbindungskurve jederzeit wieder fahrbar gemacht werden kann.

(P. Z. 7911, M. A. V, 1400.) Die für die Anschüttung der Putzgruben im Bahnhofe Favoriten der städtischen Straßenbahnen aufgelaufenen Kosten von 4615 K 25 h werden genehmigt.

(P. Z. 7857, St. Str. B., 3610.) Die im Verzeichnis der städtischen Straßenbahnen Nr. 3610 vorgelegten vier Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 7855, St. Str. B., 3347/15.) Der Firma Karl Neumaier wird die ihr wegen der verzögerten und saumseligen Lieferung der Schlosserarbeiten für die Bediensteten-Wohnhäuser in Grinzing verhängte Konventionalstrafe von 1080 K auf 500 K herabgesetzt.

(P. Z. 7856, St. Str. B., 2566.) Ueber die Ansuchen der Kongregation der Schwestern vom Orden des heiligen Vinzenz von Paul wird der Beschluß vom 20. Juni 1918, P. Z. 6119, aufgehoben und genehmigt, daß dem Hause der Barmherzigkeit, XVIII., Antonigasse 70, zwei Freikarten für je eine Schwester mit oder ohne Begleitperson, giltig an allen Tagen des laufenden Jahres im Tarifgebiete I ausschließlich der Sonderfahrpreisstrecken, gegen Einziehung von zwei Anweisungen für je eine Schwester mit Begleitperson zur Fahrt im Tarifgebiete I zum Kinderfahrpreise und daß der Privat-Mädchenschule, XVIII., Antonigasse 72, eine Anweisung für eine Schwester mit Begleitperson zur Fahrt im Tarifgebiete II zum Kinderfahrpreise giltig an allen Tagen des laufenden Jahres ausgefertigt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Müller wird beschlossen:

(P. Z. 7861, M. A. XIV, 405.) Der Firma Julius Frankl, G. m. b. H., wird die politische Bewilligung erteilt, von der Kat.-

Parz. 252/20, den im Stadtbauamtsplan bezeichneten Teil behufs Vereinigung derselben mit der Kat.-Parz. 252/29, Einl.-Z. 345 Altmannsdorf, XII. Bezirk, abzutrennen. Diese Abteilung ist nach § 3, lit. b Wr. B.-O. als Unterabteilung zu beurteilen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Heindl wird beschlossen:

(P. Z. 7815, M. A. XV, 9809.) 1. Die mit Beschluß vom 28. Februar 1918, P. Z. 2040/18, dem Ungarnvereine in Wien erteilte Bewilligung zur Mitbenützung von zwei Lehrzimmern der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen, I., Bartensteingasse 7, an allen Wochentagen von 6 bis 8 Uhr abends wird dahin ausgedehnt, daß der Ungarnverein ermächtigt wird, diese beiden Räume unter den bisherigen Bedingungen an allen Wochentagen in der Zeit von halb 6 bis halb 10 Uhr abends mitzubenützen.

2. Dem Ungarnvereine in Wien werden außer den bereits mit Beschluß vom 21. März 1918, P. Z. 2040/18, nachgesehenen Beleuchtungskosten auch die durch die Ausdehnung der Benützungszeit für die beiden Lehrzimmer auflaufenden Beleuchtungskosten nachgesehen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 7890, M. A. XIII, 226.) Das Ansuchen der Marie Rieger um eine Gnadenpension wird grundsätzlich abgewiesen und ihr eine einmalige Unterstützung aus der Menschenfreundstiftung im Betrage von 200 K gewährt.

(P. Z. 7906, M. A. XXII, 1176.) Die Adaptierungen zur Errichtung einer Jugendfürsorgestelle in der Wohnung Nr. 1 im 1. Stock des Bürgerspitalfondshauses, I., Zelinkagaße 5, werden nach dem vorgelegten Kostenbetrage von 12.606 K 89 h genehmigt.

(P. Z. 7823, M. A. XXII, 1226.) Den Mieterinnen der vier Büffets im Rathause Anna Haas, Fanni Haubner, Betti Taborek und Christine Reichel wird ausnahmsweise der volle Nachlaß der am 1. August 1918 fällig werdenden Halbjahresrate ihres Mietzinses bewilligt.

(P. Z. 7826, M. A. XXII, 641.) Dem Künstlerbunde Hagen wird für Kunstausstellungszwecke jener Teil der ehemaligen Markthalle, I., Zedlitzgasse, welchen der genannte Künstlerbund seinerzeit innehatte, unentgeltlich unter nachfolgenden Bedingungen überlassen:

I. Die Instandsetzung, Adaptierung und Instandhaltung des überlassenen Hallenteiles hat der Künstlerbund auf seine Gefahr und Kosten zu besorgen.

II. Für das Adaptierungsprojekt ist vor Ausführung die Zustimmung der Gemeinde Wien einzuholen.

III. Der Künstlerbund hat der Gemeinde Wien die allfällig vorgeschriebene Hauszinssteuer samt Gebühren und Zuschlägen jeweilig zu ersetzen.

IV. Der Gemeinde Wien steht das Recht der halbjährigen jederzeit zulässigen Kündigung zu.

V. Bei Endigung des Verhältnisses hat der Künstlerbund den überlassenen Hallenteil samt allen Adaptierungen ohne Anspruch auf Vergütung an die Gemeinde Wien zurückzustellen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Angermayer wird beschlossen:

(P. Z. 7834, St. Lagerh., 23896.) Die anläßlich der mit den Stadtrats-Beschlüssen vom 20. Jänner 1916, P. Z. 563, und 3. August 1916, P. Z. 7772, bewilligte Herstellung der Telephonanlage für die Betriebe der Lagerhäuser aufgelaufenen Mehrkosten für weiters erforderlich gewordene Telephonanschlüsse werden mit dem Erfordernisse von 5002 K, das in dem Betriebsergebnisse der Lagerhäuser der Stadt Wien seine Deckung findet, genehmigt.

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß dem Magistrats-Antrage nachstehende Straßenarbeiter in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 7869, St. Strpfl., 1179.) Michael Kaiblinger mit 730 K jährlich,

(P. Z. 7807, St. Strpfl., 1311.) Josef Hammer mit 1168 K jährlich,

(P. Z. 7868, St. Strpfl., 1189.) Josef Wimmer mit 671 K jährlich,

(P. Z. 7871, St. Strpfl., 665.) Leopold Brandfellner mit 846 K 80 h jährlich,

(P. Z. 7872, St. Strpfl., 1237.) Franz Bytonch mit 582 K 54 h jährlich,

(P. Z. 7873, St. Strpfl., 1203.) Karl Kraus mit 554 K 80 h jährlich,

(P. Z. 7870, St. Strpfl., 1169.) Georg Leopold Neibler mit 525 K 60 h jährlich,

(P. Z. 7874, St. Strpfl., 1152.) Johann Schmidt mit 700 K 80 h, als Ruhegehalt.

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß den Magistrats-Anträgen folgende Witwenpensionen zuerkannt:

(P. Z. 7750, M. A. II, 5282.) Der Amtsdienerswitwe Marie Swoboda 545 K 83 h jährlich, den Straßenarbeiterswitwen

(P. Z. 7753, M. A. II, 5709) Marie Regelstein 389 K 33 h jährlich, und

(P. Z. 7752, M. A. II, 5390) Juliane Heinzl 462 K 33 h jährlich.

(P. Z. 7835, Lagerhaus, 9759.) Der Lagerhaus-Unterbeamtenswitwe Marie Paschinger 733 K 34 h jährlich und ein Erziehungsbeitrag von 146 K 66 h jährlich für das Kind Karl.

(P. Z. 7886, M. A. IX, 5697.) Der Marktamts-Offizial Josef Aigner wird im Wege der Zeitbeförderung zum Marktamts-Kommissär in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 14. Juni 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7744, M. D., 4077.) Der städtische Architekt II. Klasse Richard Oberenyi wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Architekten I. Klasse in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 5. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7742, M. D., 4036.) Dem eingerückten Kanzlei-Offizial August Madera wird der Fortbezug des Quartiergeldes vom 1. August 1918 an gnadenweise bewilligt.

(P. Z. 7881, St. G. W., 2469.) Dem Kanzleibeamten der städtischen Gaswerke Otto Rauscher wird die angesuchte Ehebewilligung erteilt.

(P. Z. 7875, St. Straßenpfl., 1450.) Der Straßenarbeiter Ludwig Krenn wird mit einem Ruhebezuge von zusammen 804 K 46 h in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7748, M. A. II, 6028.) Das Ansuchen der Katharina Resel um eine jährliche Gnadengabe nach ihrem Sohne, dem Stadtbauamts-Zeichner Gustav Resel, wird abgewiesen, jedoch wird derselben eine einmalige Gabe von 200 K bewilligt.

(P. Z. 7758, M. A. II, 3217.) Der Gartenarbeiterswitwe Berta Ruhland wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 7757, M. A. II, 5358.) Dem Straßenarbeiter Karl Koller wird eine Gnadengabe von jährlich 444 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 7755, M. A. II, 3856.) Gemäß dem Magistrats-Antrage wird der Fuhrwerksbetriebskutscherswitwe Klara Rotter eine Gnadengabe von 300 K jährlich und ein Gnaden-Erziehungsbeitrag von jährlich je 72 K für die vier Kinder zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 7756, M. A II, 3917.) Dem ehemaligen städtischen Gartenarbeiter Johann Wommer wird eine Gnadengabe von 492 K jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 7510, M. A. V, 1275.) Der Mitgliedsbeitrag für den Zentral-Verein für Fluß- und Kanalschiffahrt in Oesterreich wird vom Jahre 1919 ab auf 200 K erhöht.

(P. Z. 7619, St. E. W., 2255.) Der am 1. Juli 1914 von der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft in den Dienst der städtischen Elektrizitätswerke übernommene Schreiber Johann Steurer wird zum kaufmännischen Hilfsbeamten mit dem Jahresbezuge von 2600 K ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7618, St. E. W., 1537.) Den hinterbliebenen Kindern des im Ruhestande verstorbenen Inspektors der städtischen Elektrizitätswerke Franz Probst, namens Lida, Irene und Franz Probst, wird auch für die Zeit vom 1. September 1918 bis 31. August 1919 eine Gnadengabe von 1500 K gegen dem bewilligt, daß die Freiwilligkeit dieser Zuwendung und das Nichtvorhandensein eines Rechtsanspruches auf dieselbe ausdrücklich anerkannt wird, sowie weiters, daß diese Gnadengabe so wie bisher in Monatsraten zahlbar ist.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 7578, St. E. W., 2404.) Das Projekt, betreffend Ausführung der baulichen Herstellung für die Errichtung einer Waggonrangieranlage in der Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung genehmigt.

Die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten hiefür an den Stadtbaumeister Max Haupt um den Offertpreis von 22.627 K 34 h wird genehmigt und gleichzeitig bewilligt, daß die Zementlieferung, die Ausführung der Stukkatur-, Asphaltierer-, Zimmermanns-, Tischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser- und Installationsarbeiten seitens der Direktion im Wege einer beschränkten Offertverhandlung an den Bestbieter vergeben wird.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 7862, M. A. XIV, 1255.) In nachträglicher Genehmigung des vom dem Vertreter des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 27. Mai 1918, betreffend die Benützungsbewilligung für einen Magazinsbau auf dem Areale der Ottakringer Tabakfabrik, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(P. Z. 7827, M. B. A. IX., 2633.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend sechs Gesuche von Parteien aus dem IX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** gibt den Geschäftsausweis der Zentral-Sparkassa für den Monat Juli 1918 bekannt, nach welchem 21,203.314 K 93 h eingelegt und 16,844.387 K 32 h rückgezahlt, somit ein Zuwachs von 4,358.927 K 61 h zu verzeichnen ist.

(Zur Kenntnis.)

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** berichtet über die neuen Mehl- und Brotpreise und stellt folgende Anträge:

Der Gemeinderat erhebt Protest gegen die von der Regierung verfügte Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, welche in keinem Verhältnisse zu den von der Regierung den Landwirten bewilligten Getreideübernahmspreisen stehen und ausschließlich die Nichtselbstversorger treffen.

Der Gemeinderat fordert die Erstellung von billigen Brotmehlpreisen, welche dadurch erreicht werden kann, daß der Staat, mithin die Gesamtheit der Staatsbürger, den Ersatz der Mehraufwendung übernimmt, da derzeit die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise in dem von der Regierung verfügten Ausmaße sich als eine unsoziale, nur die städtischen Konsumenten belastende Verbrauchsteuer darstellt.

Der Gemeinderat fordert die unbedingte Sicherung der vollen Mehl- und Brotquote für das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19, welche nur in der restlosen Erfassung der Ernteerträgnisse in Oesterreich und in der zweckmäßigen Verteilung gefunden werden kann.

Der Gemeinderat fordert neuerlich die Einsichtnahme in die Gebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt durch Vertreter der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderat fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung ein festes vertragsmäßiges

Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für den Konsumplatz Wien zu sichern. (Einstimmig angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 7741, M. D., 3862.) Dem Kanzlei-Offizial Wilhelm Swoboda wird für die Dauer seiner Verwendung im photographischen Atelier der städtischen Sammlungen eine Diensteszulage von 800 K jährlich gewährt.

(P. Z. 7745, M. A. III, 5930.) Dem österreichischen Zentral-Komitee zur Errichtung von Soldatenheimen für unsere Kampftruppen wird aus dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 13. März 1917, P. Z. 1901, für die Gründung von Soldatenheimen für Wiener Regimenter bestimmten Kredite von 20.000 K ein Betrag von 2000 K für das Soldatenheim des k. k. Schützen-Regimentes Nr. 24 und ein Betrag von 2500 K für das Soldatenheim eines neuen Marschbataillons des k. u. k. Infanterie-Regimentes Hoch- und Deutschmeister Nr. 4 überwiesen.

(P. Z. 7772, M. A VIII a, 560.) Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über das Ansuchen des Oesterreichischen Touristenklubs um Platzzinsermäßigung und beantragt:

Dem Ansuchen des Oesterreichischen Touristenklubs um Ermäßigung des Pachtschillings für das Weichtalgasthaus wird insoferne entsprochen, als der Pachtzins von 3000 K für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 auf 1050 K herabgesetzt wird.

St.-R. Schwer beantragt die Belassung des herabgesetzten Zinses von 600 K.

Antrag Schwer angenommen.

Referenten-Antrag abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 7836, St. S., 857.) Die Bestellung eines Landschaftsbildes, betreffend die Darstellung der Admonter Torfindustrie, zum Ankaufspreise von 1500 K ausschließlich des Rahmens, beim Landschaftsmaler Georg Holub wird genehmigt.

(P. Z. 7821, M. A. XVI, 12881.) Der Bericht des Magistrates über verschiedene Anträge auf Umbenennung des Gürtels wird zur Kenntnis genommen und bleibt die dermalige Bezeichnung der Gürtelstraße unverändert.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 7767, M. A. VI, 574.) Der Bauunternehmung Ing. Karl Auteried & Komp., IV., Favoritenstraße 33, werden 900 Stück 7" Mauthausener Würfel und 130 Stück sogenannte „lange Würfel" zum Preise von 2031 K 23 h käuflich überlassen. Der Kaufpreis ist vor Ausfolgung der Steine bei der städtischen Hauptkassa zu entrichten.

(P. Z. 7565, M. B. St., 1509.) Die Anschaffung von sieben Handsprengwagen für die Bespritzung der öffentlichen Gehwege mit den Gesamtkosten von 12.650 K wird genehmigt.

Die Lieferung wird der Firma E. F. Teich, Spezialfabrik für Maschinen zur Straßenpflege, gemäß ihres Anbotes vom 1. Juli 1918, und zwar von 4 Stück Handsprengwagen, Modell H. S. 18, zum Stückpreise von 1775 K und 3 Stück mit Vorrichtung behufs Füllen von Gießkannen zum Stückpreise von 1850 K übertragen.

Schluß der Sitzung.

---

# Bezirksvertretungen

## (VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **23. Mai 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Wolfgang Dirnbacher** und **V.-V. Jettel.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Kiennast.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit eröffnet der **Vorsitzende V.-V. Dirnbacher** die Sitzung.

Die Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung vom 25. April 1918 wird verlesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß Marie Neuber dem Dirnbacherfond eine 2000 Kronen-Rente gespendet hat, und spricht der Genannten den Dank aus.

Einlauf.

(754.) Dankschreiben des Landes-Ausschusses Bielohlawek für das Glückwunschschreiben zur Verleihung der Allerhöchsten Auszeichnung.

(634.) Mitteilung des städtischen Jugendamtes, daß für die Kinderausspeisung im VI. Bezirke ein Betrag von 1800 K bewilligt wurde.

(670.) Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Vermehrung der öffentlichen Beleuchtung in der Matrosengasse.

(641.) Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend die Ablehnung der Wiedererrichtung der aufgelassenen Haltestelle Stumpergasse im Geleise 1 der Mariahilferstraße.

Sämtliche Stücke des Einlaufes werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

(744.) Antrag des **V.-V. Stary** wegen Aenderung des Landesgesetzes vom 17. September 1917, betreffend die Gemeindevermittlungsämter, dahingehend, daß der Kläger bei Verlust der Klagelegitimation zur anberaumten Sühneverhandlung persönlich erscheinen muß.

Angenommen.

(755.) Entwurf der Bezirksvertretung des XV. Bezirkes, betreffend die Erweiterung der Kompetenz des Bezirksvorstehers und der Bezirksvertretung.

Angenommen.

(B.-R. Jettel übernimmt den Vorsitz.)

**B.-V. Dirnbacher** beantragt, zur Erinnerung an Alexander Girardi, dessen künstlerisches Wirken zum größten Teil an einem Theater des Bezirkes erfolgte, die Engelgasse in „Girardigasse" umzubenennen und einen diesbezüglichen Antrag beim Magistrat einzubringen.

Angenommen.

**Derselbe** beantragt, an die Direktion der städtischen Straßenbahnen eine Zuschrift zu richten, mit dem Ersuchen, daß bei den Motorwagen der Linie 57 (Fahrtrichtung Ring) die vordere Türe nicht erst vor der Endstation in der Eschenbachgasse, sondern bereits vor der Haltestelle Getreidemarkt (bei Linie 2) geöffnet werde, damit die zahlreichen Fahrgäste bei dieser Umsteigestelle den Wagen schneller verlassen können.

Angenommen.

(B.-V. Dirnbacher übernimmt den Vorsitz.)

**B.-R. Petter** stellt den Antrag, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorstellig zu werden, daß das Ein- und Aussteigen, sowie der Aufenthalt in den Wagen und auf den Plattformen Fahrgästen mit schwerbepackten Rucksäcken auf dem Rücken verboten werde. Die Rucksäcke wären vor dem Einsteigen bereits abzunehmen und unter den Sitzen unterzubringen.

Angenommen.

**B.-R. Grandauer** bringt zur Kenntnis, daß nach unwidersprochenen Zeitungsnachrichten anläßlich der tschechischen Gedenkfeste gewisse tschechische Kreise ein tschechisches Nationaltheater in Wien zu errichten beabsichtigen.

In der Zeit des schweren Völkerkampfes und der erwiesenen staatsfeindlichen Begebenheiten jener Kreise, muß diese Absicht die Wiener Bevölkerung in ständiger Erregung erhalten, dieselbe aber auch zu gemeinsamer Abwehr dieses Vorstoßes bereit finden. Es ist eine Unverfrorenheit sondergleichen, in Wien ein tschechisches Theater errichten zu wollen.

Er stellt somit den Antrag:

1. Heute schon festzulegen, daß die Bezirksvertretung mit allen Mitteln sich des Neubaues eines solchen Theaters oder der Uebertragung eines bestehenden Theaters an ein derartiges Konsortium erwehren wird, da Mariahilf kein Boden für tschechische Gelüste sein darf.

2. Ist der Herr Bürgermeister und der Gemeinderat der Stadt Wien zu bitten, allfällige Verlangen auf Errichtung eines tschechischen Theaters von vornherein abzulehnen.

3. Sind die übrigen Bezirksvertretungen von dem Beschlusse in Kenntnis zu setzen und zu ersuchen, einen gleichen Beschluß in ihrem Vertretungskörper zu fassen.

Angenommen.

**B.-R. Petter** stellt die Anfrage, ob auf den seinerzeit von ihm eingebrachten Antrag, die Dienstbotenbücher mit der Photographie des Inhabers zu versehen, bereits eine Erledigung eingelangt ist; sollte dies nicht der Fall sein, so wolle unter Hinweis, daß in Budapest Dienstbotenbücher mit der Photographie bereits eingeführt sind, eine neuerliche Eingabe bei der maßgebenden Behörde eingebracht werden.

Angenommen.

**Schluß der öffentlichen Sitzung.**

# Allgemeine Nachrichten.

## Wiener Kriegshilfe-Verein für Ortelsburg.

### VI. Ausweis.*)

**B. Spender.**

69. Rektor der Wiener k. k. Universität Hofrat Hans Horst-Meyer . . . . . 1000 K
70. Geschäftsleitung der Burschenschaft „Ostmark" . . 1000 „

---

### K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 12. Juli 1918, ad G. Z. 2347:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Knaben II., Weintraubengasse 13, Josef Trum, anläßlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand für seine langjährige, verdienstvolle Lehrtätigkeit den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. Juli 1918, ad G. Z. 7293/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 17. Juni 1918, Z. 18284-XIII, der Handarbeitslehrerin Theresia Pönisch in Wien aus Anlaß ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre vieljährige, sehr ersprießliche Wirksamkeit im Handarbeitsunterrichte die Anerkennung des Ministeriums für Kultus und Unterricht auszusprechen gefunden.

---

### Monatsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für Juli 1918.

Im Monat Juli 1918 sind die leerstehenden Wohnungen auf 586 oder 0·106 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes gegen 681 oder 0·123 Prozent im Juni zurückgegangen.

Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe

der Kleinwohnungen 483 (0·12 Prozent aller Kleinwohnungen),

der kleineren Mittelwohnungen 58 (0·112 Prozent aller kleineren Mittelwohnungen),

der größeren Mittelwohnungen 25 (0·036 Prozent aller größeren Mittelwohnungen) und

der großen Wohnungen 20 (0·074 Prozent aller großen Wohnungen).

Der Stand der leerstehenden Geschäftslokale hat im Berichtsmonate einen Rückgang von 4201 gegen 4483 im Monate Juni zu verzeichnen.

Die Zahl der Besucher des Wohnungsnachweises betrug im Juli 2682, die Zahl der Wohnungen und Geschäftslokalitäten, die im Berichtsmonate durch Organe des Wohnungsnachweises revidiert wurden, betrug 3033.

*) Den V. Ausweis enthält Amtsblatt Nr. 28 ex 1917.

**Wohnungsnachweis der Stadt Wien.**

# Uebersicht

der mit 31. Juli 1918 in Wien leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten.

| Bezirk | Kleinwohnungen I. | | | Kleinere Mittelwohnungen II. | | | Größere Mittelwohnungen III. | | | Große Wohnungen IV. | | | Geschäftslokalitäten | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − |
| I. | 4 | 5 | + 1 | 3 | 1 | − 2 | 4 | 2 | − 2 | 5 | 3 | − 2 | 137 | 111 | − 26 |
| II. | 10 | 11 | + 1 | 3 | 2 | − 1 | 4 | 3 | − 1 | 2 | 2 | — | 215 | 205 | − 10 |
| III. | 8 | 4 | − 4 | — | 1 | + 1 | — | 1 | + 1 | 1 | 1 | — | 348 | 326 | − 22 |
| IV. | 10 | 4 | − 6 | 2 | 3 | + 1 | 2 | 2 | — | 1 | — | − 1 | 169 | 170 | + 1 |
| V. | 18 | 11 | − 7 | 1 | 2 | + 1 | 1 | 1 | — | — | — | — | 254 | 242 | − 12 |
| VI. | 7 | 3 | − 4 | 2 | 4 | + 2 | 2 | 1 | − 1 | 2 | 2 | — | 143 | 123 | − 20 |
| VII. | 13 | 15 | + 2 | 2 | 3 | + 1 | 1 | — | − 1 | — | — | — | 153 | 133 | − 20 |
| VIII. | 4 | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 185 | 175 | − 10 |
| IX. | 11 | 7 | − 4 | 4 | 5 | + 1 | — | 1 | + 1 | 3 | 3 | — | 166 | 156 | − 10 |
| X. | 31 | 17 | − 14 | — | 1 | + 1 | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | 261 | 253 | − 8 |
| XI. | 2 | 1 | − 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 31 | 29 | − 2 |
| XII. | 16 | 11 | − 5 | 4 | 5 | + 1 | 1 | 2 | + 1 | 1 | 1 | — | 285 | 254 | − 31 |
| XIII. | 135 | 123 | − 12 | 17 | 11 | − 6 | 7 | 4 | − 3 | 2 | 1 | − 1 | 422 | 412 | − 10 |
| XIV. | 58 | 52 | − 6 | 4 | 3 | − 1 | — | — | — | — | — | — | 303 | 286 | − 17 |
| XV. | 9 | 9 | — | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | 199 | 164 | − 35 |
| XVI. | 134 | 99 | − 35 | 3 | 2 | − 1 | — | 2 | + 2 | — | — | + 1 | 357 | 339 | − 18 |
| XVII. | 37 | 34 | − 3 | 3 | 3 | — | 1 | 1 | — | 3 | 3 | — | 209 | 204 | − 5 |
| XVIII. | 21 | 23 | + 2 | — | — | — | 1 | 2 | + 1 | 1 | — | − 1 | 279 | 269 | − 10 |
| XIX. | 11 | 9 | − 2 | 2 | 2 | — | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | 187 | 186 | − 1 |
| XX. | 35 | 40 | + 5 | 4 | 8 | + 4 | 1 | 1 | — | — | 1 | + 1 | 125 | 114 | − 11 |
| XXI. | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | 55 | 50 | − 5 |
| | 575 | 483 | − 92 | 56 | 58 | + 2 | 27 | 25 | − 2 | 23 | 20 | − 3 | 4483 | 4201 | − 282 |

Gesamtsumme der leerstehenden Wohnungen vom Juni . . . . . 681
" " " " " Juli . . . . . 586
— 95

Gesamtsumme der leerstehenden Geschäftslokalitäten vom Juni . . . . . 4483
" " " " " Juli . . . . . 4201
— 282

## Wohnungsnachweis der Stadt Wien.

# Uebersicht

der mit 31. Juli 1918 in Vormerkung stehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten.

| Bezirk | Kleinwohnungen I. | | | Kleinere Mittelwohnungen II. | | | Größere Mittelwohnungen III. | | | Große Wohnungen IV. | | | Geschäftslokalitäten | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − | Juni 1918 | Juli 1918 | + − |
| I. | 4 | 5 | + 1 | 4 | 1 | − 3 | 6 | 4 | − 2 | 5 | 3 | − 2 | 142 | 115 | − 27 |
| II. | 10 | 11 | + 1 | 3 | 2 | − 1 | 4 | 3 | − 1 | 2 | 2 | — | 215 | 205 | − 10 |
| III. | 8 | 4 | − 4 | — | 1 | + 1 | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | 354 | 327 | − 27 |
| IV. | 10 | 4 | − 6 | 3 | 3 | — | 2 | 2 | — | 1 | — | − 1 | 174 | 175 | + 1 |
| V. | 20 | 12 | − 8 | 2 | 3 | + 1 | 2 | 2 | — | — | — | — | 260 | 248 | − 12 |
| VI. | 9 | 3 | − 6 | 3 | 5 | + 2 | 2 | 1 | − 1 | 2 | 2 | — | 157 | 133 | − 24 |
| VII. | 17 | 15 | − 2 | 2 | 5 | + 3 | 1 | — | − 1 | 1 | — | − 1 | 162 | 142 | − 20 |
| VIII. | 6 | 5 | − 1 | — | — | — | 1 | — | − 1 | — | — | — | 187 | 177 | − 10 |
| IX. | 12 | 7 | − 5 | 6 | 5 | − 1 | — | 1 | + 1 | 3 | 3 | — | 173 | 156 | − 17 |
| X. | 32 | 17 | − 15 | — | 1 | + 1 | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | 262 | 253 | − 9 |
| XI. | 4 | 1 | − 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 33 | 31 | − 2 |
| XII. | 17 | 12 | − 5 | 4 | 5 | + 1 | 1 | 2 | + 1 | 1 | 1 | — | 296 | 265 | − 31 |
| XIII. | 141 | 129 | − 12 | 18 | 13 | − 5 | 7 | 5 | − 2 | 2 | 1 | − 1 | 429 | 419 | − 10 |
| XIV. | 58 | 53 | − 5 | 4 | 3 | − 1 | — | — | — | — | — | — | 305 | 286 | − 19 |
| XV. | 11 | 10 | − 1 | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | 202 | 168 | − 34 |
| XVI. | 135 | 99 | − 36 | 3 | 2 | − 1 | — | 2 | + 2 | — | 1 | + 1 | 359 | 342 | − 17 |
| XVII. | 38 | 36 | − 2 | 3 | 3 | — | 1 | 1 | — | 3 | 3 | — | 209 | 205 | − 4 |
| XVIII. | 22 | 30 | + 8 | — | 1 | + 1 | 1 | 2 | + 1 | 1 | — | − 1 | 282 | 275 | − 7 |
| XIX. | 11 | 9 | − 2 | 2 | 2 | — | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | 188 | 187 | − 1 |
| XX. | 38 | 46 | + 8 | 4 | 8 | + 4 | 1 | 1 | — | — | 1 | + 1 | 126 | 114 | − 12 |
| XXI. | 1 | 1 | — | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | 55 | 50 | − 5 |
| | 604 | 509 | − 95 | 64 | 66 | + 2 | 32 | 29 | − 3 | 24 | 20 | − 4 | 4570 | 4273 | − 297 |

Gesamtsumme der angemeldeten Wohnungen vom Juni 724; der angemeldeten Geschäftslokalitäten 4570
" " " " " Juli 624; " " " 4273
− 100 − 297

Besucheranzahl in der Zentrale 794; in den Filialen 2682.
" zusammen 3476.

Anmerkung.

In die Gruppe I gehören Wohnungen mit 1 bis 2 Wohnräumen (Zimmer; Zimmer und Kabinett).

In die Gruppe II gehören Wohnungen mit 2 bis 3 Wohnräumen (2 Zimmer; 1 Zimmer und 2 Kabinette).

In die Gruppe III gehören Wohnungen mit 3 bis 4 Wohnräumen (2 Zimmer, 1 Kabinett; 3 Zimmer; 2 Zimmer, 2 Kabinette; 3 Zimmer und 1 Kabinett).

In die Gruppe IV gehören Wohnungen mit 4 Zimmern und mehr Wohnräumen.

---

## Lebensmittelverkehr.

### Jung- und Stechviehmarkt vom 14. August 1918.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kälber lebend . . . . . | — | Schafe lebend . . . . . | — |
| Kälber ausgeweidet . . | 105 | Schafe ausgeweidet . . | 16 |
| Lämmer lebend . . . . | — | Schweine ausgeweidet . | 46 |
| Lämmer ausgeweidet . . | — | Spanferkel . . . . . | — |

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 470 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ 300 „ 450 „

Lämmer lebend (per 1 kg)

I. Qualität . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . „ — „ — „
III. „ . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 1000 bis 1600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 1400 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 60 Stück Kälber weniger zugeführt.

Die Preislage auf dem Jung- und Stechviehmarkte blieb unverändert.

* * *

### Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. August 1918

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen oder Spelz per 100 kg | 40 K | — h | |
| Roggen . . . . . „ | 100 „ | 40 „ | — „ |
| Gerste . . . . . „ | 100 „ | 37 „ | — „ |
| Hafer . . . . . „ | 100 „ | 36 „ | — „ |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Heu aller Art . . . . . | 17 K | — h | per 100 kg |
| Stroh: | | | |
| Kornschaubstroh . . . . . | 10 „ | — „ | „ 100 „ |
| Erbsen-, Wickenstroh . . . . . | 8 „ | — „ | „ 100 „ |
| Bohnen-, Raps- und Maisstroh . . | 6 „ | — „ | „ 100 „ |

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl Nr. 243 ex 1917.)

* * *

### Pferdemarkt vom 13. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 226 Stück.

217 Gebrauchspferde, 9 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 6000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

---

## Baubewegung

vom 13. bis 15. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

### Gesuche um Baubewilligungen.

**Zubauten.**

VI. Bezirk: Haydngasse 21, von Joh. Scholz, Stumpergasse 40, Bauführer Hans Flicker (1797).

XX. Bezirk: Pappenheimgasse 2, Treustraße 76, von der „Sascha", Filmindustrie-Gesellschaft, VII., Neubaugasse 20, Bauführer A. Micheroli (1786).

**Adaptierungen.**

III. Bezirk: Estegasse 7, Einl.-Z. 367 und 369, von Julius Feiwel, II., Kleine Sperlgasse 1, Bauführer Karl Kirchem (1796).

VI. Bezirk: Marchettigasse 5, von Friedrich Kallein, ebenda, Bauführer Heinrich Seiz (1795).

*) Hievon — am Markte und 9 im Pferdeschlachthause.

IX. Bezirk: Porzellangasse 45, Einl.-Z. 729, von Dr. Fritz Neumann, I., Spiegelgasse 19, Bauführer A. Alphart & A. Wagner (1788).

**Diverse geringere Bauten.**

IV. Bezirk: Bauherstellungen, Goldeggasse 19, von der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" (1773).

V. Bezirk: Schuppen, Pilgramgasse 22, von Ferd. Rappold, Strobachgasse 6 (1779).

IX. Bezirk: Kanalherstellung, Stadtbahn-Viadukt 114, Gürtellinie, von Leopold Täuber, ebenda (1778).

---

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 17. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Perlmutter Bernhard — Handel mit Kurz-, Galanterie- und Bürstenbinderwaren — VIII., Langegasse 14.

Nierlich Anna — Erzeugung von Likör, Spirituosen und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XX., Klosterneuburgerstraße 121.

Kahlert Franziska — Fragnergewerbe — XX., Allerheiligenplatz 17.

Popper Siegmund — Handel mit technischen Artikeln — XX., Wallensteinstraße 16.

Löwy Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XX., Jägerstraße 20.

Berger Anna — Uebernahme von Bestellungen auf Gas- und Wasserleitungen — XX., Wallensteinstraße 25.

Berger Anna — Handel mit technischen Artikeln und Beleuchtungskörpern aller Art — XX., Wallensteinstraße 25.

Materna Anna — Viktualienhandel — XVIII., Witthauergasse 48.

Roth Marie — Wäscherei und Wäscheputzerei — XVIII., Cottagega e 10.

Werner Helene — Handel mit Papier-, Parfümeriewaren und Photographieartikeln — XVIII., Währingerstraße 127.

Haupt Katharina — Viktualienhandel — XVIII., Währingerstraße 166.

* * *

## 18. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Prasse Johann Karl — Spenglergewerbe — XIII., Speisingerstraße 62.

Bock Franz — Trödlergewerbe — X., Keplerplatz 11.

Lomparter Michael — Schuhmachergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 118.

Myslivec Franz — Pferdefleischhauergewerbe — XVII., Römergasse 79.

Srua Leopold — Kleidermachergewerbe — XVII., Weißgasse 2.

Prochaska Franz — Zuckerbäckergewerbe — XVII., Kalvarienberggasse 71.

Lukovsky Valentin — Schlossergewerbe — XVII., Weißgasse 48.

Brauchbar Hermann — Handel mit Textilwaren — II., Pillersdorfgasse 10.

Dreyer Franz — Färbereigewerbe — XV., Kranzgasse 25/27.

Steinböck Heinrich — Marktviktualienhandel — XV., Reithofferplatz (Markt).

Zechmeister Karl — Erzeugung von Spirituosen, Likören und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XV., Mariahilfergürtel 37.

Würfl Hermann — Gemischtwarenhandel nebst Flaschenbier-Verschleiß — XV., Westbahnhof (Hauptportal Pavillon).

Rohacek August — Handel mit Schuhwaren, Zugehör und Leder — XV., Goldschlagstraße 10.

Schmid Paul — Fleischselchergewerbe — XIII., Breitenfeerstraße 48.

Lachner Therese — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren und Obst — V., Schönbrunnerstraße 100.

Rainer Aloisia — Handel mit Viktualien und Zuckerbäckerwaren — X., Quellenstraße, Ecke Absberggasse (Stand).

Kratochwil Marianne — Marktfahrergewerbe — X., Hardtmuthgasse 65.

Fabes Franziska — Viktualienhandel — X., Leibnitzgasse 40.

Holub Emilie — Viktualienhandel — XI., Krausegasse 13 (Stand).

Pazderka Franziska — Handel mit Blumen, Obst, Grünwaren und Geflügel — XI., Schneidergasse 7.

Lipka Barbara — Marktviktualienhandel — XI., Enkplatz (Markt).

Dalsasso Katharina — Fragnergewerbe — XIII., Penzingerstraße 108.

Multerer Elisabeth — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVII., Hormayrgasse 21.

Thebner Isidor — Handel mit Schuh- und Strickwaren — II., Glockengasse 6.

Schaller Sabine — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Obst und Kracherln — II., Haidgasse 7.

Hönigsbeer Rosa — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Kleine Schiffgasse 23.

Pauschenwein Karl — Kleinhandel mit Brennmaterialien — III., Hainburgerstraße 62.

John Leopoldine — Handel mit Holzkohlen und Unterzündmaterial — XV., Pelzgasse 20.

Kurz Agnes — Kunstblumen-Erzeugung — XV., Mariahilferstraße 177.

Tureck Theresia — Pferdefleisch-Verschleiß — XV., Pelzgasse 9.

Böck Therese — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes § 16, lit. b, c, d, e, f, g G.-O. nach dem verstorbenen Gatten Alois Böck — XXI., Kretzgasse 8.

Lauz Marie, geb. Hiesleitner — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleißes nach dem verstorbenen Gatten Ernst Lauz — XVI., Konstantingasse 3.

Bartu Barbara — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren-Verschleißes nach dem verstorbenen Gatten Paul Bartu — XXI., Kagran, Verkaufshütte, Kat.-Parz. 1069/1.

Irrgang Josefine — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren- und Flaschenbierhandels nach dem verstorbenen Gatten Josef Irrgang — XVII., Ottakringerstraße 24.

Nemeth Dionysius — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIX., Obkirchergasse 21.

* * *

## 19. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Rieg'er Erasmus — Friseur- und Raseurgewerbe — VII., Stiftgasse 40.

Safran Wolf Perez — Likör-, Spirituosen- und Fruchtsäfte-Erzeugung auf kaltem Wege — VII., Burggasse 113.

Lenhardt Josef — Verschleiß von Konditoreiwaren und Flaschenbier — XVI., Vogeltenngasse, Ecke Elisabethavenue (Holzhütte).

Lippert Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Albrechtskreithgasse 26.

Wiskozill Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Sautergasse 33.

Beverka Karl — Fragnergewerbe — XVI., Speckbachergasse 17.

Masek Alois — Viktualien-Verschleiß — XVI., Yppengasse 1.

Baric Leopold — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — XVI., Thaliastraße 23.

Kaufmann Ignaz — Marktviktualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt.

Beschtak Gustav — Marktviktualienhandel — XVI., Joh. Nep. Berger-Platz, Markt.

(Das Weitere folgt.)

---

## Inhalt.


Seite

Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 2. August 1918 . . . 1647
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 23. Mai 1918 . . . . . 1653
Allgemeine Nachrichten:
Wiener Kriegshilfe-Verein für Ortelsburg . . . . . 1654
K. k. Bezirksschulrat . . . . . 1654
Monatsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für Juli 1918 . 1654
Lebensmittelverkehr:
Jung- und Stechviehmarkt vom 14. August 1918 . . . . . 1657
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. August 1918 . . . . . 1657
Pferdemarkt vom 13. August 1918 . . . . . 1657
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 13. bis 15. August 1918 . . . . 1657
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1658
Kundmachungen.

Beilage:
Verzeichnis der ausgestellten Legitimationskarten für Handlungsreisende II. Quartal 1918.


Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Kundmachungen.

Z. 1177/18.

## Kundmachung.

(Anton Winkler'sche Stiftung.)

Am 4. September 1918 gelangen die Interessen der Anton Winkler'schen Stiftung im Betrage von 775 K 77 h an einen mit Kindern gesegneten, verarmten, nach Wien zuständigen Familienvater, welcher in Wien wohnhaft und von tadellosem, moralischem Lebenswandel ist, zur Verleihung.

Die diesbezüglichen Gesuche sind bis 24. August 1918 in der Kanzlei der Bezirksvertretung des VII. Bezirkes Neubau, VII., Hermanngasse 24/28, 2. Stock rechts, einzubringen.

Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des VII. Wiener Gemeindebezirkes:

**Christian Ebeling.**

Wien, am 5. August 1918. 3—3

---

M. Abt. XIII, 2778/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Theobald Uffenheimer'sche Gewerbestiftung.

Verliehen werden: Vier Stiftplätze zu je 220 K, und zwar zwei Stiftplätze an Gewerbsleute christlichen und zwei an Gewerbsleute israelitischen Glaubensbekenntnisses.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte oder arbeitsunfähige, wohlverhaltene Gewerbsleute.

Vorrecht genießen:

1. Verwandte des Stifters,

2. nach Wien zuständige oder in den Bezirken Leopoldstadt oder Brigittenau oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Ausweis über die Mitgliedschaft bei einer Gewerbe-Genossenschaft, allenfalls auch Bestätigung der Genossenschaft, daß Bewerber sein Gewerbe wegen Arbeitsunfähigkeit zurücklegen mußte, und Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichstellen: Für christliche Bewerber: Bezirkskanzleien des II. und XX. Wiener Gemeindebezirkes; für israelitische: Vorstehung der israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Einreichungsfrist: **Bis 21. September 1918.**

Verleihungstag: 28. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 20. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 3123/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## David Schwarzmann'sche Stiftung

für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder und dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 7. Dezember 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 2618/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Luise Wichtl und Ferdinand Weckbrot'sche Stiftung

für christliche Familien.

Verliehen wird: Ein Betrag von 1700 K an eine oder zwei intelligente christliche Familien, deren Ernährer durch Krankheit erwerbsunfähig geworden ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufscheine, Trauungsschein, Heimatschein, Taufscheine (Taufzettel der Kinder) und armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 20. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt, XIII. 3143/18. Selbständiger Wirkungskreis

## Karl Hoffmann'sche Stiftung

für österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Verliehen werden: Unterstützungsbeträge zu je 200 K an fünf österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme dramatische Autoren oder mittel- und stellenlose dramatische Künstler, welche österreichische Staatsbürger und mehr als 60 Jahre alt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis über die Eigenschaft als dramatischer Autor oder dramatischer Künstler und Armutszeugnis, beziehungsweise Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 7. September 1918.**
Verleihungstag: 11. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 18. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 3141/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef und Anna Steiner'sche Stiftung
**für Arme von Hietzing.**

Verteilt werden: 500 K in zwei gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Geschäftsleute oder verarmte Witwen von Geschäftsleuten, welche im Pfarrsprengel Hietzing wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimat- und Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Nachweis über den Wohnort im Pfarrsprengel Hietzing, allenfalls Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes.

Einreichungsfrist: **Bis 19. September 1918.**
Verleihungstag: 1. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 27. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 2584/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef Stastnik'sche Stiftung
**für Herrenschneidermeister.**

Verteilt werden: 300 K in drei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: In unverschuldetes Elend geratene Herrenschneider, welche in Wien wohnen.

Jene Bewerber, welche nachweisen können, daß sie bei dem Stifter, dem am 2. September 1897 im XVI. Bezirke, Neulerchenfelderstraße 9, verstorbenen Herrenschneidermeister und Gemeinderat der Stadt Wien Josef Stastnik oder dessen Vater als Arbeiter im Geschäfte standen, genießen das Vorzugsrecht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**
Verleihungstermin: Weihnachten 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XI, 50903.

## Kundmachung.
**(Maria v. Miller zu Aichholz-Stiftung.)**

In den städtischen Waisenhäusern gelangt ein Maria v. Miller zu Aichholz'scher Stiftungsplatz zur Besetzung.

Zum Genusse der Maria v. Miller zu Aichholz'schen Stiftungsplätze in den städtischen Waisenhäusern sind Kinder ohne jede Rücksichtnahme auf die Heimatberechtigung ihrer Eltern, welche nicht nach Wien zuständig sind, ferner nicht nur verwaiste, sondern auch andere arme, von ihren Eltern verlassene Kinder, die den sonstigen Erfordernissen zur Aufnahme in ein städtisches Waisenhaus entsprechen, berufen.

Die betreffenden Kinder müssen daher gemäß den Bestimmungen des Statutes für die städtischen Waisenhäuser arm sein, in dem Alter zwischen dem 6. und 14. Lebensjahre stehen, lernfähig, geimpft und gesund sein.

Kinder, deren Eltern oder verwitwete Mütter ein der Besteuerung unterliegendes Gewerbe betreiben, haben keinen Anspruch auf Aufnahme.

Die bezüglichen Gesuche sind mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, ferner dem Tauf(Geburts)scheine, dem Impfzeugnisse und dem Heimatsnachweise des betreffenden Kindes, ferner, wenn für verwaiste Kinder eingeschritten wird, mit den Totenscheinen der Eltern oder des verstorbenen Elternteiles und mit dem Schulfortgangszeugnisse des Kindes zu versehen und **längstens bis 31. August 1918** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XI (I., Neues Rathaus) zu überreichen.

**Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 1. August 1918. 1—3

---


# Allgemeine Depositen-Bank
**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—**

# Legitimationskarten für Handlungsreisende.

Zufolge § 11, Absatz 2 der Ministerialverordnung vom 27. Dezember 1902, R.-G.-Bl. Nr. 242, werden im Nachstehenden die Verzeichnisse der von den einzelnen magistratischen Bezirksämtern ausgestellten Legitimationskarten für Handlungsreisende veröffentlicht.

---

## I. Bezirk.

S. Müller & Komp., Porträtphotographie und Bilderrahmenhandel: Peter Zöpf, Heinrich Pauer, Franz Ankut, Wenzel Husnik, Martha Kutschera, Franz Mayr, Franz Seidler, Leopold Khestl, Karl Maier, Johann Skoda, Franz Uhl, Marie Schmid, Ferdinand Tatschl, J. Schwarzenbrenner, Anny Heilingbrunner, J. K. Koradello, Otto Janovsky, Josef Zajicek, Josef Scherbinek, Jakob Geißler, Josef Funke, Kasimir Mousnig, Johann Bauer, Albin Schmidt, Albin Kirschig, Josef Hiener, Heinrich Brieter, Philomena Kormatsch, Anton Kolar, Franz Grämer, Franz Lechner, Vinzenz Hayduck, Franz Weber, Ferdinand Hornisch, Josef Wenloda, Franz Johann Buchacher, Rudolf Czernoch, Michael Moser, Johann Rysnar, Wenzel Mack, Wenzel Ingl, Franz Till, Rudolf Praschl, Josef Platzer, Joh. v. Wolyansky, Eduard Klose, Franz Polzer, Wilhelm Dorniak, Johann Beck, Franz Peterle, Viktor Grigar, Felix Maier, Heinrich Müller, Wenzel Musil, Monika Schnabl, Anton Worgittor, Franz Wutsch Julius Franz Franz, Franz Knapp, Leopold Paulitschek, Anton Pischkur und Josef Hunsnik.

„Solo", Zündwaren A.-G., Zündwaren und Wichse: Josef Mrazek und Jakob Süß.

Lechner, Wilh. Müller, k. k. Hofbuchhandlung: Hans Hawelka.

Vereinigte Drogen-Großhandlung, Materialienhandlung: Franz Vitout.

Franz Kudelniczek, Pelzwaren: Leopold Polach.

Max Auerbach, Knöpfe: Marie Puchschaml.

M. Fleischner, Uhren, Gold und Silberwaren: Wilhelm Ehrenfeld.

Heinrich Guttmann, Kurzwaren: Franz Morre.

Friedrich Friedmann's Nachf., Krawatten: Maximilian Seidler.

Oesterr. Ges. v. Silb. Kreuze, Wiener Friedensperle: Jakob Wolf Gruber und Oskar Wohl.

## II. Bezirk.

Ferdinand Sedlmayer, Vergolder: Franz Lusan und Jakob Landauer.

Gebrüder Mikolasch, Gummiwarenhandel: Albert Strauß.

Judith Dichter, Kommissionshandel: Tobias Dichter.

Karl Alter, Goldwarenhandel: Emil Alter.

## III. Bezirk.

Anton Müller, Vergrößerung von Photographien: Wilhelm Mikisch, Anton Spießlechner, Emmerich Decker, Julie Sestorad, Marie Sestorad, Wilhelm Schimpke und Katharina Brunner.

Anna Edel, Handel mit Email- und Semiemailbildern: Adolf Damboritz, Ignaz Gröbel und Gustav Locker.

H. Fritzo & Komp., Erzeugung von ätherischen Oelen und Essenzen: Josef Baroggi.

Emmerich Decker, Handel mit Andenken an Verstorbene: Amalie Decker und Beatrix Payer.

Stephan Goruk, Handel mit Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen und Galanteriewaren: Gustav Jurinkowitsch.

## IV. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

## V. Bezirk.

Kath. Pleß geb. Singer, Galanterie-, Bijouterie- und Parfümeriewarenhandel: Margarete Feigl.

Josef Hannich, Handel mit allen im freien Verkehre gestatteten und rücksichtlich des Verkaufes nicht an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebundenen Waren, jedoch ausschließlich des Detailverschleißes der im § 38, P. 5 G.-O. angeführten Artikel: Siegfried Arnstein.

## VI. Bezirk.

M. Fiebiger, Großhandel mit allen Arten der Glas-, Ton-, Porzellan-, Metall-, Galanterie-, Holz-, Bijouterie- und Papierwarenbranche, sowie von Industriesalz und landw. Maschinen: Karl Flachenegger und Hugo Trebitsch.

Amon Göth, Handel mit Ansichtskarten und Papierwaren: Marie Schleier.

Josef Inwald A.-G., Erzeugung von Hohlglaswaren: Armin Kalmar.

Ferdinand Braunsteiner, fabriksmäßige Schmuckfedern-Erzeugung: Marie Altmann.

Karl Klamer, Wäschewaren-Erzeugung: David Korsower.

Paul Zehdnicker, Handel mit Bekleidungsgegenständen, Hausgeräten, Schneider- und Schuhmacherzugehör, Leder-, Papier- und Galanteriewaren: Karl Schreiner.

### VII. Bezirk.

Selma Ullmann, Kunstblumen- und Schmuckfedern-Erzeugung: Jakob Weiß.

Hugo Jellinek, Wiener Stickerei-Werkstätte: Anna Hederer.

Armin Stark, Pelzwarengeschäft: Dori Stark.

Singer & Wilh. Pfeffer, Handel mit Kürschnerwaren und Fellen: Hubert Pestuka.

Adolf Platzer, Wiener Kunstunternehmung: Siegmund de Majo, Marie de Majo, Franz Kleebinder und Hans Schreier.

Elisabeth Safir, Blusen en gros: Pinkas Czaczkes.

### VIII. Bezirk.

Max Hirsch, Porträtvergrößerung und Rahmenhandel: Theodor Wichmann, Anna Ambrosch und Amalie Pauly.

### IX. Bezirk.

Patriotischer Verlag F. A. v. Kantz, Vertrieb der vom Kriegshilfsbüro des k. k. Ministeriums für soziale Fürsorge herausgegebenen Fürsorgeartikel: Johann Richter, Bella Benedek, Josefine Holubetz, Anton Lorber, Rudolf Schöngut, Gabriel Hoffmann, Martha Kratzig, Helene Richter, Karl Samper, Berta Stangl, Ida Marie Perl, Richard Lerch, Katharina Pfab, Anna Kuhnert, Natalie v. Hoffmann, Luise Wagner und Ernst Jakisch.

Rudolf Prandl, Gemischtwarenhandlung im Großen: Karl Schindler.

Max Kieser, Maschinenfabrik: Adalbert Kreillehner und Johann Schwarz.

### X. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

### XI. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

### XII. Bezirk.

Josef Dreiwurst, Photographisches Atelier: Peter Marek und Oskar Stechbart.

### XIII. Bezirk.

Karl Schwarzinger, Warenhandel mit Bildern: Johann Skoda, Robert Binder R. v. Degenschild und Anna Mras.

### XIV. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

### XV. Bezirk.

Georg Richter, Photograph: Jakob Landauer und Josef Grüllenberger.

Lukacz & Havas, Möbelfabrik: Antonie Kollert.

Verlag für vaterländische Literatur: Leo Weiß.

Karl Ullmann, Gemischtwarenhandel: Adalbert Cihalik.

### XVI. Bezirk.

Karl Rund, Handel mit Holz- und Bildhauerwaren: Karl Schindler, Anton Pawlik, Josef Polak, Eduard Kuta und Johann Mehrberger.

Anna Pfanner, Handel mit Holz und Bildhauerwaren: Sophie Salm, Karl Frank, Marie Gaudernak, Josef Hudecek und Fritz Frömmel.

Josef Lauterbach, Handel mit Holz- und Bildhauerwaren: Otto Bruckner.

Helene Tille, Handel mit Wäsche, Spitzen u. s. w.: Heinrich Tille.

August Brejcek, Porträtvergrößerungen: Johanna Kokoska.

### XVII. Bezirk.

Josef Treu, Stampiglien-Erzeugung: Franz Schuhbauer.

### XVIII. Bezirk.

Apiswerke, chem. kosmetische Präparate: Simon Büchler.

### XIX. Bezirk.

August Schneider, Weingroßhandlung: Salomon Kindler.

### XX. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

### XXI. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im II. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier der aus k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 67. Dienstag den 20. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


# Stadtrat.

## Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 22. August 1918, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 23. August 1918, 10 Uhr vormittags.

## Bericht

über die Sitzung des Stadtrates **vom 8. August 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Dr. Haas, Heindl, Hermann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Körber, Knoll, Dr. Mataja, Müller, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Spalowsky, v. Steiner, Tomola, Wippel.

Beurlaubt: Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, St.-R. Dechant, Grünbeck, Dr. Hein, Wessely, Zatzka.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Bericht des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Kartoffelabgabestelle, über die Kartoffelversorgung der Gemeinde Wien vom 8. August 1918.
(Zur Kenntnis.)

2. Das Stift Seitenstetten dankt für die Ueberlassung von 12 Medaillen (Doubletten) aus dem städtischen Museum.
(Zur Kenntnis.)

3. Die Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge berichtet, daß die gegenwärtige Gesamtsumme der bei ihr in Unterstützung stehenden Personen 26.044 beträgt.
(Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 8070, M. B. A. I, 14192.) Dem Ansuchen des Albert Kende, Veranstalters der vom 2. bis 10. Mai 1918 im I. Bezirke, Kärntnerstraße 4, abgehaltenen freiwilligen Feilbietung, um Nachsicht einer Armenfondsgebühr im Betrage von 6006 K, deren Bezahlung noch ausständig ist, wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8038, M. A. VI, 250/18.) Der Bauentwurf für die Neupflasterung der verlängerten Görgengasse im XIX. Bezirke vor dem Gebäude der Wiener Automobilfabrik A. G. vormals Gräf & Stift wird samt dem Bestbote der Pflasterungsunternehmung Hans Buchmann und Adolf Schneller, XVIII., Hans Sachs-Gasse 27, für die Erd- und Pflasterungsarbeiten mit dem die Gemeinde treffenden Kostenerfordernisse von 16.916 K 60 h zur Ausführung genehmigt.

Das Anbot der Wiener Automobilfabrik A. G. vormals Gräf & Stift auf unentgeltliche Beistellung des erforderlichen Fuhrwerkes sowie der Bruchsteine wird angenommen.

(P. Z. 8100, St. Jugendamt, 26/17.) Zur Durchführung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten in dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, XIX., Osterleitengasse 14, und zur Beschaffung der notwendigen Einrichtungsgegenstände wird ein Betrag von 9300 K bewilligt, welcher mit dem Teilbetrage von 5848 K 30 h auf Ausgabs-Rubrik XII 43 und mit dem Restbetrage von 3451 K 70 h auf Ausgabs-Rubrik XXXVII 4 bedeckt ist.

Die Durchführung dieser Arbeiten hat durch die ständigen Ersteher, beziehungsweise im Verhandlungswege auf Grund eingeholter Anbote zu erfolgen.

(P. Z. 3825, M. A. III, 923.) Das Ansuchen der Kaiser Franz Josef-Jubiläumsstiftung, den sich aus dem Behälter III des ehemaligen Döblinger Gaswerkes ergebenden Aushub in die Behälter I und IV anschütten zu dürfen, wird abgelehnt.

Im übrigen wird der vorgelegte Bericht über die Verwendung dieses Aushubes genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schmid wird beschlossen:

(P. Z. 8144, M. A. IX, 4925.) Die Hüttenabteile Nr. 13, 15 und 16 der prov. Geschäftshütten neben der Gartenanlage an der Friedrichstraße werden der Bau-Abteilung-Straßenpflege zur Unterbringung von Unterkunftsräumen für Aufseher ab August 1918 überlassen.

(P. Z. 8121, St. E. W., 1944.) Im Wege der Zeitbeförderung werden 1. der kaufmännische Praktikant Max Janauschek zum Rechnungsbeamten IV. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 1700 K und einem Quartiergeld von jährlich 1000 K mit dem Range vom 1. November 1916;

2. der Rechnungsbeamte IV. Klasse Ludwig Kerbler zum Rechnungsbeamten III. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 2400 K und einem Quartiergelde von jährlich 1200 K mit dem Range vom 1. März 1918;

3. die Rechnungsbeamten IV. Klasse Adolf Kopetzky und Karl Kunt zu Rechnungsbeamten III. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 2400 K und einem Quartiergelde von jährlich 1200 K mit dem Range vom 1. April 1918;

4. der Kanzleibeamte IV. Klasse Leopold Vielgrader zum Rechnungsbeamten III. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 2400 K und einem Quartiergelde von jährlich 1200 K mit dem Range vom 1. April 1918;

5. der technische Beamte II. Klasse Ludwig Hanby zum technischen Beamten I. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3600 K und einem Quartiergelde von jährlich 1900 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

6. die technischen Beamten III. Klasse Jakob Wallner, Rudolf Nagy, Ernst Plattinger und Rudolf Vivenant zu technischen Beamten II. Klasse mit den Bezügen der 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3000 K und einem Quartiergelde von jährlich 1500 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

7. der Buchhaltungsbeamte II. Klasse Franz Kühnel zum Buchhaltungsbeamten I. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3600 K und einem Quartiergelde von jährlich 1900 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

8. der Buchhaltungsbeamte III. Klasse Julius Bablitsch zum Buchhaltungsbeamten II. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3000 K und einem Quartiergelde von jährlich 1500 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

9. der Rechnungsbeamte II. Klasse Viktor Kafurek zum Rechnungsbeamten I. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3600 K und einem Quartiergelde von jährlich 1900 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

10. die Rechnungsbeamten III. Klasse August Zwoboda, Karl Josifek, Adolf Höcher und Franz Scholz zu Rechnungsbeamten II. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3000 K und einem Quartiergelde von jährlich 1500 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

11. die Rechnungsbeamten IV. Klasse Oskar Krug und Rudolf Wlaschek zu Rechnungsbeamten III. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 2400 K und einem Quartiergelde von jährlich 1200 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

12. die Kanzleibeamten III. Klasse Richard Stelzer, Karl Dittus, Otto Grießer und Rudolf Insam zu Kanzleibeamten II. Klasse, 3. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 3000 K und mit einem Quartiergelde von jährlich 1500 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

13. der Kassendiener II. Klasse Leopold Czettel zum Kassendiener I. Klasse, 2. Gehaltsstufe, das ist mit einem Gehalte von jährlich 1700 K und einem Quartiergelde von jährlich 800 K mit dem Range vom 1. Mai 1918;

14. die Kanzleidiener II. Klasse Georg Scheer, Peter Lang, Johann Lepschmid und Wendelin Walter zu Kanzleidienern I. Klasse, mit einem Gehalte von jährlich 1900 K und einem Quartiergelde von jährlich 800 K mit dem Range vom 1. Mai 1918, befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8139, M. A. XV, 10327/18.) Die Unterbringung von 400 Schulkindern des Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes „Kinder aufs Land", die am Freitag den 9. August 1918 von Brünn kommen und am selben Tage abends vom Ostbahnhofe die Fahrt nach Ungarn fortsetzen, tagsüber in den Räumen der Knaben-Bürgerschule IV., Schaumburggasse 7, wird genehmigt.

(P. Z. 8141, St. E. W., 1898.) Der Hilfsarbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Martin Bumba wird wegen ärztlich erhobener Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt und sein Ruhegenuß mit jährlich 90 K 96 h bemessen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8120, St. E. W., 1957.) Es wird genehmigt, daß bestellt werden:

1. Bei den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken 1 Stück Drehstrom-Oeltransformator für 1000 KVA Leistung und 5080/16.000 Volt Spannung zum Grundpreise von 39.950 K ohne Oelfüllung und 2 Stück luftgekühlte Drehstromtransformatoren für eine Leistung von je 300 KVA und 5000/55 Volt Spannung zum Preise von 18.000 K per Stück und

2. bei der A. E. G. Union Elektrizitäts-Gesellschaft 4 Stück ölgekühlte Drehstromtransformatoren für eine Leistung von je 275 KVA Leistung für 5000/220 Volt Spannung zum Grundpreise von 15.890 K per Stück, einschließlich Oelfüllung.

Für obige Lieferungen haben die den Offerten beigelegenen Lieferungsbedingnisse (Anhang D) zu gelten.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Knoll wird beschlossen:

(P. Z. 8109, St. Straßenpfl., 1301.) Die Ansuchen der Bespritzungs-Unternehmer für den XXI. Bezirk um Erhöhung der Tagfuhrwerkspreise für das im heurigen Jahre vor dem 15. April beigestellte Spritzfuhrwerk werden abgelehnt.

(P. Z. 8137, M. A. XV, 8212.) Der Bezirksgruppe XXI des Wiener Jugendfürsorgevereines wird gegen jederzeit möglichen Widerruf und unter den üblichen Bedingungen die Mitbenützung des Turnsaales und erforderlichenfalls eines oder mehrerer Lehrzimmer in den Schulen des XXI. Bezirkes, an welchen der Verein Horte errichtet, unter der Voraussetzung gestattet, daß diese Schulräume nicht für den Unterricht benötigt und auch nicht für dieselbe Zeit schon an eine andere Partei überlassen sind.

Der Ersatz der bei Benützung der Schulräume auflaufenden Kosten für die Beleuchtung und Beheizung wird der Bezirksgruppe XXI des Wiener Jugendfürsorgevereines nachgesehen.

Die Zeit der Benützung der Schulräume ist mit der betreffenden Schulleitung zu vereinbaren; diese Vereinbarung, sowie die in Benützung kommenden Lehrräume sind der Magistrats-Abteilung XV mindestens acht Tage vor der Gebrauchsnahme bekanntzugeben, damit diese in der Lage sei, die durch Ort und Zeit etwa gebotenen Maßnahmen treffen zu können. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8058, M. A. XIV, 1082/18.) 1. Für das Gebiet des XXI. Bezirkes zwischen der Ueberfuhrstraße, der Jeneweingasse, der Jedleseerstraße, der Nordwestbahn und der Aeugelgasse werden zur Ermöglichung des Baues einer Lokalbahn von Stammersdorf nach Wien die im Plane des Stadtbauamtes Z. 104/XIII 1918, rot schraffierten Linien als Baulinien neu bestimmt.

2. Als zukünftige Straßenhöhen haben die im Plane I des Stadtbauamtes Z. 104/XIII 1918 rot eingeschriebenen und unterstrichenen Maßzahlen zu gelten.

3. Die Verbauung in dem durch diese Baulinienbestimmung berührten Gebiete hat nach den Bestimmungen des Gemeinderates vom 5. Juli 1907, P. Z. 7995/07, zu erfolgen. In den an der Wenhartgasse neu entstehenden Baublöcken darf die Tiefe der verbauten Flächen hinter den Baulinien einschließlich der Stiegenausbauten nicht mehr als 15 m betragen. Die restlichen Flächen sind als Höfe oder Gärten unverbaut zu belassen.

4. Die Schadloshaltungen, welche der Gemeinde aus der nur wegen der geplanten Lokalbahn Stammersdorf—Wien genehmigten Verbreiterung der Schulzgasse auf 45 m erwachsen, hat auf alle Fälle, also auch dann, wenn die Bahn nicht zur Ausführung gelangt, das Land Niederösterreich zu tragen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Poyer wird beschlossen:

(P. Z. 8053, M. A. XI, 49474.) Die Zahl der Ersatzarmenratsstellen im XIII. Bezirke wird mit 47 bestimmt.

(P. Z. 8132, M. B. A. XIII, 252.) Die von Georg Auerbach angesuchte Bauerleichterung, bestehend in der Herstellung einer hölzernen Stiege mit stukkaturter Untersicht in dem auf der Liegenschaft Einl.-Z. 424 Penzing, Konskr.-Nr. 350, Or.-Nr. 92 Hadikgasse im XIII. Bezirke erbauten Familienhause wird zugestanden.

(P. Z. 8049, M. A. X, 5942.) Der Anna Heinrich, XIII., Linzerstraße 434, wird der Doppel-Gruftplatz Nr. 63 in der Gruppe II an der östlichen Mauer des Hütteldorfer Friedhofes um die Gebühr von 3500 K auf Friedhofsdauer überlassen.

Auf diesem Platze ist von den Benützungsberechtigten eine einfache Gruft für sechs Leichen auf eigene Kosten zu errichten und hiezu die Baubewilligung zu erwirken.

Wenn die erste in dieser Gruft zur Beerdigung gelangende Leiche nicht zugewiesen ist, ist anläßlich ihrer Beerdigung die Grabstellgebühr durch Nachzahlung von weiteren 3500 K auf 7000 K zu erhöhen.

(P. Z. 8029, M. A. VIII.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 12 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XIX. Bezirkes, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 8057, M. A. XIV, 1572.) Als Baulinien für eine Straße südöstlich der „Teerag" A. G., XI. Bezirk, werden die im Plane des Stadtbauamtes, Z. 326/18/XIII, rotschraffierten und mit a b c, beziehungsweise d e f bezeichneten Linien bestimmt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8094, M. A. X, 5453.) Den nachbenannten Hilfsarbeiterinnen der Zentral-Friedhofsverwaltung werden Unterbrechungen ihrer Dienstleistung gnadenweise nachgesehen, und zwar der Leopoldine Schmaldienst in der Zeit vom 15. bis 19. Juli 1917, der Marie Weber in der Zeit vom 30. Jänner bis 8. Februar 1918 und vom 31. März bis 3. April 1918, der Marie Lipovits vom 19. bis 25. Jänner 1918, der Anna Hopitzan in der Zeit vom 23. bis 28. Jänner 1918, endlich der Julia Thier in der Zeit vom 23. bis 26. Mai 1918.

(P. Z. 8091, M. A. X, 5314.) Das Ansuchen des Karl Raftl, II., Valeriestraße 80, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 15E, Reihe 10, Nummer 5 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 8030, M. A. X, 6530.) Dem Ernst Eisner, k. k. Post-Ober-Kontrollor, Baden, wird die Bewilligung erteilt, beim Gagistengrabe, Abteilung XVI, Nr. 24 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit den Ausmaßen von höchstens 0·5 m Länge und 0·4 m Breite aufstellen zu lassen.

Bedungen wird, daß diese Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten des Gesuchstellers sofort entfernt werden.

(P. Z. 8092, M. A. X, 6326.) Das Ansuchen der Marie Schedl, XI., Dorfgasse 53, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Kindergrab Gruppe III, Reihe 4, Nummer 10 im Simmeringer Friedhofe wird bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Nemetz wird beschlossen:

(P. Z. 8074, M. B. A. V, 1822.) Die Bezirksvertretungs-Anträge, betreffend 12 Gesuche von Parteien aus dem V. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird beschlossen:

(P. Z. 8089, M. A. III, 1881.) Die Trockenlegung der im städtischen Gebäude VIII., Laudongasse 15/19 unter top. Nr. 60, 61, 52, 65, 66 und 68 gelegenen und zum Teile von der Gemeinde Wien auch weiterhin benützten Räume wird mit dem auf Ausgabs-Rubrik XI 4 b bedeckten Kostenbetrage von 3900 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Höhel wird beschlossen:

(P. Z. 8069, M. A. XXII, 1113.) Der Ortsgruppe Ottakring des k. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds wird der neben dem Schalterraum der Hauptkassen-Abteilung XVI im Parterre des Amtshauses für den XVI. Bezirk befindliche, derzeit unverwendete Raum zum Zwecke der Aufbewahrung und Führung ihres Katasters kostenlos samt freier Beheizung und Beleuchtung unter den in der Aufnahmeschrift vom 19. Juli 1913 niedergelegten Bedingungen gegen jederzeitigen Widerruf überlassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8090, M. A. VI, 658.) Dem Ansuchen der Firma Cooper & Komp., VII., Neustiftgasse 40, die Gemeinde möge die Entlohnung der der Firma für die Pflasterinstandsetzung XVI., Hasnerstraße, beigestellten städtischen Arbeiter selbst durchführen, wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird beschlossen:

(P. Z. 8087, M. A. III, 2677.) Der Schriftleitung des Kriegsalbums beim k. u. k. Ersatzbataillon des Infanterie-Regimentes Nr. 76 wird die Bewilligung zur Abhaltung eines Kaiserfestes in den für den Restaurationsbetrieb vorbehaltenen Teilen des Türkenschanzparkes am 17. August 1918 — bei schlechter Witterung aber an einem der nächstfolgenden zwei Samstage — unter den Bedingungen der Verhandlungsschrift vom 30. Juli 1918 erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola wird beschlossen:

(P. Z. 8148, B. Sch. R., 9395.) Zur Beurlaubung der Lehrerin für französische Sprache Marie Héyret auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 unter Belassung der Bezüge zum Zwecke archivalischer Studien über P. Markus v. Aviano wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8138, M. A. XV, 7053.) Dem Schuldiener I. Bezugsklasse Adalbert Pergl wird anstatt des ihm zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 24. April 1918, P. Z. 4040, gebührenden Anschaffungsbeitrages von 120 K gnadenweise ein solcher im Betrage von 308 K ausbezahlt.

(P. Z. 8140, M. A. XV, 9246.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse Margarete Pichler wird mit Rücksicht darauf, daß sie seit 1915 im städtischen Schuldienste steht und nur vorübergehend am Stichtage krankheitshalber enthoben war, der Anschaffungsbeitrag per 180 K gnadenweise zuerkannt.

(P. Z. 8135, M. A. XV, 3056.) Die in der vorgelegten Aufnahmeschrift der Magistrats-Abteilung XV vom 31. Mai 1918 angeführten, während der Hauptferien 1918 im Schulgebäude, XVIII., Cottagegasse 17, Haizingergasse 37, auszuführenden Arbeiten mit dem bedeckten Kostenbeteage von 6000 K werden genehmigt.

(P. Z. 8080, St. Jugendamt, 648.) Der Kindergärtnerin Marie Hauk wird bewilligt, bis auf weiteres an dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, XXI., Kaiserin Elisabeth-Gasse 35, zu hospitieren und zu praktizieren.

(P. Z. 8063, M. A. XV, 10025.) Zur gnadenweisen Einrechnung der Ferien in die Dienstzeit der Handarbeitslehrerin Hedwig Obermüller zum Zwecke der Vorrückung wird die Zustimmung verweigert.

(P. Z. 8062, M. A. XV, 10027.) Zur Teilung der III. und IV. Klasse an der Sammelstation für die Erteilung des israelitischen Religionsunterrichtes, II., Schönngasse 2 (derzeit Feuerbachstraße 1) wird die Zustimmung erteilt; doch dürfen der Gemeinde Wien hieraus keine Mehrkosten erwachsen.

(P. Z. 8060, M. A. XV, 3803.) Der provisorischen Lehrerin II. Klasse Anna Rossi wird die Rückzahlung eines Remunerationsübergenusses von 103 K 18 h nachgesehen und zur Einrechnung der durch Krankheit verursachten Dienstunterbrechung vom 1. bis 31. Jänner 1918 in die Dienstzeit der genannten Lehrerin die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8059, M. A. XV, 10174.) Zur Einrechnung des Mietzinsbeitrages bei der Bemessung der Pension der Lehrerin der französischen Sprache an der Mädchen-Bürgerschule X., Erlachgasse 91, Antonie Weinbrenner, wird die Zustimmung erteilt.

(8064, M. A. XV, 9990.) Zur Enthebung des Oberlehrers Moritz Niesner von der Lehrverpflichtung wird die Zustimmung erteilt und der k. k. Bezirksschulrat ersucht, die Pensionierung desselben einzuleiten.

(P. Z. 8061, M. A. XV, 10084.) Zu der mit Beginn des Schuljahres 1917/18 erfolgten provisorischen Eröffnung der I. Parallelklasse zu der I. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen IV., Preßgasse 24, der 1. Parallele zu der IV. Klasse an der Volksschule für Knaben IV., Alleegasse 11, wird die Zustimmung erteilt.

St.-R. Tomola referiert über die Besetzung von erledigten Bürgerschul-Direktorstellen und beantragt:

Zu Bürgerschul-Direktoren werden ernannt (präsentiert):

An der Knaben-Bürgerschule I., Renngasse 20, Josef Kerschagl,

an der Knaben-Bürgerschule II., Sterneckplatz 1, Karl Dungel,

an der Knaben-Bürgerschule III., Hainburgerstraße 40, Anton Honigmann,

an der Knaben-Bürgerschule II., Friedhofstraße, Alexander Roßbora.

Zu Oberlehrern werden ernannt:

An der Knaben-Volksschule III., Pfarrhofgasse 1, Ludwig Schwab,

an der Knaben-Volksschule IX., Liechtensteinstraße 137, Ignaz Schuster (St.-R. Hohensinner beantragt Rudolf Seicek),

an der Knaben-Volksschule X., Hebbelplatz 1, Rudolf Dierlhuber (St.-R. Hohensinner beantragt Matthias Hermann),

an der Knaben- und Mädchen-Volksschule 10, Laaerstraße 170, Alfons Klos,

an der Knaben-Volksschule X., Rotenhofgasse 35/37, Josef Oberdorfer,

an der Knaben-Volksschule XIV., Rauchfanglehrergasse 15, Jakob Uhlmann (St.-R. Hohensinner beantragt Matthias Hellmann),

an der Knaben- und II. Mädchen-Volksschule XVI., Roterdstraße 1, Gustav Suchanek (St.-R. Hohensinner beantragt Jenny),

an der Knaben-Volksschule XVIII., Schopenhauerstraße 66, Johann Osinger,

an der Knaben-Volksschule XXI., Kuenburggasse 1, Franz Hönlinger,

an der Knaben-Volksschule XXI., Wenhartgasse 34, Adolf Tollich.

Zu Bürgerschullehrer werden ernannt (präsentiert):

I. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im II. Bezirke Hans Exel (St.-R. Hohensinner beantragt Josef Enslein),

an einer Knaben-Bürgerschulle im X. Bezirke Raimund Fuhri,

an einer Knaben-Bürgerschule im XI. Bezirke Johann Schleicher,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Richard Lukesch,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Rudolf Kraus,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Hubert Janecek,

an einer Knaben-Bürgerschule im XX. Bezirke Franz Josef Scheidl,

an einer Knaben-Bürgerschule im XX. Bezirke Karl Schimka.

II. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im XI. Bezirke Otto Thiele (St.-R. Hohensinner beantragt Otruba),

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Friedrich Hofbauer,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVII. Bezirke Oskar Barta.

III. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im III. Bezirke Rudolf Adler,

an einer Knaben-Bürgerschule im III. Bezirke Hermann Kindler,

an einer Knaben-Bürgerschule im XI. Bezirke Alois Moran,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Adolf Richter,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVI. Bezirke Franz Ehrenhofer,

an einer Knaben-Bürgerschule im XXI. Bezirke Josef Mayer.

Zu Bürgerschullehrerinnen:

I. Fachgruppe:

An der Mädchen-Bürgerschule I., Zedlitzgasse 9, Marie v. Rossek,

an der Mädchen-Bürgerschule II., Darwingasse 14, Elise Matouschek,

an der Mädchen-Bürgerschule III., Hainburgerstraße 40, Helene Moßbauer,

an der Mädchen-Bürgerschule III., Kölblgasse 23/25, Josefa Keßler,

an der Mädchen-Bürgerschule IX., Währingerstraße 43, Margarete Obermann,

an der Mädchen-Bürgerschule X., Erlachgasse 91, Frieda Melhuba,

an der Mädchen-Bürgerschule X., Siccardsburggasse 57, Dr. Magdalena Horny,

an der Mädchen-Bürgerschule XV., Friedrichsplatz 5, Leopoldine Donjak,

an der Mädchen-Bürgerschule XVI., Wurlitzergasse 59, Leopoldine Reim,

an der Mädchen-Bürgerschule XVII., Parhamerplatz 18, Adolfine Will,

an der Mädchen-Bürgerschule XX., Staudingergasse 6, Hermine Buchar.

II. Fachgruppe:

An der Mädchen-Bürgerschule III., Kölblgasse 23/25, Marie Kitt,

an der Mädchen-Bürgerschule X., Herzgasse 27, Hedwig Dungel,

an der Mädchen-Bürgerschule XII., Steinbauergasse 27, Emanuele Morton,

an der Mädchen-Bürgerschule XVI., Herbststraße 86, Hermine Brutmann,

an der Mädchen-Bürgerschule XVII., Parhamerplatz 18, Pauline Riedmaier,

an der Mädchen-Bürgerschule XVII., Redtenbachergasse 79, Anna Henz.

III. Fachgruppe:

An der Mädchen-Bürgerschule II., Feuerbachstraße 3, Hermine Preusler,

an der Mädchen-Bürgerschule X., Knöllgasse 61, Marie Schölß,

an der Mädchen-Bürgerschule XII., Deckergasse 1, Elisabeth Kitzberger,

an der Mädchen-Bürgerschule XVI., Lorenz Mandl-Gasse 58, Gabriele Rosa,

an der Mädchen-Bürgerschule XVI., Wurlitzergasse 59, Leopoldine Gruber.

Zu Volksschullehrern I. Klasse:

An einer Knaben-Volksschule im II. Bezirke Anton Neumann,

an einer Knaben-Volksschule im II. Bezirke Alois Scheda,
an einer Knaben-Volksschule im II. Bezirke Hans Immervoll,
an einer Knaben-Volksschule im III. Bezirke Ludwig Trojan,
an einer Knaben-Volksschule im III. Bezirke Franz Satrapa-Binder,
an einer Knaben-Volksschule im III. Bezirke Bernhard Suchanek,
an einer Knaben-Volksschule im IV. Bezirke Wilhelm Buresch,
an einer Knaben-Volksschule im IV. Bezirke Otto Foltanek,
an einer Knaben-Volksschule im V. Bezirke Karl Herrmann,
an einer Knaben-Volksschule im V. Bezirke Karl Susnik.
an einer Knaben-Volksschule im V. Bezirke Hermann David,
an einer Knaben-Volksschule im VII. Bezirke Franz Köhler,
an einer Knaben-Volksschule im VII. Bezirke August Witak,
an einer Knaben-Volksschule im VII. Bezirke Ferdinand Trost,
an einer Knaben-Volksschule im VIII. Bezirke Oskar Jurak,
an einer Knaben-Volksschule im VIII. Bezirke Oskar Sceb de Figuli,
an einer Knaben-Volksschule im IX. Bezirke Otto Hobinka,
an einer Knaben-Volksschule im X. Bezirke Franz Mayerhöfer,
an einer Knaben-Volksschule im X. Bezirke Josef Halbgebauer,
an einer Knaben-Volksschule im X. Bezirke Josef Rieger,
an einer Knaben-Volksschule im X. Bezirke Otto Winkler,
an einer Knaben-Volksschule im X. Bezirke Friedrich Weidinger,
an einer Knaben-Volksschule im XI. Bezirke Heinrich Braun,
an einer Knaben-Volksschule im XI. Bezirke Johann Soukup,
an einer Knaben-Volksschule im XI. Bezirke Rudolf Hierath,
an einer Knaben-Volksschule im XII. Bezirke Rudolf Brunngraber (St.-R. Müller beantragt Guido Schenner),
an einer Knaben-Volksschule im XVI. Bezirke Dr. Anton Gasselich,
an einer Knaben-Volksschule im XVII Bezirke Anton Rosner,
an einer Kuaben-Volksschule im XX. Bezirke Franz Reindl,
an einer Knaben-Volksschule im XX. Bezirke Josef Hrebiczek,
an einer Knaben-Volksschule im XXI. Bezirke Karl König.
an einer Knaben-Volksschule im XXI. Bezirke Emil Etzersdorfer,
an einer Knaben-Volksschule im XXI. Bezirke Jaromir Mikolasek,
an einer Knaben-Volksschule im XXI. Bezirke Karl Gschwandner,
an einer Knaben- und Mädchen-Volksschule im XXI. Bezirke Karl Bauer,

Zu Volksschullehrerinnen I. Klasse:

An der Mädchen-Volksschule II., Schüttauplatz 18, Christine Maschner,
an der Mädchen-Volksschule II., Vorgartenstraße 191, Margarete Ludwig,
an der Mädchen-Volksschule II., Vorgartenstraße 191, Marie Schmidjörg,
an der Mädchen-Volksschule II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 15, Alexandrine Pfob,
an der Mädchen-Volksschule X., Arthaberplatz 12/13, Wilhelmine Berger,
an der Mädchen-Volksschule X., Bernhardstalgasse 19, Rosa Mader,
an der Mädchen-Volksschule X., Herzgasse 97, Franziska Seidl,
an der Mädchen-Volksschule X., Leibnitzgasse 33, Klara Werner,
an der Mädchen-Volksschule X., Leibnitzgasse 33, Melanie Hango,
an der Mädchen-Volksschule X., Keplerplatz 7, Paula v. Schemel,
an der Mädchen-Volksschule XXI., Theodor Körner-Gasse 25, Aloisia Hübl,
an der Mädchen-Volksschule XXI., Kaiserin Elisabeth-Gasse 33, Marie Schwabl.

Zu Volksschullehrern II. Klasse:

An einer Knaben-Volksschule im II. Bezirke Franz Hančar,
an einer Knaben-Volksschule im III. Bezirke Franz Neugebauer,
an einer Knaben-Volksschule im XI. Bezirke Emanuel Franz Rößler,
an einer Knaben-Volksschule im XII. Bezirke Heinrich Wiesner,
an einer Knaben-Volksschule im XII. Bezirke Franz Ruß.

Zu Bezirks-Aushilfslehrern mit dem Standorte an Bürgerschulen:

I. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im I. Bezirke Rudolf Urban,
an einer Mädchen-Bürgerschule im VIII. Bezirke Viktor Seeböck.
an einer Mädchen-Bürgerschule im X. Bezirke, Alois Sterneder,
an einer Knaben-Bürgerschule im XIII. Bezirke Karl Schenk.

II. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im III. Bezirke Josef Mayer II,
an einer Knaben-Bürgerschule im VI. Bezirke Stephan Chmelik,
an einer Knaben-Bürgerschule im VII. Bezirke Max Lezak,
an einer Knaben-Bürgerschule im XIII. Bezirke Richard Snehotta,
an einer Mädchen-Bürgerschule im XVIII. Bezirke Ferdinand Zdenek.

III. Fachgruppe:

An einer Knaben-Bürgerschule im VII. Bezirke Ernst Turek,

an einer Mädchen-Bürgerschule im XVI. Bezirke Josef Müller,

an einer Knaben-Bürgerschule im XVII. Bezirke Hermann Schwanke.

Zu Bezirks-Aushilfslehrern mit dem Standorte an allgemeinen Knaben-Volksschulen:

An einer Knaben-Volksschule im I. Bezirke Wilhelm Sluka.

an einer Knaben-Volksschule im II. Bezirke Johann Englinger,

an einer Knaben-Volksschule im III. Bezirke Gustav v. Schumida,

an einer Knaben-Volksschule im XI. Bezirke Johann Schwarzböck,

an einer Knaben-Volksschule im XIV. Bezirke Johann Langer,

an einer Knaben-Volksschule im XVI. Bezirke Adolf Schlinke,

an einer Knaben-Volksschule im XVII. Bezirke Leopold Madinger,

an einer Knaben-Volksschule im XIX. Bezirke Franz Josef Heintel.

Zu Bezirks-Aushilfslehrerinnen mit dem Standorte an allgemeinen Mädchen-Volksschulen:

An der Mädchen-Volksschule II., Holzhausergasse 7, Margarete Hribar,

an der Mädchen-Volksschule IV., Karolinenplatz 7, Elfriede Hermann,

an der Mädchen-Volksschule IV., Phorusgasse 10, Johanna Hermann,

an der Mädchen-Volksschule IX., Grünentorgasse 7, Irma Urtika,

an der Mädchen-Volksschule XII., Nymphengasse 7, Olga Stoitzner,

an der Mädchen-Volksschule XVI., Seitenberggasse 10, Friederike Rauscher,

an der Mädchen-Volksschule XVII., Wichtelgasse 67, Helene Riedel,

an der Mädchen-Volksschule XVIII., Schopenhauerstraße 79, Elfriede v. Jaksch,

an der Mädchen-Volksschule XXI., Theodor Körner-Gasse 25, Margarete Amon.

Anträge Hohensinner abgelehnt.

Anträge Tomola mit Abänderungs-Antrag Müller angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird beschlossen:

(P. Z. 8025, M. A. II, 5337.) Der Versorgungshaus-Sekundararztenswitwe Laura Boda wird ausnahmsweise eine Abfertigung von 2306 K im Gnadenwege zuerkannt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8096, M. A. XI b, 6181.) Dem Ansuchen des Andreas Rißbacher, der für das Versorgungshaus in Mauerbach die Zufuhren besorgt, um Nachsicht des Ersatzes für jene Waren, die für die genannte Anstalt bestimmt waren und auf dem Wege nach Mauerbach abhanden gekommen sind, beziehungsweise um Rückstellung des von ihm bereits erlegten Ersatzbetrages per 409 K 32 h wird genehmigt.

(P. Z. 8097, M. A. XI b, 10718.) Dem Andreas Rißbacher in Mauerbach wird die erbetene Erhöhung des Fuhrlohnes für die Verfrachtung von Kohle und Koks vom Bahnhofe Weidlingau-Hadersdorf in das städtische Versorgungshaus in Mauerbach von 1 K 20 h auf 2 K für 100 kg (samt Auf- und Abladen) vom 1. April 1918 an bis auf weiteres bewilligt.

(P. Z. 8108, St. Jugendamt, 375.) Der Bericht des Magistrates über die wegen Auflösung der Ersteherverträge notwendig gewordenen Neuvergebungen bei den Bauarbeiten im städtischen Hause III., Landstraßer Hauptstraße 96, für Unterbringung einer Jugendfürsorgestelle und eines städtischen Kindergartens wird zur Kenntnis genommen.

Die hieraus sich ergebenden Mehrkosten, sowie die den eingetretenen Preissteigerungen entsprechenden Erhöhungen der Bauschbeträge im Gesamtbetrage von 49.697 K 20 h werden genehmigt.

Den Firmen Lederer & Nessenyi und Karl Weidel werden die in ihren beigeschlossenen Nachtragsofferten angesuchten Preiserhöhungen bewilligt.

Das begründete Mehrerfordernis von 49.697 K 20 h ist mit 37.461 K 40 h auf Rubrik XII 4 d, mit 4550 K auf Rubrik XXXVIII 4 c und mit 7685 K 60 h auf Rubrik XXXVIII 10 bedeckt.

(P. Z. 8056, M. A. XI b, 15786.) Dem Assistenten des Kaiserjubiläums-Spitales Dr. Leo Kühnel wird über sein Ansuchen gestattet, außerhalb dieser Anstalt zu wohnen und aus diesem Anlasse die Ausbezahlung eines Quartiergeldes von jährlich 1000 K bewilligt.

(P. Z. 8054, M. A. XI b, 18164.) Der k. k. Linienschiffsarzt Dr. Eugen Worell wird als Hospitant im Kaiserjubiläums-Spital zugelassen und vom Erlage der laut § 7 des Stadtrats-Beschlusses vom 22. Mai 1914, P. Z. 7544, zu bezahlenden Taxen befreit.

(P. Z. 8055, XI b, 4577.) Die in dem Magistratsberichte angegebenen Arbeiten und Herstellungen in dem städtischen Versorgungshause in St. Andrä an der Traisen werden mit dem Kostenbetrage von 12.451 K 25 h genehmigt.

Die Lieferung des Dauerbrandofens ist der Firma Alois Swoboda & Komp., XVIII., Theresiengasse 1, die Ausführung der Anstreicherarbeiten dem Johann Richter in Herzogenburg auf Grund ihrer Anbote zu übertragen. Alle übrigen Arbeiten sind durch die für die Anstalt bestellten ständigen Unternehmer ausführen zu lassen.

(P. Z. 8039, M. A. VI, 624.) Der Entwurf für die Auspflasterung der Fahrbahnflächen der Drorygasse im III. Bezirke außerhalb der Gleiszone zwischen der Erdbergstraße und Hagenmüllergasse, sowie für die Verbreiterung der Bürgersteige längs der geraden Orientierungs-Nummern wird genehmigt.

Die Kosten, die die Straßenverwaltung treffen, werden im Betrage von 7600 K bewilligt und auf die Ausgabs-Rubrik XXII 1 b überwiesen.

Die Arbeit ist von den Unternehmerin der städtischen Straßenbahnen, der Firma Leopold Wolf & Komp. auszuführen.

(P. Z. 8106, M. A. IX, 7510.) Der städtische Tierarzt Dr. Rudolf Petioky wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bezirkstierarzt in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 23. Juli 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 8149, W. A., 1987.) Die vom Schiedsgerichte zur Abänderung der Ansätze einzelner städtischer Preistarife für die Dauer des Kriegszustandes in der am 30. Juli 1918 abgehaltenen Sitzung gefaßten Beschlüsse, betreffend die Ausführung der kurrenten Arbeiten und Lieferungen nach

Tarif I Erd- und Baumeisterarbeiten,
Tarif V Zimmermannsarbeiten,
Tarif VII/VIII Ziegel- und Schieferdeckerarbeiten,
Tarif XI Schlosserarbeiten,
Tarif XV Asphaltiererarbeiten,
Tarif XVII Tapeziererarbeiten,
Tarif XVIII Holzjalousien,
Tarif XXI Tonwarenlieferungen,
Tarif XXII Brunnenmeisterarbeiten,
Tarif XXV Elektrische Anlagen,
Tarif XXVI Schriftenmalerarbeiten,
Tarif XXXVIII Riemerarbeiten,
Tarif XL Turnsaaleinrichtungen,
Tarif XLIII Maschinistenarbeiten,
Tarif LII Buchdruckerarbeiten,
Tarif LIII Lösch- und Rettungsrequisiten

werden genehmigt.

(P. Z. 8081, M. A. V, 1405.) 1. Der Entwurf des Stadtbauamtes für die Brückenentwässerung und für die Pflasterung der Fahrbahn und Gehwege der Aspernbrücke wird genehmigt.

2. Der in der Kostenzusammenstellung (Beilage B) für die Brückenbewässerung, die Fahrbahn- und Gehwegpflasterungen und einigen kleineren Mehrerfordernissen beim Bau der neuen Aspernbrücke ausgewiesene Kostenbetrag von 535.000 K, wovon 99.250 K auf Rechnung der städtischen Straßenbahnen entfallen, wird genehmigt.

3. Zur Deckung des Mehrerfordernisses wird der Sachkredit für den Umbau der Aspernbrücke um 350.000 K erhöht und zu der im Hauptvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1918/19 unter Rubrik XXIII, Post 10, eingestellten Baurate von 250.000 K ein Zuschußkredit auf Rechnung des Investitions-Anlehens vom Jahre 1914 im Betrage von 350.000 K bewilligt.

4. Die Baumeisterarbeiten werden der Bauunternehmung E. Gärtner auf Grund ihres Anbotes vom 11. und 15. Juli 1918, die Eisenbauarbeiten der Brückenbauanstalt R. Ph. Waagner, L. & J. Biro und A. Kurz auf Grund ihrer Anbote vom 11. und 15. Juli 1918, die Lieferung der Tonrohrbogenstücke und der Drainrohre der Tonwaren-Abteilung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft auf Grund ihres Anbotes vom 13. Juli 1918, die Lieferung des Portlandzementes der Oesterreichischen Portlandzement-Fabriks-Aktiengesellschaft auf Grund ihres Anbotes vom 20. Juli 1918 und schließlich die Zufuhr des Zementes vom Nordbahnhof zur Baustelle dem Großfuhrwerksbesitzer Georg Heiduk auf Grund seines Anbotes vom 25. Juli 1918 übertragen.

Alle übrigen Arbeiten mit Ausnahme der Holz-, Stein- und Asphaltpflasterungen, für welche noch zeitgerecht Anbote einzuholen und zur Genehmigung vorzulegen sind, sind durch die ständigen städtischen Ersteher ausführen zu lassen.

5. Dem Ansuchen der Bauunternehmung E. Gärtner um Erhöhung der Post 33 des Kostenanschlages Nr. 1 der ursprünglichen Vergebung der Bauarbeiten für die Aspernbrücke von 22 K auf 92 K 40 h wird stattgegeben. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8079, W. A., 1129.) Die kurrenten Buchbinderarbeiten für den II. und XX. Bezirk werden dem Sohne des bisherigen Kontrahenten Guido Beer, II., Obere Augartenstraße 54, mit einem Nachlasse von 8 Prozent für den II. und von 3 Prozent für den XX. Bezirk, von den zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 21. Februar 1918, P. Z. 1879, erhöhten Ansätzen des städtischen Tarifpreises Nr. XXXVI, Auflage 1912, übertragen.

Die kurrenten Spenglerarbeiten im I. Bezirke werden an den Sohn des bisherigen Kontrahenten Robert Lerch, VII., Bandgasse 1, zu den Bedingungen des durch Stadtrats-Beschluß vom 21. Februar 1918, P. Z. 1879, erhöhten städtischen Preistarifes Nr. VI, Auflage 1912, übertragen.

Die kurrenten Schmiedearbeiten im XV. Bezirke werden an Richard Biberle, XV., Zinckgasse 21, zu den Bedingungen des durch Stadtrats-Beschluß vom 12. Juni 1918, P. Z. 5368, erhöhten städtischen Preistarifes Nr. XXXIV, Auflage 1912, übertragen.

(P. Z. 7851, St.. Str. B., 170.) Das Anbot der Firma Kaspar Finko, XIII., Beckmanngasse 27, vom 24. Juli 1918 für die Lieferungen des kurrenten Bedarfes an Sand und Schotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für die Bezirke XII und XIII wird angenommen, wobei die sonstigen Bedingungen aufrecht zu bleiben haben.

(P. Z. 8118, St. Str. B., 775.) Die Vergebung der Lieferung von zirka 914 Stück Spiegeltafeln an die Firma Ignaz Dürr, V., Schönbrunnerstraße 108, im Ausmaße des Anbotes zu dem Gesamtbetrage von rund 56.370 K wird genehmigt.

(P. Z. 8155.) Dem Ansuchen des Kaiserfeier-Komitees (Ehrenpräsidentin Exzellenz Baronin v. Stöger-Steiner) um Ankündigung eines Festes im Kaisergarten an den Fenstern der Straßenbahnwagen wird Folge gegeben.

(P. Z. 8142, St. Str. B., 3648/Rt.) Dem Rudolf Schnellschulpflichtiger taubstummer Schüler der Taubstummen-Abteilung, IX., Canisiusgasse 2, wird eine Freikarte zur Fahrt auf der Straßenbahnstrecke zwischen Wohnung und Schule, mit der Gültigkeit nur an Werktagen des Schuljahres 1918/19 und auch für eine Begleitperson bewilligt.

(P. Z. 8116, St. Str. B., 3680.) Die in dem Verzeichnis der städtischen Straßenbahnen 3680/Rt. vorgelegten drei Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 8111, St. G. W., 4338.) Das Anbot der Unternehmung Leopold Wolf & Komp., XVIII., Anastasius Grün-Gasse 16, vom 10. Juli 1918, beziehungsweise 2. August 1918, betreffend die Ausführung der Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten für die städtischen Gaswerke, wird angenommen.

(P. Z. 8112, St. G. W., 1018.) Dem ehemaligen Laternenwärter Florian Markones wird als Zuschuß zu seinem Einkommen aus einer Pfründe, einer Stiftung und eines Erziehungsbeitrages von zusammen monatlich 38 K eine Gnadengabe von jährlich 120 K auf die Dauer von drei Jahren bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8113, St. G. W., 2961.) Der Katharina Stanek, Witwe des am 8. Juli 1918 verstorbenen Magazinsgehilfen der städtischen Gaswerke Josef Stanek, werden als Abfertigung 500 K 80 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8114, St. G. W., 1316.) Der Laternenwärter Josef Glaser wird mit einem Ruhegehalte von 1208 K 77 h jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird beschlossen:

(P. Z. 8037, M. A. III, 2654.) Die Ausschmückung der an den Masten der elektrischen Beleuchtung angebrachten Blumenkörbe hat auch im Jahre 1918 zu unterbleiben.

Die Ausschmückung der Balkone und Fenster der städtischen Gebäude mit Blumen hat jedoch auch in diesem Jahre stattzufinden.

(P. Z. 8021, M. D., 4393.) Dem Kanzlei-Diurnisten Viktor Jelinek wird anläßlich der Uebernahme in den Konzeptsstatus des Wiener Magistrates die Absolvierung der sechsmonatigen Probepraxis als Konzepts-Aspirant nachgesehen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Brauneiß wird beschlossen:

(P. Z. 8068, M. A. XXII, 1253.) Der Aktion zur Einführung des Seidenbaues und der Seidenverwertung für Kriegsinvalide wird der Raum top. Nr. 154 im 2. Stock des Amtshauses VII., Hermanngasse 24/28, für Lagerzwecke unentgeltlich gegen jederzeitigen Widerruf überlassen.

(P. Z. 8041, M. A. IX, 7154.) Der Ersteherin der Steinmetzarbeiten für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke, Firma Eduard Hauser, wird für die im Jahre 1918 bestellten Steinmetzarbeiten eine Aufzahlung von 140 Prozent auf die ersten Erstehungspreise bewilligt und das darüber hinaus gehende Ansuchen abschlägig beschieden; hingegen sind die bereits im Jahre 1917 bestellten Stiegenstufen für die Gebäude Nr. 3, 5 und 8 mit der zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 1. Oktober 1917, P. Z. 10051, bewilligten Aufzahlung zu verrechnen.

Die hiedurch erwachsenden Mehrkosten im Betrage von 18.051 K 61 h, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 8042, M. A. IX, 7202.) Der Firma Karl Schuhmann wird anläßlich der Vornahme der Spenglerarbeiten für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes, und zwar für die Gebäude Nr. 2, 6, 7 und 8 eine weitere Aufzahlung von 20 Prozent auf die letzten Ersteherpreise (72 und 45 Prozent) gewährt.

Die sich hieraus ergebenden Mehrkosten von 24.125 K 75 h, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 8043, M. A. IX, 7153.) Den Bauunternehmungen Wiener Baugesellschaft und N. Rella & Neffe werden für die Zimmermannsarbeiten beim Baue des Kontumazmarktes und Seuchenhofes folgende Aufzahlungen auf die Erstehungspreise bewilligt, und zwar:

Für das Gebäude V 80 Prozent,

für das Gebäude VI 100 Prozent,

für die Gebäude I, II, VII und VIII 70 Prozent für die Anlieferung der abgebundenen Hölzer,

für die Gebäude III, IV, IX, X, XIII, und XIV 180 Prozent für die Anlieferung der abgebundenen Hölzer.

Die Aufstellungskosten für die Dachstühle der Gebäude I, II, III, IV, VII, VIII, IX, X, XIII und XIV sind unter Zugrundelegung der im Anbote des Subunternehmers L. und R. Höfler vom 11. Juni 1918 angeführten Ansätze im Lohn mit einem 10prozentigen Zuschlage für Krankenkassa, Werkzeugabnützung und sonstige Betriebsauslagen zu verrechnen.

Die hiedurch erwachsenden Mehrkosten im Betrage von 151.700 K, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(Bei Beratung und Abstimmung über dieses Referat war St.-R. Schneider nicht im Saale anwesend.)

(P. Z. 8044, M. A. IX, 7151.) Den Bauunternehmungen Wiener Baugesellschaft und N. Rella & Neffe wird für die Vornahme der Asphaltiererarbeiten bei den Gebäuden I bis IV und VII bis XIV des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke eine Aufzahlung von 100 Prozent auf die Ersteherpreise bewilligt.

Die hiedurch sich ergebenden Mehrkosten im Betrage vom 58.731 K 23 h, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(St.-R. Schneider war bei der Beratung und Abstimmung über dieses Referat im Saale nicht anwesend.)

(P. Z. 8045, M. A. IX, 7148.) Der Firma Lederer und Nessenyi A.-G. als Ersteherin der Tonwarenlieferungen für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke werden bei gleichzeitiger Außerkraftsetzung der seinerzeit bewilligten 30prozentigen Aufzahlung folgende Aufzahlungen auf die Kostenanschlags-, beziehungsweise Tarifpreise bewilligt:

a) für die Lieferung der Tonrohre 90 Prozent,

b) für das Verlegen der Rohre in Zementmörtel 170 Prozent,

c) für das Verlegen der Rohre in Asphalt 250 Prozent.

Die hiedurch erwachsenden Mehrkosten im Betrage von 30.360 K, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 8046, M. A. IX, 7149.) Dem Ersteher der Dachdeckerarbeiten für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke, Johann Heigl, wird eine Aufzahlung von 100 Prozent auf die Ersteherpreise gewährt.

Die hiedurch sich ergebenden Mehrkosten im Betrage von 40.544 K, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitionsanlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausg.-Rubr. XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 8047, M. A. IX, 7152.) Der Bauunternehmung Wiener Baugesellschaft und N. Rella & Neffe wird für die Trägerlieferung beim Baue des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke an Stelle der bisher bewilligten Aufzahlung von 62 Prozent auf die Kostenanschlagspreise eine solche von 110 Prozent gewährt.

Die hiedurch erwachsenden Mehrkosten von 16.577 K 80 h, welche vorschußweise aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausgabs-Rubrik XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(Während der Beratung und Beschlußfassung über dieses Referat war St.-R. Schneider im Saale nicht anwesend.)

(P. Z. 8048, M. A. IX, 7150.) Der Firma Johann Janisch wird anläßlich der Lieferung des eisernen Dachstuhles für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes die Gewichtsüberschreitung in der Höhe von 5134 kg angerechnet und die Erhöhung des Einheitspreises von 79 K 20 h auf 140 K für 100 kg Dachkonstruktion zugestimmt.

Die hiedurch erwachsenden Mehrkosten im Betrage von 16.915 K 60 h, welche vorschußweise aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914 für Rechnung des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 zu bestreiten und auf Ausgabs-Rubrik XXVIII 12 formell bedeckt sind, werden genehmigt.

(P. Z. 8028, M. A. VII, 262.) Das für die angeordnete Haltung eines Wachhundes auf den städtischen Bädern zugesprochene Futtergeld wird vom 1. Juli 1918 von 12 K auf 20 K monatlich erhöht.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8124, Stellw.-Unt., 386.) Die Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung wird ermächtigt, dem Magistrate, städtisches Landwirtschaftsamt, bis zu fünf alte unbrauchbare Stellwagen zum Durchführungswerte von 50 K per Stück zu überlassen.

(P. Z. 8125, Stellw.-Unt., 484.) Der Kutscher der städtischen Stellwagen-Unternehmung Georg Karsai wird mit 1. August 1918 mit Zuerkennung einer jährlichen Pension von 985 K 19 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 7518, M. A. VII, 447.) Der Bericht über die unvermuteten Kanaluntersuchungen im II. Quartal 1918 wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird weiter beschlossen:

(P. Z. 8073, M. B. A. II, 7.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 23 Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 8127, Zentr.-Spark., 332.) Der Rechnungsbeamte der Zentral-Sparkassa Josef Teufert wird ab 1. Juli 1918 zum Rechnungsbeamten der X. Rangsklasse mit den hiefür systemisierten Bezügen im Wege der Zeitbeförderung ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8126, Zentr.-Spark., 341.) Der Rechnungsbeamte der XI. Rangsklasse Hans Grimm wird ab 1. Juli 1918 zum Rechnungsbeamten der X. Rangsklasse im Wege der Zeitbeförderung ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8133, M. A. II, 6378.) Dem Personale der städtischen Hauptkassa wird anläßlich der durch die Lehrergehaltsregulierung und durch die Anschaffungszulage notwendig gewordenen nachmittägigen Amtsfrequenz ein Kostgeld von 3 K pro Tag und Arbeitskraft bewilligt.

(P. Z. 8084, M. D., 4426.) Der städtische Kanzlei-Offizial Anton Kriwanek wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 21. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8122, St. Buchh., 268.) Dem Rechnungs-Revidenten Rudolf Schneider wird auf die Dauer seiner Dienstleistung bei der Bezirkswirtschaftsamtsstelle 6 ein monatliches Entfernungsgebührenpauschale von 130 K bewilligt.

(P. Z. 8083, M. D., 4199.) Der städtische Kanzlei-Offizial Alexander Bambule wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 26. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8082, M. D., 4215.) Der städtische Kanzlei-Ober-Offizial August Koppits wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 25. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8086, M. D., 4493.) Dem provisorischen Maschinisten I. Klasse Leopold Rothnagel wird gemäß dem Gemeinderats-Beschlusse vom 28. April 1908, P. Z. 2621, das Definitivum verliehen.

(P. Z. 8085, M. D., 4429.) Dem Kanzlei-Offizial Josef Pietsch wird die Rückzahlung des während seiner militärischen

Dienstleistung zu viel bezogenen Quartiergeldes im Betrage von 900 K im Gnadenwege nachgesehen.

(P. Z. 8105, M. A. II, 2157.) Der Kanzlei-Offizial Adolf Prager wird aus dem Stande der Kanzlei in den der Hauptkassa versetzt und erhält als Hauptkassa-Offizial den Rang vom 15. Juli 1917.

(P. Z. 8104, M. A. II, 5939.) Im Stande der städtischen Hauptkassa werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Offizial Franz Leo zum Adjunkt mit dem Range vom 15. Juni 1918;

Akzessist Leopold Lucheši zum Offizial mit dem Range vom 18. November 1917;

Akzessist Johann Blümel zum Offizial mit dem Range vom 13. Juli 1918. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8051, M. D., 3186.) Dem Baurate Ing. Leopold Kosetschek wird für die Dauer seiner gegenwärtigen Diensteszuweisung gemäß § 13 des Gebührennormales anstatt der Entfernungsgebühren ein monatlicher Pauschalbetrag von 250 K angewiesen.

(P. Z. 8101, M. A. XV, 8006.) Gemäß dem Magistrats-Antrage wird für das Verwaltungsjahr 1917/18 anläßlich der Erhöhung der Schuldienerentlohnung zur Ausgabs-Rubrik XLIII 3 ein erster Zuschußkredit von 8000 K und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 5 ein erster Zuschußkredit von 68.000 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8107, M. A. XI b, 19279.) Für das Verwaltungsjahr 1917/18 werden zu folgenden Sub-Rubriken der Ausgabs-Rubrik XXXVII „Oeffentliche Armenpflege" Zuschußkredite bewilligt:

Zu 14 g „Postporto und Botenlöhnungen in den Versorgungshäusern" 2900 K;

zu 14 k „Vitalitien einzelner Pfleglinge in den Versorgungshäusern" 7790 K;

zu 14 h „Ueberführungsauslagen und Kosten des eigenen Fuhrwerkes in den Versorgungshäusern" 17.230 K;

zu 14 k „Beheizung in den Versorgungshäusern" 32.950 K;

zu 14 q „Naturalausspeisung, beziehungsweise Handgelder zur Selbstverköstigung der Pfleglinge in den Versorgungshäusern" 1,276.020 K;

zu 14 s „Reinigung der Wäsche und Bettdecken in den Versorgungshäusern" 48.790 K;

zu 14 v „Verpflegung und Wartung der Kranken in den Versorgungshäusern" 331.790 K;

zu 14 w „Begräbnisauslagen in den Versorgungshäusern" 39.680 K;

zu 14½ „Kost- und Wohnungsgelder vorübergehend beurlaubter Versorgungshauspfleglinge" 116.160 K.

Der zu Sub-Rubrik 14½ bewilligte Zuschußkredit von 116.160 K wird auf den Reservefonds verwiesen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8026, M. A. II, 5587.) Der Kanzlistenswitwe Josefa Seefried wird eine Abfertigung von 1560 K zuerkannt.

(P. Z. 8034, M. A. II, 6264.) Das Ansuchen der Josefine Jedlicka um eine Gnadengabe nach ihrem Sohne, dem Amtsdiener Karl Jedlicka, um eine jährliche Gnadengabe wird abgewiesen und derselben eine Aushilfe von 200 K zuerkannt.

(P. Z. 8032, M. A. II, 5195.) Der Eva Schandl wird ausnahmsweise das Sterbequartal von 600 K nach dem Bau-Ober-Aufseher Eduard Lachner im Gnadenwege zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8033, M. A. II, 5216.) Der Franziska Mrazek wird das Sterbequartal von 327 K 60 h nach dem Depot-Aufseher Josef Kirchsteiger abzüglich der am 3. Juni 1918 angewiesenen Akontozahlung per 150 K, demnach ein restlicher Betrag von 177 K 60 h, gnadenweise zuerkannt.

Das Ansuchen um Bewilligung einer Gnadengabe wird aus prinzipiellen Gründen abgelehnt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8031, M. A. II, 5701.) Der Ratsdienerswitwe Barbara Fischer wird eine Witwenpension von 800 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8022, M. A. II, 6192.) Das Ansuchen der Konskriptionsamts-Direktorswitwe Emma Jungwirth um Erhöhung der Pension wird abgewiesen; dagegen wird derselben in Anbetracht der außerordentlichen Notlage und der seinerzeitigen hochverdienten Dienstleistung des Konskriptionsamts-Direktors Jungwirth eine einmalige Aushilfe von 1500 K zuerkannt.

Schluß der Sitzung.

---

# Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **9. August 1918.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Grünbeck, Heindl, Hötzel, Jung, Körber, Knoll, Dr. Mataja, Müller, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Spalowsky, v. Steiner, Tomola, Wippel.

---

Beurlaubt: Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, St.-R. Dechant, Fraß, Dr. Haas, Dr. Hein, Hermann, Hohensinner, Wessely, Zatzka.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Jamöck.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

---

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Antrag des St.-R. v. Steiner.

Ich stelle folgenden Antrag:

Der Stadtrat wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die vom Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeitete Vorlage über die Leitsätze für den Ausbau der Sozialversicherung, welche dem Abgeordnetenhause unterbreitet worden ist, einem eingehenden Studium zu unterziehen und hierüber ehebaldigst antragstellend an den Stadtrat zu berichten.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.)

(P. Z. 8169, Metallabgabe-Zentrale 111.) **St.-R. Poyer** referiert über die Abnahme der Türklinken, Metallgegenständeabgabe und stellt den Antrag, beim Ministerpräsidenten, Kriegsminister, Minister des Innern, Landesverteidigungsminister, Handelsminister, Minister für öffentliche Arbeiten und Statthalter gegen die geplante Abnahme der Türklinken und Metallgegenständeabgabe ernste Vorstellungen zu erheben.

(Einstimmig angenommen.)

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner** berichtet über seine Audienz beim Kaiser in Angelegenheit des Wiener Straßenbahnverkehres.

**St.-R. Schneider** referiert über die Einschränkung des Straßenbahnverkehres und beantragt:

Vom 19. August 1918 angefangen treten folgende Verkehrseinschränkungen in Kraft:

I. Der letzte Wagen geht um 9 Uhr 30 Minuten abends vom Ring ab.

II. Die Linien C, 4, 34, 41a, 64, 68, 72, 74, 80, 117, 158 und 167 werden gänzlich eingestellt.

III. Teilweise eingestellt werden die Linien A und Ak (auf der Strecke Lagerhausschleife bis St. Luciaplatz); G (Rosensteingasse, Taubergasse, Panikengasse und Feßtgasse); N und M (Valeriestraße bis Prater Hauptallee); V (Hormayrgasse, die Linie wird anstatt dessen zum Bahnhof Hernals geführt); 10 (Penzingerstraße bis Nisselgasse, bei gleichzeitiger Rückverlegung der Linie 58 in die alte Trasse); 31 (Transiteinlage, Zelinkagasse bis Wallensteinplatz); 32 (Buchberggasse bis Jedlesee); 36 (Sickenberggasse bis Nußdorf); 37 (Barawitzkagasse bis Hohe Warte); 38 (Bahnhof Grinzing bis Grinzing); 39 (Erbsenbachgasse bis Sievering); 40 (Gymnasiumstraße bis Türkenschanzpark); 41 (Scheibenbergstraße bis Pötzleinsdorf); 43 (Dornbach bis Neuwaldegg); 52 (Baumgartner Kasino bis Hütteldorf); 58 und 59 (Neuer Markt bis Oper); 60 (Schwarzenbergplatz bis Mariahilfergürtel); 61 (Neuer Markt bis Oper); 66 (Gudrunstraße bis Troststraße); 67 (Gellertgasse bis Troststraße); Dampfstraßenbahn Perchtoldsdorf bis Mödling.

IV. Auf die Dauer des vorzeitigen Betriebsschlusses (Punkt 1) kommt der erhöhte Abendtarif von 40 h nicht zur Anwendung.

St.-R. Schmid stellt folgenden Antrag: Der Stadtrat nimmt den Bericht des Bürgermeisters über das Ergebnis seiner Audienz beim Kaiser sowie den Bericht des Straßenbahn-Direktors Spängler über den Verlauf der gestrigen Sitzung beim Generalmajor v. Landwehr mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis und spricht dem Bürgermeister für sein im Interesse der Bevölkerung gelegenes tatkräftiges Einschreiten in der Straßenbahnfrage den wärmsten Dank aus.

St.-R. Knoll beantragt, von einer gänzlichen Auflassung der Linie 117 (nach Leopoldau) Umgang zu nehmen.

Die St.-R. Jung und Körber beantragen, von der Auflassung der Linie C abzusehen.

St.-R. Tomola beantragt, von einer Verkürzung der 41er-Linie Umgang zu nehmen und beantragt ferner, diese Linie weiterzuführen, selbst wenn an ihrer Stelle die Linie 40 bis zur Remise verkürzt werden müßte.

St.-R. Wippel beantragt die Weiterführung der Linie 67. Für den Fall der Ablehnung des Antrages stellt er den Alternativ-Antrag, jeden zweiten Wagen bis zur Endstation zu führen.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Poyer beantragt, die Linie 10 bis zur Hietzingerbrücke aufrecht zu erhalten, wenn dies nicht möglich sei, wenigstens den Verkehr in größeren Intervallen zu belassen.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag des St.-R. Schmid einstimmig angenommen; sämtliche übrigen Anträge abgelehnt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 8024, M. A. II, 5653.) Der Ersatzgebührenrückstand per 1061 K 96 h nach dem Exekutionsamts-Offiziale Anton Goldsteiner wird abgeschrieben.

Das Ansuchen der hinterbliebenen Witwe Eugenie Goldsteiner um Bewilligung einer jährlichen Gnadengabe wird abgewiesen.

(P. Z. 8128, St. Lagerh., 25921.) Der von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien vorgeschlagene Ankauf einer elektrischen Kopiermaschine zum Preise von 4800 K, der aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser der Stadt Wien zu decken ist, wird genehmigt.

(P. Z. 8130, St. Lagerh., 26179.) Die Umgestaltung der bahnseitig gelegenen Räume des Magazines I der städtischen Lagerhäuser für verschiedene Kanzleizwecke wird mit dem aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser zu deckenden Kostenerfordernisse von 19.850 K genehmigt und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung der Baukonsens erteilt.

(P. Z. 8129, St. Lagerh., 23974.) Die Anschaffung der zur Instandhaltung und Erweiterung der Gleisanlagen der Lagerhäuser der Stadt Wien benötigten Schwellen und Extrahölzer wird mit dem aus dem Betriebsergebnisse der Lagerhäuser zu deckenden Kostenerfordernisse von 57.259 K 84 h genehmigt und die Lieferung dieser Hölzer der Firma Oesterreichische Wald- und Holzindustrie A. G. in Wien auf Grund ihres Anbotes vom 23. Juli 1918, das Imprägnieren und Dexeln der Firma Schrabetz & Komp. A. G. auf Grund des Anbotes vom 13. Juni 1918 übertragen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8131, St. Lagerh., 25226.) Die Anschaffung von sechs feuersicheren Bücherkasten für die Lagerhäuser der Stadt

Wien im Handeinkaufe nach dem Vorschlage der Direktion wird mit dem aus den Betriebsergebnissen der Lagerhäuser der Stadt Wien zu deckenden Erfordernisse von 12.350 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 8050, M. A. X, 6318.) Der Baronin Margarete Gecmen-Waldeg, XIII., Hietzinger Hauptstraße 42 c, wird der Mausoleumplatz im Hietzinger Friedhofe zwischen den Gruppen XX und XXXII im Gesamtflächenausmaße von 73 m² um die Gebühr von 100.000 K auf Friedhofsbestand unter nachstehenden Bedingungen überlassen:

1. Auf diesem Platze ist eine Gruftkapelle mit einem Gruftunterbau für ungefähr 20 Särge von der Erwerberin auf eigene Kosten zu errichten.

2. Zeichnungen und Pläne über die auf diesem Platze zur Errichtung beabsichtigten Bauten sind vor Beginn der Arbeiten dem Stadtrate zur Genehmigung vorzulegen und ist nach Erwirkung dieser Genehmigung der Baukonsens einzuholen.

3. Für die Beilegung von Leichen in diese Gruft ist von der zweiten Leiche an gerechnet eine Beilegegebühr von je 200 K zu entrichten.

4. Wenn anläßlich der Beisetzung von Leichen in dem Gruftgewölbe von der Gemeinde Wien Arbeitsleistungen durchgeführt werden, sind diese besonders zu vergüten.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Körber** wird beschlossen:

(P. Z. 8088, M. A. III, 2333.) Die Instandsetzungsarbeiten an den Heizanlagen im städtischen Reservengarten im II. Bezirke, Ennsgasse 12, werden mit dem Gesamtkostenbetrage von 5200 K genehmigt.

Die Ausführung dieser Arbeiten wird der Firma J. L. Bacon auf Grund ihres Anbotes vom 17. Juni 1918 übertragen.

(P. Z. 8110, St. Strpfl., 1374.) Das dem Bespritzungs-Unternehmer Wilhelm Eckert zugewiesene Teilgebiet Freudenau-Schiffmühlen wird laut vorgelegtem Verzeichnisse abgeändert und demselben ab 1. Juli 1918 ein Monatspauschale von 2300 K zugesprochen.

(P. Z. 8147, M. A. VIII, 351.) 1. Dem k. u. k. Schiff-Stations-Kommando Wien werden die im vorgelegten Plane mit den Ziffern 9 bis 13, 17 bis 25 und 27 bis 32 bezeichneten Räumlichkeiten des Betriebsgebäudes und der ganze südöstliche Flügelbau — samt Dachboden, Keller und Veranda — des städtischen Kommunalbades, II., Erzherzog Karl-Platz 4, vom 15. August 1918 an um einen Platzzins von 11.200 K und gegen halbjährige, zu den Zinsquartalen anzubringende Kündigung sowie unter den übrigen in den Aufnahmeschriften des Magistrates vom 24. Juli und 6. August 1918 und der Aeußerung des Stadtbauamtes vom 3. August 1918 genannten Bedingungen bestandweise überlassen.

2. Der Verlegung der Kanzleiräumlichkeiten des Vereines „Danubius" in dem Raume Nr. 26 unter Aufrechterhaltung der bisherigen Bedingungen für die Ueberlassung wird zugestimmt.

(Punkt 1 an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 8165, M. A. X, 6713.) Das im Sinne des Stadtratsauftrages vom 18. Oktober 1917, P. Z. 10323, neu ausgearbeitete Projekt für die Erweiterung des Ottakringer Friedhofes wird genehmigt und der Magistrat angewiesen, die Gräberanlage und Einteilung auf der neuen Erweiterung nach dem Plane des Stadtbauamtes, Fach-Abteilung II b, 961/18, durchzuführen.

Zur Belegung ist in nächster Zeit der im Stadtbauamtsplane rot gerandete, mit den Buchstaben A B C D bezeichnete Teil der Erweiterung in Aussicht zu nehmen. Zur Durchführung der für die Belegung dieses Teiles notwendigen Vorarbeiten mit Ausnahme der Einfriedung wird ein Kostenbetrag von 35.000 K genehmigt.

Ueber die Durchführbarkeit der Ausdehnung des Einfriedungsgitters auf die ganze Friedhofserweiterung ist nach Abschluß der bezüglichen Verhandlungen zu berichten.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 8098, M. A. XIII, 3307.) Der Studierende der Rechte Franz Arnoscht wird zur Erlangung des Doktorgrades für das Studienjahr 1918/19 im Genusse des ihm seinerzeit verliehenen Hermine Elßler'schen Stipendiums jährlicher 600 K belassen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 8117, St. Str. B., 1746.) Den Bahnärzten der städtischen Straßenbahnen Dr. Alois Kühnel und Dr. Max Wickhoff wird der Titel „Direktions-Arzt" der städtischen Straßenbahnen verliehen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 8076, B. W. A., Stelle I, 630.) Vom 1. August 1918 angefangen wird eine Erhöhung der bisherigen Halbtagsentschädigung für die in den Brot- und Mehl-Kommissionen tätige Lehrerschaft von 4 K auf 5 K pro Halbtag gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 8066, M. A. XXII, 1106.) Die Gemeinde Wien widmet eine Spende von 400 K für die Gedenktafel des Dichters Julius Schindler (Julius von der Traun), welche anläßlich seines 100jährigen Geburtstages in Leopoldskron in Salzburg zur Errichtung kommt.

Schluß der Sitzung.

# Bezirksvertretungen

(XII. Gemeindebezirk, Meidling.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom **5. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Matthias Adlersflügel.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Dr. Ludwig Trönle.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 24. April 1918 abgehaltenen Sitzung wird ohne Verlesung genehmigt.

Einlauf.

Eingabe, unterfertigt von zahlreichen Bewohnern in Hetzendorf, betreffend Uebelstände in der Kanalisierung von Hetzendorf.

**B.-V. Adlersflügel** erklärt, daß er die Angelegenheit eingehend prüfen und alle notwendigen Schritte zur Abstellung der Uebelstände unternehmen werde.

Rund-Anträge.

(881.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung des V. Bezirkes auf Beendigung des Krieges.

Ueber diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

(989.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung des IX. Bezirkes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Gemeindevermittlungsämter.

Zustimmung.

(1067.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung des VI. Bezirkes, betreffend Stellungnahme gegen die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien.

Zustimmung.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom **6. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis.**

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Gröll.

Nach Festgestellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlnngsschrift der am 18. April 1918 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** hält dem verstorbenen B.-V.-St. Karl Friedrich Baumgartner einen ehrenvollen Nachruf, den die Versammelten zum Zeichen der Trauer stehend anhören.

Wahlen.

Ueber Auftrag des Herrn Bürgermeisters wird gemäß § 27 der G.-W.-O. für Wien die Wahl eines Bezirksvorsteher-Stellvertreters vorgenommen.

Der **Vorsitzende,** der vom Bürgermeister mit der Durchführung der Wahl betraut wurde, konstatiert die Anwesenheit von 23 Bezirksräten, während die B.-R. Schmutzer, Schwarzbach und Windholz als hinreichend entschuldigt gelten.

Die Wahl wird mittels Stimmzettel vorgenommen und ergab folgendes Resultat:

Von den abgegebenen Stimmen entfallen 12 Stimmen auf B.-R. Franz Pakesch und 11 Stimmen auf Wilhelm Zeckl.

Es vereinigt sonach der Erstgenannte mehr als die Hälfte der Stimmen der Anwesenden auf sich und erscheint daher zum Bezirks-Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

**B.-R. Pakesch** erklärt über Befragen des Vorsitzenden, die Wahl anzunehmen.

Ersatzwahl eines Armenrates für den ausgeschiedenen Armenrat Andreas Oberleitner.

Es wird einstimmig gewählt:

Franz Graßl, Metalldruckerei und Dreherei, Tellgasse 24.

Vornahme der Wahl eines Ersatzmannes für den Ortsschulrat des XV. Bezirkes, da an Stelle des verstorbenen Mitgliedes Baumgartner der Ersatzmann Franz Maronek als Mitglied in den Ortsschulrat einzutreten hatte.

Es wird einstimmig gewählt:

Josef Ekhardt, Bürgerschul-Direktor, Markgraf Rüdiger-Straße 2.

Einlauf.

Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Aenderung des Landesgesetzes über die Gemeindemittlungsämter in der Richtung, daß die Parteien zum Erscheinen in der Sühneverhandlung verpflichtet werden und das Nichterscheinen des Klägers als Klagsverzicht zu gelten habe.

Einstimmig angeschlossen.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Aufstellung einer Baracke für die Militär-Bau-Abteilung auf dem Baugrund nächst dem Westbahnhof.

Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf auf energische Stellungnahme gegen die geplante Errichtung eines tschechischen Theaters in Wien.

Einstimmiger Anschluß.

Mitteilung des Wohnungsamtes der Stadt Wien vom 25. Mai 1918, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Fünfhaus auf Ergänzung der Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend dermalige Umgangnahme einer einheitlichen Benennung des Gürtels.

Die Bezirksvertretung ist mit Rücksicht auf die derzeit bestehenden außerordentlichen Verhältnisse damit einverstanden, daß vorläufig von einer Umbenennung Abstand genommen werde.

Anträge.

**B.-V. Dr. Mattis** überreicht einen schriftlichen, ausführlich begründeten Antrag auf Errichtung von Kriegerheimstätten auf dem restlichen Teile der Schmelz.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Kopetzky** beantragt unter Hinweis darauf, daß bis jetzt im XV. Bezirke keine vom Militär benützte Schule freigegeben wurde, während noch zwei Bürgerschulen des XIV. Bezirkes im XV. Bezirke untergebracht wurden, den Wiener Magistrat zu ersuchen, wenigstens die Freigabe der Schule XV., Talgasse zu erwirken.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Barthelme** beantragt mit Rücksicht auf den groben Unfug, der von den Kindern auf dem Henriettenplatz fortwährend verübt wird, das k. k. Polizei-Kommissariat Rudolfsheim um strenge Ueberwachung des Platzes zu ersuchen; weiters die Bänke mit Rücksicht darauf, daß sie entweder beschädigt oder ganz gestohlen werden, zu entfernen.

Sodann stellt **Derselbe** fest, daß der unbefugte Blumenverkauf vor dem Obelisken auf dem Mariahilfergürtel arg überhand nimmt und dadurch die seßhaften Gewerbetreibenden geschädigt werden und beantragt, den Magistrat um energisches Eintreten zu ersuchen.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Pratzer** beantragt, das k. k. Polizei-Kommissariat Schmelz um strenge Ueberwachung der Umgebung des Schmelzer Friedhofes zu ersuchen, da die Einplankung demoliert und gestohlen wird.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Köhler** führt darüber Beschwerde, daß am Westbahnhofe der Zugang zu den Lokalzügen erst fünf Minuten vor Abgang eines Zuges gestattet ist, und daß, obwohl mehrere Ausgänge vorhanden sind, nur einer mit einer halben Türe geöffnet werde. Dadurch entstehe ein solches Gedränge, daß Frauen und Kinder verletzt und ohnmächtig werden, die Kleider der Fahrgäste beschädigt würden. Er beantragt daher, die k. k. Staatsbahn-Direktion um Abhilfe zu ersuchen.

**B.-R. Wobransky** führt darüber Beschwerde, daß die mit den letzten Lokalzügen in Wien anlangenden Fahrgäste sehr häufig teilweise auf die Benützung der Straßenbahn verzichten müssen. Es liegt daran, daß beim Bahnhofe nur eine beschränkte Anzahl von Straßenbahnwagen die Ankunft der letzten Züge abwarten, obwohl durchschnittlich viel mehr Fahrgäste ankommen, als diese Wagen zu fassen vermögen. Ueberdies ist selbst, wenn es gelingt, in einem solchen vom Bahnhof abgehenden Zug der Straßenbahn Platz zu finden, meist keine Verbindung mit dem Anschluß zu erreichen, da die von den Kopfstationen abgehenden letzten Züge nicht das Eintreffen dieser Bahnzüge abwarten, sondern vielfach leer im Angesichte der Fahrgäste, die von den erwähnten Zügen gebracht werden und den Anschluß dringend brauchen, davonfahren. Er beantragt daher, die Direktion der städtischen Straßenbahnen um gründliche Abhilfe durch Erteilung der entsprechenden Anordnungen zu ersuchen.

Einstimmig angenommen.

**B.-R. Waldsam** beantragt die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Henriettenplatz mit Rücksicht auf den Mangel an solchen Anstalten im südlichen Teile von Fünfhaus.

Einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XXI. Gemeindebezirk, Floridsdorf.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom **6. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Anderer.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Josef Jehlicka.

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Nachdem gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 16. Mai 1918 keine Einwendung erhoben wird, erklärt der **Vorsitzende** dieselbe für genehmigt.

Mitteilungen.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß am Samstag den 8. Juni 1918 um 2 Uhr nachmittags im Sitzungssaale der Bezirksvertretung die feierliche Ueberreichung der Medaille für 40jährige treue Dienste in einem Betriebe an einen Beamten und sechs Arbeiter der Wien-Floridsdorfer Mineralölfabriks-Aktiengesellschaft stattfindet und ladet zur Teilnahme an dieser Feier ein.

(2689.) Vom Stadt-Kommandanten in Wien wird mitgeteilt, daß die Entsendung von Flurschutzpatrouillen auch im Jahre 1918 stattfinden wird.

(2715.) Das k. k. Handelsministerium hat dem Berthold Klein die Berechtigung zum Billardspiele, welche vom magistratischen Bezirksamte XXI verweigert wurde, im Rekurswege erteilt.

(2822.) Der Wiener Stadtrat hat den südlich der Benjowskygasse vom Biberhaufenweg zum sogenannten Lobaustraßel führenden Verbindungsweg mit „Heustadlgasse" benannt.

(2823.) Die an der Wagramerstraße nordwestlich zur Anton Sattler-Gasse führende neu eröffnete Straße erhielt den Namen „Prandaugasse".

(2824.) Der östlich der Töllergasse und südlich der Leopoldauerstraße gelegene Platz erhielt den Namen „Wolfsgärtenplatz".

(2827.) Der Magistrat hat die zum Zwecke der Erzeugung von Sodawasser errichtete Anlage samt Betriebseinrichtung auf Kriegsdauer geeignet befunden.

Diese Anlage wurde von der Firma Waagner, Biro & Kurz mit dem Standorte XXI., Stadlauerstraße 62, errichtet.

Diese Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

(2676.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Aenderung des Landesgesetzes, betreffend die Gemeindevermittlungsämter.

Es wird der Anschluß an diesen Antrag beschlossen.

Anträge oder Interpellationen.

(2779.) Die Bezirksvertretung Mariahilf hat beschlossen, mit allen Mitteln sich gegen den Neubau eines tschechischen Theaters oder der Uebertragung eines Theaters an ein tschechisches Konsortium zu wehren und bittet um einen gleichen Beschluß.

(2881.) **B.-R. Schulteis** stellt anschließend daran folgenden Antrag:

Die tschechischen Kreise haben die Absicht, in unserer alten deutschen Stadt ein tschechisches Nationaltheater zu errichten.

Diese tschechische Herausforderung muß in jedem Wiener Entrüstung hervorrufen.

Wir geloben daher, gegen diese die Bevölkerung aufreizende Errichtung eines solchen Theaters mit allen Mitteln anzukämpfen, auf daß der rein deutsche Charakter Wiens immerdar gewahrt bleibe und ersuchen Bürgermeister und den Gemeinderat der Stadt Wien, das Aeußerste aufzubieten, um diesen Anschlag abzuwehren.

Einstimmig angenommen.

Wahlen.

(2167.) Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß der Wiener Kommunal-Sparkasse im Bezirke Floridsdorf an Stelle des verstorbenen Josef Klager.

Als Stimmenzähler bei dieser und den nachfolgenden Wahlen werden die B.-R. Schuhmaier und Schulteis bestimmt.

Abgegeben werden 13 Stimmen, welche sämtlich auf

Emil Scholz, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Leopoldauerstraße 18, lauten.

Es folgt die Wahl eines Armenrates.

Abgegeben werden 13 Stimmen, welche alle auf

Franz Feilhauer, Beamter, Brünnerstraße 64, lauten.

Bei der anschließend daran vorgenommenen Wahl eines Mitgliedes in das Gemeindevermittlungsamt Floridsdorf werden 13 Stimmen abgegeben, welche alle auf

Heinrich Loßmann, Bezirksrat und Hausbesitzer, Siemensstraße 3, lauten.

(2704.) Es folgt die Wahl eines Ersatzmannes in den Ortsschulrat für den XXI. Bezirk.

Abgegeben werden 13 Stimmen, welche alle auf

Georg Arnold, Pragerstraße 13, lauten.

(2684.) Baulinienbestimmung für den Teil zwischen der Ueberfuhrstraße, Jeneweingasse, Jedleseerstraße, der Nordbahn, der Nordwestbahn und der Aeugelgasse.

Es wird beschlossen, der vom Wieuer Stadtbauamte für dieses Gebiet beantragten Baulinienbestimmung im allgemeinen zuzustimmen, jedoch nachstehende, von diesem Antrage abweichende Bedingungen zu stellen:

1. Auch für den Gebietsteil zwischen der Wenhartgasse, der Christian Bucher-Gasse, der Schulzgasse und der Ueberfuhrstraße wäre die Errichtung von höchstens zwei Stock hohen Wohnhäusern zu gestatten.

2. Beim projektierten Bahnhofe wären vier Bauplätze aufzulassen und zum Zwecke der Schaffung eines zukünftigen Marktes ein Platz gegen eventuelle Auflassung des Schwarzenlackenplatzes vorzusehen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(IV. Gemeindebezirk Wieden.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom **18. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Maximilian Charwat.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Alois Hlafka.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 21. Mai 1918 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

**B.-V. Charwat** beglückwünscht den Bezirksvorsteher-Stellvertreter Feiler anläßlich der Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille.

(Allgemeiner Beifall.)

Der **Vorsitzende** berichtet, daß die Schule IV., Karolinenplatz 7, von der Militärverwaltung freigegeben wurde und zu erwarten stehe, daß der normale Unterricht an dieser Schule zu Beginn des Schuljahres 1918/19 aufgenommen werden könne; er benütze die Gelegenheit, um dem Herrn Bürgermeister für seine in dieser Sache unternommenen erfolgreichen Schritte den verbindlichsten Dank der Bezirksvertretung zum Ausdrucke zu bringen.

(Beifall.)

(1036.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Aenderung des Landesgesetzes, betreffend die Gemeindevermittlungsämter.

Hiezu sprechen die **B.-R. Hochrainer, Hönigmann,** sowie der **Vorsitzende.**

Die Bezirksvertretung schließt sich einstimmig diesem Rund-Antrage an.

(1103.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend Maßnahmen gegen die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien.

Der Rund-Antrag wird einstimmig und ohne Wechselrede angenommen.

Hierauf beantwortet **B.-V. Charwat** mehrere an ihn in der letzten Sitzung gestellte Anfragen.

Die **B.-R. Menzel, Merth, Mucha** und **v. Wielemans** berichten über von ihnen gemachte Wahrnehmungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen und geben verschiedene Anregungen bezüglich Ausnahmen von der bevorstehenden Erhöhung der Fahrpreise.

**B.-R. Mucha** bemängelt die ungenügende Beleuchtung der Naschmarktstände.

Die **B.-R. Menzel** und **Schembera** sprechen über die traurige Lage der kleinen Lebensmittelhändler infolge der geringen Menge der ihnen zum Verkaufe zur Verfügung stehenden Lebensmittel.

**B.-R. Haindl** macht aufmerksam, daß die Türen und Fenster der Bedürfnisanstalt im Rubenspark schadhaft sind und ersucht um baldige Abstellung dieser Gebrechen.

**B.-V. Charwat** erbittet sich wie alljährlich die Ermächtigung, die laufenden Geschäfte während des Sommers gegen nachträgliche Genehmigung der Bezirksvertretung erledigen zu dürfen.

Einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom **21. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kaiserl. Rat **Eduard Kunz.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Franz Pallinger.

Nach Begrüßung der Anwesenden und Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der letzten Sitzung vom 25. April 1918 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Mitteilung des **Vorsitzenden,** betreffend das Ableben des Bezirks- und Armenrates Josef Lusk. **Derselbe** hält dem Verstorbenen einen in herzlichen Worten gehaltenen Nachruf.

(1071.) Weiters teilt der **Vorsitzende** mit, daß der Herr Bürgermeister mittels Schreiben vom 23. Mai 1918 aus obgenanntem Anlasse der Bezirksvertretung Rudolfsheim sein wärmstes Beileid zum Ausdrucke bringt.

(1070.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, betreffend Ueberlassung des Sitzungssaales der Bezirksvertretung Rudolfsheim an einem Wochenabend der ganzen Vortragssaison wegen Abhaltung volkstümlicher Universitätskurse für den Herbst und Winter 1918/19, das ist vom 1. Oktober 1918 bis Ostern 1919.

Einhellig genehmigt.

(1128.) Zuschrift des Pfarramtes Rudolfsheim betreffend Danksagung für die Unterstützung anläßlich der diesjährigen Fronleichnamsprozession.

(1165.) Zuschrift des Wiener Magistrates, Bau-Abteilung Straßenpflege, betreffend Einbeziehung des Sechshausergürtels von der Sechshauserstraße bis zum Stadtbahnviadukt ab 5. Juni 1918 in die Schlauchtrommelbespritzung.

(1181.) Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen Z. 1929/18 vom 11. Juni 1918, betreffend Verdichtung des Verkehres auf den städtischen Straßenbahnlinien 57 und 157. Die Direktion erklärt, daß dem Wunsche wegen der bestehenden Betriebsschwierigkeiten und des Mangels an betriebsfähigen Wagen nicht entsprochen werden kann.

Sämtliche Stücke des Einlaufes werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

(823.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten, dahingehend, daß der Krieg zum Abschlusse gebracht werde.

Zustimmung.

(1014.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Aenderung des Landesgesetzes vom 17. September 1907, betreffend Verpflichtung der Parteien, bei den Sühneverhandlungen der Gemeindevermittlungsämter persönlich zu erscheinen.

Einhellig zugestimmt.

(1081.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, dahingehend, die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien von vornherein abzulehnen.

Einhellig zugestimmt.

Der **Vorsitzende** bemerkt bei dieser Angelegenheit, daß sein Projekt, betreffend Errichtung eines Theaters für Volksstücke am Heumarkte im XIV. Bezirke, seinerzeit leider nicht zur Durchführung gelangte.

**B.-V.-St. Wicha** bemerkt hiezu, daß das seinerzeit nicht zur Ausführung gelangte Projekt, betreffend Theaterbau am Heumarkte, nunmehr nach dem Kriege zur Durchführung gelangen möge.

(1238.) Antrag des **B.-R. Sitter** auf Abstellung eines sanitären Uebelstandes (Trocknen der Tierhaare im Freien auf den Dächern der im Hofe befindlichen Schupfen) in der Handschuhlederfabrik der Firma Gebrüder Straßer, XIV., Diefenbachgasse 33.

Einhellig zugestimmt.

(1256.) Antrag des **B.-R. Mayer** auf Einführung von Bestätigungen an die Käufer von Gebrauchspferden am Pferdemarkt in Wien.

Einhellig zugestimmt.

(Rund-Antrag.)

Der **Vorsitzende** beantragt, wie alljährlich ein Komitee einzusetzen, dem während der Sommermonate die Erledigung dringender

Angelegenheiten gegen nachträgliche Genehmigung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung übertragen wird; in dasselbe werden außer dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter des Bezirksvorstehers Wicha noch die Bezirksräte Dallinger, Mayer, Pascher, Spitzhüttl und Vidoni entsendet.

Wahl.

(1111.) Ferner gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß laut Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates vom 28. Mai für den verstorbenen Ersatzmann Josef Lusk die Neuwahl eines Ersatzmannes für das Ortsschulratsmitglied Anton Mayer für den Rest der Funktionsperiode notwendig erscheint, daß ferner sämtliche Mitglieder der Bezirksvertretung rechtzeitig acht Tage vor der Wahl schriftlich eingeladen wurden, daß endlich der k. k. Bezirksschulrat der Stadt Wien ebenso rechtzeitig von der Wahl in Kenntnis gesetzt wurde und somit alle Vorschriften über die Giltigkeit der Wahl erfüllt sind.

Als Stimmzähler wurden über Vorschlag des Vorsitzenden die B.-R. Pascher und Vidoni bestellt.

Abgegeben werden 20 Stimmzettel, sämtliche sind giltig.

Es wurde zum Ersatzmann im Ortsschulrate für den XIV. Bezirk

Emil Atzler, Gewehrmacher, XIV., Hollergasse 8, mit 20 Stimmen gewählt.

Derselbe erscheint somit einstimmig als Ersatzmann für das Ortsschulratsmitglied Anton Mayer für den Rest der Funktionsperiode gewählt.

Nach Verkündigung des Wahlergebnisses erklärt der **Vorsitzende** die Wahlhandlung für beendet.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten.

## K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. Juli 1918, ad G. Z. 1105/18:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 14. Juni 1918, Z. 18653-XIII, der Franziska Klapper, Volksschullehrerin I. Klasse und pädag. Leiterin der Taubstummen-Abteilung an der allgemeinen Volksschule XV., Zinckgasse 12/14, für ihr besonderes verdienstliches Wirken auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtes schulpflichtiger taubstummer Kinder und für ihre aufopfernde Wirksamkeit im Interesse des leiblichen und geistigen Wohles dieser Kinder die belobende Anerkennung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 23. Juli 1918, ad G. Z. 4267/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. Juli 1918, Z. 3591-II, dem mit Ende Mai 1918 in den Ruhestand versetzten Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVII., Hernalser Hauptstraße 100, Alois König, für seine langjährige, ersprießliche Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 23. Juli 1918, ad G. Z. 8721/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. Juli 1918, Z. 3590-II, der mit Ende Juni 1918 in den Ruhestand versetzten Bürgerschullehrerin an der Bürgerschule für Mädchen XVII., Geblergasse 29, Elisabeth Koch, mit Rücksicht auf ihre stets zufriedenstellende Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 24. Juli 1918, ad G. Z. 4315/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. Juli 1918, Z. 3596-II, dem mit Ende April 1918 in den Ruhestand versetzten Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Mädchen IX., Glasergasse 8, Wilhelm Lang, in Anbetracht seiner vieljährigen, sehr ersprießlichen Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 24. Juli 1918, ad G. Z. 4316/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. Juli 1918, Z. 3594-II, der mit Ende Mai 1918 in den Ruhestand versetzten Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XIII., Am Platz 2, Katharina Amsel, in Würdigung ihres vieljährigen, hingebungsvollen und sehr erfolgreichen Wirkens im öffentlichen Schuldienste die belobende Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Juli 1918, ad G. Z. 4317/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 18. Juli 1918, Z. 3595-II, dem mit Ende April 1918 in den Ruhestand versetzten Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben VII., Neustiftgasse 100, Ludwig Klausberger, in Würdigung seiner vieljährigen, stets zufriedenstellenden Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Juli 1918, ad G. Z. 6889/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 18. Juli 1918, Z. 3592-II, der mit Ende Juni 1918 in den Ruhestand versetzten Bürgerschullehrerin an der Bürgerschule für Mädchen II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 13, Karola Schaub, für ihr langjähriges, pflichteifriges und ersprießliches Wirken im Lehramte die belobende Anerkennung auszusprechen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Juli 1918, ad G. Z. 6899/18:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben XIII., Kuefsteingasse 38, Josef Riedl, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein vieljähriges, hingebungsvolles

und ersprießliches Wirken im Lehramte die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Juni 1918, ad G. Z. 2955/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat sich bestimmt befunden dem Oberlehrer an der allgemeinen Knaben-Volksschule XXI., Ostmarkgasse 30, Rochus Böck, anläßlich der Kenntnisnahme der Inspektionsberichte des k. k. Bezirksschul-Inspektors Johann Smital über den Zustand der öffentlichen und privaten Volks- und Bürgerschulen des XXI. Inspektionsbezirkes im Schuljahre 1916/17 für seine stets ersprießliche Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen.

---

## Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

Juli 1918.

Im abgelaufenen Monat Juli 1918 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 31.891 Parteien 21,203.314 K 93 h eingelegt und an 21.058 Parteien 16,844.387 K 32 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende Juli 1918 einschließlich kapitalisierter Zinsen 301,786.551 K 70 h.

Im Hypothekardarlehensgeschäfte wurden 88.000 K — h zugezählt und 160.658 K 11 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekardarlehen am 31. Juli 1918 auf 97,117.221 K 41 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 31. Juli 1918 104,230.550 K — h, an Kassen- und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 31. Juli 1918 5,500.000 K — h.

* * *

## Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Eingelegt von 8128 Parteien . . . . . | 6,973.602 K 06 h |
| Rückgezahlt an 7367 Parteien . . . . . | 5,301.314 „ 76 „ |

Mit 31. Juli 1918 betrug der Stand:

| | |
|---|---|
| der Gesamteinlagen auf 68.860 Kontos . | 124,933.365 K 74 h |
| „ Hypothekardarlehen . . . . . | 56,180.887 „ 54 „ |
| „ Gemeindedarlehen . . . . . | 3,475.713 „ 33 „ |
| „ Gesamt-Werteffekten . . . . . | 57,512.389 „ 25 „ |
| des Reservefonds . . . . . | 4,716.379 „ 94 „ |

* * *

## Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals.

Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Einlagen von 8399 Parteien . . . . . | 6,293.003 K 65 h |
| Rückzahlungen an 7462 Parteien . . . . | 5,125.070 „ 68 „ |

Stand am 31. Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Gesamteinlagen auf 59.222 Konti (inkl. kapitalisierter Zinsen) . . . . . | 98,276.974 K 60 h |
| Hypothekardarlehen . . . . . | 44,822.752 „ 45 „ |

* * *

## Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates . . . . . | 69,156.131 K 19 h |
| Eingezahlt wurden von 6310 Parteien . . | 4,744.626 „ 71 „ |
| zusammen . | 73,900.757 K 90 h |
| Rückgezahlt wurden an 6034 Parteien . . | 3,837.640 „ 96 „ |
| Gesamt-Einlagenstand am 31. Juli 1918 . | 70,063.116 K 94 h |
| verteilt auf 42.422 Konten | |
| Zuwachs . . . . . | 906.985 K 75 h |
| Stand der Einlagen im Scheckverkehr . . | 2,436.957 „ 52 „ |
| „ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen | 32,495.757 „ 59 „ |
| „ „ Darlehen auf Wertpapiere . . | 5,373.434 „ 70 „ |
| „ „ eskomptierten Wechsel . . . . | 57.950 „ — „ |
| „ „ Wertpapiere (Nominale) . . . | 36,285.350 „ — „ |

* * *

## Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Eingelegt von 1576 Parteien . . . . . | 1,219.482 K 53 h |
| Behoben von 1402 Parteien . . . . . | 799.396 „ 97 „ |
| Es ergibt sich daher ein Plus von . . . | 420.085 K 56 h |
| Dieses zugerechnet zum Stande mit Ende Juni 1918 per . . . . . | 17,283.822 „ 95 „ |
| gibt mit Ende Juli 1918 bei 13.965 offenen Konten einen Einlagenstand von | 17,703.908 K 51 h |
| Der Stand der Hypothekardarlehen beträgt mit Ende Juli 1918 . . . . . | 9,245.688 „ 06 „ |

* * *

## Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf.

Juli 1918.

| | |
|---|---|
| Stand des Vormonates . . . . . | 29,643.623 K 43 h |
| Eingelegt wurden von 1843 Parteien . . | 2,300.918 „ 27 „ |
| Kapitalisierte Zinsen . . . . . | 4 „ — „ |
| Zusammen . | 31,944.545 K 70 h |
| Rückgezahlt wurden an 1466 Parteien . . | 1,109.441 „ 24 „ |
| Stand mit Ende Juli 1918 bei 15.817 Konti | 30,835.104 K 46 h |

Heimsparkassen:

| | |
|---|---|
| Stand des Vormonates | 361.602 K 28 h |
| Eingelegt wurden von 135 Parteien | 46.279 „ 47 „ |
| Zusammen | 407.881 K 75 h |
| Rückgezahlt wurden an 66 Parteien | 41.091 „ 22 „ |
| Stand mit Ende Juli 1918 | 366.790 K 53 h |
| Gesamtstand bei 10.875 Konti | 31,201.894 „ 99 „ |

## Lebensmittelverkehr.

### Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 17. August 1918

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

| | | |
|---|---|---|
| Weizen oder Spelz per 100 kg | 40 K | — h |
| Roggen | 100 „ | 40 „ — „ |
| Gerste | 100 „ | 37 „ — „ |
| Hafer | 100 „ | 36 „ — „ |

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

| | | |
|---|---|---|
| Heu aller Art | 17 K — h | per 100 kg |
| Stroh: | | |
| Kornschaubstroh | 10 „ — „ | „ 100 „ |
| Erbsen-, Wickenstroh | 8 „ — „ | „ 100 „ |
| Bohnen-, Raps- und Maisstroh | 6 „ — „ | „ 100 „ |

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl Nr. 243 ex 1917.)

* * *

### Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 11. August bis 17. August 1918.

#### 1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

| | | |
|---|---|---|
| Rindfleisch | 78.162 kg | Und zwar aus: |
| | | Wien 16.214 kg |
| | | dem sonst. Niederösterreich 100 „ |
| | | Oberösterreich 900 „ |
| | | Steiermark 31.908 „ |
| | | Böhmen 9.270 „ |
| | | Ungarn 19.770 „ |
| Kalbfleisch | 32 kg | Und zwar aus: |
| | | Wien 32 kg |
| Schweinefleisch | 18.070 kg | Und zwar aus: |
| | | Wien 18.070 kg |
| Kälber | 90 Stück | Und zwar aus: |
| | | Wien 9 St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich 2 „ |
| | | Steiermark 7 „ |
| | | Galizien 72 „ |
| Schafe | 1.748 Stück | Und zwar aus: |
| | | Wien 55 St. |
| | | dem sonst. Niederösterreich 2 „ |
| | | Oberösterreich 81 „ |
| | | Galizien 481 „ |
| | | Ungarn 1.129 „ |

#### 2. Preisbewegung.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Stebfleisch, vorderes von | K 7·20 | bis 8·40 | per Kg. | |
| | Rostbraten u. Rieden | „ „ —·— | „ 12·— | „ „ | |
| Kalbfleisch | | „ „ 5·75 | „ 6·— | „ „ | |
| Schaffleisch (Lammfleisch) | | „ „ —·— | „ —·— | „ „ | |
| Schweinefleisch | | „ „ —·— | „ —·— | „ „ | |
| Kälber | | „ „ 4·70 | „ 4·80 | „ „ | |
| Schafe | | „ „ 9·— | „ 11·— | „ „ | |
| Schweine | | „ „ —·— | „ —·— | „ „ | |
| Lämmer | | „ „ 14·— | „ 16·— | „ „ | |

Per Bahn langten ein 30 Waggons mit 92·265 t.

Die diesswöchigen Zufuhren an Fleisch waren geringer als in der Vorwoche, namentlich konnte mit dem zur Verfügung stehenden Quantum an Rindfleisch der Bedarf nicht gedeckt werden.

An Kälbern wurden 72 Stück zugeführt, welche der Nachfrage nach dieser Fleischsorte nicht genügen konnten.

Schaffleisch war in knapp ausreichender Menge vertreten.

Der Marktverkehr war mit Ausnahme der fleischlosen Tagen stets sehr lebhaft.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden zugeführt:

15.000 kg gefrorenes Schweinefleisch à 15 K.
2.500 kg frisches Schweinefleisch à 14 K 20 h.
72 Stück polnische Kälber.
2.000 kg Rindsalami à 36 K 50 h.
4.900 kg Weichwürste à 8 K.
2.900 kg Braunschweiger à 18 K.

Die Preislage blieb im allgemeinen unverändert.

Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde kein Fleisch zugeführt.

* * *

### Pferdemarkt vom 16. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 280 Stück.

280 Gebrauchspferde, — Schlachtpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 8000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . — „ — „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

# Baubewegung

## vom 16. bis 19. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

### Gesuche um Baubewilligungen.

#### Zubauten.

XIX. Bezirk: Zwei Stock hoher Magazinstrakt, Döblinger Hauptstraße 38, von Ludwig Pekarek, Bauführer Adolf Micheroli (871).

" " Stockwerksaufbau, Heiligenstädterstraße 63, von der Firma S. A. Bauer & Komp., Bauführer Adolf Micheroli (868).

#### Adaptierungen.

II. Bezirk: K. k. Prater 80, von Emmerich Kern, ebenda (1816).

" " Kronprinz Rudolf-Straße 6, von J. Fr. Eisler, I., Plankengasse 1, namens H. Wittgenstein (1820).

VII. Bezirk: Neubaugasse 26, von Eduard Friedrich namens Markus Bloch (1818).

XIX. Bezirk: Nußwaldgasse 19/21, von Elise Böhm (807).

" " Weinberggasse 67, von der Firma Bensdorp & Komp. (815).

" " Würthgasse 7/9, von dem Wirtschaftshof der Stellwagen-Unternehmung (846).

" " Sieveringerstraße 57, von Josef Weiß (867).

" " Nußwaldgasse 7, von Marie Leber, Bauführer Löschner & Helmer (880).

#### Diverse geringere Bauten.

XIX. Bezirk: Terrassenzubau, Cobenzlgasse 45, von Egon Kment, Bauführer Josef Löwitsch (791).

XX. Bezirk: Eisenbeton-Konstruktion, Handelskai 1 a, von der Vaterländischen Baugesellschaft m. b. H., I., Wildbretmarkt (1814).

#### Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

IV. Bezirk: Brucknerstraße 8, von Dücker & Olbricht, IX., Schwarzspanierstraße 22 (1810).

### Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

XXI. Bezirk: Linke Nordbahngasse 496, von der Bau-, Wohnungs- und Gastwirtschaftsgenossenschaft (22158).

### Demolierungsanzeigen.

XIX. Bezirk: Wächterhäuschen, an der Josef Friedl-Gasse 11, von O. Marek (917).

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 19. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Strobl Franz — Tierhandel — XVI., Enenkelstraße 22.

Schneier Samuel Leib — Handel mit Geflügel — II., Haidgasse 3.

Wessely Gustav — Handelsagentur — II., Große Sperlgasse 17.

Markovicz Meilech — Handelsagentur — II., Castellezgasse 11.

Karl Jakob Schulem — Handel mit Eisen-, Stahl- und Metallwaren, sowie Haus- und Küchengeräten — II., Taborstraße 51.

Schacht Herz — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — II., Harkortstraße 10.

Netal Johann — Erweiterung der Gastwirts-Konzession — I., Wipplingerstraße 8.

Petras Michael — Kleinfuhrwerksgewerbe — VII., Schottenfeldgasse 9.

Stockhammer Therese — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VII., Westbahnstraße 20.

Jelinek Antonia — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Heindlgasse 5.

Konstantin Marie — Konditoreiwaren, Zuckerbäckereien, Fruchtsäfte- und Gefrornes-Verschleiß — XVI., Redtenbachergasse 34.

Weiß Pauline — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — XVI., Brüßlgasse 24.

Fetter Hedwig — Lebensmittel- und Konsumwaren-, sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Haberlgasse 18.

Pirker Henriette — Viktualien-Verschleiß — XVI., Wurlitzergasse 13.

Binder Marie — Viktualien-Verschleiß — XVI., Hettenkofergasse 30.

Polster Richard Viktor — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Veronikagasse 5.

Grill Franziska — Lebensmittel- und Konsumwaren- sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Makartgasse Kat.-Parz. 1657/26.

Schwarz Cila — Viktualien-Verschleiß — II., Sebastian Kneipp-Gasse 8.

Nedoluba Franziska — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — II., Sebastian Kneipp-Gasse 3.

Urban Emma — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenwaren — II., Praterstraße 38.

Mayer Marie, geb. Prokop — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes — V., Ramperstorfergasse 59.

Fechter Julie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Schmelzgasse 10.

* * *

## 20. Juni 1918.

### Gewerbeanmeldungen.

Karl W. Müller Nachf., Offene Handelsgesellschaft — Signierstempel-Erzeugung aus Kunstgummi — XIII., Meiselstraße 81.

Specht Leonhard, Alleininhaber der Firma „Erste österr. Wermutweinkellerei und Weingroßhandlung R. Burschik" — Erzeugung von Wermutwein — XV., Pelzgasse 7.

Mendl Ludwig, Inhaber der Firma Ludwig Mendl — Fabriksmäßige Erzeugung von Kleidern, Wäsche und Konfektionsartikeln — XV., Kriemhildenplatz 3.

Kauba Georg — Strohhut-Erzeugung — XIV., Schwendergasse 13.

Janeczek Josef Franz — Friseur- und Raseurgewerbe — XVI., Haberlgasse 29.

Itzigsohn Petrina — Lebensmittelhandel beschränkt — XIV., Schwendergasse 39.

Rois Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Märzstraße 145.

Turner Josef — Handel mit Lebensmitteln beschränkt sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Helenengasse 6.

Süß Salomon — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Untere Augartenstraße 30.

Tesar Johann — Viktualienhandel — XVI., Wilhelminenstraße 45.

Schätz Leopold — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVI., Speckbachergasse 14.

Kölbl Johann — Gastwirts-Konzession — VIII., Albertgasse 43.

Fuhrmann Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XV., Geyschlägergasse 17.

Csurda Wilhelm — Zuckerbäckergewerbe — IV., Wiedner Hauptstraße 44.

Kapellner Leon — Agentie in Naftaterrains- und Naftaschürfrechtsanteilen — IV., Schleifmühlgasse 15.

Weil Alois — Erzeugung und Vertrieb von Schaumweinen — IV. Schleifmühlgasse 7.

Braun Heinrich — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichnenwaren — IV., Rainergasse 14.

Sabel Katharina — Handel mit Galanterie, Kurz- und Spielwaren — XIV., Reindorfgasse 40.

Winkler Frieda — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen und Obst — II., Schmelzgasse 6.

Stanger Wilhelmine — Damenkleidermachergewerbe — II., Castellezgasse 12.

Frankl Jakob — Textilwarenhandel — II., Krummbaumgasse 6.

Ungar Marie — Geflügelhandel — II., Kleine Schiffgasse 1.

Wiedermann Marie — Obsthandel — II., Czerningasse 12.

Heller Hene — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 2.

Poeckh Anna — Fragnergewerbe — XVI., Wurlitzergasse 62.

Smejkal Anna — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — XVI., Herbststraße 72.

Merta Marie — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVI., Hasnerstraße 141.

Wälder Eduard — Erzeugung von Kappenschirmen aus Papier und Pappe — XVI., Hasnerstraße 161.

Wälder Eduard — Erzeugung von Spielwaren — XVI., Hasnerstraße 161.

Holzinger Ottilie — Gemischtwarenhandel — VIII., Josefstädterstraße 3.

Krouzek Anna — Kaffeesieder-Konzession — IV., Taubstummengasse 14.

Brandstetter Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — IV., Blechturmgasse 28.
Ettlinger Anna — Kaffeesieder-Konzession — IV., Schelleingasse 19.
Pieler Leopoldine — Naturblumenhandel — IV., Favoritenstraße 50.
Pexa Franziska — Verschleiß von Milch und Lebensmitteln — VI., Webgasse 5.
Buchberger Hermine — Viktualienhandel — XIII., Penzingerstraße 56.
Pollach Marianne — Familienpension — VI., Papagenogasse 1 a.

* * *

## 21. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Hillebrand & Comp., Offene Handels-Gesellschaft — Gold- und Silberwaren-Erzeugung — VI., Haydngasse 6.
Wenclu Eduard — Fortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes der verstorbenen Gattin Ludovika Wenclu — XIV., Huglgasse 16.
Zellner Marie, geb. Walleczek — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren-Verschleißes nach dem verstorbenen Gatten Laurenz Zellner — XVI., Hasnerstraße 94.
G. Reiß & Comp., Offene Handels-Gesellschaft — Handel mit fertigen Damenkleidern und Modistenzugehör — I., Rotgasse 1.
Oskar & Robert Weinreb, Offene Handels-Gesellschaft — Pfaidlergewerbe — I., Franz Josefs-Kai 7.
J. Tonkovich & Comp., Offene Handels-Gesellschaft — Handel mit technischen Artikeln, insbesondere mit Motoren, Maschinen und Apparaten — I., Laurenzerberg 4.
Josef Reiner, Ges. m. b. H. — Handel mit Brenn- und Werkholz — IX., Grünetorgasse 12.
R. Großmann & Watzek, Ges. m. b. H. — Speditions- und Kommissionsgeschäft — I., Schottenring 25.
„Albeko" Handels-Gesellschaft für Artikel der Schuhindustrie, Ges. m. b. H. — Handel mit Schuhfournituren, mit allen Artikeln der Schuhindustrie ꝛc. — XV., Kriemhildenplatz 1.
Salzer Michael — Handel mit Wirk-, Galanterie- und Kurzwaren — IX., Rotenlöwengasse 9.
Necas Franz — Raseur- und Friseurgewerbe — IX., Alserbachstraße 29.
Plowitz Karl — Handel mit Textilwaren und Bedarfsartikeln aller Art — IX., Grünentorgasse 12.
Redlich Josef — Handelsagentur — IX., Schwarzspanierstraße 15.
Zeugswetter Franz Xaver — Handel mit Fahrrädern, Maschinen, deren Bestandteilen und Bedarfsartikeln aller Art — IX., Alserstraße 30.
Porges Adolf — Handel mit Holz, Kohle, Koks und Briketts — IX., Rotenlöwengasse 7.
Pramer Wilhelm — Erzeugung von Spirituosen, Likören und Fruchtsäften auf kaltem Wege — IX., Porzellangasse 64.
Bergel Arnold — Handel mit Bedarfsartikeln für Elektrotechnik und Gasbeleuchtung ꝛc. — IX., Franz Josefs-Bahnstraße 47.
Hoffmann Walter — Holz- und Kohlenhandel im Großen — IX., Sobieskigasse 37.
Reichwald Rafael — Gemischtwarenhandel — IX., Müllnergasse 5.
Patzau Viktor — Handel mit Textilwaren und Emballagen aller Art — IX., Währingergürtel 110.
Skala Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — IX., Nußdorferstraße 13.
Sedina Adolf — Zimmer- und Dekorationsmalergewerbe — IX., Währingergürtel 6.
Pum Karl — Spenglergewerbe — IX., Eisengasse 30.
Kahn Julius — Gemischtwarenhandel im Großen — IX., Grünentorgasse 28.
Seifert Franz — Sonnen- und Regenschirmmacher — XIV., Mariahilferstraße 187.
Zittler Franz — Kartonagewaren-Erzeugung — XIV., Felberstraße 82.
Wolfsthal Abraham Bernhard — Musikergewerbe — II., Rotensterngasse 23.
Kremser Eugen — Gemischtwarenhandel — XIII., Schanzstraße 47.
Steiner Anna Marie — Viktualienhandel — II., Im Werd 7.
Bockmayer Agnes — Handel mit Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften, Flaschenbier ꝛc. — XXI., Floridusgasse 19.
Fuchs Abraham — Kommissionswarenhandel und Handelsagentur — XXI., Angererstraße 18.
Tertschmann Marie — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Franz Josefs-Bahnstraße 25.
Röser Herma — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichnenwaren — IX., Lustkandlgasse 30.
Macak Josefine — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Sporkenbühelgasse 5.
Wohlrab Therese — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichnenwaren — IX., Hahngasse 17.
Kögl Elisabeth — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Newaldgasse 3.
Karpfen Therese — Marktfahrergewerbe — IX., Lustkandlgasse 29.
Oesterreicher Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — IX., Beethovengasse 2.
Schöberl Paula — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Marktgasse 44.
Lokobauer Franziska — Pferdefleisch-Verschleiß — XIV., Felberstraße 36.
Schwarzinger Josefa — Verschleiß von Sodawasser, Fruchtsäften und Kanditen — XVI., Maroltingergasse, bei der Abfertigung der Straßenbahn.
Caska Leopoldine — Tierhandel — XVI., Seebögasse 36.
Schor Anna — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Papier- und Spielwaren — XVI., Thaliastraße 10.
Höllrigl Hermine Marie — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XIX., Sieveringerstraße 97.
Schwarcz Josef — Handelsagentur — XIII., Fenzlgasse 35.
Peszt Katharina — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Gefrornem und Fruchtsäften — X., Herndlgasse 19.
Schmolka Rosa — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Porzellangasse 37.

* * *

## 22. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Adler & Bassiesek, Adlerkonditorei, offene Handelsgesellschaft — Erzeugung und Vertrieb von Zuckerwaren und Kanditen — IX., Nußdorferstraße 68.
Selka & Komp. — Porträtphotographiegewerbe — III., Landstraßer Hauptstraße 88.
Angerer Josef, Alleininhaber der Firma: Rudolf Kripel — Kommissionshandel mit Zucker im Großen — I., Elisabethstraße 6.
Goldberger Melanie, Alleininhaberin der Firma: Moritz Pinkas & Komp. — Handel mit Gerbstoffen — II., Lilienbrunngasse 18.
May Samuel — Erzeugung von Fruchtsäften — VII., Neustiftgasse 7.
Elkan Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — XV., Robert Hamerling-Gasse 9.
Guttman Leopold — Handel mit Mode-, Kurz- und Galanteriewaren — II., Novaragasse 20.
Haimovitz Avram — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Kleine Schiffgasse 10.
Schattner Josef — Handel mit Manufakturwaren — I., Neutorgasse 12.

(Das Weitere folgt.)

---

## Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates . . . . . 1659
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 8. August 1918 . . . 1659
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 9. August 1918 . . . . 1669
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 5. Juni 1918 . . . . . 1672
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 6. Juni 1918 . . . . . 1672
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom 6. Juni 1918 . . . . . 1673
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 18. Juni 1918 . . . . . 1674
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 21. Juni 1918 . . . . . 1675
Allgemeine Nachrichten:
K. k. Bezirksschulrat . . . . . 1676
Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien . . . . . 1677
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim . . . . . 1677
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals . . . . . 1677
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing . . . . . 1677
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling . . . . . 1677
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf . . . . . 1677
Lebensmittelverkehr:
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 17. August 1918 . . . . . 1678
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 11. August bis 17. August 1918 . . . . . 1678
Pferdemarkt vom 16. August 1918 . . . . . 1678
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 16. bis 19. August 1918 . . . . 1679
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1679
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Kundmachungen.

M. Abt. XIII, 2778/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Theobald Uffenheimer'sche Gewerbestiftung.

Verliehen werden: Vier Stiftplätze zu je 220 K, und zwar zwei Stiftplätze an Gewerbsleute christlichen und zwei an Gewerbsleute israelitischen Glaubensbekenntnisses.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte oder arbeitsunfähige, wohlverhaltene Gewerbsleute.

Vorrecht genießen:

1. Verwandte des Stifters,
2. nach Wien zuständige oder in den Bezirken Leopoldstadt oder Brigittenau oder in Wien überhaupt geborene Bewerber.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Ausweis über die Mitgliedschaft bei einer Gewerbe-Genossenschaft, allenfalls auch Bestätigung der Genossenschaft, daß Bewerber sein Gewerbe wegen Arbeitsunfähigkeit zurücklegen mußte, und Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichstellen: Für christliche Bewerber: Bezirkskanzleien des II. und XX. Wiener Gemeindebezirkes; für israelitische: Vorstehung der israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Einreichungsfrist: **Bis 21. September 1918.**

Verleihungstag: 28. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 20. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt. XIII, 3123/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## David Schwarzmann'sche Stiftung

**für eine arme Familie.**

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder und dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 7. Dezember 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt. XIII, 2618/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Luise Wichtl und Ferdinand Weckbrot'sche Stiftung

**für christliche Familien.**

Verliehen wird: Ein Betrag von 1700 K an eine oder zwei intelligente christliche Familien, deren Ernährer durch Krankheit erwerbsunfähig geworden ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufscheine, Trauungsschein, Heimatschein, Taufscheine (Taufzettel der Kinder) und armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 20. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt. XIII, 2584/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef Stastnik'sche Stiftung

**für Herrenschneidermeister.**

Verteilt werden: 300 K in drei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: In unverschuldetes Elend geratene Herrenschneider, welche in Wien wohnen.

Jene Bewerber, welche nachweisen können, daß sie bei dem Stifter, dem am 2. September 1897 im XVI. Bezirke, Neulerchenfelderstraße 9, verstorbenen Herrenschneidermeister und Gemeinderat der Stadt Wien Josef Stastnik oder dessen Vater als Arbeiter im Geschäfte standen, genießen das Vorzugsrecht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstermin: Weihnachten 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. Juli 1918. 3—3

M. Abt. XIII, 3141/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef und Anna Steiner'sche Stiftung
### für Arme von Hietzing.

Verteilt werden: 500 K in zwei gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Geschäftsleute oder verarmte Witwen von Geschäftsleuten, welche im Pfarrsprengel Hietzing wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimat- und Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Nachweis über den Wohnort im Pfarrsprengel Hietzing, allenfalls Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes.

Einreichungsfrist: **Bis 19. September 1918.**

Verleihungstag: 1. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 27. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt, XIII. 3143/18. Selbständiger Wirkungskreis

## Karl Hoffmann'sche Stiftung
### für österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Verliehen werden: Unterstützungsbeträge zu je 200 K an fünf österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme dramatische Autoren oder mittel- und stellenlose dramatische Künstler, welche österreichische Staatsbürger und mehr als 60 Jahre alt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis über die Eigenschaft als dramatischer Autor oder dramatischer Künstler und Armutszeugnis, beziehungsweise Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 7. September 1918.**

Verleihungstag: 11. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 18. Juli 1918. 3—3

---

M. Abt. XI, 50903.

## Kundmachung.
### (Maria v. Miller zu Aichholz-Stiftung.)

In den städtischen Waisenhäusern gelangt ein Maria v. Miller zu Aichholz'scher Stiftungsplatz zur Besetzung.

Zum Genusse der Maria v. Miller zu Aichholz'schen Stiftungsplätze in den städtischen Waisenhäusern sind Kinder ohne jede Rücksichtnahme auf die Heimatberechtigung ihrer Eltern, welche nicht nach Wien zuständig sind, ferner nicht nur verwaiste, sondern auch andere arme, von ihren Eltern verlassene Kinder, die den sonstigen Erfordernissen zur Aufnahme in ein städtisches Waisenhaus entsprechen, berufen.

Die betreffenden Kinder müssen daher gemäß den Bestimmungen des Statutes für die städtischen Waisenhäuser arm sein, in dem Alter zwischen dem 6. und 14. Lebensjahre stehen, lernfähig, geimpft und gesund sein.

Kinder, deren Eltern oder verwitwete Mütter ein der Besteuerung unterliegendes Gewerbe betreiben, haben keinen Anspruch auf Aufnahme.

Die bezüglichen Gesuche sind mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, ferner dem Tauf(Geburts)scheine, dem Impfzeugnisse und dem Heimatsnachweise des betreffenden Kindes, ferner, wenn für verwaiste Kinder eingeschritten wird, mit den Totenscheinen der Eltern oder des verstorbenen Elternteiles und mit dem Schulfortgangszeugnisse des Kindes zu versehen und **längstens bis 31. August 1918** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XI (I., Neues Rathaus) zu überreichen.

**Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 1. August 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 3096/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Karl und Magdalena Braun-Stiftung
### für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blinden-Institutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-(Geburts-)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 30. Juli 1918. 1—3

---


# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 68. Freitag den 23. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


## Gemeinderat.

### Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. August 1918,** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Vize-Bürgermeisters Franz Hoß.

**Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner:** Ich konstatiere die Beschlußfähigkeit des Wiener Gemeinderates und erkläre die Sitzung für eröffnet.

**1.** Entschuldigt von der heutigen Sitzung sind die Herren Gem.-Räte Dr. v. Baechlé, Domes, Eglauer wegen Kurgebrauches, Ellend verreist in einer militärischen Angelegenheit, Goltz, Handerek, Hermann, Kubacsek, Andreas Mayer, Melcher, Philp, Solterer, Dr. Stich, Tomola, Wiesinger, Dr. Loewenstein und Dr. Granitsch.

**2.** Beurlaubt sind die Herren Gem.-Räte: Dr. v. Dorn, Fraß, Dr. Haas, Komrowsky, Wolny und Zimmermann.

**3.** Um Urlaub hat angesucht Herr Gem.-Rat Angermayer in der Dauer von vier Wochen.

Ich bitte die Herren, welche den Urlaub bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rat Stahlich um sechs Wochen.

Ich bitte die Herren, welche dem Herrn Gem.-Rat Stahlich den Urlaub bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Urlaub ist genehmigt.

**4.** Meine sehr geehrten Herren! Abermals hat der unerbittliche Tod aus unseren Reihen einen lieben Kollegen im besten Mannesalter abberufen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Alexander Pupovac ist nach langer schwerer Krankheit am 24. Juli 1918 verschieden.

Vom 2. Wahlkörper des IX. Bezirkes am 29. April 1912 in den Gemeinderat gewählt, hat es Dr. Pupovac in dieser kurzen Zeit seines Wirkens in der Gemeindestube verstanden, durch sein taktvolles und bescheidenes Auftreten, durch seine sachliche, von tiefem Wissen durchdrungene Rede die Hochschätzung seiner Kollegen im Gemeinderate zu erwerben.

Dr. Pupovac, dessen gründliches juristisches Wissen der Gemeinde Wien zu wiederholten Malen große Dienste leistete, hat sich in zahlreichen Ausschüssen in hervorragender Weise betätigt.

Der Verstorbene war Mitglied des Untergrundbahn-Komitees, des Brauhaus-Ausschusses, der Handelspolitischen Kommission und des Verwaltungs-Ausschusses der städtischen Versicherungsanstalt.

Bei Kriegsbeginn rückte Dr. Pupovac als Auditor zur militärischen Dienstleistung ein; in Ausübung seines Dienstes befiel ihn schwere Krankheit.

Wir werden dem Verblichenen stets ein ehrendes, dankbares Andenken bewahren!

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und werden gestatten, daß diese Pietätskundgebung im Protokoll der heutigen Sitzung niedergelegt werde.

**5.** Die Witwe nach dem Dichter Keim dankt dem Gemeinderate für die ihr verliehene Ehrengabe.

**6.** Gespendet haben:

Herr Karl Kohn hat namens der Firma Max Kohn & Komp., I., Salvatorgasse 6/8, für die Zentralstelle der Kriegsfürsorge zum Zwecke der Abgabe von Gutscheinen an Arme zum Brotkauf einen Betrag von 10.000 K gespendet.

Ich hoffe, daß diese Spende Nachahmung finden möge.

Aus den Verlassenschaftserträgnissen des verstorbenen Herrn August Miller, Stahlwarenfabrikant, VI., Webgasse 26, wurde zuhanden des Herrn Bezirksvorstehers Dirnbacher eine Spende im Betrage von 5000 K für die Armen des VI. Bezirkes erlegt.

Das am 15. Juni 1917 verstorbene Fräulein Marie Helm hat für das Kaiserin Elisabeth-Kinderspital der Gemeinde Wien in Bad Hall ein Legat im Betrage von 4000 K ausgesetzt.

Vom Obmann der Wiener Chorakademie Herrn Eduard Tomann, IV., Mozartgasse 9, wurde als Erträgnis eines am 14. April 1918 veranstalteten Konzertes der Betrag von 175 K 40 h zuhanden des Herrn Bezirksvorstehers Charwat zur Verteilung an Arme des IV. Bezirkes übergeben.

Dr. Julius Zilz, Privat-Dozent und Ober-Stabsarzt, IX., Porzellangasse 16, hat anläßlich seiner Aufnahme in den Wiener Heimatverband den Betrag von 200 K für die Armen des IX. Bezirkes gespendet.

Herr Gem.-Rat Paulitschke hat für die Armen des VI. Bezirkes 100 K gespendet.

Für die Städtischen Sammlungen:

Alexander Edler v. Biczó, Direktor der k. k. Gesellschaft vom Silbernen Kreuz, hat eine in seinem Besitze befindliche Handschrift des Volksdichters Rosegger „Wie heute Berggemeinden untergehen" für die Städtischen Sammlungen gespendet.

Der Gemeinderat spricht für diese Geld- und sonstigen Spenden seinen verbindlichsten Dank aus.

Es sind Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**7. Anfrage des Gem.-Rates Herold:**

In welchem Stadium stehen die Arbeiten beim löblichen Magistrate für Schaffung eines Propagandaamtes?

Die feindliche Propaganda unter Lord Northcliff und Lord Beaverbrock's Direktion wütet unausgesetzt fort, vergiftet unaufhörlich die öffentliche Meinung durch ein abscheuliches Lügengemälde auf, verfügt über kolossale Geldmittel und übt den verderblichsten Einfluß aus auf dem ganzen Weltall! Wobei auch die österreichisch-ungarische Monarchie in Mitleidenschaft gezogen werde.

Die Regierung entfaltet nicht die erforderliche Tatkraft der Abwehr und Gegenwehr. Sie verhüllt sich in ein unfaßbar s Schweigen. Die Beantwortung der Interpellation im Reichsrate war lau.

Durch die feindliche Propaganda wird dem wahnsinnigen Morden, Brennen und Verwüsten immer mehr noch Vorschub gegeben und die Hoffnung auf Verständigung unter den Völkern ist bis jetzt aussichtslos.

Die feindliche Propaganda ist mit eine Ursache, daß der fürchterliche Weltkrieg noch mehr in die Länge gezogen wird. Hervorragende Männer, helle Köpfe in Oesterreich dringen auf Abhilfe.

Die Reichshauptstadt sollte die Initiative ergreifen.

Ich ersuche um Aufklärung über obige gestellten Anfragen.

**Bürgermeister**: Ich bin an dieser Erscheinung, deren Herr Gem.-Rat Herold in seiner Interpellation Erwähnung tut, nicht achtlos vorübergegangen, und Kollege v. Steiner und ich haben dem Herrn Ministerpräsidenten ein Memorandum überreicht, in welchem wir darlegen, wie wir uns die Propagandatätigkeit in Oesterreich vorstellen. Es hat auch der Magistrat bereits vor einiger Zeit dem Stadtrate einen Bericht und Antrag vorgelegt, welcher im Stadtrate in Verhandlung steht und seinerzeit dem Gemeinderate vorgelegt werden wird.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**8. Anfrage des Gem.-Rates Schlechter:**

Die schlimmen Erfahrungen, welche im Winter 1917/18 bezüglich der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Brennmaterialien, und zwar namentlich des Teiles der kleinen und mittleren Haushaltungen und ebensolcher Geschäftsbetriebe gemacht wurden, lassen die Befürchtung aufkommen, daß auch im kommenden Winter bei Fortdauer des Kriegszustandes gleich ungünstige Verhältnisse eintreten werden.

Im Juli und August vorigen Jahres wurden bereits vom Magistrate Vorbesprechungen eingeleitet, wie die Sicherstellung der Abgabe von Kohle, Holz, Koks u d Bri etts für den Winter 1917/18 zu erfolgen hätte; das Resultat war aber kein zufriedenstellendes, da trotz der gemachten Vorschläge eine staatliche oder städtische Hauptstelle namentlich bezüglich der Kohlenzuweisungen nicht zustande kam.

Trotz der erfolgten Nationierung und Rayonierung, trotz Kohlenkarten und Anweisungen war der Bezug von kleineren Quantitäten bei Holz- und Kohlenhändlern außerordentlich erschwert, da d eselben zum großen Teile ungenügend beteilt und oft wochenlang statt Zimmer- und Küchenbrand bloß letzterer abgegeben wurde.

Die Wiederholung solcher Zustände sollte unter allen Umständen vermieden werden und erlaube ich mir daher an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Vorkehrungen oder welche Schritte sind bereits unternommen worden oder welche werden noch ergriffen werden, um die Versorgung der Wiener Bevölkerung für den kommenden Winter mit Brennmaterialien so weit als möglich sicherzustellen?

**Bürgermeister**: Ich muß die Beantwortung teilen. Was die Kohle anlangt, so ist die Grundlage für die Verteilung derselben auch im kommenden Winter die Ministerial-Verordnung vom 1. September 1917, R.-G.-Bl. Nr. 369, auf Grund welcher für Wien seitens der k. k. n.-ö. Statthalterei Durchführungs-Verordnungen vom 11. September 1917, L.-G.-Bl. Nr. 163, und vom 29. April 1918, L.-G.-Bl. Nr. 70, erlassen wurden.

Die Interpellation erwähnt eine „staatliche oder städtische Hauptstelle für Kohlenzuweisung an die Händler. Es bestehen zwei derartige Stellen, für ausländische Kohle das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, für inländische Kohle der Magistrat. Die Zuweisung der Kohle erfolgt von wenigen Ausnahmen abgesehen an den Großhandel und durch diesen an den Kleinhandel.

Die Schwierigkeit der entsprechenden Verteilung der Kohle auf den Großhandel beruht darin, daß die Anlieferung inländischer und ausländischer Kohle infolge der Schwankungen der Provision und Verschiebungen im Gesamtbedarf keine gleichmäßige ist. Infolgedessen ist eine sichere Belieferung des Kleinhandels und daher auch eine feste Rayonierung desselben zu einem bestimmten Großhändler ausgeschlossen.

Eine verhältnismäßige Aufteilung der einlangenden Kohle auf die in Betracht kommenden Händler wurde bei der inländischen Braunkohle seitens des Magistrates mit Erfolg durchgeführt. Da aber diese Kohle nur einen kleinen Bruchteil des Bedarfes deckt, ist ihre verhältnismäßige Aufteilung auf die in Betracht kommenden Händler für die Versorgung der Gesamtheit ohne Wirkung.

Die ausländische Kohle wird durch das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten auf die einzelnen Großhändler in demselben Verhältnisse aufgeteilt, in welchem die Abnahme dieser Kohle in den Jahren 1916/17 erfolgt ist. Hiebei werden die bestandenen geschäftlichen Beziehungen zwischen Großhändler und

ausländischen Gruben berücksichtigt. Schwankungen in Zeit und Menge der Anlieferung dieser Kohle können kaum ausgeglichen werden.

Eine gleichmäßige Verteilung des Kleinhandels ist nur dann möglich, wenn dem Großhandel die für Wien bestimmte Monatsmenge nicht nur voll, sondern auch gleichmäßig geliefert wird.

Die Bemühungen des Arbeitsministeriums und des Magistrates sind andauernd darauf gerichtet, diese Voraussetzungen nach Möglichkeit zu erzielen.

Was das Brennholz anlangt, so hat die Gemeinde bis Ende Juli 1918 insgesamt rund 230.000 Raummeter Brennholz bei 26 Herrschaften und Großhändlern gekauft. Von der gekauften Menge sind bisher rund 107.000 Raummeter erzeugt und in rund 2500 Waggons und mit 20 Wasserfuhrwerken (Trauner, Flößen und Zillen) eine Menge von rund 70.000 Raummetern nach Wien gebracht worden. Etwa 50.000 Raummeter wurden bereits an die Verbraucher abgegeben und der gegenwärtige Lagerstand der Gemeinde Wien beläuft sich auf rund 20.000 Raummeter, der durch den täglichen Einlauf neuer Sendungen im Steigen begriffen ist. Die in den letzten Tagen eingetretene Stockung des Einlaufes wegen Mangel der Waggonbeistellung wird auf Grund der vom Magistrate unternommenen Schritte laut Zusicherung der Bahnverwaltung behoben werden. Es kann daher mit einem täglichen Einlauf von zehn Waggons Brennholz wieder gerechnet werden.

Nach der vom Magistrate angestellten Berechnung wird eine Versorgung der Mindestbemittelten mit Unterzündholz (5 kg pro Woche und Haushalt) während der Heizperiode vom 15. November 1918 bis 15. April 1919 sicher möglich sein, und auch die übrigen Haushalte während der Heranziehung der bei den Wiener Großhändlern teils schon bestehenden und teils zu vermehrenden Vorräte in die Lage versetzt sein, sich das zur Feuerung der Küchenherde und zum Beheizen der Zimmer nötige Unterzündholz im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Beschränkungen zu beschaffen.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**9. Anfrage des Gem.-Rates Schwarz:**

Die horrende Steigerung des Mehl- und Brotpreises bedeutet für die in offener Armenpflege befindlichen Personen eine so schwere Belastung der Kosten ihrer ohnehin ungenügenden Lebenshaltung, daß sie unmöglich von ihnen getragen werden kann. Wirksame und rasche Abhilfe tut dringend not!

Es wäre zu diesem Behufe entweder die Armenunterstützung entsprechend zu erhöhen oder aber Maßnahmen zu treffen, daß den in offener Armenpflege befindlichen Personen Brot- und Mehlbezug zum bisherigen Preise ermöglicht wird.

Ich erlaube mir daher an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, im Sinne vorstehender Ausführungen unverzüglich die notwendigen Verfügungen zu treffen?

**Bürgermeister:** Meine sehr geehrten Herren! Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß sich der Stadtrat bereits mit dieser Angelegenheit befaßt und den Magistrat beauftragt hat, es möge eine Organisation geschaffen werden, wodurch den Unbemittelten und insbesondere den ganz Armen in der Weise geholfen werde, daß von Seite der Armeninstitute Gutscheine zum Ankaufe von Brot ausgegeben werden. Nachdem sich also bereits ein Antrag in Verhandlung befindet, begrüße ich diese Anfrage, behandle sie als Antrag und weise sie der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu.

Es ist ein Antrag überreicht worden.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger** (liest):

**10. Antrag der Gem.-Räte Roth und Josef Grünbeck:**

Die Antragsteller ersuchen Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister, bei der Regierung nachdrücklichst vorstellig zu werden, daß der in Aussicht genommene Austausch der Metallklinken gegen gewöhnliche Holzdrücker, welche nach Ausführung und Beschaffenheit nicht für Türen an menschlichen Behausungen, sondern eher für Ställe u. dgl. Ubikationen angepaßt sind und weite Kreise der Bevölkerung mit schweren Gefahren und Nachteilen bedrohen, weil von dieser Maßnahme sehr nachteilige Folgen gegen die Sicherheit des Eigentums aller Bewohner der Häuser, mit Rücksicht auf die derzeit besonders hohe Einbruchsgefahr, zu befürchten sind, unterbleibt.

Die in Aussicht genommenen Ersatzklinken erwiesen sich als überhaupt nicht gebrauchsfähig und werden in jedem Falle von einer so kurzen Dauer ein, daß der notwendige wiederholte Austausch mit großen außerordentlich hohen Reparaturkosten verbunden sein würde, wobei namentlich zu berücksichtigen ist, daß bei der gegenwärtigen Not an geschulten Arbeitskräften die Durchführung dieses Austausches auf große Schwierigkeiten stoßen würde und andernteils die Verwendung ungeschulter Arbeitskräfte die Gefahr weitestgehender Beschädigungen an den Türen und Haustoren zur Folge haben muß, deren Herstellung, abgesehen von den außerordentlich hohen Kosten beim gegenwärtigen Mangel an Materialien zur Behebung dieser Schäden, und Arbeitskräften, ganz außerordentlich ist.

In jedem Falle erscheint es notwendig, bevor an die Durchführung einer Maßnahme von solcher Tragweite herangetreten wird, daß jene verfügbaren Gegenstände für die Zwecke der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden, welche entgegen den Anordnungen der bisherigen Metallbeschlagnahme sich noch immer in Palästen, öffentlichen Gebäuden (Technik), Banken u. dgl. befinden, ohne Ansehen der Person und des Eigentums ihrem Zwecke zugeführt werden.

Die Antragsteller stellen an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister das ergebene Ansuchen:

nachdrücklichst dafür einzutreten, daß diesen begründeten Vorstellungen, welche wesentlich auch dem Interesse der Mieterschaft dienen, Rechnung getragen wird.

**Bürgermeister:** Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung.

Ich bitte den Herrn Kollegen Schneider, zum Referententisch zu treten.

**11. Referent Gem.-Rat Schneider:** Zahl 7907, Post 1, Betriebseinschränkungen bei den städtischen Straßenbahnen.

Meine Herren! Der so lang andauernde Krieg hat bei der ungeahnten kolossal steigenden Frequenz, dem gleichzeitigen Herabsinken der Dauerhaftigkeit des Wagenparkes und der Unmöglichkeit eines rechtzeitig einsetzenden Ersatzes oder Vermehrung der Betriebsmittel bei der städtischen Straßenbahn, in der durch den Krieg geschaffenen Lage, zu einem Zustand geführt, entweder weiter (nach den Worten unserer Exzellenz des Herrn Bürgermeisters) vor dem kommenden Winter Katastrophen- oder Abbaupolitik zu betreiben.

Das Referat mit den Anträgen, welches ich zu erstatten die Ehre habe, ist selbstverständlich auf letzteres aufgebaut. Welche Ursachen es gewesen sind und welche Mittel gefunden werden sollen, um Abhilfe zu schaffen, werde ich mir erlauben, Ihnen anzuführen.

Vorher kann ich jedoch nicht unterlassen zu erwähnen, daß noch immer in der Presse in besonderen Blättern trotz der eingehendsten Informationen, die über Einladung unseres Herrn Bürgermeisters von Seite der Direktion derselben gegeben worden sind, noch immer der Gemeinde Wien Vorwürfe angehängt werden, die in zweifacher Beziehung gemacht werden.

1. Es sei die Bevölkerung nicht rechtzeitig über die Lage vorbereitet worden,

2. daß wir viel früher hätten um Hilfe schreien sollen, die jetzt vielleicht durch Versicherungen gewährt werden soll.

Beides ist aber geschehen. Zu dem ersten Punkt im Jänner 1917. Schon nach den Schneefällen hat die Straßenbahn den Gemeinderat verständigt, daß eine Einstellung des Betriebes um halb 9 Uhr stattfinden muß, weil damals eine Reduktion auf 750 Wagen stattgefunden hat.

Ein weiterer Vorschlag früheren Betriebsschlusses war im Oktober 1917 als Vorbeugungsmaßregel gedacht. Derselbe wurde damals von der Obmänner-Konferenz abgelehnt, weil noch immer die Hoffnung platzgegriffen hat, es werde das Wetter besser werden und tatsächlich hat sich das Wetter im heurigen Winter besser angelassen.

Es ging ein Bericht an den Stadtrat auch im Jänner 1918 ab, in welchem auf den schlechten Zustand der Wagen hingewiesen wurde. Im Stadtrat und im Gemeinderat ist damals des öfteren erwähnt worden, daß wir an die Militärverwaltung wie an alle einschlägigen Behörden bezüglich der Ueberfüllung und Nichtlieferung der Materialien Vorstellungen gemacht haben, und zwar immer lange vorher. Auch in diesem Saale ist darüber bei den Debatten vielfach gesprochen worden.

Zum zweiten Vorwurf, wir hätten früher um Hilfe schreien sollen, will ich sagen: So lange wir den Verkehr bewältigen können, hilft uns niemand; erst wenn der Schade sichtbarer wird und den Behörden selbst zum Nachteil gereicht, dann wird erst eingeschritten.

Oft genug haben wir um Hilfe geschrieen, aber es hieß immer — auch von militärischer Seite konnten wir es hören — die Straßenbahn ist unnötig; man kann auch zu Fuß gehen. Diese Ansicht ist natürlich im Publikum nicht vertreten. Die Militärverwaltung beansprucht überdies bekanntlich die Straßenbahnen selbst sehr stark.

Tatsächlich ist eine arge Verschlechterung seit dem 25. Mai 1918 zu verspüren gewesen. Vorher wie nachher wurde intern alles versucht, was möglich war, zu retten. Bei den Behörden und Firmen liefen Urgenzen über Urgenzen von Seite des Bürgermeisters und der Straßenbahn-Direktion ein. Wir hoffen, daß der Notschrei etwas hilft, aber allzuviel dürfen wir uns nicht versprechen. Der Kriegszustand und seine Folgen verhindert die Erfüllung fast aller Dinge. Das Personal ist entkräftet, das alte Personal im Kriege und der Rohstoffbezug ist abgeschnitten. Kein anderes Unternehmen beschäftigt im Verhältnis so viele Personen, als das Unternehmen der städtischen Straßenbahnen. Unvorbereitet hat uns der Krieg auch hier nicht getroffen. Im Frieden waren schon von 13.000 männlichen Personen 5000 zur Enthebung beantragt, also schon vor Ausbruch des Krieges. Tatsächlich ist aber nur 2500 Enthebungsgesuchen stattgegeben worden. Der Wagenpark bestand vor dem Kriege noch aus 1486 Motorwagen und 1549 Beiwagen. Während des Krieges hat sich diese Ziffer auf 1491 Motorwagen und 1607 Beiwagen erhöht. Mit dieser Zahl an Wagen waren wir weit überdeckt. Das war eine Folge davon, weil wir kurz vor Ausbruch des Krieges Bestellungen effektuiert, beziehungsweise bestellte Wagen erhalten haben.

Wir hatten eigentlich zu Beginn des Krieges im Verhältnis zur dermaligen Frequenz einen zu großen Wagenpark. Daß wir infolgedessen so lange aushalten konnten, ist nur eine Folge dieser Erscheinung. Wir haben es aber trotzdem nicht unterlassen, im Jahre 1916 noch weitere 100 Motorwagen und 96 Anhängewagen zu bestellen. Von dieser Bestellung ist bis heute ein einziger Motorwagen angeliefert worden. Das andere ist alles noch ausständig. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, die neu bestellten Wagen zu erhalten. Mit dem vorhandenen Wagenpark hatten wir im Jahre 1913 rund 323 Millionen Fahrgäste zu befördern. Ich will nur erwähnen, daß wir bei Uebernahme der Straßenbahn von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft damals im Jahre 1903 170 Millionen Fahrgäste zu befördern hatten, die im Jahre 1913 auf 323 Millionen angestiegen waren.

Im Betriebsjahre 1914/15 waren schon 327 Millionen Fahrgäste, im Jahre 1915/16 402 Millionen, im Jahre 1916/17 458 Millionen, im Jahre 1917/18 557 Millionen, und gegenwärtig ist der Stand bereits auf 600 Millionen Fahrgäste gestiegen. (Bürgermeister: Also das Doppelte!) Das Doppelte wie vor dem Kriege, nicht eingerechnet in diese Ziffer sind die Freikarten. (Bürgermeister: Und die Schwarzfahrer!) Diese können wir mit 36 Millionen beziffern. Es ist also weit mehr als das Doppelte, um welches der Verkehr während des Krieges gestiegen ist. Wenn mit dem Wagenpark im Jahre 1913 pro Jahr 323 Millionen Fahrgäste befördert wurden, so macht das für einen Motorwagen pro Jahr 222.000 Fahrgäste aus. Bei der heutigen Frequenz mit einer Ziffer von 600 Millionen Fahrgästen wird ein Motorwagen pro Jahr mit 400.000 Fahrgästen belastet. Sie sehen also auch hier, der einzelne Wagen muß die doppelte Belastung aushalten. Zu dieser enormen Steigerung kommt noch die anderweitige Inanspruchnahme der Straßenbahn im Kriege. Wir haben nicht nur neue Linien gebaut, neue Linien, die auch im Interesse der Militärverwaltung gelegen sind, so die Linie im X. Bezirke zur chemischen Fabrik Alscher, sondern es mußten auch einzelne Schleifen und Linien bei den Bahnhöfen gebaut werden. Wir haben den ganzen Verkehr der Post von und zu den Bahnhöfen bewältigt. Zur Militärgüterbeförderung kommt noch der Verwundetentransport. Die Verwundeten mit Karten haben allein 8,120.000 Personen ausgemacht, mit Sonderwagen haben wir 1,120.000 Mann befördert, rund also 10 Millionen für die Militärverwaltung allein. Auch Sachgüter wurden für die Militärverwaltung befördert, und zwar 315.000 t, ebenso mußte die Gemeinde den Kohlentransport übernehmen, weil kein sonstiges Fuhrwerk zu haben ist und die Straßenbahn auch in dieser Beziehung das einzige Verkehrsmittel geblieben ist. Für die Post habe ich die Leistung bereits erwähnt. Auch Lebensmittel, zum Beispiel Kartoffeln, mußten befördert werden und oft ziemlich weit, zum Beispiel in unsere Mieten nach Schwechat hinaus. Alles das sind Inanspruchnahmen, auf die wir vor dem Kriege nicht gerechnet hatten. Wir haben auch der Militärverwaltung zwei Bahnhofremisen zur Verfügung stellen müssen, die heute noch nicht zurückgegeben wurden. Ich führe als Parallele an, daß man in Berlin gleich zu Beginn des Krieges einen großen Teil der Straßenbahn überhaupt eingestellt hat, daß dort trotz der ziemlich ebenen Straßen auch ein großer Teil des Omnibusverkehres eingestellt wurde und daß man dort den Verkehr nur dadurch aufrechterhalten kann, weil die Untergrundbahn zur Verfügung steht, die wir leider hier noch nicht haben.

Dies alles hat bei uns eine enorme Inanspruchnahme des Wagenparkes zur Folge gehabt, daher die Reparaturen eine fortwährende Steigerung erfahren haben. Während man im Frieden mit einem Reparaturstande von rund 20 Prozent der vorhandenen

Motorwagen rechnen konnte, so daß wir also zirka 1200 Motorwagen zur Verfügung hatten, sind es jetzt nur mehr zirka 750, die für den Personenverkehr zur Verfügung stehen. Während damals auf einen Motorwagen 220.000 Fahrgäste pro Jahr kamen, kommen heute 770.000 auf ihn, also weit mehr als das Dreifache. Dies führt zur beklagenswerten Ueberfüllung und zum zusehenden Verfall der nur noch geringen Anzahl brauchbarer Motorwagen. Die Ueberfüllung ist erklärlich, weil heute die Straßenbahn fast das einzige Verkehrsmittel mehr ist. Die Stadtbahn wurde periodisch eingestellt und verkehrt seitdem nur mehr mit wenigen Zügen. Der Omnibus- und Automobilverkehr wurde bekanntlich ganz eingestellt, Lohnwagen und Autos stehen nur in geringer Menge zur Verfügung. Vor dem Kriege hatten wir 1810 und jetzt 100 Autos, 1300 Zweispänner, jetzt 340, 700 Einspänner, jetzt 300. Mit diesen verschiedenen Mitteln wurden vor dem Kriege 32 Millionen Menschen befördert, heute bloß 7 Millionen; der Omnibus beförderte 13 Millionen, die Stadtbahn 47 Millionen, so daß 92 Millionen durch andere Verkehrsmittel befördert wurden, heute bloß 18 bis 20 Millionen. Den Entfall mußte daher die Straßenbahn übernehmen, was zirka 72½ Millionen Fahrgäste im Jahre ausmacht. Daß wir auch einen Zuwachs an Bevölkerung erfahren haben, ist bekannt, ebenso daß auch das Militär unsere Straßenbahn sehr stark in Anspruch nimmt, sowie daß ein größerer Verkehr auch dadurch stattfindet, weil wegen der Beförderung von Lebensmitteln mehr herumgefahren werden muß wie früher, wo man beim nächsten Greisler und Kaufmann fast alles bekam — das alles erklärt die erhöhte Frequenz

Die Instandhaltung der Bahnhof-Werkstätten war während des Krieges mangelhaft; es fehlt in den Bahnhof-Werkstätten an alten geschulten Arbeitern. Während wir im Frieden noch 850 bis 900 Arbeiter hatten, sind es jetzt allerdings 1100 bis 1300, jedoch ist die Qualität schlechter. Unsere alten Arbeiter sind zum großen Teil einberufen, wir haben Ersatz durch das Militär bekommen, der aber minderwertig ist, und wenn die Leute eingearbeitet sind, werden sie wieder abkommandiert und neue zugewiesen, welche noch weniger arbeitslustig sind wie die früheren. Bis die wieder eingeschult sind, kommen sie auch wieder weg und so sind die Mißstände in unseren Werkstätten enorm gestiegen. In der Hauptwerkstätte haben wir jetzt 330 Militärpersonen, 270 neue Arbeiter, aber meist jugendliche, von den alten nur mehr 380 und außerdem beschäftigen wir 340 Frauen.

In den Betriebswerkstätten ist es nicht viel besser. Vor dem Kriege hatten wir dort 1110 Arbeiter, jetzt allerdings 1439, aber von minderer Qualität, darunter allein 750 Frauen. Im Winter konnte die Hauptwerkstätte noch pro Woche 200 Wagen reparieren, derzeit rechnen wir nur mehr mit 140 bis 180; in der letzten Woche kamen überhaupt nur mehr 154 aus der Reparatur. Das verhältnismäßig gute Wetter, keine große Hitze, kein dauernder Regen, machte die Sache noch günstig. Eine Ursache der geringeren Leistungsfähigkeit in der Hauptwerkstätte liegt auch im Einstellen der Ueberstunden; die Arbeiter sind unterernährt und können keine mehr leisten.

In der Hauptwerkstätte konnten noch bis Ende Mai Ueberstunden gemacht werden; den früheren Arbeitsschluß am Samstag haben sie schon früher erreicht.

Durch gänzliche Auflassung der Ueberstunden ist die Arbeitszeit in der Hauptwerkstätte von wöchentlich 64 auf 51 Stunden gesunken, also um zirka 20 Prozent, was auch durch die Einführung der Prämienarbeit nicht wettgemacht werden konnte.

Während noch im Jahre 1917 innerhalb von drei Monaten der Winterabfall von 250 Motorwagen repariert werden konnte, so daß die betriebsfähigen Motorwagen von 850 auf 1100 stiegen, konnten wir uns heuer von der gleichen Anzahl von 850 Wagen nur auf 980 Wagen erholen, ein deutlicher Beweis der Verschlechterung aller Verhältnisse, und damals wurde noch immer mit Ueberstunden gearbeitet. In den letzten Wochen kam noch die spanische Grippe dazu, welche den Arbeiterstand um über 200, also ⅕ herabgesetzt hat.

Ferner kommt noch dazu die Abziehung von eingeschulten Militärarbeitern. Diese werden zwar ersetzt, aber der Ersatz ist leider nicht eingeschult und auch an und für sich weitaus schlechter als die früheren Leute.

Alles dies hatte zur Folge, daß sich der verfügbare Wagenstand, der Ende Mai noch 950 betriebsfähige Motorwagen umfaßte, auf derzeit 780 betriebstaugliche Motorwagen verminderte, also um 170 Wagen = 18 Prozent, was ungefähr der Verminderung in der Stundenleistung entspricht.

Der Rückgang von 170 Motorwagen in zwei Monaten ergibt also in einer Woche rund einen Abfall von 20 Wagen; man kann sich leicht ausrechnen, daß es so absolut nicht weitergehen kann. Zu allen Personalschwierigkeiten kommt aber noch der Umstand, daß die zur Reparatur notwendigen Materialien auf keine Weise mehr aufgetrieben werden können.

Es wird schon seit längerer Zeit nur noch mit im Schleichhandel zu Phantasiepreisen aufgetriebenen Waren gearbeitet, da die staatlichen Zuweisungen nicht nur ganz ungenügend sind, sondern vor allem überhaupt nicht zur Ablieferung gelangen.

Auch unsere Unterlieferanten verfügen nicht über die notwendigen Materialien, so daß auch eine Vergebung an andere Fabrikanten zu keinem Erfolge führte, da auch diese Firmen dauernd mit ihren Lieferungen im Rückstande sind. Metalle gibt es nicht, an Motorenisoliermaterialien ist großer Mangel; an Stelle der früher verwendeten Baumwolle, Garn, Bänder wird jetzt Papier benützt, das aber nichts wert ist. Wir müssen daher zur teueren Seide greifen und wir haben für ½ Million Kronen Seidenbänder bestellt.

Glimmer, der aus Deutschland kam, und Schellak ist auch nicht zu haben.

Wir müssen mit lauter meist ganz erbärmlichen Ersatzmaterialten arbeiten, welche so schlecht sind, daß die kaum reparierten Wagen, die durch die großen Ueberfüllungen den größten Ueberbeanspruchungen der mechanischen und elektrischen Einrichtungen ausgesetzt sind, in der kürzesten Zeit wieder untauglich werden. Die Direktion der Straßenbahnen hat es an nichts fehlen lassen, sich alles, was greifbar war, zu verschaffen und geknausert wurde sicher nicht.

Der Wagenpark hat sich seit Kriegsbeginn zusehends verschlechtert; doch ging diese Abwärtsbewegung anfänglich verhältsmäßig langsam vor sich, so daß man noch im Mai 1916 mit einem Wagenpark von 1170 betriebsfähigen Motorwagen rechnen konnte. Dann erlitten wir unter dem Einfluß eines besonders schlechten und schneereichen Winters von 1916 auf 1917 den ersten schweren Abfall an brauchbaren Motorwagen, nämlich nahezu 200 in wenigen Tagen im Jänner 1917.

Wir mußten zur allgemeinen Einführung von Bedarfshaltestellen, zur Aufhebung von Haltestellen und Ausdehnung der Intervallen zu allen Zeiten, insbesondere aber in den schwachen Verkehrsstunden schreiten, wozu dann infolge des auftretenden Kohlenmangels noch eine Einschränkung der Fahrten in den Abendstunden kam. Durch diese Maßnahmen konnten wir uns bis zum Frühjahr wieder soweit erholen, daß wir im Mai 1917 mit einem Stande von 1100 brauchbaren Motorwagen rechnen konnten.

Durch die Schonung der Wagen einerseits, und auch durch Zuteilung von Militärarbeitern anderseits konnte diese Verbesserung erzielt werden.

Im Sommer 1917 sank die Zahl der betriebsfähigen Motorwagen auf rund 1040, erholte sich im Herbste wieder etwas, um im heurigen schneereichen Winter, Jänner 1918, auf rund 850 betriebsfähige Motorwagen herunterzusinken.

Von diesem Tiefstande konnten wir uns bis April 1918 noch auf 980 brauchbare Wagen erholen; seither aber sinkt der Wagenstand immer tiefer und in letzter Zeit in einer geradezu beängstigenden Weise. Die Herren haben zwei Diagramme zugesendet erhalten.*)

Das Diagramm, Beilage I, zeigt ein Bild des Ansteigens der Zahl der Fahrgäste pro Jahr mit der Uebernahme von der Bau- und Betriebgesellschaft bis heute und es muß gerade auf die auffallende Steigung dieser Kurve hingewiesen werden. Bei Berücksichtigung des Umstandes, daß die anderen Kurven nur entsprechende stetige Steigerungen aufweisen, ist gerade erstere riesig steigend.

Das zweite Diagramm, Beilage II, zeigt die Vergleiche der Fahrgästezahl und der Kriegsjahre 1916 und 1917 bis heute mit der Gegenüberstellung der betriebstauglichen Motorwagen. Der Vergleich ist geradezu erschreckend. Das rapide Steigen und das Sinken müßte, wenn es so weiter geht, zur Katastrophe führen.

Uebrigens würde sogar eine etwaige Vermehrung der Motorwagen nicht viel nützen, weil wir im Herbst unbedingt eine größere Anzahl von Motorwagen für Frachtentransporte benötigen werden. Der Transport von Kartoffeln und Kohlen ist vielleicht doch noch notwendiger als der Personentransport.

Mit der jetzt im Betriebe befindlichen Anzahl von 780 Wagen könnte durch weitgehende Ausdehnung der Intervalle der Betrieb noch auf allen Linien aufrechterhalten werden; eine weitere Verminderung der Wagenanzahl durch eine neuerliche Ausdehnung der Intervalle ist aber ganz ausgeschlossen und wir müßten bei einem weiteren Rückgange der betriebsfähigen Wagen unbedingt einige Linien auflassen.

Zu dieser weiteren Verminderung der Wagenzahl wird es aber kommen müssen. Aus den Erfahrungen früherer Jahre ergibt sich, daß trotz der größten Sorgfalt und Bemühungen in der Instandhaltung der Motorwagen durch die Einflüsse der schlechten Witterung im Herbst und Winter — auch ohne große Schneefälle — die Anzahl der im Winter zur Verfügung stehenden Motorwagen um rund 250 Wagen gegenüber dem Stand im Sommer sinkt.

Dieses Verhältnis bestand schon in normalen Zeiten und es muß daher auch jetzt damit gerechnet werden, umsomehr, als durch die dauernde Ueberfüllung der Wagenpark in der schrecklichsten Weise leidet.

Wir würden durch diesen Abfall auf eine Zahl von 530 betriebsfähigen Motorwagen sinken, so daß wir im nächsten Winter zweifellos mit einer Verkehrskatastrophe würden rechnen müssen, auch wenn keine schweren Schneefälle eintreten.

Nun wäre aber eine Katastrophe im Winter bei dem Mangel an guten Bekleidungsstücken und Beschuhung viel bedenklicher, als wenn kleinere Einschränkungen des Verkehres der Bevölkerung schon jetzt auferlegt werden.

Was kann nun geschehen, um die drohende Gefahr hinauszuschieben oder wenigstens etwas zu vermindern? Zunächst muß natürlich alles aufgeboten werden, um den Wagenpark soweit als möglich zu schonen. Es geschieht dies selbstverständlich zunächst durch die dauernde Einflußnahme auf die Wagenführer, um ein besseres Fahren zu erzielen. Gerade dies ist aber bei dem Umstand, als sehr viele neue und weniger geschulte Leute fahren, kaum möglich, weil sie bei diesen die Arbeitskraft und die Arbeitslust eher nicht so hoch einzuschätzen sind, wie sie den eingerückten Berufsfahrern zu eigen waren.

Für die Anlieferung neuer Motorwagen sind wir dauernd und jederzeit bemüht. Da ist aber nicht viel zu hoffen, weil die Waggonfabriken nicht mehr leistungsfähig sind.

Auf die Aktion des GM. Exzellenz Landwehr werde ich noch zu sprechen kommen.

Auf die Grazer Fabrik ist überhaupt nicht zu rechnen und die Simmeringer wird aber auch nur sehr langsam liefern können.

Endlich ist aber auch die Anlieferung der elektrischen Ausrüstung noch sehr im Rückstand und vor allem werden die neuen elektrischen Ausrüstungen infolge des schlechten Isoliermateriales sehr minderwertig sein.

Auch wegen Durchführung von Reparaturen der Motorwagen, insbesondere der elektrischen Einrichtung durch andere Fabriken wurde verhandelt.

Wenn eine raschere und ausgiebigere Anlieferung von reparierten Wagen oder die Anlieferung neuer Motorwagen in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist, anderseits eine weitere Ausdehnung der Intervalle nicht mehr möglich ist, da dem Publikum ein längeres Warten zugemutet werden müßte und auch durch die Ansammlung noch eine größere Ueberfüllung herbeigeführt werden würde, hieße dies den Ruin der noch vorhandenen Wagen beschleunigen. Es muß auf anderem Wege eine wirksame Entlastung der Motorwagenüberanstrengung gesucht werden. Zunächst die Wagen kürzer in Betrieb zu lassen, und zwar in erster Linie durch frühere Betriebseinstellung am Abend. Die Motore werden dadurch geschont, daß sie weniger heiß werden und während der Nachtzeit bei längerer Rast einer besseren und sorgfältigeren Revision unterzogen werden können.

Ich will nur bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß noch nie so viel Zahnräderbrüche und Achsenbrüche, die früher selten waren, als jetzt vorkommen. Es ist dies eine Erscheinung, die dem Techniker nicht unbekannt ist, daß zu stark in Anspruch genommenes Materiale in einen Zermürbungszustand gerät. Es ist eben auch bei den Maschinen wie beim Menschen. Eine neue Erscheinung ist auch die so stark auftretende Riffelbildung bei den Schienen (früher weniger), die leicht abgeschliffen wurden, jetzt fehlen die nötigen Schleiffeilen hiezu.

*) Anmerkung der Schriftleitung: Diese Diagramme enthält diese Nummer des Amtsblattes unter „Allgemeine Nachrichten".

Ein weitaus wichtiges Mittel, das auch unbedingt gewählt werden muß, wenn der Wagenstand noch weiter sinken sollte, ist die Auflassung einzelner Linien und Linienenden, wodurch tatsächlich eine gewisse Anzahl von Motorwagen erspart werden können. Damit ist es möglich, einzelne außerordentlich stark überlastete Linien durch Einschiebung von Wagen zu verdichten, damit sie nicht so furchtbar überlastet werden, wie es jetzt der Fall ist. Auch wäre es dann möglich, durch Verlängerung der Fahrzeiten, die ebenfalls eine Verdichtung bedingt, die Motore mehr als bisher zu schonen.

Bei dem Vorschlage über die Auflassung der Linien haben wir uns von der Ueberlegung leiten lassen, die Bewohner der von den betreffenden Linien durchschnittenen Gegenden zu zwingen, einzelne Wege zu Fuß zurückzulegen, so daß tatsächlich etwas erspart wird.

Die Auflassung einer Parallellinie würde weniger Ersparnisse bringen, weil die Leute einfach auf die Nebenlinie gehen würden, die dann umso dichter zu befahren wäre. Bei der Auflassung wurde auch natürlich berücksichtigt, daß die zuletzt eröffneten Linien jetzt auch wieder zuerst aufzulassen sind, weil die Bevölkerung dort am wenigsten an dem Bestehen einer Verbindung gewöhnt war.

Die geplante Kürzung der Endlinien beträgt durchschnittlich einen Fußweg von 1 km, wofür etwa noch andere Verkehrsmittel, zum Beispiel die Stadtbahn vorhanden sind. Da auch auf den Dampfstraßenbahnen für den Lokomotivpark dieselben ungünstigen Verhältnisse herrschen wie bei den elektrischen, wird auch hier selbstverständlich auch früher der Betrieb am Abend eingestellt und außerdem der Verkehr von Perchtoldsdorf nach Mödling ganz aufgelassen werden. Hier kann die Südbahn und Badener Elektrische Ersatz bieten.

Die geplanten Verkürzungen und Einstellungen würden uns trotzdem nicht in die Lage versetzen, im ganzen Winter den Verkehr, insbesondere den Verkehr bei starken Schneefällen vollständig aufrecht zu erhalten, was hiermit nicht unerwähnt bleiben kann, oder wir riskieren das Zusammenbrechen des Wagenparkes. Es mußten daher auch gleichzeitig mit Nachdruck Vorstellungen gemacht werden, daß wir unsere alten Arbeiter, die in der Hauptwerkstätte beschäftigt waren und nun irgendwo in Kriegsbetrieben stecken, zurückerhalten. Eine gewisse Schwierigkeit der Zurückberufung besteht wohl darin, daß mit Rücksicht auf die großen Entlohnungen in der Kriegsindustrie viele Arbeiter selbst nicht enthoben werden wollen. Sie werden in den Kriegsbetrieben sehr hoch entlohnt und erhalten Löhne, die wir ihnen nicht zahlen können. Außerdem beziehen sie von uns den halben Wochenlohn und ihre Frauen erhalten den Unterhaltsbeitrag, so daß sie sich dabei glänzend stehen. Aber trotzdem werden wir diese Arbeiter reklamieren müssen.

Minderwertige Kräfte von der Militärverwaltung zu bekommen, halten wir nicht für ratsam. Die Leute haben nicht diesen Eifer wie unsere alten Arbeiter, auch sind sie nicht so eingeweiht und eingeschult. Schließlich arbeiten sie nur deshalb, weil sie arbeiten müssen, während unsere Arbeiter wissen, daß sie für ihre Pension und Altersversorgung arbeiten. Dann muß das Materiale für die Hauptwerkstätte und auch für die Lieferanten der Zubehörteile seitens der Heeresverwaltung freigegeben werden, und es muß weiter für bessere Ernährungsverhältnisse für unsere Leute vorgesorgt werden könne. In dieser Richtung sind ja die Vorstellungen und Gesuche von Sr. Exzellenz und der Straßenbahn-Direktion früher immer ergangen, doch der Erfolg war ein sehr geringer. Es hat nun der Stadtrat beschlossen, an Se. Majestät ein diesbezügliches Memorandum zu überreichen.

Darin soll gebeten werden:

1. Enthebung von rund 300 Professionisten und Hilfsarbeitern aus den Werkstätten.

2. Unterstützung der Straßenbahn beim Bezuge der nötigen Materialien für die Reparaturen, insbesondere Isoliermaterialien, Glimmer, Baumwolle u. s. w.

3. Ermöglichung der rascheren Lieferung der bestellten Motorwagen in Simmering und Graz.

4. Zuweisung von Lebensmitteln an unsere Angestellten, insbesondere an deren Kriegs- und Gemeinschaftsküchen.

5. Einstellung von Miltärzügen für die Urlauber zwischen den Vollbahnzügen beim Durchzuge durch Wien. Eventuelle Beförderung in großen Partien. Einstellung von Militärarbeiterzügen für die Zuführung der Miltärarbeiter nach den Arbeitsstätten und Kasernen, zum Beispiel Nordwestbahnhof—Strebersdorf und ähnliche Relationen.

6. Ausdehnung des Stadtbahnverkehres.

7. Einrichtung eines Schiffverkehres auf den Donaukanal, insbesondere für die Fahrt nach der Freudenau gelegentlich des Wettrennens.

Eine Durchbesprechung dieses Ansuchens bei Exzellenz Generalmajor Landwehr mit Sr. Exzellenz dem Bürgermeister und dem Straßenbahn-Direktor hat wohl für einige Punkte schon befriedigende Resultate ergeben.

So zum Beispiel bezüglich der Enthebung, daß es möglich sein wird 100 Leute zu entheben.

Bezüglich der Materialien aus Rußland und der Ukraine wurde beschlossen, daß ein Militärabgesandter diesbezüglich an das Militär-Ober-Kommando geschickt und unterstützt werden soll.

In Bezug auf raschere Lieferung der bestellten Motorwagen soll die Einschaltung dieser Lieferung den Militär- und Staatsbahnlieferungen vorangestellt werden.

Wegen der Lebensmittel handelt es sich um 13.000 Angestellte mit 34.000 Köpfen, doch wird dabei schwerlich etwas erreicht werden können.

In Angelegenheit der einzuführenden Militärzüge wird sich Generalmajor Landwehr bemühen, etwas zu erreichen.

Bezüglich des Stadtbahnverkehres erlaube ich mir mitzuteilen, daß heute vom Eisenbahnministerium eine Zuschrift gekommen ist, daß der letzte Stadtbahnzug um 10 Uhr 30 Minuten vom Hauptzollamt abgehen soll. Es wurde auch erörtert, es hätte nur einen Wert, wenn Uebergangstarife Stadtbahn—Straßenbahn zur zusammengesetzten Fahrt geschaffen wurden. Der Herr Bürgermeister begrüßte dies auch vom Standpunkte der Gemeinde, weil die Zusammenlegung der Betriebsmittel in die Hände der Gemeinde seit jeher sein Programm ist und gerade unter den jetzigen Verhältnissen die gegenseitige Ergänzung von größtem Werte für die Bevölkerung wäre.

Wegen des Schiffverkehres wurde beschlossen, daß dieser bestens gefördert werden soll.

Bei dieser Besprechung bildete der von Exzellenz Landwehr angeregte Ersatzverkehr, darin bestehend, daß auf den aufgelassenen Linienenden der Straßenbahn ein Stellwagenverkehr mit Pferden eingerichtet werden soll, wofür die Pferde,

eventuell auch Kutscher und Futtermittel vom Militärärar beigestellt würden, einen Gegenstand der Besprechung. Es wird möglich sein, aus der Ukraine 200 bis 300 Pferde zu erhalten. Für diese Hilfeleistung dankte Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister im vorhinein und er nimmt an, daß dieser Ersatzverkehr, insbesondere für die Einrichtung eines Nachtverkehres nach Einstellung des ganzen Straßenbahnbetriebes in Betracht zu ziehen sein wird, um die zahlreichen Nachtarbeiter, zum Beispiel das Zeitungspersonale, Angestellte der Gast- und Kaffeehäuser mit solchen Nachtwagen befördern zu können. Ich will nur hier noch Erwähnung tun, daß die jetzt noch verkehrenden Bahnhofrundzüge nachts nicht eingestellt werden sollen.

Bezüglich der Anregung des Herrn Direktors Spängler, Lastautomobile oder Chassis und Autoomnibusse vom Militärärar wenigstens in beschränkter Anzahl zu erhalten, wurde uns nichts Bestimmtes zugesagt.

Diese Wagen hätten nach Ansicht des Herrn Direktors Spängler dann unter Umständen für die Einrichtung eines Ersatzverkehres auf eingestellten Linienenden noch besser verwendbar sein sollen, als Pferdestellwagen, die mit ihrem sehr kleinen Fassungraum beim Anschluß insoferne Schwierigkeiten machen würden, weil es sehr schwer sein wird, die große Anzahl der mit den Straßenbahnzügen ankommenden Fahrgäste auf Stellwagen zu befördern, wenn auch dafür ein separater Fahrpreis eingehoben wird. In diesen Angelegenheiten finden noch weiter einschlägige Beratungen statt.

Wenn auch wirklich die Hilfe erfolgt, so ist dieselbe doch nicht so aufzufassen, daß alles gleich einsetzt, sie kann nur gradatim erfolgen und wir müssen vorsichtshalber trotzdem zur Reduktion des Straßenbahnverkehres schreiten.

Die Vorschläge, die Sie in Händen haben, sind darauf berechnet, die Entlastung des Verkehres herbeizuführen. Die Direktion der Straßenbahnen hat die Auflassung von viel mehr Linien verlangt und begründet dieses Verlangen mit dem Wagenmangel. Nachdem aber einigermaßen durch das Memorandum an Se. Majestät Aussicht auf Besserung besteht, so können wir von zuweitgehenden Einschränkungen absehen.

Ich erlaube mir jetzt auf Grund dieser Zusagen folgendes vorzuschlagen:

Es sollen vom Montag den 19. August 1918 an folgende Verkehrseinschränkungen in Kraft treten:

I. Der letzte Wagen verkehrt um 9 Uhr 30 Minuten abends ab Ring nach außen.

II. Gänzlich eingestellt wird die Linie C; bezüglich dieser Linie ist aber zu bemerken, daß an Stelle derselben die halbe Linie V über die Obere und Untere Augartenstraße zur Taborstraße geführt wird und die andere Hälfte wie bisher über den Kai geht. Weiters werden eingestellt die Linien 4, 34, 41 a, 64, 68, 72, 74. In dem in Ihren Händen befindlichen Antrage steht weiter, daß auch die Linien 80 und 117 aufgelassen werden. Bezüglich der Linie 80 erlaube ich mir zu bemerken, daß mit Rücksicht auf die in der Freudenau wohnende Bevölkerung, die ihre Kinder in die Leopoldstadt in die Schule schicken muß, der 1 Stundenverkehr eingeführt wird. Dasselbe gilt auch von der Linie 117 nach Leopoldau.

Dann soll der Antrag angenommen werden, daß auch die Linien 158 und 167 einzustellen sind. Bezüglich Einstellung der Linie 167, die wir eigentlich im Auftrage des Kriegsministeriums gebaut haben, muß noch die Zustimmung des Kriegsministeriums eingeholt werden.

III. Teilweise eingestellt werden die Linien:

A und Ak Lagerhausschleife—St. Luciaplatz,

G Rosensteingasse, Taubergasse, Panikengasse und Feßtgasse,

L und M Valeriestraße—Prater Hauptallee,

V Hormayrgasse (die Linie wird anstatt dessen zum Bahnhof Hernals geführt),

10 Penzingerstraße—Nisselgasse (bei gleichzeitiger Rückverlegung der Linie 58 in die alte Trasse),

31 Transiteinlage, Zelinkagasse bis Wallensteinplatz,

32 Buchbergergasse bis Jedlesee,

36 Sickenberggasse bis Nußdorf,

37 Barawitzkagasse bis Hohe Warte,

38 Bahnhof Grinzing bis Grinzing,

39 Erbsenbachgasse bis Sievering,

40 Gymnasiumstraße bis Türkenschanzpark,

41 Scheibenbergstraße—Pötzleinsdorf,

43 Dornbach bis Neuwaldegg,

52 Baumgartner Kasino bis Hütteldorf,

58 und 59 Neuer Markt bis Oper,

60 Schwarzenbergplatz—Mariahilfergürtel,

61 Neuer Markt bis Oper,

66 Gudrunstraße bis Troststraße,

67 Gellertgasse bis Troststraße.

Dampfstraßenbahn: Perchtoldsdorf—Mödling.

IV. Auf die Dauer des vorzeitigen Betriebsschlusses (Punkt I) kommt der erhöhte Abendtarif von 40 h nicht zur Anwendung.

Es kommt noch ein V. Punkt hinzu, der lautet (liest):

„Punkt V. Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, nach Maßgabe der Besserung der Verhältnisse über die stufenweise Wiederauflassung der obigen Einschränkungen rechtzeitig an den Stadtrat zu berichten."

Ich bitte, die Anträge anzunehmen.

Ich mache aufmerksam, daß wir, um einen Erfolg zu haben, mindestens 70 Wagen täglich ersparen müssen, daß daher eine Aenderung in dem Prinzipe des ganzen Kürzungsplanes nicht eintreten darf, wenn die Sache einen Wert haben soll.

**Bürgermeister**: Ich eröffne die Debatte und erteile das Wort Herrn Gem.-Rat Neustadtl.

**Gem.-Rat Neustadtl**: Wenn man sich die Reden, die von Seite der Mehrheit hier immer gehalten wurden, vergegenwärtigt, so findet man, daß Sie von Wien immer als von der bestverwalteten Stadt des Kontinentes gesprochen haben. Aber was den Straßenbahnverkehr anlangt, so ist es nicht einmal eine gut, geschweige denn die bestverwaltete Stadt. Der Herr Direktor Spängler mag ein ausgezeichneter Techniker sein, aber daß er eine solche Katastrophe einreißen ließ, so daß der Verkehr zum Teil stranguliert, zum Teil vollständig eingestellt wird, ist, trivial gesagt, eine Schlamperei. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe.)

**Bürgermeister**: Ich dulde einen solchen Ausdruck nicht und muß derartige Vorwürfe gegen einen hochverdienten Beamten zurückweisen. (Zwischenrufe: Wissen Sie nicht, daß vier Jahre Krieg ist? Das ist ja wie von einem Schmock!)

**Gem.-Rat Neustadtl** (fortfahrend): Als hier die Debatte wegen der Brotverkürzung abgeführt wurde, hat man der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig dagegen

Maßnahmen getroffen hat. Derselbe Vorwurf gebührt nun auch der Direktion der Straßenbahn. (Unruhe. — Zwischenrufe. — Vize-Bürgermeister Hierhammer: Beweisen Sie das!) Selbst das Diagramm, welches Sie uns aufgestellt haben, deutet darauf hin. Vom März bis Juni 1917 steigt der Verkehr, dann ist er ein bißchen gesunken, um in den Monaten März bis Juni 1918 wieder zu steigen. Ich glaube, da wäre in dem einen Jahre wohl Zeit gewesen, jene Maßnahmen zu treffen, welche Sie heute treffen wollen, nämlich qualifizierte Arbeiter entheben zu lassen und die nötigen Materialien herbeizuschaffen. Berlin und Budapest ...

**Bürgermeister**: Herr Gem.-Rat Neustadtl, ich lade Sie ein, mir 600 kg Schellack zu beschaffen!

**Gem.-Rat Neustadtl** (fortfahrend): Ich bin kein Schellackhändler und habe mit diesen Sachen gar nichts zu tun. Mein Kollege hinter mir ist aber Fachmann und sagt, Schellack wäre zu haben, nur fragt es sich, um welchen Preis. (Zwischenrufe. — Unruhe.) Der Preis darf da keine Rolle spielen. Berlin und Budapest leiden ja auch unter den Erscheinungen dieses Krieges und ich habe nicht gehört, daß der Verkehr in Berlin stranguliert worden wäre. Aber auch in Budapest wird ein ganz normaler Verkehr aufrecht erhalten. (Ruf: Das ist gar nicht wahr! Ich war doch erst unten!) Sie rechnen nur mit der Gemütlichkeit und der Geduld der Wiener Bevölkerung. Aber auch diese wird zu Ende gehen, wenn sich jetzt zu der erschwerten Lebensführung auch noch die Misere des Straßenbahnverkehres gesellt. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Ich spreche, was ich denke. Der Herr Referent hat den Halbzehnuhr-Schluß zur Annahme empfohlen. Als im Winter 1917 der Verkehr beschränkt wurde, war der Kohlenmangel daran schuld, der seinerseits wieder durch den mangelhaften Eisenbahnverkehr bedingt war. Das ist eine vis major, ein Elementarereignis, gegen welches wir nicht ankämpfen konnten. Heute handelt es sich aber nicht darum. Durch solche Verkehrsstrangulierungen werden ja auch Existenzen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das ist unleugbar. Sie sprechen von der Verdichtung des Stadtbahnverkehres. Ich begrüße es mit Befriedigung, daß das Eisenbahnministerium das Zugeständnis gemacht hat, den Verkehr der Stadtbahn bis halb 11 Uhr auszudehnen. Der Herr Referent hat als einen Grund der Betriebsstörungen unter anderem auch das Auftreten der spanischen Krankheit unter den Werkstättenarbeitern angeführt. Ich muß offen gestehen, das kommt mir spanisch vor. (Heiterkeit. — Gem.-Rat Angeli: Sie schauen auch spanisch aus!) Mag sein! Dann bitte ich, zu bedenken, daß es frequentierte Linien gibt, welche mit der Stadtbahn in gar keiner Verbindung stehen. Ein derselben ist die O-Linie. Wie die Passagiere, die mit der Nordwestbahn ankommen, nachts zur Ostbahn befördert werden sollen und umgekehrt, weiß ich absolut nicht. Schauen Sie sich den Verkehr bei der Ostbahn an und Sie werden sagen, daß dieser unerträglich ist. Sie haben sehr vieles gleich, Wien und Krähwinkel! Der Rundwagen, der um halb 11 Uhr vom Südbahnhof zum Nordwestbahnhof fährt, hält an keiner Haltestelle, obwohl es bei einem so starken Verkehr gewiß wünschenswert wäre, daß auf allen von ihm berührten Haltestellen Passagiere zum Nachttarife von 40 h Aufnahme finden könnten. (Rufe: Er hält ohnehin!) Das ist nicht wahr. Auch die Sonderwagen, die, oft in drei bis vier Garnituren, immer leer zur Sammelstelle fahren, könnten doch bis dorthin Fahrgäste aufnehmen. Das ist bis heute nicht geschehen. Bei dieser Verkehrsnot ist es einfach lächerlich. Es scheint da bei der Direktion ein ganz autokratisches System eingerissen zu sein und wenn wir Einsprache erheben, werden uns technische Bedenken entgegengehalten. Wir werden so einfach mundtot gemacht. Ich sage Ihnen ganz unverhohlen, daß der Verkehr schon in Friedenszeiten sehr im argen lag, wenn Sie auch für Direktor Spängler in aller Wärme eingetreten sind. (Zwischenrufe des Vize-Bürgermeisters Hierhammer.)

Wir haben zwar neben dem Approvisionierungs-Ausschuß auch einen Straßenbahn-Ausschuß, aber die haben ja alle zusammen in der Kriegszeit geschlafen, wenigstens weiß ich nicht, wohin sie geraten sind. (Zwischenrufe.)

Ich bitte, das hat mit dem Judentum gar nichts zu tun. Ich spreche als Gemeinderat von Wien. Das können Sie als Demagogen draußen sagen, aber nicht hier im Saale.

Sie wollen die Straßenbahnlinien 37, 38, 39, 41 und 43 nur bis an die Sommerfrischen heranführen. Bedenken Sie, was es bei schlechtem Wetter bedeutet, wenn die Männer, die ihrem Berufe nachgehen müssen, ein so großes Stück Weges zu Fuß zurücklegen müssen. Aber auch für die Frauen, die die rayonierten Lebensmittel aus der Stadt holen müssen, ist das keine Kleinigkeit. Damit sind Pötzleinsdorf und Salmannsdorf vom Stadtinnern ganz abgeschnitten.

Auch andere Strecken, die ich gar nicht spezifizieren will, sind vom Verkehr vollständig abgeschnitten. (Zwischenrufe.) Sie haben ja alle im Stadtrate vom Bezirksstandpunkte gesprochen; jeder wollte, daß seine Linien aufrechterhalten bleiben. Aber wie es zur Abstimmung kam, sind Sie umgefallen und das Referat wurde nahezu einstimmig angenommen.

Ich gehe nun zur Leopoldstadt über. (Heiterkeit — Händeklatschen.) Ich weiß, daß Dr. Mataja Vertreter der Leopoldstadt ist, rufen Sie ihm Bravo zu. Allerdings deutet nur eines darauf hin, daß er Vertreter der Leopoldstadt ist, seine Nase. (Heiterkeit.)

Die Linien L und M führen Sie nur bis zur Valeriestraße. Ich bitte zu bedenken, daß ein großes Rekonvaleszentenheim in der Rotunde ist; da würde es sich doch empfehlen, daß ein Pendelverkehr zur Hauptallee geführt wird. Sie haben weiters die Linien 80 und C teilweise eingestellt. Nun habe ich allerdings mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß hier Wandel geschaffen wurde und daß der 80er-Wagen in Intervallen von je 1 Stunde nach der Freudenau geführt werden soll. Mir handelt es sich natürlich nicht um die Rennen. Aber es wohnen in der Freudenau zirka 2000 Menschen, es befindet sich eine Schule dort und fünf Lehrkräfte dieser Schule wohnen nicht draußen.

Der C-Wagen ist geändert und der V-Wagen wird die Linie des C-Wagens fahren. Für die Strangulierung dieses Verkehres — (Ruf: Das haben Sie schlecht auswendig gelernt!) ich habe nichts auswendig zu lernen — trifft Sie einzig und allein die Verantwortung der Bevölkerung gegenüber. Ob sie sich lohnen wird oder nicht, das bleibt dahingestellt. Es ist eine Katastrophe für die Bevölkerung, daß für halb 10 Uhr der Betriebsschluß festgesetzt und daß der Verkehr stranguliert und teilweise aufgelassen wird. Wir tragen diese Verantwortung nicht, wir weisen sie vollständig ab und werden auch dagegen stimmen.

**Bürgermeister**: Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat Dr. v. Schwarz-Hiller. Ich erteile ihm dasselbe.

**Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller**: Ich habe mich kontra gemeldet und werde auch gegen die Anträge des Stadtrates stimmen.

Ich werde mir erlauben, die Anträge zu analysieren und werde mich bemühen, in sachlicher Weise zum Ausdrucke zu bringen, warum ich der Ansicht bin, daß wir gegen diese Anträge stimmen müssen.

Ich bitte Sie von vornherein: Unterbrechen Sie mich nicht mit diesen gewissen Zwischenrufen. Wenn wir über die Straßenbahn sprechen, so sprechen wir über die Straßenbahn und nicht über antisemitische Propaganda. Vermengen wir diese zwei Dinge nicht. (Ruf: Sie sind auch nicht so sekkant wie der Neustadtl! — Bezirksvorsteher Dr. Blasel: Das ist ein schlechtes Zeichen für einen Oppositionellen, wenn er der Majorität gefällt!)

Die Straßenbahnmisere, die jetzt vor uns liegt, ist keine Wiener Frage allein, sondern zweifellos eine österreichische Frage. Wien ist nicht nur die Reichshaupt- und Residenzstadt von Oesterreich, sondern Wien ist heute das Zentrum so und so vieler Industrien, Wien ist das Zentrum der Regierung, Wien ist das Zentrum auch in militärischer Beziehung für Truppentransporte und für sonstige sehr wichtige militärische Maßnahmen.

Sie erinnern sich, daß seinerzeit, als die Stadtbahn gebaut wurde, eine ganze Reihe von schweren Bedenken gegen die Stadtbahn, ihre Trassenlegung und gegen das ganze System zum Ausdrucke gebracht worden sind und alle diese Bedenken, die sich zweifellos in der nachfolgenden Zeit als vollauf gerechtfertigt erwiesen haben, wurden damals mit einer einzigen Handbewegung beiseite geworfen. Man hat damals erklärt, die Stadtbahn müsse gebaut werden. Sie müsse aber so gebaut werden auch aus strategischen Gründen.

Ich glaube, auch die Wiener Straßenbahn ist in gewisser Beziehung eine strategische Bahn, die zwar nicht an Bedeutung der Wiener Stadtbahn gleichkommt, ihr, wie wir jetzt im Kriege gesehen haben, zwar nachsteht, aber immerhin im österreichischen Verkehrsleben eine außerordentlich große und wichtige Rolle spielt.

Ich kann es gar nicht begreifen, warum militärischerseits den Bedürfnissen der Wiener Straßenbahn ganz und gar nicht Rechnung getragen wird. Der Herr Referent, der heute gesprochen hat, hat erklärt, daß bei einer Verhandlung militärischerseits gesagt wurde, man brauche nicht zu fahren, man könne auch zu Fuß gehen. Für die Großstadt Wien muß man bei diesen Verhältnissen und mit Rücksicht darauf, daß die Straßenbahn vom Militär so stark in Anspruch genommen wird, diese Aeußerung zumindest als einigermaßen komisch bezeichnen. Aus den Ziffern, die wir gehört haben, insbesondere aus dem Umstande, daß in Wien sich der Straßenbahnverkehr um 100 Prozent gesteigert hat, daß wir von drei Millionen auf sechs Millionen Fahrgäste gekommen sind, dieser Umstand muß jedem auffallen.

Ich habe mich bemüht, diese Frage zu behandeln und auf analytischem Wege zu finden, was die Ursache dieser großen Verkehrssteigerung ist und da werden wir eine Reihe von Punkten finden, wo wir sagen müssen, daß wir auch hier schlechter behandelt wurden und behandelt werden als andere Städte. (Zustimmung.)

Ich habe acht Punkte herausgefunden, Gründe, aus welchen die Straßenbahn heute eine derartige Frequenz aufweist.

Ich habe als ersten Punkt die Geldentwertung gefunden, man überlegt sich es nicht wie früher, ob man ein Sechserl ausgibt oder nicht. Ich führe weiters als Grund eine gewisse Kriegsnervosität an. Man hat nicht die Ruhe, zu Fuß zu gehen, man ist bestrebt, jede Strecke auf der Straßenbahn zu fahren, um so rasch als möglich an das Ziel zu kommen.

Der dritte und sehr wichtige Grund ist die außerordentliche Benützung der Straßenbahn durch die militärischen Stellen. Wir haben bereits aus den Berichten gehört, daß wir 30 Millionen militärische Freifahrer haben. Sie werden daraus entnehmen, daß es eine ganz bedeutende Post ist.

Viertens sind es die Durchreisenden und Durchziehenden, in erster Linie militärische Personen.

Ich glaube, man übertreibt nicht, wenn man sagt, im Laufe der vier Jahre sind ganze Armeekorps durch Wien unter Benützung der Straßenbahn gezogen. Man erinnere sich besonders an die ersten drei Kriegsjahre, als wir noch die Front in Rumänien hatten und auch große Durchzüge in die Türkei auf der Straßenbahn befördert wurden, wie es auf den Bahnhöfen und Haltestellen ausgesehen hat, zum Beispiel in der Ungargasse, da sind Soldaten in ganzen Scharen gefahren, es ist selbstverständlich, daß sie fahren mußten, sie haben das Recht, an erster Stelle zu fahren. Ich frage nun, wäre es nicht möglich gewesen, diese Durchzüge geschlossener Truppen durch Wien mit der Bahn zu bewerkstelligen? Ich frage, wenn schon die Stadtbahn seinerzeit so glänzend als strategische Bahn erbaut wurde, warum erfüllt sie nicht jetzt diesen Zweck voll und ganz und warum muß die Großstadtbevölkerung jetzt zu diesen ohnehin schweren Bedrückungen auch noch diese — ich sage es offen heraus — schweren Lasten tragen. Das wäre nach meiner Ansicht nicht notwendig und ich werde mir dann erlauben, das zu begründen, warum ich gegen die Anträge des Stadtrates sprechen und stimmen werde.

Als fünften Grund führe ich an, daß heute jeder auf das Schuhwerk und die Kleider acht gibt, denn besonders Schuhe sind schwer zu ersetzen, deshalb wird die Straßenbahn mehr benützt.

Der sechste Punkt ist die Lebensmittelnot. Man muß heute soweit fahren, um sich Lebensmittel zu beschaffen und die Leute kommen schwer bepackt vom Markt und fahren viel mehr als früher. Sie können das bei manchen Linien genau beobachten.

Insbesondere bei der Linie nach Floridsdorf ist der Verkehr dadurch außerordentlich gewachsen, daß sehr viele ins Marchfeld hinausfahren, um sich Lebensmittel zu besorgen.

Siebentens kommt der Umstand dazu, daß ein anderes Verkehrsmittel eigentlich nicht mehr zur Verfügung steht. Wagen sind schwer oder gar nicht zu haben, an manchen Tagen nur für Vergnügungen; wenn man sie sonst braucht, dann überhaupt nicht. Die Stadtbahn ist eingeschränkt wie in keiner anderen Stadt, wie zum Beispiel Berlin, wo neben der Stadtbahn noch die Untergrundbahn verkehrt. Der Donaukanal — eine alte Klage seit Jahrzehnten — bleibt unbenützt, kurz und gut, es gibt nur ein einziges Verkehrsmittel, die Straßenbahn.

Und achtens können die Leute heute aus Wien nicht mehr hinaus, sie bleiben hier und machen von der [illegible]

Ich glaube, damit den größten Teil des rätselhaften Anschwellens des Straßenbahnverkehres erklärt zu haben, und meine, es wären lauter Gründe, jeder einzelne Grund für alle verantwortlichen Stellen geradezu zwingend, das Möglichste zu tun, um eine Einschränkung des Straßenbahnverkehres nicht durchzuführen.

Jetzt komme ich zum ersten Vorwurf, den ich erheben muß. Der Stadtrats-Referent hat gesagt: Solange wir den Verkehr bewältigen konnten, haben wir uns nicht an die Behörden gewendet (Bürgermeister Dr. Weiskirchner: O, ja!), weil sie uns da nicht helfen. Nun muß ich offen sagen, ich habe hier einen Vorwurf zu erheben, denn man hätte eben mit allen Mitteln den maßgebenden Fakoren gegenübertreten müssen, damit wir das, was die Gemeinde verlangt, erhalten. Wenn man die Ausführungen des Herrn Straßenbahn-Direktors genau verfolgt hat, so ist wenigstens zum großen Teil die einzige Ursache der heutigen Straßenbahnnot nicht so sehr der Materialmangel, als hauptsächlich der Arbeitermangel in der Hauptwerkstätte. Wenn die erforderliche Anzahl der Arbeiter in der Hauptwerkstätte vorhanden gewesen wäre, hätten wir aller Wahrscheinlichkeit nach diese — ich finde keinen anderen Ausdruck — diese Katastrophe nicht erleben müssen. Es werden ja nicht viele Arbeiter verlangt und für die Straßenbahn müssen diese Arbeiter freigegeben werden. Ich kann mir nicht helfen, ich begreife nicht, daß die Reichshauptstadt Wien nicht den Einfluß gegenüber den maßgebenden Stellen besitzen soll, daß dieses Minimum an Forderungen erfüllt wird.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Ich bitte, nur einen Moment zu unterbrechen. Ich habe im Februar einen kaiserlichen Befehl erwirkt, daß uns Feuerwehroffiziere und Mannschaft aus dem Frontdienste zurückgegeben werden. Wissen Sie, wie viel wir bisher bekommen haben? Sechs! Bei der Güte des Kaisers, bei all dem Entgegenkommen des Kriegs- und Landesverteidigungsministeriums scheitert alles an den Unterbehörden. (Rufe: Sehr traurig!)

**Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller** (fortfahrend): Nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters hätte sich eben die Gemeindeverwaltung entschließen müssen, wie es andere Kreise tun, auch mit Streikdrohungen zu kommen, denn es ist unerhört, wenn die Gemeinde Wien, die größte Stadt des Reiches, die Feuerwehr-Offiziere und Mannschaften nicht bekommt, die sie nicht nur im Interesse der Zivilbevölkerung, sondern auch im Interesse der Kriegsindustrie u. s. w. unbedingt braucht. (Rufe: Und Spitäler, die alle aus Holz sind!) Wenn es bei uns so steht, daß Befehle einfach nicht befolgt werden, wenn es so steht, daß die Hauptstadt Oesterreichs nicht in der Lage ist, ihren unbedingt notwendigen Standard im Kriege aufrecht zu erhalten, dann ist es allerdings sehr traurig (Zustimmung), eine andere Bemerkung kann ich nicht machen. Es ist ein ganz falsches System, zu erklären, jetzt muß alles andere Leben aufhören, wir haben Krieg. Das ist möglich, wenn man drei Monate Krieg hat, das ist möglich, wenn er sechs Monate, eventuell wenn er ein bis zwei Jahre dauert, wenn aber der Krieg anfängt sich zu perpetuieren, wenn man nicht weiß, ob er morgen oder übermorgen zu Ende sein oder vielleicht noch ein paar Monate länger dauern wird, dann kann man nicht einfach sagen, wir stellen das ganze Leben ein; denn dadurch wird das Hinterland, wie hier bereits wiederholt gesagt wurde, einfach getötet und gekämpft würde dann, man weiß nicht für wen, denn es würde eigentlich niemand mehr da sein. Unter solchen Verhältnissen sage ich offen, habe ich meine Ansicht bezüglich der Eröffnung der Theater und anderen Vorstellungen vollkommen geändert. Ich habe es nicht verstanden, daß man das damals im ersten und zweiten Kriegsjahre getan hat, aber ich begreife jetzt, daß die Leute ein Vergnügen brauchen.

Ganz in demselben oder sogar noch in höherem Maße gilt diese Erwägung, wenn es sich um ein Verkehrsmittel von der Bedeutung der Wiener Straßenbahnen handelt. Ich kann nur wiederholen, daß auf diesem Gebiete nicht genügend agitiert und nicht mit genügender brutaler Ernergie losgegangen worden ist, wie es hätte sein sollen. Wir hören ja manchmal aus Ungarn, daß nationale ungarische Behörden in der Lage waren, sehr hohen Faktoren gegenüber ihre Wünsche sehr rasch und energisch durchzusetzen. Ich bedauere, daß das bei der Stadt Wien nicht der Fall war und daß wir heute vor der Situation stehen, daß uns für den Winter sehr böse Verkehrsverhältnisse blühen werden, vorausgesetzt, daß die Mitteilungen des Straßenbahn-Direktors richtig sind.

Es ist von der Schwierigkeit der Materialbeschaffung gesprochen worden. Ueber die Beschaffung des Materials aus dem Auslande ist wiederholt hier und in anderen Körperschaften diskutiert worden. Ich habe schon zu Beginn des Krieges gesagt, daß es bei uns leider an etwas fehlt und dieses Etwas rächt sich: Wir haben keinen wirtschaftlichen Generalstab gehabt und haben ihn heute noch nicht; jeder macht auf eigene Faust, was er will, die eine Hand weiß nicht, was die andere tut. Ich kann nicht begreifen, daß die geringen Quantitäten von Materialien, die die Gemeinde Wien für die Straßenbahnen braucht, nicht besorgt werden können.

Wenn sie aus dem befreundeten Auslande kommen, dann begreife ich es noch weniger, denn das befreundete Ausland muß uns doch unseren Anteil geben, wenn wir etwas selbst nicht haben. Wir dürfen nicht nur den Ungarn gegenüber von der Einheitsfront sprechen, sondern müssen den Mut haben, das auch den anderen zu sagen. Man darf uns nicht Schwierigkeiten machen, wenn es sich um Materialien handelt, die wir unbedingt notwendig brauchen. Man darf sich da nicht mit Worten abspeisen lassen, wie: „Ihr seid schlampige Leute u. s. w!" Das hat ja das befreundete Ausland früher auch schon gewußt und wenn es jetzt mit uns zusammengeht, dann hat es auch die Pflicht übernommen, mitzutun und uns zu geben, was wir brauchen.

Was das Isolierungsmaterial betrifft, so ist darauf hingewiesen worden, daß wir keine Baumwolle haben; das ist ja richtig, denn es kommt wenig herein und in Oesterreich und in Ungarn wird Baumwolle nicht gepflanzt. Die im Zuge befindliche Volksbekleidungsaktion hat aber so viel Altmaterial aufgebracht, von dem ein großer Teil als Reißmaterial verwendet wird. Der Gemeinde Wien müßte es doch möglich sein, durchzusetzen, daß ihr von diesen Vorräten die erforderliche Menge zur Verfügung gestellt werde. Ich kann nur wiederholen, daß ich es nicht begreifen kann, daß das nicht durchgeführt worden ist und deswegen kann ich auch nicht für die Anträge des Stadtrates stimmen, weil ich sonst damit etwas gutheißen würde, was ich absolut nicht gutheißen kann.

Ich habe auch in der Obmänner-Konferenz den Antrag gestellt, zur Ergänzung des Verkehres die Stadtbahn, den Omnibus- und vor allem den Schiffsverkehr zu reaktivieren.

Ich weiß, daß dies nicht in dem Maße geschehen wird, wie es notwendig ist und weiß auch, daß dadurch die Einschränkungen im Verkehr der Straßenbahnen nicht ersetzt werden können. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß seit langer Zeit die Post die Straßenbahnen in ganz außerordentlicher Weise in Anspruch nimmt.

Es werden bekanntlich an unsere Motorwagen Postlastenwagen angehängt, wodurch unser Bahnkörper ruiniert wird. Die Post untersteht aber doch dem Handelsministerium und da sollte man nicht die Macht haben, dem Handelsminister gegenüber zu erklären: Ich befördere Dir die Post nicht, wenn Du mir nicht die erforderliche Baumwolle gibst! Wenn der Handelsminister von uns einen solchen Dienst will, wodurch unser Gleis ruiniert wird, dann müssen wir doch auch eine Kompensation bekommen. Jedenfalls ist der Handelsminister auch der Chef des Postwesens.

Zum Schlusse möchte ich noch auf einige Details der Beschränkungen zu sprechen kommen. Vor allem ist von der Abschneidung der Spitzen der Endlinien gesprochen worden. In vielen Fällen mag dies möglich und gerecht sein, aber in manchen Fällen ist es gewiß sehr ungerecht. In der Leopoldstadt soll zum Beispiel der Verkehr vom Lagerhaus zum Santa Lucia-Platz eingestellt werden. Gerade da unten in der Engerthstraße gibt es eine Unmenge Betriebe, wo viele Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Wenn die Leute den ganzen Tag gearbeitet haben und abends müde aus der Arbeit kommen, sollen sie diese Strecke zu Fuß zurücklegen; sie werden daher diese Einstellung ganz besonders hart empfinden. Ich begreife nicht, daß man zu so einem kleinlichen Auskunftsmittel greifen und die Linien A und Ak, die zu diesem industriereichen Bezirke hinunterführt, kürzen will.

Ich weiß nicht, ob es sich hier um eine Strecke von einem halben Kilometer oder 800 Meter handelt, aber jedenfalls ist es eine so lange Strecke, daß es von den Leuten, wenn sie abends müde aus der Arbeit kommen, hart empfunden werden wird, wenn sie diese Strecke zu Fuß zurücklegen müssen. Ich kann daher für diesen Antrag nicht stimmen. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß die Einschränkungen und Erschwerungen im Verkehr die Bevölkerung gleichmäßig treffen müssen. Hier kommen übrigens nicht nur Lohnarbeiter, sondern auch Beamte u. s. w. in Betracht, die durch diese Betriebseinstellung bestraft werden. Ein solches ungerechtes Vorgehen wirkt aufreizend und erzeugt Verbitterung. (Gem.-Rat Knoll: Obmänner-Konferenz!)

Sie werden ja das Protokoll der Obmänner-Konferenz bekommen und darin werden Sie die Antwort auf all das finden. Dort werden Sie auch lesen, daß wir erklärt haben, diese Mitteilung der Direktion zur Kenntnis zu nehmen und uns vorzubehalten, unserem Klub davon zu berichten. Herr Kollege Reumann sitzt in nächster Nähe von mir und wird es bestätigen können; übrigens brauche ich ja keine Zeugen!

Unbedingt muß aber eine Beschränkung der Militärzüge gefordert werden. Da soll die Zentral-Transportleitung irgend ein Uebereinkommen mit der Militärverwaltung treffen. Mit Eingaben allein kann man aber nichts erreichen, sondern man muß persönlich energisch bei den allerhöchsten Stellen im Staate intervenieren.

Aehnlich wie im II. Bezirke ist es auch im X. Damit deute ich an, daß ich die Straßenbahnfrage nicht als eine Bezirksfrage ansehe, denn schließlich ist ja jeder Gemeinderat nicht nur Gemeinderat seines Bezirkes, sondern der ganzen Stadt. Ueber den X. Bezirk wird der Herr Kollege Reumann reden. Ich will nur andeuten, daß es mir nicht einfällt, für meinen Bezirk allein eine Begünstigung zu erlangen, ich wünsche nur, daß er so wie die anderen Bezirke behandelt wird.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß in der Freudenau eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt ist und daher freue ich mich, daß dort wenigstens der Einstundenverkehr eingeführt wird. Am Sonntagnachmittag kann ja dieser Verkehr eingestellt werden.

Ich glaube, in rein sachlicher Weise dargetan zu haben, daß ich mit gutem Gewissen erklären kann, daß ich mit den Anträgen des Stadtrates nicht einverstanden bin. Ich sage ganz ehrlich, daß es Demagogie wäre, zu behaupten, daß die Gemeinde Wien an all diesen Erscheinungen allein schuld wäre. Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich enthalte mich jeder Demagogie. Die Gemeinde ist vielleicht an diesen Dingen nicht zur größeren Hälfte schuld, wohl aber muß ich ihr zum Vorwurf machen, daß sie nicht jene Schärfe und Energie gegenüber jenen Personen zum Ausdruck gebracht hat, welche tatsächlich die Macht haben, uns zu Arbeitern und Material zu verhelfen. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Knoll) Ich weiß nicht, warum der Herr Kollege in der ersten Bank sich so aufregt, ich habe ihm doch persönlich nichts getan. (Gem.-Rat Knoll: Das ist eben eine Unwahrheit!) Große Worte haben ja gar keine Bedeutung.

Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen, ohne jede persönliche Anzüglichkeit, in vollkommen sachlicher Weise meinen Standpunkt auseinandergesetzt und das ist meine Pflicht als Gemeinderat, die ich hier zu erfüllen habe. (Beifall.)

**Vize-Bürgermeister Hoß**: Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Regierungsrat Schmid.

**Gem.-Rat Schmid**: Wenn man die erwähnten Artikel liest, dann kann man sich nicht genug wundern, einerseits über die so große Verständnislosigkeit, welche ein Teil der Presse jenen Verhältnissen entgegenbringt, die ja doch nur der Krieg allein geschaffen hat, anderseits über das beispiellose absichtliche Ignorieren alles dessen, was der Presse und der ganzen Oeffentlichkeit wiederholt klargelegt worden ist. Die Vertreter der Presse wurden ja ins Rathaus geladen, dort wurde ihnen sowohl von Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister als insbesondere vom Direktor der Straßenbahnen alles erklärt. Den Herren wurden auch die erwähnten Diagramme vorgelegt und sie haben alles erfahren, was wir selbst wissen. Trotzdem wird von einem Teile der Presse wütend gegen die Rathausmajorität gehetzt und ihr allein alle Schuld zugeschrieben. Es ist nur ein Wunder, daß man uns nicht auch die Schuld gibt, daß der Krieg ausgebrochen ist! Mit einer orientalischen Phantasie und Uebertreibung wird diese ganze Frage behandelt. Es wird von einem katastrophalen Niederbruch der ganzen Verwaltung des Tramwaybetriebes und so weiter gesprochen. Es ist interessant, daß es heißt „zahllose" Linien würden aufgehoben. Die Herren können nicht einmal bis zwölf zählen, denn nur zwölf Linien sollen aufgehoben werden. Dann wird davon gesprochen, daß wir durch Verkürzung der Strecken an den Endpunkten es erleben würden, daß die Wiener großartige Gletscherwanderungen machen und in Morästen ersticken müßten, bloß deshalb, weil die Linie nach Neuwaldegg in Dornbach aufhören solle.

Interessant ist auch, daß wir dafür verantwortlich gemacht werden, daß der Stellwagenbetrieb eingestellt worden ist. Haben Sie denn gar keine Ahnung, warum das geschehen ist? Wissen Sie nicht, daß uns die Pferde requiriert wurden, daß die Pferde fast verhungert und niedergebrochen sind, und daß wir kein Futter für sie bekommen haben! Und der Gemeindeverwaltung wird die Schuld zugeschoben, daß der Stellwagenbetrieb eingestellt worden ist!

Es wird auch die Gemeindeverwaltung zur Verantwortung gezogen, daß die Fiaker und Einspänner nicht mehr fahren. Auch darin wird der Gemeindeverwaltung Schuld gegeben, weil diese ihren Betrieb eingestellt hatten. Die Pferde sind eben verhungert, weil kein Futter da war und daran soll auch die Gemeindeverwaltung schuld sein. Ebenso verhält es sich mit der Einstellung des Autobusverkehres. Aber es muß auch die Presse wissen, daß unsere Autobusse von der Militärverwaltung requiriert wurden, und daß wir auch für die Autos keine Reifen und kein Benzin bekommen. Wie soll es also dann möglich sein, daß der Autobetrieb aufrecht erhalten bleibt? Wir haben in dieser Beziehung nichts versäumt und haben Neuanschaffungen bestellt. Es ist aber nichts geliefert worden. Ich bin überzeugt, wenn wir Autos bekommen hätten, so wären sie auch requiriert worden. Nichtsdestoweniger wird in diesem oder jenem Artikel die Gemeindeverwaltung für alles das verantwortlich gemacht, so zum Beispiel auch dafür, daß auf der Stadtbahn ein mangelhafter Betrieb ist. Was soll denn die Gemeinde da machen? Wir haben nichts dreinzureden, wir zahlen zwar mit, aber einen Einfluß haben wir auf den Betrieb nicht und wir können es auch der Stadtbahnverwaltung nicht verargen, wenn ihre Lokomotiven für Kriegszwecke verwendet werden, daß sie dann den Betrieb auf einzelnen Linien einschränken mußte. Wir leiden ja selbst darunter, weil eine große Zahl der Bevölkerung, die früher die Stadtbahn benützte, jetzt auf den Straßenbahnen fährt.

Dann wird — ich weiß nicht, in welcher Zeitung es war — geschrieben, daß wir schuld daran sind, daß die Verkehrsverhältnisse auf den großen Eisenbahnen so desolat sind, daß sich täglich Kämpfe auf den Bahnhöfen abspielen, daß die Leute sich stundenlang anstellen müssen, damit sie eine Karte erhalten, und daß sie dann, wenn sie eine Karte erhalten haben, keinen Platz im Zuge haben. Auch dafür wird die Gemeindeverwaltung zur Verantwortung gezogen. Gegenüber diesem Vorgehen eines Teiles der Presse können wir nur sagen, daß wir nichts versäumt haben und wenn wir in der Lage waren es zu tun, alles vorgesehen haben, weshalb wir diese Angriffe mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssen.

Der Herr Gem.-Rat Schwarz-Hiller hat nur zum Teil uns die Schuld zugeschrieben, im Gegensatze zum Herrn Gem.-Rat Neustadtl, welcher uns die Schuld voll zuschreibt. Herr Gem.-Rat Neustadtl hat auch für den Stadtbahnverkehr uns in der unverantwortlichsten Weise angegriffen. Ich glaube aber im Sinne aller Herren zu handeln, wenn ich diese Angriffe energisch zurückzuweise. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in jeder Beziehung unsere Pflicht voll getan und wie die Sache eigentlich steht, das haben Sie vom Herrn Referenten gehört, welcher ausführte, was der Grund aller dieser Uebelstände ist.

Wir haben vor dem Kriege 1300 Triebwagen gehabt, diese waren mehr als ausreichend für den Friedensverkehr, nun ist der Krieg gekommen, und daß er über vier Jahre dauern wird, konnte niemand wissen. Ich bin aber überzeugt, wenn wir auch 1500 Triebwagen im Verkehr gehabt hätten, hätten uns die Herren von der Opposition den Vorwurf der Mißwirtschaft gemacht, daß wir mehr anschaffen, als eigentlich für das Unternehmen notwendig ist. Wir haben auch an eine Neubestellung gedacht, wir haben weitere 300 Wagen bestellt, wir können auch nichts dafür, daß nur ein Wagen geliefert wurde, daß in Zukunft nichts zu erreichen ist, und daß in der nächsten Zukunft nichts mehr geliefert wird. Der Hauptübelstand ist, daß die Wagen, welche durch den Betrieb schadhaft geworden sind, nicht im ausreichenden Maße und schnell genug repariert worden sind. Warum das nicht möglich ist, wurde vom Herrn Referenten eingehend gesagt. Vor allem trägt schuld daran der Mangel an geschulten Arbeitern in der Hauptwerkstätte.

Wir haben früher 800 hochqualifizierte Arbeiter gehabt, welche die Arbeiten genau gekannt haben, und nun wurden durch die Einberufung von so viel Arbeitern Ersätze entweder dadurch beschafft, daß ungeschulte Arbeiter, die uns gar nichts nützen, eingestellt wurden oder Frauen. Sie können sich denken, daß man mit diesen Arbeitskräften nicht viel leisten kann. Was früher mit diesen 800 geleistet wurde, wird jetzt nicht geleistet, auch wenn die Zahl der Arbeiter höher ist als 800. Ich glaube, sie beträgt jetzt 1100 oder 1200 Mann.

Weiters ist es das vollständige Fehlen von Material zur Ausbesserung der Waggons. Es fehlt uns der Schellack, Glimmer, Kautschuk, Isoliermaterial, das man braucht, um Drähte zu isolieren. Allerdings hat Herr Gem.-Rat Dr. v. Schwarz-Hiller gemeint, wir hätten an die Staatsverwaltung gehen sollen, damit uns diese das nötige Material zur Verfügung stelle. Ich muß schon sagen, ich begreife nicht, wie Herr Gem.-Rat Dr. v. Schwarz-Hiller einen solchen Vorwurf konstruieren kann. Herr Dr. v. Schwarz-Hiller ist doch Mitglied der Obmänner-Konferenz und er war doch selbst dabei, wie oft der Herr Bürgermeister darüber berichtete, welche Schritte er beim Kriegsministerium getan hat, um all dies zu bekommen. Er ist doch selbst wiederholt mit dem Bürgermeister zum Kriegsminister gegangen, um dort energische Vorstellungen zu erheben, damit die Enthebungen durchgeführt werden, die von uns verlangt werden und damit uns die Materialien zur Verfügung gestellt werden. Wenn Herr Gem.-Rat Dr. v. Schwarz-Hiller meint, daß man mit der alten Reißware, mit diesem zerrissenen, alten Materiale Isolierungen vornehmen kann, so kann ich ihm sagen, daß das nicht möglich ist. Es ist nicht möglich, damit Drähte zu isolieren.

Das Material taugt nicht dazu, weil die Fäden nicht geeignet sind. Sie haben nicht die Festigkeit, wie das ursprünglich aus der Faser gewonnene Material. Infolge des Mangels an Arbeitern und Betriebsmaterial konnte nun eine Ausbesserung der Waggons nicht gleichen Schritt halten mit der Abnützung und so ist es gekommen, daß der Triebwagenstand von 1300 vor dem Kriege allmählich gesunken ist und wir jetzt nicht einmal 780 solcher Wagen haben. Wenn man bedenkt, daß in der Woche 20 Wagen wieder reparaturbedürftig werden und wenn wir uns weiter vor Augen halten, daß im heurigen Winter wieder solche Ereignisse eintreten können, wie dies im Vorjahre der Fall war, daß infolge der schlechten Witterungsverhältnisse, infolge größerer Schneefälle besondere Verkehrschwierigkeiten eintreten und auf

einmal um 250 Wagen weniger uns zur Verfügung stehen, so muß man sich sagen, daß es außerordentlich bedauerlich ist, daß wir infolge der geringen Anzahl von Arbeitern und des ungenügenden Materials nicht mehr imstande sind, die Reparaturen so vorzunehmen, wie es noch etwa voriges Jahr möglich war. Dazu kommt noch die ungeheure Ueberlastung der Wagen. Mein Gott, wenn ein Triebwagen um 100 Prozent mehr zu leisten hat, nur was den Verkehr der zahlenden Personen betrifft, dabei die Gratisfahrer, die sogenannten Schwarzfahrer und Freikartenbesitzer nicht mit eingerechnet, so kann man sich denken, welcher Belastung die Wagen nun ausgesetzt sind und wie sie hergenommen werden. Jetzt kommt zu den Personen auch noch die große Anzahl von Rucksäcken, Koffern und ganzen Einrichtungen, die Leute nehmen sogar Kisten mit und alle diese Sachen haben doch ein sehr beträchtliches Gewicht und vermehren die Belastung des Waggons außerordentlich und tragen auf diese Weise zum Ruin des Wagens bei.

Soll man ruhig zuschauen, wie die Geschichte weiter geht, ungeachtet dessen, daß wir alle wissen, was uns bevorstehen könnte, wenn wir 250 Wagen auf einmal im Winter auch eingebüßt haben. Damit würden wir eine Katastrophenpolitik treiben und würden uns sagen, unser Herrgott wird uns schon helfen und wenn wir Glück haben, so kommen wir über die böse Zeit hinweg. Oder ist es besser, wenn wir jetzt schon Einschränkungen vornehmen, damit später nicht eine Katastrophe eintreten kann.

Ich muß aufrichtig sagen, daß ich mich der ersten Eventualität nicht anschließen könnte. Ich bin kein Freund davon, daß man dem blinden Zufall das ganze überlassen soll und daß man hoffen soll, wir werden schon auskommen, sondern ich glaube, daß wir zeitgerecht Einschränkungen vornehmen sollen, um die Bevölkerung vor einer Katastrophe im Winter zu bewahren.

Feststellen muß ich dabei, daß die Gemeinde alles getan hat, um diese Einschränkungen so erträglich als möglich zu machen. Sie sind, meine Herren, alle hinreichend informiert über jene Schritte, welche der Bürgermeister in dieser Hinsicht gemacht hat. Sie wissen, daß ihm Seine Majestät eine Audienz bewilligt hat und daß der Herr Bürgermeister ungeschminkt die Wahrheit gesagt hat über die ganzen Verkehrsverhältnisse Wiens, und Sie wissen auch, daß gewisse Zusagen von Seiner Majestät gemacht wurden, auf Grund deren dann eine Sitzung mit dem Präsidenten Sr. Exzellenz v. Landwehr stattgefunden hat und daß dabei der Gemeinde gewisse Zusicherungen in Aussicht gestellt wurden. So wurde zugesichert, daß auch in der Frage der Enthebungen den Wünschen der Gemeinde Rechnung getragen wird, daß auch in Bezug auf die Materiallieferungen die Wünsche der Gemeinde einigermaßen befriedigt werden sollen. Es wurde ferner zugesichert, daß der Stadtbahnverkehr ausgedehnt werden soll, und ich glaube, daß es ein großer Vorteil ist, wenn der letzte Zug der Stadtbahn in Hinkunft erst um 10 Uhr 30 Minuten abgehen wird. Wir können nur hoffen, daß alle diese Zusagen wirklich zur Tat werden. Nichtsdestoweniger müssen wir diese Einstellung machen, denn es bleibt uns nichts anderes übrig als ein früherer Betriebsschluß. So traurig es ist, daß wir gezwungen sind, den Betriebsschluß schon um halb 10 Uhr durchzuführen, so müssen wir es dennoch tun. Wir stehen dabei nicht auf dem Standpunkt, den uns einige Zeitungen imputieren, daß wir nämlich kein Herz dafür haben, daß das Volk nicht mehr im Theater das Bildungsbedürfnis wird befriedigen können.

Ich muß aber sagen: Leider ist das Theater mit wenig Ausnahmen auf einen solchen Tiefstand gesunken, daß von einer Befriedigung des Bildungsbedürfnisses nicht gesprochen werden kann. Und ich muß sagen, daß ich es nicht als ein Unglück ansehen würde, wenn gewisse blödsinnige Operetten nicht mehr gespielt werden würden.

Aber ich sehe ein, daß, wenn die Theater zu einem früheren Schluß gezwungen würden, durch diese Maßregel viele Hunderte von Existenzen ruiniert werden würden und das muß vermieden werden.

Es war schon im Jahre 1917 ein früherer Betriebsschluß durchgeführt und es wurde dem ganzen abgeholfen dadurch, daß die Theater früher angefangen haben. Es wird auch jetzt nichts daran liegen, wenn bei so einer blöden Operette statt der drei nur zwei Akte gespielt werden, oder wenn das Theater früher beginnt. Also diese Sache halte ich nicht für so schwierig. Auch die Kürzung der einzelnen Strecken fällt nicht so sehr ins Gewicht. Ich habe über die Auflassung des Verkehres von Dornbach nach Neuwaldegg schon gesprochen, ähnlich verhält es sich bezüglich der Strecke nach Grinzing, wenn in Hinkunft die Straßenbahn nur bis zum Spital fährt, denn die 10 Minuten werden niemanden umbringen. Diese kann man ganz gut zu Fuß gehen, besonders wo eine schöne Gegend ist und man eine gute Luft hat. Gewiß aber kann die Zusicherung gegeben werden, daß alle diese Einschränkungen, welche wir machen müssen, nicht von Dauer sein werden. Vielleicht ist es möglich, wenn die gemachten Zusicherungen von der Regierung zur Tat werden, daß wir in die Lage kommen, die eine oder andere Einschränkung wieder einzustellen. Ich glaube, weder die Gemeinderatsmajorität, noch die Direktion der Straßenbahnen hat einen Vorteil von diesen Einschränkungen.

Im Gegenteile, die Direktion würde froh sein, wenn sie von der Straßenbahn ein großes, finanzielles Erträgnis hätte und wir würden froh sein, wenn wir die Beschränkungen, welche wir dem Verkehre auferlegen müssen, und die Drangsalierungen der Bevölkerung, die dadurch entstehen, wieder aufheben können. Wir können gar nicht anders als so handeln und werden daher für diese Einschränkungen, wenn auch schweren Herzens, stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Vize-Bürgermeister Hoß:** Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat Emmerling.

**Gem.-Rat Emmerling:** Ganz gegen jede Gepflogenheit haben sich die Herren Pro-Redner etwas spät zu diesem Gegenstande der Tagesordnung gemeldet und das mag auch ein Beweis dafür sein, wie schwer es Ihnen fällt, für diese Anträge und Vorschläge eintreten zu müssen. Sowohl der erste Pro-Redner als auch der Herr Referent haben sich über die Presse beklagt, sie haben erklärt, daß sie nicht begreifen, daß die Presse eine solche Haltung gegenüber der Gemeindeverwaltung Wiens einnimmt, wo man doch der Presse alle Unterlagen geliefert hat. Ja, meine Herren, Sie vergessen aber ganz, daß wir am 17. Juli die letzte Gemeinderats-Sitzung hatten und der Herr Bürgermeister hat in seinem Schlußworte gesagt, daß er nunmehr eine Sommerpause eintreten lasse und diese Pause bis anfangs September ausdehnen wolle, er hat uns angenehme Ferien ge-

wünscht und so weiter. Das war am 17. Juli. Ich gehe nun so weit, zu behaupten, daß die Straßenbahn-Direktion sich nicht erst seit der vorigen Woche über den Stand des Unternehmens und der Betriebsmittel klar war, sondern daß die Straßenbahn-Direktion schon an diesem Tage alle diese Vorschläge ausgearbeitet hatte. Wenn man es nun auf der einen Seite während der Budget-Debatte den Rednern unmöglich gemacht hat, über den Straßenbahnausbau und Straßenbahnverkehr zu sprechen, und anderseits schon weiß, daß im Betriebe der Straßenbahn die Verhältnisse so sind, daß Sie demnächst mit so schwerwiegenden Anträgen kommen müssen, dann dürfen Sie es der Bevölkerung nicht übel nehmen, wenn sie sich sagt: Ihr habt uns hinters Licht geführt, Ihr habt zuerst die Tariferhöhung durchführen lassen, aber über alle Mängel der Straßenbahn nicht zu sprechen gestattet, dann habt Ihr die Sommerferien eintreten lassen und dann habt Ihr zur Erledigung dieser großen Sache plötzlich den Gemeinderat einberufen und vor die Einstellung des Straßenbahnverkehres gestellt, damit die Bevölkerung „auf" ist und sich sagt, das ist eine katastrophale Sache und dadurch Ihren Vorschlägen leichter zugänglich wird. Wenn dem so ist, dann verstehe ich nicht, daß man in der Straßenbahn-Direktion so arbeiten kann, daß man dem Bürgermeister und dem Magistrat nicht sagt, die Sache steht so, daß wir sie nicht länger ertragen können und daß rechtzeitig an eine Regelung der Sache geschritten werden muß. Und wenn das auch nur vier Wochen versäumt worden ist, so ist die Versäumnis nicht auf das Konto der Straßenbahn-Direktion, sondern auf das der Verwaltung dieser Gemeinde überhaupt zu setzen, welche die Straßenbahn nicht als Verkehrsmittel, sondern als ein fiskalisches Unternehmen ansieht, um aus ihr entsprechende Vorteile zu ziehen.

Herr Kollege Neustadtl hat in scharfen Worten der Straßenbahn-Direktion Vorwürfe gemacht; ich mache ihr auch Vorwürfe, weil sie schon im eigenen Berichte den Zustand, in dem wir uns heute befinden, indirekt schildert. Es liegt uns nur der Bericht für das Jahr 1915/16 vor. Die Berichte für 1916/17 und 1917/18 liegen nicht vor, aber man sollte über die Verhältnisse in diesem Jahre einigermaßen unterrichtet sein. Nach dem Berichte also, der uns vorliegt, hat die Straßenbahn auf den Kilometer im Jahre 1911 12 Wagen, im Jahre 1912 11·8, 1913 12½, 1914 und 1914/15 ebenfalls 12½ und 1915/16 12·4 Wagen.

Dagegen ist die Anzahl der beförderten Personen von 283 Millionen auf 322 Millionen im Jahre 1913, auf 330 Millionen im Jahre 1914/15 — da hatten wir den Uebergang mit dem Halbjahr — gestiegen, 1915/16 aber auf 400 Millionen. (Gem.-Rat Neustadtl: Jetzt sind es 600 Millionen!)

Sie haben uns Diagramme vorgeführt. Aus diesen Diagrammen kann man ersehen, daß die Kurve schon für 1915/16 ansteigend war, und zwar in einem Maße, daß sich die Straßenbahn-Direktion fragen mußte, wenn das für 1916/17 so weiter geht, was dann für 1917/18 zu erwarten wäre. Es mußte also schon im Jahre 1915/16 mit Rücksicht auf die Not an anderen Verkehrsmitteln entsprechend Vorsorge getroffen werden.

Der Herr Gem.-Rat Schmid hat gesagt: Wissen Sie denn nicht, der Omnibus mußte eingestellt werden, weil die Pferde verreckt sind, der Autobetrieb mußte eingestellt werden, weil kein Benzin mehr vorhanden war, die Einspänner und das übrige Fuhrwerk ist wesentlich eingeschränkt worden. Das alles spricht aber nicht gegen uns, das alles spricht gegen Sie. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Denn alles das ist nicht gestern eingestellt worden, das hätten Sie schon 1915/16 bemerken können.

Wir haben keinen Hartgummi, keine Bereifungen mehr, 1916/17 hat die Industrie für die Bereifungen umgesattelt, die Ersatzreifen und das Fuhrwerk überhaupt ist immer schlechter und das Futter für die Pferde teuerer und geringer geworden. Alles das hat die Straßenbahn-Direktion gewußt, sie mußte es in ihr Budget einstellen und sich — 1915/16 schon — fragen, wann werden wir mit Rücksicht auf eventuelle außerordentliche Veränderungen mit der Möglichkeit zu rechnen haben, den Betrieb nicht weiter aufrecht erhalten zu können.

Sie haben erklärt, daß Sie 200 Wagen bestellt und nur einen bekommen haben. Ich möchte mir die Korrespondenz seit der Bestellung sehr gerne ansehen und wissen, was gemacht worden ist, um den einen Wagen bekommen zu können. Ich gebe ja zu, daß die Schwierigkeiten ganz gewaltig groß sind, sie sind es aber nur, weil bei uns in diesem Staate kein Mensch auf die Kriegsindustrie Einfluß genommen hat. Die Kriegsindustrie hat naturgemäß ungeheure Profite erzielt und die Friedensarbeit rücksichtslos beiseite gelegt. Anstatt daß man gesagt hätte, du hast 20 Prozent, 30 Prozent, einen bestimmten Prozentsatz der Friedensarbeit weiterzuführen, hat man die Industrie ruhig umsatteln lassen, sich um sie gar nicht gekümmert und alle Maschinen, die früher für Friedensarbeit verwendet waren, schrankenlos für die Kriegsindustrie in Anspruch genommen, so daß man nun nicht mehr in der Lage ist, jene Materialien, Wagen und was Sie sonst noch brauchen, zu bekommen.

Sie sprechen von Interventionen, Sie sagen, die Regierung habe Zusagen gemacht und es sei nichts geschehen und man sei bis an den Kaiser gegangen und seine Befehle wurden nicht ausgeführt.

Fragen Sie sich, warum kann man die Verwaltung einer Zweimillionenstadt, der größten Stadt des Reiches so behandeln. Ich habe nur eine einzige Antwort dafür. Sie haben bis jetzt eben nur bei der ganzen Bevölkerung Oesterreichs den Eindruck erweckt, daß Sie nicht die Verwaltung der gesamten Einwohner Wiens darstellen, sondern die Vertretung einer Partei sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zwischenrufe bei der Mehrheit.) Entschuldigen Sie mir. Fragen Sie in allen Aemtern herum.

Sie tun der Gemeinde Wien hier Unrecht, als Partei werden Sie so behandelt von allen Aemtern der Regierung, vom Kriegsministerium und allen militärischen Stellen. Das ist der Grund der Schwierigkeiten, unter denen wir zu leiden haben. Hätten wir — Sie werden zwar wieder sagen, daß sie auf dem Wege ist, und daß sie kommen wird — eine demokratische Verwaltung (Heiterkeit und Zwischenrufe), hätten wir eine entsprechende Vertretung der Bevölkerung in diesem Gemeinderate, so wäre es wohl anders. Sie haben sich ja so oft der Hilfe der sieben Sozialdemokraten bedient und bei Ihren Bittgängen gesagt: der Reumann, der Skaret muß mitgehen. Warum denn? Weil Sie eben damit zum Ausdruck bringen wollten, daß alle Parteien Ihre Forderungen unterstützen. (Zwischenrufe.)

Ihre Zwischenrufe beweisen ja nur, daß ich recht habe. (Heiterkeit.) Hätten wir eine andere Verwaltung, dann würde es nicht möglich sein, daß man die Gemeinde Wien so behandelt. Es wird jedenfalls kein Geheimnis sein, wenn ich Ihnen folgendes mitteile. Sie bemühen sich mit allem Nachdruck, Ihre qualifizierten Arbeiter entheben zu lassen. Es wird auch ein Teil davon enthoben, aber in wenigen Wochen werden von der so wie so nicht großen Anzahl der Enthobenen 54 wieder einzurücken haben. Kann es das in einer Zweimillionenstadt geben? (Ruf: Sagen Sie das dem Kriegsminister, haben Sie den Mut dazu! — Gem.-Rat David: Da braucht er Ihren Rat und Ihren Mut dazu!)

Entschuldigen Sie, meine Herren! Wenn ich Straßenbahn-Direktor bin und es werden mir auf diese Weise nach wenigen Wochen wieder 54 der besten Arbeiter weggenommen, so gehe ich zum Kriegsminister und sage: Das sind gerade jene Arbeiter, die die Transporte zum Arsenal und zu den verschiedenen Kriegsdienstleistungsbetrieben durchgeführt haben. Das haben Sie aber nicht gesagt und das wäre gut gewesen!

Allerdings hätte der Kriegsminister dasselbe gesagt, was Sie oft sagen: Wir haben ja ein Kriegsdienstleistungsgesetz. Wenn die Arbeiter so feig gewesen wären zu glauben, daß das sie hindern kann, Lohnerhöhungen durchzusetzen, so wären 100.000 Arbeiter verreckt. Sie haben sich aber nicht darum gekümmert, ob sie unter dem Kriegsdienstleistungsgesetz stehen, sie haben sich nicht darum gekümmert, ob sie unter dem Standrecht stehen und nicht, ob sie militarisiert sind, sondern sie haben nur gesagt: Leben wollen wir! Und das soll und kann die Gemeinde Wien auch sagen: Leben wollen wir Wiener und wollen nicht so vom Kriegsminister behandelt werden.

Sie, mit Ihrer Magistrats-Abteilung XVI sind ja die größten Kriegslieferanten; Sie haben die ganze wehrfähige Bevölkerung Wiens herausgeschöpft und selbst in diesem Amt haben Sie sich Ihre besten Beamten wegnehmen lassen! Ein Irrsinn sondergleichen, daß man sich die Leute gerade dort, wo man sie für die Arbeit im Dienste des Militarismus braucht, noch wegnehmen läßt!

Die Straßenbahnen leiden im wesentlichen darunter, daß sie keine Betriebsreserve haben. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß der Stand der Wagen auf den Kilometer trotz steigender Frequenz in den letzten vier bis fünf Jahren der gleiche geblieben ist. Der Herr Regierungsrat hat gesagt: Was hätten wir entgegengehalten, wenn wir vielleicht 500 Triebwagen angeschafft hätten?

Zwischen 500 und 200 ist eben ein ganz gewaltiger Unterschied und das hätten Sie können. Aber wenn der Direktor Spängler gesagt hätte, ich brauche 10 bis 15 Prozent Betriebsreserve — und jeder große Betrieb hat und muß entsprechende Reserven haben — er mußte zu dieser Reserve nicht im Jahre 1917/18 oder 1918/19, sondern schon im Jahre 1915/16 kommen, dann hätte man ihm entgegengehalten, das geht nicht, wir brauchen den Ertrag. Wenn Du den Ertrag auf diese Weise wegnimmst, wenn Du solche Ausgaben machst, die momentan nicht produktiv sind, so geht das nicht. Das fehlt uns im Stadthaushalte; so hätte man gesprochen.

Es ist eine der wichtigsten Sachen, daß die Straßenbahn ihrerseits als eine rein fiskalische Industrie betrachtet wird und anderseits ist sie das wichtigste Verkehrsmittel in Wien geworden. Da frage ich in diesem Zusammenhange: Wo ist das Korrelat und Korrektiv in dieser Sache? Wo ist der Straßenbahn-Ausschuß? In dem Ausschuß hätten alle diese Wünsche die ganzen Jahre hindurch geäußert werden können. Auch dort hätte man in einer ganz anderen Art und Weise reden können. Sie haben den Straßenbahn-Ausschuß überhaupt außer Kraft gesetzt. (Rufe: Die Regierung! — Heiterkeit bei der Opposition.) Nein, Herr Kollege Müller hat ja recht; es ist aber die Regierung im Rathaus. (Widerspruch.) Er meint ja seine eigenen Leute, die gesagt haben, wir brauchen die Geschichten mit dem Straßenbahn-Ausschuß nicht.

Nicht erst jetzt zu Beginn des Krieges hat die Beförderung von Militär die Straßenbahn ungeheuer beeinflußt. Wie die Lebensmittelnot immer ärger geworden ist, hat es geheißen, die Straßenbahn muß direkten Anschluß an das Land haben, die Straßenbahn muß zu den Märkten Anschluß haben. Da hat man Motorwagen in Betrieb gesetzt, Kartoffelwagen in der Nacht herumfahren lassen u. s. w. All das ist aber nicht an einem Tage gekommen, sondern seit dem Jahre 1915. Seit 1915 geht es ja so schlecht. Diese Jahre hindurch sind wir allmählich zu dem Stande gekommen, auf dem wir heute stehen. Daß dies auf den Personenverkehr wirken muß, ist selbstverständlich.

Sie sagen uns, 200 Wagen haben Sie bestellt. Ich frage Sie, was hat man getan? Hat man sich damit begnügt, daß immer wieder die Aussichtslosigkeit der Lieferung nachgewiesen wurde? Sie sagen, Sie bekommen im Kriege keine Arbeiter, weil sie zum Teile einrückend gemacht und zum großen Teile in andere Betriebe kommandiert und in anderen Kriegsbetrieben, wie zum Beispiel Skoda u. s. w. beschäftigt sind. Diese haben jetzt kein Interesse, zurückzukehren, weil sie dort höheren Lohn bekommen, ihre Angehörigen den Unterhaltsbeitrag und die Frau irgend einen Teil der Unterstützung. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, daß Sie sich sagen, wir können uns diese Ausgabe nicht leisten und den Leuten so viel zahlen, daß sie auch zu uns kommen. Sie werden wieder sagen, das kostet so und so viel mehr. Sie müssen sich eben entscheiden für das eine oder andere. Wenn das Geld kostet, nützt es nichts; man muß es ausgeben. (Zwischenrufe.) Deswegen sind wir ja in Kriegsverhältnissen. Aber Sie sagen, 800 Arbeiter haben Sie vor dem Kriege gehabt. Was hätte Sie gehindert, heute auch noch immer 800 Arbeiter zu haben? Man muß sie eben bezahlen. (Zwischenrufe seitens der Majorität.) Von den Erhöhungen des Straßenbahntarifes, wo Sie sich aus der letzten über 30 Millionen herausgeschlagen haben, muß eben ein Teil für höhere Löhne, Ausgaben und Spesen abgebucht werden.

Auch hier scheint, daß die Direktion so gehandelt hat, wie sie es getan hätte, wäre sie nicht gehemmt worden dadurch, daß sie am Schlusse des Jahres einen entsprechenden Ueberschuß ausweisen muß. Es war auch früher schon so. Wir haben es nie erlebt, daß die Straßenbahn eine Linie eröffnet hat, weil sie für die Entwicklung der Stadt Wien in wohnlicher Beziehung notwendig wäre (Zwischenrufe) oder weil sie aus gesundheitlichen Rücksichten notwendig gewesen wäre, oder etwa gar zur Bequemlichkeit des Publikums beigetragen hätte. Alle Linen sind stets fiskalischer Natur gewesen. Ich erinnere Sie daran, daß die 80er-Linie jahrelang betrieben und immer nachgewiesen wurde, daß man dort den Umsteigverkehr aufrecht

erhalten muß, aber an dieser Linie nichts verdienen kann. Es ist eben nur das rein fiskalische Moment maßgebend und das noch dort, wo die Gemeinde Wien ein Monopol durch die Straßenbahn als einziges Verkehrsmittel hat. Jetzt kommen Sie mit Einschränkungen.

In der Budget-Debatte haben wir schon davon gesprochen, daß die Zustände eventuell zu einer Störung führen werden. Ich habe das selbst gesagt und Sie werden sich erinnern, wie Kollege Angermayer aufgefahren ist und gesagt hat: „Vielleicht, das ist noch gar nicht so gewiß." Ich habe damals schon gesagt, es werden im Herbste die Kohlen ransporte kommen die Kohlenversorgung wird schwierig sein und es wird vielleicht nicht möglich sein, daß wir im Herbst so weiter fahren.

Da hat Kollege Angermayer sich dagegen verwahrt und gesagt: „Das wird vielleicht kommen, aber wir werden es mit allen Mitteln verhindern." Das war am 17. Juli. Entweder war es damals schon so arg, dann hätte damals schon etwas geschehen sollen, oder es war nicht so, dann verzeihen Sie, daß ich auch in diese Schwierigkeiten Zweifel setze, die Sie uns jetzt vorführen. Jetzt wollen Sie die Linien verkürzen. Es gibt einige darunter, von denen Sie sagen, die Leute werden eine Viertelstunde oder 20 Minuten gehen müssen.

Es hat aber schon Herr Kollege Dr. v. Schwarz-Hiller ausgeführt, daß diese 20 Minuten manchmal sehr wichtig sein werden, weil sie Menschen gehen müssen, die den ganzen Tag über gearbeitet haben, die müde und abgerackert nach den Wohnstätten eilen und wenn sie ein paar Minuten gefahren sind, 20 oder 30 Minuten oder noch länger gehen müssen. Sie schaden dadurch jenen Leuten, die draußen wohnen, Sie nehmen nicht Rücksicht auf alle jene Fragen, die in letzter Zeit eine so große Rolle spielen, wie Tagesheimstätten, Kindererholungsheime und Tuberkulosenfürsorge, alles das kümmert Sie nichts. Sie ermitteln mit Zirkel und Bleistift die Kilometerzahl, nehmen einfach da und dort etwas weg und damit wird Schluß gemacht. Das ist sehr einfach, Sie könnten auch noch mehr kürzen und würden dadurch prozentuell einen besseren Wagenpark haben. Das, glaube ich, kann aber der Standpunkt der Straßenbahn nicht sein und darf auch nicht die Auffassung des Gemeinderates sein. Man hat es auch aus der Debatte im Bürgerklub, soweit sie in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, gesehen, daß das durchaus nicht so einfach ist. Sie mußten ein bißchen Rücksicht nehmen nnd trauen sich nicht recht hervor mit der gegnerischen Stellung. Aber Sie werden doch nicht behaupten, daß Ihnen allen das angenehm ist, was hier vorgelegt wird, daß es eine angenehme Sache ist, wenn Sie den Arbeitern sagen müssen, daß sie belastet werden. Auch Sie verfügen ja über Schichten, die unter solchen Maßregeln schwer leiden.

Dann noch eines. Die Straßenbahn ist nach dem Bedürfnis der Friedenszeit gebaut worden, das heißt der Wohnort deckte sich bei 70 bis 80 Prozent mit dem Arbeitsort, der Arbeiter, der einen sicheren Arbeitsplatz zum Beispiel in der Brigittenau hatte, ist eben von Ottakring in die Brigittenau gezogen. Er war gewissermaßen eine Uebereinstimmung zwischen Wohnort und Arbeitsort.

Heute haben Sie eine wahre Völkerwanderung in ganz Wien, weil die Leute in allen möglichen Bezirken arbeiten und gezwungenermaßen hin- und herfahren und dabei ganz Wien durchqueren müssen. Die Leute von Ottakring fahren heute nach Floridsdorf, die von der Brigittenau nach Ottakring während früher der Arbeitsort und Wohnort ziemlich in der Nähe waren. Darum kann man eine solche Kürzung der Linien nicht vornehmen.

Ich will nun zu einigen dieser Linien sprechen. Leider muß ich annehmen, daß Sie dienst- und willfährig alle diese Anträge zum Beschlusse erheben werden.

Ich nehme vorerst mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die C-Linie insofern verstärkt wird, daß die V-Wagen zum Teil auf der C-Linie fahren werden. Bezüglich der Linie 80 in die Freudenau schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Dr. v. Schwarz-Hiller an. Bezüglich der Linie A und Ak bemerke ich, daß dort wichtige Objekte der Gemeinde sind, die Lagerhäuser, das Kühlhaus, daß auch Leute dort zu tun haben, Arbeiter, denen es an der Zeit fehlt. Es sind eine Menge Arbeiter, die den weiten Weg zum Handelskai machen müssen. Die Linie 40 haben Sie derart gekürzt, daß sie am Gürtel endet. Diese Linie benützen aber nicht nur die Leute im Cottage — für die spreche ich nicht, die können auch gehen und werden auch nicht durch die Einschränkung berührt — aber die Linie 40 hat einen sehr starken Verkehr zu einem der größten Krankenhäuser, dem Krankenhaus der Kaufmannschaft, wohin nicht nur Gesunde auf Besuch kommen, sondern bei dem Mangel an sonstigen Verkehrsmitteln auch Kranke mittels der Straßenbahn fahren müssen. Die Leute müssen dann vom Gürtel den riesigen Berg bis zur Hartäckerstraße hinaufgehen. (Gem.-Rat Tomola: Die haben ja die 37er- und 38er-Linie!) Die Leute kommen aber größtenteils aus Ottakring und können nicht erst nach Döbling fahren, damit sie in das Krankenhaus kommen. Nachdem ich glaube, daß Sie nicht bereit sein werden, die 40er-Linie wieder bis zum ursprünglichen Ende zu verlängern, möchte ich einen Vermittlungsvorschlag machen.

Die Linie 41, die durch die Währingerstraße und Pötzleinsdorf fahrt, hat eine Haltestelle bei der Max Emanuel-Straße. Wenn diese Haltestelle wieder errichtet würde, hätten die Leute nur ein Drittel des Weges bis zum Krankenhaus gegenüber dem riesigen Weg vom Gürtel über den ganzen Berg zur Hartäckerstraße man müßte nur diese Haltestelle wieder errichten. Ich stelle auch den Antrag, im XVIII. Bezirke bei der Linie 41 diese Haltestelle wieder zu errichten, um den Verkehr von dort zum Krankenhause zu erleichtern. Es kostet weiter nichts als die Errichtung der Haltestelle. Von den Linien in der Leopoldstadt wurde schon gesprochen. Ich setze voraus, daß der Verkehr in die Freudenau eingestellt wird (Bürgermeister: Selbstverständlich!), denn es wäre nicht zu ertragen, daß man dort weitere Salonwagen und andere Garnituren hinunterschickt, während andere Linien eingeschränkt werden.

Es ist auch die Frage aufzuwerfen, wenn der Stand schon ein so schlechter ist, warum man diesen Verkehr nicht schon früher eingestellt hat. Hier sehen Sie wieder den rein fiskalischen Standpunkt. Die Rennen kann man nicht so behandeln, die Leute müssen die Möglichkeit haben, zum Rennen zu fahren! Man gibt dem Volke die verminderte Brotkarte, aber dafür Feste und Rennen, man gibt ihm die Möglichkeit zum Spielen, selbst bei minderen Steuersätzen, weil die Förderung der Rennen angeblich eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei.

Ich stelle also den Antrag auf Errichtung einer Haltestelle der 41er-Linie.

Die Linie 41 a soll ganz aufgelassen werden. Ich frage den Herrn Direktor, ob diese Strecke nur von Gersthof aus aufgelassen werden soll oder in ihrer Gänze. Wenn diese Linie schon vom Schottentor aufgelassen wird, dann werden die Wagen 37, 38, 39 und 41 bis zum Versorgungshaus schon so überfüllt ankommen, daß der Verkehr nicht wird bewältigt werden können, daher muß auch diese Einstellung unbedingt erwogen werden, wie überhaupt alle diese Einstellungen überprüft werden müssen, denn sie werden eine wahnsinnige Ueberlastung des Verkehres auf den restlichen Linien mit sich bringen. Ich bin viel zu wenig Techniker, um hier entscheiden zu können, aber ich bitte, sich nur vorzustellen, daß die Leute mit aller Gewalt versuchen werden mitzufahren. Die Wagen werden dann wie Bierwagen aussehen, rund herum werden Fahrgäste hängen, wo sie sich nur anhalten können. Schon jetzt kann man dies zu besonders verkehrsstarken Zeiten beobachten. Als Kuriosum führe ich an, daß in den Wagen Tafeln hängen: „Kein Stehplatz", während das früher eine Aufforderung war, ist dies jetzt die Konstatierung einer Tatsache, denn es kann jetzt keiner mehr darin stehen, weil die Wagen so voll gepfercht sind.

Die Linie 72 nach Schwechat soll auch eingestellt werden und es wird darauf verwiesen, daß die Fahrgäste einen Ersatz haben werden; allerdings wird davon nicht gesprochen, aber wir wissen ja nur zu genau, was für eine Bedeutung in der jetzigen Zeit Ersätze haben. Die Leute, die nach Simmering, Favoriten, nach West und Nordwest der Stadt fahren wollen, sollen dann mit der Landesbahn fahren; die fährt aber doch in das Innere der Stadt. Dabei ist noch zu bedenken, daß die 72er-Linie in einen industriereichen Bezirk fährt, wo auch Unmassen Arbeiter wohnen; auch hier muß ich den Vorwurf erheben, daß man nur mit dem Zirkel arbeitet und einfach nach Kilometern rechnet, ohne Rücksicht auf die Verkehrsgebiete und auf die Interessengruppen, die durch solche Maßnahmen berührt werden. Ueber die Einzelheiten der Einstellung ist schon gesprochen worden und daher will ich darüber hinweggehen. Die Vertreter der einzelnen Bezirke werden ja noch ihre Wünsche vorbringen. Ich habe nur den XVIII. und II. Bezirk berührt. Die Einschränkung des Verkehres wird ohne Rücksicht auf alle Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeit durchgeführt. Man sollte doch den Wienern wenigstens in den letzten Wochen dieses schlechten Sommers die Möglichkeit geben, ihre Lungen ein bißchen auszupusten; daher sollte man nicht jene Strecken auflassen, die in die Umgebung hinausführen. Es ist nicht richtig, wenn hier davon gesprochen wird, daß die Fahrgäste nur eine Viertelstunde Weges zurückzulegen hätten, sondern viele werden einen weit längeren Weg zu machen haben. Es ist ja auch zu berücksichtigen, daß die Fahrgäste nicht gleich bei der Endstation der Elektrischen wohnen, sondern von dort aus oft noch einen weiten Weg zurückzulegen haben; mancher müde Arbeiter wird daher gezwungen sein, drei Viertelstunden und selbst eine ganze Stunde zu Fuß zurücklegen zu müssen.

Nun komme ich zu den Ersätzen. Ich möchte nur auf den Omnibusverkehr zu sprechen kommen. Wie wollen Sie den mit den ukrainischen Pferden einrichten, wo wir nicht wissen, ob und wann wir diese überhaupt hereinbekommen werden, und wie sie überhaupt aussehen. Wer die Abwicklung des Omnibusverkehres kennt, wird wissen, daß man nur am Ausgangspunkt einer Omnibuslinie in der Lage ist, sich einen Platz zu erobern; in einer Radiallinie draußen sieht man schon immer den aus der Inneren Stadt vollbesetzten Omnibus vorbeifahren und kann ihn daher nicht mehr benützen. Das soll also ein Ersatz für den elektrischen Betrieb sein?

Gerade jene, die einen Ersatz brauchen, werden keinen Ersatz haben. Sie verweisen hier auf die ukrainischen Pferde, wo wir doch mit allem, was uns aus der Ukraine bisher versprochen worden ist, so traurige Erfahrungen gemacht haben! Welchen Wert soll die Einführung des Omnibusverkehres haben, wenn er nur mit den ukrainischen Pferden aufrecht erhalten werden kann! Alles, was Sie noch vorschlagen, bedarf ziemlich langer Zeit zur Durchführung. Die Vermehrung des Verkehres auf der Stadtbahn u. s. w., die Einstellung von Militärzügen auf der Nordwestbahn u. s. w. erfordern ja langwierige Verhandlungen und trotzdem wollen Sie den Verkehr schon am 19. August einschränken! Sie können doch nicht den Verkehr schon am 19. einschränken, wenn die Ersatzmittel vielleicht erst im Dezember beschafft werden können. Dieser Ersatz wird dann vielleicht nichts mehr nützen, weil dann durch die schlechten Wegverhältnisse ohnedies wieder eine Verschlechterung des Wagenparkes eintreten wird. Wir sind daher der Meinung, daß Sie überhaupt den Verkehr nicht in dieser Weise drosseln dürfen und ferner, daß Sie ihn nur dann drosseln dürfen, wenn Sie imstande sind, die Ersatzmittel auch rechtzeitig vorzubereiten. Wir werden übrigens gegen alle Anträge stimmen.

Mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse dürfen Sie sich nicht wundern, wenn über die Gemeinde Wien jenes Urteil gesprochen wird, das Herr Kollege Neustadtl eingangs seiner Rede angeführt hat, indem er darauf verwiesen hat, daß es durchaus nicht die beste Verwaltung der Stadt Wien ist, sondern daß die Verwaltung schon nach ihrer ganzen Zusammensetzung eine undemokratische ist und parteimäßig handelt und nach außen hin nicht als die Vertretung einer Zweimillionenstadt angesehen werden könne, sondern immer nur als die Vertretung einer Partei. Dieser Umstand schadet Ihnen und war Ihnen bei allen Vorstellungen und Schritten hinderlich.

Wir werden gegen alle Anträge stimmen.

**Bürgermeister**: Zum Worte Herr Gem.-Rat Körber.

**Gem.-Rat Körber**: Der Herr Referent hat Ihnen ausführlich die Gründe auseinandergesetzt, warum es zu diesen Einschränkungen des Verkehres kommen muß.

Wo stockt der Verkehr nicht! Bedenken Sie doch, daß die Straßenbahnen dazu bestimmt sind, Personen zu befördern. Was wird aber jetzt nicht alles auf den Straßenbahnen befördert! Die Gewerbetreibenden sind jetzt gezwungen, die Straßenbahn zu benützen, um ihr Gewerbe ausüben zu können, ferner müssen die Straßenbahnen Lebensmittel den einzelnen Märkten zuführen, während dies früher mit dem Fuhrwerk erfolgte.

Ferner müssen jetzt die Hausfrauen die Straßenbahn benützen, um zu den Märkten zu gelangen, denn früher war für eine gute Verteilung der Lebensmittel Vorsorge getroffen. Da jetzt so ganz andere Verhältnisse eingetreten sind, darf man sich nicht wundern, daß die Straßenbahnwagen ungleich mehr abgenützt werden, so daß die Aufrechterhaltung des Verkehres in Frage gestellt wird.

Einer der Herren der Gegenpartei hat gemeint, daß in anderen Städten der Verkehr eigentlich geradeso wie in Friedenszeiten aufrecht erhalten würde. Ein Herr hat dies zum Beispiel vom Verkehr in Budapest angeführt. Ich staune, daß der Herr

den Mut hat, diese Behauptung aufzustellen. Ich war vor zirka fünf Wochen in Budapest und habe dort schöne Dinge erlebt. Dort ist der Verkehr auf der Straßenbahn bereits eingeschränkt und die Wagen sind so überlastet, daß in der letzten Zeit bei den Haltestellen Soldaten aufgestellt wurden, damit die Gefahren verringert werden. Man muß nur sehen, wie die Wagen überfüllt sind und wie sich rund herum die Fahrgäste anhängen; selbst dort, wo die Wagen aneinanderstoßen, befinden sich Fahrgäste. In Budapest schaut die Schaffnerin gar nicht, ob schon alle Fahrgäste eingestiegen sind, sondern gibt einfach das Zeichen zur Abfahrt und kümmert sich nicht darum, wenn Fahrgäste herumkollern.

Ja, meine Herren, solche Beispiele dürfen Sie uns nicht vor Augen halten, solche Verhältnisse dürfen Sie uns nicht für Wien wünschen. Die Majorität der Gemeindeverwaltung hat ihrer Aufgabe vollkommen entsprochen. Ich verweise auf die frühere Majorität des Gemeinderates. Es war noch in den Neunzigerjahren, als man noch keine Absicht hatte, den Verkehr auf den Straßenbahnen zu elektrifizieren. Ich verweise darauf, daß in der Vorgartenstraße in der Donaustadt in den Neunzigerjahren knapp vor der Uebernahme durch die heutige Gemeinderatsmajorität ein Bahnhof gebaut wurde und dort Stallungen errichtet wurden für den Pferdebetrieb. Was haben denn die Herren sich damals gedacht? (Rufe: Gar nichts! — Heiterkeit.) Haben Sie damals gedacht, daß der Pferdebetrieb noch zehn Jahre aufrecht erhalten bleibt? Das können Sie doch nicht ableugnen, daß unser seliger Bürgermeister, wie er die Gemeindeverwaltung übernahm, alles angewendet hat, um den Pferdebetrieb aufzuheben und den Betrieb auf der Straßenbahn zu elektrifizieren Man darf also die Verhältnisse nicht so bringen, wie sie Ihnen parteipolitisch gelegen sind, sondern man muß der Wahrheit getreu bei der Sache bleiben und dann müssen Sie sie schildern, wie sie tatsächlich sind.

Es wurde auch gesagt, die Gemeindeverwaltung hätte bei dem Handelsminister eine gewisse Pression ausüben sollen. Ich weiß aber nicht, wie man sich das eigentlich vorstellt.

Alles, was hier gegen den Antrag gesagt wurde, entbehrt jeder Grundlage. Ich habe mich pro gemeldet in Anbetracht der Verhältnisse, aber ich bin auch nicht für die Einschränkung des Verkehres, so wie sie im II. Bezirke vor sich gehen soll. Man hat es für notwendig erachtet, daß man die A-Linie auch auflasse. Ich habe dazu im Stadtrate gesprochen und man hat davon abgesehen. Ich habe auch aufmerksam gemacht auf die C-Linie. Ich für meine Person als Vertreter des II. Bezirkes bin auf den Direktor der Straßenbahn nicht gut zu sprechen, weil er die Leopoldstadt stiefmütterlich behandelt. Es waren dort früher zwei Linien, die in eine Linie zusammengelegt werden sollen, aber wir haben jetzt ganz andere Verhältnisse und da muß der Verkehr eingeschränkt werden, damit der Betrieb nicht eines Tages völlig stille steht. Was wird uns da unter den Verhältnissen lieber sein? Das kleinere Uebel ist, beizeiten mit kleinen Einschränkungen einzusetzen, als daß vielleicht dann in späterer Zeit der Verkehr vollkommen eingestellt werden müßte.

Ich muß noch auf etwas verweisen: Es ist auch hier gesprochen worden vom Handelsminister. Ich verweise darauf, wie hier darüber die Debatte abgehalten wurde, daß die Gemeindeverwaltung bei der Regierung wegen der Kohlenzufuhr Vorstellungen gemacht hat, weil damals die Vorräte zurückgegangen sind. Wir haben darauf verwiesen, daß der Straßenbahnverkehr in Frage gestellt werde, wenn nicht bei Zeiten ein Kohlenvorrat nach Wien geschafft werde. Es ist hier gesagt worden, daß ein hoher Militär sich hat hinreißen lassen und gesagt hat, dann wird man eben in Wien keinen Straßenbahnverkehr haben, worauf ihm erwidert wurde, daß das Militär in einer sehr großen Zahl die Straßenbahn benütze. Daraufhin hat der Betreffende gesagt, was das anlangt, so werden wir dafür Sorge tragen, daß die Militärzüge in genügender Anzahl verkehren.

Stellen Sie sich also eine solche Pression vor, wenn die Regierung in dieser Weise vorgehen will. Da sagen Sie uns doch lieber auch ein Mittel, wie wir mit der Brotfrage weiterkommen, das ist ja auch eine einschneidende Frage. Im II. Bezirke hat man die C-Linie aufgehoben und hat erst über mein eindringliches Ersuchen, nachdem diese Linie sehr stark benützt wird von den Parteien, welche mit ihren Kindern in das Kinderspital fahren, davon abgesehen. Das ist eine sehr notwendige Linie, man muß nur sehen, wie viele arme Mütter mit ihren Kindern in das Kinderspital fahren. Wir haben jetzt einigermaßen Ersatz dafür bekommen. Aber etwas, was mir sehr nahe gegangen ist, war die völlige Einstellung der 80er-Linie. Die Freudenau ist nicht mehr das, was sie vor zehn Jahren war; sie ist jetzt ein fast ausgebauter Bezirksteil, wir haben dort gegen 2000 Einwohner und sehr viele Arbeiter, die dort unten arbeiten. Ich habe auch im Stadtrat diesbezügliche Vorstellungen erhoben und bin heute mit einer Deputation von Vertretern der Freudenau bei Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister gewesen und habe unser Ersuchen wegen dieser Linie vorgebracht. Diese Linie ist unbedingt notwendig und wir haben hervorgehoben, daß sich die Bevölkerung mit einem nur einstündigen Verkehr begnügen würde, damit wenigstens die Kinder, die in die Bürgerschule gehen, nicht zu Fuß gehen müssen. Dem Ansuchen der Bevölkerung aus der Freudenau hat Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister vollkommen Rechnung getragen und ich erlaube mir hiemit, Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister für dieses Eintreten hier meinen besonderen Dank abzustatten.

Nun muß ich noch auf etwas aufmerksam machen. Die Einschränkung des Straßenbahnverkehres wird natürlich auch eine weitere Ueberfüllung der Straßenbahnwagen mit sich bringen und die Szenen die sich beim Einsteigen abspielen, werden sich noch vehementer zeigen und nur rohe Gewalt wird das Einsteigen ermöglichen. Aber wie schaut es mit den alten Leuten aus, die zwei bis drei Wagen vorüber lassen und nicht einsteigen können. Solche Szenen, wie in Budapest, werden sich auch hier abspielen und ich glaube, daß die Straßenbahn-Direktion alles aufbieten muß, um da Ordnung zu schaffen. Wir leben jetzt im Zeichen des „Anstellens". Es wird daher notwendig sein, daß die Bevölkerung auch bei den Straßenbahnen sich an das „Anstellen" gewöhnt. (Heiterkeit und lebhafte Zwischenrufe.) Es geht eben nicht anders. Ich bitte, meine Herren, das regelt sich von selbst; Sie wissen ja, wie das ist. Die Schaffnerin kann nicht wegfahren lassen, sie muß erst die Leute abweisen, die sie nicht mitnehmen kann. Ordnung muß da geschaffen werden und die Wiener Bevölkerung ist so geduldig, sie hat schon so viel durchgemacht und so wird sie auch diese Ordnung anerkennen.

Ich muß noch auf etwas zurückkommen. Es wurde schon gesagt, daß der Materialmangel nicht so groß wäre, wenn man früher schon vorgesorgt hätte. Vielleicht hätten die Herren von der Opposition doch so gütig sein können und hätten uns schon

früher gesagt, daß dieser Krieg nicht ein oder zwei Jahre, sondern vier Jahre und vielleicht noch länger dauern wird. Für die Opposition ist es sehr leicht zu reden, aber zur Durchführung praktische Winke zu geben ist schwer. Gelegenheit dazu haben Sie ja. Sie können hier und in der Obmänner-Konferenz praktische Vorschläge bringen, aber es geht nicht an, nur in der Weise zu kritisieren.

Ich will zum Schlusse nur noch bemerken, daß die ganze Angelegenheit nur so, wie sie wahrheitsgetreu vom Referenten geschildert wurde, entgegengenommen werden muß und daß diese ganzen Verhältnisse, wie sie sich in Wien abspielen, nicht von irgend einer Parteipolitik ausgenützt werden sollen. Wir haben wohl schwierige Verhältnisse, die derzeit nicht geändert werden können, aber man darf sie nicht zu etwas ausnützen, was der Gemeinde schaden könnte. Und ich glaube auch, dazu wird sich wohl niemand finden.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich erkläre, daß ich über die Anträge zwar nicht erfreut bin, dennoch aber für sie stimmen werde, indem ich wünsche, daß wir bald zu besseren Verhältnissen kommen sollen.

**Bürgermeister:** Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat David.

**Gem.-Rat David:** Meine sehr geehrten Herren! Es fällt mir ungemein schwer, bei der Stimmung, die gegenwärtig in diesem Saale herrscht, das Wort zu ergreifen, und zwar aus den einfachen Gründen, weil auf der einen Seite ab und zu eine sehr erregte Stimmung ist, die vielleicht ein derbes Wort der Kritik nicht so leicht hinnimmt, und auf der anderen Seite eine so fröhliche Stimmung schon zu Anfang der Debatte geherrscht hat, daß es ungemein schwer ist, hier den richtigen Mittelweg zu treffen. Wenn ich aber unter dem Zwange der Verhältnisse, die mich bewegen, das Wort zu ergreifen, spreche, so tue ich es deshalb, weil ich glaube, als Gemeinderat meine Pflicht hier zu erfüllen. Ich werde dort anknüpfen, wo mein geehrter Herr Vorredner in seiner Rede gesprochen hat, als er meinte, daß er durch die Fürsprache bei Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister sein Ziel erreicht hat, indem eine Linie, die er für ungemein wichtig hält — ich halte sie auch für ungemein wichtig — nicht aufgelassen wird. Ich beglückwünsche den Herrn St.-Rat Körber zu diesem Erfolg, möchte aber aufmerksam machen, daß jedem einzelnen Gemeinderat eines jeden Bezirkes genau dasselbe Recht zustehen würde, bei Seiner Exzellenz Einsprache zu erheben und bei ihm bittlich zu werden, damit er seinen Wünschen Rechnung trägt und damit fiele natürlicherweise auch die ganze Drosselung des Verkehres ins Wasser. Es kommt allerdings darauf an . . .

**Bürgermeister** (unterbrechend): Sie haben ja auch schon bei mir mit Erfolg vorgesprochen. (Lebhafte Heiterkeit.)

**Gem.-Rat David** (fortfahrend): Es gehört nicht zu meiner Art, Seiner Exzellenz dem Herrn Vorsitzenden in das Wort zu fallen, da bin ich zu gut erzogen, aber ich bitte, wenn irgend welche Erfolge erzielt worden sind, so ist das eine persönliche Sache gewesen und kommt nur auf den Einfluß zurück, den die betreffende Person ausgeübt hat. Das wird wohl auch hier der Fall gewesen sein und ich bin voll und ganz überzeugt, wenn irgend eine gewichtige Person aus irgend einem Bezirke sich gegen die Drosselung irgend einer Linie ausspricht und irgend eine Deputation, die zusammen zu bringen keine Kunst ist, diesbezüglich vorspricht, so machen wir uns doch in dieser Hinsicht nichts vor; wenn Ihnen die Person so wichtig ist, wird sie wohl ihr Ziel erreichen, besonders dann, wenn in dem Bezirke die Mehrzahl der Wähler christlichsozial ist, dann wird es vielleicht noch etwas leichter gehen.

Nun lassen Sie mich zur Frage der Tramway kommen! (Ruf: Endlich!) Hat es Ihnen lange gedauert? (Ruf: Endlos!) Man kann über die Einschränkung denken, wie man will, das ist außer allem Zweifel, und daß es verschiedene Meinungen über die Einschränkungen gibt, hat sich nicht nur hier im Saale gezeigt, sondern auch im Bürgerklub. Legen Sie die Hand auf das Herz und sagen Sie mir offen und unumwunden, ob Sie mit dieser Einschränkung einverstanden sind? (Ruf: Niemand!)

Sie werden zum großen Teile sagen, daß Sie nicht damit einverstanden sind, aber das eine muß ich sagen, daß ich der Gemeindeverwaltung und auch der Direktion der Tramway den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie nicht rechtzeitig (Ruf: Das haben wir schon gehört!) in dieser Frage interveniert hat. Wenn es auch gesagt worden ist, daß Se. Exzellenz und andere Faktoren sich nach dieser Richtung die notwendige Mühe gegeben haben, um irgendwelche Abhilfe zu schaffen, so muß ich dennoch sagen, daß sie nicht mit derselben Energie, die in dieser Frage sich als notwendig erwiesen hat, vorgegangen sind, wie jetzt in der letzten Minute. Man sah mit offenen Augen dem Zusammenbruche des ganzen Tramwaybetriebes zu und unterließ es, geeignete energische Maßnahmen zu treffen, um Abhilfe zu schaffen. Ja, noch mehr, man hat ohne Bedenken — und das geht die Tramway-Direktion an — in dieser Zeit der Zerstörung der Betriebsmittel Extrazüge für einzelne Personen eingeführt. Das läßt sich erweisen und ich glaube, daß ich da nicht in Verlegenheit komme. Sie werden mir nicht bestreiten, daß Sie Salonwagen für den Jockeyklub zum Rennen verkehren ließen, just für jenen Jockeyklub, der sich gegen Ihren Antrag auf Einhebung eines Zuschlages zur Totalisateursteuer ausgesprochen hat und der es durch seinen Einfluß bei den 156 Mitgliedern des Herrenhauses durchgesetzt hat, daß dieser Zuschlag nicht zur Einhebung gelangt. Ich weiß nicht, wie viel Salonwagen wir haben, aber könnten diese gegenwärtig nicht für den allgemeinen Betrieb eingestellt werden? (Heiterkeit.) Ich weiß schon, daß Sie die Einwendungen machen werden, was diese Wagen kosten und wie die ruiniert werden und so weiter. Ich halte Ihnen demgegenüber vor: Wenn Sie nach dem Kriege einen Salonwagen machen lassen werden, so wird er Ihnen nicht teuerer zu stehen kommen wie jetzt ein gewöhnlicher Motorwagen. Wäre es wirklich nicht zwei bis drei Jahre ohne Salonwagen auszuhalten? Das ist also eine Sache, die Sie wohl machen können.

Ich beantrage daher, daß die Salonwagen jetzt schon in den Dienst des Verkehres gestellt werden, damit Sie nicht solche Einschränkungen vornehmen müssen.

Und noch etwas, meine sehr verehrten Herren! Sie wehren sich gegen den Vorwurf, daß Extrawagen beigestellt werden. Gehen Sie, bitte, einmal einige Schritte von hier auf die Bellaria, da werden Sie sehen, daß ein Extrazug ankommt und stehen bleibt. Was geschieht? Es steigt eine Musikbande heraus, die alle möglichen Instrumente, auch die große Trommel, auspackt und sich auf der Bellaria in Reih und Glied aufstellt. Nach sieben bis zehn Minuten kommt ein zweiter Extrazug, da steigt eine Kompagnie Soldaten mit Sack und Pack und in

Parade aus, ralliiert sich und bleibt stehen. Nach einiger Zeit kommt wieder ein Zug mit drei Wagen und eine zweite Kompagnie steigt aus und die Soldaten ralliieren sich. Die Leute, die dort zuschauen, können sich den Zustand nicht erklären, wackeln mit den Köpfen und fragen sich offen und unumwunden: Wie kommt das? Mit der Tramway kann man nicht fahren und da fahren Soldaten in Extrazügen. Auf einmal schlägt die große Trommel ein, die Musik setzt sich in Marschschritt und der Wiener in seiner immer glücklichen Stimmung vergißt auf alles, auch auf den Jammer mit der Tramway und stellt sich mit an die Spitze der Burgmusik und marschiert in die Burg hinein. (Lebhafte Heiterkeit. — Rufe: Das ist die Lösung der Straßenbahnfrage!) Ja, meine verehrten Herren, sagen Sie mir, sind das gesunde Zustände? Können Sie das in einem Augenblick rechtfertigen, wo Sie den Tramwayverkehr so drosseln? (Rufe: Die Soldaten sind ja auch unterernährt!)

Ich gebe das mit der Unterernährung ja zu. Ich werde auch darüber sprechen. Aber Sie, Herr Gemeinderat, sind ein sehr miserables Objekt für die Unterernährung. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich bin Ihnen ja nicht neidig darum, aber ich muß schon sagen, Sie sind als Beispiel für die Unterernährung kein geeignetes Objekt.

Nun, ich sage nur eines, ist es denn notwendig, daß solche Maßnahmen für die Militärverwaltung getroffen werden? Ich glaube nicht. Jetzt, ein letztes Moment, hat sich Se. Exzellenz der Bürgermeister zur Krone begeben und ihre Unterstützung erbitten müssen. Glücklicherweise sind ihm ja Zusagen gegeben worden, und zwar dahin, daß man die Rohmaterialien für die Ausbesserung des Fahrparkes, sowie die Beurlaubung geschulter Kräfte von der Front bewilligen will. Es ist hier darauf hingewiesen worden, daß Se. Exzellenz unzählige Male auch bei der Heeresverwaltung vorgesprochen und ersucht hat, man möge ihm doch die Leute von der Front freigeben, und zwar auch solche für die Feuerwehr, die ja so notwendig ist, weil die Objekte der verschiedenen Industrien, die Spitäler und der ganze übrige Besitz in Schutz genommen werden muß. Trotzdem hat er nicht mehr als sechs Personen freibekommen.

Ich weiß, wie es ist, es ist ja überall so. Es wird den Verfügungen, die von Seite des Kriegs- und Landesverteidigungsministeriums, nach welcher Richtung immer, getroffen werden schon vom Armee-Ober-Kommando ein passiver Widerstand entgegengesetzt, noch mehr aber von den einzelnen Kommanden der Armeekorps und Divisionen.

Ich kann Ihnen einen Fall erzählen, den ich auch schon dem Landesverteidigungsminister in einer Sitzung des Wehr-Ausschusses vorgebracht habe. Es handelt sich um die Verfügung der Krone, die das Anbinden verbietet. Nun hat ein Oberleutnant einem Wachtmeister, der bei den Truppen an der rumänischen Front bei der Dreiländerecke gestanden ist und ihn auf das Bestehen dieser kaiserlichen Verfügung mit den Worten: „Entschuldigen, Herr Oberleutnant, es existiert ein kaiserlicher Erlaß, der das Anbinden verbietet" aufmerksam gemacht hat, zur Antwort gegeben: „Der kaiserliche Erlaß verbietet das Anbinden für eine Stunde, von zwei Stunden ist nicht die Rede. Hängen Sie ihn auf!" Wenn derartige Verfügungen so mißachtet werden, so kann man sich schon einen Begriff machen, wie es da ausschaut!

Dem Herrn Bürgermeister wurde auch versprochen, daß wir für den Stellwagenverkehr und andere Erfordernisse Pferde aus der Ukraine bekommen werden. (Bürgermeister: Sie kommen nächste Woche an!) Dann beglückwünsche ich Sie, Exzellenz! (Bürgermeister: Sicher!) Ich habe keinen Grund, an dieser Versicherung zu zweifeln, wenn Sie so etwas so positiv sagen, denn Sie haben ja dabei etwas zu riskieren, wenn Sie in öffentlicher Sitzung eine Versicherung geben, die dann eventuell nicht eintrifft.

Wenn ich aber — das ist mein Empfinden — über die Dinge sprechen soll, die wir aus der Ukraine bekommen sollen, dann stehe ich da wie ein begossener Pudel. (Zwischenrufe.)

Sie haben dieselbe Meinung! Ich habe nämlich nicht das geringste Zutrauen zu den Versprechungen, die da gemacht werden, weil ich weiß, daß es einem Staate wie die Ukraine, in welchem alles durcheinanderfließt, wo die Revolution zu Hause ist — nicht eine, sondern sogar zwei — schwer möglich ist, solche Versprechungen zu erfüllen. Wenn man aber Optimist genug ist, kann man wohl sagen, daß sich die Verkehrsverhältnisse nach den Zusagen, die uns gemacht worden sind, einigermaßen ändern werden. Ich bin aber nicht genug Optimist.

Seien wir offen gegeneinander. Die Hälfte der Fahrgäste, die die Tramway benützen, sind Soldaten. Das ist wohl nicht über- sondern eher unterschätzt. Ich sage das nicht deshalb, um das vielleicht den armen, vielgeplagten und halbverhungerten Soldaten, die ihre Leiber hergegeben haben, um uns vor der Invasion zu retten, vorzuwerfen, nein, im Gegenteil, was ich sagen will, ist folgendes: Wenn sich die Kriegsverwaltung einbildet, der Kommune Wien damit eine Gefälligkeit zu erweisen, daß sie ihre Rohmaterialien für den Fortbetrieb der Straßenbahn zur Verfügung stellt oder die Ausdehnung des Stadtbahnverkehres ermöglicht, und alle möglichen Vorkehrungen trifft, um die Soldaten auf anderen Linien wie auf der Stadtbahn zu befördern, so erweist sie der Kommune Wien keine Gefälligkeit, sondern sie erfüllt hier nur ganz einfach ihre Pflicht, die sie von vornherein hätte erfüllen sollen. Sie hätte nicht den Tramwayverkehr — ich sage es ganz offen und unumwunden — in einer so unverschämten Art und Weise in Anspruch nehmen sollen. (Zustimmung.)

Es wäre Pflicht der Kriegsverwaltung, dem Tramwayskandal, in dem wir uns befinden, ein Ende zu machen. Die Hauptsache ist — um bei der Sache zu bleiben — so rasch als möglich die Mittel des Fahrparkes in Ordnung zu bringen. Wir hätten eigentlich gerade jetzt ein Anrecht, auf ein Entgegenkommen zu rechnen. Ich sage, aus einem anderen Grunde.

Wir haben unlängst — es ist noch nicht lange her — in diesem Saale einen Beschluß gefaßt, der einer privaten Gesellschaft das unkündbare Recht auf die Benützung nicht einer, sondern mehrerer Straßen einräumt. Wir haben diesen Beschluß gefaßt, der, was den Umfang anbetrifft, wohl einzig dastehend ist. Ich glaube kaum, daß ein Privatunternehmen solche Konzessionen und so ein Entgegenkommen gefunden hätte wie die fragliche Gesellschaft, mit der Begründung, daß sie sich von einem Munitions- oder Kriegsleistungsbetrieb um anderer willen zu einer Lokomotivfabrik oder Wagenreparaturanstalt umwandeln werde. Wir haben vielleicht unter dem Zwange für diese Maßnahme gestimmt, trotzdem der Bezirksrat des XVI. Bezirkes in seinem großen Teile entschieden gegen die Bevorzugung dieser

Gesellschaft war und trotzdem sich auch hier im Saale ein Widerhall ihres Protestes gefunden hat. Wenn es wahr ist, was uns damals der Herr Referent, der diesen Akt vertreten hat, gesagt hat, und auch andere Herren, die es allerdings privat mitgeteilt haben, wie hochanständig die Herren Aktionäre dieser Gesellschaft sind, auch die Herren, die ganz oben sitzen, daß sie nichts anderes kennen als nur das menschliche Empfinden für die Not der Gemeinde und die den dort beschäftigten Arbeitern zuliebe den Betrieb aufrechterhalten, beileibe nicht aus Gewinn, wenn sie wirklich so selbstlos sind, dann haben sie zum mindesten die moralische Verpflichtung, rascheſt unseren Fahrpark in Reparatur zu nehmen, um dem Verkehrsjammer ein Ende zu bereiten. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, bei der fraglichen Gesellschaft, die ja doch bekanntlich noch eine Zeitlang zum Baue brauchen wird, das durchzusetzen. Es ist möglich, daß dort, so lang der Krieg dauert, Kriegsbedarf erzeugt, die Lokomotivfabrik und die Waggonreparatur-Gesellschaft und alle diese Sachen aufs Eis gelegt werden. Kommt Zeit, kommt Rat, Sie sind gesichert, die Zusagen haben Sie. Was uns aber bei der Frage besonders interessiert, ist, ob es ratsam ist, diese Einschränkungen in so großem Maßstabe vorzunehmen.

Es wurde von einzelnen Vertretern des Bezirkes bereits darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten, Unannehmlichkeiten und Plackereien alle diese Leute haben werden, die in Betrieben stehen und abgerackert, ermüdet und unterernährt dann stundenlang werden gehen müssen, wenn ich den Weg hin und her rechne. Es ist aber auch noch ein anderer Umstand da. Ich glaube, daß diese Einschränkungen nicht gar so dringend sind, wie der Herr Direktor Spängler sagt, und ich glaube auch, wenn der Wille der Gemeindevertretung in ausgiebiger Weise zum Ausdrucke käme, würde Herr Direktor Spängler noch über verschiedene Dinge mit sich reden lassen. Er hat eine Anzahl von Linien angeführt, die eingeschränkt oder ganz aufgelassen werden sollen, so daß einem die Haare zu Berge stehen. Ich stelle mir vor, Herr Direktor Spängler hat genau gewußt, wir schwer derartige Dinge durchzusetzen sind, und wenn er einige Linien einschränken will, so sagt er, 30 Linien muß ich einschränken, mit 20 werde ich mich zufrieden geben und auf 10 Linien rechne ich. So glaube ich, ist seine Kalkulation. Und da möchte ich den Herrn Direktor Spängler eindringlich aufmerksam machen, vor welcher Gefahr wir stehen.

An der Peripherie Wiens liegen eine ganze Reihe von Kindererholungsstätten. Sie haben solche in Hütteldorf, Pötzleinsdorf, auf der Knödelhütte, im Haltertale, in Laa, am Laaerberge und Bisamberg. Wenn Sie nun annehmen, daß von den künftigen Endpunkten der Straßenbahn diese unterernährten Leute mit den Kindern $^3/_4$ bis $1^1/_2$ Stunden hin und her werden gehen müssen, so ist dies eine Leistung, die man unterernährten Leuten und halbverhungerten Kindern doch nicht zumuten darf. Man muß doch einigermaßen Rücksicht auf die Leute nehmen. Der Zustand, in dem wir jetzt leben, ist nicht zu verwechseln mit dem Zustande vor dem Kriege. Vor dem Kriege konnte man einem Jungen, der sich in der Kinderheimstätte aufhält, sagen, geh' zu Fuß, auch den Eltern, die ihn besuchen, konnte man dies ruhig zumuten. Auch den Arbeitern, die an der Peripherie im Betriebe stehen, konnte man ruhig sagen: „Na, wenn die Not schon so groß ist, nachdem wir keine Betriebsmittel und Rohstoffe haben, müßt Ihr halt zu Fuß gehen! Dieses Opfer müßt Ihr bringen." Ich bin überzeugt, man hätte das ohne Murren getan. Sie werden antworten, in diesem Falle wäre das nicht notwendig. Da haben Sie recht, aber jetzt darf man der herabgekommenen Bevölkerung solche Dinge schon gar nicht zumuten.

Ich frage Sie nur eines: Ist es menschlich, solch herabgekommenen Leuten und halbwüchsigen Kindern eine solche Einschränkung des Verkehres zuzumuten? Ist sie denn überhaupt nicht zu umgehen? Ich glaube, es ist unnötig, wenn, wie zugesagt wurde, die Militärpersonen mit der Stadtbahn oder mit anderen Verkehrsmitteln befördert werden. In der verkehrsschwachen Zeit könnte auch eine wesentliche Verkehrseinschränkung stattfinden. Man braucht nicht zu allen Zeiten die Tramwaywagen in ganz Wien herumfahren lassen; manchmal sind sie halbleer, man könnte Wagenmateriale schonen und nur zu bestimmten Stunden den Verkehr verdichten. Das wäre immerhin eine Entlastung und zugleich eine Schonung des Fahrparkes. Wenn Sie aber für die Einschränkungen sind, so kann ich nur das eine sagen:

Wir sind nicht dafür und werden auch gegen diese Einschränkungen stimmen. Sie erwarten ja auch nichts anderes von uns; geben Sie sich da keiner Täuschung hin. Es ist Ihnen ja auch nicht leicht, für die Einschränkungen zu stimmen. Wenn Sie nicht unter der Parteidisziplin stünden, wie Sie stehen und stehen müssen, würden Sie ein ganz anderes Lied bei diesen Dingen singen. Aus den Ausführungen des Gem.-Rates Körber hat es herausgeklungen, wie schwer es ihm ums Herz ist, für diese Einschränkungen zu stimmen. (Rufe: Uns allen! — Gem.-Rat Effenberger: Das ist eine Kriegsnotwendigkeit!) Warum wundern Sie sich dann, wenn ich etwas sage, was der Wahrheit entspricht. Wenn Sie den Verkehr aber einschränken, dann bitte tun Sie es auf allen Linien. Schaffen Sie nicht einzelne Ausnahmen, denn das wäre verhängnisvoll, besonders dann, wenn Sie den Verkehr abends und in der Früh beschränken würden. Ich glaube, daß angesichts der zugesagten Hilfe diese Verfügungen wenigstens nicht sofort notwendig sind und erkläre, daß wir selbstverständlich gegen die Einschränkung des Verkehres stimmen werden.

**Bürgermeister:** Das Wort hat Herr Gem.-Rat Kurz zur Geschäftsordnung.

**Gem.-Rat Kurz:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Bürgermeister:** Ich bitte die Herren, welche für den Schluß der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Angeli; ich erteile ihm dasselbe.

**Gem.-Rat Angeli:** Die Debatte, die heute abgeführt wird, gibt uns wieder den Beweis, daß selbst in ernsten Augenblicken die Herren von der Gegenseite bemüht sind, das parteimäßige Gift in die Bevölkerung hineinzustreuen. Ich hätte erwartet, daß diese Maßnahmen, die vom Herrn Referenten in so klarer und eindrucksvoller Weise begründet wurden, als Maßregeln erkannt werden, die aus den Kriegsverhältnissen entsprungen sind. Ich hätte erwartet, daß jede parteipolitische Betätigung in diesem Augenblicke ausgeschaltet wird und daß man nur auf sachliche Momente Rücksicht nimmt.

Herr Dr. v. Schwarz-Hiller hat sich in anerkennenswerter Weise bemüht, alles sachlich zu bringen. Aber der erste Redner, der berühmte Herr Neustadtl, hat mit einem so

charfen Ausfall gegen die Straßenbahn-Direktion begonnen, daß selbst Se. Exzellenz darüber entrüstet war und wir alle darüber entrüstet sind, weil wir wissen, daß wir in der Straßenbahn-Direktion einen Chef an der Spitze haben, dem wir vollstes Vertrauen schenken können und daß sein Generalstab sehr tüchtige, erprobte, brave Männer sind, die ihre Pflicht bis zum letzten Augenblick erfüllen. (Beifall.)

Die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen uns zu Maßnahmen, die uns gewiß nicht leicht fallen. Nur schweren Herzens entschließen wir uns, unsere Zustimmung zu geben und mancher Kollege des Gemeinderates hat sich bemüht, da und dort eine Verbesserung anzuregen, auf dies und jenes aufmerksam zu machen, was den Arbeiter, den Bürger und den kleinen Angestellten trifft.

Keiner wird darüber entzückt sein, wenn er jetzt ein Stück Weges zu Fuß zurücklegen muß, die ganze Bevölkerung wird diese Maßnahme schwer empfinden, vor allem auch die gleichzeitige Erhöhung des Tarifes. Daß die Bevölkerung darüber nicht entzückt ist, ist begreiflich. Aber, denken wir doch an den Kriegsbeginn zurück. Wer hat denn damals geglaubt, daß der Krieg so lange dauern werde. Ich habe damals gesagt: Wenn wir in einem Jahre fertig sind, können wir dem Herrgott danken! Man hat mich damals allgemein ausgelacht. Unter den verehrten Anwesenden sind vielleicht nicht 20, die geglaubt haben, daß der Krieg länger als ein Jahr dauern würde; niemand konnte die lange Dauer vorhersehen. Wenn man jetzt im fünften Kriegsjahre nun der Straßenbahn-Direktion einen Vorwurf macht, daß sie nicht rechtzeitig die erforderlichen Materialien beschafft hat, dann könnte man ebensogut der Staatsverwaltung den Vorwurf machen, daß sie sich nicht um die Beschaffung der erforderlichen Nahrungsmittel, namentlich aus dem neutralen Auslande, gekümmert habe. Der Krieg hat eben Ereignisse mit sich gebracht, mit denen die Partei gar nichts zu tun hat. Es ist ein Unding, die Sache immer so hinzustellen, wie wenn wir, die Christlichsozialen, an allem Jammer, den der Krieg mit sich gebracht hat, schuld wären. Das ist eine Lüge, die man bewußt in die Bevölkerung hineinstreut. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Kollege Neustadtl hat auf Berlin und Budapest hingewiesen. Bezüglich Budapest hat er schon von Herrn Kollegen Körber die entsprechende Aufklärung erhalten; bezüglich Berlin möchte ich aber nur bemerken, daß diese Stadt ein glänzendes System einer Stadtbahn hat und daß dort ganz andere Verhältnisse sind als bei uns; dort wird auch die Bahn nicht nach strategischen Rücksichten, sondern nach ihrem praktischen Werte beurteilt. Berlin hat ein ebenes Territorium und hat daher ganz andere Verkehrsverhältnisse; dort werden der Wagenpark und die Motoren lange nicht so mitgenommen, wie dies bei uns der Fall ist. Wenn man in öffentlicher Sitzung spricht, dann muß man sich doch auch bewußt sein, was man spricht; diese ganzen Ausführungen waren aber ein großer Unsinn.

Bezüglich des Militärs kann ich meinen Vorrednern nur beipflichten. Wir haben bei der Militärverwaltung leider nicht jenes Entgegenkommen gefunden, das wir zu erwarten das Recht hätten. Ich erinnere daran, daß die Gemeindeverwaltung der Militärverwaltung zu Beginn des Krieges geradezu in glänzender Weise entgegengekommen ist, und zwar in Erwartung, daß der Krieg in wenigen Monaten zu Ende sein werde. Wir haben alles in patriotischem Sinne aufgeboten und geholfen, wo es nur möglich war. Wir haben die Verwunderten unentgeltlich nach allen Richtungen befördert, wir haben mit der Militärverwaltung einen Vertrag geschlossen, indem wir ihr gegen den Pappenstiel von 10.000 K monatlich 16.000 Streckenkarten und 4000 Ordonnanz-Freikarten gegeben haben; außerdem erhält das „Rote Kreuz" 160.000 Karten monatlich, mit welchen allerdings nicht die Verwundeten, aber die Pflegerinnen und deren Verwandte u. s. w. fahren; daß mit diesen Karten auch Mißbrauch getrieben wird, wissen wir alle und ich habe schon in der Budget-Debatte erklärt, daß hier Abhilfe geschaffen werden müsse. Es ist eine traurige Tatsache, daß die Militärverwaltung so wenig Empfindung für die Leiden des Volkes und für die Bedürfnisse des Hinterlandes hat und ganz vergißt, daß das Hinterland die Kampffähigkeit der Truppen an der Front aufrecht erhält. Das Hinterland muß für alles aufkommen. Weiber und Kinder müssen an Stelle der Männer arbeiten; solche Opfer muß die Bevölkerung bringen, aber leider hat man dafür so wenig Verständnis, daß selbst die besten und patriotischest gesinnten Kreise mißmutig und verstimmt werden. Ich erinnere nur an die braven Tiroler! Die Soldateska hat es soweit gebracht, daß es mit der patriotischen Gesinnung der Tiroler sehr, sehr zurückgegangen ist und die bravsten Männer unseres Volkes in Tirol haben bittere Klagen gegen die Militärverwaltung vorgebracht. Diese glaubt, daß nur sie allein da sei. Wenn wir den Krieg siegreich beenden wollen, dann muß auch von militärischer Seite Verständnis für die Leiden des Volkes aufgebracht werden, und man wird nicht so mir nichts, dir nichts gleichgiltig darüber hinweggehen und das ganze Zivil als eine Bagage hinstellen können. Ich vermisse dieses Verständnis und wenn es nicht bald anders wird, dann wird eine Verstimmung in der Bevölkerung eintreten, die vom patriotischen Opfermut schon längst nichts mehr wissen will, eben wegen dieses Unverständnisses. Ich spreche ungescheut und offen, denn es muß einmal gesagt werden: Wenn wir den Krieg gewinnen und siegreich beenden wollen, dann muß man von oben her mehr Sinn für die Leiden des Volkes an den Tag legen und damit schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Bürgermeister:** Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat Ignaz Fischer.

**Gem.-Rat Ignaz Fischer:** Bevor ich auf den eigentlichen Gegenstand übergehe, bitte ich, mir zu gestatten, daß ich auf die letzte Sitzung zu sprechen komme, wo mir seitens des Vorsitzenden mit der Wortentziehung gedroht wurde, weil ich angeblich nicht zur Sache spräche.

Ich habe zu Gruppe III gesprochen und damals waren die Straßenbahnen auf der Tagesordnung. Ich habe schon in meiner Einleitung erklärt, daß ich mich mit Verkehrsfragen befassen werde. Ich habe auch nur zu den Straßenbahnen gesprochen und trotzdem wurde mir angedroht, daß mir das Wort entzogen würde. Drei Redner nach mir haben die Tatsache bestätigt und sie wurde auch nicht widerlegt. In derselben Sitzung hat sich aber ein Kollege, Herr Sektionschef Eglauer, darüber beschwert, daß er in der Rednerliste übersehen worden ist. Der Vorsitzende war objektiv genug es einzusehen und hat sich in korrektester Weise entschuldigt.

Da ich nicht annehme, daß es in diesem Saale Gemeinderäte verschiedener Klassen gibt, habe ich erwartet, daß das mir angetane Unrecht auch gutgemacht würde, aber bis heute habe

ich eine Entschuldigung nicht gehört. Ich bringe das deshalb vor, weil es damals so ausgeschaut hat, als ob nur aus Animosität gegen meine Person mir das Wort entzogen werden sollte, ohne daß ich mich gegen die Disziplin vergangen hätte. Das wollte ich vorerst vorgebracht haben.

Ich komme nun zum Gegenstand der heutigen Tagesordnung zurück. Es ist dazu schon so viel gesprochen worden, daß ich mich nur mit den wichtigsten Fragen befassen will. Vor allem muß ich ebenso, wie es schon andere Vorredner getan haben, es als merkwürdig bezeichnen, daß wir, nachdem wir am 17. Juli hier beisammen waren und dann auf Sommerurlaub gingen, jetzt nach drei Wochen wieder zusammenkommen müssen, weil eine Katastrophe hereinbricht und der Straßenbahnverkehr so kolossal reduziert werden muß. Als alter Verkehrstechniker muß ich sagen, daß diese Zustände der Straßenbahn-Direktion schon damals vollkommen bekannt waren und sie auch dem Präsidium bekannt gewesen sein müssen. Daher wundere ich mich, daß nicht schon damals Herr Direktor Spängler mit jener Energie, mit der er jetzt seine Vorlage vertritt, erklärt hat, daß es so nicht weiter gehe und eine Remedur geschaffen werden müsse. Jeder Vernünftige wird einsehen, daß die vorgebrachten Motive begründet sind, und daß man mit reparaturbedürftigen Wagen nicht fahren kann, daher entsprechende Vorsorge getroffen werden müsse, damit der Betrieb nicht plötzlich eingestellt werden müsse. Diesbezüglich werden Vorwürfe erhoben und ich bedauere, mich diesen anschließen zu müssen, weil man eben viel zu spät mit so einschneidenden Maßnahmen vorgeht. Da hätte man eben rechtzeitig vorsorgen müssen.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß rechtzeitig vorgesorgt worden sei, indem man an maßgebender Stelle vorgesprochen hat. Ich gebe das ja zu. Ich glaube ja, daß das geschehen ist. Wenn man aber an maßgebender Stelle nicht hören will und selbst Befehle von Allerhöchstem Munde nicht respektiert werden, dann muß man eben mit der erforderlichen Energie zu jener Stelle gehen, welche diesen Befehl nicht ausführt, und muß ihn mit allem Nachdrucke vertreten.

Wenn wir den letzten Rechenschaftsbericht der Straßenbahnverwaltung in die Hand nehmen, so finden wir auf Seite 16 die Leistungen, die in einem Jahre für die Militärverwaltung gemacht worden sind. Es wäre doch traurig, wenn die Wünsche der Straßenbahnen, die kolossale Kriegsleistungen hinter sich haben, nicht berücksichtigt werden sollten. Man muß nur mit dem gehörigen Nachdrucke kommen und dem Kriegsminister einfach auseinandersetzen, daß der Straßenbahnbetrieb eingestellt wird, wenn er kein Entgegenkommen an den Tag legt. Die Militärverwaltung wird sich doch überlegen, Militärzüge einzuführen, denn sie hat nicht die erforderliche Geschicklichkeit dazu, wie sich in Gegenden gezeigt hat, wo sie nicht imstande war, mit den Eisenbahnregimentern den Betrieb durchzuführen.

Es muß doch möglich sein, die nötigen Materialien und das Personal von der Militärverwaltung freizubekommen, damit die Motorwagen wieder hergestellt werden. Niemand wird es für möglich halten und glauben können, daß in einem Ministerium, wo eine so hervorragende Kraft, wie Exzellenz Schleyer, sitzt, diese nicht das Verständnis haben sollte, was es heißt, der Gemeinde Wien qualifizierte Arbeiter und das erforderliche Material zur Instandhaltung der Wagen vorzuenthalten.

Man sieht doch so viele Soldaten in den Spitälern herumlungern. Es wäre doch unbegreiflich, wenn es nicht möglich sein sollte, nur 300 bis 400 Menschen frei zu bekommen. Es geht doch nicht an, eine Zweimillionenstadt ganz ausschalten zu wollen; da müßten keine ernsten Männer an der Spitze sein. Man muß den betreffenden Faktoren einfach erklären, daß die Stadtverwaltung die Verantwortung abwälzt und ihnen überantworten müßte, wenn auf diesem Gebiete kein Entgegenkommen gezeigt werde.

Abgesehen von den militärischen Leistungen haben die Straßenbahnen während des Krieges auch für die Approvisionierung Wiens Kolossales geleistet. Und da zum Durchhalten auch das Erhalten gehört, so haben die Straßenbahnen eine große Aufgabe zu erfüllen und diese wird immer größer und größer und darauf muß eben das Schwergewicht gelegt werden und man darf nicht ermüden, sondern muß mit entsprechender Ausdauer und Energie den betreffenden Persönlichkeiten beibringen, daß es so nicht weitergehen kann.

Die Mittel und Mittelchen, die man da anwenden will, daß man zum Beispiel aus der Ukraine Pferde beziehen will, sind Utopien und undurchführbar, denn wir haben für die Pferde kein Futter und was könnte uns das nützen bei einem so kolossalen Verkehr. Das ist keine Aushilfe, kein Ersparnis, das kostet uns nur sehr viel Geld. Ich halte von einem Pferdebetrieb gar nichts.

Meine Herren! Wenn man diese Vorlage sieht, in welcher diese Reduzierung des Verkehres uns vorgeschlagen wird, so kennt man sich nicht aus, weil einem der ganze Motivenbericht und die nötigen Daten fehlen. Sie hat wohl nur den Zweck, Zugskilometer zu ersparen, so fasse ich die Sache auf. Denn wenn ich bloß ein Stück der Linie abschneide und nicht weiterfahren will, so bekunde ich damit, daß ich einen Zugskilometer ersparen will. Nicht wahr? Wenn ich dann die reduzierten Zugskilometer addiere, so komme ich durch diese Addition zur ersparten Gesamtsumme.

Meine Herren! Es fehlt uns die Unterlage, da wir das Linienprofil nicht haben und die Fahrordnung nicht kennen, so wissen wir nicht, wie groß das Ersparnis eigentlich ist, das erzielt wird. Nun ist aber eine Reduzierung des Verkehres unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich unangenehm und unsozial in mehrfacher Richtung. Nehmen Sie nur den vorgeschlagenen Verkehrsschluß um $^1/_2$10 Uhr in den Sommermonaten, wo so viele Leute draußen mit ihrer Familie wohnen, die die Straßenbahn benützen und die Lebensmittel von draußen hereinführen müssen. Das geht einfach nicht. Und ebenso peinlich wäre das, wenn ganze Linien vollständig ausgeschaltet würden. Wenn man sich dieses Bild vor Augen hält, insbesondere die Ausschaltung ganzer Linien, so muß man sagen, daß gewisse Richtungen eigentlich die ganze Last des Verkehres tragen würden, während andere Gegenden Wiens, wo keine Züge ausfallen, gar nicht mitzurechnen sind. Es würde daher, wie es gewöhnlich ist, mancher mehr und mancher weniger getroffen werden. Das ist aber eine Ungerechtigkeit, die sich vielleicht beseitigen ließe. Ich habe, trotzdem ich nicht eingeweiht bin und nicht weiß, wie viel Zugskilometer erspart werden sollen, darüber nachgedacht und bin zur Ansicht gelangt, daß man auf andere Art Zugskilometer ersparen könnte, ohne daß man gezwungen wäre, Linien aufzulassen oder den Verkehr am Abend zu sperren.

Meine Herren! Ich stelle mir die Sache so vor, ich weiß nicht, ob ich den Beifall des Herrn Direktors Spängler finden werde. Ich habe darüber nachgedacht und es gefällt mir dieser Vorschlag viel besser, nicht weil er von mir ist, sondern weil ich meine, daß er auch bei der Oeffentlichkeit mehr Anklang finden wird.

In den Morgenstunden glaube ich, müßte der Verkehr aufrechterhalten bleiben, wie er jetzt ist. Da gehen die Arbeiter in die Betriebe. Von 12 bis 2 Uhr nachmittags, wo die Angstellten zum Essen gehen, müßte der Betrieb auch bleiben wie bisher, ebenso in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends. Nun verbleiben uns eine Menge von Stunden, und zwar von 9 bis 12 Uhr, von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends und endlich verbleibt uns die Zeit ab 8 Uhr abends. In dieser Zeit könnte man den Verkehr zumindest um ein Fünftel reduzieren, ohne daß irgendjemand Einsprache erheben könnte. Wenn ich diese Intervalle verlängere, so habe ich während des Tages einen um ein Fünftel reduzierten Verkehr und brauche denselben nicht um ½10 Uhr zu schließen, sondern ich halte den Verkehr reduziert aufrecht. Ich glaube, es lohnt sich, daß man diesen meinen Vorschlag dahin überprüft, wie viele Zugskilometer dadurch erspart werden; denn es handelt sich Ihnen ja doch nur darum, die Motorwagen zu schonen. Sie haben durch diese Reduzierung des Betriebes in diesen Stunden, wo die arbeitende Bevölkerung die Straßenbahn nicht benützt, hinlänglich Zugskilometer eingebracht. Wenn man auf diesen Vorschlag eingehen würde, den ich als Antrag einzubringen mir gestatten werde, so hätte man nicht notwendig, einige Linien ganz aufzulassen und man hätte auch nicht notwendig, abends um ½10 Uhr den Verkehr zu schließen. Vergessen Sie nicht, daß das ganze Verkehrsleben, das pulsierende Leben der Großstadt auf den gegenwärtigen Verkehrseinrichtungen beruht. Man kann nicht auf einmal den ganzen Verkehr umschalten, das geht insbesondere jetzt nicht an, wo uns gar keine anderen Vehikel zur Verfügung stehen. Wir haben keine Omnibusse, keine Komfortabel, keine Fiaker, nicht einmal Dienstmänner, welche uns das Gepäck tragen würden und so sind die Leute nur auf die Straßenbahn angewiesen. Die Leute müssen sich ihre Lebensmittel herschleppen und müssen sich hiezu der Straßenbahn bedienen. Es ist also besser, wenn jemand auf die Straßenbahn 15 Minuten warten muß, als wenn überhaupt keine da ist. Ich bin der Anschauung, daß es sich empfehlen würde, diesen meinen Antrag ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Ich werde meine Ausführungen damit schließen, weil schon so viel darüber gesprochen wurde, und ich begnüge mich mit der Einbringung meines Antrages, indem ich Sie um dessen Unterstützung bitte.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Schlechter.

**Gem.-Rat Schlechter:** Der Gemeinderat hat heute gewiß wieder einen außerordentlich schweren und außerordentlich schwierigen Tag, denn wir debattieren schon vier Stunden über einen Gegenstand und haben noch einen zweiten sehr schwierigen Gegenstand auf der Tagesordnung, nämlich die Fassung der Resolution bezüglich der Brot- und Mehlverteuerung, eine Angelegenheit, welche gewiß die Bevölkerung unter Umständen noch viel schwerer trifft, als das, was wir jetzt zu beschließen haben.

Ich möchte vor allem erklären, daß ich dem Herrn Referenten, nämlich nicht seinem Stellvertreter, der jetzt am Referententische sitzt, sondern dem Herrn St.-Rat Schneider alle Anerkennung zolle für das, was er uns in seinem ausführlichen und eingehenden Referat mitgeteilt hat. Wenn ich das tue, so sehen Sie daraus, daß ich diese Leistung voll anerkenne, von der ich gewünscht hätte, daß das Resumée oder das ganze Referat nicht bloß hier mündlich gehalten worden wäre, sondern daß wir dasselbe so wie manches andere einige Tage vorher in Druck bekommen hätten, um die Motive und Tatsachen, welche den Stadtrat dazu geführt haben, vollkommen kennen zu lernen.

Ich habe schon gelegentlich in der Budget-Debatte den Wunsch ausgesprochen, daß bei solchen Angelegenheiten, wo das Referat nur mündlich erstattet wird, dafür Sorge getragen werde, daß es auch in Druck gelegt werde, damit sich die Mitglieder des Gemeinderates informieren können. Was ist aber in diesem Falle geschehen? Wir haben vor zwei Tagen die Anträge bekommen und erst gestern sind uns einige Tabellen zur Verfügung gestellt worden, welche die ganze Angelegenheit etwas erläutern sollten.

Ich glaube, es wäre an der Zeit gewesen, wenn Sie schon mit einem so schwerwiegenden Antrag kommen, daß Sie uns das Material rechtzeitig zur Verfügung gestellt hätten, und man die Motive mehr hätte würdigen können, welche uns vom Herrn Referenten angeführt worden ist. Es muß heute — und das kann nicht oft genug wiederholt werden — neuerlich betont werden, daß es außerordentlich bedauerlich ist, daß vor ungefähr vier Wochen, wo wir in der Budgetberatung standen und wo es sich um die Tariferhöhung gehandelt hat, von diesen tristen Verhältnissen absolut keine Erwähnung getan worden ist. Nun hat man dies, ich möchte sagen, absichtlich verschwiegen, und zwar deshalb, weil man vermeiden wollte, mit der Erhöhung diese Sache zu verquicken, weil die Erhöhung dann wahrscheinlich auf einen noch stärkeren Widerstand gestoßen wäre. Wenn man nun diese Verhältnisse damals nicht erwähnt hat, so ist das um so schlechter für die Bevölkerung, und zwar darum, weil durch den Umstand, daß wir vor vier Wochen die Erhöhung der Tarife beschlossen haben und heute die Drosselung des Verkehres beschließen, die Bevölkerung auf diese Weise eigentlich zweimal getroffen wird. Denn durch den Umstand, daß die Drosselung stattfinden wird, wird die Bevölkerung neuerlich getroffen, weil wir nicht in der Lage sind, das durchzuführen, was wir seinerzeit bei Erhöhung der Tarife in Aussicht genommen haben. Ich glaube aber, die Sache steht so: Es nützt alles Reden gar nichts; auch wenn wir stundenlang sprechen würden, wird zum Schlusse der Antrag doch beschlossen und ich finde das ja begreiflich, daß die Majorität nichts anderes tun kann, als die Stadtrats-Anträge anzunehmen. Unsere Pflicht aber ist es, die Stimme zu erheben und festzustellen, wer Schuld an diesen Zuständen trägt, wodurch die Gemeinde in diese Situation gebracht wurde. Es ist schon in der Debatte gestreift worden, ich muß es aber noch einmal wiederholen.

Ich behaupte, es ist unverantwortlich von dem Ministerium und der Regierung, daß sie die Gemeinde Wien so im Stiche gelassen haben. Es wird im allgemeinen die ganze Geschäftswelt und die Industrie im Stiche gelassen, wo es sich nicht um Kriegslieferungen handelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Gewerbetreibender, der mitten im gewerblichen Leben steht, weiß ich, daß, wenn es sich um eine Kriegsleistung handelt, den Geschäftsleuten alles zur Verfügung gestellt wird, was andere nur im Wege des Schleichhandels und zu einem unerschwingbaren Preise beschaffen können. Es handelt sich um Gegenstände, die die Allgemeinheit braucht. Nun haben Leute Vorräte von gewissen Artikeln, die sie angeben mußten und diese Vorräte werden in Evidenz gehalten. Vorräte, die sie sich seinerzeit um einen teueren Preis angeschafft haben und die sie nun an andere abgeben müssen, damit diese ihre Krieglieferungen effektuieren können. Es muß noch ein Gravamen ausgesprochen werden, welches in der Bevölkerung allgemein bekannt ist. Man behauptet, daß von den Materialien, welche die Kriegsverwaltung um teueres Geld angeschafft hat, um Hunderttausende und vielleicht um Millionen in den Depots liegen, nicht für Militärzwecke verwendet werden und vielleicht auch nicht verwendet werden brauchen und müssen und trotzdem dem Gewerbe und der Industrie entzogen werden.

Man spricht vom Depot in der Nähe Wiens, wo Tausende von Meterzentnern Stoff und solcher Arbeitsmaterialien lagern, die jetzt jahrelang liegen und der Bevölkerung entzogen werden, ohne daß sie ein notwendiges Bedürfnis für die Militärverwaltung bilden. Wenn wir das betonen, dann glaube ich, müssen wir, wenn wir schon mit schwerem Herzen dieser Einschränkung zustimmen, noch etwas anderes tun. Es ist heute von Ihrer Seite besprochen worden, daß von Seite des Herrn Bürgermeisters noch mehr hätte geschehen können. Ich meine, der Herr Bürgermeister hat genug getan, er ist nur zu oft zu den Ministerien gegangen, aber wenn es auch in manchen Belangen fruchtlos gewesen ist, so bin ich der Meinung, daß wir unserem Herrn Bürgermeister gegenüber der Kriegsverwaltung einen moralischen Hinterhalt geben müssen und das Ersuchen an ihn richten, sich neuerlich an die Kriegsverwaltung zu wenden, sie möge der Gemeinde Wien für die städtische Straßenbahn jene Hilfskräfte und Arbeitsmaterialien zur Verfügung stellen, welche für die notdürftigste Instandhaltung und Betriebsführung notwendig sind, und ich habe mir daher erlaubt, einen Antrag zu konzipieren und ihn beim Präsidium zu hinterlegen. Wir müssen nicht nur die trockenen Anträge des Stadtrates, die sich aus der Natur der Sache ergeben, annehmen, sondern müssen mit einem einmütigen Beschlusse des Antrages, den ich mir zu stellen erlaube, dem Herrn Bürgermeister beistehen.

Dieser Antrag lautet (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird ersucht, neuerlich an die k. u. k. Kriegsverwaltung heranzutreten, selbe möge im Interesse der möglichsten Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehres die notwendigsten Hilfskräfte und Arbeitsmaterialien der Gemeinde Wien zur Verfügung stellen."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall und Handeklatschen.)

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Herr Gem.-Rat Spalowsky hat das Wort pro.

**Gem.-Rat Spalowsky**: Wenn man die Ausführungen der Redner der Opposition vernommen hat, so muß man zur Erkenntnis kommen, daß die Herren glauben, daß die Majorität oder die Verwaltung der Gemeinde Wien in leichtfertiger und unüberlegter Weise die Dinge hat gehen lassen, daß man ganz gleichgültig den Verhältnissen gegenübergestanden ist.

Ich will demgegenüber ausdrücklich feststellen, daß die Anträge, die heute dem Gemeinderate unterbreitet werden, das Ergebnis reiflichster Erwägung und eingehender Verhandlungen sind. Die Direktion hat ihre Wahrnehmungen nicht erst in den letzten Wochen dem Stadtrate und Bürgermeister mitgeteilt, und wenn die Herren sich die Mühe nehmen wollten, die Protokolle der Stadtrats-Sitzungen durchzulesen, würden Sie dann ersehen, daß unausgesetzt Bestellungen gemacht und Schritte unternommen worden sind, um die Leistungsfähigkeit unserer Straßenbahn auf entsprechender Höhe zu erhalten. Wenn wir also alles getan haben, was nötig war, um unsere Straßenbahn betriebsfähig zu erhalten, so ist es wahrhaftig nicht angebracht, solche Vorwürfe, wie sie heute gemacht worden sind, zu erheben. Ich will als Mitglied des Stadtrates überdies feststellen, daß bei der Verhandlung im Stadtrate selbst eine ganze Reihe von Verbesserungen beschlossen und erzielt worden ist. Ich kann zum Beispiel darauf verweisen, daß eine für die Arbeiterbevölkerung außerordentlich wichtige Linie, die nach Kaiser-Ebersdorf, von der Einstellung verschont geblieben ist. Wir haben in den geschäftsreichsten Bezirken die Transversallinien 3 und 13 aufrecht erhalten, obwohl dort die Anforderungen an die Motore außerordentlich groß sind und eine Einstellung sicherlich gerechtfertigt gewesen wäre. Es ist anderseits aber auch der Schluß des Straßenbahnverkehres auf erst halb 10 Uhr festgesetzt worden. Es sind das Verbesserungen, welche dazu bestimmt sind, der Bevölkerung die Benützung der Straßenbahn möglich zu machen und die Ansprüche an die Straßenbahn so wenig als möglich empfindlich zu gestalten. Wenn nun die Dinge in Wirklichkeit so liegen, daß alles reiflich überlegt worden ist und verschiedene Versuche gemacht worden sind, um Auskunftsmittel in anderer Richtung zu finden, so ist es durchaus nicht gerechtfertigt, hier die Verwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Wenn der Herr Gem.-Rat Neustadtl in seiner gehässigen Weise (Rufe: Sehr richtig!) das in Verhandlung stehende Referat benützt, um gegen die christlichsoziale Partei und die Gemeindeverwaltung Stellung zu nehmen, so entspricht das nur der Auffassung, die ihm und seinen Rassegenossen eigen ist. Sie benützen eben jeden Anlaß, um sich an der christlichsozialen Partei zu reiben und wenn sie dazu durchaus keinen direkten Anlaß haben, so konstruieren sie sich einen. Sie können es eben nicht verwinden, daß die Christlichsozialen in so außerordentlichem Maße die Wünsche der Bevölkerung erfüllt haben. Wenn die Verhältnisse auch stärker sind als der stärkste Wille, so benützen sie dennoch die Sache für ihre Agitation und schlagen Kapital für ihre politischen Bestrebungen daraus. (Rufe: Bravo!) Wenn diese Bestrebungen auch von einer Presse unterstützt werden, die zu allem fähig ist, so bin ich überzeugt, daß ihnen alles nichts nützen wird, denn die Bevölkerung wird erkennen, daß wir nur das getan haben, was wir tun mußten. Was haben wir getan und was wollen eigentlich wir tun?

Es ist von den Herren der Opposition hier gesagt worden, daß wir es unterlassen hätten, rechtzeitig die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Keiner der Herren hat aber angegeben, was wir hätten tun sollen. Sie haben allgemein, pauschaliter, Vorwürfe gegen die Gemeindeverwaltung erhoben, aber nicht mit einem Schatten von Beweisen nachzuweisen versucht, ob ihr Vorwurf auch irgend eine Berechtigung hätte. (Gem.-Rat Fischer: Das ist nicht Sache der Opposition!) Wenn der

Herr kaiserliche Rat Fischer meint, daß sei nicht Sache der Opposition, so sage ich, daß die Opposition seiner Parteigenossen und seiner Gruppe durch seinen Zwischenruf zu einer faktiösen Opposition geworden ist.

Es sind keine sachlichen Einwendungen, die er macht, sondern Kritik um jeden Preis, die kein Resultat zeitigen, sondern die nur kritisieren will.

So hat der Herr kaiserliche Rat Fischer mit seinem Zwischenruf der Opposition den schlechtesten Dienst erwiesen. Ich will und kann ihm für seine Aeußerung nur sehr dankbar sein. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn gesagt wird, es hätten rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden müssen, so stelle ich dabei fest, daß wir eben mit unserem heutigen Beschluß rechtzeitig vorkehren wollen und uns dagegen schützen wollen, daß wir in absehbarer Zeit vor dem vollsten Niederbruch unseres Straßenbahnverkehres stehen. Ich kann der Opposition und der Wiener Bevölkerung die eine Tatsache gegenüber feststellen, daß wir nicht so weit kommen wollen, wie unsere Staatsbahnen gekommen sind. Wir wollen rechtzeitig kleine Einschränkungen vornehmen, um in der Lage sein zu können, den Verkehr in beschränktem Umfang aufrecht erhalten zu können. Das ist das wichtigste.

Wir dürfen die Verhältnisse nicht so gehen lassen, wie sie selbst gehen, sondern wir müssen uns rechtzeitig schützen und in diesem Sinne erwarten wir auch von der Wiener Bevölkerung, daß sie einsieht, daß heute kleine Einschränkungen vorgenommen werden müssen, um uns das notwendige und einzige Verkehrsmittel, die Straßenbahn, für die Zukunft überhaupt zu sichern. Es ist von einigen Herren gesagt worden, man hätte nachdrückliche Forderungen bei der Regierung und bei den militärischen Behörden erheben sollen. Ich glaube, so mancher der Herren, die von der Opposition gesprochen haben, haben Gelegenheit gehabt, in der Obmänner-Konferenz die Berichte des Bürgermeisters entgegenzunehmen, die einen tiefen Einblick in den Zustand unserer Gemeindeverwaltung und der einzelnen Unternehmungen geben. Man muß doch zugestehen, daß von Seite des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung wiederholte, ja unzählige Schritte unternommen worden sind, um die verschiedenen Hilfsmittel rechtzeitig sicherzustellen. Ja, es war sogar eine Anzahl der Herren von der Opposition mit dem Bürgermeister bei den verschiedenen staatlichen Stellen, um zu intervenieren, und wenn diese Herren sagen, wenn man mit dem nötigen Nachdruck interveniert hätte, wäre ein Erfolg erzielt worden, so mache ich hier die Herren aufmerksam, daß sie als Mitglieder der Obmänner-Konferenz der Vorwurf trifft, daß auch sie es an dem nötigen Nachdruck haben fehlen lassen.

Ich möchte insbesondere gegenüber Herrn Dr. Schwarz-Hiller feststellen, daß er die Ueberzeugung haben muß, daß der größte Nachdruck bei den meisten staatlichen Stellen oft ganz vergebens angewendet wird. Ich bin mit Dr. Schwarz-Hiller in der Leitung einer amtlichen Versorgungsstelle und er weiß sehr gut, daß unsere Interventionen, die wir im Interesse der Bevölkerung an amtlicher Stelle unternahmen und die mit dem größten Nachdruck geführt worden sind, vielfach ergebnislos gewesen sind. Ich frage den Herrn Dr. Schwarz-Hiller, ob er der Leitung dieser Institution jemals einen Vorwurf hätte machen wollen oder können, daß es an einem solchen Nachdruck gefehlt hat. Wir sind in einer Situation, die ich schon vor zwei Jahren im Gemeinderate beleuchtet und besprochen habe.

Wir sind in der Situation, daß die Staatsgewalt und das Militär alle Machtmittel an sich gezogen haben und daß diese beiden Gewalten leider Gottes für die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Allgemeinheit gewöhnlich ein sehr geringes Verständnis haben, daß sie ihre Macht nur benützen, um sich an der Macht zu erhalten. Wenn es den Herren bekannt sein muß, daß die Dinge so liegen, so ist der Vorwurf ungerechtfertigt, daß der Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung nicht alle Energie aufgewendet hätten, um die wahre Sachlage in entsprechender Weise darzustellen und einen solchen Druck auszuüben, daß die maßgebenden Stellen ihm auch Rechnung tragen.

Es ist über die Ursache der Einschränkung in der heutigen Debatte manches gesagt worden und der Herr Referent hat in seinen einleitenden Worten darauf hingewiesen, daß insbesondere auch die Zustände unter unserem Personal wesentlich zur geringeren Leistungsfähigkeit des Straßenbahnbetriebes beigetragen haben.

Wir haben wiederholt — und anläßlich der Budget-Debatte hat es mein Kollege Kunschak getan — darauf verwiesen, welch außerordentlichen Anforderungen an unser Personal in der gegenwärtigen Zeit gestellt werden. Vom letzten Weichensteller bis hinauf zum obersten Beamten werden unerhörte Dienst- und Arbeitsleistungen gefordert, in einer Zeit, in welcher die Vorsorge für die entsprechende Lebensmittelversorgung außerordentlich mangelhaft und vollständig ungenügend ist. Wir haben uns in der letzten Zeit hauptsächlich wegen der Mängel in der Lebensmittelversorgung dazu verstanden, daß auch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserer Straßenbahnbediensteten eintreten muß, daß ähnlich wie in vielen anderen, auch in den Kriegsdienstleistungsbetrieben die Arbeitszeit verkürzt werden mußte, weil die Arbeiterschaft nicht mehr entsprechend leistungsfähig gewesen ist. Aber daß unter solchen Umständen die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens beträchtlich leiden muß, ist selbstverständlich, und das sollten sich insbesondere die Herren von der sozialdemokratischen Opposition vor Augen halten und diesen Umständen auch Rechnung tragen.

Ich muß muß es aber als durchaus ungehörig bezeichnen und als eine Beleidigung unser Straßenbahnbediensteten zurückweisen, wenn der Herr Gem.-Rat Neustadtl es gewagt hat, über den Krankheitszustand unter unseren Hauptwerkstättenarbeitern ungehörige Witze zu machen. Wenn der Herr Referent die Tatsache konstatiert hat, daß die spanische Grippe ein Fünftel der Hauptwerkstättenarbeiter durch einige Tage hindurch dienstunfähig gemacht hat, so ist das kein Anlaß, daß irgend jemand darüber Witze macht und es kann nur ein Mensch sein, der einer solchen Rasse wie Herr Gem.-Rat Neustadtl angehört, der so herzlos und gefühllos ist, eine solche Sache als Anlaß zu Witzen zu benützen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß solche Versuche auf das allerentschiedenste zurückweisen und stelle hier fest, daß unsere Straßenbahnbediensteten mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte gearbeitet haben, so lange sie konnten und bedauere es, daß es einen Gemeinderat gibt, der diese Vorkommnisse zu einem Witze benützen konnte.

Wenn die Herren Redner darauf verwiesen haben, daß die Leistungsfähigkeit unserer Straßenbahn zurückgegangen ist, weil nicht entsprechend vorgesorgt worden ist, so will ich hier eine

Unterscheidung machen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß in der Hauptsache die Einschränkung herbeigeführt wird dadurch, daß wir für die Hauptwerkstätte nicht nur die nötigen Materialien nicht mehr bekommen, sondern daß auch die einzelnen Gegenstände, die in der Hauptwerkstätte verwendet werden müssen, von den Firmen nicht mehr geliefert werden können.

Wir haben seinerzeit gegen den Willen der Opposition unsere Hauptwerkstätte eingerichtet und heute sehen wir, daß uns überhaupt nur die Hauptwerkstätte aufrecht hält. Wenn wir den Herren der Opposition gefolgt hätten und nicht in eigener Regie die Reparaturen der Motorwagen durchgeführt hätten, wenn wir heute auf die Lieferungen der einzelnen Firmen angewiesen wären, dann wäre unser Straßenbahnverkehr vielleicht schon eingestellt. Es ist aber auch der Straßenbahn-Direktion vielfach gar nicht möglich, die notwendigen Materialien zu beschaffen, weil sie sie nicht selbst herstellen kann. Sie kann zum Beispiel den Kabelfabriken, die Isolierdrähte liefern, nicht die notwendige Menge von Baumwolle verschaffen, aber auch, wenn sie dies könnte, wäre die Durchführung unmöglich, weil die Kontrolle über die richtige Verwendung eine sehr schwer durchführbare Sache wäre. Es müssen das die Firmen sich selbst besorgen. Aehnlich ist es auch mit anderen Materialien, Glimmer und verschiedenen anderen Dingen, die schon erschöpft worden sind, die müssen von den Firmen beschafft werden.

Die Sache ist in volkswirtschaftlicher Beziehung heute die, daß wir durch die lange Dauer des Krieges einem Zustande der Erschöpfung unserer ganzen Materialbestände entgegengehen, und daß wir bei diesem Erschöpfungszustande überhaupt angelangt sind, weiß jeder. An allem fehlt es. Alles, was man kaufen, sich beschaffen will, ist nicht zu erhalten, und wenn, dann unter außerordentlichen Schwierigkeiten. Das hängt mit der Absperrung zusammen, die uns die Einfuhr an Rohstoffen unmöglich macht, und zwar in solcher Weise, daß unser ganzes Wirtschaftsleben unter diesen Umständen zu leiden hat. In dieser Zeit, so meint die Opposition, soll unsere Straßenbahnverwaltung einfach alles zur Verfügung haben.

Was den Kriegsleistungsbetrieben nicht möglich ist — ich gehe noch weiter — was nicht einmal den militärischen Stellen möglich ist, das soll unserer Straßenbahn-Direktion vollständig zur Verfügung stehen. Weil sie jetzt infolge des Krieges nicht alles zur Verfügung hat, ist die Straßenbahn-Direktion und — weil wir schon dabei sind — auch der Herr Bürgermeister und die christlichsoziale Majorität schuld an den Einschränkungen des Straßenbahnbetriebes. Diese Tatsache zeigt ganz deutlich, daß die Einwendungen der Herren der Opposition in der Sache nicht gerechtfertigt sind. Sie dienen nur dazu, heute oder morgen aus diesem Ereignisse politisches Kapital zu schlagen aber wir lassen uns durch diese Einwendungen nicht beirren, wir sind die Mehrheit im Gemeinderate und wir wissen, welche Verantwortung wir zu tragen haben. Wir entschließen uns nicht leichten Herzens zu diesen Einschränkungen, das will ich gegenüber den Herren Oppositions-Rednern ausdrücklich feststellen. Wir sind uns der Tragweite dieser Beschlüsse voll und ganz bewußt, haben auch den Mut, die Verhältnisse richtig zu beurteilen, und wollen nicht auf die Stimme des einen oder den Wunsch des anderen Rücksicht nehmen, sondern unser besonderes Augenmerk darauf richten, den Verkehr auch im Winter aufrecht zu erhalten. Deshalb entschließen wir uns zu diesen Einschränkungen.

Es wäre noch interessant, festzustellen, in welchem Umfange dieselben sich bewegen, wenn die ganze Kürzung der Linie vorgenommen oder die Kürzung der Fahrzeit in Betracht gezogen wird. Die Einschränkungen sind verhältnismäßig gering. Wenn die Kürzung der Fahrzeit um $1^1/_2$ Stunden in Betracht gezogen wird, so betrifft die Kürzung kaum 10 Prozent, und wenn Sie die Kilometerleistung betrachten, so sind es höchstens 6 Prozent des Straßenbahnverkehres. Sie werden zugeben, daß dies so minimal ist, daß von wesentlichen Einschränkungen wahrhaftig nicht gesprochen werden kann.

Gewiß wird eine ganze Reihe Mitbürger schwer getroffen, welche gezwungen sind, aus ihrer gewohnten Lebensweise heraus zu neuen Einrichtungen zu greifen, aber wie gesagt, es ist notwendig, jetzt dieses kleinere Uebel zu wählen, als eine große Katastrophe verkehrspolitischer Natur über die ganze Wiener Bevölkerung hereinbrechen zu lassen. Die Verhältnisse liegen so, daß eine andere Lösung nicht möglich ist, daher lassen wir uns durch die Argumentation der Opposition nicht beirren.

Wenn Herr Gem.-Rat Emmerling sogar das Wahlrecht mit den Einschränkungen bei der Straßenbahn in Zusammenhang bringt, muß man sagen, daß dieser Zusammenhang ein sehr schwacher und bei den Haaren herbeigezogener ist, und wenn Herr Gem.-Rat Emmerling meint, daß das Ansehen unserer Gemeindevertretung dadurch leiden wird, weil die christlichsoziale Partei sie repräsentiert und weil man überall in der Gemeindevertretung nur die Parteirepräsentanz sieht, muß ich das zurückweisen, weil in der Mehrheit des Gemeinderates unsere Partei ihre Verwaltungsarbeit durchaus nicht zu einer parteipolitischen gestaltet hat, sondern weil sie sich auf das Zeugnis objektiver Männer berufen kann, daß sie mit ganzer Kraft und erfolgreich gearbeitet hat.

Wenn aber gesagt wird, daß wir nicht das notwendige Gewicht haben, so wird vielleicht die Schuld zum großen Teile den Herren der Opposition zuzumessen sein. Wenn die Herren der Opposition in diesen Fragen sich nicht immer darauf einrichten würden, nur zu kritisieren, wenn sie uns lieber unterstützen würden, anstatt das Gewicht unserer Worte abzuschwächen, wenn sie mehr ihrer Pflicht bewußt wären, im Interesse der Bevölkerung zu arbeiten; wenn sie das, was wir verlangen, unterstützen würden, würde das Gewicht der Gemeindevertretung erhöht, es würde sicherlich das Wort der Wiener Gemeindevertretung mehr Geltung haben. (Rufe: Sehr richtig!)

Mit den Einwendungen, meine Herren, unterstützen Sie nur die störrischen Elemente, die der Verwaltung alle möglichen Hindernisse in den Weg legen, Sie unterstützen mit Ihrer Politik die Elemente, die es nicht erwarten können, bis die Autonomie der Gemeinde wieder einen Mißerfolg aufzuweisen hat. Ich rufe Ihnen Ihre Verantwortung ins Bewußtsein, die Sie durch Ihre Haltung in solchen Fragen zu tragen haben.

Ich möchte aber noch eines feststellen. Die Herren der Opposition haben sich so aufgeregt wegen den, wie ich dargetan habe, verhältnismäßig geringen Einschränkungen. Sie haben dagegen eine Reihe von Herren ins Treffen geführt und jetzt zum Schlusse kommt Herr Gem.-Rat kaiserl. Rat Fischer und gibt uns den Rat, wir sollen den Verkehr überhaupt einstellen, wenn uns das Militär nicht besser Rechnung trägt. Meine Herren, das ist wahrhaftig eine Beweisführung, die niemand

verstehen kann. Auf der einen Seite gegen die bescheidenen Einschränkungen Opposition machen, auf der anderen Seite vollständige Einstellung des Verkehres verlangen, die die ganze Bevölkerung mit einem Schlage in eine ganz andere Situation bringen würde. Das ist bezeichnend für die Argumentationen der Herren von der Opposition.

Ich komme zum Schlusse. Ich kann nur wiederholen, was ich eingangs gesagt habe, daß wir im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung für die Anträge des Herrn Referenten stimmen werden, weil sie gut überlegt und wohl erwogen und wir überzeugt sind, daß wir damit einer Katastrophe vorbeugen können. Ich bin überzeugt, daß, sobald es die Verhältnisse gestatten, so rasch als möglich eine Verbesserung der Sache platzgreifen wird. Es kann ja niemand ernstlich meinen, daß die Gemeindeverwaltung ein Interesse hätte, einen schlechten Verkehr einzurichten, das wäre doch absurd und aus diesem Grunde, weil auch die Gemeindeverwaltung und die Direktion das größte Interesse an einem guten Verkehr haben, wird alles geschehen, um den Verkehr möglichst bald wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Ich meine aber, daß vielleicht ein Weg zu beschreiten möglich ist, den ich auch im Stadtrat schon angeregt habe, und ich erlaube mir, diesen Antrag vorzubringen. Es wird vielleicht an Sonn- und Feiertagen notwendig sein, wegen des starken Verkehres die Einschränkungen teilweise aufzuheben und wenigstens die Pendellinien, die an die Peripherie führen, an Sonn- und Feiertagen zu belassen. Ich kann mir nicht vorstellen, auch aus verkehrstechnischen Gründen, daß bei dem starken Verkehr die Umkuppelung der Wagen beim Grinzinger Bahnhof oder in der Hütteldorferstraße besorgt wird. Ich bin überzeugt, daß der starke Sonn- und Feiertagsverkehr nur aufrechterhalten werden kann, wenn man die Wagen bis zu den Schleifen führt und so die zeitraubende verkehrsstörende Umkuppelung der Wagen erspart.

Ich glaube daher, daß meine Anregung, an Sonn- und Feiertagen den Verkehr möglichst im alten Umfange aufrecht zu erhalten, von der Straßenbahn-Direktion baldmöglichst durchgearbeitet und erledigt werden soll. Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen: Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, zunächst für die Sonn- und Feiertage die Ausdehnung des Straßenbahnverkehres womöglich in der bisherigen Ausdehnung ins Auge zu fassen. Es ist dies auch deswegen, weil gerade in der heutigen Zeit die intensive Arbeitsleistung der übergroßen Mehrzahl der Menschen die ganze Woche hindurch die paar Stunden Erholung in frischer Luft an Sonn- und Feiertagen unbedingt notwendig macht. Durch die Annahme meines Antrages werden wir diesen Verhältnissen Rechnung tragen. Ich stimme für die Anträge des Referenten, ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung, wenn sie sich die Dinge überlegt, uns rechtgeben und danken wird, daß wir rechtzeitig Vorkehrungen getroffen haben, um den Niederbruch des ganzen Straßenbahnverkehres zu verhindern.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Zum Worte gelangt Herr Bezirksvorsteher Dr. Blasel.

**Bezirksvorsteher Dr. Blasel**: Ich protestiere zunächst gegen die Entscheidung der Statthalterei, daß Bezirksvorsteher nur zu Gegenständen ihres Bezirkes sprechen dürfen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** (unterbrechend): Darf ich bitten, nur zum Gegenstand zu sprechen.

**Bezirksvorsteher Dr. Blasel** (fortfahrend): Ich bin schon fertig. Diese Entscheidung entspricht zwar dem Wortlaute des Statutes und der Geschäftsordnung . . .

**Vize-Bürgermeister Hierhammer** (neuerlich unterbrechend): Ich bitte, über die Entscheidung der Statthalterei nicht zu reden. Dies gehört nicht zur Sache.

**Bezirksvorsteher Dr. Blasel** (fortfahrend): Zum Gegenstande selbst möchte ich bemerken, daß ich mich freue, feststellen zu können, daß die Beschlüsse der Bezirksvertretungen, die gestern in einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten sind und dort einstimmig Beschlüsse gefaßt haben, die ich heute früh dem Herrn Bürgermeister überreicht habe, geneigtes Gehör gefunden haben und daß wenigstens die gröblichsten Benachteiligungen der Bezirke behoben wurden.

Es handelt sich um die Wiedereinführung der V-Linie, denn nur so ist es möglich, daß die Spitäler und Aemter meines Bezirkes wieder eine Straßenbahnverbindung erhalten.

Ebenso muß ich es freudig begrüßen, daß die Linie in die Freudenau wieder eingeführt wird, wenn auch nur mit einem Einstundenverkehr. Das wird jedenfalls für die Zeit genügen. Sehr bedauern muß ich aber, daß der Verkehr in die Hauptallee vollständig eingestellt bleiben soll. Dort ist doch ein großes Rekonvaleszentenheim, dann die Rotes-Kreuz-Anstalten und schließlich sind ja die Praterleute auch da, denn sie sind eine große Kolonie von sehr bedeutenden Steuerträgern, die unter dem Krieg sehr leiden und die die weitestgehende Beschränkung des Verkehres auf das empfindlichste fühlen werden, insbesondere die frühere Einstellung des Verkehres am Abend, so daß das Abfluten der Menge aus dem Prater schon um 9 Uhr zu gewärtigen sein wird. Das sind schwere Schäden, die die Praterleute aber in ihrem gewohnten Patriotismus und in der selbstverständlichen Erwartung hinnehmen werden, daß die Straßenbahn-Direktion, sobald es ihr nur irgendwie möglich sein wird, wieder den normalen Verkehr einführen wird.

Selbstverständlich sind wir auch für die Verlegung des Verkehres bis zum Santa Lucia-Platz hinauf; daß ist so ein kleines Stück, daß es wirklich nicht der Mühe wert ist, den Verkehr dort einzustellen; dort haben wir ja doch das Kühlhaus, das Lagerhaus und verschiedene Fabriken. Dieses kleine Stückchen wird es wirklich nicht mehr ausmachen. Herr Direktor Spängler hat zwar heute in der „Neuen Freien Presse" erklärt, wie glänzend die Leopoldstadt mit Straßenbahnen bedient sei.

Ich möchte ihn aber gerne ersuchen, sich einmal mit dem St.-Rat Körber oder dem St.-Rate Jung ins Einvernehmen zu setzen, ob sie auch der Meinung sind, daß die Leopoldstadt diesbezüglich so glänzend versorgt sei. Ich möchte ihm einmal wünschen, sich zum Stadtpark zu stellen und dort so ein unglücklicher Staatsbürger zu sein, der warten muß, bis ein F- oder B-Wagen kommt; bei dem jetzigen Regenwetter kann es ihm passieren, daß Schwammerln auf ihm wachsen bis er seinen Wagen bekommt. Der Verkehr in die Leopoldstadt ist sehr schlecht; allerdings haben wir eine große Anzahl Linien dort, weil in der Leopoldstadt eine Remise ist, aber die Wagen fahren nur in der Frühe aus der Remise heraus und kommen während des Tages nicht mehr zurück. Hoffentlich wird der Verkehr in unserem Bezirke wieder ins Normale gebracht werden. Ich habe allerdings nicht die Ueberzeugung, daß die Metalle aus der Ukraine Herrn Spängler sehr bald herausreißen werden,

denn wenn uns nicht von anderswo zu Hilfe gekommen wird werden wir wahrscheinlich denselben Effekt haben wie mit dem Omnibusverkehr und den Pferden aus der Ukraine.

Die übrigen Linien interessieren mich weiter nicht und ich unterlasse jede allgemeine Kritik, die die Opposition zur Genüge besorgt, aber Eines möchte ich doch in Erinnerung bringen. Der Herr Bürgermeister hat vor einiger Zeit gesagt, über der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt sollte ein großes Plakat angebracht werden: Bankerott! Man könnte auch über die Straßenbahn-Direktion ein solches Plakat anbringen. (Rufe: Oho!) Der Straßenbahnverkehr hat Bankerott gemacht und wenn Sie heute noch den Satz aufrecht erhalten, daß Wien die bestverwaltete Stadt Europas sei, so muß ich schon sagen: Ich bin ein bescheidener Mensch und möchte in den schlechter verwalteten Städten Budapest oder Berlin leben.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte gelangt pro Herr Gem.-Rat v. Steiner.

**Gem.-Rat v. Steiner:** Wer in der letzten Zeit die Berichte der Blätter der Opposition über die in Verhandlung stehende Angelegenheit und die Ausführungen der Herren Redner der Opposition mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß zur Ueberzeugung gelangen, daß der Burgfriede beurlaubt worden ist (Rufe: Sehr richtig!) und daß die Herren diese Angelegenheit nicht vom sachlichen, nicht vom verkehrspolitischen, sondern vom politischen Standpunkte aus beurteilt und behandelt haben. (Rufe: Sehr richtig!) Es macht auf mich den Eindruck, als ob man mit Gewalt einen Prügelknaben suchen wollte, dem man die Verantwortung aufwälzt. Es geht nicht an, den Gemeinderat in toto zu beschuldigen, es geht auch nicht an, die Obmänner-Konferenz zu beschuldigen. Herr Gem.-Rat Emmerling hätte seine parteimäßigen Ausfälle gewiß unterlassen, wenn er sich an den Obmann seines Klubs und den Führer der Opposition Herrn Dr. Hein gewendet hätte. Beide Herren Redner hätten ihm mitgeteilt, daß die Obmänner des Gemeinderates unter Führung des Bürgermeisters seit Jahren in dieser Angelegenheit bei den kompetenten Faktoren vorgesprochen haben und energisch bestrebt waren, alle jene Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine Beschränkung des Verkehres hintanzuhalten. Herr Gem.-Rat Reumann und Herr Dr. Hein werden sich gewiß erinnern, daß, als die Motorführer einberufen werden sollten, der Bürgermeister mit den Obmännern sofort zum Kriegsminister ging und energisch Einspruch erhob und erklärte, daß die Straßenbahnen das einzige Verkehrsmittel in Wien sind und daß die Verhältnisse in Wien nicht so liegen wie in Budapest und Berlin, und daß daher die Motorführer nicht einberufen werden dürfen. Die Herren Dr. Hein, Reumann und Dr. Dorn, der in Vertretung des Herrn Dr. Hein im Parlamente einer Konferenz beigewohnt, können bestätigen, daß der Herr Bürgermeister dem Landesverteidigungs-Minister gegenüber rücksichtslos die Interessen der Gemeinde und der Straßenbahnen vertreten hat. Den Herrn Bürgermeister als Prügelknaben auszusuchen, geht auch nicht an, weil die Bevölkerung Wiens ohne Unterschied der Partei davon überzeugt ist, daß der Herr Bürgermeister vom Morgen bis zum späten Abend seine Pflicht erfüllt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und bestrebt ist, diese Beschränkung des Verkehres hintanzuhalten.

Einem Teil der Presse hat es beliebt, in letzterer Zeit den Direktor Spängler für alles verantwortlich zu machen. Es muß offen und laut in der Gemeinderats-Sitzung erklärt werden: Herr Direktor Spängler ist ein pflichttreuer Beamter und eine von den Autoritäten des Auslandes anerkannte Autorität auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Die gesamte Betriebsleitung der Straßenbahnen, die Beamten und Bediensteten der Straßenbahnen haben unter den so schwierigen Verhältnissen, die der lang andauernde Krieg mit sich gebracht hat, ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Die Herren der Opposition und ihre Presse wissen ganz genau, wer der Hauptschuldige ist, nur wollen sie ihn nicht nennen. Es ist der lang andauernde Krieg und es sind die Verhältnisse, die er mit sich gebracht hat. Wenn gesagt wird, die Straßenbahn-Direktion sei nicht genug vorsichtig gewesen, so werde ich darauf noch zurückkommen. Sind denn die Beschränkungen des Straßenbahnverkehres, die wir jetzt beschließen müssen, die einzigen Beschränkungen in unserem Verkehrswesen?

Betrachten Sie doch unsere Vollbahnen. Schauen Sie sich das Kursbuch an, wie die Fahrpläne der Westbahn, der Franz Josefs-Bahn und der Nordbahn jetzt aussehen! Es ist eben eine Folge des Krieges, daß wir diese Beschränkung durchführen müssen. Ich habe Sonntag in einem Blatte einen Artikel gelesen, wo es förmlich als ein Glück bezeichnet wird, daß es dem Bürgermeister nicht gelungen ist, den Betrieb der Stadtbahn in die Verwaltung der Gemeinde zu bringen. Erlauben Sie mir nun, Ihnen folgendes ins Gedächtnis zurückzurufen.

Es war im Jahre 1911, als die Verkehrs-Kommission ein Subkomitee einsetzte, das die Verhandlungen mit einem französischen Finanzsyndikat zu führen hatte, um die Erbauung der Untergrundbahn in Wien zu erreichen. Die Verhandlungen waren so weit gediehen, daß sich das französische Syndikat verpflichtet hätte, die Untergrundbahn in Wien zu erbauen und zu betreiben. Sie hatte auch das sechzigjährige Heimfallsrecht konzediert und hätte der Gemeinde Wien von jeder Fahrkarte 1 h gezahlt.

Da waren es die Blätter der Opposition, welche scharf dagegen Stellung nahmen und erklärten: mit Rücksicht auf den Ausfall der Reichsratswahlen im Jahre 1911 komme im Jahre 1912 eine andere Majorität und erst die freisinnige Majorität dürfe an die Erbauung der Untergrundbahn schreiten! Ein schweres Versäumnis, welches Ihnen und Ihrer Presse zugeschrieben werden muß! Als im Jahre 1912 Dr. Weiskirchner Bürgermeister wurde, nahm er sofort die Verhandlungen mit den Finanzkräften neuerdings auf, aber der Krieg war bereits in Sicht und die Engländer erklärten schon zwei Jahre vor 1914, daß sie größere finanzielle Transaktionen mit den Mittelmächten nicht mehr durchführen. Die Franzosen führten die Verhandlungen mit dem Bürgermeister noch lange fort. (Bürgermeister: Bis Mai 1914! — Hört! Hört!) Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges zerschlugen sich die Verhandlungen.

Wenn heute auf Berlin hingewiesen wird, dann möchte ich nur bemerken, daß dort der Verkehr deshalb besser ist, weil sie dort eine leistungsfähige Untergrundbahn haben.

Ist denn der Verkehr auf der Stadtbahn nicht beschränkt? Im Frühjahr 1914 war der Drei- und Vierminuten-Verkehr und jetzt haben wir den Zwanzigminuten-Verkehr. Die Bevölkerung der Vororte kann die Fernzüge in den Stationen Hüttelsdorf, Heiligenstadt und Meidling nicht benützen; die ganze Be-

völkerung muß auf die Hauptbahnhöfe strömen, weil sie nur auf diese Weise Platz für die Fernzüge bekommt.

Es wäre eine wesentliche Entlastung unserer Straßenbahnen, wenn es möglich wäre, der Bevölkerung die Benützung der Hauptbahnen zu erleichtern. Das ganze Militär, das durchzieht und uns sehr belastet, könnte im Transitverkehr auf der Stadtbahn befördert werden.

All die Folgen der langen Dauer des Krieges sind eben Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen und man muß nur den Mut haben, es auszusprechen. Der Automobilverkehr ist ja auch nahezu ganz verschwunden und ebenso das schwere und das leichte Straßenfuhrwerk, so daß die Straßenbahn das einzige Verkehrsmittel ist, das wir noch haben.

Wenn behauptet wird, daß es in Budapest besser sei, so möchte ich ins Gedächtnis rufen, daß die Frequenz des Verkehres in Budapest nur um 60 Prozent gestiegen ist, während sie bei uns sprunghaft um 100 Prozent während des Krieges gestiegen ist. Ferner wird auf Berlin hingewiesen. Ich war während des Krieges wiederholt draußen und weiß, daß auch dort eine Verminderung des Straßenbahnverkehres vorgenommen worden ist. Dort haben sie aber überdies noch einen größeren Omnibusverkehr, ferner leichtes Fuhrwerk und vor allem die Untergrundbahn, die nach allen Richtungen verkehrt und den größten Teil des Verkehres auf sich nimmt. Es sind daher die Verhältnisse wesentlich anders. Was aber die Stadt anlangt, so glaube ich schon, daß sich die Regierung dort energischer der Angelegenheiten der Stadt annimmt, als es leider bei uns in Wien der Fall ist und ich glaube nicht, daß auch die gutgemeinten und kräftigen Versprechungen, die uns gemacht worden sind, eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen werden. Denn Baumwolle, Gummi und Oel stehen uns nicht zur Verfügung und werden daher nicht aufgebracht werden können. Wir müssen eben mit der Abnützung der Verkehrsmittel rechnen und müssen rechtzeitig an die Beschränkung des Straßenbahnverkehres schreiten, um nicht im Winter vor der Katastrophe zu stehen. Ich glaube, angenehmer wäre es ja der geehrten Opposition und ihrer Parteipresse, wenn diese Verhältnisse in Wien eintreten würden. Wir wissen das aber rechtzeitig zu verhindern. (Zustimmung bei der Majorität. — Lebhafter Widerspruch bei der Opposition.) Ja, meine sehr verehrten Herren, man muß nur heraus mit der Sprache.

Nun, meine Herren, hat Herr Kollege Emmerling erklärt, der christlichsozialen Partei mangle Mut bei Verhandlungen mit der Regierung. Es ist nicht Sache einer staatserhaltenden Partei, jede Konjunktur im österreichischen Abgeordnetenhause zu erpressen und auszunützen. Wir haben aber den Mut gehabt, während des Krieges an maßgebender Stelle als freie Männer im Interesse der Wählerschaft ein freies Wort zu sprechen und das werden Ihnen auch die Herren Obmänner bestätigen können.

Es hat Herr Kollege Emmerling bemerkt, es wäre eine Kurzsichtigkeit der Direktion gewesen, daß sie nicht schon im Jahre 1915/16 für entsprechende Vorräte an Gummi gesorgt habe. Meine sehr verehrten Herren! Die Beschlagnahme von Gummi erfolgte im Herbste 1915 und es wäre daher unmöglich gewesen, Gummi zu erhalten. Denn hätte die Direktion solchen aus dem Auslande bekommen, so wäre er sofort von der Militärverwaltung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes beschlagnahmt worden.

Es wird erklärt, der Herr Direktor sei ein Fiskalist und es wird auch in Ihren Blättern geschrieben, daß weder der Gemeinderat noch der Stadtrat stark genug seien, einen Einfluß auf die Tätigkeit des Direktors der städtischen Straßenbahnen zu nehmen. Der Herr Direktor hat in den Obmänner-Konferenzen und in den Stadtrats-Sitzungen schon vor zwei Jahren die Glocke gezogen und gesagt, was kommen wird, und Sie erinnern sich auch an die Debatte im Wiener Gemeinderate, wo anläßlich der Beschaffung von Kohlenvorräten diese Angelegenheit berührt worden ist. Wir wußten und wir wissen, daß dies so kommen muß. Aber die Schuld daran trifft weder den Direktor der Straßenbahn noch die Gemeindeverwaltung.

Die Arbeiter sind um 50 Prozent vermehrt worden. Da kann man doch nicht vom Fiskalismus sprechen. Daß der größte Teil nicht leistungsfähig ist, darunter leidet die Ausgestaltung der Waggons. Und deshalb, meine Herren, ist auch die Abnützung eine viel größere und namentlich die des Untergrundes. Denn, wie die Wagen jetzt rollen, so ist die Abnützung viel größer und die Reparatur fortwährend notwendig. Weiters kommt noch die Ueberfüllung in Betracht. Die Motore werden so überanstrengt, daß diese Ueberanstrengung 100 Prozent gegenüber Friedenszeiten beträgt. Der Herr Gem.-Rat Emmering hat erklärt, es wäre zu wenig Voraussicht gewesen, daß man keine Bestellungen gemacht hat. Bestellungen sind aber gemacht worden; und daß die Heeres- und Staatsverwaltung alle Privatbetriebe mit Beschlag belegt hat und die Bestellungen der Straßenbahn-Direktion nicht effektuiert hat, dafür kann doch der Herr Direktor Spängler nicht verantwortlich gemacht werden.

Der Motor nützt sich ab, da er sich erhitzt, weil kein Isoliermaterial vorhanden ist. Ein Teil des Materiales muß aus dem Auslande bezogen werden und ist seit Jahren nicht zu erhalten. Wir müssen Produkte von uns nach Deutschland schicken, um einiges Material von dort zu bekommen. Es sind dies also Vorwürfe, mit denen wir aber diese Frage nicht erledigen können. Ich habe hier ein Spätabendblatt in der Hand, welches in einem Leitartikel schreibt „Großstadt oder Krähwinkel", wo alles das, was ich gesagt habe, angezogen wird. In dem Artikel wird am Schlusse bemerkt, die Bevölkerung Döblings und Grinzings sei von jedem Verkehr ausgeschlossen. Diese Gegend müsse aussterben.

Ich kann den Artikelschreiber versichern, wenn er älter wäre, müßte er wissen, wie es früher war. Ich erinnere mich an die Zeit, wo zwei Stellwagen von Grinzing nach Wien verkehrten, und drei Stellwagen von Sievering nach Wien. Aber damals ist man nicht, wie es jetzt den jungen kräftigen Leuten beliebt, von einer Haltestelle zur anderen gefahren. Heute war ich Zeuge auf der Fahrt mit der Straßenbahn, daß einer nur zwei Haltestellen gefahren ist. Ist das notwendig? Wir sind lange von Grinzing bis nach Margareten zu Fuß gegangen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Aber verwöhnt ist ein großer Teil der Bevölkerung. Es ist ein ganz falscher Humanismus gegenüber diesen jungen Leuten, und wenn die Bevölkerung dem Aufrufe des Herrn Bürgermeisters sich fügt und nur dort fahren würde, wo es unbedingt notwendig ist, so würde sofort eine Entlastung unserer Straßenbahn eintreten. Wie kann denn die Gegend absterben? Im Bezirke Döbling ist es von keiner Station weiter als zehn Minuten.

Von der Erbsenbachgasse nach Sievering sind zehn Minuten, vom Kriegsspital sind auch nur fünf Minuten. Den Weg kenne ich sehr gut, weil ich ihn selbst täglich gehe. Von der Barawitzkagasse zur Hohen Warte sind fünf Minuten und vom Nußdorfer Hauptplatz zur Zahnradbahn kaum drei Minuten. Ist denn das eine Absperrung des gesamten Verkehres? Das kann doch im Ernste niemand behaupten. Ich glaube, meine Herren, man soll doch diese Angelegenheit mehr sachlich beurteilen und offen und ehrlich sagen, wir müssen uns einschränken auf dem Gebiete der Ernährung und wir müssen uns auch Einschränkungen auf dem Gebiete des Verkehres gefallen lassen. Der Krieg ist die alleinige Ursache, welcher diese Verhältnisse geschaffen hat. Ich gehöre nicht zu den Optimisten, welche zum Fenster hinaus sagen, das werde sich alles bessern und ändern in dem Momente, wo der Friede eintritt. Nein, meine Herren, das wird sich nicht so rasch ändern. Unter diesen Verhältnissen werden wir noch jahrelang leiden und ich behaupte, daß erst unsere Kinder in normale Verhältnisse kommen werden, aber nicht mehr wir alten Leute.

Ich möchte nur noch eine Anregung geben, ich weiß zwar nicht, ob sie durchführbar ist, möchte aber den Herrn Bürgermeister bitten, diese Anregung zu prüfen, ob es nicht doch möglich wäre, eine einheitliche Bureauzeit einzuführen, damit eine einheitliche Mittagszeit für die Angestellten aus Privatkreisen erreicht werde. Dadurch könnten vielleicht unsere Verkehrsmittel entlastet werden. Ob das durchführbar ist, weiß ich nicht. Ich würde aber den Herrn Bürgermeister bitten, dieser Anregung nachzugehen.

Ob wir hier nun viel oder wenig kritisieren, ändert nichts an der Sache. Es gibt eine Kritik und ein Nörgeln um jeden Preis. Es wundert mich nur, daß man den Herrn Bürgermeister nicht auch für die Telephonmisere verantwortlich gemacht hat. (Rufe: Ist schon geschehen!) Das habe ich gar nicht gelesen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Verhältnisse in der Millionenstadt Wien bessere sind, als sie in sehr vielen kleinen Hauptstädten unseres Vaterlandes sind und daß sie nicht schlechter sind als in den Hauptstädten unserer Feinde. Auch dort sind namhafte Beschränkungen der Bevölkerung auferlegt worden und wir werden pflichtgemäß zusammenstehen, um diese Beschränkungen nicht ein Stunde länger aufrecht zu erhalten, als notwendig ist, weil wir genau wissen, daß sie eine Schädigung der Interessen der Bevölkerung sind.

Ich gebe offen zu, es ist eine schwere Last für die Bevölkerung. Wir Männer müssen jetzt oft den Haushalt befriedigen, wie es die Frauen tun, auch wir müssen dazu schauen, ob wir etwas erschleichen können und wir müssen auch oft Packerln nach Hause tragen, aber alles das wird vorübergehen, denn die Gemeindeverwaltung hat schon größere Fragen gelöst und ich bin überzeugt, daß sofort nach Eintritt des Friedens alles daran gesetzt wird, um auch diese Frage zu lösen und die Bevölkerung voll und ganz in Bezug auf den Verkehr zu befriedigen.

Heute würde ich bitten, ruhigen Gewissens für den Antrag des Referenten zu stimmen, es sind das Uebergangsbestimmungen. Katastrophenpolitik dürfen und werden wir nicht treiben, weil wir sonst im Winter vor gänzlicher Einstellung des Verkehres stehen würden. In diesem Zusammenhange muß ich das kleinere Uebel dem größeren vorziehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Bürgermeister**: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

**Referent Gem.-Rat Schneider**: Ich werde mir erlauben, kurz und sachlich den einzelnen Herren Rednern zu erwidern.

Der Herr Gem.-Rat Neustadtl hat die Behauptung aufgestellt, daß Budapest genügend mit Schellack und Gummi versorgt ist. Das ist unrichtig, wie mir mitgeteilt wurde. Ich kann aber nicht unterlassen, wie dies übrigens schon von anderen Kollegen getan wurde, auch bezüglich des Herrn Direktors Spängler einige Worte zu sprechen. Wenn je ein Mann so unverdient angegriffen wurde, wie dies beim Herrn Direktor Spängler geschehen ist, der unablässig tätig ist und der im unangenehmsten und verantwortungsvollsten Dienste tätig ist, so kann ich nichts anderes tun, als diese Dienste voll anerkennen. Herr Gem.-Rat Emmerling hat auch von uns vorausgesetzt, daß wir Propheten sein sollen und er hat behauptet, daß schon im Verwaltungsberichte für das Jahr 1915/16 der Höchststand eingetreten ist. Wenn der Herr Gemeinderat das Diagramm II mit dem Bleistift verfolgt, so kommt er darauf, daß im Jahre 1915/16 der gleiche Verkehr war wie im Jahre 1909, also es war damals keine abfallende Tendenz. Daß dann der Verkehr steigen wird, konnte man im Jahre 1916 nicht voraussehen. Daß der Krieg so lange dauern wird, hat man auch nicht gewußt, aber trotzdem wurden im Jahre 1916 200 Wagen neu bestellt. Ueber die Stellung unserer Parteien ist schon geantwortet worden und es wäre nur zu erwägen, ob in den Ernährungsfragen, wo die Sozialdemokraten nur Einfluß haben, besondere Resultate erzielt wurden. Ich möchte Herrn Kollegen Emmerling gegenüber noch bemerken, daß wir nie an einen Reservepark gedacht haben, daß schon im Referate erwähnt wurde, daß wir mit einer großen Bedeckung in das Kriegsjahr eingetreten sind und stets 10 Prozent Reserve gehabt haben. Er hat auch bezüglich der Arbeiter, die wir zurückbekommen sollen, gesagt, wir müssen sie ebenso verdienen lassen, wie die Leute im Kriegsbetrieb verdienen. Wenn wir den Leuten das zahlen würden, was ihnen zum Beispiel Skoda und Wetzler bezahlen, dann müßten wir einen Einheitstarif von einer Krone einführen.

Ueber die Kürzung des Verkehres möchte ich Herrn Gem.-Rat Emmerling auf die vorliegende Karte verweisen und ihn fragen, ob wir den Zirkel dort gar so sehr gehandhabt haben. Ein Blick auf die Karte würde ihn belehren, daß diese Kürzungen nicht so groß sind und verhältnismäßig minimal genannt werden müssen. Bezüglich der Haltestelle in der Max Emanuel-Straße, bei der Straßenbahnlinie 41 möchte ich noch bemerken, daß sich darüber reden ließe. Wenn ein Antrag gestellt wurde, kann Herr Gem.-Rat Emmerling versichert sein, daß dieser Antrag im Stadtrate einer reiflichen Ueberlegung zugeführt werden wird. Bezüglich der Linie nach Schwechat muß ich sagen, daß uns Wien näher liegt als Schwechat.

Wenn wir überall Konzessionen machen, kommen wir nie zu einer Ersparnis von Motorwagen, wie wir sie brauchen und haben müssen.

Für Ausflügler — Herr Gem.-Rat Emmerling hat so gesagt — sei eine Viertelstunde Weg schon etwas viel! Wenn ein Ausflügler eine Viertelstunde länger gehen muß, wird es nur im Sinne seines Ausflugszweckes sein, da er mehr Bewegung macht. Im übrigen wird der Sonntagsverkehr, wenn der An-

trag Spalowsky einer Erwägung unterzogen wird, wesentlich abgeändert werden können.

Der Omnibusanschluß ist nur von den Endstationen gedacht und nicht parallel laufend, nur die Durchzugsomnibusse, die in der Nachtzeit eingeführt werden, sollen auch in die Innere Stadt gehen.

Herr Gem.-Rat Emmerling hat auch gesagt, wir hätten es an der Vorsicht fehlen lassen, überall früher energische Schritte zu unternehmen. Hier liegt ein Faszikel mit 7400 Ansuchen um Enthebungen. Daraus können Sie entnehmen, was in dieser Sache geleistet wurde.

Ich habe nur noch übersehen, auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rates Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller zu entgegnen. Er behauptet, daß wir übersehen hätten, Eingaben an die verschiedenen Zentralen zu machen. Es liegt mir hier ein Verzeichnis von 97 Eingaben, die nur im Geschäftsjahre 1917/18 an diverse Zentralen erfolgt sind, vor, davon zwei an die Woll-Zentrale und zwei an die Hadern-Zentrale. Herrn Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller kann ich versichern, daß wir auch in diesem Punkte, den er angezogen hat das Nötige veranlaßt haben.

Herr Gem.-Rat David hat beanständet, daß jetzt der Weg für die Kinder von der Endstation zu den Spielplätzen und den Kinderheimstätten zu groß sei. Ich erwidere ihm, daß das nicht ganz zutrifft, nachdem für die Kinder längst ein Sonderverkehr eingeführt worden ist, der auch fernerhin bestehen bleibt.

Er hat uns weiters gesagt, wir hätten es an der nötigen Energie fehlen lassen. Nun, wir haben in der Kohlenfrage die Energie aufgebracht und das hat uns schon einiges genützt, so daß wir hoffen können, daß uns unser heutiger Beschluß auch nützen wird.

Bezüglich der Salonwagen, die Herr Gem.-Rat David in den allgemeinen Verkehr gebracht zu sehen wünscht, erwähne ich, daß sie seit dem Jahre 1915 nicht mehr im Verkehr sind. Wir haben im ganzen 7 Salonwagen; bei sechsen derselben haben wir die Motore abmontieren und sie an gewöhnliche Wagen, die für die allgemeine Benützung dienen, aufmontieren lassen. (Ruf: Na also!)

Er hat auch über die Wachmannschaften, die öfter zur Bellaria befördert wurden, gesprochen. Es handelt sich da meist um Wachmannschaften, die vom Dienste kommen, 24 Stunden im Dienste gestanden sind und noch irgendwo einen Kondukt beizustellen haben. Da ist es doch selbstverständlich, daß wir diesen ermüdeten Leuten — es sind ja doch auch unsere Leute — diese Unterstützung zuteil werden lassen.

Was die Kürzung der Linien anbelangt, so ergibt ein Blick auf die Straßenbahnnetzkarte, die hier hängt, daß viele Uebertreibungen vorgebracht wurden.

Herr Gem.-Rat Fischer will die Ersparung an Zugskilometern, welche durch die Einschränkung erzielt wird, wissen; sie macht 6 Prozent durch die Kürzungen und 8 Prozent durch die frühere Verkehrseinstellung in den Abendstunden aus.

Außerdem will er an Stelle der Verkehrseinstellungen die Intervalle verlängern. Das ist undurchführbar, weil wir schon Intervalle bis 25 Minuten haben. Eine noch größere Verlängerung der Intervalle würde größere Ansammlungen des Publikums involvieren und folgerichtig auch Ueberfüllungen herbeiführen, die wir nicht noch größer wünschen, als sie ohnehin sind.

Herr Gem.-Rat Schlechter beschwert sich, daß das Referat nicht gedruckt worden ist. Ich muß aber erwidern, es war technisch und auch physisch nicht möglich. Das Referat ist in den letzten Tagen zustande gekommen. Die Antworten des Generalmajors v. Landwehr, vom Handelsministerium und vom Eisenbahnministerium haben uns erst in letzter Stunde Zusicherungen gebracht und die hätten nicht in das Referat hineinkommen können.

Dem Herrn Bezirksvorsteher Dr. Blasel erwidere ich, daß die Verwundeten, die zur Rotunde spediert werden, in der Regel mit Vollbahnzügen hinkommen. Dieselben können die Station in der Ausstellungsstraße benützen, wenn die Endstation in der Hauptallee aufgelassen wird. Ich habe weiter nichts zu sagen.

**Bürgermeister**: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen wollen, daß ab 19. August 1918 die Verkehrseinschränkungen bei der Straßenbahn in Kraft treten, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Der Antrag ist angenommen.

Punkt I lautet: „Letzter Wagen um 9 Uhr 30 Minuten abends ab Ring nach außen."

Ich bitte jene Herren, welche bezüglich Punkt I einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität Angenommen.

Bezüglich Punkt I ist ein Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rates Ignaz Fischer eingebracht worden: „In den Tagesstunden bis 9 Uhr früh, ferner von 12 Uhr bis 2 Uhr mittags und von 6 Uhr bis 8 Uhr abends ist der Straßenbahnverkehr im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten."

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Gegen-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. Der Gegen-Antrag ist abgelehnt.

Weiters hat der Herr Gem.-Rat Ignaz Fischer den Antrag gestellt: „In der Zeit von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, ferner von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends und von 8 Uhr abends bis zum Betriebsschluß ist der Zugsverkehr um ein Fünftel zu reduzieren, beziehungsweise sind die Zeitunterschiede zwischen den Zügen entsprechend zu verlängern."

Ich bitte jene Herren, welche für diesen Gegen-Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. Der Gegen-Antrag ist einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.)

Was den Gegen-Antrag III des Herrn Gem.-Rates Ignaz Fischer anbelangt, „von einer gänzlichen Einstellung verschiedener Linien oder von einer Kürzung derselben ist abzusehen", so kann ich über einen negativen Antrag nicht abstimmen lassen, sondern bringe den positiven Antrag des Referenten zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Herrn kaiserl. Rates Ignaz Fischer ist, wird gegen den Antrag des Referenten stimmen. (Gem.-Rat Ignaz Fischer: Ich habe einen Eventual-Antrag eingebracht!)

Der kommt später! Das ist jetzt der dritte Antrag und dann kommt der Eventual-Antrag.

Ich studiere Ihre Anträge genau, Herr kaiserl. Rat. (Heiterkeit.) Ich werde mit Ihrer Zustimmung unter einem abstimmen,

denn ich glaube nicht, daß es notwendig sein wird, über jede Linie separat abzustimmen.

Also Punkt II lautet: „Gänzlich eingestellt werden die Linien C, 4, 34, 41 a, 64, 68, 72, 74, 158 und 167. Letztere vorbehaltlich der Zustimmung des Kriegsministeriums."

Ich bitte jene Herren, welche zu Punkt II ihre Einwilligung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Was Punkt III anbelangt, so liegt hier ein Antrag des Herrn Gem.-Rates Emmerling vor: „Bei der Max Emanuel-Straße im XVIII. Bezirke ist an der Linie 41 eine Haltestelle zu errichten, um den Verkehr zu und vom Krankenhaus der Kaufmannschaft zu erleichtern."

Ich bitte jene Herren, welche für diesen Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir haben nun über die einzelnen Linien abzustimmen. Ich glaube, daß ich auch da in toto abstimmen lassen kann. (Zustimmung.)

Ich bitte jene Herren, welche Punkt III annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Der Antrag ist angenommen.

Nun kommt der Eventual-Antrag Fischer: „Zwischen der Sophienbrücke und der Endstation Hauptallee ist für die ausgefallenen Linien 4, L und M ein Pendelverkehr zu aktivieren."

Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun kommt ein Antrag des Herrn Gem.-Rates Spalowsky: „Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, zunächst für die Sonn- und Feiertage eine Ausdehnung des Straßenbahnverkehres womöglich in der bisherigen Ausdehnung ins Auge zu fassen."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Dann kommt der Antrag David (liest):

„Die Salonmotorwagen sind während der Verkehrseinschränkung in den Verkehrsdienst zu stellen."

Ich bitte die Herren, welche für den Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit und der Antrag ist abgelehnt.

Es kommt ferner der Antrag Schlechter (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird ersucht, neuerlich an die hohe Kriegsverwaltung heranzutreten, selbe möge im Interesse der möglichsten Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehres die notwendigsten Hilfskräfte und Arbeitsmaterialien zu Verfügung stellen."

Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich erkläre ihn für einstimmig angenommen.

Es kommt nun der Antrag Emmerling, David und Reumann (liest):

„Für den Fall der Annahme des Stadtrats-Antrages ist der Zeitpunkt der Betriebseinschränkung so festzusetzen, daß er mit der Aufnahme des verlängerten und verdichteten Stadtbahnbetriebes, der Aufnahme des Omnibusbetriebes, der Einführung der Militärzüge auf der Nordwestbahn und der Verbindungsbahn, der Aufnahme des Verkehres im Donaukanal zusammenfällt."

Meine Herren! Da kriege ich fünf Termine! — Ich bitte die Herren, welche für diesen Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist abgelehnt.

Ich bitte jene Herren, welche Punkt IV annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche Punkt V annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist ebenfalls angenommen.

Meine Herren! Ich danke Ihnen und ich hätte nur gewünscht, daß der Beschluß des Gemeinderates einstimmig gewesen wäre. Das wäre für mich eine wesentliche Unterstützung für meine Schritte bei der Zivil- und Militärverwaltung gewesen. (Beifall.) Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Exzellenz v. Landwehr für die werktätige Unterstützung, die ich mir auch in Zukunft erbitte, den herzlichsten Dank des Gemeinderates auszusprechen. Ich danke auch dem Herrn Referenten. (Lebhafter Beifall.)

**Beschluß**: Ab 19. August 1918 treten folgende Verkehrseinschränkungen in Kraft:

I. Letzter Wagen um 9 Uhr 30 Minuten abends ab Ring nach außen.

II. Gänzlich eingestellt werden die Linien: C, 4, 34, 41 a, 64, 68, 72, 74, 158 und 167. Letzterer vorbehaltlich der Zustimmung des Kriegsministeriums. An Stelle der Linie C wird die halbe Linie V über die Untere und Obere Augartenstraße zur Taborstraße geführt, die andere Hälfte der Linie V geht wie bisher über den Kai. Auf der Linie 80 (Freudenau) und 117 (Leopoldau) wird das Intervall auf eine Stunde erweitert.

III. Teilweise eingestellt werden die Linien:

A und Ak: Lagerhausschleife—St. Lucia-Platz;

G: Rosensteingasse, Taubergasse, Panikengasse und Feßtgasse;

L und M: Valeriestraße—Prater Hauptallee;

V: Hormayrgasse (die Linie wird anstatt dessen zum Bahnhof Hernals geführt);

10: Penzingerstraße—Nisselgasse (bei gleichzeitiger Rückverlegung der Linie 58 in die alte Trasse);

31: Transiteinlage, Zelinkagasse bis Wallensteinplatz;

32: Buchbergergasse bis Jedlesee;

36: Sickenberggasse bis Nußdorf;

37: Barawitzkagasse bis Hohe Warte;

38: Bahnhof Grinzing bis Grinzing;

39: Erbsenbachgasse bis Sievering;

40: Gymnasiumstraße bis Türkenschanzpark;

41: Scheibenbergstraße - Pötzleinsdorf;

43: Dornbach bis Neuwaldegg;

52: Baumgartner Kasino bis Hütteldorf;

58 und 59: Neuer Markt bis Oper;

60: Schwarzenbergplatz—Mariahilfergürtel;

61: Neuer Markt bis Oper;

66: Gudrunstraße bis Troststraße;

67: Gellertgasse bis Troststraße;

Dampfstraßenbahn: Perchtoldsdorf — Mödling.

Bei der Max Emanuel-Straße im XIII. Bezirke ist an der Linie 41 eine Haltestelle zu errichten, um den Verkehr zum und vom Krankenhaus der Kaufmannschaft zu erleichtern.

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, nochmals an die hohe Kriegsverwaltung heranzutreten, selbe möge im Interesse der möglichsten Aufrechthaltung des Straßenbahnverkehres die notwendigsten Hilfskräfte und Arbeitsmaterialien zur Verfügung stellen.

IV. Auf die Dauer des vorzeitigen Betriebsschlusses (Punkt I) kommt der erhöhte Abendtarif von 40 h nicht zur Anwendung.

V. Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, nach Maßgabe der Verbesserung der Verhältnisse über die stufenweise Wiederauflassung der obigen Einschränkungen rechtzeitig an den Stadtrat zu berichten.

**Bürgermeister**: Ich bitte nun Herrn Gem.-Rat Spalowsky zum Referate.

**12. Referent Gem.-Rat Spalowsky**: Zahl 8172, Post 2. Resolution der Gemeinde Wien gegen die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise.

Der Gemeinderat hat sich während des Krieges wiederholt mit den Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete des Ernährungswesens zu beschäftigen gehabt. Wir haben die Erfahrung machen können, daß die Behandlung der Ernährungsfragen von Seite der Regierungsorgane und von Seite des Staates überhaupt oft eine solche war, daß dadurch die Bevölkerung außerordentlich belastet worden ist. Gerade während des letzten Jahres haben wir besondere Erfahrungen machen können, Erfahrungen, die uns gezeigt haben, wie von Seite der Regierung und der Staatsverwaltung mit einer Virtuosität die Bevölkerung unausgesetzt beunruhigt wird. Im Herbste des Vorjahres hat man uns Nahrungsmittelzubußen versprochen und anstatt dessen ist im Jänner die Mehlquote auf die Hälfte herabgesetzt worden.

Im Juni wurde auch noch die Brotration auf die Hälfte herabgesetzt. Wir haben uns daher alle gefreut, daß wir, sobald die neue Ernte zur Verfügung steht, wiederum die volle Brotquote und volle Mehlration erhalten können. Wir haben zwar auf Grund der Verfügung der Regierung seit gestern wieder das volle Brotquantum, aber wir haben gleichzeitig dazu eine andere Verfügung der Regierung über uns ergehen lassen müssen, eine Erhöhung des Preises des Brot- und Verschleißmehles, welche so exorbitant ist, wie wenige Preissteigerungen während des Krieges. Wenn wir uns die Situation vor Augen halten, müssen wir leider Gottes gestehen, daß die Regierung der Bevölkerung gegenüber Mittel zur Anwendung gebracht hat, welchen nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. Man hat der Bevölkerung eine achtwöchentliche Hungerkur verschrieben und als man sie mürbe gemacht hat, hat man ihr mit der Vorspiegelung der vollen Brotquote eine Erhöhung des Brot- und Mehlpreises auferlegt, die, wie ich schon gesagt, so exorbitant ist, wie wenige Preiserhöhungen vorher. Der Stadtrat hat zu der Absicht der Regierung, sobald sie bekannt geworden ist, Stellung genommen und in seiner Sitzung vom 2. August den Beschluß gefaßt, den ich zu vertreten die Ehre habe und zu dem ich mir Ihre Zustimmung erbitte. Ich möchte nur einiges weniges dazu sagen. Wenn der Wiener Stadtrat in erster Linie dagegen Stellung genommen hat und gegen die Erhöhung des Brot- und Mehlpreises Protest erhoben hat, so war es das Signal für eine ganze Reihe anderer Städte und Organisationen, die dem Protest des Stadtrates und der Gemeinde Wien nachgefolgt sind. Man muß sich vor Augen halten, daß die Erhöhung des Brot- und Mehlpreises deshalb so außerordentlich drückend ist, weil das Ernährungsmittel sind, die von jedem Menschen genossen werden, Ernährungsmittel, die durch andere nicht ersetzt werden können, und welche anderseits durch die Bewirtschaftung ohnedies im Konsum außerordentlich eingeschränkt worden sind.

Die Ursache der Erhöhung des Brot- und Mehlpreises ist nach der Verlautbarung der Regierung die Erhöhung der Getreidepreise. Ich bin der letzte, der gegen Erhöhungen, die gerechtfertigt sind, sich wehrt und ich kann es zumindest begreifen, daß die Landwirte in der Zeit, in der alles konstant steigt und die Preiskurve sich immer aufwärts bewegt, eine Erhöhung der Preise ihrer Produkte zu erzielen versucht haben.

Die Erhöhung des Getreidepreises beträgt nach den Verfügungen der Regierung 35 bis 37·5 Prozent. Selbst wenn man die Frühdruschprämien in Betracht zieht, erhöht sie sich bis zum 20. Dezember 1916 auf höchstens 100 Prozent. Anderseits beträgt die Erhöhung des Brotmehlpreises 138 Prozent, jene des Kochmehles 158 Prozent, während die des Feinmehles 183 Prozent beträgt. Es ist also die Erhöhung des Mehlpreises wesentlich über die Erhöhung des Getreidepreises hinausgegangen und das läßt den Schluß zu, daß mit den Erhöhungen, die verfügt worden sind, Summen gedeckt werden sollen, die ganz wo anders ihre Ursachen haben und die gar nicht mit der Erhöhung des Getreidepreises begründet werden können.

Die städtische Bevölkerung begreift es, daß die Bäcker eine Erhöhung des Brotpreises angestrebt haben. Sind doch die Produktionskosten für das Bäckergewerbe außerordentlich gestiegen, während der Brotpreis der gleiche geblieben ist. Ich verweise auf die Erhöhung der Preise aller Heizmaterialien, die so enorm ist, daß sie sicherlich einer Deckung bedarf. Anderseits ist es klar, daß die Bäckergehilfen eine Erhöhung ihres Lohnes verlangen, weil sie bis in die letzte Zeit zu den schlechtest bezahlten Arbeitern gehört haben. Diese Erhöhung würde die Bevölkerung verstehen und ruhig hinnehmen, weil sie gerechtfertigt ist.

Die Regierung ist aber mit der verfügten Erhöhung des Brot- und Mehlpreises weit über das notwendige Ausmaß hinausgegangen. Am letzten Sonntag hat uns die Regierung in ihrer Verlautbarung eine Berechnung gegeben, mit der sie dartun will, daß sie zu einer solchen Erhöhung der Brot- und Mehlpreise kommen mußte.

Was diese Rechnung anbelangt, so ist die interessante Tatsache festzuhalten, daß nach den Annahmen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bei dem einheimischen Getreide nach dem neuen Preise bei 100 kg sich ein Reingewinn von 23 K 50 h ergibt. Auf der anderen Seite nimmt die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt an, daß bezüglich des Getreides, welches aus dem Auslande, aus Ungarn, Rumänien und der Ukraine eingeführt wird, ein Verlust von 27 K per Meterzentner zu erwarten sein wird.

Aus diesen beiden Posten setzt nun die Regierung die Notwendigkeit der Erhöhung zusammen. Ich kann demgegenüber nur feststellen, daß diese Begründung der Regierung in keiner Weise ausreicht.

Wenn man diese Begründung als eine zutreffende hinnehmen sollte, so müßte uns auch mitgeteilt werden, welche Mengen von ausländischem Getreide für unseren Konsum in Betracht gezogen sind, weil man dann erst die Richtigkeit übe prüfen könnte. In ihrer Verlautbarung hat sich die Regierung darüber in Schweigen gehüllt und daher kommt man zu der Annahme, daß ganz andere Dinge mit der Erhöhung des Mehl- und Brotpreises gedeckt werden sollen. Nach der allgemeinen Ueberzeugung liegen die Gründe auch anderswo. Man spricht in eingeweihten Kreisen davon, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ein sehr bedeutendes Defizit, man spricht von 160 bis 180 Millionen Kronen, aufzuweisen hat und die Regierung mit der Erhöhung des Brot- und Mehlpreises nicht nur das bisher aufgelaufene Defizit zu decken beabsichtigt, sondern auch Vorsorge treffen will, um für die Zukunft entsprechende Summen zur Verfügung zu haben.

Nach Berechnung der Sachverständigen wird die Erhöhung des Mehlpreise 1100 Millionen Kronen ergeben, eine Summe, die so gewaltig und deswegen so empfindlich ist, weil sie gerade den Verbrauchern, also nur dem konsumierenden Teil der Bevölkerung auferlegt worden ist. Die Belastung der Verbraucher allein trifft naturgemäß Wien am allermeisten, die übrigen Städte nicht so schwer, weil dort auch zum Teil Selbstversorger sind, während die Wiener Bevölkerung ausschließlich aus Verbrauchern besteht. Wir müssen uns dagegen wenden, daß der Staat die Kosten, die er auf einmal aufbringen muß, lediglich dem verbrauchenden Teile der Bevölkerung auferlegt. Die Lasten, die durch die Bewirtschaftung des Getreides entstehen, mögen sie berechtigt sein oder nicht, müssen gedeckt werden. Sie sind tatsächlich nichts anderes als die Folgen des Krieges und diese Folgen müssen alle Teile der Bevölkerung in gleicher Weise tragen. Wenn schon die produzierende Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich mit Edelmehl einzudecken, während die Surrogate ausschließlich dem konsumierenden Teil zugewiesen werden, muß sicherlich auch die produzierende Bevölkerung für den Teil des Getreides, den sie verzehrt, die entsprechenden Lasten auf sich nehmen, die durch die staatliche Bewirtschaftung hervorgerufen wird. Aus diesem Grunde müssen wir gegen die Verfügung entschieden Einspruch erheben. Es ist übrigens interessant, daß die fiskalische Maßregel, die nichts als eine Steuer darstellt, die einem Teil der Bevölkerung auferlegt wird, von der Regierung getroffen werden konnte, ohne daß das Parlament in der Lage war, dazu Stellung zu nehmen. Es wird Aufgabe des Parlamentes sein, diese Verfügung der Regierung zu überprüfen und ihr eventuell schon wegen ihrer Einseitigkeit die Zustimmung zu versagen. In der Sache selbst, glaube ich hier der Ueberzeugung Ausdruck geben zu können, daß die Belastung der verbrauchenden Bevölkerung, die durch diese Preiserhöhung auferlegt wird, unerträglich ist und der schärfste Protest dagegen eingelegt werden muß.

Wir hören schon seit Jahren davon, daß Versuche gemacht werden müssen, um den Preis der verschiedenen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände abzubauen. Diese Versuche haben bisher zu einem positiven Resultate nicht geführt. Im Gegenteil, die Preise steigen unaufgesetzt. Und diese Steigerungen kommen in dem wirtschaftlichen Leben immer dadurch zum Ausdruck, daß jeder bemüht ist, sein Einkommen zu erhöhen. Wir kommen so in eine Sachlage, in der wir kein Ende sehen und keine Aussicht haben, jemals zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Es ist unter diesen Umständen sehr zu bedauern, daß die Staatsverwaltung gerade dieses für viele unentbehrliche Nahrungsmittel mit einer solchen Steuer belastet. Was soll man als freigewählter Vertreter sagen, wenn aus den Bevölkerungskreisen die Behauptung aufgestellt wird, daß der Staat der größte Preistreiber unter allen sei, wenn solche Vorkommnisse es unmöglich machen, gegen eine derartige Argumentation etwas einzuwenden. Die Steigerung der Mehl- und Brotpreise wird wieder Anlaß zu den verschiedenartigsten Preissteigerungen geben. Jeder Einzelne wird trachten, die erhöhten Lasten seiner Lebensführung dadurch zu decken, indem er für seine Ware und Arbeitskraft höheren Lohn fordert, und auch wir werden in der Gemeinde mit diesem Umstand rechnen müssen. Was nun gegen diesen Schritt der Regierung zu unternehmen ist, mit welchen Mitteln diese Sache zu ändern wäre, darüber sind in letzter Zeit die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Es ist auch von der Regierung auf einen Vorschlag eingegangen worden, daß man nämlich den Mindestbemittelten das Brot zu ermäßigten Preisen abgeben solle. So sehr ich den Mindestbemittelten diese Begünstigung gerne einräume, so sehe ich darin doch eine unzureichende Maßnahme. Es sind nicht nur die Mindestbemittelten, die unter der Erhöhung schwer zu leiden haben, sondern weite Kreise bis hinauf in die obersten Schichten des Mittelstandes werden durch diese Belastung außerordentlich schwer getroffen.

Ich bin auch überzeugt, daß die Abgrenzung des Kreises der Personen, welche dieser Begünstigung zuteil werden sollen, nicht besonders leicht sein wird und daß die Sache nicht überall durchgeführt werden kann. Wir haben ja in Wien dank unserer Einrichtungen, die während der Kriegswirtschaft getroffen wurden, die Möglichkeit dazu, weil wir den entsprechenden Apparat haben, den Kreis der Mindestbemittelten festzustellen, obwohl es auch nicht zu leicht ist. Es fehlt uns ja heute eine Einkommenstatistik vollkommen und infolgedessen ist auch die Auswahl der Mindestbemittelten eine Sache, bei der viele Unschuldige zu leiden haben werden, während andere ungerechtfertigt in den Genuß einer Begünstigung gelangen. Ich will für die Unzulänglichkeit des Begriffes „Mindestbemittelte" nur auf die Tatsache verweisen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft durchaus nicht mehr als Mindestbemittelte gilt, obwohl diese Arbeiter, wenn sie auch durch die Lohnerhöhungen bis über die Grenze der Mindestbemittelten gekommen sind, doch lange noch nicht ein sorgenloses Leben führen können und auch an der Verteuerung des Mehles und Brotes außerordentlich leiden. Eine solche Maßregel ist also nur eine halbe Maßregel und nicht imstande, die schädliche Wirkung dieser Preiserhöhung auszugleichen.

Es wird nach meiner Ueberzeugung in Orten außerhalb Wiens schwer möglich sein, eine Feststellung vorzunehmen, wer eigentlich in den Kreis der Mindestbemittelten gehört. Stellen Sie sich vor, daß in einer kleinen Stadtgemeinde, vielleicht am Sitze einer Bezirkshauptmannschaft Erhebungen gepflogen werden sollen, wer unter die Mindestbemittelten einzureihen ist und wer nicht. Ich bin überzeugt, daß diese Einreihung nur höchst oberflächlich und unzutreffend stattfinden kann. Das wird aber die

Folge haben, daß man einem Teil der Bevölkerung wohl eine Begünstigung einräumen wird, daß aber an Orten außerhalb Wiens, besonders am flachen Lande, dem Mißbrauche Tür und Tor geöffnet wird.

Wir waren der Meinung, daß unter allen Umständen verlangt werden muß, daß die Regierung den Brot- und Mehlpreis entsprechend herabsetzt, daß sie bei der Bestimmung des Brotpreises nicht weiter geht, als durch die erhöhten Produktionskosten unbedingt notwendig ist. Die Aufbringung des Defizites der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und die Aufbringung der übrigen Kosten muß durch den Staatsschatz besorgt werden und dieser muß zur Deckung auch die Gesamtheit der Staatsbürger heranziehen, damit eine gerechte Verteilung der Lasten auf allen Schultern platzgreift. Ich verweise darauf, daß in Deutschland die Verteilung des aus dem Auslande bezogenen Mehles und Getreides in der Weise geschieht, daß dieses teuere ausländische, zum Teil aus der Ukraine und Rumänien bezogene Mehl der Heeresverwaltung zugewiesen wird und daß daher die Heeresverwaltung auch die erhöhten Kosten trägt, während für den Zivilkonsum das billigere einheimische Getreide zur Verfügung gestellt wird. Wenn das auch bei uns der Fall wäre, wäre es nicht notwendig gewesen, eine solche Erhöhung der Mehlpreise vorzunehmen und man hätte zur Deckung der gesteigerten Lasten auch Ungarn heranziehen können. Daß dies leider nicht geschehen ist, halten wir jedenfalls für einen großen Fehler der Regierung.

Unsere Forderung geht daher dahin, daß die Regierung aufgefordert wird, zunächst billigere Mehlpreise zu erstellen. Wir verlangen weiter, daß die Regierung nicht nur die volle Brotquote der Bevölkerung gibt, sondern wir geben auch der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß binnen kurzer Zeit der Bevölkerung auch wieder die volle Mehlquote zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen diese Forderung umso mehr erheben, als unsere Ernährungsweise eine überaus kritische ist. Wir können heute schon sagen, daß unsere Fleischbestände vollständig zur Neige gehen. Wir haben keine Eier, wir haben keine Milch zur Verfügung und bekommen keine Kartoffeln für die Ernährung. Wenn die Bevölkerung nicht mindestens die volle Mehlquote bekommt, ist es unmöglich, ihr die für den Körper notwendigen Nahrungsmittel zuzuführen. Wir müssen bei diesem Anlasse die alte Forderung erheben, daß man sich endlich entschließt zur vollen Erfassung unserer Ernte.

Wenn die Regierung mit der Energie, die sie durch ihre Organe auf den verschiedensten Gebieten betätigt, einmal bei der Erfassung der Ernte betätigen wollte, dann hätten wir die Gewähr, daß mindestens eine beträchtliche Einschränkung des Schleichhandels Platz greifen wird und daß anderseits der Bevölkerung ausreichendere Mengen an Getreide und Mehl zur Verfügung stehen würden, als dies bisher der Fall war. Obwohl wir diese Forderung wiederholt erhoben haben, müssen wir sie neuerdings erheben, weil sie gerade jetzt besonders aktuell ist.

Ebenso verlangen wir auch neuerdings, daß die Kontrollosigkeit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt endlich einmal beseitigt werde, damit sie nicht einfach macht, was sie will. (Rufe: Sehr richtig!)

Sie macht ihre Geschäfte, ohne daß die Oeffentlichkeit, die doch die Kosten zu tragen hat, irgendwie einen Einblick erhalten kann; es wäre nur gerechtfertigt, daß man auch den Gemeinden und insbesondere der Gemeinde Wien, die das größte Interesse daran hat, das Recht gibt, in die Gebarung Einblick zu nehmen. Es könnte ja auch durch den Reichsrat ein Ausschuß gebildet werden, in dem auch Vertreter der Gemeinden sitzen. Damit wäre dann die Möglichkeit geschaffen, in die Gebarung selbst Einblick zu erhalten. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt keinerlei Ursache haben sollte, eine solche Möglichkeit irgendwie zu scheuen.

Endlich möchte ich noch darauf verweisen, daß in meinen Anträgen auch gefordert wird, daß in den gegenwärtigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung Sorge getragen werde, daß ein entsprechendes Kontingent von Lebensmitteln für Oesterreich zur Verfügung gestellt wird. Wir wissen ja alle, daß sich Ungarn hinsichtlich der Ernährung in einer beträchtlich besseren Situation befindet als wir und wir könnten mit gutem Recht verlangen, daß Ungarn von seinen Ueberschüssen etwas abläßt damit wir auch zu einem erträglichen Leben kommen. Darum müssen wir neuerdings diese Forderung erheben und ich hoffe, daß unsere Regierung die Kraft finden wird, unserer Forderung Rechnung zu tragen.

Der Stadtrat hat seine Beschlüsse gefaßt und der Gemeinderat soll ihnen nun beitreten. Ich bin der Ueberzeugung, daß diese Beschlüsse dem wirklichen Willen der Bevölkerung Ausdruck geben und daß sich die Regierung dem Gewicht dieses Beschlusses nicht wird entziehen können.

Schon zu Beginn des Jahres 1917 hat die Regierung versucht, durch eine ziemliche Erhöhung der damaligen Mehlpreise der Bevölkerung große Lasten aufzuerlegen. Durch das entschiedene Eingreifen der Gemeinde Wien wurde diese Erhöhung wenigstens zum Teile verhindert.

Wenn Sie diesen Anträgen zustimmen und wenn wir eine möglichst einstimmige Beschlußfassung herbeiführen, dann wird die Regierung über diesen Beschluß wohl nicht hinweggehen können und so wird man dann imstande sein, der Bevölkerung wenigstens eine teilweise Erleichterung in der gegenwärtigen Situation zu bringen.

Ich bitte Sie um die Annahme meiner Anträge. (Lebhafter Beifall.)

**Bürgermeister**: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte kommt Herr Gem.-Rat Dr. Hein kontra.

**Gem.-Rat Dr. Hein**: Es ist selbstverständlich, daß der Verband der freiheitlichen Gemeinderäte und überhaupt sämtliche Verbände der vorliegenden Resolution voll zustimmen. Bei der Erhöhung der Brotpreise handelt es sich um eine Steuer, die ohne Bewilligung des Parlamentes beschlossen werden soll, um eine Sonderbelastung der städtischen Konsumenten. Gegen diese Sonderbelastung müssen wir auf das entschiedenste protestieren. Diese Preiserhöhung ist auch antisozial in höchstem Maße. Es gibt keine Steuer, welche mehr antisozial wirken würde als eine Brotsteuer eine Steuer auf ein Nahrungsmittel, welches unentbehrlich ist und obendrein der Bevölkerung nur in geringen Mengen zugeführt wird, aber wenigstens bisher doch zu einem billigen Preis. Man will der Bevölkerung den Brotkorb, in dem ohnedies so wenig darin ist, noch höher hängen und eine so exorbitante Erhöhung der Brotpreise einführen.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß eigentlich nach der von der Regierung selbst vorgelegten Berechnung der Verkauf des inländischen Mehles einen Ueberschuß ergibt und

daß das Defizit nur durch den Bezug des ausländischen, vor allem des ungarischen Mehles entstanden ist. Dieser Bezug ist eine politische Maßregel, ich möchte sagen, eine außerstaatliche politische Maßregel und es ist vollständig berechtigt, daß der Staat das Defizit, das sich aus dieser Maßregel ergibt, aus Staatsmitteln trägt.

Es ist auch bereits darauf hingewiesen worden, daß anfangs 1917 eine damals schon verfügte Erhöhung der Mehlpreise durch das einmütige Einschreiten der Obmänner-Konferenz verhindert worden ist, und zwar nicht nur für Wien, sondern für ganz Oesterreich. Es wäre wünschenswert, daß ein einmütiger Beschluß des Gemeinderates heute einen ähnlichen Erfolg hätte. Damals hat Graf Stürgkh bei der diesbezüglichen Konferenz jedem einzelnen Vertreter der verschiedenen Parteien die Frage vorgelegt, ob er dafür sei, daß ein etwaiges Defizit aus den allgemeinen Staatsmitteln gedeckt werden soll, weil es ja eine Kriegslast ist und es berechtigt wäre, eine Kriegslast nicht einseitig auf die städtischen Konsumenten abzuwälzen. Jeder einzelne Vertreter hat nun die Frage bejaht, sich also dafür ausgesprochen, daß ein etwaiges Defizit aus Staatsmitteln gedeckt werden soll.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Versorgung des Militärs zweifellos eine allgemeine Kriegslast ist und daß sie aus Staatsmitteln gedeckt werden sollte. Wir haben in Wien bekanntlich eine sehr große Garnison und wir verlangen auch ihre Verringerung, denn gegenüber einer Friedensstärke von 26.000 Mann haben wir jetzt eine Garnison von 192.000 Mann. Gerade der Bezug des ungarischen Getreides ist notwendig, um das Heer zu versorgen und daher wäre es gewiß gerechtfertigt, daß diese Versorgung als allgemeine Kriegslast getragen wird.

Ich bin auch vollständig damit einverstanden, daß die Gebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt überprüft wird. Es liegt gewiß in ihrem Interesse selbst. Gerade in jener Konferenz hat man uns gesagt, das ein Defizit von 180 bis 200 Millionen aus früherer Zeit besteht. Später wurde ein Ausweis veröffentlicht, der eigentlich einen Ueberschuß ergeben hätte, es sind also zweifellos Unklarheiten vorhanden und wir wissen auch nicht die Menge des auswärtigen Getreides, die bezogen werden soll. Bevor daher eine so exorbitante Maßregel, welche die städtische Bevölkerung ungeheuer belastet, getroffen wird, muß volle Klarheit über alle Verhältnisse geschaffen werden.

Es genügt nicht eine einseitige Regierungserklärung, sondern es muß eine Ueberprüfung durch das Parlament erfolgen. Wir verlangen daher eine Vertagung dieser Maßregeln, bis das Parlament und auch wir in der Lage sind, die Berechnungen zu überprüfen, eventuell festzustellen, ob diese Maßregeln unumgänglich notwendig sind. Bisher konnten wir das nicht feststellen und daher müssen wir uns auf das allerentschiedenste gegen die angedrohte Erhöhung der Brotpreise aussprechen.

**Bürgermeister**: Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat David.

**Gem.-Rat David**: Ich habe nicht die Absicht, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit mich über den vorliegenden Gegenstand länger auszulassen, sondern möchte mich auf eine kurze Erklärung beschränken, die ich im Namen unserer Partei abgeben werde, um den Stand zu präzisieren, den wir in dieser Frage einnehmen. Einleitend lassen Sie mich nur sagen, daß ich nicht erwartet habe, daß die jetzige Regierung das System Seidler praktizieren werde, die auch die Brotquote herabsetzte, ehe sie ihre Verfügung veröffentlicht hatte. Ich hätte geglaubt, daß für die jetzige Regierung dieses System zur Warnung sein würde.

Ungarn hat die Verpflichtung übernommen, für das Heer zu sorgen. Wie schaut es aber diesbezüglich aus? Ich könnte Ihnen eine Unzahl von Briefen aus allen Gegenden des Hinterlandes, aus der Etappe, ja aus den ersten Schützengräben zeigen, worin sich die Leute bitter beklagen und bitten, man solle ihnen Brot schicken. Das ist doch ein öffentlicher Skandal, der sicherlich behoben werden sollte.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, als ob wir in dieser Frage nichts unternommen hätten, möchte ich folgendes bemerken: Wir haben der Regierung den Vorschlag gemacht, das Auslandsgetreide, das sich höher stellt als das Inlandsgetreide, einzig und allein für das Heer zu verwenden.

Weiters haben wir vorgeschlagen, daß, wenn schon die Bevölkerung diese unerhörte Last tragen soll, dann auch wirklich die ganze Bevölkerung und nicht nur einzelne Schichten. Nicht nur die 17 Millionen Städter sollen zur Tragung dieser Last herangezogen werden, sondern auch die 20 Millionen Selbstversorger. Das wäre eine gerechte Verteilung der Kriegslasten auf die ganze Bevölkerung. Dann würden von den 1100,000.000 K die städtischen Konsumenten 648.000.000 K und die Landwirte 420,000.000 K zahlen. Von anderer Seite wurde die Einführung einer Staffelung der Brot- und Mehlpreise empfohlen, und zwar nach dem sogenannten Straßburger System. Das ist aber eine sehr komplizierte Geschichte und würde einen ungeheuren administrativen Apparat erfordern; wir nehmen auch nicht diesen Standpunkt ein.

Wir haben ferner vorgeschlagen, daß die Belastung, die die Selbstversorger zu tragen haben, weil sie sich gegen alles wehren, wenn es zum Zahlen kommt — sie sind nur bereit, die hohen Preise einzuheimsen und für sich zu verwenden — gleichmäßig sein soll und daß sie vorläufig wenigstens auf die Mahlscheine gutgeschrieben werden soll. Es wäre gewiß gegangen.

Wir haben weiter vorgeschlagen, daß die Frage bezüglich der Konsumenten und Selbstversorger so lange verschoben werden soll, bis das Parlament beisammen ist und diese Frage entscheidet. Alle diese Vorschlage, die wir gemacht haben, waren vergebens. Mit einer nonchalanten Handbewegung sagte der Finanzminister: Die 1100 Millionen Kronen kann der Staat nicht tragen und damit basta. Ihr habt zu zahlen.

Wenn der Staat irgendwo eine Steuer braucht, sei es eine Einkommen-, Gewerbe- oder Grundsteuer, so braucht er einen Beschluß beider Häuser dazu. Hier wird eine große Last der Bevölkerung auferlegt, und zwar wird sie nur einem Teil der Bevölkerung aufgebürdet. Das hinnehmen zu können, halte ich für ein Ding der Unmöglichkeit.

Eine so tiefeinschneidende Belastung des Volkes kann die Bureaukratie allein nicht verfügen. Es ist nur eine bureaukratische Verfügung der Regierung, die sich hier auf den Standpunkt stellt wie beim Tabak und bei der Post, das kann man nicht das Parlament entscheiden lassen, das verfügen wir selbst. Man muß sich auch vor Augen halten, daß heute im Kriege fast alles, was der Mensch braucht, vom Staate bewirtschaftet wird. Es gibt nur wenige Artikel, die nicht staatlich bewirtschaftet sind.

Wir leben in einer Wirtschaft des Staates und es ist nicht möglich, daß die Bureaukratie mit Umgehung der Gesetze die Preise bestimmt. Wenn die Bureaukratie alles verfügt, dann frage ich, wo bleibt der Staat, der angeblich konstitutionell regiert wird, wo bleibt die Freiheit und das Recht des Volkes? Wir kommen zu einer Festsetzung von Preisen durch die Bureaukratie, die unmöglich aufrecht erhalten werden kann. Und wir stehen hier vor einem zwingenden Etwas, das uns in nächster Zeit beschäftigen muß, nämlich vor einer Verwaltungsreform, die im Staate durchzuführen sein wird, und zwar im Parlament, die die Macht der Bureaukratie brechen und dem Volk und diese seinen freigewählten Vertretern in die Hände geben wird. Wenn man einwendet, daß zur Deckung von 1100 Millionen Kronen per Kopf und Jahr nur ein Betrag von 43 K 48 h entfällt und dies nicht so viel zu bedeuten hat, so will ich darauf hinweisen, daß bei einer fünfköpfigen Familie das im Jahre 220 K ausmacht, eine Belastung des Haushaltes, die man nicht so leicht ertragen kann. Und ich frage Sie, wie kann ein Kleingewerbetreibender, ein Fixangestellter, ein Arbeiter, der nicht das Glück hat, in einem Kriegsleistungsbetriebe zu stehen, diese Lasten ertragen? Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Und daher sage ich, wir haben hier eine Frage vor uns, mit der wir uns gegenwärtig nicht länger beschäftigen wollen, die wir aber wohl im Wege der Verwaltungsreform werden lösen müssen.

Es wäre darüber noch viel zu sagen, aber ich will zum Schlusse eilen. Es wäre noch viel zu sagen von dieser Verfügung, zum Beispiel, daß der Mehlpreis mit dem Brotpreis nicht im rechten Verhältnis steht. Ich weiß es genau, mir ist es nicht fremd, daß die Kosten des Bäckers ins Ungeheure gestiegen sind, ich weiß, daß sich die Produktion des Brotes ungemein verteuert hat. Das ist mir alles bekannt und deshalb will ich nicht darüber weiter sprechen, sondern ich sage nur Folgendes: Es ist eine Tatsache, daß der Mehlpreis und Brotpreis nicht im richtigen Verhältnis steht. Vielleicht bietet sich eine Gelegenheit, darüber ein andermal zu sprechen. Gegenwärtig will ich nur erklären, daß wir für die Anträge des Stadtrates stimmen werden. (Beifall.)

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Schäfer.

**Gem.-Rat Schäfer**: Ich habe namens des demokratischen Klubs die Erklärung abzugeben, daß wir uns dem Antrage des Stadtrates voll und ganz anschließen und gleichfalls auf das schärfste protestieren.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Angeli.

**Gem.-Rat Angeli**: Es ist sehr erfreulich, zu konstatieren, daß alle Parteien des Hauses mit Einmütigkeit diesen Maßnahmen der Regierung entgegentreten, und so wie wir einig sind, ist auch die Bevölkerung darüber einig, daß diese Maßregel der Erhöhung der Brotpreise ein Unding ist. Ich weiß nicht, die Herren, die immer vom Durchhalten sprechen, tun in Wirklichkeit alles mögliche, um dieses Durchhalten der Bevölkerung zu erschweren. Den Brotpreis zu erhöhen um mehr als die Hälfte, in einem Augenblicke, wo solche Schwierigkeiten in der Ernährung sind und wo es der Bevölkerung so schlecht geht, ist ein Unding. Die Herren müssen einfach mit Blindheit geschlagen sein, daß sie eine solche Maßregel durchführen wollen.

Durch die weitesten Kreise der Bevölkerung ist ein Sturm der Entrüstung gegangen, als bekannt wurde, daß der Brotpreis erhöht werden soll. Man hat es nicht für möglich gehalten und doch hat die Regierung diese Anordnung getroffen; damit ist es aber nicht abgetan. Es gibt weite Kreise der Bevölkerung, die nicht mehr die Mittel zu dieser Lebensweise haben. Heute ist es Tabak, morgen sind es die Postgebühren, dann wird der Brotpreis erhöht und die Fixangestellten und die Arbeiter, zumeist also die städtische Bevölkerung leiden darunter, während die Landbevölkerung, soweit sie Selbstversorger sind, von diesen Maßregeln gar nicht getroffen werden. Das sind also Anordnungen der Regierung, die einen großen Unwillen hervorrufen. Ich möchte noch einiges sagen bezüglich unseres Verhältnisses zu Ungarn. Ungarn wird gewiß den Oesterreichern entgegenkommen. Die gegenwärtige freundliche Aufnahme der Wiener Kinder hat gewisse Sympathien zwischen den beiden Staaten, die aneinander gebunden sind, hervorgerufen und es ist ein glückliches Zeichen der Zeit, daß die Kinder Wiens so freundlich und liebenswürdig in Ungarn aufgenommen worden sind. Ich möchte von dieser Stelle aus den Ungarn, die sich unserer Kinder so freundlich angenommen haben, den herzlichsten Dank aussprechen. Es war eine edle Tat der Ungarn, die ja im großen und ganzen edel sind. Wenn sie von hier aus freundliche Laute vernehmen, so wird es auch von dort widerhallen. Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister hat immer das Richtige getroffen. Er hat ja auch bei den Verhandlungen mit Ungarn immer die größten Erfolge erzielt. Wenn das unleidliche Geschimpfe auf Ungarn endlich auch aufhört, so wird ein besseres Verhältnis mit Ungarn eintreten.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

**Referent Gem.-Rat Spalowsky**: Die einzelnen Redner haben im Laufe der Debatte volle Einmütigkeit gezeigt und ich bin überzeugt, daß das auch der Ausdruck der Meinung der Wiener Bevölkerung ist. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Regierung unseren Protest zur Kenntnis nimmt und ich bitte die Herren um einstimmige Annahme meiner Anträge.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Wortlaute der Resolution, wie sie vom Stadtrate vorgeschlagen wird, einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Antrages.

**Beschluß**: Der Gemeinderat erhebt Protest gegen die von der Regierung verfügte Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, welche in keinem Verhältnisse zu den von der Regierung den Landwirten bewilligten Getreideübernahmspreisen stehen und ausschließlich die Nichtselbstversorger belasten.

Der Gemeinderat fordert die Erstellung von billigen Brotmehlpreisen, welche dadurch erreicht werden kann, daß der Staat, mithin die Gesamtheit der Staatsbürger den Ersatz der Mehraufwendung übernimmt, da derzeit die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise in dem von der Regierung verfügten Ausmaße sich als eine unsoziale, nur die städtischen Konsumenten belastende Verbrauchssteuer darstellt.

Der Gemeinderat fordert die unbedingte Sicherung der vollen Mehl- und Brotquote für das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19, welche nur in der restlosen Erfassung der Ernteerträge in Oesterreich und in der zweckmäßigen Verteilung gefunden werden kann.

Der Gemeinderat fordert neuerlich die Einsichtnahme in die Gebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt durch Vertreter der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderat fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen mit der königl. ungar. Regierung ein festes vertragsmäßiges Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für den Konsumplatz Wien zu sichern.

**13. Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Meine sehr geehrten Herren! Vorausgesetzt, daß Sie einverstanden sind, würde ich die Tagesordnung bis auf das Referat des Herrn St.-Rates Tomola, der das Referat des Herrn St.-Rates Haas übernommen hat, in sämtlichen Punkten en bloc zur Annahme empfehlen. Sind die Herren einverstanden? (Zustimmung.) Ich ersuche die Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

**Beschlüsse:**

(P. Z. 7672.) Die Erhöhung der Nachtdienstzulagen der Elektrizitätsarbeiter von 1 K, beziehungsweise 1 K 20 h auf 1 K 50 h sowie die Erhöhung des Zuschlages für bei Nacht und an Sonntagen sowie an hohen Feiertagen geleisteten Ueberstunden von 50 auf 75 Prozent des Stundenlohnes wird genehmigt.

(P. Z. 7368.) Die Bestellung von 18 neuen Ersatzreifen für verschiedene städtische Dienstkraftwagen mit einem bedeckten Kostenerfordernisse von 27.510 K wird genehmigt.

(P. Z. 8076.) Vom 1. August 1918 angefangen wird eine Erhöhung der bisherigen Halbtagsentschädigung für die in den Brot- und Mehl-Kommissionen tätige Lehrerschaft von 4 K auf 5 K pro Halbtag bewilligt.

(P. Z. 7011.) Bewilligung eines ersten Zuschußkredites zu den Ausgabs-Rubriken des Wiener Bürgerspitalsfonds XI 9 „Naturalausspeisung, beziehungsweise Handgelder zur Selbstverköstigung der Pfleglinge im Betrage von 192.340 K" und XI 14 „Verpflegung und Wartung der Kranken" im Betrage von 74.160 K für das Verwaltungsjahr 1917/18.

(P. Z. 8101.) Bewilligung eines ersten Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik XLIII 3 im Betrage von 8000 K und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 5 im Betrage von 68.000 K für das Verwaltungsjahr 1917/18.

(P. Z. 6107.) Für das Verwaltungsjahr 1917/18 werden zu folgenden Sub-Rubriken der Ausgabs-Rubrik XXXVII „Oeffentliche Armenpflege" Zuschußkredite bewilligt:

Zu 14 h „Ueberführungsauslagen und Kosten des eigenen Fuhrwerkes in den Versorgungshäusern" 17.230 K,

zu 14 k „Beheizung in den Versorgungshäusern" 32 950 K,

zu 14 q Naturalausspeisung, beziehungsweise Handgelder zur Selbstverköstigung der Pfleglinge in den Versorgungshäusern" 1,276.020 K,

zu 14 s „Reinigung der Wäsche und Bettdecken in den Versorgungshäusern" 48.790 K,

zu 14 v „Verpflegung und Wartung der Kranken in den Versorgungshäusern" 331.790 K,

zu 14 w „Begräbnisauslagen in den Versorgungshäusern" 39.680 K,

zu 14 ½ „Kost- und Wohnungsgelder vorübergehend beurlaubter Versorgungshauspfleglinge" 116.160 K.

Der zu Sub-Rubrik 14 ½ bewilligte Zuschußkredit von 116.160 K wird auf den Reservefonds verwiesen.

(P. Z. 8129.) Die Anschaffung der zur Instandhaltung und Erweiterung der Gleisanlagen der Lagerhäuser der Stadt Wien benötigten Schwellen und Extrahölzer wird mit dem aus dem Betriebsergebnisse der Lagerhäuser zu deckenden Kostenerfordnisse von 57.259 K 84 h genehmigt.

(P. Z. 8057.) Als Baulinien für eine Straße südöstlich der „Teerag A.-G." im XI. Bezirke werden die im Plane des Stadtbauamtes Z. 326/XIII/18 rotschraffierten und mit a b c, beziehungsweise d e f bezeichneten Linien bestimmt.

(P. Z. 7826.) Dem Künstlerbunde „Hagen" wird für Kunstausstellungszwecke jener Teil der ehemaligen Markthalle I., Zedlitzgasse, welchen der genannte Künstlerbund seinerzeit innehatte, unentgeltlich unter nachfolgenden Bedingungen überlassen:

1. Die Instandsetzung, Adaptierung und Instandhaltung des überlassenen Hallenteiles hat der Künstlerbund auf seine Gefahr und Kosten zu besorgen.

2. Für das Adaptierungsprojekt ist vor Ausführung die Zustimmung der Gemeinde Wien einzuholen.

3. Der Künstlerbund hat der Gemeinde Wien die allfällig vorgeschriebene Hauszinssteuer samt Gebühren und Zuschlägen jeweilig zu ersetzen.

4. Der Gemeinde Wien steht das Recht der halbjährigen jederzeit zulässigen Kündigung zu.

5. Bei Endigung des Verhältnisses hat der Künstlerbund den überlassenen Hallenteil samt allen Adaptierungen ohne Anspruch auf Vergütung an die Gemeinde Wien zurückzustellen.

(P. Z. 7815.) Dem Ungarn-Vereine in Wien werden außer den bereits mit Beschluß vom 21. März 1918, P. Z. 2040/18, nachgesehenen Beleuchtungskosten auch die durch die Ausdehnung der Benützungszeit (täglich) für die beiden Lehrzimmer an der Schule I., Bartensteingasse 7, auflaufenden Beleuchtungs- und Beheizungskosten nachgesehen.

(P. Z. 8069.) Der Ortsgruppe Ottakring des k. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds wird der neben dem Schalterraum der Hauptkassen-Abteilung XVI im Parterre des Amtshauses für den XVI. Bezirk befindliche, derzeit unverwendete Raum zum Zwecke der Aufbewahrung und Führung ihres Katasters kostenlos samt freier Beheizung und Beleuchtung unter den in der Aufnahmeschrift vom 19. Juli 1918 niedergelegten Bedingungen gegen jederzeitigen Widerruf überlassen.

(P. Z. 7885.) Der Sachkredit für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße im II. Bezirke (zwischen Praterstern und Hofenedergasse) wird mit Rücksicht auf die geltenden Steindurchführungswerte von 63.000 K auf 93.000 K erhöht.

(P. Z. 8058.) 1. Für das Gebiet des XXI. Bezirkes zwischen der Ueberfuhrstraße, der Jeneweingasse, der Jedleseerstraße, der Nordwestbahn und der Aeugelgasse werden zur Ermöglichung des Baues einer Lokalbahn von Stammersdorf nach Wien die im Plane des Stadtbauamtes Z. 104/XIII/18 rot schraffierten Linien als Baulinien neu bestimmt.

2. Als zukünftige Straßenhöhen haben die im Plane I des Stadtbauantes Z. 104/XIII/17 rot eingeschriebenen und unterstrichenen Maßzahlen zu gelten.

3. Die Verbauung in dem durch diese Baulinienbestimmung berührten Gebiete hat nach den Bestimmungen des Gemeinderates vom 5. Juli 1907, P. Z. 7995/07, zu erfolgen. In den an der Wenhartgasse neu entstehenden Baublöcken darf die Tiefe der verbauten Flächen hinter den Baulinien einschließlich der Stiegenausbauten nicht mehr als 15 m betragen. Die restlichen Flächen sind als Höfe oder Gärten unverbaut zu belassen.

4. Die Schadloshaltungen, welche der Gemeinde aus der nur wegen der geplanten Lokalbahn Stammersdorf—Wien genehmigten Verbreiterung der Schulzgasse auf 45 m erwachsen, hat auf alle Fälle also auch dann, wenn die Bahn nicht zur Ausführung gelangt, das Land Niederösterreich zu tragen.

(P. Z. 8137.) Der Ersatz der bei Benützung der Schulräume auflaufenden Kosten für die Beleuchtung und Beheizung wird der Bezirksgruppe XXI des Wiener Jugendfürsorgevereines nachgesehen.

(P. Z. 6134.) Siehe den Beschluß des Stadtrates vom 25. Juni 1918, P. Z. 4134 (M. A. X, 1964), im Amtsblatte Nr. 55 auf den Seiten 1356 und 1357, betreffend die Neuregelung der Friedhofsgebühren.

(P. Z. 5355.) Es wird an die Regierung eine Petition gerichtet, in der die Gemeinde Wien gelegentlich der Sachabrüstung der Kriegsheere für ihre eigenen Verwaltungszwecke und für ihre Bevölkerung die Zuweisung von Sachgütern in dem Ausmaße verlangt, auf das sie als Reichshaupt- und Residenzstadt mit Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl, Steuerleistung, die von ihr während des Krieges gebrachten Opfer und die ihr während der Uebergangszeit bevorstehenden Aufgaben unzweifelhaft Anspruch hat, und die zuversichtliche Erwartung ausspricht, bei der Abwicklung der Sachabrüstung das weitestgehende Entgegenkommen der Regierung zu finden.

(P. Z. 5391.) Es wird an die beiden Häuser des Reichsrates eine Denkschrift gerichtet, in welcher die Gemeinde Wien bittet:

1. Im § 2 der Regierungsvorlage die Steuerbefreiung auch für jene Kohle zuzugestehen, welche von fremden Kraftwerken zur Lieferung von elektrischer Energie als Betriebskraft für Kohlenbergbaue und der dazu gehörenden Anlagen benötigt wird;

2. im § 3 der Vorlage die darin vorgesehenen Steuerbegünstigungen auch der Kohle zuzugestehen, welche in Betrieben öffentlicher Körperschaften, deren Erträgnisse öffentlichen Zwecken zufließen, zur Erzeugung von Gas oder elektrischer Kraft verwendet wird;

3. im § 3 Bestimmungen zu treffen, durch welche eine zu enge Auslegung des Begriffes „Fundstelle" vermieden und den Verhältnissen bei Errichtung von Ueberland-Zentralen und deren Betriebsmöglichkeiten Rechnung getragen wird;

4. Vorsorge zu treffen, daß die Steuerbegünstigung, welche im § 3 nach dem Wortlaute des Entwurfes und nach der Wortstellung für die an der „Fundstelle" zur Erzeugung von elektrischer Kraft verwendete Kohle ohne weiteren Vorbehalt und ohne weitere Bedingung vorgesehen ist, bei der Anwendung des Gesetzes im Hinblick auf die Ausführungen des Motivenberichtes nicht auch von der für die Begünstigung der Gaskohle festgesetzten Bedingung der „Gewinnung von Nebenprodukten" abhängig gemacht werde.

(P. Z. 7578.) Das Projekt, betreffend Ausführung der baulichen Herstellungen für die Errichtung einer Waggonrangieranlage in der Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung genehmigt.

(P. Z. 7369.) 1. Die Vorschläge des Bureaus der Donauregulierungs-Kommission wegen eines Uebereinkommens hinsichtlich verschiedener Kostenfragen, betreffend die Kaiser Franz Josefs-Brücke, werden genehmigt.

2. Die Gemeinde Wien erklärt ihre Zustimmung, daß das gesamte beim Umbaue der Kaiser Franz Josefs-Brücke sich ergebende Mehrerfordernis aus den nach dem 1. Jänner 1929 sich ergebenden Ueberschüssen des Fondes der eigenen Einnahmen der Donauregulierungs-Kommission bestritten wird.

(P. Z. 7643.) Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" kauft von Moritz A. Oppenheim und der Firma Julius Frankl, G. m. b. H., auf Grund ihrer Anbote vom 22. August 1917, vom 6. und 11. Mai 1918 die Liegenschaften Einl.-Z. 721, 1690, 1687, 1688, 694, 1492, 1493 und 709 des Grundbuches Penzing im beiläufigen Ausmaße von 4500 m² um den Preis von 100 K für jedes Quadratmeter zuzüglich 5 Prozent Zinsen vom 1. November 1917 an.

Zur Deckung des Kostenerfordernisses von rund 500.000 K wird ein Sachkredit in gleicher Höhe genehmigt, der im Investitions-Anlehen vom Jahre 1917 Bedeckung findet.

(P. Z. 7584.) Die Ueberstunden-Entlohnung der Beamten, Beamtinnen und Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen wird unter Aufrechthaltung des Stadtrats-Beschlusses P. Z. 10953 vom 16. November 1916, ab 1. Juli 1918 in nachfolgendem Ausmaße festgesetzt:

A.

Ueberstunden-Regulativ für Beamte.

| Gehaltsklasse | Kanzleidienst | Zeichen- und Bereitschaftsdienst | Außendienst |
|---|---|---|---|
| | Kronen | | |
| I | 1·65 | 2·10 | 2·55 |
| II | 1·50 | 1·90 | 2·30 |
| III | 1·35 | 1·70 | 2·05 |
| IV | 1·20 | 1·50 | 1·80 |
| V | 1·05 | 1·30 | 1·55 |
| VI | 0·90 | 1·10 | 1·30 |

Für Nachtdienst von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh ein Drittel Zuschlag zu den Beträgen für Dienstleistungen bei Tag. Bei Dienstleistungen nur innerhalb 12 Uhr nachts und 5 Uhr früh außerdem ein Zuschlag von drei Nachtstunden.

B.

Ueberstunden-Regulativ für Beamtinnen und Hilfsbeamtinnen.

| Gehaltsklasse | Kronen |
|---|---|
| I | 1·20 |
| II | 1·05 |
| III | 0·90 |
| § 8-Hilfsbeamtinnen | 0·75 |

Für Nachtdienst von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh ein Drittel Zuschlag zu den Beträgen für Dienstleistungen bei Tag.

Bei Schreibmaschinendienst 25 h Zulage für die Stunde.

C.

Ueberstunden-Regulativ für Unterbeamte.

| Gehaltskategorie | Gehaltsklasse | Kanzleidienst einschließlich Verrechnungsdienst | | Außendienst einschließlich Werkstättendienst | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Tag | Nacht | Tag | Nacht |
| | | Kronen | | | |
| I | | 1·10 | 1·40 | 1·35 | 1·65 |
| II | | 1·— | 1·30 | 1·20 | 1·50 |
| III | | 0·90 | 1·20 | 1·05 | 1·35 |
| IV | 1<br>2<br>3<br>4 | 0·80 | 1·10 | 0·90 | 1·20 |

Fällt die Dienstleistung nur in die Zeit von 12 bis 5 Uhr nachts und wird sie nur nach Ueberstunden, nicht aber mit sonstigen Zulagen vergütet, so kann ein Zuschlag in der Höhe der dreifachen Entlohnung einer Ueberstunde verrechnet werden.

(P. Z. 7550.) Die durch die Aufzahlungen für die Turnsaaleinrichtung der Schule XX., Stromstraße-Vorgartenstraße verursachten Mehrkosten im Betrage von 2434 K 91 h, welche in den genehmigten Baukosten nicht bedeckt erscheinen, werden genehmigt.

(P. Z. 8081.) 1. Der in der Kostenzusammenstellung für die Brückenentwässerung, die Fahrbahn- und Gehweg-Pflasterungen und einigen kleineren Mehrerfordernissen beim Baue der neuen Aspernbrücke ausgewiesene Kostenbetrag von 535.000 K, wovon 99.250 K auf Rechnung der städtischen Straßenbahnen entfallen, wird genehmigt.

2. Zur Deckung des Mehrerfordernisses wird der Sachkredit für den Umbau der Aspernbrücke um 350.000 K erhöht und zu der im Hauptvoranschlage für das Verwaltungsjahr 1918/19 unter Rubrik XXIII 10 eingestellten Baurate von 250.000 K ein Zuschußkredit auf Rechnung des Investitions-Anlehens vom Jahre 1914 im Betrage von 350.000 K bewilligt.

(P. Z. 7670.) Der Vereinigung der Schrebergärtner am Nordrande der Schmelz, vertreten durch ihren Obmann Franz Bellan, XV., Markgraf Rüdiger-Straße 26, wird als Beihilfe zur Herstellung der Abzäunung, welche dem Vereine auf einen Betrag von 3169 K 70 h zu stehen kam, eine Subvention im Betrage von 1800 K gewährt.

(P. Z. 7364.) Dem Vereine Studienfürsorge für Kriegerwaisen wird wie im Vorjahre eine Subvention von 10.000 K bewilligt.

(P. Z. 7822.) Die Gemeinde Wien tritt dem Fürsorgeverein für reichsdeutsche Krieger, Krieger-Witwen und -Waisen im Amtsbezirke des kaiserlich deutschen Konsulates in Wien „Deutsche Kriegerfürsorge" als Gründer mit einem einmaligen Betrage von 2500 K bei.

(P. Z. 7559.) Für die Inneneinrichtung der Tageserholungsstätte in Wien, X., Am Laaerberg, zur Beheizung und Beleuchtung wird ein Betrag von 1380 K, für den jährlichen Gasverbrauch ein Betrag von 480 K, für die Anschaffung einer Badegelegenheit durch Aufstellung von vier Brausen ein Betrag von 2300 K, für die gärtnerische Ausgestaltung ein Betrag von 32.800 K, für die Anschaffung von Spiel- und Beschäftigungsmitteln für die Tageserholungsstätte am Laaerberg, Girzenberg, ein Betrag von 13.000 K bewilligt und das Gesamterfordernis mit 49.480 K auf die Ausgabs-Rubrik XXVIII 10 überwiesen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer**: Damit ist die Tagesordnung bis auf die Post „Schulärzte" erledigt.

Ich ersuche Herrn Kollegen Tomola, sein Referat zu erstatten.

**14. Referent Gem.-Rat Tomola**: Zahl 7341, Post 11. Die wichtigsten Agenden, welche die Schulärzte im Deutschen Reiche zu erledigen haben, wurden seit 1895 von unseren Bezirksärzten erledigt.

Es erweist sich durch die Erfahrungen des Krieges für notwendig, den Kindern eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und daß in der jetzigen Kriegszeit der schulärztliche Dienst auf diese Weise nicht weiter aufrechtzuerhalten ist, sondern daß im Sinne des Referates, welches ich im vorigen Jahre über die Jugendfürsorge erstattet habe, diese Sorge auch auf die Schulkinder im Schulhause übertragen werden muß. Die Erfahrungen, welche mit den Schulärzten gemacht wurden, berechtigen uns zu der Annahme, daß definitive Beschlüsse sich heute noch nicht empfehlen, bis wir weitere Erfahrungen gesammelt haben. Zur Sammlung solcher Erfahrungen eignen sich besonders der VI. und V. Bezirk, weil das kleine Bezirke sind, jeder mit etwas mehr als 4000 Schulkindern, und auch die jetzt vorhandenen städtischen Bezirks- und Armenärzte uns zur Verfügung im Schuldienste stehen können.

Es wurde noch ein letzter Punkt im Stadtrat-Antrage hinzugefügt, daß vom nächsten Schuljahr an Untersuchungen an anderen Schulkindern, welche nicht der ersten Klasse angehören, durch Schulärzte vorzunehmen seien. Der Herr Ober-Stadtphysikus hat erklärt, daß es in dieser kategorischen Form unmöglich sei, den Antrag des Stadtrates durchzuführen. Er hat deshalb ersucht und Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister war damit einverstanden, daß in den Antrag die Worte eingefügt werden „nach Tunlichkeit". Ich habe dagegen nichts einzuwenden, insbesondere, weil der Herr Ober-Stadtphysikus erklärt hat, es werde ein Ehrgeiz der Stadtärzte sein, wenn in diesen Antrag der Zusatz „nach Tunlichkeit" hineingenommen werde, alles zu tun, um dem Gemeinderat seinerzeit ein vollständiges Material vorzulegen, damit diese Frage zur definitiven Entscheidung gelangen kann. Ich bitte somit um Ihre Zustimmung.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Emmerling.

**Gem.-Rat Emmerling**: Wir begrüßen die Einführung der Schulärzte umsomehr, als wir sie seit Jahren verlangen; wir bedauern nur, daß sie dazu gerade diese zwei Bezirke gewählt haben, angeblich deshalb, weil dort eine geringe Anzahl von Schulkindern ist. Die beiden Bezirke umfassen zusammen 9800 Schulkinder, an denen Sie die Erfahrungen sammeln wollen. Sie hätten besser getan, einen größeren Bezirk dazu zu wählen. Allerdings wäre dann die Anzahl der Schulkinder eine viel größere gewesen, wenn Sie den XVI. oder X. Bezirk gewählt hätten, und die Erfahrung, welche dann die Schulärzte gemacht hätten, würde dann viel reicher gewesen sein. Ich habe nur aus dem letzten Friedensjahre die Erfahrungen in Händen, die in Berlin gemacht wurden, und es dürfte Sie einigermaßen interessieren, wenn ich Ihnen daraus einiges bekanntgebe. Von 36.000 Schulanfängern — und genau so viel haben wir in Wien — sind 8·9 Prozent infolge der schulärztlichen Untersuchung als für den Unterricht völlig unbrauchbar zurückgestellt worden. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß bei uns eine solche Zurückstellung nicht erfolgt, können Sie sich erst vorstellen, welche Belastung für den ganzen Unterricht es ist, eine so große Anzahl von völlig unbrauchbaren Schulkindern mitschleppen zu müssen. Ferner ist bei 29 Prozent des übrigen Materiales die schulärztliche Ueberwachung notwendig gewesen. Damit Sie sehen, welche Erfahrungen man mit den Schulärzten machen kann, will ich aus Berlin folgende Daten anführen. Man hat bei der Ueberwachung und Untersuchung gefunden:

2423 völlig blutarme und entkräftete,
738 an Rhachitis leidende,
549 an Skrofulose leidende,
451 an Tuberkulose leidende,
347 an Lungenleiden erkrankte,
587 an Herzleiden laborierende,
710 an Nasen- und Rachenleiden laborierende,
576 an Wirbelsäulenverkrümmung leidende,
627 an Sprachstörungen und
779 an geistiger Minderwertigkeit leidende Kinder gefunden.

Alles das wird und wurde bei uns nicht erfaßt und wird bei uns mit dem erstem Schultage mitgeschleppt, eine Last für den Lehrer und eine Erschwernis im Fortgange des Unterrichtes für alle anderen Kindern. Wir begrüßen daher diesen Anfang und wollen hoffen, daß Sie sehr bald dazu kommen werden, die gesamten Schulkinder zu untersuchen und entsprechend behandeln zu können. Ich stelle die Anfrage: Wenn sich bei der schulärztlichen Untersuchung die völlige Unbrauchbarkeit der Schulkinder am Schulanfange ergibt, was gedenken Sie zu tun? Werden die Kinder trotzdem in die Schule geschickt, ohne irgend welche Vorkehrungen zu treffen? Aus dem Antrage geht nicht hervor, daß die Kinder irgendwie weiter behandelt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, was Sie mit diesen 5, 6 oder 7 Prozent völlig unbrauchbarer Kinder machen werden. — Das sind übrigens die Friedensprozente und die Kriegsjahre werden infolge der Unterernährung einen viel höheren Prozentsatz liefern.

Dann stelle ich weiters die Frage, ob eine regelmäße Berichterstattung über das Ergebnis der schulärztlichen Ueberwachung beabsichtigt ist. Im übrigen schließe ich mich dem Antrage an.

**Bürgermeister**: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

**Referent Gem.-Rat Tomola**: Es ist selbstverständlich, daß über die Schulärztefrage noch stundenlang im Gemeinderate gesprochen werden wird. Der jetzige Zweck ist lediglich Erfahrungen

zu sammeln. Wenn ich die Frage beantworten soll, was mit den Kindern, die für den Schulbesuch nicht geeignet sind, geschehen soll, so beantworte ich sie dahin, Herr Kollege Emmerling: Dasselbe, was jetzt schon geschieht. Sie werden die Schulpflicht um ein Jahr später beginnen oder jene Spezialschulen besuchen, die die Gemeinde für nicht vollsinnige Kinder besitzt.

Was die zweite Frage bezüglich der regelmäßigen Berichterstattung betrifft, so muß ich wohl sagen, daß es mir lieber wäre, es möchte die definitive Regelung nicht solange auf sich warten lassen, um es auf eine regelmäßige Berichterstattung ankommen lassen zu müssen. Es ist mein Wunsch, es möge die definitive Einführung der Schulärzte bald Platz greifen.

**Bürgermeister**: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten mit dem Zusatze „nach Tunlichkeit" zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Beschluß**: Die den städtischen Bezirksärzten nach der „Vorschrift für die Besorgung des Gemeindesanitätsdienstes der Stadt Wien" hinsichtlich der öffentlichen städtischen Volks- und Bürgerschulen zukommenden schulärztlichen Obliegenheiten werden für das Schuljahr 1918/19 im VI. und XV. Bezirke probeweise erweitert. Der erweiterte schulärztliche Dienst umfaßt:

1. Die Feststellung der körperlichen und geistigen Beschaffenheit aller die I. Volksschulklasse besuchenden Kinder zwecks Berücksichtigung derjenigen Umstände, die vom allgemeinen hygienischen Standpunkte aus oder aus Anlaß des Schulbesuches und im Zusammenhange mit dem Unterrichte deren Gesundheit nachteilig beeinflussen können,

2. die periodische Untersuchung der hiebei einer dauernden ärztlichen Ueberwachung bedürftig erkannten Kinder der I. Volksschulklasse und die fallweise vorzunehmende Untersuchung solcher Kinder höherer Klassen, die einer solchen Untersuchung nach den Beobachtungen bedürftig erscheinen, welche die Lehrpersonen oder der Amtsarzt bei Revisionen oder der zweimal im Schuljahre vorzunehmenden Wägung und Messung der Kinder gemacht haben,

3. die Beratung der Eltern oder deren Stellvertreter auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen, insbesondere hinsichtlich der Berufswahl beim Austritte des Kindes aus der Schule,

4. die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten,

5. die periodische sanitäre Revision aller Schulräume,

6. die Beratung des Lehrkörpers in schulärztlichen Fragen.

Diese Tätigkeit wird sämtlichen städtischen Amtsärzten der genannten Bezirke gegen besondere Entlohnung übertragen.

Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur probeweisen Einführung dieses schulärztlichen Dienstes erforderlichen näheren Bestimmungen zu treffen. Da die Kinder aller Klassen bisher nicht schulärztlich untersucht werden, so hat dies nach Tunlichkeit im Schuljahre 1918/19 zu geschehen.

**Bürgermeister**: Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 10 Uhr 5 Min abends.)

---

# Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. August 1918.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.**

Es werden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

**1.** (7187.) 1. Die Marktamts-Inspektoren der VIII. Rangsklasse mit dem Titel eines Marktamts-Ober-Inspektors Alexander Nowatschek und Wenzel Iglauer werden ad personam zu Marktamts-Ober-Inspektoren in der VII. Rangsklasse ernannt.

2. Den Marktamts-Inspektoren Josef Truczsak, Julius Horaczek und Alexander Eiffinger wird der Titel „Marktamts-Ober-Inspektor" verliehen.

**2.** (7394.) Einem städtischen Beamten wird ein in 40 ununterbrochenen, mit dem Ersten des auf den bezüglichen Beschluß folgenden Monats beginnenden Raten rückzahlbarer Gehaltsvorschuß im Betrage von 1300 K abzüglich des noch aushaftenden Gehaltsvorschußrestes von 550 K bewilligt.

**3.** (7192.) Dem technischen Beamten der städtischen Gaswerke Hermann Franke wird unter gnadenweiser Anrechnung einer bei der Imperial-Kontinental-Gas-Assoziation zugebrachten Dienstzeit von 15 Jahren ein Pensionszuschuß von zusammen 2205 K (d. i. 1476 K zur Gehaltspension, 45 K zum Anteil an der Steigerungsquote und 684 K zur Quartiergeldpension) bewilligt.

**4.** (7503.) Dem Revisor I. Klasse der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge Josef Neuberger wird ohne Einreihung in den Stand der städtischen Kanzleibeamten der Titel „Kanzlei-Ober-Offizial" und die Bezüge der IX. Rangsklasse der Kanzleibeamten mit der Anwartschaft auf die systemisierten Gehaltssteigerungen dieser Rangsklasse verliehen.

**5.** (7598.) Einem städtischen Beamten wird ein fünfmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1000 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1919 abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes per 440 K bewilligt.

**6.** (7506.) Einem städtischen Beamten wird ein sechsmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1500 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1919 bewilligt.

**7.** (7507.) Einem städtischen Beamten wird ein fünfmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1800 K gegen Rück-

zahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Juli 1919 bewilligt.

**8.** (7914.) Einem städtischen Ratsdiener wird ausnahmsweise ein sechsmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 850 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen Monatsraten ab 1. Jänner 1919 abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes von 195 K bewilligt.

**9.** (8035.) Einem städtischen Amtsdiener wird ausnahmsweise ein sechsmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 600 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1919 bewilligt.

**10.** (7833.) Einem städtischen Beamten wird bis auf weiteres die Rückzahlung des noch aushaftenden Gehaltsvorschußrestes in monatlichen Raten zu 30 K bewilligt.

**11.** (7758.) Der Gartenarbeiterswitwe Berta Ruhland wird anstatt der ihr zufolge § 14 der allgemeinen Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der Gemeinde Wien gebührenden Abfertigung von 1496 K 50 h und gegen Verzichtleistung auf dieselbe eine Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Juni 1918 an bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

**12.** (7757.) Dem Straßenarbeiter Karl Koller wird eine Gnadengabe von jährlich 444 K von dem der Einstellung des Lohnbezuges, beziehungsweise Krankengeldbezuges nächstfolgenden Tage an bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

**13.** (7756.) Dem ehemaligen Gartenarbeiter Johann Wommer wird eine Gnadengabe von jährlich 492 K vom 1. Juli 1918 bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

**14.** (7755.) Der Fuhrwerksbetriebskutscherswitwe Klara Rotter wird eine Gnadengabe von jährlich 300 K und für ihre Kinder Hermine, Therese und Josef ein Gnadenerziehungsbeitrag von jährlich je 72 K vom 1. Mai 1918 bis Ende des Jahres 1920 und für ihr Kind Josefa ein Gnadenerziehungsbeitrag von jährlich 72 K vom 1. Juli 1918 bis Ende Februar 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

**15.** (7613.) Dem von amtswegen in den bleibenden Ruhestand versetzten Konskriptionsamts-Kommissär Heinrich Emminger wird zu seinem Ruhegehalt eine Gnadengabe von 1200 K zuerkannt.

**16.** (8025.) Der Witwe des ehemaligen Versorgungshaus-Sekundararztes I. Klasse Dr. Franz Boda, namens Laura Boda, wird ausnahmsweise eine einmalige Abfertigung im Jahresbetrage der vom Gatten zuletzt bezogenen Gnadengabe, d. i. im Betrage von 2306 K im Gnadenwege zuerkannt.

**17.** (7841.) Der Witwe des am 18. Juni 1918 eines plötzlichen Todes verstorbenen technischen Diurnisten der städtischen Elektrizitätswerke Moritz Wytlacil, namens Franziska Wytlacil, wird die gnadenweise Flüssigmachung eines Leichenkostenbeitrages in der Höhe von 500 K und eine einmalige, im Einvernehmen mit der Bittstellerin allenfalls in monatlichen Teilbeträgen auszuzahlende Gnadengabe im Betrage von 800 K bewilligt.

**18.** (7618.) Den hinterbliebenen Kindern des im Ruhestande verstorbenen Inspektors der städtischen Elektrizitätswerke Franz Probst, namens Lida, Irene und Franz Probst, wird auch für die Zeit vom 1. September 1918 bis 31. August 1919 eine Gnadengabe von 1500 K zuhanden deren Mutter Emilie Probst-Baumann, gegen dem bewilligt, daß die Freiwilligkeit dieser Zuwendung und das Nichtvorhandensein eines Rechtsanspruches auf dieselbe ausdrücklich anerkannt wird, sowie weiters, daß diese Gnadengabe so wie bisher in Monatsraten zahlbar ist.

**19.** (7843.) Dem Ober-Maschinisten I. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Josef Pawlik wird eine anrechenbare Dienstalterszulage im Betrage von 400 K jährlich zuerkannt.

**20.** (8119.) Einem Beamten der städtischen Elektrizitätswerke wird ein in monatlichen Teilbeträgen von 15 K rückzahlbarer unverzinslicher Gehaltsvorschuß von 1000 K bewilligt.

**21.** (8117.) Den Bahnärzten der städtischen Straßenbahnen Dr. Alois Kühnel und Dr. Max Wickhoff wird der Titel „Direktionsarzt der städtischen Straßenbahnen" verliehen.

**22.** (7587.) Der Monteurswitwe Barbara Jeckel wird eine Gnadengabe von 240 K jährlich auf die weitere Dauer von drei Jahren bis 30. Juni 1921, allenfalls bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung verliehen.

**23.** (7580.) Der Witwe nach dem am 15. Mai 1918 verstorbenen Taglöhner der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Mayerhofer, Marie Mayerhofer, wird ab 15. Mai 1918 eine Witwenpension von 32 K 72 h und ihrem minderjährigen Kinde Johann, geboren am 11. November 1909, ein Erziehungsbeitrag von 10 K 91 h, zusammen 43 K 63 h monatlich, im Sinne der Satzungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zuerkannt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihrem Kinde gebührende Abfertigung in der Höhe der von dem Verstorbenen geleisteten Einzahlungen in die Pensionskasse per 326 K 27 h zu verzichten und die auf die Erreichung des 10. Dienstjahres entfallenden Pensionsfondsnachzahlungen im Betrage von 111 K 50 h nachzuzahlen, beziehungsweise sich von der Pension in monatlichen Raten in Abzug bringen zu lassen.

**24.** (7579.) Der Witwe nach dem am 31. Mai 1918 verstorbenen Revisor der städtischen Straßenbahnen Franz Lengheim, Rosalie Lengheim, wird ab 1. Juni 1918 eine Witwenpension von 47 K 18 h und ihren minderjährigen Kindern Hedwig, geboren am 27. April 1909, und Franz, geboren am 12. Jänner 1912, ein Erziehungsbeitrag von je 15 K 74 h, zusammen 78 K 66 h monatlich im Sinne der Satzungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen

Straßenbahnen zuerkannt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr und ihren Kindern gebührende Abfertigung in der Höhe der von dem Verstorbenen geleisteten Einzahlungen in die Pensionskasse per 925 K 24 h zu verzichten und die auf die Erreichung des 10. Dienstjahres entfallenden Pensionsfondsnachzahlungen im Betrage von 279 K nachzuzahlen, beziehungsweise sich von der Pension in monatlichen Raten in Abzug bringen zu lassen.

**25.** (8112.) Dem ehemaligen Laternenwärter Florian Markones wird als Zuschuß zu seinem Einkommen aus einer Pfründe, einer Stiftung und eines Erziehungsbeitrages von zusammen 38 K eine Gnadengabe jährlicher 120 K auf die Dauer von drei Jahren, bis 30. Juni 1921, bewilligt.

**26.** (8115.) Einem Angestellten der städtischen Gaswerke wird ein Vorschuß im Betrage von 1000 K, rückzahlbar während der Dauer des Krieges in monatlichen Teilzahlungen zu 10 K, bewilligt.

**27.** (7896.) Der Bürgerschul-Direktorin i. R. Marie Schwarz wird in Anerkennung und Würdigung ihrer langjährigen, verdienstvollen Tätigkeit im Schuldienste die goldene Salvator-Medaille verliehen.

**28.** (8102.) Der Bürgerschullehrerin i. R. Franziska Woraczek wird in Anerkennung und Würdigung ihrer langjährigen, ersprießlichen Wirksamkeit im Schuldienste die goldene Salvator-Medaille verliehen.

**29.** (8103.) Dem Oberlehrer i. R. Alois Türk wird in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen, ersprießlichen Wirksamkeit im Schuldienste die goldene Salvator-Medaille verliehen.

Schluß der Sitzung.

---

# Bezirksvertretungen

(V. Gemeindebezirk, Margareten.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom **24. Juni 1918**.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **kaiserl. Rat Thomas Porzer.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Karl Reder.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit und Begrüßung der Anwesenden erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend öffentliche Beleuchtung in der Umgebung des Siebenbrunnenplatzes.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend Ankauf des Hauses V., Ramperstorffergasse 69, durch die Gemeinde Wien.

Sämtliche Zuschriften werden zur Kenntnis genommen.

Anträge und Anfragen.

(759.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend Stellungnahme gegen die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien.

Anschluß.

(961.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Abänderung des Landesgesetzes vom 17. September 1907, betreffend die Gemeindevermittlungsämter.

Anschluß.

Der **Vorsitzende** stellt hierauf folgenden Antrag: Durch die am Montag den 17. Juni ganz unerwartet erfolgte Kürzung der ohnehin schon unzureichenden Brotmenge auf 630 g per Kopf und Woche wurde der unter dem allgemeinen Nahrungsmangel schon so schwer leidenden Bevölkerung ein neuerlicher schwerer Schlag versetzt.

In dieser abermaligen Bedrängnis der großstädtischen Bevölkerung ist — wie in allen ähnlichen Fällen, in welchen es sich um die Linderung der Lebensmittelnot handelte — unser Herr Bürgermeister Exzellenz Dr. Weiskirchner wieder an die Regierung herangetreten, um in unerschrockener Weise sofortige Abhilfe dieser unhaltbaren Zustände zu verlangen, da er anderseits eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr übernehmen könnte.

Ich stelle daher den Antrag, dem Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner für sein energisches und unerschrockenes Eintreten anläßlich der Kürzung der Brotquote bei den hiefür verantwortlichen Regierungsstellen, sowie für seine rastlosen Bemühungen zur Herbeischaffung von Mehlaushilfen, welche ja auch teilweise von Erfolg gekrönt waren, den aufrichtigsten und ergebensten Dank der Bezirksvertretung sowie der gesamten Bezirksbevölkerung zum Ausdrucke zu bringen.

Unter Beifall einstimmig angenommen.

**Derselbe** beantragt ferner: Da es durch das eigenmächtige Oeffnen und Schließen der Fenster in den Wagen der städtischen Straßenbahnen durch die Fahrgäste wiederholt zu unliebsamen Auseinandersetzungen unter denselben kommt, so wird die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" ersucht, anzuordnen, daß die Fenster nur auf einer Seite offen zu halten sind, daß nur die Schaffnerinnen allein berechtigt sind, dieselben zu öffnen oder zu schließen, und diese Verfügung wäre im Innern der Wagen zu plakatieren und strenge durchzuführen.

Angenommen.

Der **Vorsitzende** teilt ferner mit, daß er im Hinblicke auf die stetig schwieriger werdende Lebensmittelbeschaffung die Gründung einer Gemeinschaftsküche für den Mittelstand beabsichtigt, daß er die mühevollen Vorarbeiten fast vollendet hat und hofft, schon Ende August 1918 den Betrieb aufnehmen zu können.

**V.-R. Zenner** dankt unter beifälliger Zustimmung der Versammelten namens der Bewohner Margaretens dem Bezirksvorsteher in bewegten Worten für den neuerlichen Beweis seiner unentwegten Fürsorge.

**B.-V. kais. Rat Porzer** bringt schließlich noch zur Kenntnis, daß er bereits Vorsorge getroffen hat, damit auch heuer wieder eine größere Anzahl armer Kinder durch die Bezirksvertretung zur Weihnachtszeit mit Kleidern beteilt werden kann. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel soll auch heuer wieder, wie seit Kriegsbeginn, an Stelle des Bürgerballes eine Spendensammlung eingeleitet werden.

Allgemeine Zustimmung.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom **27. Juni 1918**.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Leopold Blasel**.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Karl Czasny.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der Bericht über die letzte Sitzung, der zur Einsichtnahme aufliegt, wird ohne Verlesung genehmigt.

In besonderer Weise wird der seit zwei Jahren in russischer Kriegsgefangenschaft gewesene und nun glücklich zurückgekehrte B.-R. Thaumüller vom **B.-V. Dr. Blasel** begrüßt und beglückwünscht.

Weiters gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß die Bezirksräte endlich in den Besitz der Freikarten auf den städtischen Straßenbahnen gelangen werden.

Hierauf übergibt Dr. Blasel den Vorsitz seinem Stellvertreter Roll.

Es gelangt folgender Einlauf zur Erledigung:

Einlauf.

Zuschrift des städtischen Landwirtschaftsamtes, betreffend Bekanntgabe der im Bezirke nur irgendwie für Kriegsgemüsegärten verwendbaren Gründe.

Zur Kenntnis.

Anträge.

**B.-V.-St. Roll** schildert das Treiben im und beim Café „International", II., Taborstraße 14, und beantragt, die Bezirksvertretung wolle beschließen, sich neuerdings an die Polizei, sowie an das Kriegswucheramt behufs schleuniger Abstellung dieser skandalösen Zustände wenden zu wollen.

**B.-R. Jünger** bespricht den schlechten Zustand der gepflasterten Straßen und Bürgersteige im II. Bezirke und stellt den Antrag, die Taborstraße, die Große Pfarrgasse zwischen der Rotenkreuz- und Großen Sperlgasse, die Untere Augartenstraße, die Nordwestbahnstraße und die Kronprinz Rudolf-Straße einer teilweisen Umpflasterung und wenn diese jetzt untunlich, zumindest einer gründlichen Ausbesserung mit Ersetzung durch neues Steinmaterial zu unterziehen.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Aenderung des Landesgesetzes vom 17. September 1907, L.-G.-Bl. Nr. 124, für die Gemeindevermittlungsämter dahingehend, daß die Parteien bei der Sühneverhandlung persönlich zu erscheinen verpflichtet werden, das heißt, daß der Kläger im Falle seines Nichterscheinens des Klageanspruches verlustig wird.

Sämtliche Anträge werden einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten

### Der Krieg im Haushalte der Straßenbahnen.

Der Weltkrieg hat die Straßenbahn in dem Augenblick überrascht, als die Gemeindeverwaltung daranging, zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse neue Massenverkehrsmittel zu schaffen. Nach erfolgreicher Durchführung eines Probebetriebes war bereits die Lieferung von 75 Kraftstellwagen vergeben, während die langwierigen jahrelangen Verhandlungen wegen Erbauung von Untergrundbahnen knapp vor dem Abschlusse standen.

Der Ausbruch des Krieges hat natürlich die Verwirklichung dieser Arbeiten unmöglich gemacht und überdies durch die erst gänzliche, dann teilweise Einstellung des Stadtbahnverkehres, durch die spätere Auflassung der Pferdestellwagen und die immer größer werdenden Einschränkungen des Privat- und Lohnfuhrwerkes jeder Art die Straßenbahn sozusagen zum einzigen Massenverkehrsmittel Wiens gemacht.

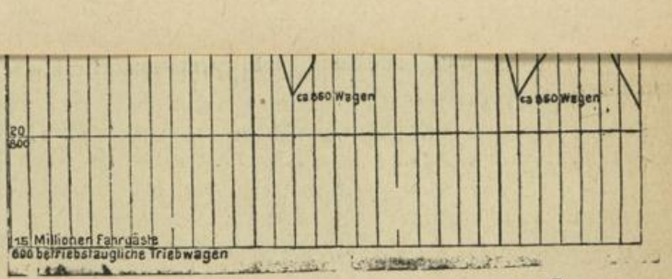
Von den Angestellten mußten sofort nach Kriegsbeginn mehr als die Hälfte zum Heere einrücken und auch die später aufgenommenen Bediensteten kamen immer wieder zur Musterung und Einberufung, so daß zeitweise insgesamt über 11.000 ehemals bei den Wiener Straßenbahnen beschäftigte Leute unter den Fahnen standen.

Die Aufrechterhaltung des Betriebes war in der Folge nur mehr durch die Aufnahme zahlreicher Frauen und Mädchen sowohl für den Werkstätten- als auch für den Fahrdienst (Schaffnerinnen und Wagenführerinnen) möglich, die sich im allgemeinen sehr gut bewährt haben und in hingebungsvoller Pflichttreue diesen für ihre schwachen Körperkräfte sehr anstrengenden Dienst unverdrossen erfüllen zu Nutz und Frommen der Bevölkerung.

Die zunehmende Teuerung aller Lebensbedürfnisse veranlaßte die Gemeindeverwaltung, die Bezüge der Bediensteten und Arbeiter zu erhöhen und allen Angestellten Teuerungszulagen zu gewähren. Auch die Lebensmittelversorgung ist unter vielfachen Zuwendungen an die Angestellten organisiert und durch Errichtung von Personalküchen die Lebenshaltung erleichtert worden. Diese personellen Kriegsauslagen einschließlich der Zahlung des halben Gehaltes und des Quartiergeldes an die Familien der Eingerückten verursachen derzeit jährliche Kosten von rund 46·25 Millionen Kronen. Die ganzen jährlichen Personalauslagen haben während des Krieges eine Steigerung von 24·5 auf 74 Millionen Kronen erfahren.

Vom Kriegsbeginn an sind der Straßenbahn nicht nur durch die Besorgung des Verwundetentransportes in einem Umfange

die Frequenz rasch, worauf dann die starke ein weiteres langsames Ansteigen der monatlich beförderten Fahrgäste bis zum Winter 1918 zeigt. Im Februar d. J. wird wieder ein Tiefstand erreicht, der auf Einschränkungen des Betriebes zurückzuführen ist. Hierauf setzt nun ein kolossal und ganz unerwartet rasches Ansteigen der Frequenz ein, so daß im Monat Mai d. J. die Zahl von über 56 Millionen Fahrgästen im Monat erreicht wird.



von bisher zehn Millionen Menschen, sondern auch durch die Uebernahme eines sehr bedeutenden Frachtenverkehres ganz neue, im Frieden nicht gekannte große Aufgaben zugewachsen. Für die Abwicklung des Frachtenverkehres mußten neue Gleisanlagen auf fast sämtlichen Wiener Vollbahnhöfen, zu vielen militärischen Anstalten und Fabriken für den Militärbedarf, sowie zu Militärspitälern und dem städtischen Versorgungshause gebaut werden; das Frachtengeschäft ist zeitweise ein sehr umfangreiches und wurden von einem einzigen Militärobjekt bis zu 70 Vollbahnwagen täglich abgeführt; die gesamte Leistung im Frachtenverkehr beläuft sich seit Kriegsbeginn auf über 111.000 Waggons, zu deren Beförderung sonst über 300.000 Pferdefuhrwerke notwendig gewesen wären. Nach dem jetzigen Umfange des Frachtengeschäftes ersetzt die Straßenbahn rund 350 mit zwei Pferden bespannte Wagen oder 100 Automobilzüge. Es werden neben Militärgütern jeder Art insbesondere Approvisionierungsgüter (Milch, Gemüse, Kartoffeln usw.), sowie Kohle befördert. Von sehr großer Bedeutung war auch die Uebernahme der Paketpostbeförderung von den Hauptbahnhöfen zu verschiedenen Postämtern und umgekehrt. In letzter Zeit hat die Straßenbahn auch Leichentransporte von verschiedenen Krankenanstalten nach dem Zentral-Friedhof sowie den Zugdienst für Straßensprengwagen übernommen. Diese neu übernommenen Leistungen haben naturgemäß einen Teil der früher nur für den Personenverkehr dienenden Motorwagen diesem Dienst entzogen, zu Zeiten bis zu 70 Motorwagen. Dabei hat die Straßenbahn während des Krieges auch noch mehrere neue Linien für den Personenverkehr erbaut und eröffnet, so insbesondere die Linien nach Ober-Laa, über die Flurschützstraße und Feldkellergasse nach Speising und von Floridsdorf nach Leopoldau. Die Gleislänge der neuen Linien und Gleisanlagen beträgt rund 54 km. Nachdem mehrere Remisen der Straßenbahn teils dem Militär, teils der Gemeinde für die Einlagerung von Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden mußten, war es nötig, nebst der Fortsetzung des Baues der kurz vor dem Krieg begonnenen neuen Bahnhofsanlage in Favoriten, die zu den größten ihrer Art in Europa gehört, noch zwei neue große Bahnhofshallen aus Holz zu erbauen.

Die steigende Frequenz veranlaßte die Straßenbahnverwaltung zur Bestellung neuer Motor- und Beiwagen, die aber bisher noch nicht geliefert werden konnten. Der alte, vor dem Krieg vollständig ausreichende Fahrpark mußte daher den während der Kriegszeit zu einer ganz unerhörten Höhe angestiegenen Personenverkehr nebst dem Frachtenverkehr bewältigen, was naturgemäß zu einer Ueberlastung und Ueberanstrengung insbesondere der Motorwagen führte.

Die Personenfrequenz ist in den vier Kriegsjahren, eigentlich aber in den letzten drei Jahren, da das erste Kriegsjahr einen Abfall brachte, um rund 100 Prozent auf 600 Millionen gestiegen; es ist dies eine Steigerung, welche nach dem Friedensmaßstab erst in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren zu erwarten gewesen wäre, zu einem Zeitpunkte also, in dem nach den Absichten der Gemeindeverwaltung der Verkehr schon längst durch zahlreiche Kraftstellwagen und eine Untergrundschnellbahn verbessert worden wäre. Die große Ueberfüllung der Wagen, das schlechtere Fahren der weniger geübten jüngeren Wagenführer, der im Kriege unvermeidliche schlechtere Gleiszustand, sowie die zufolge Personal- und Materialmangel geringere Leistungsfähigkeit der Werkstätten, hatten leider zur Folge, daß die Anzahl der betriebstauglichen Motorwagen immer kleiner wird, bei gleichzeitig sehr großem Ansteigen der Frequenz; es hat die Straßenbahnverwaltung zu dem Antrage auf Verkehrseinschränkungen veranlaßt, um durch die Schonung der Wageneinrichtungen die Gefahren zu bannen, die bei einem erfahrungsmäßigen Abfall mehrerer Hundert Motorwagen nach den ersten größeren Schneefällen im Winter sonst unvermeidlich wären.

Haben die städtischen Straßenbahnen während der ganzen vier Kriegsjahre die gewaltige Last der Beförderung von über 1800 Millionen Menschen mit einem für diese Aufgabe viel zu kleinem, bisher trotz aller Bemühungen unmöglich zu erweiterndem Fahrpark übernommen und in einer durch die zunehmende Wagenüberfüllung für die Fahrgäste zwar nicht angenehmen, aber doch den Bedürfnissen Genüge leistenden Weise erfüllt und dabei noch für den Heeresdienst und für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln neue große Aufgaben durchgeführt, so ist nunmehr die Zeit gekommen, wo die Motorwagen von dieser unendlichen Arbeitsleistung übermüdet, wenigstens durch einige Zeit der Schonung bedürfen, da auch die zu ihrer Bereuung dienenden menschlichen Hände nach jahrelanger unverdrossener Arbeitsleistung nicht mehr mit den alten Kräften wirken können, das ist die Zeit, wo auch der Bevölkerung einige Opfer zugemutet werden müssen, die sie in dem Bewußtsein hinnehmen und ertragen wird, dadurch der Allgemeinheit und sich selbst zu nützen.

* * *

**Betriebseinschränkungen auf den städtischen Straßenbahnen.**

Anläßlich der Beratung über diesen Gegenstand hat die Direktion der städtischen Straßenbahnen folgende Diagramme dem Gemeinderate vorgelegt:

I.

Das nachstehende Diagramm zeigt die Entwicklung der Straßenbahnen vom Tage der Uebernahme durch die Gemeinde Wien bis zum Ende des Geschäftsjahres 1917/18.

Mit der senkrechten schwarzen Linie ist der Kriegsausbruch angedeutet.

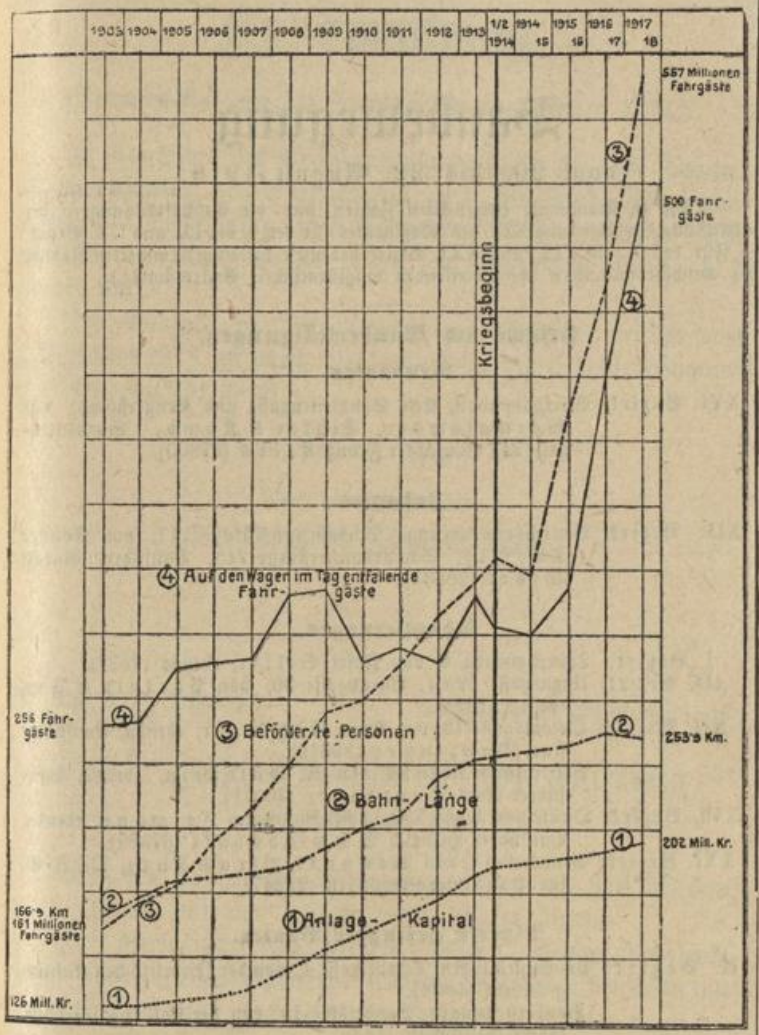
Die Kurve 1 zeigt das investierte Kapital, die Kurve 2 die Bahnlänge. Beide steigen stetig an, und zwar auch während der Kriegszeit, woraus zu ersehen ist, daß auch noch in den letzten Jahren Investitionen gemacht und das Bahnnetz ausgebaut worden ist.

Die Kurve 3 zeigt die pro Jahr beförderten Personen, die Kurve 4 die auf jeden Wagen im Tag entfallenden Fahrgäste. Während die Kurve 3 zum Kriegsausbruch stetig ansteigt, hält sich die Kurve 4 bis dahin in horizontaler Linie und sind die einzelnen Schwankungen stets nur auf Neueinstellungen von Wagen zurückzuführen. Es ist also daraus zu ersehen, daß trotz des Ansteigens der beförderten Personenzahl die Leistung per Wagen und Tag nahezu die gleiche geblieben ist, bei Kriegsausbruch der erforderliche Wagenpark also vorhanden war.

Nach einem geringfügigen Abfall der Personenfrequenz im ersten Kriegsjahr 1914/1915 setzt nun ein sehr rasches Ansteigen ein, und zwar von rund 323 Millionen Fahrgästen pro Jahr auf 557 Millionen.

Weil während des Krieges trotz eifrigster Bemühungen keinerlei Vermehrung des Wagenparkes zu erzielen war, so steigt

in demselben Verhältnis die Zahl der per Wagen und Tag beförderten Fahrgäste; sie erhöht sich von 300 auf 500. Wird noch berücksichtigt, daß die Angaben der Kurve 4 auf dem gesamten Wagenpark und nicht auf dem betriebstauglichen aufgebaut sind, so ergibt sich, daß die Zahl der auf den betriebstauglichen Wagen entfallenden Fahrgäste und damit die Besetzung der Wagen ein noch viel höheres Ansteigen erfahren hat.




*

II.

Folgendes Diagramm zeigt in der oberen Kurve die Steigerung der monatlichen Personenfrequenz der städtischen Straßenbahnen vom Beginn des Jahres 1916 bis Juli 1918, in der unteren aber die jeweilig zur Verfügung gestandenen betriebstauglichen Motorwagen.

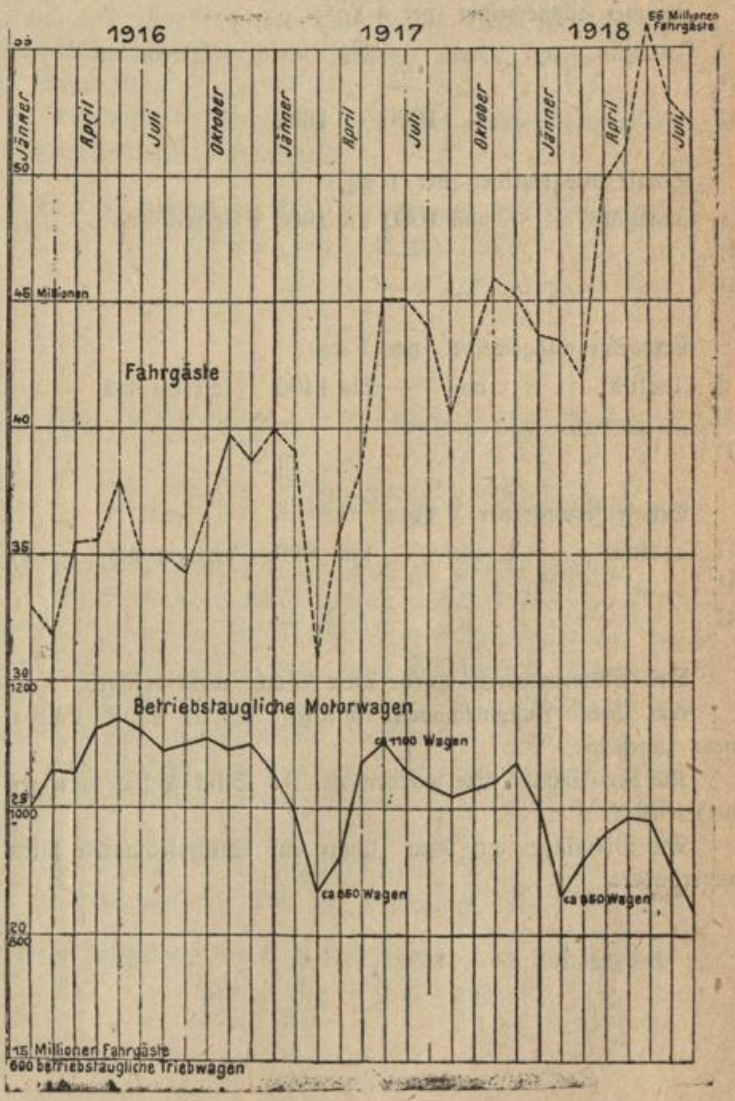
Die Frequenz der Fahrgäste steigt bis zum Jänner 1917; hier tritt ein Abfall ein, der auf die damals vorgenommenen umfangreichen Reduzierungen und den frühzeitigen Verkehrsschluß zurückzuführen ist; nach Verbesserung des Verkehres erholt sich die Frequenz rasch, worauf dann die Kurve ein weiteres langsames Ansteigen der monatlich beförderten Fahrgäste bis zum Winter 1918 zeigt. Im Februar d. J. wird wieder ein Tiefstand erreicht, der auf Einschränkungen des Betriebes zurückzuführen ist. Hierauf setzt nun ein kolossal und ganz unerwartet rasches Ansteigen der Frequenz ein, so daß im Monat Mai d. J. die Zahl von über 56 Millionen Fahrgästen im Monat erreicht wird.

Betrachtet man die untere Kurve, so sieht man, daß im Jahre 1916 noch durchschnittlich 1150 betriebstaugliche Triebwagen zur Verfügung gestanden sind. Anfangs des Jahre 1917 sinkt der Wagenpark um ungefähr 250 herunter. Dieser Sturz ist auf die großen Schneefälle zurückzuführen.

Dank der Verkehrseinschränkungen, die die Kohlennot bedungen hat, war es möglich, nach kaum drei Monaten wieder die Höhe des Jahres 1916 zu erreichen. Anfangs des Jahres 1918 tritt nun — verursacht durch starke Schneefälle und das Winterwetter — wieder ein Abfall um rund 250 Wagen ein. Die darauf folgende Erholung des Wagenparkes geht wesentlich langsamer als im Vorjahre vor sich und ist keine vollständige, denn es werden nur mehr rund 980 betriebstaugliche Wagen erreicht.

Trotz des günstigen Sommerwetters tritt im heurigen Jahre bereits im Mai ein rapider Abfall des betriebsfähigen Wagenparkes ein, so daß im Juli des heurigen Jahres durchschnittlich nur mehr 830 Wagen (für Personen- und Güterbeförderung, für die erstere allein nur rund 780 Wagen) zur Verfügung stehen.

Der Vergleich der beiden Kurven zeigt also, daß dem raschen und gar nicht vorauszustehenden Ansteigen der Frequenz im Frühjahre 1918 eine bedeutende Verringerung des betriebstauglichen Wagenparkes gegenübersteht, was zu der jetzigen ganz ungeheuren Überfüllung der Wagen führen muß.



# Lebensmittelverkehr.

## Jung- und Stechviehmarkt vom 20. und 22. August 1918.

### 1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kälber lebend . . . . | 7 | Schafe lebend . . . . . | 404 |
| Kälber ausgeweidet . . | 149 | Schafe ausgeweidet . . | 33 |
| Lämmer lebend . . . . | — | Schweine ausgeweidet . | 85 |
| Lämmer ausgeweidet . . | 4 | Spanferkel . . . . . | — |

### 2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 400 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . von — bis 470 „ (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III „ . . . . „ 300 „ 450 „

Lämmer lebend (per 1 kg)

I Qualität . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III „ . . . . „ 1000 „ 1600 „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 1000 bis 1600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 1400 „ (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 880 „ (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Der Schweinemarkt wurde diese Woche nicht beschickt.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 51 Stück Kälber mehr zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 94 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Die Preislage auf dem Jung- und Stechviehmarkte blieb unverändert.

* * *

## Pferdemarkt vom 20. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 285 Stück.

280 Gebrauchspferde, 5 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 6000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . — „ — „ „ „

Der Markt war lebhaft.

---

# Baubewegung

vom 20. bis 22. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

## Gesuche um Baubewilligungen.

### Neubauten.

XVI. Bezirk: Werkstättenbau, Ecke Sandleitengasse und Kongreßplatz, von Warchalowsky, Eißler & Komp., Sandleitengasse 24, Bauführer Franz Krebs (37800).

### Zubauten.

XII. Bezirk: Betriebserweiterung, Schönbrunnerstraße 217, von Gottlieb Taussig, Schönbrunnerstraße 215, Bauführer Rudolf Weber (28835).

### Adaptierungen.

I. Bezirk: Laurenzerberg 4, von Josef Siller, ebenda (1837).
III. Bezirk: Ungargasse 59/61, Barichgasse 30, von Portois & Fix, ebenda (1828).
XII. Bezirk: Oswaldgasse 13, von Anna Eichinger, ebenda, Bauführer Karl Danzinger (29619).
„ „ Breitenfurterstraße 31, von M. Goldstein, ebenda, Bauführer Karl Danzinger (30071).
XVI. Bezirk: Ottakringerstraße 132, von Siegmund Hofmann, ebenda, Bauführer Heinrich Schwindshakl (37389).
XXI. Bezirk: Genochplatz 1, von Waagner, Biro & Kurz, Oe. A.-G. für Bau-Unternehmungen (22247).

### Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Bauherstellungen, Tempelgasse 4, von der Israelitischen Kultusgemeinde (1834).
„ „ Bauherstellungen, Handelskai 19, von der Kgl. ung. Seeschiffahrts-Gesellschaft (1839).
III. Bezirk: Schacht, Landstraßer Hauptstraße 21, von Dr. Felix Rebel, I., Plankengasse 2 (1843).
„ „ Bauänderung, Strohgasse 35, von Rigler & Rous namens David Hartenstein, Jacquingasse 37 (1844).
XII. Bezirk: Rauchfang, Schönbrunnerstraße 297, von Hermine Karabaczek, ebenda, Bauführer J. Bublik (28602).
XX. Bezirk: Brückenwage, Dresdnerstraße 77, von Berta Denreich, ebenda (1835).

## Gesuche um Parzellierungen.

XVI. Bezirk: Parz. 489/1 und 490/4, Grundbuch-Einl.-Z. 165 und 1861, Erdbrustgasse, vom Kriegskinderheim, Kolburggasse 6/8 (37340).

## Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Absteckung der Baulinien wurden überreicht.

XVI. Bezirk: Erdbrustgasse, Einl.-Z. 1861, vom Kriegskinderheim, Kolburggasse 6/8, Bauführer Maximilian Sachs (37340).
„ „ Gallitzinstraße 12, von Eduard Bintze, ebenda (37463).

---

*) Hievon — am Markte und 5 im Pferdeschlachthause.

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 22. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Jellinek Josef — Handelsagentur — I., Neutorgasse 8.
Gärtner Alois — Anstreichergewerbe — XIII., Ameisgasse 45.
Stregl Rudolf — Fleischselchergewerbe — VI., Joanelligasse 12.
Koiterer Adalbert — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Gallitzinstraße 42.
Hanousek Alois — Schuhmachergewerbe — XIII., Meiselstraße 49.
Schwarz Alois — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Degengasse 38.
Dobry Josef — Wäscheputzerei — XVIII., Antonigasse 27.
Janecek Martin — Dienstmanngewerbe, Lizenz-Nr. 7 — III., Landstraßer Hauptstraße, Ecke Rochusgasse.
Strauß Richard — Konzession für Elektrotechnik — XXI., Angererstraße 13.
Blaha Franz — Handel mit Fragnereiartikeln, sowie Kanditen, Zuckerbäckerwaren ꝛc. — XXI., Pragerstraße 11.
Walzhofer Franz Josef — Musikergewerbe — XXI., Ruthnergasse 32.
Dostal Heinrich — Pferdefleisch- und Wurst-Verschleiß — XXI., Schulzgasse 5.
Schuster Leopold — Maurermeistergewerbe — XXI., Mayerweckstraße 225.
Huk Rudolf — Spenglergewerbe — XXI., Stammersdorferstraße 27.
Klein Bertold — Gast- und Schankgewerbe — XXI., Am Spitz 2.
Bauer Max — Lebensmittel- und Konsumwaren-, sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Hernalser Hauptstraße 189.
Ferstl Marie — Pachtbetrieb des der Sophie Heimer gehörigen Gewerbes zu Uebernahme zum chemischen Putzen, Appretier, Färben und Wäscheputzen — IV., Karolinengasse 29.
Blei Marie Johanna — Kleidermachergewerbe — VIII., Lerchengasse 25.
Engelmann Emil — Handel mit Musterneuheiten für die Textilindustrie und mit Tuch aller Art — IX., Dietrichsteingasse 8.
Benak Gabriele — Kaffeesieder-Konzession — VII., Lerchenfelderstraße 9/11.
Sadil Marie — Handel mit Papier-, Spiel- und Galanteriewaren — XV., Gablenzgasse 19.
Kailich Julie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XV., Schuselkagasse 8
Knotzer Helene — Handel mit Papierwaren und Kanditen — XV., Akkonplatz 2.
Strohmeier Marie Anna — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — XV., Pilgerimgasse 13.
Neumann Marie — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Obere Donaustraße 9.
Elias Isaak — Handel mit Kurzwaren und Aufputzartikeln — II., Pillersdorfgasse 4.
Wermer Katharina — Handel mit Damenkleidern und Stoffen — I., Köllnerhofgasse 2.
Schreiber Benjamin — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Salzgries 21.
Horowitz-Feldmann Karl — Handel mit Schreibmaschinen und Bureauartikeln (beschränkt) — I., Franz Josefs-Kai 7/9.
Birchmann Anna — Modistengewerbe — I., Elisabethstraße 10.
Traindl Marie — Kaffeeschank-Konzession — VIII., Lerchenfelderstraße 26.
Tallafuß Ida — Damenkleidermachergewerbe — XVIII., Dempschergasse 4.
Lemier Adelheid — Wanderhandel mit Gemüse, Obst, Naturblumen und Geflügel — XIII., Linzerstraße 177.
Bugala Anna — Wanderhandel mit Gemüse, Obst, Naturblumen und Geflügel — XIII., Hackingerstraße 51.
Kremser Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — XIII., Dreyhausenstraße 14.
Münster Marie — Sodawasser-Erzeugung — XIII., Linke Wienzeile 276.
Lahoda Theresia — Lebensmittel und Konsumwaren (beschränkt) sowie Flaschenbierhandel — XVI., Herbststraße 52.
Horner Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Montleartstraße 58.
Mayerhofer Pauline — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Enenkelstraße 17.
Pfeiffer Leopoldine — Kleben von Papiersäcken — XVI., Richard Wagner-Platz 16.
Nowotny Emanuela — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Bonbons ꝛc. — XXI., Hans Steger-Gasse 2.
Schlesinger Irma — Kleinfuhrwerksgewerbe — XXI., Ferchenbauergasse 11.
Grünwald Rosalia — Handel mit Kanditen, Fruchtsäften, Marmeladen ꝛc. — XXI., Bentheimstraße 10.

* * *

## 24. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Kampfmüller & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Erzeugung von Schuhsohlen aus Abfallleder — III., Untere Viaduktgasse 29.
Verkaufs- und Export-Genossenschaft der Schneider, r. G. m. b. H. — Kleidermachergewerbe — I., Rabensteig 5.
Wurst- und Selchwaren-Erzeugung, Ges. m. b. H. — Fleischselchergewerbe — III., Petrusgasse 5.
Vom k. k. Ministerium des Innern leg. Kriegskaffee-Zentrale, G. m. b. H. — Großhandel mit Kaffee — I., Elisabethstraße 1.
Mazzolini Hedwig (Alleininhaberin der Firma Anton Mazzolini) — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Schönbrunnerstraße 116.
Theurer Hans — Handel mit Metallsohlen, Kurz- und Galanteriewaren — V., Margaretengürtel 144.
Matuskovics Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Schönbrunnerstraße 31.
Zipper Mendel — Verschleiß von Papier, Kurz- und Galanteriewaren — V., Margaretengürtel 14.
Mras Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Wiedner Hauptstraße 135.
Kaisergruber Johann — Wirtsgewerbe-Konzession — XIX., Heiligenstädterstraße 295.
Vanicek Wenzel — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Roterdstraße 15.
Hochholzer Franz — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Liebhartstalstraße 2.
Morell Josef — Konzession zur Verabreichung von Tee mit Rum — XVI., Neulerchenfelderstraße 50.
Holzjäger Adolf — Handel mit alten und neuen Säcken — II., Große Sperlgasse 39.
Süßkind Chaim — Schuhwarenhandel im Großen — II., Untere Augartenstraße 23.
Griminger Szmerl — Handel mit Schuhen, Schuhzugehör und Sohlenschonern — II., Große Pfarrgasse 7.
Wolfram Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Schimmelgasse 9.
Waller Johann — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Adamsgasse 20.
Wilker Simon — Gemischtwarenhandel im Großen — III., Löwengasse 32.
Siller Karl — Mechanikergewerbe — XVII., Pezzlgasse 18.
Dworak Johann — Musikergewerbe — XVII., Urbangasse 18.
Zaufal Anton — Handelsagentur — XVII., Seitenberggasse 78.
Bondy August — Handelsagentur — X., Keplerplatz 6.
Heller August — Friseurgewerbe — XVI., Absberggasse 29.
Klajn Franz — Kleidermachergewerbe — X., Siccardsburggasse 37.
Masek Johann — Pferdehandel — X., Feuchterslebengasse 69.
Langer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Mubrengasse 57.
Schöpf Ferdinand — Stadt- und Lohnfuhrwerksgewerbe — XVIII., Lacknergasse 81.
Janiczek Eduard — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Sternwartestraße 20.
Nowotny Anna — Schirmmachergewerbe — V., Arbeitergasse 11.
Stoyka Johann — Pferdehandel — V., Bräuhausgasse 31.
Subrsul Marianne — Handel mit Lebensmitteln und Konsumwaren sowie Flaschenbier-Verschleiß — V., Jahngasse 39.
Bastatz Marie — Wäscherei und Wäscheputzerei — V., Ramperstorffergasse 35.
Becker Friederike — Lebensmittel- und Konsumwaren-Handel (beschränkt) — V., Nikolsdorfergasse 10.
Bauer Franziska — Fragnergewerbe — V., Fendigasse 7.
Kapfer Leopoldine — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Gassergasse 32.
Riedl Katharina — Wäschewaren-Erzeugung — V., Spengergasse 1[illegible].
Tastl Josefine — Verschleiß von Kanditen, Obst und Zuckerbäckerwaren — V., Schönbrunnerstraße 89.
Woerle Paula — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — V., Siebenbrunnengasse 12.
Machek Franziska — Viktualien-Verschleiß — V., Franzensgasse 16.
Fuchs Marie — Kaffeesiederkonzession — I., Wipplingerstraße 14.
Tietze Hermann — Kaffeesiederkonzession — XVI., Ottakringerstraße 119.
Groß Katharina — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — XVI., Ottakringerstraße 51.

(Das Weitere folgt.)

---

## Inhalt.

Gemeinderat: Seite

**Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 13. August 1918.**

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Verzeichnis der wegen Fernbleibens entschuldigten Gemeinderäte . . . . . 1681
2. Verzeichnis der beurlaubten Gemeinderäte . . . . . 1681
3. Urlaubsbewilligungen . . . . . 1681

Seite

4. Nachruf nach dem verstorbenen Gemeinderat Dr. Alexander Pupovac . . . . . 1681
5. Dank der Witwe nach dem Dichter Keim für die verliehene Ehrengabe . . . . . 1681
6. Verzeichnis der eingelangten Spenden . . . . . 1681

Anfragen:

7. Gem.-Rat Herold: Den Stand der Schaffung eines Propagandaamtes zur Abwehr der feindlichen Propaganda . . . 1682
8. Gem.-Rat Schlechter: Die Sicherstellung Wiens mit Brennmaterialien für den kommenden Winter . . . . . 1682
9. Gem.-Rat Schwarz: Die Brot- und Mehlbeschaffung für die in offener Armenpflege befindlichen Personen . . . . . 1683

Antrag:

10. Gem.-Räte Roth und Josef Grünbeck: Stellungnahme gegen den Austausch der Metallklinken gegen Holzdrücker . . 1683

Berichte:

11. Gem.-Rat Schneider: (7907.) Betriebseinschränkungen bei den städtischen Straßenbahnen . . . . . 1683
12. Gem.-Rat Spalowsky: (8172.) Resolution der Gemeinde Wien gegen die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise . . . . 1715
13. Genehmigung nachstehender Geschäftsstücke:
    1. (7672.) Lohnerhöhungen bei den Elektrizitätswerken . . 1720
    2. (7368.) Anschaffung von Ersatzreifen für städtische Dienstkraftwagen . . . . . 1720
    3. (8076.) Neuerliche Erhöhung der Halbtagsentschädigungen für die in den Brot- und Mehl-Kommissionen tätige Lehrerschaft . . . . . 1720
    4. (7611.) Bewilligung eines Zuschußkredites zu den Ausgabs-Rubriken des Wiener Bürgerspitalsfondes XI 9 „Naturalausspeisung, beziehungsweise Handgelder zur Selbstverköstigung der Pfleglinge“ und XI 14 „Verpflegung und Wartung der Kranken“ für das Verwaltungsjahr 1917/18 . . . . . 1720
    5. (8101.) Gewährung eines ersten Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik XLIII 3 und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 5 für das Verwaltungsjahr 1917/18 . . . . . 1720
    6. (6107.) Bewilligung von Zuschußkrediten zu Sub-Rubriken der Ausgabs-Rubrik XXXVII öffentliche Armenpflege für das Verwaltungsjahr 1917/18 . . . . 1720
    7. (8129.) Genehmigung der Kosten für die Anschaffung von Schwellen und Extrahölzern zur Instandhaltung und Erweiterung der Gleisanlagen bei den Lagerhäusern . . 1720
    8. (8057.) Baulinienbestimmung nächst der Teerfabrik „Teerag“ im XI. Bezirke . . . . . 1720
    9. (7826.) Künstlerbund „Hagen“, Ueberlassung eines Teiles der Detailmarkthalle in der Zedlitzgasse im I. Bezirke . 1720
    10. (7815.) Ungarn-Verein in Wien, Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten . . . . . 1720
    11. (8069.) Ortsgruppe Ottakring des k. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds, Nachsicht der Beheizungs- und Beleuchtungskosten . . . . . 1721
    12. (7885.) Erhöhung des Sachkredites für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße im II. Bezirke . . . . . 1721
    13. (8058.) Baulinienbestimmung für den Teil des XXI. Bezirkes zwischen der Ueberfuhrstraße, der Jeneweingasse, der Jedleseerstraße, der Nordwestbahn und der Aeugelgasse . . 1721
    14. (8137.) Wiener Jugendfürsorgeverein, Bezirksgruppe XXI, um Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten bei Mitbenützung des Turnsaales und erforderlichenfalls eines oder mehrerer Lehrzimmer in den Schulen des XXI. Bezirkes . . . . . 1721
    15. (6134.) Neuregelung der Friedhofsgebühren . . . . . 1721
    16. (5355.) Petition der Gemeinde Wien, betreffend Zuweisung von Sachgütern gelegentlich der Abrüstung der Kriegsheere . . . . . 1721
    17. (5391.) Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Gesetz-Entwurf, betreffend die Kohlensteuer . . . . . 1721
    18. (7578.) Bauliche Herstellungen zur Errichtung einer Waggon-Rangieranlage in der Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke . . . . . 1721
    19. (7369.) Uebereinkommen mit der Donauregulierungs-Kommission hinsichtlich verschiedener Kostenfragen, betreffend die Kaiser Franz Josefs-Brücke . . . . . 1721
    20. (7643.) Erwerbung von Liegenschaften im XIII. Bezirke nächst Schönbrunn . . . . . 1722
    21. Ueberstundenentlohnung bei den städtischen Straßenbahnen 1722
    22. (7550.) Genehmigung des Mehrerfordernisses beim Schulbaue XX., Stromstraße-Vorgartenstraße . . . . . 1722
    23. (8081.) Genehmigung des Mehrerfordernisses und Bewilligung eines Zuschußkredites anläßlich des Umbaues der Aspernbrücke . . . . . 1722
    24. (7670.) Vereinigung der Schrebergärtner am Nordrande der Schmelz um Subvention . . . . . 1722
    25. (7364.) Verein „Studienfürsorge für Kriegerwaisen“ um Subvention . . . . . 1722
    26. (7822.) Beitritt der Gemeinde Wien zum „Fürsorgeverein Deutsche Kriegerfürsorge“ . . . . . 1722
    27. (7559.) Genehmigung der Kosten für die Inneneinrichtung der Tageserholungsstätte in Wien, X., Am Laaerberg . . 1723
14. Gem.-Rat Tomola: (7341.) Erweiterung des schulärztlichen Dienstes . . . . . 1723

**Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 17. Juli 1918.**

Inhalt:

1. Beförderungen und Titelverleihungen im Marktamte . . . . 1724
2. Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß . . . 1724
3. Hermann Franke, techn. Beamter der städtischen Gaswerke, um gnadenweisen Pensionszuschuß . . . . . 1724
4. Verleihung des Titels und der Bezüge eines Kanzlei-Ober-Offizials an Josef Neuberger, Revisor I. Klasse der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge . . . . . 1724
5. bis 7. Ansuchen städtischer Beamten um Gehaltsvorschüsse . . . . . 1724
8. u. 9. Ansuchen städtischer Diener um Gehaltsvorschüsse . . . . 1725
10. Ansuchen eines städtischen Beamten um Herabsetzung der Gehaltsvorschuß-Rückzahlungsraten . . . . . 1725
11. Berta Ruhland, Gartenarbeiterswitwe, um Gnadengabe . . 1725
12. Karl Koller, Straßenarbeiter, um Gnadengabe . . . . . 1725
13. Johann Wommer, ehemaliger Gartenarbeiter, um Gnadengabe . . . . . 1725
14. Klara Rotter, Fuhrwerksbetriebskutscherswitwe, um Gnadengabe und Gnadenerziehungsbeiträge . . . . . 1725
15. Heinrich Emminger, Konskriptionsamts-Kommissär i. P., um Gnadengabe . . . . . 1725
16. Laura Boda, Sekundararztenswitwe, um Gnadengabe . . . 1725
17. Franziska Wytlacil, Witwe des techn. Diurnisten der städtischen Elektrizitätswerke Moritz Wytlacil, um Gnadengabe . . . . . 1725
18. Emilie Probst-Baumann, um Fortbezug der Gnadengabe 1725
19. Zuerkennung einer Dienstalterszulage an den Ober-Maschinisten der städtischen Elektrizitätswerke Josef Pawlik . . . . 1725
20. Ansuchen eines Beamten der städtischen Elektrizitätswerke um Gehaltsvorschuß . . . . . 1725
21. Verleihung des Titels „Direktionsarzt“ an die Bahnärzte der städtischen Straßenbahnen Dr. Alois Kühnel und Dr. Max Wickhoff . . . . . 1725
22. Barbara Jeckel, Monteurswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe . . . . . 1725
23. Marie Mayerhofer, Witwe nach dem Taglöhner der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Mayerhofer, um Gnadenpension und Gnadenerziehungsbeiträge . . . . . 1725
24. Rosalia Lengheim, Straßenbahnrevisorswitwe, um Gnadenpension und Gnadenerziehungsbeiträge . . . . . 1725
25. Florian Markones, ehemaliger Laternenwärter der städtischen Gaswerke, um Gnadengabe . . . . . 1726
26. Ansuchen eines Angestellten der städtischen Gaswerke um Gehaltsvorschuß . . . . . 1726
27. Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Bürgerschul-Direktorin i. R. Marie Schwarz . . . . . 1726
28. Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Bürgerschullehrerin i. R. Franziska Woraczek . . . . . 1726
29. Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Oberlehrer i. R. Alois Türk . . . . . 1726

Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom 24. Juni 1918 . . . . . 1726
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 27. Juni 1918 . . . . . 1727

Allgemeine Nachrichten:
Der Krieg im Haushalte der Straßenbahnen . . . . . 1727

Lebensmittelverkehr:
Jung- und Stechviehmarkt vom 20. und 22. August 1918 . . . . . 1730
Pferdemarkt vom 20. August 1918 . . . . . 1730

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 20. bis 22. August 1918 . . . . 1730
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1731
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien** — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat **August Joh. Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittner Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

# Kundmachungen.

## Kundmachung.

**(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)**

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 149. Ziehung der Anteilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am **Montag den 2. September 1918, vormittags 9 Uhr** öffentlich im Rathause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **2. Dezember 1918** ab durch die Hauptkassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 20. August 1918.

Der Bürgermeister:
**Dr. Richard Weiskirchner.** 1—1

---

M. Abt. XIII, 2665/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Maria Josefa Löwenfeld'sche Stiftung
**für arme Fuhrleute.**

Verliehen wird: Ein Betrag von 160 K in zwei gleichen, am 2. Jänner und am 1. Juli 1919 fälligen Raten.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, würdige Fuhrleute, welche das Fuhrmannsgewerbe in Wien selbständig betreiben und aus dieser Stiftung noch nicht beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918. 1—3

---

M. Abt. XI, 50903.

## Kundmachung.

**(Maria v. Miller zu Aichholz-Stiftung.)**

In den städtischen Waisenhäusern gelangt ein Maria v. Miller zu Aichholz'scher Stiftungsplatz zur Besetzung.

Zum Genusse der Maria v. Miller zu Aichholz'schen Stiftungsplätze in den städtischen Waisenhäusern sind Kinder ohne jede Rücksichtnahme auf die Heimatberechtigung ihrer Eltern, welche nicht nach Wien zuständig sind, ferner nicht nur verwaiste, sondern auch andere arme, von ihren Eltern verlassene Kinder, die den sonstigen Erfordernissen zur Aufnahme in ein städtisches Waisenhaus entsprechen, berufen.

Die betreffenden Kinder müssen daher gemäß den Bestimmungen des Statutes für die städtischen Waisenhäuser arm sein, in dem Alter zwischen dem 6. und 14. Lebensjahre stehen, lernfähig, geimpft und gesund sein.

Kinder, deren Eltern oder verwitwete Mütter ein der Besteuerung unterliegendes Gewerbe betreiben, haben keinen Anspruch auf Aufnahme.

Die bezüglichen Gesuche sind mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, ferner dem Tauf(Geburts)scheine dem Impfzeugnisse und dem Heimatsnachweise des betreffenden Kindes, ferner, wenn für verwaiste Kinder eingeschritten wird, mit den Totenscheinen der Eltern oder des verstorbenen Elternteiles und mit dem Schulfortgangszeugnisse des Kindes zu versehen und **längstens bis 31. August 1918** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XI (I., Neues Rathaus) zu überreichen.

**Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 1. August 1918. 3—

---

M. Abt. XIII, 2296/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Dr. Josef Schrott'sche Stiftung.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz zu 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Aus Nieder- oder Oberösterreich gebürtige, dahin zuständige Frauenspersonen, welche einen Fuß oder einen Arm durch Amputation verloren, eine Volks- oder Bürgerschule mit deutscher Unterrichtssprache absolviert und das 14. Lebensjahr überschritten haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Aerztliches Zeugnis über die erfolgte Amputation, Abgangszeugnis einer Volks- oder Bürgerschule, Tauf(Geburt)schein und Heimatschein.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residendstadt**
Wien, am 5. Juli 1918.

---

M. Abt. XIII, 3096/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Karl und Magdalena Braun-Stiftung
### für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blinden-Institutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-(Geburts-)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 30. Juli 1918. 2—3

---

M. Abt. XIII, 2490/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Mathilde Edle v. Hohenblum und Aloisia Schmid'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Ein Betrag von 350 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, sittsame Mädchen, welche im Gemeindegebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geboren sind und einen unbescholtenen Mann zu ehelichen beabsichtigen, wobei unter sonst gleichen Verhältnissen ein Mädchen mit dem Taufnamen Mathilde den Vorzug hat.

Falls stiftbrieflich geeignete, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals geborene Bewerberinnen sich nicht melden, können auch andere nach Wien zuständige, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhafte oder wohnhaft gewesene stiftbrieflich geeignete Mädchen berücksichtigt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Sittenzeugnis, auch des Bräutigams, Nachweis der allfälligen Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

Verleihungstag: 14. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 10. Juli 1918.

---

**Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:**

Wechselstube des Bankhauses

**Schelhammer & Schattera**

**Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.**

M. Abt. XIII, 2618/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Luise Wichtl und Ferdinand Weckbrot'sche Stiftung
### für christliche Familien.

Verliehen wird: Ein Betrag von 1700 K an eine oder zwei intelligente christliche Familien, deren Ernährer durch Krankheit erwerbsunfähig geworden ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufscheine, Trauungsschein, Heimatschein, Taufscheine (Taufzettel der Kinder) und armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 14. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 20. Juli 1918.

---

M. Abt III 3123/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## David Schwarzmann'sche Stiftung
### für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder und dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 7. Dezember 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 19. Juli 1918.

---

**BÖHLER-STAHL**

**Kapitalserhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank!**

Der Generalrat der Anglo-Oesterreichischen Bank hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, in Ausführung des von der ordentlichen Generalversammlung vom 2. Mai 1918 gefaßten Beschlusses die Erhöhung des Aktienkapitals von 130,000.080 Kronen auf 150,000.000 Kronen durch Ausgabe von 83.333 neuen, mit K 240.— volleingezahlten Aktien durchzuführen. Sämtliche 83.333 neuen Aktien werden den Inhabern der im Umlaufe befindlichen Aktien zum Bezuge angeboten, so daß auf je 13 alte Aktien zwei neue Aktien entfallen. Zwecks Erleichterung des Aktienbezuges kann auf Wunsch des Besitzers das Bezugsrecht auch in der Weise ausgeübt werden, daß für je 7 alte Aktien eine neue Aktie bezogen wird. Der Bezugspreis für die neuen Aktien, welche an dem Erträgnis der Bank vom 1. Juli 1918 an partizipieren, wurde mit K 500.— per Aktie zuzüglich 5% Zinsen von diesem Betrag ab 1. Juli 1918 festgesetzt. Die Anmeldung des Bezugsrechtes hat vom 17. bis 28. d. M. an den Kassen der Bank oder ihrer Filialen und Wechselstuben zu erfolgen. Bei Anmeldung des Bezugsrechtes ist eine Anzahlung von K 200 zuzüglich Zinsen bar zu erlegen; der Rest von K 300 zuzüglich Zinsen ist bis längstens 28. August 1918 einzuzahlen, falls nicht vorgezogen wird, die Vollzahlung zugleich mit der Anmeldung zu leisten.

**„Austria" Petroleumindustrie A. G.**

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Bei k. k. Ministerien, Ämtern etc. besteingeführte

**Frema-Werke** (Friedrich May)

**Wien, I., Fischhof 3**

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

**Zentralheizung u. Ventilation**

Gas- und Wasserleitungen, Pumpenanlagen, Closets, Bäder und gesundheitstechnische Einrichtungen jeder Art.

**Hans Hable, Wien**

Beeideter Schätzmeister und Sachverständiger des k. k. Handelsgerichtes in Wien

Telephon Nr. 53320. Prima Referenzen. IV., Phorusgasse 14

**Karl Schuhmann**

Zink-Ornamenten-Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.

Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten, Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dacheindeckungen in jedem Metall nach neuestem System. Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten. Kostenanschläge gratis und franko. — Provinzaufträge prompteste

**Sans & Peschka**

Industrielle aller Sanitäts-Erfordernisse

Kontrahent der Kommune Wien, der niederösterr. Landes-Wohltätigkeits-Anstalten.

Wien

Comptoir: IX./1, Garnisongasse 22.

Fabrik: XVII./1, Albrechtskreithgasse 24.

**Aufzüge und Krane**

A. FREISSLER, Ingenieur

MASCHINEN- UND AUFZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.

WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.

Seit 51 Jahren bestehende Spezialfabrik befasst sich ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Kranen nach eigener bewährter Konstruktion.

**Granit** Anton Poschacher

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.

Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. ::

Granitwerke: Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

**Gerüst- und Betonbauhölzer en gros**

Telephon 94.520

ANTON NIKLASCH, Holzhandelsgesellschaft m. b. H.

Wien, XIX., Heiligenstädterlände 15.

Telephon 95.047

Grösstes Lager von Schalbrettern, Staffeln, Trägerpfosten etc. — Spezialgsschäft für Gerüstpfosten, Köhrbäume, Langtännen, Raste, Träme u. Kanthölzer, ausschließlich nur prima oberösterr. Gebirgsware, 10-fache Tragfähigkeit und 10-fache Dauerhaftigkeit gegen jede andere Provenienz

Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11—17, XIX., Nussdorferlände 9 und 31, XXI., Wagramerstraße 54 Telephon 98.202, Heiligenstadt-Bahnhof.

Ueber Allerhöchste Ermächtigung Seiner kais. und königl. Apostolischen Majestät

**45. k. k. Staatslotterie**

für Zivilwohltätigkeitszwecke

Diese Geldlotterie enthält 22 747 Gewinne in barem Gelde im Gesamtbetrage von 700.000 Kronen

Der Haupttreffer beträgt: 250.000 Kronen

Die Ziehung erfolgt öffentlich in Wien am 3. Oktober 1918

Ein Los kostet 5 Kronen

Lose sind bei der Abteilung für Wohltätigkeitslotterien in Wien, III., Vordere Zollamtsstrasse 5, bei der kgl. ung. Lottogefällsdirektion in Budapest, IX., Hauptzollamtsgebäude, in Lottokollekturen, Tabak-Trafiken, bei Steuer-, Post- und Eisenbahnämtern, in Wechselstuben etc. zu bekommen; Spielpläne für Loskäufer gratis. Die Lose werden portofrei zugesendet.

Von der k. k. Generaldirektion der Staatslotterien (Abteilung für Wohltätigkeitslotterien).

**„GAMMA"** INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I., Habsburgergasse 1.

Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.

Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Papierspagat.

INTERNATIONALE

TEL. 12009, 16216, 16158.

**HANDELSBANK**

:-: in Oesterreich :-:

EINLAGEN

in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.

Wien, I., Schottenring 21.

TEL. 12009, 16216, 16158.

**FRIEDR. SIEMENS**

FABRIK K. K. PRIV. BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**

---

Fabrikation aller Sorten

SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER GES. MARKE GESCH. IMPERATOR VERLANGEN SIE OFFERTE

Vertreter überall gesucht

**am verbreitetsten!**

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität

Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne

**Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!**

„Imperator", Erste Wiener Farbband- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.

**Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9**

Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

---

## Berndorfer Metallwarenfabrik
# ARTHUR KRUPP A. G.
## Berndorf Nieder-Oesterr.

**Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.**

**NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::**

**In eigener Erzeugung:**

**Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel etc. etc. etc.**

ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF A.-G. — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

**Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.**

---

# WIENER EISENBAU A.-G.

**Wien, X., Knöllgasse Nr. 35–39**

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
**Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashänger, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Giliarfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.**

---

Wienerberger
## Ziegelfabriks- und Baugesellschaft
WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

---

## G. WINIWARTER
**Blech- und Bleiwaren-Fabrik**

**Wien, I., Getreidemarkt 8.**

**Verzinktes Eisenblech** in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.

Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

---

**Gegründet 1680** **Telephon 33.171, 33.168.**

**Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft**
vormals
## Louis Müller's Sohn Fritz Müller
WIEN, XIII., GURKGASSE 18 – 22.

Fabrikation kompletter Beschläge für Waggons der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffsbeschläge, ferner Dampfkesselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metallegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm.
**Spezialität: Ia Kompositions-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.**
Abteilung: Laternen (Franz WLACH Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schiffahrt.

---

**Telephon Nr. 46208** **Telephon Nr. 46208**

## ARTIKA, pickfeines
# Klebemittel

**alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin,**

gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage

**Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82**

---

# A. HERZMANSKY

**WIEN VII.** Mariahilferstrasse 26 Stiftgasse 1, 3, 5, 7. **WIEN VII.**

**Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehöre, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher**

# Amtsblatt

der k. k.

## Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 69. Dienstag den 27. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


# Stadtrat.

## Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 29. August 1918, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 30. August 1918, 10 Uhr vormittags.

## Bericht

über die Sitzung des Stadtrates **vom 14. August 1918.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Dr. Hein, Heindl, Hermann, Hötzel, Jung, Körber, Dr. Mataja, Müller, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Spalowsky, v. Steiner, Wessely, Wippel.

Beurlaubt: St.-R. Dechant, Fraß, Grünbeck, Dr. Haas, Hohensinner, Schwer, Tomola, Zatzka.
Entschuldigt: St.-R. Knoll.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

**Vize-Bürgermeister Hoß** eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Anka Gräfin Bienerth dankt für die gebührenfreie Ueberlassung des Gruftplatzes Gruppe V, Nr. 52 im Hietzinger Friedhofe. (Zur Kenntnis.)

2. Der Deutsche Volksrat für Triest und Küstenland dankt für die Widmung von 2 Stipendien von je 1200 für nach Wien zuständige Schüler der deutschen Schiffahrtsschule in Triest. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 8230, M. A. XII, 1218.) Die Räume top. Nr. 271, 272, 273 und 274 der ehemaligen Wohnung des Bezirks-Vorsteher-Stellvertreters F. Baumgartner im 1. Stocke des Amtshauses für den XV. Bezirk werden dem städtischen Bezirksarzte des XIV. Bezirkes, die Räume top. Nr. 275 und 276 der Konskriptionsamts-Abteilung XIV/XV zugewiesen.

Die im Hofe des gleichen Amtshauses ebenerdig gelegenen Lokalitäten, welche bisher das Amt für den städtischen Bezirksarzt des XIV. Bezirkes bildeten, werden der Beamten- und Lehrerausspeisung der Kriegsküche 38 („Erzherzog Friedrich-Kriegsküche") zur Verfügung gestellt.

(P. Z. 8271, M. A. XI, 43256.) Die Wahl des Josef Zurmann zum Obmann, des Karl Zimmermann zum Obmann-Stellvertreter und des Robert Gleixner zum Schriftführer-Stellvertreter der III. Sektion des Armen-Institutes Rudolfsheim mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 8219, M. A. XII, 19289.) Dem Schneidermeister Johann Schimanek werden für die Herstellung der Knaben-

kleider für den Bedarf der städtischen Kinder-Uebernahmsstelle und Kinder-Pflegeanstalt nachstehende Macherlöhne vom 1. Juli 1918 an bis auf Widerruf bewilligt:

Für 1 Rock oder 1 Uniformbluse . . . . 4 K 80 h
„ 1 Weste . . . . . 2 „ 60 „
„ 1 Hose . . . . . 3 „ — „
„ 1 Winterrock oder 1 Uniformmantel . 3 „ 80 „

(P. Z. 8246, St. Straßenbahn, 31.) Die Lieferung von 9000 m Futterstoff C S 41 (3647) zum Preise von 9 K 23 h, 130 cm breit, zur Herstellung von Unterbeinkleidern für weibliche Bedienstete wird dem Kriegsverbande der Wollindustrie, Wien, I., Seitzergasse 1, übertragen.

Die Gesamtkosten im Betrage von 83.070 K werden auf den Betriebsvoranschlag für 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 8240, St. E. W., 1897.) Der Hilfsarbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Johann Hofmann wird wegen ärztlich erhobener bleibender Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt und sein Ruhegenuß mit jährlich 1450 K 80 h gegen dem bemessen, daß derselbe vor Eintritt in den Ruhegenuß auf sein Guthaben an Generalkonto der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft mit dem Saldo von 551 K 59 h pro 30. Juni 1917 zugunsten des Pensionsfonds der städtischen Elektrizitätswerke verzichtet. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8241, St. E. W., 1912.) Der Witwe des am 3. Juli 1918 verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Franz Horniček, namens Anna Horniček, wird eine einmalige Abfertigung von 2002 K und ein Leichenkostenbeitrag von 500 K 50 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8207, M. A. VI, 324.) Der Turmuhrenfabrik Ing. Emil Schauer, XIX., Flotowgasse 1, wird die Instandhaltung der drei öffentlichen Uhren auf dem Neuen Naschmarkte auf die Dauer ihrer Haftung für diese Uhrenanlagen, d. i. bis Ende 1926 auf Grund ihres Anbotes vom 6. Februar 1918 und ihrer die Gültigkeitsdauer der beanspruchten Vergütung einschränkenden Erklärung vom 4. April 1918 übertragen; bei Ablauf der Dauer der durch den Krieg verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse behält sich die Gemeinde die Ueberprüfung der derzeitigen Vergütung vor.

(P. Z. 8222, M. A. XIV, 1709.) Dem Wilhelm Gas wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Baubewilligung zur Herstellung eines Kellereinwurfschachtes beim Hause IV., Margaretenstraße 32, gegen Einhaltung der vom Magistrate gestellten Bedingungen erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 8205, M. A. VI, 703.) Der Kostenanschlag für die Umpflasterung der Fahrbahn der Mariahilferstraße im VII. Bezirke vor Or.-Nr. 80 und 82 wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 10.000 K genehmigt.

(P. Z. 8275 M. A. VI, 712.) Der Nachtragskostenanschlag für die Umpflasterung der Mariahilferstraße im VII. Bezirke von Or.-Nr. 56 bis zur Kirchengasse und von Or.-Nr. 88 bis 88 b wird mit dem Mehrerfordernisse von 44.461 K 86 h genehmigt.

Die vom Stadtbauamte mit den Unternehmern getroffene Vereinbarung auf Uebernahme der Steinzu- und Abfuhr mit der Aufzahlung von 400 Prozent auf die Tarifpreise wird nachträglich genehmigt.

Der Sachkredit für das Objekt wird auf den Betrag von 91.513 K 86 h erhöht.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Nemetz** wird beschlossen:

(P. Z. 7553, M. B. A. V, 451.) Die abweisliche Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 28. Juni 1918, Z. 2068, betreffend den Rekurs der Gemeinde Wien wider die Neuverleihung der Gast- und Schankgewerbe-Konzession an Rosa Friedländer seitens der k. k. n.-ö. Statthalterei, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7760, M. A. III, 2114.) Das Anbot der Wilhelmine Tverdy, der Gemeinde Wien die Liegenschaft Einl.-Z. 1194 V. Bezirk zu verkaufen, wird wegen der zu hohen Forderung abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8237, Wohnungsamt, 1349.) Dem Ansuchen des Vereines Kinderhort für den XIX. Bezirk um Erteilung der Zustimmung zur Bauänderung hinsichtlich des auf Baurechtsgrunde Einl.-Z. 915 Grundbuch Unter-Sievering errichteten Bauwerkes, und zwar des Werkstättengebäudes wird im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 20. September 1916, P. Z. 7445/16, Folge gegeben. Hiedurch wird jedoch der Verein von der Erfüllung der Bestimmungen der §§ 2 und 3 des Baurechtsvertrages bei Ausführung der übrigen Bauwerke nicht enthoben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 8274, M. A. III, 1964.) Das Anbot des Vereines „Adas Jisroel", den von der Liegenschaft Einl.-Z. 673 des Grundbuches Leopoldstadt nach Abtragung der vorhandenen Baubestände und Ergänzung durch Straßengrund sich ergebenden Baugrund im Ausmaße von ungefähr 930 m² um den Einheitspreis von 200 K per Quadratmeter anzukaufen, wird mit dem Bemerken abgelehnt, daß die Liegenschaft derzeit nicht verkäuflich ist.

(P. Z. 8273, M. A. III, 2749.) Anna Keßler, Schuhmachermeistersgattin, II., Untere Augartenstraße 29 wohnhaft, wird ab 1. August 1918 gegen beiden Teilen jederzeit mögliche einmonatliche Kündigung, frei Naturalwohnung und gegen einen Zinsnachlaß von monatlich 15 K für die Wohnung Nr. 5 im selben Hause zur Hausbesorgerin bestellt.

Die Ausgabe ist auf Ausg.-Rubr. XII 6 a bedeckt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 8220, M. A. XIV, 1263.) 1. Dem Alfred und Hugo Spitz wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Baubewilligung

zur Herstellung einer Portalanlage beim Hause I., Kärntnerstraße 39, gegen Einhaltung der vom Magistrate gestellten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 8221, M. A. XIV, 1163.) Der Hausadministration der k. k. priv. Länderbank wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Baubewilligung für Herstellung eines Kohlenabwurfschachtes beim Hause I., Hohenstaufengasse 5, gegen Einhaltung der vom Magistrate gestellten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 8223, M. A. XIV, 2818.) Dem Theodor Schnabel wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Baubewilligung für Umgestaltungen im Hause I., Bellariastraße 6, gegen Einhaltung der vom Magistrate gestellten Bedingungen erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 8206, M. A. VI, 596.) Der Kostenanschlag für die Umpflasterung der Kopalgasse zwischen Dorf- und Rappachgasse im XI. Bezirke wird mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 37.300 K genehmigt.

Die Ausführung dieser Arbeit hat im kurrenten Wege zu erfolgen.

Dem mit der ständigen Ueberwachung betrauten Bauamtsbeamten wird ein Zehrungsbeitrag von 5 K bewilligt.

(P. Z. 8211, M. A. X, 6659.) Dem Rudolf Hammerschmidt, Fischhändler, II., Große Schiffgasse 17, wird der einfache Gartengruftplatz Gruppe 13 B, Nr. 13 in der Kapellenstraße des Wiener Zentral-Friedhofes um die Gebühr von 15.000 K auf Friedhofsbestand unter der Bedingung überlassen, daß diese Gebühr binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird, und daß die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915, M. Abt. X, 2574/11, eingehalten werden.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 8268, M. A. XI, 40284.) Die Wahl von Funktionären des Armen-Institutes Hietzing, und zwar:

des Obmannes (Vorstandes) Lopold Blach,
des I. Obmann-(Vorstand-)Stellvertreters Hermann Seidl,
des II. Obmann-(Vorstand-)Stellvertreters Anton Reischer,
des Schriftführers Franz Storch und
des Schriftführer-Stellvertreters Johann Spalek

wird mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 bestätigt.

(P. Z. 8267, M. A. XI, 35097.) Die Wahl des Karl Gaertner, städtischer Bezirkskatasterbeamter, Wolfersberggasse 7, und des Anton Wischinka, Rechnungsbeamter der städtischen Elektrizitätswerke, Auhofstraße 188, zu Armenräten des XIII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 8272, M. A. XIII, 2251.) Die Gemeinde Wien erwirbt von der Josef und Marie Nickel-Stiftung die dieser aus der Verlassenschaft der Marie Nickel zugefallene Liegenschaft Einl.-Z. 168 des Grundbuches Hütteldorf mit den Kat.-Parz. 408 Bauarea, 409, 411 und 407 Garten im Gesamtausmaße von 8365 m², wie sie liegt und steht, um den Pauschalbetrag von 155.400 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Liegenschaft ist der Käuferin vollständig lastenfrei zu übertragen. Zu diesem Behufe erteilt die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Hütteldorf ihre Zustimmung, daß die auf Grund des Protokolles vom 23. November 1846 zugunsten der Gemeinde Hütteldorf einverleibten Verbindlichkeiten in Ansehung der Planke nächst dem Mühlbache und des Mühlbaches selbst gelöscht werden.

2. Der Kaufpreis ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Käuferin bar zu bezahlen.

3. Die Kosten der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages sowie die Uebertragungsgebühren trägt die Käuferin.

Die aus diesem Rechtsgeschäfte erwachsenden Auslagen werden auf die Ausgabs-Rubrik XII 28 (Inv.-Anl. vom Jahre 1914) verwiesen. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 8253, St. G. W., 3222.) Der Kanzleibeamte der städtischen Gaswerke Hans Silber wird mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1914 aus der Gruppe der Kanzleibeamten in die der Rechnungsbeamten übersetzt.

(P. Z. 8201, M. D., 2257,) Dem Bau-Inspektor Anton Schlepitzka, bisher Betriebsleiter der II. Hochquellenleitung in Wilhelmsburg, wird anläßlich seiner aus Dienstesrücksichten angeordneten Rückversetzung nach Wien der Fortbezug der ihm als Betriebsleiter der Hochquellenleitung gebührenden Zulagen bis nach erfolgter Uebersiedlung seiner Familie von Wilhelmsburg nach Wien, längstens aber bis 31. August 1918 bewilligt.

Dem Bau-Inspektor Ing. Alois Tomazzoni wird für die Dauer seiner gleichzeitigen Verwendung als Leiter der Regiebauarbeiten der II. Hochquellenleitung in Gußwerk und als Betriebsleiter der II. Hochquellenleitung in Wilhelmsburg unter Belassung seiner Bauzulage als Regiebauleiter eine Pauschalentschädigung von monatlich 200 K gewährt.

Hingegen ist die Verrechnung irgend welcher Gebühren oder Diäten unstatthaft.

(P. Z. 8252, St. G. W., 3292.) Der Kassier der städtischen Gaswerke Ferdinand Glaserer wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 1. Jänner 1918 in die I. Gehaltsklasse, 5. Gehaltsstufe der Gaskassiere mit dem Gehalte von 2100 K und dem Quartiergelde von 1100 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8229, M. A. XXII, 1171.) Dem Maschinenmeister der Heizanlage des Neuen Rathauses Franz Franke und dem Maschinisten I. Klasse Eduard Lastowiczka werden für ihre umsichtige und erfolgreiche Betätigung in der Winterperiode 1917/18, durch welche eine ganz bedeutende Ersparnis an Brennmaterialien erzielt wurde, Zuwendungen, und zwar ersterem im Betrage von 600 K, letzterem im Betrage von 400 K bewilligt.

(P. Z. 8256, St. G. W., 3113.) Der Witwe nach dem am 4. Juli 1918 verstorbenen Gasmesserwärter Josef Jahn wird der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 436 K 90 h zuerkannt.

(P. Z. 8255, St. G. W., 3057.) Der Witwe nach dem am 6. Juli 1918 verstorbenen Laternenwärter Johann Böhm wird eine Abfertigung von 1699 K 86 h und ein einmaliger Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 424 K 97 h zuerkannt.

(P. Z. 8257, St. G. W., 2612.) Franz Hickl wird mit dem Range vom 1. August 1918 in die III. Gehaltsklasse, 3 Gehaltsstufe der technischen Beamten mit dem Gehalte von 2400 K und dem Quartiergelde von 1200 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8254, St. G. W., 3169.) Der Witwe nach dem am 21. Juli 1918 verstorbenen Hilfsarbeiter Franz Zwiauer wird vom 22. Juli 1918 an die normalmäßige Witwenpension von 835 K 31 h, ein Erziehungsbeitrag für ihre vier minderjährigen Kinder von je 167 K 7 h jährlich und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 696 K 11 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8279, M. A. II, 8863.) Nachfolgende Subventionen für Tuberkulosenfürsorge werden bewilligt:

Dem Hilfsverein für Lungenkranke „Viribus unitis" für seine Fürsorgestellen im III., IX. und X. Bezirke 15.000 K,

dem Patriotischen Hilfsvereine vom „Roten Kreuz" in Niederösterreich für seine Fürsorgestelle im XX. Bezirke 7000 K und

dem Zweigvereine Landstraße desselben Vereines für seine Fürsorgestelle im III. Bezirke ebenfalls 7000 K.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 8077, W. A., 2782.) Die kurrenten Buchdruckerarbeiten des Bezirkswirtschafts-Amtes Wien, Stelle 1 bis 6, werden dem Buchdrucker Friedrich Sperl, III., Rennweg 58, diejenigen der Milchversorgungsstelle, des Landwirtschaftsamtes der Beratungsstelle für Kriegsinvalide, des Wirtschaftsamtes und des Wohnungsamtes der Stadt Wien der Buchdruckerei „Reichspost", VIII., Strozzigasse 8, zu den für kurrente Buchdruckerarbeiten jeweils geltenden Preisen und Bedingungen bis auf Widerruf übertragen.

(P. Z. 8278, M. A. VI, 721.) 1. Das Anbot der Wiener Automobilfabriks-A. G. vormals Gräf & Stift vom 25. Juli 1918 auf Uebernahme des der Gemeinde Wien gehörigen Puch-Mulag-Lastkraftwagens A III 793 im Tauschwege gegen ein neues 5 t-Lastauto gegen eine durch die Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 47.000 K wird unter der Voraussetzung genehmigt, daß die Lieferung des neuen Wagens vom k. u. k. Kriegsministerium freigegeben wird.

2. Uebergabe und Uebernahme der beiden Kraftwagen haben gleichzeitig zu erfolgen.

Die Gemeinde Wien übernimmt keinerlei Haftung für die Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit des von ihr im Tauschwege abzugebenden alten Kraftwagens.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8216, M. A. XI, 47758.) Der vom Magistrate erstattete Bericht über die Verteilung von Armenschuhen in Wien 1917/18 wird zur Kenntnis genommen.

Zur Beschaffung von Schuhen für Arme ohne Unterschied der Zuständigkeit im Winter 19 8/19 wird ein Betrag von 2 Millionen Kronen bewilligt, welcher als Kriegsausgabe auf Ausgabs-Rubrik LII 30 a zu verrechnen ist. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 8209, M. A. IX, 7801.) Die Entfernung eines Baumes im Innern des Schlachthofes St. Marx anläßlich der Vergrößerung der Vorkühlhalle wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 8218, M. A. XIb, 19177.) Die Erhöhung der täglichen Verpflegsgebühr

im Bezirks-Armenhause Gloggnitz auf 1 K 90 h vom 1. Jänner 1918 an und 2 K vom 1. April 1918 an,

im Bezirks-Armenhause Groß-Enzersdorf auf 2 K 20 h vom 1. Jänner 1918 an,

im Bezirks-Armenhause Kirchschlag auf 1 K 70 h vom 1. April 1918 an,

im Bezirks-Armenhause Neunkirchen auf 2 K 60 h vom 1. April 1918 an,

im Bezirks-Armenhause Herzogenburg auf 2 K 10 h vom 1. April 1918 an,

im Bezirks-Armenhause Pottenstein auf 2 K 10 h vom 1. April 1918 an und

im Bezirks-Armenhause Tulln auf 2 K vom 1. April 1918 an,

wird zur Kenntnis genommen und es wird der Bezahlung der Verpflegsgebühren für die in diesen Häusern untergebrachten Wiener Pfleglinge zugestimmt.

(P. Z. 8266, M. A. XI, 47819.) Die Erhöhung der Verpflegsgebühr im Maria Przibram'schen Blinden-Mädchenheim von 600 K auf 680 K ab 1. Juli 1918 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 8270, M. A. XI, 35546.) Die Wahl des Johann Welser zum I. Obmann-Stellvertreter und des Rudolf Baldrian zum Schriftführer-Stellvertreter der II. Sektion des Armen-Institutes Meidling mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Körber** wird beschlossen:

(P. Z. 8228, M. A. XV, 9737.) Das sich aus Anlaß der Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes II., Schönngasse 2, ergebende, auf Ausgabs-Rubrik XII 4 c bedeckte Mehrerfordernis von 13.950 K wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hötzel** wird beschlossen:

(P. Z. 8072, M. B. A. XVI, 31491.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 21 Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 8225, M. A. XV, 8827,) Das der Blinden-Abteilung an der allgemeinen Volksschule XVI., Kirchstetterngasse 38, mit Stadtrats-Beschluß vom 10. Mai 1917, P. Z. 4733, bewilligte

erhöhte Pauschale von 800 K jährlich wird auch für die Schuljahre 1918/19, 1919/20 und 1920/21 gewährt.

(P. Z. 8251, M. A. VIII a, 648.) Die Richterwiese im Ottakringer Walde wird der I. Organisation neutraler Guttempler Wien am Sonntag nachmittags den 18. August 1918 zur Abhaltung eines Wiesenfestes unentgeltlich überlassen.

(P. Z. 8263, M. B. A. XVI, 21839.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 58 Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8236, Jugendamt, 1666.) Der Stadtrat nimmt den Verzicht des Oberlehrers Moritz Beier auf die pädagogische Leitung des öffentlichen Kindergartens der Gemeinde Wien, XXI., Bunsengasse 8, zur Kenntnis und spricht ihm für sein verdienstvolles Wirken in diesem Ehrenamte Dank und Anerkennung aus.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 8233, Jugendamt, 211.) Die Aufnahme einer Bediensterin für die Fürsorgestelle des Kreises 7 vom Tage der Aufnahme des erweiterten Fürsorgebetriebes zur Besorgung sämtlicher Reinigungsarbeiten inklusive Beheizung und Bedienung gegen eine monatliche Entlohnung von 100 K sowie einer nach der Gesindeordnung für Wien zu vereinbarenden Kündigung wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 8234, Jugendamt, 171.) Der öffentliche Kindergarten der Gemeinde Wien, I., Werdertorgasse 6, wird bis zum Beginne der Schule vorübergehend geschlossen.

(P. Z. 8235, Jugendamt, 829.) Der Fürsorgerin des städtischen Jugendamtes Helene Knoll wird zum Studium der Tätigkeit beim Pestalozziverein ein dreimonatlicher Karenzurlaub vom 15. August 1918 bis 14. November 1918 bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 8247, St. Str. B., 2682.) Die Lieferung einer Schnelldrehbank Modell Z. G. 210 × 1500 mm bei der Firma Schuchardt & Schütte, I., Franz Josefs-Kai 7/9, auf Grund deren Angebot vom 20. Juli 1918, sowie einer D 210 mm Supportdrehbank bei der Firma „Vulkan" Maschinenfabriks A. G., XVI., Wattgasse 30, auf Grund deren Angebot vom 26. Juli 1918 wird genehmigt.

Die Kosten per 26.250 K sind in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 28. Juni 1916, P. Z. 6460/16, genehmigten Sachkredit im Hauptvoranschlage pro 1918/19, Rubrik XII I/25, bedeckt.

(P. Z. 8281, St. Str. B., 2128.) Die von der Firma Adolf Strauß angesuchte Preiserhöhung für die Lieferung von Donauriesel, frei Bahnhof Erdberg um 3 K 40 h für 1 $m^3$, rückwirkend mit 1. Juni 1918 wird genehmigt.

2. Die Kosten für das laufende Jahr von rund 6000 K werden auf den Betriebsvoranschlag für 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

(P. Z. 8095, M. A. XI b, 19040.) Der Magistrat wird ermächtigt, die der Gemeinde Wien gehörige Hälfte der Grund-Parz. 1040/1 Grundbuch Haid, Einl.-Z. 1115 (Bezirksgericht Pfraumberg) gerichtlich oder außergerichtlich, jedoch nicht unter dem Schätzungswerte von 120 K, zu veräußern.

(P. Z. 8099, M. A. XVIII, 1949.) Der Elise Neuwirth, gewesene Bedienstete des städtischen Strandbades „Gänsehäufel", wird als einmalige Abfertigung der bisherigen 12prozentigen Unfallsrente der Betrag von 1200 K bewilligt.

(P. Z. 7747, M. A. II, 5982.) Die städtische Hauptkassa wird ermächtigt, die auf die Klausel „Gemeinde Kagran" vinkulierten 4prozentigen Pfandbriefe per je 100 fl. der n.-ö. Landes-Hypothekenanstalt, Serie XV a, Nr. 22.330 und 22.331, freischreiben zu lassen und einzulösen.

(P. Z. 8052, M. A. XI, 49510.) Der Magistrat wird ermächtigt, von der Geltendmachung des Pfründenrückersatzanspruches per 456 K gegen den Nachlaß der am 28. Februar 1918 verstorbenen Barbara Schiefer Umgang zu nehmen.

(P. Z. 7788, M. A. XI, 39101.) Die vom Wiener Magistrate namens des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds zu dem gemäß § 766 a. b. G. B. auf die Armen Wiens entfallenden Drittel (= $^{12}/_{36}$) des Nachlasses nach dem am 20. September 1917 verstorbenen Hausseelsorger des städtischen Versorgungsheimes in Lainz, Franz Rathner, auf Grund des Gesetzes abgegebene bedingte Erbserklärung wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 8077, M. A. XIX, 737.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der k. k. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 17. Mai 1918, VII/B 480, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Oesterr. Fiatwerke A. G. in Wien für das Jahr 1916 wird Umgang genommen.

(P. Z. 8215, M. A. XI, 47734.) Der Stadtrat erteilt seine Zustimmung, daß der reine Aktivnachlaß der am 30. September 1917 verstorbenen Pfründnerin Anna Maria Schmidt dem Wiener Magistrate an Zahlungsstatt zugewiesen, wird gegen die Uebernahme der Verpflichtung, dem Bureauchef der Allgem. E. G. „Union" Elektrizitäts-Gesellschaft Franz Ditmar, XIII., Hütteldorferstraße 95, zur Berichtigung seiner noch offenen Forderung für die Verpflegung und Verköstigung der Verstorbenen einen Betrag von 250 K zu überweisen und gegen Bezahlung der Massekosten.

(P. Z. 8248, St. Str. B., 3683/Rt.) Das Ansuchen des Vereines Schrebergärten für Wien und Umgebung um freie Fahrt für die Kinder der Schrebergartenbesitzer im XIII. Bezirke auf der Straßenbahnstrecke zwischen Wohnung und Endstelle Hütteldorf oder „Am Steinhof" wird abgewiesen.

(P. Z. 8145, St. Str. B., 5125.) Die Zuschrift des Landes-Ausschusses des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns

vom 30. Juli 1918, Z. 507/2, XXVI/423, wird zur Kenntnis genommen und das Ersuchen um Einbeziehung der Linie 47 in das allgemeine Straßenbahnnetz abgelehnt.

Damit bleibt der bisherige Sonderfahrpreis von 12 h aufrecht.

(P. Z. 8249, St. Str. B., 3727/Rt.) Das Ansuchen des Vereines „Pestalozzi" Wien, XVIII., Cottagegasse 17, um eine Straßenbahnfreikarte für seinen Direktor Gustav Krützer wird abgelehnt.

(P. Z. 8250, St. Str. B., 3800.) Die im Verzeichnisse der Straßenbahn 3800/Rt. vorgelegten fünf Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 8245, St. St. B., 2779.) Der Stadtrat genehmigt, daß die Lieferung des Bedarfes der städtischen Straßenbahn an Radreifen für das Jahr 1919 von 4000 Stück durch die Eisen-Kommission und deren Werk-Ausschuß in Vormerkung gegeben wird und die hiefür zu erstellenden Preise seinerzeit bei Lieferung bekanntgegeben werden.

Die auflaufenden Kosten sind aus Betriebsmitteln zu decken.

(P. Z. 8226, M. A. XV, 9692.) Das sich für die Wiederinstandsetzungsarbeiten im Schulgebäude XX., Leystraße 34, ergebende Mehrerfordernis im Betrage von 7000 K wird genehmigt.

(P. Z. 8301, M. A. XV, 13823.) Die in der Aufnahmeschrift der Magistrats-Abteilung XV vom 23. Mai 1918 angeführten, in den Hauptferien 1918 im Schulgebäude XX., Vorgartenstraße 50, Allerheiligenplatz 7, auszuführenden Herstellungen werden mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 9000 K genehmigt.

(P. Z. 8262, M. B, A. XX, 27401.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend drei Gesuche von Parteien aus dem XX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(P. Z. 8212, M. A. XI, 77536.) Die nach der Pfründnerin Marie Reißmüller rückständigen Erhaltungsbeiträge von 283 K 17 h werden abgeschrieben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 8280, M. A XV, 10082.) Zu der gegenständlichen, vom Ortsschulrate des XX. Bezirkes beantragten Schulsprengeländerung wird die Zustimmung erteilt.

Schluß der Sitzung.

# Bezirksvertretungen

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom **21. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Kaiserl. Rat Anton Baumann.**

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Friedrich Haroldt.

Einlauf.

(1442.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend den Erlaß des k. k. n.-ö. Statthalterei-Präsidiums, Pr.-Z. 7/120, in Angelegenheit der Abänderung der Bestimmungen betreffs Zuweisung von Ersatzpferden für umgestandene Lizitationspferde.

(1447.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Lizitationstage im Monate Mai bei den im Militärkommandobereiche befindlichen Pferdespitälern und Pferdeverwertungsstellen.

(1294.) Zuschrift des k. u. k. Militärkommandos Wien, betreffend die teilweise Verlegung der militärischen Uebungen mit den Kriegshunden aus dem Gebiete der Glanzing in den Michaelerwald.

(1261.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Tarife für die Militärbequartierung im Hotel Steinböck, XVIII., Schopenhauerstraße 32.

(573.) Zuschrift der Magistrats-Direktion, betreffend das Ersuchen an die Krankenhausverwaltungen, Requisitionen in Verpflegskosten-Angelegenheiten, welche vor oder nach ihrem Abgang gegenstandslos geworden sind, stets sofort zu widerrufen. (Erledigung des Antrages des B.-R. Karl Sedlak und Genossen vom 7. Mai 1918.)

(1606.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IX, betreffend die Beistellung von Mannschaften zur Aktivierung der Flurschutzpatrouillen im Jahre 1918.

(1550.) Zuschrift des k. u. k. Stadtkommandanten in Wien, betreffend die Entsendung von Flurschutzpatrouillen im laufenden Jahre.

(1703.) Zuschrift des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 4, betreffend die Rücklegung der Butterabgabestelle des Eduard Cvak, XVIII., Währingerstraße 141, und Teilung derselben in drei Abgabestellen.

(1619.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Annahme des Anbotes des Fuhrwerksunternehmers Franz Grill für die Beistellung der Bespannung der Freiwilligen Feuerwehr Gersthof.

(1791.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Verlängerung des Pachtvertrages bezüglich der Gastwirtschaft „Türkenschanzpark".

(11781.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VIII, betreffend die Errichtung eines städtischen Strandbades „Alte Donau" (Freibad).

(1875.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Abgabe von Ersatzpferden mit höherem Ausrufspreis gegen Zahlung der Differenz.

Anträge.

**B.-R. Bayer** und Genossen stellen den Antrag, es möge die Benennung der Oertlichkeit in der Nähe des Gersthofer Stadtbahnhofes zur Erinnerung an eine in der Bevölkerung der seinerzeitigen Gemeinde Gersthof übliche Bezeichnung „Schwabeneck" vorgenommen werden, desgleichen der freie Platz: Antonigasse bis Hildebrandgasse mit: „Auf dem Götzels" oder „Ganserlberg" benannt werden.

**B.-R. Schwarzinger** bemerkt zu diesem Antrage, es sei bereits im Jahre 1916, und zwar vom Bürgerschullehrer Richter der Antrag auf Umbenennung des Platzes um den Gersthofer Stadtbahnhof eingebracht worden. Derselbe sei jedoch seinerzeit zurückgelegt worden. Durch diese Umbenennung müßte die Bezeichnung einer ganzen Häuserreihe umgeändert werden. Jetzt, in der Kriegszeit, in welcher die Umbenennung in Ansehung des Post- und gewerblichen Verkehres Schwierigkeiten bereiten würde, sei die Durchführung einer solchen nicht zweckmäßig; er sei gegen den Antrag und ersuche, diesem Antrage nicht zuzustimmen.

Der Antragsteller **B.-R. Bayer** billigt die vom **B.-R. Schwarzinger** erhobene Einwendung und bemerkte, er habe ja in manchem Belange recht; es sei ja nur seine Meinung gewesen, durch seinen Antrag eine in der Bevölkerung noch erhaltene alte Bezeichnung festzuhalten, es sei jedoch keineswegs seine Absicht gewesen, Geschäftsleuten im postalischen Verkehre Schwierigkeiten, beziehungsweise unnötige Auslagen zu bereiten.

**B.-R. Grill** bemerkte zu dem Antrage, der Antragsteller werde nicht ungehalten sein, wenn sein Antrag zurückgelegt werde. Bei der Umbenennung des Platzes vor dem Gersthofer Stadtbahnhofe in „Schwabeneck", handle es sich allerdings nur um eine verhältnismäßig geringe Aenderung; es würden in diesem Falle nur acht Häuser in Betracht kommen, und zwar die Häuser der Gersthoferstraße von Or.-Nr. 45 bis etwa Or.-Nr. 73, doch müsse er auch der Einwendung zustimmen, daß jetzt zur Durchführung einer solchen Maßnahme kein günstiger Zeitpunkt sei.

**B.-R. Schiner** bemerkte zu diesem Antrage, es würde im leid tun, wenn dieser Antrag zurückgestellt werde; die alten, im Volke erhaltenen Bezeichnungen würden immer seltener, er stelle den Antrag auf Vertagung.

Letzterer Antrag des **B.-R. Schiner** wurde einstimmig angenommen.

Berichte.

Es gelangten darauf nachstehende Dienststücke zum Referate:

(1544.) **B.-R. Bayer**:

Zweigverein für den XVIII. Bezirk des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze, XVIII., Rieglergasse 6, um Bewilligung einer Subvention.

Der Antrag auf Gewährung einer Subvention im Betrage von 300 K wurde einstimmig angenommen.

(1541.) **B.-R. Mirscher**:

Landwirtschaftliches Kasino in Neustift am Walde um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention von 500 K wurde einstimmig angenommen.

(1855.) **B.-R. Schiner**:

Hilfsverein für christliche Ehen, XVIII., Anton Frank-Gasse 3, um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Gewährung der Subvention im Betrage von 700 K wurde einstimmig angenommen.

(802.) Der Antrag der Bezirksvertretung Margareten, betreffend eine Entschließung auf Beendigung des Krieges, wurde zur Kenntnis genommen.

(1585.) **B.-R. Luft**:

Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Tätigkeit der Gemeindevermittlungsämter.

Einstimmig angenommen.

(1543.) **B.-R. Endlicher**:

Verein „Pestalozzi", XVIII., Cottagegasse 17, um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Gewährung der erhöhten Subvention im Betrage von 6000 K wurde einstimmig angenommen.

(1546.) **B.-R. Bayer**:

Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10, um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention in der Höhe des Vorjahres im Betrage von 400 K wurde einstimmig angenommen.

(1631.) **B.-R. Winowetz**:

Kongregation der Marienbrüder, XVIII., Scheidlstraße 2 bis 6, um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im vorjährigen Ausmaße von 1000 K wurde einstimmig angenommen.

(1545.) **B.-R. Spacil**:

Verein zur Förderung des Schulwesens im XVIII. Bezirke, XVIII., Alseggerstraße 45, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 1000 K wurde einstimmig angenommen.

(1554.) Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schulkinder im XVIII. Bezirke um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 300 K wurde einstimmig angenommen.

(1535.) **B.-R. Schreiner:**

Pötzleinsdorfer Verschönerungsverein um Bewilligung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 600 K wurde einstimmig angenommen.

(1536.) **B.-R. Löw**:

Kaiser Franz Josef-Studentenheim an der Hochschule für Bodenkultur, XVIII., Hochschulstraße, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 300 K wurde mit dem Zusatze angenommen, daß an den Verein die Bedingung zu stellen wäre, in erster Linie nur deutsche Studenten zu berücksichtigen.

(1696.) **B.-R. Schwarzinger:**

Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend Stellungnahme gegen die Bestrebungen der tschechischen Partei in Wien hinsichtlich der Errichtung von tschechischen Theatern oder Bühnen oder Erwerbung solcher.

Der Antrag, diesem Rund-Antrage der Bezirksvertretung Mariahilf zuzustimmen, wurde einstimmig angenommen.

(1538.) **B.-R. Heisl:**

Kongregation des Herz Marien-Klosters, XVIII., Lacknergasse 87, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag, der Kongregation 30 q Koks zuzuwenden, wurde einstimmig angenommen.

(1540.) Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Zuwendung von 60 q Koks an die Kongregation wurde einstimmig angenommen.

(1548.) Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Gewährung einer Subvention im Ausmaße des Vorjahres per 1000 K wurde einstimmig angenommen.

(1537.) **B.-R. Heiselmeyer:**

Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schüler an der Staatsrealschule, XVIII. Bezirk, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im erhöhten Betrage von 200 K wurde einstimmig angenommen.

(1547.) Kongregation der Brüder der christlichen Schulen, XVIII., Schopenhauerstraße 44/46, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im erhöhten Betrage von 1500 K wurde einstimmig angenommen.

(1539.) **B.-R. Endlicher:**

Bund der Deutschen Ostböhmens, XVIII., Dittesgasse 1, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 300 K wurde einstimmig angenommen.

(1552.) **B.-R. Riedner:**

Bezirksverein Währing des Frauen-Wohltätigkeitsvereines für Wien und Umgebung, XVIII., Vinzenzgasse 10, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im vorjährigen Ausmaße von 100 K wurde einstimmig angenommen.

(1553.) Christlicher Wohltätigkeitsverein „Nächstenliebe", XVIII., Währingerstraße 146, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im vorjährigen Ausmaße per 200 K wurde einstimmig angenommen.

(1542.) Haus der Barmherzigkeit zur Pflege armer schwerkranker Unheilbarer, XVIII., Antonigasse 70, um Verleihung einer Subvention.

Der Antrag auf Bewilligung einer Subvention im Betrage von 3000 K wurde einstimmig angenommen.

Wahlen.

(1720.) Hierauf wurde über Vorschlag des Armen-Institutes des XVIII. Bezirkes vom 4. Juni 1918 zur Ergänzungswahl von vier Armenräten für die Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 geschritten. Stimmenzähler waren die B.-R. Endlicher und Schwarzinger.

Es wurden 17 gleichlautende Stimmzettel abgegeben.

Gewählt erscheinen:

Friedrich Benisch, k. k. Polizei-Agent, Schulgasse 54.
Josef Zanka, bürgerl. Schuhmachermeister, Eduardgasse 4.
Franz Scheidl, k. k. Post-Unterbeamter, Währingerstraße 144.
Franz Reither, Kaufmann, Währingerstraße 129.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **27. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

**B.-V. Spitaler** hält dem am 24. Juni 1918 verstorbenen B.-R. Josef Schalhofer einen tiefempfundenen, herzlichen Nachruf, welcher von den Anwesenden stehend angehört wird.

**B.-R. Tölk** dankt als Schwager des Verstorbenen sowohl im eigenen Namen als auch im Namen der Gattin des Verstorbenen für die warme Anteilnahme.

Die Aufnahmeschrift der am 16. Mai 1918 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat Mai 1918 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

(1912.) Beileidstelegramm des B.-R. kaiserl. Rates Vogl anläßlich des Todes des B.-R. Josef Schalhofer.

(1913, 1922.) Beileidsschreiben der Bezirksvertretungen Mariahilf und Neubau aus dem gleichen Anlasse.

(1849.) Urlaubsansuchen des B.-R. kaiserl. Rates Josef Vogl.

Genehmigt.

(1530, 1609, 1671, 1675, 1872.) Zuschriften, betreffend die Zeichnung der 8. Kriegsanleihe.

(1571.) Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung IV hat der Stadtrat dem Musikvereine der Bediensteten der Südbahn unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre die Bewilligung erteilt, in den Monaten Mai bis September 1918 an schönen Sonntagen vormittags auf dem Kinderspielplatze im Maria Josefa-Parke Platzkonzerte zu veranstalten.

(1572.) Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung IV hat der Stadtrat das Projekt der Herstellung der elektrischen Glühlampenbeleuchtung in der Schnirchgasse und in einem Teile des Franzosengrabens als Zufahrtsstraßen zum neuen Massengüterlagerplatz der k. k. Staatsbahnen mit dem Kostenbetrage von 16.000 K und mit den Betriebskosten der ganznächtigen Beleuchtung von jährlich 1300 K genehmigt.

(1573.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung auf dem Sebastianplatze über Antrag der Bezirksvorstehung.

(1900.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Erneuerung und Umlegung der Geleise in der Schlachthausgasse.

(1527.) Die Magistrats-Abteilung XIII teilt mit, daß im heurigen Jahre aus der Rosa und Josef Loibl'schen Stiftung acht herzleidende Männer mit 100 K beteilt werden können.

(1580.) Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung XVI wurde B.-R. Ferdinand Riedl mit Rücksicht auf seine öffentliche Funktion auf unbestimmte Zeit vom Landsturmdienste enthoben.

(1528, 1610.) Zustimmungs-Beschlüsse der Bezirksvertretungen IX und XVI zum Rund-Antrage der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend die Verwendung von 100 Waggons Weizenmehl zur Mazzesbereitung.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

(1634.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend die Stellungnahme gegen die Errichtung eines tschechischen Theaters in Wien.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

(1528.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über das Erscheinen der Parteien vor den Gemeindevermittlungsämtern.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

Anträge, Anfragen ꝛc.

**B.-R. Lange** stellt den Antrag, es möge an zuständiger Stelle im Interesse des Verkehres die Ausprägung von Münzen zu 5 h und 50 h, sowie die Herstellung von Banknoten zu 5 K, 200 K, 500 K, 2000 K und 5000 K angeregt werden.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

# Allgemeine Nachrichten.

## Lebensmittelverkehr.

### Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 18. bis 24. August 1918.

#### 1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch | 56.512 kg | Und zwar aus: | |
| | | Wien | 27.551 kg |
| | | dem sonst. Niederösterreich | 260 „ |
| | | Oberösterreich | 986 „ |
| | | Böhmen | 25.015 „ |
| | | Ungarn | 2.700 „ |
| Schweinefleisch | 14.109 kg | Und zwar aus: | |
| | | Wien | 14.064 kg |
| | | dem sonst. Niederösterreich | 45 „ |
| Kälber | 78 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Wien | 2 St. |
| | | Oberösterreich | 5 „ |
| | | Böhmen | 5 „ |
| | | Polen | 66 „ |
| Schafe | 801 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Wien | 22 St. |
| | | Oberösterreich | 131 „ |
| | | Ungarn | 591 „ |
| Lämmer | 1 Stück | Und zwar aus: | |
| | | Oberösterreich | 1 St. |

#### 2. Preisbewegung.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Stedfleisch, vorderes | von K 7·20 | bis 8·40 | per Kg. |
| | Rostbraten u. Rieden | „ „ —·— | „ 12·— | „ „ |
| Kalbfleisch | | „ „ —·— | „ —·— | „ „ |
| Schaffleisch (Lammfleisch) | | „ „ 20·50 | „ 21·50 | „ „ |
| Schweinefleisch | | „ „ 14·20 | „ 15·— | „ „ |
| Kälber | | „ „ —·— | „ 11·30 | „ „ |
| Schafe | | „ „ 14·— | „ 17·50 | „ „ |
| Schweine | | „ „ —·— | „ —·— | „ „ |
| Lämmer | | „ „ 14·— | „ 16·— | „ „ |

Per Bahn langten ein 20 Waggons mit 57·149 t.

Die diesswöchigen Zufuhren an Fleischwaren waren abermals geringer als in der Vorwoche und für den Bedarf unzureichend.

Kalbfleisch war mit 66 Stück Kälbern vollkommen unzulänglich, ebenso Schaffleisch, welches in Ermanglung anderer Fleischsorten sehr begehrt war.

Der Marktverkehr war mit Ausnahme der fleischlosen Tage stets sehr lebhaft.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden zugeführt:

2.700 kg frisches Schweinefleisch.
3.000 kg serbisches Rauchfleisch.
15.000 kg gefrorenes Schweinefleisch.
66 Stück polnische Kälber.
57 Stück polnische Schafe.

3.400 kg Braunschweiger.
1.830 kg Weichwürste.
1.500 kg Rindssalami.
Die Preislage blieb unverändert.
Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurden 924 kg Rindfleisch zugeführt.

* * *

**Pferdemarkt vom 23. August 1918.**

Zum Verkaufe wurden gebracht: 419 Stück.

246 Gebrauchspferde, 173 Schlachtpferde*).

**Preis:** für Gebrauchspferde . . . 2000 bis 8000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . — — „ „ „

Der Markt war lebhaft.

---

# Sanitäts-Angelegenheiten.

**Besuch der städtischen Sommerbäder im Monate Juli 1918.**

| | | | Männliche Personen | Weibliche Personen |
|---|---|---|---|---|
| III. Bez., Strombad Kaiser Josef-Brücke . . . . . | 4133, | davon | 2336 | 1797 |
| III. Bez., Strombad Sophienbrücke . . . . . | 4753, | „ | 3000 | 1753 |
| IX. Bez., Strombad Augartenbrücke . . . . . | 7036, | „ | 5088 | 1948 |
| XIX. Bez., Strom-, Luft- und Sonnenbad „Nußdorf“ . . | 6186, | „ | 4404 | 1782 |
| XX. Bez., Städt. Luft- und Sonnenbad „Kuchelau“ . . | 6880, | „ | 4090 | 2790 |
| XXI. Bez., Städt Strandbad „Gänsehäufel“ . . . | 88023, | „ | 55946 | 32077 |
| XXI. Bez., Strandbad „Stadlau“ . . . . . | 3393, | „ | 1989 | 1404 |
| XXI. Bez., Städtisches Bad „Aspern im Mühlwasser“ . | 2538, | „ | 1817 | 721 |
| XIII. Bez., Kinder-Freibad „Hütteldorf“ . . . . . | 12972, | „ | 10445 | 2527 |
| XXI. Bez., Freibad „Alte Donau“ . . . . . | 2395, | „ | 1643 | 752 |
| XVII. Bez., Hernalser Voll- und Schwimmbad Jörgerstraße 46/48 . . . . . | 15115, | „ | 11418 | 3697 |
| Zusammen . | 153424, | davon | 102176 | 51248 |

---

*) Hievon — am Markte und 173 im Pferdeschlachthause.

**Besuch der städtischen Bäder im Monate Juli 1918.**

Theresienbad im XII. Bezirke.

| | | | Männliche Personen | Weibliche Personen |
|---|---|---|---|---|
| Wannenbad . . . . . | 10261, | davon | 4405 | 5856 |
| Dampfbad . . . . . | 11099, | „ | 7321 | 3778 |
| Voll- und Schwimmbad . . . | 18293, | „ | 14591 | 3702 |
| Zusammen . | 39653, | davon | 26317 | 13336 |

XVII. Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

| | | | Männliche Personen | Weibliche Personen |
|---|---|---|---|---|
| Wannenbad . . . . . | 10272, | davon | 5666 | 4606 |
| Dampfbad . . . . . | 8930, | „ | 5418 | 3512 |
| Schwimmbad . . . . . | 10557, | „ | 5324 | 5233 |
| Sonnenbad . . . . . | 180, | „ | 73 | 107 |
| Zusammen . | 29939, | davon | 16481 | 13458 |

XXI. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kretzgasse.

| | | | Männliche Personen | Weibliche Personen |
|---|---|---|---|---|
| Wannenbad . . . . . | 2753, | davon | 1609 | 1144 |
| Dampfbad . . . . . | 2120, | „ | 1520 | 600 |
| Brausebad . . . . . | 9257, | „ | 5695 | 3562 |
| Zusammen . | 14130, | davon | 8824 | 5306 |

Volksbäder.

| | | | Männliche Personen | Weibliche Personen |
|---|---|---|---|---|
| II. Bez., Vereinsgasse 29 . . | 20404, | davon | 12368 | 8036 |
| III. Bez., Apostelgasse 18 . . | 10854, | „ | 6903 | 3951 |
| IV. Bez., Klagbaumgasse 4 . | 9062, | „ | 5170 | 3892 |
| V. Bez., Einsiedlerplatz 18 . | 16492, | „ | 9928 | 6564 |
| VI. Bez., Esterhazygasse 9 . | 14483, | „ | 9623 | 4860 |
| VII. Bez., Hermanng. 24 bis 28 | 21575, | „ | 11772 | 9803 |
| VIII. Bez., Florianigasse 24 | 10357, | „ | 5882 | 4475 |
| IX. Bez., Wiesengasse 17 . . | 11842, | „ | 6680 | 5162 |
| X. Bez., Gudrunstraße 163a . | 20448, | „ | 13529 | 6919 |
| XI. Bez., Geiselbergstraße 54 | 8432, | „ | 6294 | 2138 |
| XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82 | 9285, | „ | 5665 | 3620 |
| XIV. Bez., Heinickegasse 3 . | 11324, | „ | 7465 | 3859 |
| XV. Bez., Reithofferplatz 4 . | 10952, | „ | 6912 | 4040 |
| XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11 | 15629, | „ | 8602 | 7027 |
| XVII. Bez., Gschwandnergasse 62 . . . . . | 11656, | „ | 6901 | 4755 |
| XVIII. Bez., Klostergasse 27 . | 9568, | „ | 5519 | 4049 |
| XX. Bez., Treustraße 60 . . | 7527, | „ | 4434 | 3093 |
| Zusammen . | 219890, | davon | 133647 | 86243 |

---

# Baubewegung

vom 23. bis 26. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

**Gesuche um Baubewilligungen.**

**Adaptierungen.**

II. Bezirk: Barichgasse 30, von Portois & Fix (1871).

IV. Bezirk: Viktorgasse 21, von Ernst Benz, III., Untere Weißgärberstraße 3 (1866).
V. Bezirk: Arbeitergasse 26, von Josef Münster namens Elisabethenverein, ebenda (1859).
VII. Bezirk: Burggasse 119, von Marie Eidenböck durch Josef Heller (1853).
XXI. Bezirk: Donaufelderstraße 16, von Dr. Johanna Paur (22694).
„ „ Genochplatz 1, von Waagner, Biro & Kurz (22764).

**Diverse geringere Bauten.**

VI. Bezirk: Lastenaufzug, Mollardgasse 41, von der Buchdruckerei W. Hamburger (1870).

**Demolierungsanzeigen.**

XXI. Bezirk: Donaufelderstraße 16, von Dr. Johanna Paur (22694).

---

# Realitäten-Verkehr in Wien.

## Vom 1. bis 31. Jänner 1918

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

I. Bez., Wenzellisches Freihaus in der Habsburgergasse im I. Bezirke, Konstr.-Nr. 426, Einl.-Z. 12, bisheriger Besitzer Hans Töpfl, grundbücherlich übertragen an Ernst Pik, am 22. Dez. 1917.
„ „ Innere Stadt, Rotenturmstraße 27, E.-Z. 114, bish. Bes. Emanuel Schweinburg 1/4, grdb. übertr. an Samuel Berger 1/4, am 19. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Fischerstiege 8, E.-Z. 267, bish. Bes. Dr. Julius Klimont, grdb. übertr. an die Firma Georg König & Bruder in Wien, am 28. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Franz Josefs-Kai 27, E.-Z. 308, bish. Bes. Marie Eckel 1/6, grdb. übertr. an Dr. Hermann Eckel, Marianne Meangye, je 1/12, am 19. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Grünangergasse 6, E.-Z. 411, bish. Bes. Fritz Gabriel Ilger, grdb. übertr. an Anna Ilger 1/2, Wilhelm Ilger, Paula Krzizek, Anna Rottert, je 2/12, am 25. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Heßgasse 1, E.-Z. 458, bish. Bes. Amalia Scheidl, grdb. übertr. an den k. k. priv. Wiener Bankverein, am 6. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Schulerstraße 24, E.-Z. 1125, bish. Bes. Karl Richard, Anna Richard, je 1/2, grdb. übertr. an Otto Stepka, Marie Stepka, je 1/2, am 4. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Schultergasse 1, E.-Z. 1131, bish. Bes. Max Pollak 1/4, grdb übertr. an Frieda Pollak 1/4, am 16. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Singerstraße 3, E.-Z. 1188, bish. Bes. Helene Gräfin Almeida, geb. Fürstin Wrede, grdb. übertr. an Ernst Fischer, am 31. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Singerstraße 4, E.-Z. 1189, bish. Bes. Alexander Levai, Elsa Levai, je 1/4, grdb. übertr. an Artur Soffer, Siegmund Soffer, je 1/4, am 10. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Singerstraße 4, E.-Z. 1189, bish. Bes. die Firma Artur und Siegmund Soffer 1/2, grdb. übertr. an Artur Soffer, Siegmund Soffer, je 1/4, am 16. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Volksgartenstraße 3, E.-Z. 1343, bish. Bes. Moritz Edler v. Kuffner 1/2, Wilhelm Kuffner, Karl Kuffner de Dioszegh, je 1/4, grdb. übertr. an die Österr. Eisenbahn-Verkehrsanstalt, am 25. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Wipplingerstraße 12, E.-Z. 1419, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Eduard Kunstadt, Olga Kunstadt, je 1/2, am 13. Jän. 1918
„ „ Innere Stadt, Wollzeile 5, E.-Z. 1447, bish. Bes. Bela Specz v. Ladhaza 1/9, grdb. übertr. an Anselma Walcher v. Moltheim, Bernhardine Freiin v. Haerdtl, Eduard Welzl v. Wellenheim, Berta Welzl v. Wellenheim, Anna Kraovic v. Gric, je 1/45, am 11. Jän. 1918.
„ „ Innere Stadt, Wollzeile 24, E.-Z. 1461, bish. Bes. Isaak Seiberling, grdb. übertr. an Janka Georgievits de Apadia, Irma Georgievits de Apadia, Mathilde Gräfin Segur-Cabanac, je 1/3, am 7. Jän. 1918.
II. Bez., Aspernbrückengasse 2, E.-Z. 25, bish. Bes. Lina Winternitz, grdb. übertr. an die Firma N. Nella & Neffe, am 16. Jän. 1918.
„ „ Ferdinandsstraße 25, E.-Z. 513, bish. Bes. Karoline Mayer 2/3, Marie Mayer 2/3, grdb. übertr. an die Israelitische Kultusgemeinde, am 4. Jän. 1918.
„ „ Glockengasse 19, E.-Z. 627, bish. Bes. Margarete Lassenau 1/2, grdb. übertr. an Karoline Bernhart 1/2, am 9. Jän. 1918.
II. Bez., Haidgasse 3, E.-Z. 675, bish. Bes. Leon Steiner, Sophie Steiner, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Kaßner, am 30. Jän. 1918.
„ „ Kaiser Josef-Straße 38, E.-Z. 793, bish. Bes. Gustav Figdor, grdb. übertr. an Ernestine Figdor, am 28. Jän. 1918.
„ „ Konradgasse 1, P. 757 Bauarea, E.-Z. 896, bish. Bes. Gustav Figdor, grdb. übertr. an Ernestine Figdor, am 28. Jän. 1918.
„ „ Konradgasse 1, E.-Z. 896, bish. Bes. Ernestine Figdor, grdb. übertr. an Sali Blaser, am 30. Jän. 1918.
„ „ Malzgasse 2, E.-Z. 1014, bish. Bes. Severin Tesar, grdb. übertr. an Salomon Zalman Deutscher, Malvine Deutscher, je 1/2, am 5. Jän. 1918.
„ „ Novaragasse 13, E.-Z. 1185, bish. Bes. Katharina Schwarz 1/2, grdb. übertr. an Max Alexander Lederer, Rosa Lederer, je 1/4, am 16. Jän. 1918.
„ „ Novaragasse 13, E.-Z. 1185, bish. Bes. Helene Friedländer, Flora Kraus, Charlotte Kraus, Anna Kraus, je 1/12, grdb. übertr. an Max Alexander Lederer, Rosa Lederer, je 1/6, am 16. Jän. 1918.
„ „ Odeongasse 7, E.-Z. 1224, bish. Bes. Max Pollak 3/24, grdb. übertr. an Frieda Pollak 3/24, am 16. Jän. 1918.
„ „ Kleine Pfarrgasse 7, E.-Z. 1302, bish. Bes. Ettie Kolb, grdb. übertr. an Hanni Schaffer, am 17. Jän. 1918.
„ „ Rotensterngasse 15, E.-Z. 1597, bish. Bes. Elisabeth Freiin v. Odelga, grdb. übertr. an Josef Zadik Danon, Cäsar Josef Danon, Mosca Josef Danon, je 1/4, am 30. Jän. 1918.
„ „ Rotensterngasse 23, E.-Z. 1605, bish. Bes. Rudolf Oskar Weil, grdb. übertr. an Aron Reich, Rosa Reich, je 1/2, am 4. Jän. 1918.
„ „ Große Schiffgasse 12, E.-Z. 1666, bish. Bes. Leontine Neurath 1/2, grdb. übertr. an Heinrich Neurath, Eduard Neurath, Dr. Friedrich Neurath, je 1/6, am 12. Jän. 1918.
„ „ Schreigasse 2, E.-Z. 1757, bish. Bes. Aloisia Schnabel 1/2, grdb. übertr an Julie Weinberger 1/2, am 28. Jän. 1918.
„ „ Förstergasse 4, E.-Z. 1770, bish. Bes. Samuel Pollak, grdb. übertr. an Leonhard Hirsch 11/20, m. Paul Hirsch 9/20, am 18. Jän. 1918.
„ „ Halmgasse 2, E.-Z. 1836, bish. Bes. Josefine Löwith, grdb. übertr. an Nissim Jakob David, Moritz Löwy, je 1/2, am 20. Jän. 1918.
„ „ Taborstraße 108, E.-Z. 2122 bish. Bes. Oskar Marmorek jun., Friedrich Marmorek, m. Charlotte Marmorek, m. Ida Marmorek, Hugo Marmorek, m. Elsa Marmorek, m. Paula Marmorek, m. Adele Marmorek, m. Gustav Marmorek, m. Sophie Marmorek, m. Frieda Marmorek, Berta Laub, Therese Bortrefflich, je 1/12, grdb. übertr. an Emma Eibuschütz, am 13. Jän. 1918.
„ „ Krummbaumgasse 10, E.-Z. 4315, bish. Bes. Rudolf Beyfuhs, grdb. übertr. an Hirsch Frühmann, am 4. Jän. 1918.
„ „ Junggasse 8, E.-Z. 4444, bish. Bes. Albertine Pilar, grdb. übertr. an Chaim Josef Nattel, Hinde Helene Nattel, je 1/2, am 5. Jän. 1918.
„ „ Stuwerstraße 28, E.-Z. 4937, bish. Bes. Siegfried Katz, Dora Katz, je 1/2, grdb. übertr. an David Leib Kelsen, am 5. Jän. 1918.
„ „ Wolmutstraße 15/17, E.-Z. 4958, bish. Bes. Johanna Stein, grdb. übertr. an die Wolmuthof-Hauserwerbungs-Ges. m. b. H., am 24. Jän. 1918.
„ „ Haidgasse 7 a, E.-Z. 4980, bish. Bes. Adele Schwarz, Egon Herberth Schwarz, je 1/2, grdb. übertr. an Franz Kothmayer, Katharina Kothmayer, je 1/2, am 23. Jän. 1918.
„ „ Ybbsstraße 10, E.-Z. 5258, bish. Bes. Helene Burkhardt Baronin v. d. Klee, grdb. übertr. an Sabine Zeilender, am 18. Jän. 1918.
„ „ Nordbahnstraße 16, E.-Z. 5396, bish. Bes. Artur Freiherr v. Rumerskirch, grdb. übertr. an Johann Christ, Wilhelmine Christ, je 1/2, am 11. Jän. 1918.
„ „ Stuwerstraße 43, E.-Z. 5604, bish. Bes. Eduard Bellak, grdb. übertr. an Ferdinand Erm, am 4. Jän. 1918.

III. Bez., Barichgasse 14, E.-Z. 89, bish. Bes. Therese Bayer, grdb. übertr. an Helene Tasler, am 31. Jän. 1918.
„ „ Dietrichgasse 16, E.-Z. 247, bish. Bes. Josef Strobl, grdb. übertr. an Gustav Turetschek, Alfred Freiherrn v. Fromm, je 1/2, am 23. Jän. 1918.
„ „ Erdbergstraße 87, E.-Z. 392, bish. Bes. Karoline v. Greissing, grdb. übertr. an Josefa Krschka, am 5. Jän. 1918.
„ „ Gestettengasse 13, E.-Z. 547, bish Bes. Josef Schedl 8/24, grdb. übertr. an Marie Schedl 8/96, m. Josefine Schedl 15/96, am 29. Jän. 1918.
„ „ Heßgasse 30, E.-Z. 606, bish. Bes. Josef Cargnelli, grdb. übertr. an Marianne Cargnelli, am 8. Jän. 1918.
„ „ Hohlweggasse 28, E.-Z. 636, bish. Bes. Leopoldine Meidinger, Apollonia Klement, je 1/2, grdb. übertr. an den Reichswirtschaftsbund der Festangestellten, Warenabteilung r. G. m. b. H., am 31. Jän. 1918.

III. Bez., Kegelgasse 25, E.-Z. 718, bish. Bes. m. Bettina Adler, grdb. übertr. an die Firma Philipp Röder, Bruno Raabe A.-G., am 23. Jän. 1918.

" " Kleingasse 18, E.-Z. 749, bish. Bes. Sebastian Dziurzynski, Katharina Dziurzynski, je ½, grdb. übertr. an Josefa Katzler, am 12. Jän. 1918.

" " Landstraßer Hauptstraße 67, E.-Z. 903, bish. Bes. Wilhelmine Baumann ¼, grdb. übertr. an Margarete Milota, Henriette Baumann, Dr. Bruno Baumann, je 1/12, am 4. Jän. 1918.

" " Leonhardgasse 9, E.-Z. 996, bish. Bes. Amalie Kunz, grdb. übertr. an Alexander Glatz, Josef Glatz, je ½, am 23. Jän. 1918.

" " Metternichgasse 14, E.-Z. 1139, bish. Bes. Ladislaus v. Dirsztay, Georgine v. Dirsztay, je ½, grdb. übertr. an Emil Roth, am 8. Jän. 1918.

" " Rochusgasse 3, E.-Z. 1380, bish. Bes. m. Karoline Engel 1/3, grdb. übertr. an Gustav Frankl 1/3 am 3. Jän. 1918.

" " Rochusgasse 3, E.-Z. 1380, bish. Bes. Marie Reichert 2/6, grdb. übertr. an Gustav Frankl 1/3, am 8. Jän. 1918.

" " Rochusgasse 3, E.-Z. 1380, bish. Bes. Hermine Jäger v. Waldau 2/6, grdb. übertr. an Gustav Frankl 1/3, am 8. Jän. 1918.

" " Rochusgasse 13, E.-Z. 1389, bish. Bes. Anna Höll-Müller 45/56, Johann Deim 11/56, grdb. übertr. an Andreas Wallner, Elisabeth Wallner, je ½, am 21. Jän. 1918.

" " Rudolfgasse 40, E.-Z. 1425, bish. Bes. Dr. Johann Neumann 56/576, grdb. übertr. an Marie Neumann 1/24 u. 4/576, Karoline Neumann 1/48 u. 2/576, Manfred Neumann 1/96 u. 1/576, Margarete Hillinger Edle v. Traunwald 1/96 u. 1/576.

" " Steingasse 9, E.-Z. 1611, bish. Bes. Georgine Berger, grdb. übertr. an Simche Heidler, am 18. Jän. 1918.

" " Ungargasse 20, E.-Z. 1667, bish. Bes. Siegmund Winter, grdb. übertr. an Edgar Edlen v. Lenz, Ida Edle v. Lenz, je ½, am 21. Jän. 1918.

" " Untere Weißgärberstraße 20, E.-Z. 1878, bish. Bes. Karl Kaiser ½, grdb. übertr. an Josefine Michel, Karoline Kaiser, je ¼, am 11. Jän. 1918.

" " Untere Weißgärberstraße 20, E.-Z. 1878, bish. Bes. Josefine Michel, Karoline Kaiser, je ½, grdb. übertr. an die Firma Robert Bosch, am 29. Jän. 1918.

" " Erdbergstraße 129, E.-Z. 1970, bish. Bes. Andreas Krenn, Rudolf Krenn, Karl Krenn, m. Rudolf Krenn, Leopoldine Edinger, Marie Halir, Theresia Lindner, Marie Halir, Theresia Lindner, m. Alfred Göppel, m. Elfriede Göppel, m. Richard Göppel, Marie Krenn, Josefa Krenn, Karl Krenn, Ferdinand Krenn, Anna Krenn, zus. 1/1, grdb. übertr. an Matthias Wotraubek, am 26. Jän. 1918.

" " Erdbergstraße 180, E.-Z. 1980, bish. Bes. Theodor Mautner Ritter v. Markhof, Georg Mauthner Ritter v. Markhof, je ½, grdb. übertr. an Alfred Woltär, Luise Woltär, je ½, am 1. Jän. 1918.

" " Erdbergermais 76, E.-Z. 2031, bish. Bes. Therese Schramm, grdb. übertr. an Josef Lenhart, am 23. Jän. 1918.

" " Rüdengasse 12, E.-Z. 2450, bish. Bes. Franziska Zillinger, Franziska Planner, je ½, grdb. übertr. an Gustav Köllsch, am 18. Jän. 1918.

" " Hainburgerstraße 50, E.-Z. 2770, bish. Bes. Richard Paravicini 1/8, grdb. übertr. an Josefine Paravicini 1/8, m. Elsa Paravicini 3/8, am 21. Jän. 1918.

" " Strobgasse 3, E.-Z. 2780, bish. Bes. Dr. Vinzenz Rabenlechner, grdb. übertr an Franz Rabensteiner, am 28. Jän. 1918.

" " Sebastianplatz 7, E.-Z. 3153, bish. Bes. Helene Mauthner v. Markhof, grdb. übertr. an Margarete Baumfeld, Dorothea Lohnstein, je ½, am 26. Jän. 1918.

" " Dapontegasse 2, E.-Z. 3270, bish. Bes. Bertold Baß, grdb. übertr. an m. Richard Baß, am 31. Jän. 1918.

" " Würzlerstraße 26, E.-Z. 3374, bish. Bes. Ludwig Neuda, grdb. übertr. an Johann Schier, Marie Schier, Amalie Schier, je 1/3, am 3. Jän. 1918

" " Ignatiusgasse 5, E.-Z. 3433, bish. Bes. die Spittaler Ziegelwerke in Spittal a. d. Drau, G. m. b. H., grdb. übertr. an Heinrich Levi, Paul Levi, je ¼, am 12. Jän. 1918.

" " Petrusgasse 2, E.-Z. 3450, bish. Bes. August Ulrich, grdb. übertr. an Josef Dangl, am 30. Jän 1918.

" " Geusaugasse 12, E.-Z 3489, bish. Bes. die Spittaler Ziegelwerke in Spittal a. d. Drau, G. m. b. H., grdb. übertr. an Moritz Levi, Lyda Levi, am 12. Jän. 1918.

IV. Bez., Prinz Eugen-Straße 36, E.-Z. 234, bish. Bes. Marie v. Tirschly und Bögendorff, Baron Alexander Pretis Cagnodo, je ½, grdb. übertr. an Dr. Rudolf Sieghart, am 8. Jän. 1918.

" " Große Neugasse 31, E.-Z. 569, bish. Bes. Hermine Urbach ½, m. Lilly Urbach, m. Dorothea Urbach, je ¼, grdb. übertr. an Josef Eckstein, am 10. Jän. 1918.

IV. Bez., Resselgasse 3/5, E.-Z. 667, bish. Bes. Johanna Hofstättner v. Hochsteden-Hohenhof, grdb. übertr. an Lilly v. Bücher ½, m. Herbert Hofstättner v. Hochsteden-Hohenhof, m. Hanna Hofstättner v. Hochsteden-Hohenhof, je ¼, am 26. Jän. 1918.

" " Wiedner Hauptstraße 39, E.-Z. 933, bish. Bes. Ida Ebenstein v. Schlumberger, grdb. übertr. an Stephan Auspitz v. Artenegg, am 9. Jän. 1918.

" " Wohllebengasse 11, E.-Z. 934, bish. Bes. Edmund Richetti v. Terralba, grdb. übertr. an den Evangelischen Waisen-Versorgungsverein in Wien, am 5. Jän. 1918.

" " Wohliebengasse 13, E. Z. 996, bish. Bes. Edmund Richetti v. Terralba, grdb übertr. an den Evangelischen Waisen-Versorgungsverein, am 5 Jän. 1918.

" " Wohllebengasse 15, E.-Z. 998, bish. Bes. Edmund Richetti v. Terralba, grdb. übertr. an den Evangelischen Waisen-Versorgungsverein, am 5. Jän. 1917.

" " Seisgasse 9, E.-Z. 1110, bish. Bes. Mosen J. Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Fried. Kubinsky in Prag, am 17. Jän. 1918.

" " Seisgasse 14, E.-Z. 1135. bish. Bes. Karl Maruna, grdb. übertr. an Alexi Dimitroff Marinkioff, am 18. Jän. 1918.

" " Blechturmgasse 22, E.-Z. 1139, bish. Bes. Mosen J. Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Fried. Kubinsky in Prag, am 17. Jän. 1918.

" " Blechturmgasse 20, E.-Z. 1140, bish. Bes. Mosen J. Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Fried. Kubinsky in Prag, am 17 Jän. 1918.

" " Blechturmgasse 18, E.-Z. 1141, bish. Bes. Mosen J Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Friedr. Kubinsky in Prag, am 17. Jän. 1918.

" " Hauslabgasse 2, E.-Z. 1142, bish. Bes. Mosen J. Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Fried. Kubinsky in Prag, am 17. Jän. 1918

" " Blechturmgasse 16, E.-Z. 1143, bish. Bes. Mosen J. Beligradeanu, grdb. übertr. an die Firma Fried. Kubinsky in Prag, am 17. Jän. 1918.

" " Schelleingasse 6, E.-Z. 1326, bish. Bes. Eduard Fisch ¼, Rosa Fisch ¾, grdb übertr. an Cohen Fortunec, am 21. Jän. 1918.

V. Bez., Arbeitergasse 29, E.-Z. 34, bish. Bes. m. Melitta Komonicki, m. Eleonore Komonicki, je ½, grdb. übertr. an Isidor Stettner, Emma Stettner, je ½, am 27. Jän. 1918.

" " Blechturmgasse 29, E.-Z. 49, bish. Bes. Adolf Schindler, grdb. übertr. an Oskar Fhelinger, Antonie Fhelinger, je ½, am 25. Jän. 1918.

" " Einsiedlergasse 30, E.-Z. 131, bish. Bes. Georg Schierhuber, Marie Schierhuber, je ½, grdb. übertr. an Marie Hillak, Josef Eckel, je ½, am 18. Jän. 1918.

" " Einsiedlergasse 5, E.-Z. 132, bish. Bes. Franz Richter ½, grdb übertr. an Pauline Jaich ½, am 12. Jän. 1918.

" " Margaretenstraße 88, E.-Z. 307, bish. Bes. Marie Eckel 76/414, grdb. übertr an Hermann Eckel, Marianne Meangya, je 38/414, am 20. Jän. 1918.

" " Rüdigergasse 23, E.-Z. 1000, bish. Bes. Antonie Hammerschmied ½, Emma Zacke, Hermine Hammerschmied, je ¼, grdb. übertr. an Josefine Mastalir, am 24. Jän. 1918.

" " Siebenbrunnengasse 9, E.-Z. 1055, bish. Bes. Valerian Gillar jun., Robert Gillar, Leon Gillar, je 1/3, grdb. übertr. an Karl Vitak, Isabella Vitak, je ½, am 1. Feb. 1918.

" " Spengergasse 31, E.-Z. 1142, bish. Bes. Josefa Schindler 1/6, grdb. übertr. an Julius Schindler 1/6, am 14. Jän. 1918.

" " Castelligasse 2, E.-Z. 1195, bish. Bes. Karl Putz ¼, grdb. übertr. an Josefine Scherrübl ¼, am 3. Jän 1918.

" " Castelligasse 2, E.-Z. 1195, bish. Bes. Sophie Putz ¼, Josefine Scherrübl ½, Sophie Löderer ¼, grdb. übertr. an Anton Huber, Therese Huber, je ¼, Johann Krotsch ½, am 15. Jän. 1918.

" " Brandmayergasse 29, E.-Z. 1546, bish. Bes. Leopold Walter, grdb. übertr an die Eisen- und Messingmöbelfabrik Leopold Walter G. m. b. H., am 8. Jän. 1918.

" " Diehlgasse 17/19, E.-Z. 1548, bish. Bes. Leopold Walter, grdb. übertr. an die Eisen- und Messingmöbelfabrik Leopold Walter G. m. b. H., am 8. Jän. 1918.

" " Diehlgasse 17, E.-Z. 1549, bish. Bes. Leopold Walter, grdb. übertr. an die Eisen- und Messingmöbelfabrik Leopold Walter G. m. b. H., am 8. Jän. 1918.

" " Obere Amtshausgasse 20, E.-Z. 1583, bish. Bes. Karl Zwierina, grdb. übertr. an Marie Illemsky, am 13. Jän. 1918.

" " Spengergasse 1 b, E.-Z. 2196, bish. Bes. Josefine Ziak, grdb. übertr. an Hugo Tschebull, am 21. Jän. 1918.

" " Storkgasse 4, E.-Z. 2361, bish. Bes. Jakob Menrath, Eugenie Menrath, je ½, grdb. übertr. an Wilhelmine Stechauner, am 24. Jän. 1918.

VI. Bez., Garbergasse 13, E.-Z. 202, bish. Bes. Leopoldine Schedl 2/30, grdb. übertr. an Heinrich Schedl, Josef Schedl, je 1/30, am 21. Jän. 1918.

VI. Bez., Garbergasse 11, E.-Z. 204, bish. Bes. Leopoldine Schedl 2/30, grdb. übertr. an Heinrich Schedl, Josef Schedl, je 1/30, am 21. Jän. 1918.

" " Gumpendorferstraße 16, E.-Z. 236, bish. Bes. Viktoria Igler 1/14, Rudolf Brix, 8/14, Auguste Krütag, Stephanie Schuster, Rosa Setzer, Adele Sturany, je 1/14, grdb. übertr. an m. Elfriede Brix 13/14, am 9. Jän. 1918.

" " Laimgrubengasse 18, E.-Z. 506, bish. Bes. Jakob Pollak, grdb. übertr. an Hennah Seidenfrau, Feigel (Fanny) Seidenfrau, je 1/2, am 6. Jän. 1918.

" " Liniengasse 4, E.-Z. 514, bish. Bes. Josef Schneider, grdb. übertr. an Rosa Schneider, am 15. Jän. 1918.

" " Liniengasse 4, E.-Z. 514, bish. Bes. Rosa Schneider, grdb. übertr. an Stephanie Großmann, am 16. Jän. 1918.

" " Liniengasse 22, E.-Z. 526, bish. Bes. Rosa Hinterberger 45/23040, grdb. übertr. an Leopoldine Titze 45/23040, am 5. Jän. 1918.

" " Schmalzhofgasse 5, E.-Z. 906, bish. Bes. Ferdinand Schenk, grdb. übertr. an Ferdinand Schenk-Sudhof, am 22. Jän. 1918.

" " Stiegengasse 8, E.-Z. 931, bish. Bes. Johann Julius Khaun 3/4, Amanda Khaun 1/4, grdb. übertr. an Armin Sachs, am 13. Jän. 1918.

" " Stumpergasse 26, E.-Z. 972, bish. Bes. Max Graf Coudenhove, Mary Gräfin Coudenhove, je 1/2, grdb. übertr. an Ludwig Krizek, Friedrich Krizek, je 1/2, am 24. Jän. 1918.

" " Stumpergasse 49, E. Z. 993, bish. Bes. Karl Erlebacher 1/3, grdb. übertr. an Leopoldine Erlebach je 1/3, am 25. Jän. 1918.

" " Stumpergasse 60, E.-Z. 1003, bish. Bes. John Godderidge, m. Fred Godderidge je 1/2, grdb. übertr. an Josef Ungar, am 1. Jän. 1918.

" " Webgasse 9, E.-Z. 1058, bish. Bes. Wilhelm Schreyer, grdb. übertr. an Clara Schreyer 1/4, m. Klara Schreyer, m. Wilhelmine Schreyer je 3/8, am 31. Jän. 1918.

" " Gumpendorferstraße 12, E.-Z. 1238, bish. Bes. Josef Fried, Dr. Alfred Fried, je 1/2, grdb. übertr. an m. Grete Beer-Löw am 2. Jän. 1918.

" " Mollardgasse 70 a, E.-Z. 1325, bish. Bes. Anton Fuchs, grdb. übertr. an Artur Stern, am 11. Jän. 1918.

VII. Bez., Bernardgasse 19, E.-Z. 85, bish. Bes. m. Viktor Mayerhofer, Anna Mayerhofer, Mathilde Mayerhofer, Amalie Mayerhofer, je 1/24, grdb. übertr. an Helene Titze 1/6 am 22. Jän. 1918.

" " Burggasse 64, E.-Z. 174, bish. Bes. Ferdinand Reiß 7/30, grdb. übertr. an Josef Schön 7/30 am 18. Jän. 1918.

" " Burggasse 76, E.-Z. 180, bish. Bes. Alexander Josef Breuer, Ernst Breuer je 1/2, grdb. übertr. an Hedwig Brunner, am 23. Jän. 1918.

" " Lindengasse 48/50, E.-Z. 233, bish. Bes. Ferdinand Steinhuber, grdb. übertr. an Franziska Mayer 1/3, Irma Lobmeyr, Sophie Hettinger, Margarete Budiner, Anton Steinhuber, je 1/12, Karl Wrana, Norbert Stenböck, Marie Pokorny, Franziska Katharina Richtar, Antonie Nell, Berta Winter, Marie Püringer, Magdalena Spatny, je 1/20, Johann Steinhuber, Josef Steinhuber, Karoline Stöhr, Marie Steinhuber, je 1/120, am 2. Jän. 1918.

" " Kaiserstraße 4, E.-Z. 327, bish. Bes. Henriette Marquise v. Gravist, verehel. Szekely, grdb. übertr. an Isidor Amster, am 23. Jän. 1918.

" " Kaiserstraße 55, E.-Z. 372, bish. Bes. Alois Müller 1/4, grdb. übertr. an Marie Joukisch 1/4, am 15. Jän. 1918.

" " Kaiserstraße 67/69, E.-Z. 384, bish. Bes. Edmund Demuth 1/2, grdb. übertr. an Karl Demuth 1/2, am 26. Jän. 1918.

" " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Bes. Franz Loderer, Hans Loderer, je 1/32, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer je 1/32, am 18. Jän. 1918.

" " Neustiftgasse 40, E.-Z. 815, bish. Bes. Otto Wagner, grdb. übertr. an Bronislava Koller, am 30. Jän. 1918.

" " Neustiftgasse 53, E.-Z. 825, bish. Bes. Marie Biegler, grdb. übertr. an Julius Rieß, Jenny Rieß, je 1/2, am 30. Jän. 1918.

" " Seidengasse 35, E.-Z. 1002, bish. Bes. August Denk, Marie Denk je 1/2, grdb. übertr. an Adolf Nussenblatt, Minna Nussenblatt je 1/2, am 31. Jän. 1918.

" " Siebensterngasse 3, E.-Z. 1004, bish. Bes. Anton Kempny 1/8, grdb. übertr. an Marie Deutsch, Wilhelmine Kempny je 1/12, am 31. Jän. 1918.

" " Siebensterngasse 36, E.-Z. 1027, bish. Bes. Anna Stolz, grdb. übertr. an die Karoline Riedl'sche Kinderspitalstiftung, am 14. Jän. 1918.

" " Sigmundsgasse 10, E.-Z. 1049, bish. Bes. Anna Stolz, grdb. übertr. an den Verein Heilanstalt „Allaud", am 29. Jän. 1918.

" " Döblergasse 4, E.-Z. 1057, bish. Bes. Otto Wagner 1/2, Louise Wazlawik, Christine Freiin v. Lutgendorff je 1/4, grdb. übertr. an Bronislawa Koller, am 30. Jän. 1918.

VII. Bez., Spittelberggasse 20, E.-Z. 1071, bish. Bes. Sophie Dillenz, grdb. übertr. an Charlotte Rottenberg geb. Schleifer, am 8. Jän. 1918.

" " Stuckgasse 6, E.-Z. 1108, bish. Bes. Karl Cernofsky, Marie Pecher, Leopoldine Hyden, Emmy Kovacs je 1/4, grdb. übertr. an Jakob Jellinek, am 8. Jän. 1918.

" " Neustiftgasse 31, E.-Z. 1123, bish. Bes. Gustav Pollak, grdb. übertr. an Olga Hirsch, am 22. Jän. 1918.

" " Westbahnstraße 35/35 a, E.-Z. 1153, bish. Bes. kaiserl. königl. priv. Lebens-Versicherungsgesellschaft Oesterr. Phönix in Wien, grdb. übertr. an Julius Eckstein, Helene Eckstein, je 1/2, am 24. Jän. 1918.

" " Zollergasse 14, E.-Z. 1247, bish. Bes. Rosa Weldler, grdb. übertr. an das Pensions-Institut für Niederösterreich in Wien, für die Angestellten der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt, grdb. übertr. an Josef Breuer, Ernst Breuer, je 1/2, am 17. Jän. 1918.

" " Burggasse 103 a, E.-Z. 1277, bish. Bes. Anna Vogler, grdb. übertr. an Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft, am 22. Jän. 1918.

" Westbahnstraße 43, E.-Z. 1343, bish. Bes. Peter Lefnar, grdb. übertr. an Leopold Waller, Regine Waller, je 1/2, am 31. Jän. 1918.

" " Schottenfeldgasse 85, E.-Z. 1476, bish. Bes. Josef Reiner 1/2, grdb. übertr. an Marie Reiner 1/2 am 21. Jän. 1918.

VIII. Bez., Blindengasse 26, E.-Z. 109, bish. Bes. Julius Mayer, Karl Mayer, je 1/2, grdb. übertr. an Eduard Bergmann, Paula Bergmann, je 1/2, am 9. Jän. 1918.

" " Fuhrmannsgasse 6, E.-Z. 206, bish. Bes. Erhard Hammerand 1/2, grdb. übertr. an Annette Hammerand 1/2, am 2. Jän. 1918.

" " Langegasse 24, E.-Z. 367, bish. Bes. Paula Prätz, grdb. übertr. an Paul Prätz, Ludwig Prätz, Hilda Prätz, je 1/3, am 3. Jän. 1918.

" " Lerchengasse 16, E.-Z. 488, bish. Bes. Josef Leopold Pick 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Louis Pick, Amalie Pick, je 1/4, am 12. Jän. 1918.

" " Pfeilgasse 3, E.-Z. 610, bish. Bes. Philippine Sedlaczek, grdb. übertr. an die prot. Firma Goldberg & Herzog, am 19. Jän. 1918.

" " Tigergasse 21, E.-Z. 794, bish. Bes. Fritz Gabriel Ilger, grdb. übertr. an Anna Ilger 1/2, Wilhelm Ilger, Paula Krzizek, Anna Rottert, je 1/6, am 25. Jän. 1918.

" " Tigergasse 23, E.-Z. 796, bish. Bes. Fritz Gabriel Ilger, grdb. übertr. an Anna Ilger 1/2, Wilhelm Ilger, Paula Krzizek, Anna Rottert, je 1/6, am 25. Jän. 1918.

" " Wickenburggasse 26, E.-Z. 841, bish. Bes. Ernst Zeschitz, grdb. übertr. an Isidor Alkalay, Markus Alkalay, Silvia Alkalay, je 1/3, am 17. Jän. 1918.

" " Blindengasse 48, Breitenfeldergasse 22, E.-Z. 895, bish. Bes. Isaak Hersch Schumer, grdb. übertr. an Klara Friedmann, Anna Rosner, Dr. Jakob Schumer, Ludwig Schumer, Dunia Seelenfreund, je 1/6, Ella Konietz 2/12, Heinrich Schumer 1/12, am 25. Jän. 1918.

" " Albertgasse 32, E.-Z. 970, bish. Bes. Josef Leopold Pick 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Louis Pick, Amalie Pick, je 1/4, am 12. Jän. 1918.

" " Mölkergasse 5, E.-Z. 1041, bish. Bes. Therese v. Eisenstätter, grdb. übertr. an Spiridion Laudeos, am 15. Jän. 1918.

IX. Bez., Berggasse, E.-Z. 145, bish. Bes. Benno rekte Benedikt Goldschmidt, grdb. übertr. an Gisela Bodansky, am 28. Jän. 1918.

" " Bindergasse 4, E.-Z. 149, bish. Bes. Rosa Schauer, Friederike Straßer, je 1/2, grdb. übertr. an Siegmund Barber, am 3. Jän. 1918.

" " Görlgasse 5, E.-Z. 294, bish. Bes. Dr. Franz Jetel, grdb. übertr. an Ludwig v. Bartsch, Frieda v. Bartsch, je 1/2, am 4. Jän. 1918.

" " Säulingasse 12, E.-Z. 830, bish. Bes. Josefine Löwith, grdb. übertr. an Baron Hugo Wattmann Madeamp Beaulieu, am 22. Jän. 1918.

" " Strudlhofgasse 8, E.-Z. 1016, bish. Bes. Karl Frank 1/6, grdb. übertr. an Josefine Linke 1/6, am 16. Jän. 1918.

" " Von Swietengasse 6, E.-Z. 1056, bish. Bes. Dr. Julius Bondy, grdb. übertr. an Jenny Fischel, am 4. Jän. 1918.

" " Boltzmanngasse 8, E.-Z. 1173, bish. Bes. Marie Harth, grdb. übertr. an Leopold Berchtold Graf von und zu Ungarschitz, Gräfin Nandine Berchtold, je 1/2, am 7. Jän. 1918.

" " Wiesengasse 11, E.-Z. 1216, bish. Bes. Rafalie Brischar, grdb. übertr. an Max Mandl, am 20. Jän. 1918.

" " Clusiusgasse 8, E.-Z. 1599, bish. Bes. Friedrich Otto Brand, Marie Brand, je 1/2, grdb. übertr. an Otto Külmen, Anna Kühlmen, je 1/2, am 31. Jän. 1918.

" " Widerhofgasse 6, E.-Z. 1814, bish. Bes. Adolf Rühmkorf, Anna Rühmkorf, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Ernst Fürth, am 4. Jän. 1918.

" " Latschkagasse 7, E.-Z. 1852, bish. Bes. August Prinz v. Lobkowitz, grdb. übertr. an Marie Horenstein, am 8. Jän. 1918.

IX. Bez., Achamergasse 4, E.-Z. 1912, bish. Bes. Dr. Robert Steinhauser, grdb. übertr. an Adele Lewis, am 25. Jän. 1918.

X. Bez., Favoriten, Inzersdorferstraße 44, E.-Z. 787, bish. Bes. Georgine Stierling, grdb. übertr. an Antonie Dirscherl, am 6. Jän. 1918.
" " Favoriten, Leebgasse 59, E.-Z. 1073, bish. Bes. Johann Oppold, Julianne Oppold, je ½, grdb. übertr. an Katharina Hatvani, am 7. Jän. 1918.
" " Favoriten, Planetengasse 3, E.-Z. 1264, bish. Bes. Franziska Planner, grdb. übertr. an Karl Zimmermann, Viktoria Zimmermann, je ½, am 18. Jän. 1918.
" " Favoriten, Senefeldergasse 33, E.-Z. 1556, bish. Bes. Anna Rosenstein ½, Karl Rosenstein, Josef Rosenstein, Jakob Rosenstein, Anna Rosenstein, je ⅛, grdb. übertr. an Barbara Rosik, am 30. Jän. 1918.
" " Favoriten, Davidgasse 96, E.-Z. 2366, bish. Bes. Friedrich Emil Mannel, Ludmilla Mannel, je ½, grdb. übertr. an Jakob Lieblich, Laura Lieblich, je ½, am 5. Jän. 1918.
" " Favoriten, Erlachgasse 149, E.-Z. 2385, bish. Bes. August Filzhamer, grdb. übertr. an Ernst Hoffmann, Berta Hoffmann, je ½, am 5. Jän. 1918.
" " Favoriten, Eugengasse 100, E.-Z. 2386, bish. Bes. August Filzhamer, grdb. übertr. an Ernst Hoffmann, Berta Hoffmann, je ½, am 5. Jän. 1918.
" " Favoriten, Absberggasse 9, E.-Z. 2365, bish. Bes. Rudolf Kamers, Marianne Kamers, je ½, grdb. übertr. an Otto Hajek, Therese Loukotsky, je ½, am 29. Jän. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Troststraße 115, K.-Nr. 735, E.-Z. 43, bish. Bes. Theodor Ruf, grdb. übertr. an Ester Korn, am 13. Jän. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 63, K.-Nr. 401, E.-Z. 480, bish. Bes. Anton Helmer ⅛, grdb. übertr. an Jakob Schultes ⅛, am 17. Jän. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Troststraße 36, K.-Nr. 393, E.-Z. 595, bish. Bes. Marie Neubauer, grdb. übertr. an Wilhelm Dworschak, Anna Dworschak, je ½, am 2. Jän. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 32, K.-Nr. 392 u. a., E.-Z. 611, bish. Bes. Marie Reichelt, grdb. übertr. an Joel Fränkel, am 5. Jän. 1918.

XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, Schmidgunstgasse 56, K.-Nr. 81, E.-Z. 79, bish. Bes. Franz Hammer, grdb. übertr. an Marie Amon, am 4. Jän. 1918.
" " Kaiser-Ebersdorf, Kimmerlgasse 6, P. 237, 238 mit K.-Nr. 96 in die neue E.-Z. 874 übertragen, E.-Z. 92, bish. Bes. Karl Kaufmann ¼, Karoline Kaufmann ¾, grdb. übertr. an Karoline Weber, am 4. Jän. 1918.
" " Kaiser-Ebersdorf, Drehergasse 84, K.-Nr. 373, E.-Z. 495, bish. Bes. Franz Dachl ½, grdb. übertr. an Marie Dachl ⅛, Marie Seydl ⅜, am 22. Jän. 1918.
" " Simmering, Pachmayergasse 3, K.-Nr. 465, E.-Z. 433, bish. Bes. Franz Ripbauer ¼, grdb. übertr. an Marie Ripbauer ¼, am 2. Jän. 1918.
" " Simmering, V. Landengasse 3, K.-Nr. 93 Hütte, E.-Z. 844, bish. Bes. Georg Zelzer, Elisabeth Zelzer, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 17. Jän. 1918.
" " Simmering, Schneidergasse 12, K.-Nr. 704, E.-Z. 1568, bish. Bes. Johann Kröttlinger, Aloisia Krötlinger, je ½, grdb. übertr. an Josefine Leditzky, am 3. Jän. 1918.

XII. Bez., Gaudenzdorf, Arndtstraße 74, K.-Nr. 7, E.-Z. 7, bish. Bes. Anna Donatin ½, grdb. übertr. an Franz Donatin jun. ½, am 19. Jän. 1918.
" " Gaudenzdorf, Michael Bernhard-Gasse 10, K.-Nr. 293, E.-Z. 284, bish. Bes. Leopold Goll, grdb. übertr. an Franz Nowotny, am 25. Jän. 1918.
" " Hetzendorf, Hetzendorferstraße 143, K.-Nr. 196, E.-Z. 75, bish. Bes. Robert Ditz ½, grdb. übertr. an Marie Dietz ½, am 11. Jän. 1918.
" " Hetzendorf, Am Fasangarten 33, K.-Nr. 339, E.-Z. 605, bish. Bes. Alois Buschek, Anna Buschek, je ½, grdb. übertr. an Anna Wagacs, am 28. Jän. 1918.
" " Hetzendorf, Strohberggasse 12, Belghofergasse 20, K.-Nr. 422, E.-Z. 741, bish. Bes. Josefine Fekonya, grdb. übertr. an Thaddäus Ritter v. Potocki, am 18. Jän. 1918.
" " Hetzendorf, Strohberggasse 10, K.-Nr. 423, E.-Z. 742, bish. Bes. Richard Wegerich, grdb. übertr. an Thaddäus Ritter v. Potocki, am 18. Jän. 1918.
" " Hetzendorf, Strohberggasse 8, K.-Nr. 434, E.-Z. 743, bish. Bes. Johann Kostoval, grdb. übertr. an Leopoldine Fischer, am 27. Jän. 1918.
" " Ober-Meidling, Zenogasse 8, K.-Nr. 27, E.-Z. 22, bish. Bes. Josef Lehrer, grdb. übertr. an Graf Ladislaus Zichy, Gräfin Julianne Zichy, je ½, am 3. Jän. 1918.
" " Ober-Meidling, Rotenmühlgasse 9, K.-Nr. 119, E.-Z. 179, bish. Bes. die Zentralbank der deutschen Sparkassa in Prag, grdb. übertr. an Johann Frankl, Josefine Frankl, je ½, am 6. Jän. 1918.

XII. Bez., Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 234, K.-Nr. 52, E.-Z. 52, bish. Bes. Eleonore Teply, grdb. übertr. an Alois Karl Josef Wolf, am 26. Jän. 1918.
" " Unter-Meidling, Rauchgasse 22, K.-Nr. 231, E.-Z. 231, bish. Bes. Christine Victoris ¼, grdb. übertr. an Friederike Victoris ¼, am 12. Jän. 1918.
" " Unter-Meidling, Aßmayergasse 24, K.-Nr. 255, E.-Z. 255, bish. Bes. Elisabeth Aberl 1/16, grdb. übertr. an Josef Frey 1/16, am 26. Jän. 1918.
" " Unter-Meidling, Rotenmühlgasse 65, K.-Nr. 1032, E.-Z. 770, bish. Bes. Johann Rathsam ½, grdb. übertr. an Johann Rathsam ½, am 25. Jän. 1918.
" " Unter-Meidling, Ratschkygasse 31, Singrienerstraße 25, K.-Nr. 964, E.-Z. 937, bish. Bes. Regine Deutsch, grdb. übertr. an Thomas Domnanovits, Barbara Domnanovits, je ½, am 6. Jän. 1918.

XIII. Bez., Ober-St. Veit, Mariensteig 3, K.-Nr. 340, E.-Z. 524, bish. Bes. Josef Donner, Karoline Donner, je ½, grdb. übertr. an Karl Steinert, am 16. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Sebastian Brunner-Gasse 11, K.-Nr. 411, E.-Z. 1209, bish. Bes. Marie Sohrada, grdb. übertr. an Siegmund Goldschmid, am 13. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Sebastian Brunner-Gasse 9, K.-Nr. 409, E.-Z. 1210, bish. Bes. Marie Sohrada, grdb. übertr. an Abele Goldschmid, am 13. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 136, K.-Nr. 463, E.-Z. 1443, bish. Bes. Dr. Oswald Glasauer, grdb. übertr. an Alexander Stefanovici, am 6. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Auhofstraße 119, K.-Nr. 505, E.-Z. 1472, bish. Bes. Elisabeth Gradsack, grdb. übertr. an Anna Dostalik, am 17. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 104, K.-Nr. 531, E.-Z. 1533, bish. Bes. Josefine Zimmerl, grdb. übertr. an Hubert Frey, Benigna Frey, je ½, am 5. Jän. 1918.
" " Ober-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 99, K.-Nr. 653, E.-Z. 1561, bish. Bes. Emanuel Brauner, grdb. übertr. an Max Wittmann, Fanni Wittmann, je ½, am 22. Jän. 1918.
" " Unter-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 51 a, K.-Nr. 236, E.-Z. 379, bish. Bes. Wilhelm Stern, Perla Stern, je ½, grdb. übertr. an Martha Dreßler, am 30. Jän. 1918.
" " Unter-St. Veit, Reichgasse 30, K.-Nr. 204, E.-Z. 449, bish. Bes. Karl Langer ½, grdb. übertr. an Marie Kirchthaller ½, am 17. Jän. 1918.
" " Lainz, Fasangartengasse 35, K.-Nr. 165, E.-Z. 80, bish. Bes. Paul Hobza ½, grdb. übertr. an Barbara Hobza ⅛, Elisabeth Hobza ⅜, am 23. Jän. 1918.
" " Speising, Speisingerstraße 63, K.-Nr. 54, E.-Z. 74, bish. Bes. Magdalena Haldenwang ½, grdb. übertr. an Johann Haldenwang, Magdalena Roth, je ¼, am 9. Feb. 1918.
" " Speising, Speisingerstraße 61, K.-Nr. 51, E.-Z. 75, bish. Bes. Magdalena Haldenwang ½, grdb übertr. an Johann Haldenwang, Magdalena Roth, je ¼, am 9. Feb. 1918.
" " Speising, Gallgasse 57, K.-Nr. 191, E.-Z. 361, bish. Bes. Wilhelm Peter Möbs, Anna Möbs, je ½, grdb. übertr. an Thomas Sauerstein, Magdalena Sauerstein, je ½, am 30. Jän. 1918.
" " Speising, Feldkellergasse 50, K.-Nr. 192, E.-Z. 364, bish. Bes. Karoline Steffek ¼ grdb. übertr. an Artur Dworzak ¼, am 29. Jän. 1918.
" " Breitensee, Breitenseerstraße 80, K.-Nr. 26, E.-Z. 14, bish. Bes. Johann Rand ⅜, grdb. übertr. an Erwin Tanzer ⅜, am 20. Jän. 1918.
" " Breitensee, Breitenseerstraße 80, K.-Nr. 26, E.-Z. 14, bish. Bes. Johann Kandl ⅛, Barbara Krottendorfer ⅝, Erwin Tanzer ⅜, grdb. übertr. an Karl Niemtschik, am 20. Jän. 1918.
" " Breitensee, St. Gotthardstraße 2, Steinbruchstraße 1, K.-Nr. 264, E.-Z. 31, bish. Bes. Pauline Piller, grdb. übertr. an Karl Piller, Johann Piller, je ½, am 5. Jän. 1918.
" " Breitensee, Breitenseerstraße 83, K.-Nr. 284, E.-Z. 619, bish. Bes. Anna Holzer, grdb. übertr. an Josef Becer, Berta Becer, je ½, am 27. Jän. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Draxlergasse 2, K.-Nr. 468, E.-Z. 443, bish. Bes. Richard Krisch, Anna Krisch, je ½, grdb. übertr. an Anette Gottfried, am 5. Jän. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Guldengasse 11 a, K.-Nr. 305, E.-Z. 4, bish. Bes. Alois Freiherr v. Gillern, grdb. übertr. an Abraham Lissiansky, am 19. Jän. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Hütteldorferstraße 176, K.-Nr. 159, E.-Z. 134, bish. Bes. Adolf Fischer, Barbara Fischer, je ½, grdb. übertr. an Christian Mörzinger-Cabos, am 16. Jän. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Hütteldorferstraße 221, K.-Nr. 164, E.-Z. 252, bish. Bes. Julius Felkel, Elisabeth Felkel, je ½, grdb. übertr. an Therese Edle v. Singer, am 18. Jän. 1918.

XIII. Bez., Unter-Baumgarten, Guldengasse 12, K.-Nr. 192, E.-Z. 268, bish. Bes. Johann Bichler ½, grdb. übertr. an Amalie Bichler ⅛, Elisabeth Paukerth, m. Johann Bichler, je ⅜, am 18. Jän. 1918.

" " Unter-Baumgarten, Baumgartenstraße 46, K.-Nr. 188, E.-Z. 278, bish. Bes. Theresia (Berta) Orda, grdb. übertr. an Katharina Biringer, Gustav Biringer, je ½, am 20. Jän. 1918.

" " Unter-Baumgarten, Höritzergasse 4, K.-Nr. 427, E.-Z. 540, bish. Bes. Friedrich Hauer, grdb. übertr. an Dr. Ludwig Eckstein, am 23. Jän. 1918.

" " Hietzing, Altgasse 21, K.-Nr. 45, E.-Z. 42, bish. Bes. die Firma A. Quixtner & F. Widter, grdb. übertr. an Karl Meisel, Cäzilie Brod, je ½, am 2. Jäu. 1918.

" " Hietzing, Maxingstraße 20, K.-Nr. 63, E.-Z. 60, bish. Bes. Siegfried Trebitsch ½, grdb. übertr. an Antonie Trebitsch ½, am 5. Jän. 1918.

" " Hietzing, Wattmanngasse 6, K.-Nr. 113, E.-Z. 104, bish. Bes. Wilhelm Fritz, Berta Schimkowitz, Walter Müller, Friedrich Müller, Josef Müller, Oskar Kraus, je ²/₁₂, grdb. übertr. an Daniel Baruch, am 2. Jän. 1918.

" " Hietzing, Lainzerstraße 39, K.-Nr. 166, E.-Z. 148, bish. Bes. Hans Blumauer Edler v. Montenave ⁵/₁₂, grdb. übertr. an Dr. Josef Blumauer Edlen v. Montenave ⁵/₁₂, am 15. Jän. 1918.

" " Hietzing, Hugelgasse 11, K.-Nr. 282, E.-Z. 234, bish. Bes. Franz Riedl ⅓, grdb. übertr. an Anna Riedl, Karoline Riedl, je ⅙, am 5. Jän. 1918.

" " Hietzing, Domayergasse 4, K.-Nr. 292, E.-Z. 242, bish. Bes. Johann Strehler jun., Andreas Strehler, m. Karl Strehler, m. Josef Strehler, je ¼, grdb. übertr. an Eduard Pawlata, Hermine Pawlata, je ½, am 25. Jän. 1918.

" " Hietzing, Wenzgasse 24, K.-Nr. 351, E.-Z. 297, bish. Bes. Anna Josefa Waiß, grdb. übertr. an Siegmund Sachsel, am 4. Jän. 1918.

" " Hütteldorf, Hütteldorferstraße 17, Bujattigasse 20, K.-Nr. 308, E.-Z. 479, bish. Bes. die Firma Ludwig Zatzka, Nachfolger Joh. Wolf, grdb. übertr. an Dr. Heinrich Krükl, am 24. Jän. 1918.

" " Hacking, Auhofstraße 194, K.-Nr. 41, E.-Z. 80, bish. Bes. Wenzel Frühbauer ½, grdb. übertr. an Thomas Frühbauer, Marie Morek, August Frühbauer, je ⅓, am 29. Jän. 1918.

" " Penzing, Nisselgasse 8, K.-Nr. 30, E.-Z. 61, bish. Bes. Therese Werner, Marianne Schwänzl, Rosa Dietz v. Weidenberg, Emma Nadhera, Emilie Widter, je ⅕, grdb. übertr. an Anna Schuppler, am 24. Jän. 1918.

" " Penzing, Diesterweggasse 25, K.-Nr. 97, E.-Z. 117, bish. Bes. Anna Fritz, grdb. übertr. an Katharina Josefine Lewin, am 19. Jän. 1918.

" " Penzing, Linzerstraße 57, K.-Nr. 171, E.-Z. 221, bish. Bes. Ferdinand Knobloch, grdb. übertr. an Armin Simon genannt Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je ½, am 26. Jän. 1918.

" " Penzing, Leegasse 1, Hadikgasse 142, K.-Nr. 839, E.-Z. 392, bish. Bes. Lilli Weber, grdb. übertr. an Ulrike Flemmich, am 30. Jän. 1918.

" " Penzing, Hadikgasse 126, K.-Nr. 789, E.-Z. 395, bish. Bes. Johann Scherzer, grdb. übertr. an Amalia Scherzer, am 21. Jän. 1918.

" " Penzing, Jenullgasse 16, K.-Nr. 777, E.-Z. 476, bish. Bes. Alois Wild, grdb. übertr. an Dr. Eugen Lanske, am 3. Jän. 1918.

" " Penzing, Penzingerstraße 118, K.-Nr. 747, E.-Z. 478, bish. Bes. Aloisia Schnabel, grdb. übertr. an Franz Glawatsch, Hermine Glawatsch, je ½, am 5. Jän. 1918.

" " Penzing, Hollergasse 49, K.-Nr. 240, E.-Z. 691, bish. Bes. Amalia Schipler, grdb. übertr. an Karl Knozer, am 2. Jän 1918.

" " Penzing, Schwendergasse 45, K.-Nr. 237, E.-Z. 693, bish. Bes. Leopold Reschreither, Katharina Reschreither, je ½, grdb. übertr. an Andreas Muth, Marie Muth, je ½, am 29. Jän. 1918.

" " Penzing, Hallergasse 11, K.-Nr. 401, E.-Z. 697, bish. Bes. Albertine Holik ½, grdb. übertr. an Emil Holik ½, am 19. Jän. 1918.

" " Penzing, Matznergasse 44, K.-Nr. 1009, E.-Z. 857, bish. Bes. Wilhelm v. Dietz, grdb. übertr. an Josef Pawlas, Barbara Pawlas, je ½, am 20. Jän. 1918.

" " Penzing, Reinlgasse 24, K.-Nr. 1036, E.-Z. 1120, bish. Bes. Karl Czada, grdb. übertr. an Max Waza, Emilie Waza, je ½, am 31. Jän. 1918.

" " Penzing, Matznergasse 20, K.-Nr. 964, E.-Z 1385, bish. Bes. Josef Vecer, Berta Vecer, je ½, grdb. übertr. an Franz Beinl, Elsa Beinl, je ½, am 27. Jän. 1918.

" " Penzing, Diesterweggasse 4, K.-Nr. 796, E.-Z. 1539, bish. Bes. Friedrich Gabriel Ilger, grdb. übertr. an Anna Ilger ½, Wilhelm Ilger, Paula Krzirek, Anna Rottert, je ⅙, am 17. März 1918.

XIII. Bez., Penzing, Jenullgasse 14, K.-Nr. 776, E.-Z. 1669, bish. Bes. Aloid Wild, grdb. übertr. an Eduard Draxlmayer, Elisabeth Draxlmayer, je ½, am 3. Jän. 1918.

" " Penzing, Ameisgasse 18, K.-Nr. 1030, E.-Z. 1808, bish. Bes. Casimira Helleparth Edle v. Hellnek, grdb. übertr. an Ernst Edlen v. Schuch, am 15. Jän. 1918.

" " Penzing, Wißgrillgasse 12, K.-Nr. 1127, E.-Z. 1842, bish. Bes. Wenzel Endisch, grdb. übertr. an Ferdinand Steindl, Johanna Steindl, je ½, am 20. Jän. 1918.

" " Penzing, Wißgrillgasse 10, K.-Nr. 1128, E.-Z. 1843, bish. Bes. Wenzel Endisch, grdb. übertr. an Ferdinand Steindl, Johanna Steindl, je ½, am 20. Jän. 1917.

XIV. Bez., Rudolfsheim, Dreihausgasse 27, K.-Nr. 183, E.-Z. 183, bish. Bes. Magdalena Haldenwang ½, grdb. übertr. an Johann Haldenwang, Magdalena Roth, je ¼, am 24. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Johnstraße 28, K.-Nr. 504, E.-Z. 504, bish. Bes. Marie Pröglhöf ½, grdb. übertr. an Rudolf Pröglhöf, Marie Neudeck, Therese Pröglhöf, je ⅓, am 8. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Benedikt Schellinger-Gasse 4, K.-Nr. 610, E.-Z. 587, bish. Bes. Katharina Jaksch ¹/₃₆, grdb. übertr. an Anna Jaksch, Johann Jaksch, je ¹/₇₂, am 25. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Felberstraße 62, K.-Nr. 639, E.-Z. 633, bish. Bes. Katharina Jaksch ¹/₃₆, grdb. übertr. an Anna Jaksch, Johann Jaksch, je ¹/₇₂, am 25. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Avedikstraße 25, K.-Nr. 656, E.-Z. 1126, bish. Bes. Katharina Jaksch ¹/₃₆, grdb. übertr. an Anna Jaksch, Johann Jaksch ¹/₇₂, am 25. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Jadengasse 3, K.-Nr. 783, E.-Z. 1264, bish. Bes. Aloisia Tobias, grdb. übertr. an Albert Watzek, Antonie Watzek, je ½, am 15. Jän. 1918.

" " Rudolfsheim, Kauergasse 4, K.-Nr. 794, E.-Z. 1315, bish. Bes. Ignaz Hofmann ½, grdb. übertr. an Berta Hofmann ½, am 26. Jän. 1918.

" " Sechshaus, Sechshauserstraße 21, K.-Nr. 11, E.-Z. 11, bish. Bes. Karl Biertl jun., grdb. übertr. an Aloisia Biertl, am 31. Jän. 1918.

XV. Bez., Fünfhauserstraße 13, K.-Nr. 11, E.-Z. 11, bish. Bes. Franz Hak, Henriette Hak, je ½, grdb. übertr. an Henriette Huber, am 22. Jän. 1918.

" " Herklotzgasse 22, K.-Nr. 84, E.-Z. 84, bish. Bes. Henriette Hak, grdb. übertr. an Marianne Hebelka, am 22. Jän. 1918.

" " Kranzgasse 10, K.-Nr. 103, E.-Z. 103, bish. Bes. Karl Hoppe, grdb. übertr. an Oskar Lehner, Moritz Lehner, je ½, am 12. Jän. 1918.

" " Pelzgasse 20, K.-Nr. 381, E.-Z. 381, bish. Bes. die Firma M. Gerstl & Komp., grdb. übertr. an Max Kohut, am 25. Jän. 1918.

" " Zinckgasse 21, K.-Nr. 414, E.-Z. 413, bish. Bes. Emilie Biberle ½, grdb. übertr. an Richard Biberle ½, am 16. Jän. 1918.

" " Zinckgasse 21, K.-Nr. 414, E.-Z. 413, bish. Bes. Leopoldine Belle ⅛, grdb. übertr. an Theresia Biberle ⅛, am 16. Jän. 1918.

" " Dinglstedtgasse 7, K.-Nr. 525, E.-Z. 514, bish. Bes. Karl Erlebach ¹/₂₁, grdb. übertr an Leopoldine Erlebach ¹/₂₁, am 25. Jän. 1918.

" " Dinglstedtgasse 5, K.-Nr. 526, E.-Z. 515, bish. Bes. Karl Erlebach ¹/₂₁, grdb. übertr. an Leopoldine Erlebach ¹/₂₁, am 25. Jän. 1918.

" " Mariahilfergürtel 35, K.-Nr. 546, E.-Z. 531, bish. Bes. Henriette Hack ¼, grdb. übertr. an Henriette Huber ¼, am 22. Jän. 1918.

" " Oeverseegasse 45, K.-Nr. 889, E.-Z. 936, bish. Bes. Josef Schiltha, Magdalena Schiltha, grdb. übertr. an Franz Schippani, Marie Schippani, je ½, am 31. Jän. 1918.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 22, K.-Nr. 148, E.-Z. 18, bish. Bes. Emma Guth, grdb. übertr. an Friedrich Mencik, am 31. Jän. 1918.

" " Neulerchenfeld, Neumayrgasse 22, K.-Nr. 473, E.-Z. 99, bish. Bes. Marie Berndorfer, grdb. übertr. an Karl Wallig ½, Franz Lichtenstöger, Karoline Lichtenstöger, je ¼, am 7. Jän. 1918.

" " Neulerchenfeld, Hasnerstraße 32, K.-Nr. 500, E.-Z. 132, bish. Bes. Alois Silberbauer, Marie Silberbauer, je ½, grdb. übertr. an Franz Zechmeister, Karoline Zechmeister, je ½, am 4. Jän. 1918.

" " Neulerchenfeld, Hasnerstraße 19, K.-Nr. 228, E.-Z. 175, bish. Bes. Michael Deuerling, Kunigunde Bandera, je ½, grdb. übertr. an Alois Starek, Karoline Starek, je ½, am 4. Jän. 1918.

" " Neulerchenfeld, Gablenzgasse 4, K.-Nr. 335, E.-Z. 426, bish. Bes Paul Horasta, Marie Horasta, je ½, grdb. übertr. an den Verein zur Errichtung und Erhaltung der „Ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt", Zentral-Verein für Volksernährung Wien, I. Postgasse 13, am 14. Jän. 1918.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, Koflergasse 1, K.-Nr. 340, E.-Z. 416, bish. Bes. Rudolf Thurner 1568/30000, grdb. übertr. an Karl Thurner, Max Thurner, je 784/30000, am 29. Jän. 1918.

" " Neulerchenfeld, Koppstraße 37, K.-Nr. 706, E.-Z. 805, bish. Bes. Johanna Hamernik ½, Josef Hamernik, Anna Hamernik, je ¼, grdb. übertr. an Josef Dostal, Marie Dostal, Marie Dostal, Josefa Dostal, je ¼, am 31. Jän. 1918.

" " Ottakring, Ottakringerstraße 185, K.-Nr. 51, E.-Z. 43, bish. Bes. Josefa Bayer, grdb. übertr. an Hans Noha, Eva Noha, je ½, am 30. Jän. 1918.

" " Ottakring, Gallitzinstraße 3, K.-Nr. 1508, E.-Z. 48, bish. Bes. Wilhelm Kubic, Hildegarde Kubic, je ½, grdb. übertr. an Josefine Lichtenecker, am 24. Jän. 1918.

" " Ottakring, Ottakringerstraße 183, K.-Nr. 50, E.-Z. 55, bish. Bes. Josefa Bayer, grdb. übertr. an Hans Noha, Eva Noha, je ½, am 30. Jän. 1918.

" " Ottakring, Ottakringerstraße 145, K.-Nr. 390, E.-Z. 132, bish. Bes. Karl Kroismayer, grdb. übertr. an Therese Kroismayer 24/12, Karl Kroismayer, Therese Wolf je 3/20, Josef Kroismayer, Katharina Kroismayer, Barbara Kroismayer je 3/20, am 11. Jän. 1918.

" " Ottakring, Speckbachergasse 31, K.-Nr. 761, E.-Z. 310, bish. Bes. Franz Schärf, Johann Schärf je ½, grdb. übertr. an Ludwig Reinhart, Rosalia Reinhart je ½, am 22. Jän. 1918.

" " Ottakring, Wilhelminenstraße 120, K.-Nr. 583, E.-Z. 417, bish. Bes. Franz Bieregger, grdb. übertr. an Karl Leutner, Karoline Leutner je ½, am 16. Jän. 1918.

" " Ottakring, Wilhelminenstraße 60, K.-Nr. 622, E.-Z. 459, bish. Bes. Johanna Popp, Leopoldine Popp je ½, grdb. übertr. an Alfred Teumer, Frieda Teumer je ½, am 9. Jän. 1918.

" " Ottakring, Reichardgasse 17, K.-Nr. 161, E.-Z. 898, bish. Bes. Pauline Marian, grdb. übertr. an Franz Meixner am 11. Jän. 1918.

" " Ottakring, Reinhartgasse 21, K.-Nr. 130, E.-Z. 903, bish. Bes. Alexander Purscht, grdb. übertr. an Johann Haydn, Anna Haydn je ½, am 8. Jän. 1918.

" " Ottakring, Bachgasse 23, K.-Nr. 841, E.-Z. 1008, bish. Bes. Marie Weinisch ½, m. Johann Weinisch, m. Karl Weinisch, m. Rudolf Weinisch, m. Josef Weinisch, m. Anna Weinisch, je 1/10, grdb. übertr. an Anton Kuba, Aurelia Kuba, je ½, am 7. Jän. 1918.

" " Ottakring, Speckbachergasse 23, K.-Nr. 1042, E.-Z. 1139, bish. Bes. Viktoria Paulus ¼, grdb. übertr. an Marie Paulus ¼, am 22. Jän. 1918.

" " Ottakring, Weyprechtgasse 10, K.-Nr. 733, E.-Z. 1283, bish. Bes. Heinrich Parkus, Julianna Parkus je ½, grdb. übertr. an Josef Parkus, Karl Parkus je ½, am 5. Jän. 1918.

" " Ottakring, Weyprechtgasse 10, K.-Nr. 733, E.-Z. 1284, bish. Bes. Heinrich Parkus, Julianna Parkus je ½, grdb. übertr. an Josef Parkus, Karl Parkus, je ½, am 5. Jän. 1918.

" " Ottakring, Lindauergasse 34, K.-Z. 303, E.-Z. 1298, bish. Bes. Anton Fucek, grdb. übertr. an Johann Köck, Marie Köck, je ½, am 3. Jän. 1918.

" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 43, K.-Nr. 176, E.-Z. 1327, bish. Bes. Aloisia Basilides ½, grdb. übertr. an Ferdinand Basilides ½, am 19. Jän. 1918.

" " Ottakring, Blumberrggasse 24, K.-Nr. 442, E.-Z. 1440, bish. Bes. Moritz Metzl, Pauline Metzl, je ½, grdb. übertr. an Isidor Hahn, Olga Hahn je ½, am 29. Jän. 1918.

" " Ottakring, Wilhelminengasse 203, K.-Nr. 1501, E.-Z. 1577, bish. Bes. Leopold Heimberger ½, Marie Heimberger ½, am 29. Jän. 1918.

" " Ottakring, Arnethgasse 50, K.-Nr. 1195, E.-Z. 1938, bish. Bes. Paul Paumgartner, Marie Paumgartner, Katharina Paumgartner, Franz Paumgartner je ¼, grdb. übertr. an Karl Glaßl, Josef Glaßl je ½, am 30. Jän. 1918.

" " Ottakring, Habichergasse 47, K.-Nr. 1069, E.-Z. 2536, bish. Bes. Josef Hahrer, Gustav Hahrer, Matthias Hahrer, Anna Kriebler je ¼, grdb. übertr. an Emanuel Langer, Aloisia Langer je ½, am 14. Jän. 1918.

" " Ottakring, Ganglbauergasse 23, K.-Nr. 1366, E.-Z. 2580, bish. Bes. Katharina Mrkawek, grdb. übertr. an Alfred Reach, am 8. Jän. 1918.

" " Ottakring, Heindlgasse 6, K.-Nr. 2161, E.-Z. 3103, bish. Bes. Wenzel Wanicek, Albertine Wanicek je ½, grdb. übertr. an Michael Mosberg, Rosalia Mosberg, je ¼, am 19. Jän. 1918.

" " Ottakring, Bachgasse 42, K.-Nr. 1663, E.-Z. 3186, bish. Bes. Aloisia Basilides ½, grdb. übertr. an Marie Hinteregger ½, am 19. Jän. 1918.

" " Ottakring, Heigerleingasse 26, K.-Nr. 2074, E.-Z. 2237, bish. Bes. Simon Knöpfelmacher, Anna Knöpfelmacher, je ½, grdb. übertr. an Josef Franz Eckerle, Leopoldine Eckerle, je ½, am 4. Jän. 1918.

XVII. Bez., Dornbach, Alsgasse 6, K.-Z. 326, E.-Z. 3, bish. Bes. Alfred Flatter, grdb. übertr. an Franziska Wodwaschka, am 25. Jän. 1918.

XVII. Bez., Dornbach, Dornbacherstraße 12, K.-Nr. 172, E.-Z. 251, bish. Bes. Vinzenz Bielohlawek, grdb. übertr. an Alfred Flatter, am 23. Jän. 1918.

" " Dornbach, Andergasse 30, Pointengasse 17, K.-Nr. 133, E.-Z. 316, bish. Bes. Marie Schwarzenbrunner, Karl Schwarzenbrunner je ⅓, Marie Schwarzenbrunner, Karl Schwarzenbrunner je ⅙, grdb. übertr. an Eugen Waniek, Hans Spielauer, je ½, am 16. Jän. 1918.

" " Dornbach, Heuberggasse 14, K.-Nr. 301, E.-Z. 636, bish. Bes. Adolf Falkenstein, grdb. übertr. an Hugo Falkenstein, Nelly Falkenstein je ½, am 14. Jän. 1918.

" " Dornbach, Dornbacherstraße 120, K.-Nr. 377, E.-Z. 844, bish. Bes. Leopold Richmann, Crescentia Richmann je ½, grdb. übertr. an Josef Schatzinger, Karoline Schatzinger, je ½, am 11. Jän. 1918.

" " Dornbach, Andergasse 11, K.-Nr. 475, E.-Z. 1214, bish. Bes. Ernst Münch, grdb. übertr. an Richard Löwy, Elsa Löwy, je ½, am 18. Jän. 1918.

" " Hernals, Veronikagasse 26, K.-Nr. 419, E.-Z. 228, bish. Bes. Erste Wiener Walzmühle Bonviller & Ko., grdb. übertr. an Bernhard Teller, am 13. Jän. 1918.

" " Hernals, Veronikagasse 37, K.-Nr. 382, E.-Z. 247, bish. Bes. Hedwig Fogowitz, grdb. übertr. an Aloisia Tobias, am 27. Jän. 1918.

" " Hernals, Veronikagasse 31, K.-Nr. 260, E.-Z. 251, bish. Bes. Franz Baumann, Theresia Borschke, je 1/9, grdb. übertr. an Rudolf Baumann 2/9, am 4. Jän. 1918.

" " Hernals, Veronikagasse 31, K.-Nr. 260, E.-Z. 251, bish. Bes. Rosalia Kapsammer 1/9, grdb. übertr. an Karl Baumann 1/9, am 4. Jän. 1918.

" " Hernals, Veronikagasse 31, K.-Nr. 260, E.-Z. 251, bish. Bes. Karoline Borschke 1/9, grdb. übertr. an Eduard Baumann 1/9, am 4. Jän. 1918.

" " Hernals, Blumengasse 25, K.-Nr. 1064, E.-Z. 348, bish. Bes. Helene Fuß 1/12, grdb. übertr. an Johann Groß sen. 1/12, am 15. Jän. 1918.

" " Hernals, Gilmgasse 14, K.-Nr. 1162, E.-Z. 466, bish. Bes. Eduard Gundl, grdb. übertr. an Richard Neßhyba, am 19. Jän. 1918.

" " Hernals, Weißgasse 15, K.-Nr. 180, E.-Z. 547, bish. Bes. Josef Kokinek 83/240, grdb. übertr. an Heinrich Kokinek 83/240, am 30. Jän. 1918.

" " Hernals, Weidmanngasse 5, Beheimgasse 59, K.-Nr. 828, E.-Z. 750, bish. Bes. Flora Beer, Jenny Beer, Klara Beer, je ½, grdb. übertr. an Eduard Lutz, Julie Lutz, je ½, am 13. Jän. 1918.

" " Hernals, Leitermayergasse 10, K.-Nr. 623, E.-Z. 877, bish. Bes. Katharina Lukasch, grdb. übertr. an Karl Pritz, Henriette Pritz, je ½, am 8. Jän. 1918.

" " Hernals, Mariengasse 31, K.-Nr. 1525, E.-Z. 1273, bish. Bes. Eduard Hellmich, Eleonore Hellmich, je ½, grdb. übertr. an Georg Bachheimer, Rosalia Bachheimer, Rose Bachheimer, je ½, am 25. Jän. 1918.

" " Hernals, Römergasse 79, K.-Nr. 1451, E.-Z. 1749, bish. Bes. Ida Beer, grdb. übertr. an Eduard Engelmayer, Anna Engelmayer, je ½, am 21. Jän. 1918.

" " Hernals, Wattgasse 67, K.-Nr. 1570, E.-Z. 1849, bish. Bes. Josef Kalas, Susanna Kalas, je ½, grdb. übertr. an Alois Oehler, Veronika Oehler, Franz Oehler, Alodia Oehler, je ¼, am 24. Jän. 1918.

" " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 57, K.-Nr. 71, E.-Z. 13, bish. Bes. Erlaucht Erich und Robert Altgrafen zu Salm-Reifferscheidt, je ½, grdb. übertr. an Graf Paul Almasy, Gräfin Marie Almasy, je ½, am 10. Jän. 1918.

XVIII. Bez., Gersthof, Ferrogasse 18, K.-Nr. 571, E.-Z. 164, bish. Bes. Cirillo Paganini, grdb. übertr. an Rosa Silberstein, Regine Kornblum, je ½, am 9. Jän. 1918.

" " Gersthof, Herbeckstraße 46, K.-Nr. 121, E.-Z. 483, bish. Bes. Alois Ottinger, grdb. übertr an Rudolf Kammerhofer, Therese Kammerhofer, je ½, am 26. Jän. 1918.

" " Gersthof, Schindlergasse 43, K.-Nr. 375, E.-Z. 726, bish. Bes. Louise Hauser, grdb. übertr. an Marie Exel, am 8. Jän. 1918.

" " Gersthof, Walrießstraße 85, K.-Nr. 580, E.-Z. 1029, bish. Bes. Eva Lojda, grdb. übertr. an Ferdinand Kernthaler, Sofie Kernthaler, je ½, am 14. Jän. 1918.

" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 3, K.-Nr. 118, E.-Z. 297, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

" " Pötzleinsdorf, Bastiengasse 79, Scheibenbergstraße 35, K.-Nr. 309, E.-Z. 659, bish. Bes. Dr. Paul Prybila, grdb. übertr. an Leon Pinto Remardo, am 7. Jän. 1918.

" " Salmannsdorf, Hameaustraße 31, K.-Nr. 44, E.-Z. 98, bish. Bes. Berta Hölzl, Berta Hölzl jun., je ½, grdb. übertr. an Elisabeth Amberger, Aloisia Lehner, je ½, am 12. Jän. 1918.

XVIII. Bez., Weinhaus, Lacknergasse 91, Währingerstraße 157/159, K.-Nr. 33, E.-Z. 14, bish. Bes. Johann Mehler, grdb. übertr. an Siegmund J. Stern, am 8. Jän. 1918.

" " Weinhaus, Paulinengasse 16, K.-Nr. 76, E.-Z. 98, bish. Bes. Wenzel Frühbauer, grdb. übertr. an Marie Marek, August Frühbauer, je ½, am 29. Jän. 1918.

" " Währing, Karl Ludwig-Straße 25, K.-Nr. 798, E.-Z. 282, bish. Bes. Emilie Littmann, grdb. übertr. an m. Karl Littmann, m. Emilie Littmann, je ½, am 12. Jän. 1918.

" " Währing, Theresiengasse 3, K.-Nr. 570, E.-Z. 452, bish. Bes. Bruno Bartelt, Marie Bartelt, je ½, grdb. übertr. an Albert Karl Trupp, Fanni Trupp, Paul Kaltschmid, Margarete Kaltschmid, je ¼, am 8. Jän. 1918.

" " Währing, Schumanngasse 33, K.-Nr. 636, E.-Z. 675, bish. Bes. Josef Glatt, Josefa Glatt, je ½, grdb. übertr. an die Firma Kraus & Naimer, am 31. Jän. 1918.

" " Währing, Antonigasse 11, K.-Nr. 233, E.-Z. 682, bish. Bes. Josef Dimter ½, grdb. übertr. an Wilhelm Prager, Franziska Prager, je ¼, am 31. Jän. 1918.

" " Währing, Schulgasse 61, K.-Nr. 934, E.-Z. 800, bish. Bes. Franz Kothmayer, Katharina Kothmayer, je ½, grdb. übertr. an Josef Diner, Josefine Diner, je ½, am 9. Jän. 1918.

" " Währing, Antonigasse 40, K.-Nr. 372, E.-Z. 1035, bish. Bes. Leopold Karl, Mathilde Karl, je ½, grdb. übertr. an Karl Papirnik, Katharina Hrusa, je ½, am 9. Jänn. 1918.

" " Währing, Antonigasse 86, K.-Nr. 822, E.-Z. 1056, bish. Bes. Adele Lewie, grdb. übertr. an Johann Bozala, Josefine Bazala, je ½, am 12. Jän. 1918.

" " Währing, Gersthoferstraße 104, K.-Nr. 222, E.-Z. 1108, bish. Bes. Karl Beyr, grdb. übertr. an Stephanie Berbalk, am 14. Jän. 1918.

" " Währing, Dittesgasse 10, Hofstattgasse 16, K.-Nr. 1489, E.-Z. 1912, bish. Bes. Emanuel Deutsch, grdb. übertr. an Siegmund J. Stern, am 18. Jän. 1918.

" " Währing, Hofstattgasse 23, K.-Nr. 1555, E.-Z. 1976, bish. Bes. Bernhard Aron, Marzella Aron, je ½, grdb. übertr. an Juda Banda, am 23. Jän. 1918.

" " Währing, Schulgasse 74, K.-Nr. 1504, E.-Z. 1981, bish. Bes. Paul Türk, grdb. übertr. an Johann Heymann, Marie Heymann, je ½, am 10. Jän. 1918.

" " Währing, Gentzgasse 61, K.-Nr. 82, E.-Z. 2115, bish. Bes. Rudolf Horn, Josef Horn, Magdalene Horn, Franziska Pluhar, grdb. übertr. an Marie Papazian, am 22. Jän. 1918.

" " Währing Hasenauerstraße 55, K.-Nr. 1670, E.-Z. 2311, bish. Bes. Viktoria Lazarich, geb. Lillin, grdb. übertr. an Ferdinand Artmann, am 27. Jän. 1918.

XIX. Bez., Ober-Döbling, Hardtgasse 17, Kreindlgasse 1, K.-Nr. 79, E.-Z. 45, bish. Bes. Johann Franz Wrana ½, grdb. übertr. an Franz Wrana ½, am 22. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße 55, K.-Nr. 96, E.-Z. 93, bish. Bes. Marie Hochstöger, Lia Poduschka, Alfred Kreindl, Viktor Kreindl, grdb. übertr. an den Oesterreichischen Verein zur Errichtung und Erhaltung eines Konviktes für bulgarische Studierende in Wien, am 28. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Krottenbachgasse 34, K.-Nr. 340, E.-Z. 331, bish. Bes. Johann Horth, Emilie Horth, je ½, grdb. übertr. an Josef Krautstoß, Franziska Krautstoß, je ½, am 8. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Pyrkergasse 19, K.-Nr. 138, E.-Z. 391, bish. Bes. Milada Springer, Marie Springer, Berta Springer, je ⅓, grdb. übertr. an Selma Frankfurter, am 5. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Pokornygasse 12, K.-Nr. 228, E.-Z. 416, bish. Bes. Ludwig Mayer ½, grdb. übertr. an Anna Mayer ½, am 9. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Pantzergasse 2, K.-Nr. 576, E.-Z. 626, bish. Bes. Dr. Friedrich Schönhof, grdb. übertr. an Dr. Josef Schnabl, Dr. Otto Bleier, je ½, am 23. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Glatzgasse 9, Liechtenwerderplatz 3, K.-Nr. 829, E.-Z. 1310, bish. Bes. Hedwig v. Pollack-Khumberg, grdb. übertr. an Friedrich Fluß, Ida Fluß, je ½, am 22. Jän. 1918.

" " Ober-Döblig, Peter Jordan-Straße 66, K.-Nr. 911, E.-Z. 1410, bish. Bes. Hans Schredt, grdb. übertr. an Samuel Salomon Birnbaum, am 16. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, Budinskygasse 4, Seileräckergasse 13, K.-Nr. 1010, E.-Z. 1695, bish. Bes. Hugo Urbanek, grdb. übertr. an m. Georg Pollak, am 19. Jän. 1918.

" " Ober-Döbling, An der Krottenbachstraße 7, K.-Nr. 1023, E.-Z. 1715, bish. Bes. Theodor Schreiner, Anne Schreiner, je ½, grdb. übertr. an Hugo Schwarz, Laura Schwarz, je ½, am 30. Jän. 1918.

" " Unter-Döbling, Iglaseegasse 28, K.-Nr. 131, E.-Z. 2, bish. Bes. Rosa Raab ½, grdb. übertr. an Alexander Zwetkoff ½, am 22. Jän. 1918.

XIX. Bez., Unter-Döbling, Iglaseegasse 30, K.-Nr. 124, E.-Z. 17, bish. Bes. Therese Papousek, grdb. übertr. an Felix Lederer, Wilhelm Schloß, je ½, am 19. Jän. 1918.

" " Unter-Döbling, Rudolfinergasse 9, K.-Nr. 7, E.-Z. 36, bish. Bes. Ferdinand Fenz ⅙, grdb. übertr. an den Rudolfine Verein zur Erbauung und Erhaltung eines Pavillonkrankenhauses behufs Heranbildung von Pflegerinnen für Kranke und Verwundete ⅙, am 14. Jän. 1918.

" " Unter-Döbling, Ruthgasse 5, K.-Nr. 78, E.-Z. 118, bish. Bes. Johann Priborsky, Leopoldine Novak, je ½, grdb. übertr. an den Kreditverein für den XIX. Bezirk r. G. m. b. H., am 25. Jän. 1918.

" " Unter-Döbling, Pfarrwiesengasse 13, K.-Nr. 204, E.-Z. 270, bish. Bes. Dr. Moritz Friedrich Krips, grdb. übertr. an Dr. Moritz Bergel, am 31. Jän. 1918.

" " Unter-Döbling, Huleschgasse 1, K.-Nr. 222, E.-Z. 349, bish. Bes. Stella Schwarz, grdb. übertr. an Adolf Sonnenschein, am 12. Jän. 1918.

" " Grinzing, Kobenzlgasse 10, K.-Nr. 64, E.-Z. 76, bish. Bes. Julie v. Kogerer, grdb. übertr. an Oskar Glück, am 3. Jän. 1918.

" " Grinzing, Langackergasse 7, K.-Nr. 167, E.-Z. 299, bish. Bes. Magdalena Wohlfahrt, grdb. übertr. an Wilhelm Lux, am 5. Jän. 1918.

" " Heiligenstadt, Barawitzkagasse 26, K.-Nr. 277, E.-Z. 15, bish. Bes. Franz Pschierer, grdb. übertr. an Luise Ehrenhaft, am 23. Jän. 1918.

" " Heiligenstadt, Barawitzkagasse 9, K.-Nr. 354, E.-Z. 547, bish. Bes. Fanny Güttler ½, grdb. übertr. an Josef Heissig, Marie Heissig, je ¼, am 29. Jän. 1918.

" " Heiligenstadt, Grinzingerstraße 57, K.-Nr. 329, E.-Z. 658, bish. Bes. Franz Krasny, grdb. übertr. an Oskar Hofmann, am 19. Jän. 1918.

" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 251, K.-Nr. 25, E.-Z. 51, bish. Bes. Josef Schwach, Anna Schwach, je ½, grdb. übertr. an Josef Buchner, Anna Buchner, je ½, am 14. Jän. 1918.

" " Unter-Sievering, Goltzgasse 9, Sieveringerstraße 61, K.-Nr. 261, E.-Z. 74, bish. Bes. Dr. Johann Kovar, Marie Kovar, Philipp Maslan, Franziska Maslan, je ¼, grdb. übertr. an Garabed Bohdjalian.

" " Unter-Sievering, Goltzgasse, K.-Nr. 273, E.-Z. 726, bish. Bes. Augustine Langer, grdb. übertr. an Mizzi Bohdjalian, am 31. Jän. 1918.

" " Unter-Sievering, Goltzgasse 10, Sieveringerstraße 59, K.-Nr. 260, E.-Z. 730, bish. Bes. Dr. Johann Kovar, Marie Kovar, Philipp Maslan, Franziska Kovar, je ¼, grdb. übertr. an Garabed Bohdjalian.

" " Unter-Sievering, Goltzgasse 6, K.-Nr. 290, E.-Z. 852, bish. Bes. Anton Grötzer, Katharina Grötzer, je ½, grdb. übertr. an Josef Pravda, am 4. Jän. 1918.

XX. Bez., Bäuerlegasse 36, E.-Z. 101, bish. Bes. Karl Sebera 12/108, grdb. übertr. an Hermine Brunnbauer 12/108, am 20. Jän. 1918.

" " Stromstraße 65, E.-Z. 2009, bish. Bes. Magdalena Fieselmann, grdb. übertr. an Franz Beinl, Elsa, je ½, am 8. Jän. 1918.

" " Stromstraße 67, E.-Z. 2010, bish. Bes. Rudolf Reh, Agnes Putzler, je ½, grdb. übertr. an Elise Fröhlich, am 9. Jän. 1918.

" " Bäuerlegasse 20, E.-Z. 3892, bish. Bes. Siegmund Barber, grdb. übertr. an Isidor Kalmann, Else Kalmann, je ½, am 1. Jän. 1918.

" " Dresdnerstraße 114, E.-Z. 4189, bish. Bes. Adele Haim, grdb. übertr. an Josef Meyer, Anna Meyer, je ½, am 2. Jän. 1918.

XXI. Bez., Aspern, Langobardengasse sine, K.-Nr. 224, 225, E.-Z. 295, bish. Bes. Dr. Bertold Krasa 7/26, Dr. Franz Krasa, m. Otto Krasa, m. Stephan Krasa 3/26, grdb. übertr. an Franz Merschl, Franziska Merschl, je ½, am 16. Jän. 1918.

" " Aspern, Groß-Enzersdorferstraße 40, K.-Nr. 227, E.-Z. 331, bish. Bes. m. Marie Radkowetz, grdb. übertr. an Karl Herz, Anna Herz, je ½, am 30. Jän. 1918.

" " Donau, Theodor Körner-Gasse 30, K.-Nr. 908 Floridsdorf E.-Z. 188, bish. Bes. Alexander Geyschläger ½, grdb. übertr an Elisabeth ⅓, Elisabeth Riegler ⅔, am 19. Jän. 1918.

" " Donaufeld, Schenkendorfgasse 82, K.-Nr. 714, Floridsdorf, E.-Z. 466, bish. Bes. Karl Landauer, grdb. übertr. an Karl Landauer, am 17. Jän. 1918.

" " Donaufeld, Ostmarkgasse 26, K.-Nr. 659 Floridsdrf, E.-Z. 674, bish. Bes. Max Neumann, grdb. übertr. an Philipp Duldner, Karoline Duldner, je ½, am 9. Jän. 1918.

" " Donaufeld, Ostmarkgasse 28, K.-Nr. 658 Floridsdorf, E.-Z. 675, bish. Bes. Max Neumann, grdb. übertr. an Philipp Duldner, Karoline Duldner, je ½, am 9. Jän. 1918.

" " Donaufeld, Kaiserin Elisabeth-Straße 30, K.-Nr. 674, E.-Z. 684, bish. Bes. Johann Georg Hörner ½, grdb. übertr. an Margarete Treibl ½, am 25. Jän. 1918.

XXI Bez., Donaufeld, Theodor Körner-Gasse 32, K.-Nr. 1328 Floridsdorf, E.-Z. 800, bish. Bes. Wenzel Cech, Josefa Cech, je ½, grdb. übertr. an Ludwig Lambert, Marie Lambert, je ½, am 12. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, Brünnerstraße 10, K.-Nr. 503 Floridsdorf, E.-Z 4, bish. Bes. Franz Ziegler 24/96, grdb. übertr. an Ernestine Ziegler 8/96, m. Hedwig Ziegler 16/96, am 8. Jän. 1918.

„ „ Hirschstetten, Wurmbrandgasse 17, K.-Nr. 178, E.-Z. 289, bish. Bes. Albert Hahn, Barbara Hahn, je ½, grdb. übertr. an die A. E. G. Union Elelektrizitäts-Gesellschaft, am 9. Jän. 1918.

„ „ Groß-Jedlersdorf II, Praaerstraße 66, K.-Nr. 317 Floridsdorf, E.-Z. 156, bish. Bes. Josef Engelmeier, Josefine Engelmeier, je ½, grdb. übertr. an Josef Eduard Fleck, Katharine Fleck, je ½, am 5. Jän. 1918.

„ „ Kagran, Schrickgasse 4, K.-Nr. 322, E.-Z. 742, bish. Bes. Vinzenz Oppel ½, grdb. übertr. an Emilie Oppel ½, am 1. Jän. 1918

„ „ Kagran, Rugierstraße sine, K.-Nr. 354, E.-Z. 778, bish. Bes. Josef Hopf, Anna Hopf, je ½, grdb. übertr. an Josef Schiffer, Josefine Schiffer, je ½, am 14. Jän. 1918.

„ „ Stadlau, Eduard Fischer-Gasse sine, K.-Nr. 171, E.-Z. 172, bish. Bes. Johann Muhr, grdb. übertr. an Franziska Muhr ¼, Franziska Krasnicka ¾, am 21. Jän. 1918.

---

# Baustellen-Verkehr in Wien.

## Vom 1. bis 31. Jänner 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

Landtafel, Parz. 38/4 als Garten der Katastralgemeinde Nußdorf in das öffentliche Gut übertragen, Einl.-Z. 630, bisheriger Besitzerin das Stift Klosterneuburg, grundbücherlich übertragen an die Gemeinde Wien, am 12. Dezember 1917.

III. Bez., P. 742/2 Baust. in die neue E.-Z. 3858 übertragen, E.-Z. 900, bish. Bes. Josef Plaschkowitz, grdb. übertr. an Gustav Frankl, am 18. Jän. 1918.

„ „ P. 742/3 Baust. in die neue E.-Z. 3850 übertragen, E.-Z. 900, bish. Bes. Josef Plaschkowitz, grdb. übertr. an Gustav Frankl, am 18. Jän. 1918.

„ „ P. 742/4 Straßengrund, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 900, bish. Bes. Josef Plaschkowitz, grdb. übertr. an Gustav Frankl, am 18. Jän. 1918.

„ „ P. 742/5, 742/6 Straßengrund in die E.-Z. 3532 übertragen, E.-Z. 900, bish. Bes. Josef Plaschkowitz, grdb. übertr. an Gustav Frankl, am 18. Jän. 1918.

„ „ P. 893/2, 892/2 in E.-Z. 1447 übertragen und P. 893/2 mit P. 894 und mit 895 vereint, E.-Z. 1449, bish. Bes. Marie Thorsch, grdb. übertr. an Franz Mang, am 14. Jän. 1918.

„ „ P. 893/3 als Straßengrund in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 1449, bish. Bes Marie Thorsch, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Jän. 1918.

„ „ P. 737/1 Bauarea, Baust. I, P. 736, 735, 735, 735/3 Gärten, E.-Z. 3854, bish. Bes. Ignaz Frankl, Dr. Paul Frankl, je ⅛, grdb. übertr. an Felix Frankl ¾, am 18. Jän. 1918.

X. Bez., Favoriten, P. 1888/43 Bauarea, E.-Z. 2384, bish. Bes. August Filzhammer, grdb. übertr. an Ernst Hoffmann, Berta Hoffmann, je ½, am 5. Jän. 1918.

„ „ Favoriten, P. 1423/2 Baust. Aecker, E.-Z. 2508, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m. b. H., grdb. übertr. an Anton Grojer, Josefine Grojer, je ½, am 30. Jän. 1918.

„ „ Favoriten, Parz. Teile vom öffentlichen Gut hieher übertragen und mit P. 201/3 Garten vereint, E.-Z. 3252, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Jakob Straßberg, Amalie Straßberg, je ½, am 10. Jän 1918.

„ „ Favoriten, P. 201/3 Garten, E.-Z. 3252, bish. Bes. Jakob Schya Straßberg, Amalie Straßberg, je ½, grdb. übertr. an die prot. Firma Emanuel Pollak & Sohn, am 25. Jän. 1918.

„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 849/28 Area vom öffentlichen Gut hierher übertragen, E.-Z. 187, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an die Firma Wiener Karosserie- und Flugzeugfabrik W. v. Gutmann, am 22. Jän. 1917.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1561 Acker, E.-Z. 47, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1547, 1696, 1710 Aecker, E.-Z. 114, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

X. Bez., Oberlaa-Stadt, P. 1758 Acker, E.-Z. 156, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1559 Weingarten, E.-Z. 426, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1546 Acker, E.-Z. 428, bish. Bes. Michael Kopf, grdb. übertr. an Josefa Kopf, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1723 Acker, E.-Z. 523, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1713/2 Acker, E.-Z. 524, bish. Bes. Michael Kopf ½, grdb. übertr. an Josefa Kopf ½, am 19. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1246, Acker, E.-Z. 92, bish. Bes. Karl Ullrich, grdb. übertr. an Rosa Bergmann, Emilie Ullrich, Stephanie Ullrich, Adele Ullrich, je ¼, am 30. Jän. 1918.

„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1247 Acker, E.-Z. 308, bish. Bes. Karl Ullrich, grdb. übertr. an Rosa Bergmann, Emilie Ullrich, Stepanie Ullrich, Adele Ullrich, je ¼, am 30. Jän. 1918.

XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf P. 1329/1, 1329/2 Aecker, in die neue E.-Z. 874 übertragen, E.-Z. 68, bish. Bes. Karl Kaufmann ¼, Karoline Kaufmann ¾, grdb. übertr. an Karoline Weber, am 4. Jän. 1918.

„ „ Simmering, P. 573 Acker, in die E.-Z. 568 übertragen, E.-Z. 102, bish. Bes. Franz Zimmer, grdb. übertr. an den Wiener Bürgerspitalfond, am 17. Jän. 1918.

„ „ Simmering, P. 571 Acker, E.-Z. 567, bish. Bes. Franz Zimmer, Marie Toscano del Banner, je ½, grdb. übertr. an den Wiener Bürgerspitalfond, am 17. Jän. 1918.

„ „ Simmering, P. 1544 Garten, E.-Z. 976, bish. Bes. Jakob Bürger ½, grdb. übertr. an Marie Bürger ⅛, Rudolf Bürger, Friedrich Bürger, Anna Kadlet, Marie Heinz, je 3/32, am 17. Jän. 1918.

„ „ Simmering, P. 1010 Garten, E.-Z. 2199, bish. Bes. Johanna Toscano d l Banner 220/1200, grdb. übertr. an Leopoldine Toscano del Banner 220/1200, am 19. Jän. 1918.

XII. Bez., Altmannsdorf, P. 372/3 u. 372/4, Baust. 3 u. 4, in die neue E.-Z. 856 übertragen, E. Z 346, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m. b. H., grdb. übertr. an Friedrich August Dreibholz, Emma Dreibholz, je ½, am 5. Jän. 1918.

„ „ Hetzendorf, P. 425/8, Baust. I, E.-Z. 503, bish. Bes. Viktor Ladislaus Schmidt ½, grdb. übertr. an Henriette Höfinger ½, am 24 Jän. 19 8.

„ „ Hetzendorf, P. 425/9, Baust. II, E.-Z. 504, bish. Bes. Viktor Ladislaus Schmidt ½, grdb. übertr. an Henriette H finger ½, am 24. Jän. 1918.

XIII. Bez., Ober-St. Veit, P. 836/3 Bauplatz, E.-Z. 602, bish. Bes. Josef Schneider, grdb. übertr. an Anna Marie Schneider, am 8. Jän. 1918.

„ „ Ober-St. Veit, P. 836/4 Bauplatz, E.-Z. 603, bish Bes. Josef Schneider, grdb. übertr. an Anna Marie Schneider, am 8. Jän. 1918.

„ „ Ober-St. Veit, P. 836/8 Bauplatz, E.-Z. 607, bish. Bes. Josef Schneider, grdb. übertr. an Anna Marie Schneider, am 8. Jän. 1918.

„ „ Ober-St. Veit, P 838/3 Bauplatz, E.-Z. 616, bish. Bes. Ernst Viefer, grdb. übertr. an Johann Hamscher, am 19. Jän. 1918.

„ „ Ober-St. Veit, P. 878/16 Bauplatz, E.-Z. 740, bish. Bes. Mathilde Kapp 8/21, grdb. übertr. an Mathilde Zederbauer, Rosa Decker, Sophie Kapp, Paula Bydra, Hermine Kapp, Karl Kapp. je 8/126, am 8. Jän. 1918.

„ „ Ober-St. Veit, P. 1247/9, Baust. 6, in die neue E.-Z. 1752 übertragen, E.-Z. 1037, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Hubert Frey. Benigna Frey, je ½, am 10. Jän. 1918.

„ „ Lainz, P. 140/9 Baustellenparzelle, Acker, E.-Z. 81, bish. Bes. Paul Hobza ½, grdb. übertr. an Barbara Hobza ⅛, Elisabeth Hobza ⅜, am 23. Jän. 1918.

„ „ Speising, P. 384/2, 385/2 Aecker, P. 382 Wiese, P. 383/2 Acker, E.-Z. 366, bish. Bes Elisabeth Ramharter ⅛, grdb. übertr. an Josef Drbal ⅛, am 30. Jän. 1918.

„ „ Breitensee, Teile der P. 333 Acker, in die E.-Z. 376 übertragen und mit P. 334/2 Acker vereint, E.-Z. 375, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Wolf, am 11. Jän. 1918.

„ „ Breitensee, Teile der P. 334/1, 334/2 Aecker, in die E.-Z. 375 übertragen und in P. 333/1 Acker vereint, E.-Z. 376, bish. Bes. Johann Wolf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Breitensee, Teile der P. 334 als P. 334/13 u. 334/14 öffentlicher Straßengrund, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 376, bish. Bes. Johann Wolf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Jän. 1918.

XIII. Bez., Breitensee, P. 334/12 Acker, künftiger Straßengrund, in die neue E.-Z. 843 übertragen, E.-Z. 376, bish. Bes. Johann Wolf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Jäu. 1918.

„ „ Breitensee, P. 59 Acker, E.-Z. 672, bish. Bes. Pauline Piller, grdb. übertr. an Karl Piller, Johann Piller, je ½, am 5. Jän. 1918.

„ „ Breitensee, Teil der P. 335/1 Acker, in die E.-Z. 375 übertragen und mit P. 333/1 Acker vereint, E.-Z. 771, bish. Bes. Johann Wolf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Ober-Baumgarten, P. 55/1 Garten, P. 247/7 Weg, E.-Z. 328, bish. Bes. Theresia (Berta) Orda, grdb. übertr. an Katharina Biringer, Gustav Biringer, je ½, am 20. Jän. 1918.

„ „ Unter-Baumgarten, P. 14/2 Acker, E.-Z. 7, bish. Bes. die Gemeinde Unter-Baumgarten, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 13. Jän. 1918.

„ „ Unter-Baumgarten, P. 40/4 Brunnen, Garten, E.-Z. 21, bish. Bes. die Gemeinde Unter-Baumgarten, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 13. Jän. 1918.

„ „ Unter-Baumgarten, P. 80/1 Wiese, E.-Z. 41, bish. Bes. die Gemeinde Unter-Baumgarten, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 13. Jän. 1918.

„ „ Unter-Baumgarten, P. 206/3 Wiese, P. 206/3 künftiger Straßengrund, E.-Z. 372, bish. Bes. Adolf Fischer, Barbara Fischer, je ½, grdb. übertr. an Cabos Christian Mörzinger, am 16. Jän. 1918.

„ „ Hacking, P. 60/2 Garten, in E.-Z. 23 übertragen, E.-Z. 24, bish. Bes. Lina Weiß, grdb. übertr. an Günther Seutter v. Lötzen, am 26. Jän. 1918.

XVI. Bez., Ottakring, P. 468 Weingarten, E.-Z. 124, bish. Bes. Karl Kroismayer, grdb. übertr. an Leopoldine Tichy, am 14. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 302 Weingarten, P. 303/1 Garten, E.-Z. 608, bish. Bes. Karl Kroismayer, Theresia Kroismayer, je ½, grdb. übertr. an Karl Kmen, Anna Kmen, je ½, am 8. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 13 Garten, E.-Z. 1489, bish. Bes. Franz Degen 8/24, grdb. übertr. an Ferdinand Herda 8/24, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 29 Wiese, E.-Z. 1491, bish. Bes. Franz Degen, 8/24, grdb. übertr. an Ferdinand Herda 8/24, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 531/5, 531/6, 531/7, 531/8, E.-Z. 1494, bish. Bes. Franz Degen 8/24, grdb. übertr. an Ferdinand Herda 8/24, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 582 Acker, E.-Z. 1501, bish. Bes. Franz Degen 8/24, grdb. übertr. an Ferdinand Herda 8/24, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 738/10, 737/14 Grundteil, E.-Z. 2287, bish. Bes. Dr. Jakob Engel, grdb. übertr. an Sidonie Knotek, Friedrich Süß, je ½, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 769/23, 769/24, E.-Z. 2595, bish. Bes. Rudolf Hörandner, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 17. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 1534/9 Fragment, P. 1532/8, E.-Z. 3019, bish. Bes. Alfred Sachs, grdb. übertr. an Hermann Herz, am 4. Jän. 1918.

„ „ Ottakring, P. 769/37 Baust. X, E.-Z. 3147, bish. Bes. Rudolf Horandner, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 17. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/5, 1128/5, Baust. 1, E.-Z. 495, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/1 Baust. 2, E.-Z. 507, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp., am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/6 Baust. 3, E.-Z. 1276, bish. Bes das Stift St. Peter in Salzburg, grdb übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11 Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/7, Baust. 4, E.-Z. 1277, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp., am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/8, Baust. 5, E.-Z. 1278, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp., am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/9, Baust. 6, E.-Z. 1279, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp., am 11. Jän. 1918.

XVII. Bez., Dornbach, P. 1127/10, Baust. 7, E.-Z. 1280, bish. Bes das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/11, Baust 8, E.-Z. 1281, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

XVII. Bez., Dornbach, P 1127/12, Baust. 9, E.-Z. 1282, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/13, Baust. 9, E.-Z. 1283, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/14, Baust. 11, E.-Z. 1284, bish Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Dornbach, P. 1127/15, 1127/2, Baust. 12, E.-Z. 1285, bish. Bes. das Stift St. Peter in Salzburg, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Comp. in Wien, am 11. Jän. 1918.

„ „ Hernals, P. 540/23 Acker, E.-Z. 1773, bish. Bes. Ida Beer, grdb. übertr. an Eduard Engelmayer, Anna Engelmayer, je ½, am 21. Jän. 1918.

„ „ Neuwaldegg, P. 245 Wiese, E.-Z. 64, bish. Bes. Marie Vogl ½, grdb. übertr. an Leopold Vogl ½, am 13. Jän. 1918.

„ „ Neuwaldegg, P. 359 Weide, E.-Z. 99, bish. Bes. Erlaucht Erich und Robert Altgrafen zu Salm-Reifferscheidt, je ½, grdb. übertr. an Graf Paul Almasy, Gräfin Marie Almasy je ½, am 10. Jän. 1918.

XVIII. Bez., Gersthof, P. 149/3, Bauarea, E.-Z. 154, bish. Bes. Alois Ottinger, grdb. übertr. an Rudolf Kammerhofer, Therese Kammerhofer je ½, am 26. Jän. 1918.

„ „ Neustift am Walde, P. 264 Weingarten, E.-Z. 217, bish. Bes. Elisabeth Fröschl, grdb. übertr. an Dr. Walter Fellner, am 4. Jän. 1918.

„ „ Neustift am Walde, P. 486/4 Acker, P.487/2 Feldweg, P. 488/2 Wiese, E.-Z. 265, bish. Bes. Berta Hölzl, m. Berta Hölzl je ½, grdb. übertr. an Elisabeth Amberger, Aloisia Lehner je ½, am 12. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 519 Weingarten, P. 518/5 Acker, E.-Z. 90, bish. Bes. Anna Grünas, Stephan Grünas, Marie Grünas, Eugenie Grünas, m. Anna Grünas, Leopoldine Hirschhauer, Barbara Brem, grdb. übertr. an Dr. Julius Monath, am 5. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 637/3, E.-Z. 98, bish. Bes. m. Josef Bauer, grdb. übertr. an Peter Haß-Jensen, am 31. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/1 Baust., E.-Z. 361, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/2 Baust., E.-Z. 362, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/3 Baust, E.-Z. 363, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/5 Baust., E.-Z. 364, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/6 Baust., E.-Z. 365, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/7 Baust, E.-Z 366, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P 559/8 Baust., E.-Z. 367, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/9 Baust., E.-Z. 368, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/10, Baust., E.-Z. 369, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/11, Baust., E.-Z. 370, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/12, Baust., E.-Z. 371, bish. Bes. Josef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, Teil der P. 324/9 in E.-Z. 731 übertragen als P. 324/8 Acker, E.-Z. 730, bish. Bes. Friedrich Faulhaber, Karl Faulhaber, Josef Faulhaber, Marie Faulhaber, Franziska Schuster, Theresia Stöbner, grdb. übertr. an Eugenie Weiß, am 21. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 637/4 Acker, E.-Z. 781, bish. Bes. Josef Bauer jun., grdb. übertr. an Adolf Wagner, am 31. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 637/5 Acker, Baust. 5, E.-Z. 782, bish. Bes Elisabeth Kahr, grdb. übertr. an Rudolf Feiner, Margarete Feiner, je ½, am 9. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 637/6 Acker, Baust. 6, E.-Z. 783, bish. Bes. Elisabeth Kahr, grdb. übertr. an Rudolf Feiner, Margarete Feiner, je ½, am 9. Jän. 1918.

XVIII. Bez., Pötzleinsdorf, P. 637/7 Acker, Bauft. 7, E.-Z. 784, bish. Beſ. Joſef Bauer, grdb. übertr. an Rudolf Feiner, Margarete Feiner, je ½, am 17. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 637/8 Acker, Bauft. 8, P. 636/2 Grund, E.-Z. 785, bish Beſ. Joſef Bauer, grdb. übertr. an Rudolf Feiner, Margarete Feiner, am 16. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/18, Bauft 9, E.-Z. 992, bish. Beſ. Joſef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Pötzleinsdorf, P. 559/19, Bauft. X, E.-Z. 993, bish. Beſ. Joſef Weiniger, grdb. übertr. an die Firma M. Bauer, am 13. Jän. 1918.

„ „ Währing, P. 511/3, 511/4 Straße, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 1407, bish. Beſ. Hubert Dietl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 8. Jän. 1918.

„ „ Währing, P. 682/9, 682/3, Bauft. 1, Acker und Weingarten, E.-Z. 2164, bish. Beſ. Karl Beyr, grdb übertr. an Stephanie Berbalk, am 14. Jän. 1918.

XIX. Bez., Ober-Döbling, P. 905/22, Bauft. 4, Gruppe W, E.-Z. 1272, bish. Beſ. Franz Graf v. Seilern, grdb. übertr. an Cäcilie Allerhand, Wilhelm Ohrenſtein, je ½, am 26 Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 905/23, Bauft. V, Gruppe W, E.-Z. 1273, bish. Beſ. Franz Graf v. Seilern, grdb. übertr. an Cäcilie Allerhand, Wilhelm Ohrenſtein, je ½, am 26. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 72/3 Garten, E.-Z. 1372, bish. Beſ. Ludwig Mayer ½, grdb. übertr. an Anna Mayer ½, am 9. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 905/21, 911/6, E.-Z. 1393, bish. Beſ. Franz Graf v. Seilern, grdb. übertr. an Cäcilie Allerhand, Wilhelm Ohrenſtein, je ½, am 26. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 905/19, Bauft. I, Gruppe W, E.-Z. 1394, bish. Beſ. Franz Graf v. Seilern, grdb. übertr. an Cäcilie Allerhand, Wilhelm Ohrenſtein, je ½, am 26. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 905/20, Bauft. II, Gruppe W, E.-Z. 1395, bish. Beſ. Franz Graf v. Seilern, grdb. übertr. an Cäcilie Allerhand, Wilhelm Ohrenſtein, je ½, am 26. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 908/21 Acker, E.-Z. 1535, bish. Beſ. Wilhelm Schreiber, Marie Pokorny, Joſefine Hinterſtoißer, Paula Stenner, Severin Schreiber, je ⅛, grdb. übertr. an Ignaz Fuchs, Riſa Fuchs, Minna Jonas, je ⅛, am 30. Jän. 1918.

„ „ Ober-Döbling, P. 909/18, in die neue E.-Z. 1778 übertragen (Bauft. 16), E.-Z. 1702, bish. Beſ. die Firma Julius Frankl, Moritz Edler v. Kuffner, Wilhelm Edler v. Kuffner, Karl Freiherr de Dioszegh, grdb. übertr. an Siegmund Beamt, am 31. Jän. 1918.

„ „ Unter-Döbling, P. 370/2, 370/3 Aecker, E.-Z. 61, bish. Beſ. Leopoldine Wehofsky, Karoline Hollwar, Franz Kojat, Katharina Kojat, grdb. übertr. an Friedrich Berl, Philipp Steiner, Max Todres, je ⅓, am 22. Jän. 1918.

„ „ Unter-Döbling, P. 277/4 Garten, E.-Z. 356, bish. Beſ. Stella Schwarz, grdb. übertr. an Adolf Sonnenſchein, am 12. Jän. 1918.

„ „ Grinzing, P. 1053/2 Weingarten, P. 1054/2 Garten, E.-Z. 568, bish. Beſ. Anna Glaubenkranz, grdb. übertr. an Edwin Welzl v. Wellenheim, am 9. Jän. 1918.

„ „ Heiligenſtadt, P. 685/1 Wieſe in die neue E.-Z. 870 übertragen, E.-Z. 415, bish. Beſ. Joſef Schöll, grdb. übertr. an Max Schmidt, Anny Schmidt, je ½, am 23. Jän. 1918

„ „ Heiligenſtadt, P. 744/2 Weingarten, 1002/6 Weide, Bauft. 5, E.-Z. 841, bish. Beſ. Karl Schuller, grdb. übertr. an Walter v. Alberti, am 19. Jän. 1918.

„ „ Heiligenſtadt, P. 744/2 Weingarten, 1002/6 Weide, Bauft. 5, E.-Z. 841, bish. Beſ. Karl Schuller, grdb. übertr. an Walter v. Alberti, am 19. Jän. 1918.

„ „ Heiligenſtadt, P. 332/11 Acker, Bauft. 3, E.-Z. 856, bish. Beſ. Karl Kreindl jun., grdb. übertr. an Dr. Wilhelm Rolny, am 29. Jän. 1918.

„ „ Heiligenſtadt, P. 332/12 Acker, Bauft. 4, E.-Z 857, bish. Beſ. Karl Kreindl jun., grdb. übertr. an Johann Weigel, am 18. Jän. 1918.

„ „ Heiligenſtadt, P. 332/13, Bauft. 5, E.-Z. 858, bish. Beſ. Karl Kreindl jun., grdb. übertr. an Johann Kreindl, am 9. Jän. 1918.

„ „ Joſefsdorf, P 73/10 Wald, E.-Z 24 bish. Beſ. Johanna Hofſtättner v. Hochſteden-Hohenhof, grdb. übertr. an Lilli v. Bucher ½, m. Herbert Hofſtättner v. Hochſteden-Hohenhof, Hanna Hofſtättner v. Hofſteden-Hohenhof, je ¼, am 26. Jän. 1918.

„ „ Kahlenbergerdorf, P. 93/1 Weide von Landtafel 630 übertragen, E.-Z. 184, bish. Beſ. das Stift Kloſterneuburg, grdb. übertr. Franz Danes jun., Berta Danes, je ½, am 18. Jän. 1918.

„ „ Unter-Sievering, P. 495 Weingarten, E.-Z. 320, bish. Beſ. Barbara Schachinger, Margarete Schachinger, Friedrich Schachinger, Mathilde Schachinger, die Verlaſſenſchaft nach Hermine Schachinger, grdb. übertr. an Karl Pollak, Eugenie Pollak, je ½, am 15. Jän. 1918.

XIX. Bez., Nußdorf, P. 799/1, 799/2 Gärten, P. 799/3 Acker, E.-Z. 239, bish. Beſ. Rudolf Hanel, grdb. übertr. an Hugo Fuchs, Siegfried Roſenbaum, je ½, am 3. Jän. 1918

„ „ Unter-Sievering, P. 590/3 Acker, E.-Z. 562, bish. Beſ. die Gemeinde Sievering, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 31. Jän. 1918.

XX. Bez., P. 4461, 4463, 4465 Wald, Bauft. 4, 6, 8, Gruppe E, E.-Z. 3019, bish. Beſ. der Donau-Regulierungsfonds, grdb. übertr. an Franz Smolka, am 26. Jän. 1918.

XXI. Bez., Aſpern, P. 1023 Acker, P. 1024 Wald, P. 1025 Acker, E.-Z. 303, bish. Beſ. Johann Weßner, grdb. übertr. an Anton Eliſabeth Muth, je ½, am 3. Jän. 1918.

„ „ Aſpern, P. 547/7 in K.-Nr. 264, P. 547/8 Acker in die neue E.-Z. 843 übertragen, K.-Nr. 264, E.-Z. 376, bish. Beſ. Anton Mayerhofer, Joſefa Mayerhofer, je ½, grdb. übertr. an Leopold Mayerhofer, Marie Mayerhofer, je ½, am 15. Jän. 1918.

„ „ Aſpern, P. 517/2 Acker, P. 518/19 Garten, E.-Z. 465, bish. Beſ. Johann Wagner, Katharina Wagner, je ½, grdb. übertr. an Alois Kopecky, Franziska Kopecky, je ½, am 14. Jän. 1918.

„ „ Donaufeld, P. 1006/2 Gaſſe, 557/1 Acker, E.-Z. 768, bish. Beſ. Eugen Frieſz, grdb. übertr. an Joſef Florenz, am 7. Jän. 1918.

„ „ Donaufeld, P. 1005/3 Acker, E.-Z. 802, bish. Beſ. Eugen Frieſz, grdb. übertr. an Joſef Florenz, am 7. Jän. 1918.

„ „ Donaufeld, P. 794/3 Garten, E.-Z. 829, bish. Beſ. Eugen Frieſz, grdb. übertr. an die Firma Joſef Florenz, am 7. Jän. 1918.

„ „ Donaufeld, P. 1358/3 Acker, E.-Z. 860, bish. Beſ. Johann Schlößl, Leopoldine Schlößl, je ½, grdb. übertr. an Anton Grattoni, Eliſabeth Grattoni, je ½, am 16. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, P. 198/2 in E.-Z. 194 übertragen, E.-Z. 76, bish. Beſ. die Firma Ludwig Weinbrenner A. G., grdb. übertr. an Dr. Ignaz Kreidl, Hildegarde Kreidl, je ½, am 7. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, P. 359/2 in E.-Z. 154 übertragen mit P. 363/1 vereint, E.-Z. 153, bish. Beſ. Michael Schrauf 4/12, Leopoldine Schrauf 2/12, Marie Linke 4/12, Hans Linke 2/12, grdb. übertr. an Joſefine Dietz v. Weidenberg, am 7. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, P. 198/3 Garten, P. 198/4 Bauarea, P. 198/2 Garten, E.-Z. 194. bish. Beſ. die Firma Ludwig Weinbrenner A. G., grdb. übertr. an Dr. Ignaz Kreidl, Hildegarde Kreidl, je ½, am 7. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, P. 492 Weide, E.-Z. 225, bish. Beſ. Donauregulierungsfond, grdb. übertr. an Karl Kraus, am 3. Jän. 1918.

„ „ Floridsdorf, P. 197 Garten, E.-Z. 295, bish. Beſ. die Firma Ludwig Weinbrenner A. G., grdb. übertr. an Dr. Ignaz Kreidl, Hildegarde Kreidl, je ½, am 7. Feb. 1918.

„ „ Hirſchſtetten, P. 232/1, 232/13, 232/14, 232/15 Aecker, E.-Z. 293, bish. Beſ. Albert Hahn, grdb. übertr. an die A. E. G. Union-Elektrizitätsgeſellſchaft, am 9. Jän. 1918.

„ „ Groß-Jedlersdorf I, P. 149/10 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 676, bish. Beſ. Karl Peß, Barbara Peß, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 26. Jän. 1918.

„ „ Groß-Jedlersdorf II, P. 993/2 in die neue E.-Z. 510 übertragen, E.-Z. 140, bish. Beſ. Rudolf Dengler, grdb. übertr. an das k. k Aerar, am 6. Jän. 1918.

„ „ Groß-Jedlersdorf II, P 880 Garten, E.-Z. 157, bish. Beſ. Joſef Engelmeier, Joſefine Engelmeier, je ½, grdb. übertr. an Joſef Eduard Fleck, Katharina Fleck, je ½, am 5. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 1830 in die neue E.-Z. 1042 übertragen, E.-Z. 9, bish. Beſ. Johann Kurz, Anna Kurz, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 9. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 1618/3 in die E.-Z. 1036 übertragen, E.-Z. 23, bish. Beſ. Marie Schmid, grdb übertr. an das k. k. Aerar, am 30. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 1809 in die E.-Z. 768 übertragen, E.-Z. 171, bish. Beſ. Anton Klemm, Martin Kläger, Barbara Swoboda, je ⅓, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 672 Garten, E.-Z. 328, bish. Beſ. Barbara Klager, Karl Graf, je ½, grdb. übertr. an Franz Wagner, Katharina Wagner, je ½, am 9. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 1821, 1896 Aecker, P. 1149 Bauarea, P. 1148 Acker, E.-Z. 460, bish. Beſ. Franz Ziegler 24/96, grdb. übertr. an Erneſtine Ziegler 6/96, m. Hedwig Ziegler 18/96, am 8. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 314/1, 1268, 1269, 1946, 1945 oder 85, E.-Z. 461, bish. Beſ. Franz Ziegler 3/32, grdb. übertr. an Erneſtine Ziegler 3/128, m. Hedwig Ziegler 9/128, am 8. Jän. 1918.

„ „ Leopoldau, P. 1527/4 in die neue E.-Z. 1043 übertragen, E.-Z. 575, bish. Beſ. Leopoldine Neuhauſer, grdb. übertr. an Franz Bonaſek, Marie Bonaſek, je ½, am 16. Jän. 1918.

XXI. Bez., Leopoldau, P. 1811, 1812 Aecker, in die E.-Z. 768 übertragen, E.-Z. 761, bish. Bes. Johann Christ 1/2, Wilhelmine Christ 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 1. Jän. 1918.

" " Strebersdorf, P. 866/1 Acker, E.-Z. 269, bish. Bes. Elisabeth Schreyer, grdb. übertr. an Karl Neudorfer, Katharina Neudorfer, je 1/2, am 26. Jän. 1918.

" " Strebersdorf, P. 718/4 Acker in die E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 435, bish. Bes. m. Michael Klager, m. Elisabeth Klager, je 1/2, grdb. übertr. an das k. k. Aerar, am 12. Jän. 1918

" " Strebersdorf, P. 206 in K.-Nr. 186, P. 338/2 Garten in E.-Z. 709 neu übertragen, E.-Z. 565, bish. Bes. Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Angeler, Johanna Angeler, je 1/2, am 18. Jän. 1918.

" " Aspern, E.-Z. 384, bish. Bes. Johann Wagner, Katharina Wagner, grdb. übertr. an Alois Kopecky, Franziska Kopecky, je 1/2, am 14. Jän. 1918.

---

# Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

## 24. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Weinberger Mathilde — Handel mit Papier-, Galanterie- und Kurzwaren — II., Rotensterngasse 13.

Theltscher Josefa — Handel mit Flaschen — III., Hintere Straße 4.

Dertnig Marie — Wanderhandel mit Obst, Grünwaren und Naturblumen — XVII., Mariengasse 20.

Kubes Anna — Wanderhandel mit Obst, Grünwaren und Naturblumen — XVII., Wichtelgasse 68.

Ofner Theresia — Viktualienhandel — X., Troststraße 43.

Taborik Franziska — Viktualienhandel — X., Seneseldergasse 55.

Hernach Wilhelmine — Viktualienhandel — X., Dampfgasse 21.

Zernik Henny — Likör-, Spirituosen- und Fruchtsäfte-Erzeugung auf kaltem Wege — XVIII., Karl Beck-Gasse 17.

* * *

## 25. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Höchster Farbwerke, Ges. m. b. H — Konz. n. § 15, Pkt. 14 G.-O., Verkauf von Giften und Großhandel mit Drogen und chemischen Präparaten, welche ausschließlich zu Heilzwecken Verwendung finden und zur arzneilichen Verwendung bestimmt sind, mit Einschluß der Heilsera, jedoch mit Ausschluß jedes Kleinhandels — VIII., Josefstädterstraße 82.

Cesare Fragiocomo, Inhaber der protokollierten Firma „Cesare Fragiocomo" — Handel mit kinematographischen Films, kinematographischen Apparaten ꝛc. — VII., Schottenfeldgasse 64.

Schneider Hans, Alleininhaber der Firma Heinrich Jauner — Antiquitätenhandel (beschränkt) — I., Augustinerstraße 6.

Binder Wenzel, Pachtbetrieb — Bäckergewerbe — V., Gumpendorferstraße 53.

Schweppe Anna, Alleininhaberin der Firma A. Schweppe — Fabriksmäßige Erzeugung von Automobilen — VI., Webgasse 87.

Prihoda Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Leibnitzgasse 44.

Prisching Rudolf — Handel mit Parfümeriewaren und Toiletteartikeln — X., Troststraße 115.

Hora Josef — Fragnergewerbe — X., Quellenstraße 82.

Guttmann Wilhelm — Zuckerbäckergewerbe — X., Eugengasse 24.

Mitrowsky Rudolf — Tischlergewerbe — XIII., Hütteldorferstraße 202.

Reiter Anton — Handel mit Papier- und Kurzwaren — VI., Stumpergasse 32.

Sommerschuh Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Sonnenuhrgasse 2.

Pecher Moritz — Erzeugung von kosmetischen Artikeln auf kaltem Wege (beschränkt) — II., Karmeliterplatz 2.

Neuwirth Franz — Handelsagentur — II., Sterneckplatz 4.

Kleinheim Leopold — Musikergewerbe — II., Mayergasse 12.

Eisenhammer Felix — Handel mit Tuch-, Seiden-, Spitzen- und Wirkwaren — II., Obere Donaustraße 49.

Leupold Alfred — Wirtsgewerbekonzession — II., Freudenau, Rennplatz.

Hutter Albert Ludwig — Handel mit Maschinen, deren Bestandteilen und Werkzeugen — XVI., Roterdstraße 78.

Zeinlinger Rosa — Verschleiß von Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — X., Favoritenstraße 157.

Robesch Therese — Gold- und Silberarbeitergewerbe, Fortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Johann Robesch — VII., Karl Schweighofer-Gasse 6.

Mayer Franziska — Witwenfortbetrieb des Rauchfangkehrergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl Mayer — II., Schiffmühlenstraße 59.

Patzelt Marie — Schuhmachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — II., Obere Donaustraße 54.

Strnad Leopoldine — Viktualienhandel — X., Eugengasse 92.

Pavlevits Theresia — Viktualienhandel — X., Herzgasse 13.

Mokry Anna — Marktviktualienhandel — X., Markt, Quellenstraße, Ecke Triesterstraße

Schönbrunn Olga — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften, Flaschenbier ꝛc. — X., Troststraße 115.

Stadler Beeta — Handel mit Lebens- und Genußmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier — XIII., Hütteldorferstraße 111.

Sneberle Marie — Viktualien-Verschleiß — XVI., Haberlgasse 35.

Barta Anna — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenwaren — XVI., Brunnengasse 54.

Brodkorb Marie — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — XVI., Wilhelminenstraße 29.

Brauner Karoline — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — XVI., Rankgasse 29.

Perlmutter Rebekka (Rosa) — Handel mit Tuchabfällen und Schneiderzugehör — XVI., Brunnengasse 35.

Nemeth Wilhelm — Stadtlohnwagengewerbe — XIX., Obkirchergasse 21.

Krammer Josefa — Wäschewaren-Erzeugung — XIX., Billrothstraße 20.

Kunrad Antonie — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — X., Ettenreichgasse 24.

* * *

## 26. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Bierkabaret „Simplizissimus", Ges. m. b. H. — Gast- und Schankgewerbe — I., Wollzeile 34.

Petroleum-Handelsgesellschaft m. b. H. — Verarbeitung von Oelen, Fetten und chemischen Produkten, sowie Handel mit solchen Gegenständen — III., Am Heumarkt 10.

Oesterreichische Export-Malzfabriken Schindler & Stein, A.-G. — Fabriksmäßige Verarbeitung und Trocknung landwirtschaftlicher Erzeugnisse — I., Teinfaltstraße 8.

Papiersack-Gesellschaft m. b. H. — Erzeugung, Kauf und Verkauf von Papiersäcken und -Handel — VI., Loquaiplatz 13.

Brandl Karl — Handel mit Papier-, Kurz- und Galanteriewaren ꝛc. — XVII., Hernalser Hauptstraße 82.

Zeisberger Rudolf — Handel mit Zwirn, Nähgarn, Seide und Schneiderzugehörartikeln — II., Taborstraße 8 b.

Glücklich Rudolf — Handel mit Seide, Stoffen und Schneiderzugehörartikeln — II., Untere Augartenstraße 23.

Steiner Karl — Juwelenhandel — II., Mumbgasse 4.

Fuhrer Jakob Leib — Handel mit Bijouterie-, Nürnberger und Galanteriewaren im Großen — II., Am Tabor 22.

Lipser Leon — Großhandel mit Damen-Konfektionswaren — II., Taborstraße 7.

Nußbaum Rudolf — Kommissionswarenhandel — VI., Windmühlgasse 9.

Goltscher Josef — Schlossergewerbe — XIV., Schwendergasse 1 a.

Gruber Markus — Handelsagentur — II., Obere Donaustraße 87.

Muhr Friedrich — Gewerbsmäßige Uebernahme von Schreibarbeiten (beschränkt) — XV., Würffelgasse 2.

Wolf Isaak — Handel mit Galanteriewaren und Kurzwaren — VII., Mariahilferstraße 72.

List Karl — Handel mit Möbeln, Musikinstrumenten, Galanteriewaren ꝛc. — X., Hasengasse 6.

Mann Josef — Verschleiß von Pferdefleisch und Selchwaren — X., Davidgasse 38.

Kindlhofer Karl — Marktviktualienhandel — X., Markt, Quellenstraße, Triesterstraße.

Mraz Rosina — Lebensmittel- und Konsumwaren (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Lobenhauerngasse 16.

Schewzik Barbara — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Antonigasse 79.

Schäfer Albine — Lebensmittel- und Konsumwaren- (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Weißgasse 25.

Mandl Marie — Pfaidlereigewerbe — XVIII., Währingerstraße 103.

Mindlin Isaak — Handel mit Bedarfsgegenständen für elektrische Beleuchtung — VI., Dürergasse 25.

Grätzer Klara — Viktualienhandel — II., Rotensterngasse 27.

Demel Anna — Wirtsgewerbe-Konzession — II., Freudenau (Rennplatz, Aktionärraum).

Hölzer Rosa — Konzession zum Betriebe des Buch- und Kunsthandelgewerbes — II., Kaiser Josef-Straße 7.

Setaffy August — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VI., Damböckgasse 10.

Taussig Ignaz — Handel mit Automobilen, Motor- und Fahrrädern ꝛc. — XVIII., Herbeckstraße 122.

Panozza Jakob — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIX., Barawitzkagasse 17.

Ing. Egon v. Gerecz — Handelsagentur — XIX., Gebhardgasse 5.

Obergfell Julie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Marmeladen ꝛc. — XV., Märzstraße 29.

Homan Adalbert — Viktualienhandel und Flaschenbier-Verschleiß ꝛc. — X., Troststraße 96.

Stift Agnes — Viktualien- und Kanditen-Verschleiß — X., Senefeldergasse 61/63.

* * *

## 27. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Waldmann & Fürst G. m. b. H. — Kaffeesieder-Konzession — II., K. k. Prater, Territorium des Kaisergartens.

Carmine, Springer & Möller, G. m. b. H. — Handel mit Farben, Utensilien und Materialien im Großen — VII., Neustiftgasse 115 a.

Hnatek Heinrich — Fleischselchergewerbe — V., Margaretenstraße 139.

Löschinger Johann — Handel mit Kurz- und Manufakturwaren — VI., Liniengasse 49.

Benda Franz — Frauenkleidermachergewerbe — XVII., Geblergasse 61.

Schmalz Karl — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 583 — III., Hintere Zollamtsstraße.

Nagel Alois — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 127 — I., Stephansplatz—Kurhausgasse.

Jakes Josef — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1046 — I., Weihburggasse, Ecke Seilerstätte.

Petr Josef — Schuhmachergewerbe — XV., Goldschlagstraße 26.

Kölbl Karl — Erzeugung von Likören und Fruchtsäften — VII., Neustiftgasse 14.

Fournier Franz — Erzeugung von Fleischkonserven (beschränkt) — I., Tuchlauben 11.

Bergmann Franz — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 866 — VII., Zollergasse 1/3.

Vogel Chaim Josef rekte Weidler — Erzeugung von Teerumersatz auf kaltem Wege — II., Vereinsgasse 38.

Dr. Friedrich Bernkopf — Handel mit Drogen und Materialwaren (beschränkt) — II., Kronprinz Rudolf-Straße 10.

Werbel Moritz — Gemischtwarenhandel — III., Radetzkystraße 9.

Weiß Anton Waldemar — Photographengewerbe — III., Khunngasse 19.

Schönmetz Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Margaretenstraße 132.

Molnar Karoline — Pachtbetrieb des dem Eugen Stein gehörigen Gast- und Schankgewerbes — I., Dr. Karl Lueger-Platz 4.

Kleinlein Rosalia — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes des Johann Kanhäusner — XVIII., Klostergasse 9.

Kloud Marie — Wanderhandel mit Obst, Grünwaren und Naturblumen — XVII., Hormayrgasse 19.

Baumann Johanna — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XVII., Geblergasse 63.

Had Anna — Marktfahrergewerbe — XVII., Haslingergasse 62.

Reinisch Josefa — Federnschmückerei — XVII., Veronikagasse 16.

Kornhauser Max — Handelsagentur — VI., Gumpendorferstraße 106.

Horna Klementine — Wäscheputzereiannahme — XIII., Linzerstraße 101.

Müller Ludwig — Handel mit Modistenzugehörartikeln — VI., Mariahilferstraße 89 a.

Pazderka Agnes — Viktualien-Verschleiß — XVII., Blumengasse 5.

Gläser Margarete — Handel mit Möbeln, Bettwaren und Haushaltungsgegenständen — XVII., Bergsteiggasse 47.

Miffek Anna — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 96 — I., Ebendorferstraße 14.

Saltiel Fanni — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 627 — X., Süd- und Ostbahnhof.

Drach Julius — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1745 IV., Alleegasse, Ecke Wiedner Gürtel.

Krolopp Theresia — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 74 — I., Graben.

* * *

## 28. Juni 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Choutka rekte Houdek Wenzel — Handel mit Lebensmitteln und Konsumwaren, beschränkt — V., Siebenbrunnengasse 41.

Stenzel Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Blechturmgasse 33.

Eisl Otto — Zuckerbäckergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 2.

Haas Karl — Kleidermachergewerbe — V., Vogelsanggasse 19/18.

Wawra Viktor — Wanderhandel mit Obst, Blumen und Grünwaren — XIV., Ortnergasse 6.

Schirmacher Josef — Spirituosen-Erzeugung auf kaltem Wege — XIV., Grimmgasse 29.

Spitz Alois — Drechslergewerbe — XIV., Märzstraße 86.

Lanzenstorfer Fritz — Photographengewerbe einschließlich Porträtphotographie — I., Stephansplatz 2.

Hofstetter Oskar — Gewerbsmäßige Bücherrevision und Bilanzrevision — VIII., Zeltgasse 11.

Moscovici Heinrich — Handel mit Uhren, Gold- und Silberwaren ꝛc. — II., Praterstraße 56.

Horpatzky Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Pazmanitengasse 13.

Löwy Ignaz — Handel mit Papierwaren — II., Große Sperlgasse 21.

Kirschner Ferdinand — Handel mit Leder-, Papier-, Galanterie- und Nürnbergerwaren im Großen — II., Glockengasse 8 a.

Loebl Friedrich — Fertigstellung von Scheinrahmen für Bäder — V., Högelmüllergasse 1 b.

Glanner Rosa — Wäschewaren-Erzeugung — XV., Märzstraße 17.

Domann Marie — Kaffeeschank-Konzession — VII., Siebensterngasse 20.

Herschmann Kamilla — Damenkleidermachergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 51.

Baka Emma — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 663 — I., Opernring—Kärntnerstraße.

Wessely Katharina — Branntweinschank-Konzession — II., Große Sperlgasse 43.

Mauser Marie — Kaffeeschank-Konzession — II., Franzensbrückenstraße 19.

Binder Margarete — Buchhandel, beschränkt — II., Wittelsbachstraße 3.

Janu Marie — Viktualien-Verschleiß — V., Hartmanngasse 15.

Gerlach Wilhelmine — Handel mit Kunstgegenständen, beschränkt — VIII., Langegasse 24.

Latzola Antonia — Handel mit Grammophonen, Fahrrädern und Nähmaschinen — II., Kronprinz Rudolf-Straße 26.

Hans Auguste — Modistengewerbe — I., Pestalozzigasse 6.

Lenczovski Stephanie — Handel mit Hadern — XIX., Daringergasse 17.

Neumayer Ernestine — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt, sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Erzherzog Karl-Platz 14.

Kroulik Josefa — Viktualienhandel — II., Lessinggasse 8.

Lang Katharina — Handel mit Schweinefleisch und Selchwaren — III., Hainburgerstraße 109.

Tomazin Johanna — Verschleiß von Sodawasser, Zucker- und Zuckerbäckerwaren — III., Beim Eingang in den Maria Josefa-Park.

---

## Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates . . . . . 1733
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 14. August 1918 . . . 1733
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 21. Juni 1918 . . . . . 1738
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 27. Juni 1918 . . . . . 1740
Allgemeine Nachrichten:
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 18. August bis 24. August 1918 . . . . . 1741
Pferdemarkt vom 23. August 1918 . . . . . 1742
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monate Juli 1918 . . . . . 1742
Besuch der städtischen Sommerbäder im Monate Juli 1918 . . . . 1742
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 23. bis 26. August 1918 . . . . 1742
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Jänner 1917 . . . . 1743
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Jänner 1917 . . . . . 1750
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1753
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Kundmachungen.

D. Z. 144/1.

## Kundmachung

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, für die Zeit vom 30. Oktober 1918 bis einschließlich 15. April 1919 die Bespannung der Schneepflüge für die Reinigung jener Straßen sicherzustellen, in denen Gleise der städtischen Straßenbahnen liegen.

Es werden hiezu benötigt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Für den Bahnhof | Vorgarten | 3 | Paar Pferde, |
| „ „ „ | Erdberg | 2 | „ „ |
| „ „ „ | Favoriten | 3 | „ „ |
| „ „ „ | Wienzeile | 6 | „ „ |
| „ „ „ | Hernals | 3 | „ „ |
| „ „ „ | Währing | 6 | „ „ |
| „ „ „ | Gürtel | 4 | „ „ |

Zur Erlangung von Anboten findet am **Freitag den 30. August 1918, um 10 Uhr vormittags,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Die Anbote sind bis zum Tage vor der Verhandlung an die Direktion der städtischen Straßenbahnen einzusenden oder längstens vor Beginn der Verhandlung der Kommission zu übergeben. Sie müssen in einer Briefhülle verschlossen sein, welche die Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 30. August 1918, Schneepflugbespannung" zu tragen hat.

Das Anbot, welches nach dem in den Bedingnissen vorgeschriebenen Muster auszufertigen und in Form eines Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu richten ist, ist nach Tarifpost 44 a a und Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfrei.

Die Leistungen sind nach den Bedingnissen der städtischen Straßenbahnen für die Beistellung der Bespannung von Schneepflügen auszuführen. Diese Bedingnisse und die Einteilung der Fahrten mit den Schneepflügen können bei der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, 4. Stock, während der Amtsstunden eingesehen und dortselbst auch die Bedingnisse unentgeltlich bezogen werden.

Der Anbotsteller hat sich unter Beziehung auf Tag und Zahl dieser Kundmachung im Anbote den Bedingungen dieser Kundmachung und den besonderen Bedingnissen vorbehaltlos zu unterwerfen.

**Anbote, die nach Eröffnung der Offertverhandlung überreicht werden oder den Bedingnissen nicht entsprechen, bleiben unberücksichtigt.**

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er von der Entscheidung verständigt ist. Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die freie Auswahl unter den Angeboten wie auch das Recht vor, alle einlaufenden Anbote abzulehnen.

Von dem im § 14 der Bedingnisse vorgesehenen Erlag der Kaution wird Abstand genommen.

**Die Direktion der städtischen Straßenbahnen.**

Wien, am 24. August 1918. 1—1

---

B. W. A. 1, Z. 924.

## Kundmachung.

**(Mehlumrayonierung anläßlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.)**

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen

**Mehlbezugskarte**

von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Übertritt **bis längstens 14. September 1918** der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Übertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 28. September 1918 zur Ausgabe gelangen.

Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot- und Mehl-Kommission erfolgen.

Nach dem 14. September 1918 erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 16. Februar 1919 Berücksichtigung finden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,**
als politischer Behörde I. Instanz,
am 24. August 1918. 1—1

---

M. Abt. XIII, 2665/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Maria Josefa Löwenfeld'sche Stiftung

**für arme Fuhrleute.**

Verliehen wird: Ein Betrag von 160 K in zwei gleichen, am 2. Jänner und am 1. Juli 1919 fälligen Raten.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, würdige Fuhrleute, welche das Fuhrmannsgewerbe in Wien selbständig betreiben und aus dieser Stiftung noch nicht beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 14. **September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien am 19. Juli 1918. 2–3

---

M. Abt. XIII, 3096/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Karl und Magdalena Braun-Stiftung
### für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blinden-Institutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-(Geburts-)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 30. Juli 1918. 3–3

---

M. Abt, XIII. 3143/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Karl Hoffmann'sche Stiftung
### für österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Verliehen werden: Unterstützungsbeträge zu je 200 K an fünf österreichische dramatische Künstler und Autoren.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme dramatische Autoren oder mittel- und stellenlose dramatische Künstler, welche österreichische Staatsbürger und mehr als 60 Jahre alt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis über die Eigenschaft als dramatischer Autor oder dramatischer Künstler und Armutszeugnis, beziehungsweise Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 7. September 1918

Verleihungstag: 11. Oktober 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 18. Juli 1918.

M. Abt. XIII, 2296/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Dr. Josef Schrott'sche Stiftung.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz zu 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Aus Nieder- oder Oberösterreich gebürtige, dahin zuständige Frauenspersonen, welche einen Fuß oder einen Arm durch Amputation verloren, eine Volks- oder Bürgerschule mit deutscher Unterrichtssprache absolviert und das 14. Lebensjahr überschritten haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Aerztliches Zeugnis über die erfolgte Amputation, Abgangszeugnis einer Volks- oder Bürgerschule, Tauf(Geburt)schein und Heimatschein.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. September 1918.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residendstadt**
Wien, am 5. Juli 1918.

---

M. Abt. XIII, 3141/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Josef und Anna Steiner'sche Stiftung
### für Arme von Hietzing.

Verteilt werden: 500 K in zwei gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Geschäftsleute oder verarmte Witwen von Geschäftsleuten, welche im Pfarrsprengel Hietzing wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimat- und Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Nachweis über den Wohnort im Pfarrsprengel Hietzing, allenfalls Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes.

Einreichungsfrist: **Bis 19. September 1918**

Verleihungstag: 1. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 27. Juli 1918.


# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**

# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 70. Freitag den 30. August 1918. Jahrgang XXVII.

**Bezugspreise:** Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

**Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367** **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

**Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. – Ganzjährig 20 K.

**Annahme kleiner Anzeigen** bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.


## Stadtrat.

### Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **22. August 1918.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Franz Hoß,
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Angermayer, Braun, Brauneiß, Breuer, Dechant, Grünbeck, Dr. Hein, Heindl, Hermann, Hötzel, Jung, Körber, Knall, Miller, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Spalowsky, v. Steiner, Tomola, Wessely, Wippel.

---

Beurlaubt: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, St.-R. Fraß, Dr. Haas, Hohensinner, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Mataja, Nemetz.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Seipka.

---

**Vize-Bürgermeister Hoß** eröffnet die Sitzung und bringt einen Bericht der Direktion der Straßenbahnen über den Verlauf des ersten Tages des eingeschränkten Verkehres zur Kenntnis.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 8451, M. A. X, 6006.) Die den einfachen Gräbern Nr. 13 bis 15 in der Gruppe E des Pötzleinsdorfer Friedhofes gegenüberliegenden, zu je zwei hintereinander gestellten vier eigenen Gräber sind als einfache Gräber mit den Nr. 19 bis 22 zu vergeben.

Die Anlage von eigenen Gräbern auf den zur Errichtung von Grüften bestimmten Plätzen in der Gruppe G desselben Friedhofes wird nach der Studie II des Stadtbauamtsplanes Fach-Abteilung II b, 976/18, genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 8465, M. A. XI, 46100.) Die Kosten für die Anschaffung von Kleidern und Wäsche für den Bedarf der städtischen Waisenhäuser im Verwaltungsjahre 1918/19 im Betrage von zusammen 185.391 K 74 h werden genehmigt.

Die erforderlichen Stoffe einschließlich der Leinwandsorten sind aus den Vorräten des städtischen Wirtschaftsamtes zu beziehen.

(P. Z. 8469, M. A. XIII, 1054.) Der Verteilungsvorschlag der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk bezüglich der Zinsen aus der Karl Preysing'schen Armenstiftung für Rudolfsheim wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8308, M. A. III, 1691.) Zur Ergänzung der Liegenschaft Einl.-Z. 89 Ober-Sievering überläßt die Gemeinde Wien dem Karl Sußmann die im Plane des Stadtbauamtes vom Juni 1913, Fach-Abteilung XIV, 908/13, mit den Buchstaben b c d e j k l m (b) umschriebenen Teile der im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes der Katastralgemeinde Ober-Sievering und Neustift am Walde verzeichneten Kat.-Parz. 606, beziehungsweise 507/1 im Ausmaße von ungefähr 64 m² um den Pauschalbetrag von 1100 K und unter folgende Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach Verständigung des Käufers von der Annahme seines Anbotes fällig.

2. Der Grund wird verkauft, wie er liegt und steht.

3. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Käufer allein.

(P. Z. 8455, M. A. X, 4635.) Dem Totengräber des Sieveringer Friedhofes Heinrich Fischer wird im Hinblicke auf die durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse ein einmaliger Zuschuß von 300 K zu seinen Bezügen gewährt.

(P. Z. 8433, M. A. III, 2565.) Dem Anton Peintinger ist mitzuteilen, daß die Kat.-Parz 490, Einl.-Z. 582 Grinzing unverkäuflich ist, und daß die Gemeinde Wien auch nicht in der Lage ist, eine Verpachtung dieses Grundes an ihn in Aussicht zu nehmen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schmid wird beschlossen:

(P. Z. 8512, St. E. W., 2121.) Die Erweiterung des Werkbahnhofes in der Zentrale Simmering wird auf Grund der vorgelegten Pläne mit einem Kostenaufwande von 195.771 K 50 h genehmigt und

1. die Erd- und Baumeisterarbeiten für die hiezu erforderlichen baulichen Herstellungen der Firma Ed. Ast & Komp. in Wien unter Annahme ihres Anbotes vom 1. Juni 1918 mit einem Gesamtbetrage von 20.794 K 50 h,

2. der erforderliche Umbau der Elektrohängebahn, sowie des Einfahrtstores der Firma R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro & Kurz in Wien unter Annahme des Anbotes vom 11., beziehungsweise 18. Mai 1918 zu einem Pauschalpreise von 40.100 K, beziehungsweise 5440 K,

3. die Lieferung der Schienen, Weichen und des Kleinmaterials der Bahnverwaltung der Linien der Staatseisenbahn-Gesellschaft zu dem letztgiltigen Verkaufspreise samt Regiezuschlägen und

4. die Lieferung des erforderlichen Schotters der Ersten österreichischen Donausandbaggerungs-A.-G. in Wien unter Annahme ihres Anbotes vom 11. Juli 1918 zum Preise von 120 K per 10 t-Waggon ab Umschlagplatz in Kaiser-Ebersdorf übertragen.

(P. Z. 8511, St. E. W., 2069.) Es werden den Unternehmern Franz Böck und Franz Kraft mit der Rechtswirksamkeit ab 1. Jänner bis Ende September 1918 die seitens der Direktion in vorgelegter Zusammenstellung vorgeschlagenen Einheitspreise bewilligt.

(P. Z. 8432, M. A. III, 2821.) Ueber Ersuchen des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten stimmt die Gemeinde Wien zu, daß die Gründe Einl.-Z. 54 und 2481 des Grundbuches Landstraße im III. Bezirke am Landstraßergürtel, welche laut Gemeinderats-Beschlusses vom 13. Juni 1918, P. Z. 4704, von der Gemeinde Wien zur Errichtung von Laboratorien der Wiener Technischen Hochschule gewidmet wurden, noch vor dem formellen Abschlusse der Vereinbarungen über die Laboratorien-Angelegenheit dem k. k. Aerar für zeitweilige Laboratoriumsbauten der Wiener Technischen Hochschule unentgeltlich und sofort unter nachfolgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt werden:

1. Falls das Uebereinkommen im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. Juni 1918, P. Z. 4704, nicht zustande kommen sollte, ist dieser Grund über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien, jedoch nicht vor Ablauf von zwei Jahren nach Kriegsschluß, der Gemeinde Wien im abgeräumten Zustande wieder zurückzustellen.

2. Durch die zeitweiligen Laboratoriumsbauten darf eine Verzögerung in der Errichtung der endgültigen Bauten für die Laboratoriumszwecke nicht eintreten.

3. Das k. k. Aerar erklärt sich bereit, der Gemeinde Wien über ihr Verlangen, die nach dem erwähnten Uebereinkommen an sie abzutretenden Gründe vom Lainzer Tiergarten an der Speisingerstraße im Ausmaße von 60.000 m² ebenfalls noch vor dem formellen Abschlusse des Uebereinkommens unentgeltlich zur Benützung zu überlassen, und nimmt zur Kenntnis, daß die Gemeinde Wien gegen den weiteren Bestand der dort errichteten zeitweiligen Barackenbauten auf die Dauer von drei Jahren nach Kriegsschluß keine Einwendung erhebt.

4. Anläßlich der Errichtung von zeitweiligen Bauten auf den städtischen Gründen am Landstraßergürtel wird das k. k. Aerar im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 14. Dezember 1910, P. Z. 18730, Grabungen im Gebiete der ehemaligen Wasenmeisterei nicht vornehmen und bei sonstigen Grabungen in der Nähe und bei der gesamten Bauführung außer mit der Baubehörde stets auch mit dem städtischen Gesundheitsamte hierüber das Einvernehmen pflegen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Poyer wird beschlossen:

(P. Z. 8466, M. A. XIII, 18965.) Nachstehende ausgetretene Waisenhauszöglinge werden mit den ausgesetzten Beträgen aus den Erträgnissen der Franziska Seis'schen Widmung beteilt:

I. Aurelia Walla, geboren 1902, einfach verwaist, 80 K.

II. Josef Pattermann, geboren 1904, doppelt verwaist, 80 K.

Friedrich Jilg, geboren 1904, einfach verwaist, 80 K.

III. Eduard Metzner, geboren 1901, doppelt verwaist, 70 K.

Eduard Bernauer, geboren 1902, einfach verwaist, 70 K.

Anton Ableidinger, geboren 1901, doppelt verwaist, 70 K.

IV. Alfred Woller, geboren 1904, einfach verwaist, 70 K.

Franz Hruschka, geboren 1904, einfach verwaist, 70 K.

Anton Vijta, geboren 1904, doppelt verwaist, 70 K.

Josef Latzka, geboren 1904, doppelt verwaist, 70 K.

Josef Wernisch, geboren 1901, doppelt verwaist, 70 K.

Zusammen 800 K.

Der Rest des Zinsenerträgnisses per 796 K 40 h ist den kurrenten Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfonds zuzuführen.

(P. Z. 8446, M. A. IX, 7084) Für die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 4. April 1918, P. Z. 3252/18, genehmigten Instandsetzungsarbeiten der Fischkalteranlage auf dem städtischen Zentral-Fischmarkte, I., Franz Josefs-Kai, werden zu dem bisher bewilligten Erfordernisse von 16.200 K die voraussichtlichen Mehrkosten von 8800 K genehmigt.

(P. Z. 8566, M. A. X, 7384.) Dem Karl Harbauer, Hauptmann a. D., Verlagsbuchhändler und Redakteur, VIII., Pfeilgasse 32, wird der einfache Gruftplatz Gruppe XX, Nr. 74 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von 8400 K auf Friedhofsbestand unter der Bedingung überlassen, daß der Platz binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk erworben wird und daß der Gesuchsteller die Gruft nach Erwirkung der Baubewilligung auf eigene Kosten errichten läßt.

(P. Z. 8569, M. A. XIII, 152/II.) Die dem Eigentümer des Hauses XIII., Vinzenz Heß-Gasse 15, zu erteilende Baubewilligung, nach Beseitigung der Senkgrube die Hauskanalisierung mittels einer Steinzeugrohrleitung bewerkstelligen zu dürfen, welche in den Straßenkörper der Vinzenz Heß-Gasse und Aichbühelgasse verläuft und in den Hauptunratskanal der Auhofstraße einmündet, wird bestätigt.

Für die beiden im Straßengrunde gelegenen Putzschächte ist ein jährlicher Platzzins von 40 K zu bezahlen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird weiter beschlossen:

(P. Z. 8529, M. A. XV, 9486.) Zur Ausgabs-Rubrik XLV/7 (Auslagen für die k. k. Werkmeisterschule im XXI. Bezirke) wird für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein erster Zuschußkredit in der Höhe von 2531 K 36 h genehmigt.

(P. Z. 8570, M. B. A. XXI, 7972.) Die Bezirksamts-Anträge, beziehungsweise Magistrats-Anträge, betreffend 24 Gesuche von Parteien aus dem XXI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 8434, M. A. III, 1773.) Das Anbot von Eduard Artmann auf Verkauf der Kat.-Parz. 377 Hirschstetten im XXI. Bezirke an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

(P. Z. 8268, M. A. XI, 37453.) Die Wahl des Beamten Franz Feilhauer, XXI., Brünnerstraße 64, zum Armenrat des XXI. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 8442, M. A. VI, 737/18.) Der Kostenanschlag für die Beschaffung neuer Steine zu den laufenden Pflasterungsarbeiten im I. Bezirke wird mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 6744 K genehmigt.

**St.-R. Schmid** referiert über P. Z. 8440, M. A. V 1440, Antwort der Staatsbahn-Direktion über die Anfrage des Gem.-Rates Prof. Klaudy wegen Abstellung des Uebelstandes beim Lokalverkehre auf der Franz Josefs-Bahn und beantragt:

Die Antwort der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien vom 2. August 1918, Z. 5/56 V, wird zur Kenntnis genommen.

St.-R. Dr. Hein beantragt: Es mögen Schritte unternommen werden, damit die Vorortelinie, welche für die entfernteren Bezirke am meisten in Betracht kommt, zum Ersatze für den eingeschränkten Straßenbahnverkehr herangezogen werde.

Mit Bezug auf die Antwort der Staatsbahn-Direktion auf die Interpellation des Gem.-Rates Prof. Klaudy, ist der Staatsbahn-Direktion mitzuteilen, daß nach Anschauung des Stadtrates der bevorzugte Einlaß auf den Perron nur ausschließlich auf Kranke beschränkt werden soll, während derzeit die Züge notorisch im vorhinein von bevorzugten Personen voll besetzt werden.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Umgebung der Bahnhöfe von lagernden Militärpersonen, welche auf Urlaub gehen, erfüllt ist, ist an die Militärbehörde mit dem Ersuchen heranzutreten, daß den durchfahrenden Militärpersonen nach Möglichkeit Barackenunterkunft geboten werde.

Referenten-Antrag angenommen.

Anträge Dr. Hein angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(8575.) Die von den Bezirksvertretungen vorgelegten Protokolle über öffentliche und vertrauliche Sitzungen werden zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 8461, M. A. X, 4117.) Sämtliche bei der Offertverhandlung vom 2. Juli 1918 überreichten Anbote auf Lieferung von Chrysanthemen und Violen für die Gräberausschmückung in den Wiener Eigenregie-Friedhöfen im Jahre 1918 werden angenommen. Der Restbedarf an Chrysanthemen ist für alle Friedhöfe durch die Zentral-Friedhofsverwaltung im Einvernehmen mit der Stadtbuchhaltung im Handeinkaufe zu decken.

(P. Z. 8459, M. A. X, 7121.) Dem Alois Hamperl, Gastwirt, V. Bezirk, Siebenbrunnengasse 24, wird der Gruftplatz Gruppe 35 G Nr. 9, im Wiener Zentral-Friedhofe um den Betrag von 7500 K unter der Bedingung überlassen, daß diese Gebühr binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird und die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915, M. A. X 2574 11, eingehalten werden.

(P. Z. 8458, M. A. X, 6480.) Dem Johann Svihalek, Privatier, XIII., Wambachergasse 18, wird der einfache Gartengruftplatz Gruppe 45 B, Nr. 4 im Wiener Zentral-Friedhofe um die Gebühr von 7500 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

Hiebei wird bedungen, daß diese Gebühr binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreib-Amte erlegt wird und die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915, M. A. X. 2574 11, eingehalten werden.

(P. Z. 8460, M. A. X, 6565.) Die im Verwaltungsjahre 1918/19 voraussichtlich erwachsenden Kosten der Kriegergrabstätte im Wiener Zentral-Friedhofe werden mit dem bedeckten Betrage von 295.980 K genehmigt.

(P. Z. 8480, M. B. A. XI, 12175) Dem Franz Pomper, XI., Molitorgasse 15, wird pro 1918 eine halbe Hundefreimarke bewilligt.

(P. Z. 8457, M. A. X, 3438.) Das Ansuchen des Othmar Rohn, XVIII., Währingerstraße 152, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 590, Reihe 2, Nummer 11 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 8456, M. A. X, 3941.) Dem Konvente der Kapuziner in Wien, I., Tegetthoffstraße 2, wird das Benützungsrecht auf die eigenen Gräber Gruppe 67, Reihe 47, Nummer 1 bis 6 im Wiener Zentral-Friedhofe zur Errichtung einer gemeinsamen Begräbnisstätte für die verstorbenen Mitglieder des Ordens um den Gesamtbetrag von 1200 K auf die Dauer des Friedhofbestandes unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 8449, M. A. X, 7046.) Der Wanda Novak, XVIII., Am Dreimarkstein 14, wird die Bewilligung erteilt, beim Gagistengrab Abteilung 15, Nummer 5 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes ein Holzkreuz mit einer Höhe von 1 m aufstellen zu lassen. Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten der Gesuchstellerin sofort entfernt werde.

(P. Z. 8450, M. A. X, 6955.) Dem Johann Binder wird die Bewilligung erteilt, beim Mannschaftsgrabe Abteilung 2, Nummer 64, des Josef Binder in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit den Höchstausmaßen von 0·4 m Höhe und 0·5 m Breite aufstellen zu lassen. Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten des Gesuchstellers sofort entfernt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 8431, M. A. III, 2753.) Der Ankauf der Liegenschaft III., Baumgasse 41, Einl.-Z. 149 Grundbuch Landstraße, im Katastralausmaße von 1719 m² um den Pauschalbetrag von 150.000 K wird wegen der noch zu hohen Forderung abgelehnt.

Die Gemeinde ist jedoch bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn der Kaufpreis entsprechend ermäßigt wird.

(P. Z. 8463, M. A. X, 5457.) Der Ankauf von zwei Krankentransportautomobilen und eines leichten Lastkraftwagens für die städtischen Sanitätsstationen mit einem Gesamtkostenbetrage von 134.060 K wird genehmigt.

Die Lieferung wird der Wiener Automobilfabrik A. G., vorm. Gräf & Stift, XIX., Weinberggasse 70/74, auf Grund der von der Firma am 15. Juni 1918 gestellten Anbote übertragen.

(P. Z. 8481, M. B. A. X, 32063.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 24 Gesuche von Parteien aus dem X. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 8493, St. G. W., 3366.) Dem Kanzleibeamten der städtischen Gaswerke Gustav Kothmayer wird die angesuchte Ehebewilligung erteilt.

(P. Z. 8447, M. A. IX, 8063.) Die 1125 K betragenden Mehrkosten für die Einrichtung einer Telephonanlage im Schlachthofe St. Marx anläßlich der Einführung der zentralen Schlachtungen werden genehmigt.

(P. Z. 8439, M. A. IV, 2816.) Der Direktion des Lagerhauses der Stadt Wien werden zur Beleuchtung des Lagerhaus-Bahnhofes 15 gebrauchte Beleuchtungsmaste vom Lagerplatz in Leopoldau gegen eine Vergütung von 361 K für den Mast überlassen.

(P. Z. 8464, M. A. XI, 44792.) Zur Ausg.-Rubr. XXVII 15 e (Verpflegung von Personen über 14 Jahre im Altersversorgungshause der israelitischen Kultusgemeinde in Wien) pro 1917/18 wird ein Zuschußkredit von 11.000 K bewilligt.

(P. Z. 8424, M. D., 4397.) Der Magistrats-Konzeptspraktikant Dr. Viktor Macheck wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8423, M. D., 3830.) Der städtische Kanzleipraktikant Ferdinand v. Wocher wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzleiakzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8422, M. D., 4577.) Der Kanzleipraktikant Leopold Schilhab wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzleiakzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8421, M. D., 4558) Der Kanzleipraktikant Karl Baumeister wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzleiakzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8448, M. A. IX, 7950.) Im Wege der Zeitbeförderung werden ernannt: Der Marktamts-Kommissär Ludwig Rutschka zum Marktamtsinspektor in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 3. Jänner 1918 und der Kanzleipraktikant Wolfgang Baubela zum Markamtsakzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8426, M. D., 4262.) Der Amtsdiener II. Bezugsklasse Josef Artmann wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Amtsdiener I. Bezugsklasse mit dem Range vom 12. Juni 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8425, M. D., 4475.) Der Magistrats-Konzeptspraktikant Dr. Felix Olegnik wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8555, M. A. II, 6514.) Im Stande der städtischen Hauptkassa wird im Wege der Zeitbeförderung zum Hauptkassa-Offizial ernannt der Hauptkassa-Akzessist Paul Christ, und zwar mit dem Dienstrange vom 10. August 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8554, M. A. II, 6575.) Den Marktamts-Akzessisten Adolf Fleischhacker und Josef Kraft werden unter der Bedingung, daß sie binnen Jahresfrist den Nachweis der erfolgten Ablegung der gemäß § 7 der Dienstpragmatik vorgeschriebenen Prüfung erbringen, die Bezüge der X. Rangsklasse, das ist dermalen ein Jahresgehalt von 2400 K (ab 1. Juli 1918, beziehungsweise ab 1. August 1918) und ein Jahresquartiergeld von 1200 K ab 1. August 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8553, M. D., 4090.) Das Ansuchen des Kanzlei-Vize-Direktors i. P. Vinzenz Breuner um Erhöhung der Pensionsbezüge wird abgewiesen.

(P. Z. 8552, M. D., 4618.) Der Kanzlei-Praktikant Oskar Galler wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Akzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 11. August 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8551, M. D., 4665.) Der städtische Bauaufsichts-Praktikant Karl Grubhofer wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bauaufsichts-Assistenten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 14. Juni 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8550, M. D., 4666.) Der städtische Bau-Kommissär Wilhelm Jarosch wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bau-Ober-Kommissär in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 16. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8549, M. D., 4667.) Der städtische Bau-Adjunkt Karl Abel wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bau-Kommissär in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 10. August 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8567, M. A. XIX, 826.) Im Stande des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters wird der Akzessist Robert Steinbach im Wege der Zeitbeförderung zum Offizial in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 1. März 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8568, M. A. XIX, 741.) Die Mahnboten II. Bezugsklasse Michael Gindl und Leopold Macho werden im Wege der Zeitbeförderung zu Mahnboten I. Bezugsklasse, und zwar ersterer mit dem Range vom 4. Mai 1918, der letztere mit dem Range vom 10. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß dem Magistrats-Antrage folgende Straßenarbeiter in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 8518, St. Strpfl., 1549.) Franz Blazek mit 584 K,

(P. Z. 8517, St. Strpfl., 1327) Alexander Kobinger mit 554 K 80 h,

(P. Z. 8516, St. Strpfl, 1507) Karl Wandara mit 598 K 60 h,

(P. Z. 8515, St. Strpfl., 1502) Johann Birt mit 642 h 40 h,

(P. Z. 8514, St. Strpfl., 1457) Josef Weilguni mit 876 K,

(P. Z. 8519, St. Strpfl., 1330) Anton Adam mit 788 K 40 h,

(P. Z. 8520, St. Strpfl., 1153) Josef Gruber mit 582 K 54 h,

(P. Z. 8513, St. Str., 1405) Josef Rieder mit 963 K 60 h,

(P. Z. 8522, St. Strpfl., 1110) Franz Dimter mit 671 K 60 h,

(P. Z. 8521, St. Strpfl., 1440) der Straßenaufseher Anton Radowsky mit 1898 K 40 h,

(P. Z. 8563, M. A. IX, 5539) der Partieführer am Zentral-Viehmarkte Leopold Graf mit 919 K 80 h und

(P. Z. 8490, St. Lagerh., 21706) der Lagerhaus-Taglöhner Franz Pank mit 919 K 80 h

als jährlichen Ruhegehalt.

(P. Z. 8497, St. G. W., 3318.) Josef Guth wird mit dem Range vom 4. Mai 1917 in die I. Gehaltsklasse, 2. Gehaltsstufe der Kanzleidiener mit dem Gehalte von 1700 K und dem Quartiergelde von 800 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8496, St. G. W., 3253.) Der Verwaltungsbeamte Josef Loibel wird mit dem Range vom 1. Jänner 1916 in die II. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der Verwaltungsbeamten mit dem Gehalte von 3000 K und dem Quartiergelde von 1500 K befördert.

(P. Z. 8428, M. A. II, 6612.) Der Druck der neuen Kuponbogen für das Elektrizitäts-Anlehen der Gemeinde Wien vom Jahre 1900 (20.200 Stück) wird der Aktiengesellschaft Waldheim-Eberle zum Preise von 60 h per Stück = 12,120 K übertragen.

(P. Z. 8495, St. G. W., 3353.) Karl Seldenmayer wird als Vertragsbeamter bei den städtischen Gaswerken mit einem Gehalte von 3000 K und einem Quartiergelde von 1900 K nach den Bestimmungen des Handlungsgehilfengesetzes aufgenommen.

(P. Z. 8471, M. A. XVI, 16817.) Im Personalstande des Konskriptionsamtes wird der Konskriptionsamts-Kommissär Franz Bauer zum Konskriptionsamts-Kontrollor in der VIII. Rangsklasse (Rang vom 20. Juli 1918) und der Konskriptionsamts-Akzessist Valentin Berger zum Konskriptionsamts-Offizial (X. Rangsklasse mit dem Range vom 13. Juli 1918) befördert.

Beiden Bewerbern wird der neue Gehalt sowie das neue Quartiergeld vom 1. August 1918 angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Speyer wird beschlossen:

(P. Z. 8468, M. A. XI b, 20599.) Das Anbot der Wiener Automobilfabrik A.-G. vormals Gräf & Stift vom 7. August 1918 auf Austausch des alten Lastkraftwagens A VI 752 gegen einen neuen 3 t-Lastkraftwagen mit einer Aufzahlung von 38.500 K wird unter der Voraussetzung genehmigt, daß die Lieferung des neuen Wagens vom k. u. k. Kriegsministerium freigegeben wird.

(P. Z. 8564, M. A. IX, 1065.) Die Herstellung eines elektrisch betriebenen Lastenaufzuges für die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 43.000 K wird genehmigt.

Zur Deckung des unbedeckten Erfordernisses im Restbetrage von 23.000 K wird ein erster Zuschußkredit in der Höhe dieses Betrages zur Ausgabs-Rubrik XXXIX 16 des laufenden Hauptvoranschlages bewilligt.

Die Lieferung des Lastenaufzuges wird der Firma Freißler, X., Erlachplatz 3, auf Grund ihres Anbotes vom 5. Juni 1918 zum Preise von 24.410 K zuzüglich des am Tage der Ablieferung geltenden Teuerungszuschlages übertragen.

Die übrigen Arbeiten und Lieferungen sind durch die kurrenten Ersteher oder im Handeinkaufe, beziehungsweise vom Stadtbauamte im kurzen Wege zu bewerkstelligen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 8474, B. W. A., Stelle V, 5476.) Das Projekt der Verlegung des städtischen Kohlenlagerplatzes Aßmayergasse nach den vorgelegten Plänen und dem Kostenerfordernis von ungefähr 35.000 K wird genehmigt.

Die Kosten sind auf die Betriebsanlagen des städtischen Kohlenverkaufes zu verrechnen.

(P. Z. 8309, M. A. III, 1126.) Die Gemeinde Wien verkauft an Dr. Stephan Bachnicky, Eigentümer der Liegenschaft Kat.-Parz. 410/1, Einl.-Z. 300 Grundbuch Hetzendorf, die an diese Liegenschaft angrenzende Kat.-Parz. 410/2 öffentliches Gut, im Ausmaße von 56·75 m² zum Einheitspreise von 30 K per Quadratmeter unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 8436, M. A. IV, 2746.) Die Anschaffung von 10.000 m 2 mm starken, isolierten Eisendrahtes zur Instandhaltung der städtischen Feuerwehrleitungen wird auf Grund des Anbotes der Kabelfabrik- und Drahtindustrie A. G., III., Stelzhammergasse 4, mit dem Kostenbetrage von 8400 K genehmigt.

(P. Z. 8485, St. S., 600.) Der Stadtrat erteilt dem Hofrat Dr. Schnürer die Erlaubnis zur Reproduktion des von J. Qu. Adams gemalten Bildnisses Seiner Durchlaucht des regierenden Fürsten Johann von und zu Liechtenstein in der Zeitschrift „Die Kultur".

(P. Z. 8558, M. A. IV, 1744.) Den Maschinisten II. Klasse der städtischen Feuerwehr Josef Gortano und Anton Grob, den Telegraphisten II. Klasse Franz Blaschka und Franz Schreiber, den Fahrern Heinrich Krenn und Matthias Neuwirth, dem Heizer Karl Rendl, sowie den Feuerwehrmännern I. Klasse Max Bielek und Anton Grün wird das Definitivum im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juni 1911, Z. 9181, verliehen.

(P. Z. 8438, M. A. IV, 383.) Die im Schönbornpark im VIII. Bezirke seit dem Jahre 1911 das ganze Jahr hindurch ganznächtig in Betrieb gehaltenen Gasflammen Nr. 486, 491 und 813 haben in Hinkunft nur während der warmen Jahreszeit zu brennen und sind um 10 Uhr abends abzulöschen.

(P. Z. 8487, St. S., 574.) Der Stadtrat erteilt dem akademischen Maler M. Duschnitz die Erlaubnis, Waldmüller's Oelgemälde „Johannesandacht" zu kopieren.

(P. Z. 8486, St. S., 7.) Den Otto Pfeiffer und Otto Deisinger wird für die Herausgabe der sämtlichen Gedichte Sauter's eine Subvention von 2500 K unter der Bedingung gewährt, daß sich ein vertrauenswürdiger Verleger sowohl gegenüber den genannten Herren, als auch gegenüber der Gemeinde Wien kontraktlich verpflichtet, das Werk längstens bis Ende 1921 herauszugeben. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8264, St. S., 548.) Der Stadtrat genehmigt den Ankauf der Porträtplakette Hermann Bielohlawek von Karl Brehmer um 400 K.

(P. Z. 8470, M. A. XIII, 1392.) Der Vorschlag des Feuerwehrkommandos bezüglich der Verteilung der Zinsen pro 1918 aus der Amalia Gräfin Vecsey'schen Stiftung für die städtische Feuerwehr wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 8454, M. A. X, 7117.) Dem k. k. Revier-Inspektor Johann Pitschmann, XVII., Dornbacherstraße 48, wird die fertige einfache Gruft Gruppe XXV, Nr. 4 im Dornbacher Friedhofe um den Betrag von 2800 K überlassen.

(P. Z. 7909.) Aus dem von der Gemeinde Wien für notleidende Gewerbetreibende gewidmeten Betrage von 1 Million Kronen werden an 13 Bewerber des XVII. Bezirkes 1400 K verliehen.

(P. Z. 8443, M. A. VII, 462.) Der Entwurf für den Umbau des Hauptunratskanales in der Schellhammergasse in der Strecke vom Hernalsergürtel bis zur Veronikagasse im XVII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7000 K wird genehmigt.

Das Anbot der Bau-Unternehmung H. Rella & Komp., VIII., Albertgasse 33, auf Uebernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten für diesen Kanalbau wird angenommen.

Die Lieferung der erforderlichen Sohlenschalen wird der Firma Lederer & Nessenyi, Aktiengesellschaft, I., Opernring 11, übertragen.

Das sich hiedurch ergebende Gesamterfordernis im bedeckten Betrage von 12.614 K 18 h wird genehmigt.

(P. Z. 8075, M. B. A. XVII, 5341.) Die Bezirksvertretungs-Anträge, betreffend 24 Gesuche von Parteien aus dem XVII. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola wird beschlossen:

(P. Z. 8330, B. Sch. R., 9610.) Der definitiven Versetzung der Bürgerschullehrerin Theodolinde Stadlmayer aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Mädchen XX., Stromstraße 78, an die Bürgerschule XX., Jägerstraße 54, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8328, B. Sch. R., 7116.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers Rudolf Fellner aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII., Schulgasse 19, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVIII., Köhlergasse 9, vom Beginne des Schuljahres 1919/20 an, wird die Zustimmung erteilt.

P. Z. 8327, B. Sch. R. 6667.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers Friedrich Krenn aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII., Schulgasse 19, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVIII., Alseggerstraße 47, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8329, B. Sch. R., 5838.) Zur definitiven Versetzung des Bürgerschullehrers Friedrich Kuthmayer aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Knaben XIII., Zennerstraße 1, an die Bürgerschule für Knaben XIII., Reinlgasse 19, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8484, B. Sch. R., 16242.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin Anna Kvaternik aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XI., Herderplatz 1, an die allgemeine Volksschule für Mädchen III., Hainburgerstraße 40, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 7899, M. A. XII, 634.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Beurlaubung der Kindergärtnerin Marie Lenner, wird nachträglich zugestimmt.

(P. Z. 8548, M. A. XV, 10357.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 26 K 40 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Johann Gamerith anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI., Speckbachergasse 48, in der Zeit vom 29. Oktober 1917 bis 30. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8547, M. A. X, 10364.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 67 K 32 h an den provisorischen Religionslehrer P. Angelus Slavik anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an allgemeinen Volksschulen in Wien im Schuljahre 1917/18 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8546, M. A. XV, 10365.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 99 K 80 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Franz Slavik anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVI., Roterdstraße 1, und an der Mädchen-Volksschule XVI., Seitenberggasse 10, in der Zeit vom 3. Oktober 1917 bis 27. Juni 1918, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8545, M. A. XV, 10366.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 117 K 4 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Karl Strohmenger anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der Knaben-Bürgerschule XIV., Märzstraße 76, Knaben-Volksschule XIV., Selzergasse 19, Knaben-Volksschule XIV., Stättermayergasse 39, Mädchen-Volksschule XIV., Stättermayergasse 27 und Mädchen-Volks- und Bürgerschule XV., Zinckgasse 12/14, in der Zeit vom 3. September 1917 bis 27. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8544, M. A. XV, 10390.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 86 K 40 h an den provisorischen Religionslehrer P. Wilhelm Schenkelberg anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an Volksschulen des XXI. Gemeindebezirkes in der Zeit vom 1. April 1918 bis 30. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8543, M. A. XV, 10363.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 76 K 56 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Johann Capistran Schärfl, anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Konstanziagasse 24/26, in der Zeit vom 3. November 1917 bis 22. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8542, M. A. XV, 10362.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 219 K 60 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Wolfgang Rusch anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen X., Laaerstraße 170, in der Zeit vom 3. September 1917 bis 28. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8541, M. A. XV, 10358.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 99 K 44 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Claver Haßler anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XX., Allerheiligenplatz 7, und an der Knaben-Volksschule XX., Vorgartenstraße 50 — Allerheiligenplatz 7, in der Zeit vom 3. September 1917 bis 28. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8540, M. A. XV, 10359.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 103 K 84 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Stephan Moik anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVII., Hernalser Hauptstraße 100, an der Mädchen-Volksschule XVII., Jörgerstraße 38 und an der Mädchen-Volksschule XVII., Kindermanngasse 1, in der Zeit vom 1. September 1917 bis 30. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8539, M. A. XV, 10361.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 106 K 4 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Ignaz Musielak anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Mädchen-Volksschule XII., Ruckergasse 42, Knaben-Volksschule XII., Ruckergasse 44, und an der Mädchen-Volksschule XII.,

Vierthalergasse 13, in der Zeit vom 1. September 1917 bis 30. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8538, M. A. XV, 10360.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 255 K 20 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Josef Pugl anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Knaben-Volksschule XII., Singrienergasse 21, Mädchen-Volksschule XII., Singrienergasse 23, und an der Mädchen-Volksschule XII., Nymphengasse 7, in der Zeit vom 10. September 1917 bis 24. Juni 1918 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8227, M. A. XV, 9026.) Der prov. Handarbeitslehrerin in aushilfsweiser Verwendung Anna Peißar werden die beiden Anschaffungsbeiträge von je 198 K gnadenweise zuerkannt.

(P. Z. 8524, M. A. XV, 9893.) Der Ankauf des 40. Bandes (Jahrgang 1917) der „Pädagogischen Jahrbücher" für Lokallehrerbibliotheken sämtlicher Wiener Volks- und Bürgerschulen in 563 Exemplaren zum Preise von insgesamt 1689 K (= 4 K per Exemplar, mit einem Nachlaß von 25 Prozent) wird genehmigt, das Anbot auf nachträglichen Ankauf des 35. und 36. Bandes (Jahrgang 1912 und 1913) dieser Jahrbücher wird abgelehnt.

Die Auslage ist auf Ausgabs-Rubrik XLIII 11 bedeckt.

(P. Z. 8525, M. A. XV, 3977.) Der Ankauf der vom Verlage Ed. Strache in Warnsdorf i. B. angebotenen Flugschrift „Der Weltkrieg und die politischen Gedankengänge Europas" (30 Hefte der Flugschriften für Oesterreich-Ungarns Erwachen) in 563 Exemplaren für die Lokallehrerbibliotheken sämtlicher Wiener Volks- und Bürgerschulen zum Preise von 1 K per Stück mit einem Rabatt von 30 Prozent ab Verlagshaus Warnsdorf ohne Verpackung wird genehmigt.

Die Kosten von 394 K 10 h (ohne Verpackung und Fracht) sind auf Ausgabs-Rubrik XLIII 11 bedeckt.

(P. Z. 8526, M. A. XV, 9457.) Der Ankauf des von Franz Richter, X., Columbusgasse 1, angebotenen Buches „Die Biene und der Breitwabenstock" für die 15 Bezirkslehrerbibliotheken in je einem Exemplare zum Preise von 2 K per Stück wird genehmigt und die Leitungen jener Volks- und Bürgerschulen, deren Lage für einen Bienenzuchtbetrieb günstig erscheint, werden ermächtigt, das Werk aus dem verrechenbaren Schulpauschale für die Lokallehrerbibliotheken zum Preise von 2 K per Stück anzuschaffen. Bedungen wird jedoch, daß dieses Pauschale durch diesen Ankauf nicht überschritten wird.

(P. Z. 8523, M. A. XV, 9868.) Die Bezirkslehrerbibliotheken werden auf die Lehrtexte von Anton Herget „Psychologie und Erziehungslehre" und „Logik und Unterrichtslehre" aufmerksam gemacht.

Die Bezirkslehrerbibliotheken werden ermächtigt, das Buch „Die wichtigsten Strömungen im pädagogischen Leben der Gegenwart" von Anton Herget, Preis 3 K 60 h, aus der Dotation anzuschaffen.

Die Dotation darf aber durch diesen Ankauf nicht überschritten werden.

Alle drei Werke sind im Verlage A. Haase, Prag, Annahof, erschienen.

(P. Z. 8527, M. A. XV, 10356.) Die Systemisierung der Stelle eines eigenen katholischen Religionslehrers mit jährlichen Gehaltsbezügen an der Bürgerschule für Mädchen VIII., Josefstädterstraße 95, mit der Verpflichtung des anzustellenden Religionslehrers, den Religionsunterricht bis zu 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden ohne Anspruch auf eine über die Gehaltsbezüge hinausgehende Entlohnung auch an der allgemeinen Volksschule für Mädchen VIII., Josefstädterstraße 95, zu erteilen, wird zugestimmt.

(P. Z. 8528, M. A. XV, 10346.) Es wird die Zustimmung erteilt, daß die Bürgerschule für Mädchen XIX., Grinzingerstraße 59/61, nunmehr definitiv unter eine selbständige Leitung gestellt wird.

(P. Z. 8231, W. A., 2792.) Ueber Ansuchen werden dem Volksbildungshause „Wiener Urania" zur Einrichtung neuer Lehrsäle 86 Schulbanksitze aus den Altmaterialbeständen des Wirtschaftsamtes der Stadt Wien zum Preise von 6 K per Sitz ab Lagerort käuflich überlassen.

Dem Ansuchen um käufliche Ueberlassung von Schultafeln samt Wandgestellen, Tischen und Gießkannen, kann mangels verfügbarer Vorräte keine Folge gegeben werden.

(P. Z. 8532, M. A. XV, 9851.) Das Ansuchen des aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrers II. Klasse Josef Follner um Zuerkennung der höheren Remuneration vor Vollendung der nach dem Gesetze erforderlichen zweijährigen Dienstzeit wird grundsätzlich abgelehnt.

(P. Z. 8536, M. A. II, 9209.) Der aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin II. Klasse Marie Reitstätter werden gnadenweise die Anschaffungsbeiträge von zusammen 360 K zuerkannt.

(P. Z. 8535, M. A. XV, 10155.) Das Ansuchen der aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin II. Klasse Marie Fiedler um Zuerkennung des Anschaffungsbeitrages wird mit Rücksicht auf die Kürze ihrer Dienstzeit (2. Mai bis 28. Juni 1918) grundsätzlich abgelehnt.

(P. Z. 8531, M. A. XV, 9198.) Zur Eröffnung eines zweiten Kurses für den nichtobligaten Violinunterricht an der Knaben-Bürgerschule III., Sechskrügelgasse 11, wird für den Fall die Zustimmung erteilt, wenn sich mindestens 30 Schüler melden.

(P. Z. 8224, M. A. XV, 9463.) Dem Bürgerschullehrer Gustav Baumkirchner wird die Rückzahlung eines Gehaltsübergenusses von 443 K 33 h in 12 Monatsraten bewilligt.

(P. Z. 8574, M. A. XV, 10559.) Die Färbelung der vom Vereine „Pestalozzi" im Schulgebäude XVIII., Haizingerstraße 37, benützten Räume top. Nr. 20, 30 und 36 wird in die während der laufenden Hauptferien in dem genannten Schulgebäude auszuführenden Instandsetzungsarbeiten einbezogen.

Die Kosten von 800 K sind auf Ausg.-Rubr. XII 4 c bedeckt.

(P. Z. 8476, Jugendamt, 92.) Mit der Belieferung der Speisen auf die Tageserholungsstätte in Wien XIII, Auf dem Girzenberg, wird die Verwaltung des Versorgungsheimes in Lainz betraut. Die von der Abteilung für Ausspeiseaktionen beizustellen-

den Lebensmittel werden von der Verwaltung bezahlt und erfolgt die Verrechnung der fertigen Speisen nach dem Selbstkostenpreise einschließlich der Verwaltungskosten in laufender Rechnung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 8585, M. A. V, 1433.) 1. Die Anschaffung von zusammen 62 Stück Ersatzbereifungen für die städtischen Krankentransportwagen wird unter Zugrundelegung der bisherigen Preise mit einem bedeckten Kostenerfordernis von 75.800 K genehmigt, und

2. die Lieferung der Reifen an die Firma Pneu-Ersatz „Elasticum", VI., Linke Wienzeile 70, zu den bisherigen Preisen vergeben. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 8441, M. A V, 1464.) Dem Ansuchen der Firmen Rudolf Schmidt & Komp. und Heinrich & Fritz Mendl um die Verlängerung der mit Stadtrats-Beschluß vom 21. März 1918, P. Z. 2860, M. A. V, 324 18, gestellten Frist für die Inangriffnahme der Bauarbeiten der Schleppbahn zu ihren Fabriken um weitere drei Monate wird stattgegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 8560, M. A. VII, 518.) Die Lieferung von 10.000 kg Portlandzement in Fässern wird der Perlmooser Zementfabriks-A. G., IV., Lothringerstraße 8, zum Preise von 16 K für 100 kg übertragen.

Das Anbot des Fuhrwerksunternehmers Josef Wolf, XVI., Arnethgasse 78, auf Uebernahme der Zufuhr dieses Zementes von Wien Franz Josef-Bahnhof zum Lagerplatz, IX., Wasserleitungsstraße 9, zum Preise von 1 K 50 h für 100 kg wird angenommen.

Den ständigen Unternehmern wird im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 30. August 1917, P. Z. 8858, Zement zum Selbstkostenpreise abgegeben.

(P. Z. 8586, W. A., 3675.) Die kurrenten Pflasterungsarbeiten für den X. Bezirk werden an die Firma Hans Buchmann & Adolf Schneller, XVIII., Hans Sachsgasse 27, und für den XVII. Bezirk an den Sohn des verstorbenen Kontrahenten Anton Pilwein, XVII., Hormayrgasse 9, zu den Bedingungen des durch Stadtrats-Beschluß vom 12. Juni 1918, P. Z. 5368, erhöhten städtischen Preistarifes Nr. XX vom Jahre 1912 übertragen.

(P. Z. 8556, M. A. III, 2157.) Das Anbot der Sophie Seitschek auf Verkauf ihres Besitzes in Ollersbach an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

(P. Z. 8561, M. A. VII, 515.) Das Anbot der Bau-Unternehmung Ferdinand Peterka, Stadt-Maurermeister, Wien, XII., Erlgasse 46, auf Uebernahme der Ausbesserungsarbeiten in den Sammel- und Hauptunratskanälen wird mit den Preisansprüchen dieses Anbotes, welche bis zum 1. November 1918 unbedingt in Geltung zu bleiben haben, angenommen.

(P. Z. 8557, M. A. III, 2838.) Das Anbot des Ferdinand Polsterer auf Verkauf der Mühl- und Fabriksrealität in Unter-Waltersdorf an die Gemeinde Wien wird abgelehnt.

(P. Z. 8559, M. A. VI, 731.) Die Mitteilung der Firma Anton Poschacher über die durch die Lohnerhöhung in ihren Werken bedingte Steigerung der Preise für die an die Gemeinde Wien abzugebende Stein-Erzeugung bis Ende 1918 wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 8200 B. Sch. R., 256.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, Eduard Fuehsl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Dezember 1917 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8331, B. Sch. R., 7648.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Knöllgasse 59, Ferdinand Mattel, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 24. April 1917 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Knöllgasse 59, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8332, B. Sch. R., 4429.) Der aushilfsweise bestellte provisorische Lehrer II. Klasse an der Bürgerschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Klettenhofergasse 3, Adolf Holzer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Dezember 1917 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Salmgasse 19, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8333, B. Sch. R., 8523.) Der provisorische Lehrer II. Klasse, zuletzt in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Kastnergasse 29, Maximilian Friedel, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Lienfeldergasse 96, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8334, B. Sch. R., 4813.) Der provisorische Lehrer II. Klasse, zuletzt in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Rauchfangkehrergasse 15, Chrysoganus Eigner, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Rauchfangkehrergasse 15, gemäß 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8335, B. Sch. R., 8355.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Be-

zirke, Hietzinger Hauptstraße 168, Othmar Wetchy, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Bezirke, Spallartgasse 18, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8336, B. Sch. R., 8701.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Panikengasse 31, Johann Düringer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Panikengasse 31, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8337, B. Sch. R., 8305.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Bezirke, Kuefsteingasse 38, Otto Langer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XII. Bezirke, Fockygasse 20, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8338, B. Sch. R., 8702.) Der provisorische Lehrer II. Klasse, zuletzt in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Odoakergasse 48, Anton Banna, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8339, B. Sch. R., 8099.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der Bürgerschule für Knaben im II. Bezirke, Sterneckplatz 1, Richard Laßnigg, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Sterneckplatz 1, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8340, B. Sch. R., 8056.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Holzhausergasse 5, Otto Wosicky, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Schönngasse 2, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8341, B. Sch. R., 7015.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Favoritenstraße 96, Hugo Roth, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 23. November 1916, im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im X. Bezirke, Favoritenstraße 96, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8342, B. Sch. R., 6970.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der Bürgerschule für Knaben im V. Bezirke, Embelgasse 46, zuletzt in Verwendung an der allgemeinen Knaben-Volksschule III., Paulusgasse 9/11, Albert Paintl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Petrusgasse 10, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8343, B. Sch. R., 7539.) Der provisorische Lehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Dietrichgasse 44, Albert Hezold, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Dietrichgasse 44, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8344, B. Sch. R., 6834.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule im XX. Bezirke, Greiseneckergasse 29, zuletzt in Verwendung an der Mädchen-Bürgerschule II., Feuerbachstraße 3, Johann Neumann, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Leopoldsgasse 3, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8345, B. Sch. R., 6630.) Der provisorische Lehrer II. Klasse, zuletzt in Verwendung an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Hammerschmidtgasse 26, Karl Fil, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX., Heiligenstädterstraße 129, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158,
(Mehr als 16 Städträte anwesend.)

(P. Z. 8346, B. Sch. R., 7024.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Liebhardtgasse 21, Eduard Malecek, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. September 1917 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Liebhardtgasse 21, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

P. Z. 8347, B. Sch. R., 8109.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Payergasse 18, Richard Staniek, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Payergasse 18, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

P. Z. 8348, B. Sch. R. 2405.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XV. Bezirke, Hackengasse 11, Richard Lukesch, welcher zuletzt an der Bürgerschule für Knaben, XIV., Schweglerstraße 2, in Verwendung

stand, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XV. Bezirke, Hackengasse 11, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8349, B. Sch. R., 7194.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Hainburgerstaße 40, Marie Mitterlehner, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918, zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Hainburgerstraße 40, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8350, B. Sch. R., 7200.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Michaelerstraße 30, Auguste Eurich, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Michaelerstraße 30, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8351, B. Sch. R., 7546.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Schopenhauerstraße 79, Valerie Schenk, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Michaelerstraße 30, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8352, B. Sch. R., 7412.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Köhlergasse 9, Elisabeth Andre, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Vorgartenstraße 50, Allerheiligenplatz 7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8353, B. Sch R., 5956.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Pfarrhofgasse 1, Berta Michl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Paulusplatz 4, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8354, B. Sch. R., 8700.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Anastasius Grün-Gasse 10, Elsa Fieger, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8355, B. Sch. R., 17361.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Untere Augartenstraße 3, Emma Arlt, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Untere Augartenstraße 3, gemäß § 37 des n.-ö Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8356, B. Sch. R., 17226.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Paulusplatz 4, Marie Busija, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Paulusplatz 4, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8357, B. Sch. R., 7937.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen im XXI. Bezirke, Jubiläumsgasse 21, in Verwendung an der allgemeinen Knaben- und Mädchen-Volksschule im XIII. Bezirke, Speisingerstraße 44, Elisabeth Zwerger, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIII. Bezirke, Siebeneichengasse 17, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8358, B. Sch. R., 7922.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im XIII. Bezirke, Speisingerstraße 44, Karoline Klein, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIII. Bezirke, Trogergasse 3, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8359, B. Sch R., 8346.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Bezirke, Hietzinger Hauptstraße 168, Olga Lippert, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IV. Bezirke, Alleegasse 11, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 13. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8360, B. Sch. R., 8211.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Selzergasse 19, Adele Lang, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIV. Bezirke, Goldschlagstraße 108, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8376, B. Sch. R., 9037.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers Willibald Patzak aus Dienstesrücksichten von einer allgemeinen Volksschule für Knaben im XXI.

Bezirke an die allgemeine Volksschule für Knaben XVI., Payergasse 18, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 8377, B. Sch. R., 8763.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Pazmanitengasse 26, Valerie Slovsa wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Pazmanitengasse 26, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8378, B. Sch. R., 8396.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im VII. Bezirke, Neustiftgasse 100, Hildegarde Stibral, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VII. Bezirke, Neustiftgasse 100, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(P. Z. 8379, B. Sch. R., 8807/18.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Vormosergasse 8, Franziska Weinwurm, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im XIX. Bezirke, Vormosergasse 8, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8380, B. Sch. R., 7688.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IX. Bezirke, Marktgasse 2, Leopoldine Bründl, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IX. Bezirke, Marktgasse 2, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8381, B. Sch. R., 7776/18.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Holzhausergasse 5, Anna Rossi, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Feuerbachstraße 1, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8382, B. Sch. R., 7705/18.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Herbststraße 86, Ida Schostal, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Herbststraße 86, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8576, B. Sch. R., 9626.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Mildeplatz 3, Friedrich Linhart, welcher derzeit an der Bürgerschule für Knaben, XVI., Koppstraße 75, in Verwendung steht, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Mildeplatz 3, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8577, B. Sch. R., 8764.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Koppstraße 75, Leopold Bauer, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. September 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Koppstraße 75, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8578, B. Sch. R., 8765.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule im XVI. Bezirke, Koppstraße 75, Adolf Schmid wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. September 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Koppstraße 75, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8579, B. Sch. R., 8808.) Der Bezirksaushilfslehrer mit dem Standorte an der allgemeinen Volksschule für Knaben m XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, Anton Lackner, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8581, B. Sch. R., 9411.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIV. Bezirke, Dadlergasse 16, Ludovika Rumpold Edle v. Rumfels wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIV. Bezirke, Dadlergasse 16, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8582, B. Sch. R., 9458.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VI. Bezirke, Kopernikusgasse 15, Aloisia Winkler, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juni 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VI. Bezirke, Kopernikusgasse 16, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8383, B. Sch. R., 8975.) Die aushilfsweise bestellte prov. Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIV. Bezirke, Ortnergasse 4, Michaela Aigner, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule

für Knaben und Mädchen im XIV. Bezirke, Felberstraße 42/46, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 8530, M. A. XV, 9754.) Der Schuldienerswitwe Marie Kunisch wird eine Witwenpension von 1600 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 8445, M. A. VIII, 1747.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend fünf Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XX. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 8501, St. Str. B., 588.) Der von seiner zuständigen Militärbehörde als vermißt bezeichnete Angestellte der städtischen Straßenbahnen, Wagenführer II. Klasse Franz Paukner, gilt mit 14. September 1914 als gefallen.

(P. Z. 8505, St. Str. B., 3899/Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für die Gattin des Ober-Rechnungsführers der städtischen Straßenbahnen Josef Watzel, Emilie Watzel, zur Fahrt von Groß-Enzersdorf bis Lainz Jubiläumsspital mit der Gültigkeit an allen Tagen bis Ende September 1918 wird genehmigt und das weitergehende Ansuchen abgelehnt.

(P. Z. 8503, St. Str. B., 3894/Rt.) Dem königl. bulgarischen General-Konsulate in Wien wird eine Straßenbahnfreikarte für den Ordonnanz-Unter-Offizier Georg Hristoduloff zur Fahrt auf allen im Tarifgebiete I liegenden Linien, mit der Gültigkeit an allen Tagen des dienstlichen Bedarfes während des gegenwärtigen Krieges bewilligt.

(P. Z. 8571, St. Str. B., 2770/2.) Der Stadtrat nimmt den Bericht wegen Anbringung von Pickerln in den Straßenbahnwagen zur Kenntnis und ermächtigt die Direktion, die vom Stadtrate genehmigten Ankündigungen an den Fenstern der Straßenbahnwagen für andere als Gemeindezwecke nur mehr gegen Ersatz der Eigenkosten, derzeit 120 K für 1000 Stück Klebstreifen, durchzuführen.

(P. Z. 8506, St. Str. B., 3860.) Die in den Verzeichnissen der städtischen Straßenbahn, 3860/Rt. und 4000 vorgelegten neun Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Hötzel wird beschlossen:

(P. Z. 8307, M. A. III, 1224.) Die Gemeinde Wien erwirbt von Amalie Wild, Johann Przibórsky, Johann Winter und Leopoldine Nowak die im Grundbuche Ottakring unter Einl.-Z. 1547 inneliegenden Kat.-Parz. 76 und 77 im Katastralausmaße von 8420 m² und 3971 m² um den Einheitspreis von 5 K per Quadratmeter, somit um den Kaufschilling von ungefähr 61.955 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Gründe werden gekauft und verkauft, wie sie liegen und stehen, und der Käuferin vollkommen lastenfrei und in genügend ausgesteintem oder mindestens ausgepflocktem Zustande übergeben, so daß die Besitzgrenzen einwandfrei festgestellt werden können.

2. Der Grund ist einer einverständlichen Vermessung zu unterziehen und der endgültige Kaufschilling nach Maßgabe des Ergebnisses derselben zu berechnen.

3. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Käuferin und Uebergabe des Grundes in ihren Besitz fällig.

4. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren sowie die Uebertragungsgebühren trägt die Gemeinde Wien; die Wertzuwachsabgabe ist von den Verkäufern zu entrichten.

5. Die Verkäufer sind verpflichtet, auf Verlangen der Gemeinde Wien binnen acht Tagen nach Aufforderung bei der Einl.-Z. 1547 Ottakring auf ihre, der Verkäufer Kosten die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

Die aus diesem Geschäfte erwachsenden Auslagen werden auf die Ausgabs-Rubrik XII 13 verwiesen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 8565, M. A. X, 7304.) Der Magistrat wird ermächtigt, zwecks Schaffung von Zugängen zur neuen Erweiterung des Ottakringer Friedhofes die Enterdigung der Leichen aus den eigenen Gräbern Gruppe III an der Mauer Nr. 35, 36 und 37 und aus den eigenen Gräbern Gruppe VI an der Mauer Nr. 57 und 58 und deren Wiederbeerdigung in neuen eigenen Gräbern in der Ahornallee dieses Friedhofes, sowie die Uebertragung der bei den erstgenannten Gräbern befindlichen Grabsteine auf die neuen Grabstellen zu verfügen.

Das Benützungsrecht an den neuen eigenen Gräbern ist den Benützungsberechtigten der alten Gräber in demselben Umfange zu gewähren, wie es derzeit hinsichtlich der alten Gräber besteht.

Sämtliche mit der Durchführung dieser Angelegenheit verbundenen Kosten trägt die Gemeinde Wien; der Magistrat wird angewiesen, deren nachträgliche Genehmigung durch den Stadtrat zu erwirken.

(P. Z. 8472, M. A. XXII, 1245.) Dem Ansuchen der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich um Ueberlassung von Souterrainlokalitäten im städtischen Amtshause XVI., Richard Wagner-Platz 19, Ecke Haymerlegasse (und zwar der Räume mit den top. Nr. 4, 4 a, 5, 6, 7, ferner Teile der Gangräume 13 und 1, sowie der Abortgruppe 18 und 21, endlich eines Teiles des dazwischen gelegenen Hofes), zum Zwecke der Errichtung einer Gemeinschaftsküche für Personen des Mittelstandes wird unter den in der Verhandlungsschrift vom 7. August 1918 festgelegten Bedingungen gegen halbjährige jederzeit zulässige Kündigung stattgegeben.

(P. Z. 8444, M. A. VIII, 1729.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwölf Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVI. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 8452, M. B. A. XVI, 20670.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 21 Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Hierauf macht der Vorsitzende folgende Mitteilung:

Bericht der Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung über die Beistellung von Sanitätswagenbespannung für Heereszwecke in der Zeit vom 1. September 1914 bis Ende Juni 1918. (Zur Kenntnis.)

Der **Vorsitzende** bringt den Fuhrwerksbericht der Direktion der städtischen Stellwagen-Unternehmung für das Jahr 1917/18, nach welchem in der Berichtsperiode 34.790 Tageswagen im Pferdebetriebe und 4880 Tageswagen im Lastkraftwagenbetriebe gestellt wurden, zur Kenntnis. (Zur Kenntnis.)

Schluß der Sitzung.

---

# Bezirksvertretungen

## (VIII. Gemeindebezirk, Josefstadt.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom **26. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Rudolf Pieröckl**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Alexander Prinke.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und eröffnet nach Feststellung der Beschlußfähigkeit um halb 5 Uhr nachmittags die Sitzung.

Vor Eingang in die Tagesordnung beglückwünscht der **Vorsitzende** im eigenen Namen wie namens der Bezirksvertretung den Kollegen kaiserl. Rat Appel aus Anlaß des ihm verliehenen Titels eines kaiserlichen Rates, verweist auf dessen langjährige Tätigkeit als Bezirks- nnd Ortsschulrat, sowie als Mitglied der Einkommensteuer-Schätzungs-Kommission des Bezirkes und bezeichnet die dem Genannten zuteil gewordene Auszeichnnng als die wohlverdiente Anerkennung eines unermüdlichen und ersprießlichen Wirkens auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens.

Die Verhandlungsschrift über die letzte öffentliche Sitzung vom 17. April 1918 wird verlesen und genehmigt.

### Einlauf.

(8.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Margareten auf Beendigung des Krieges.

Nach kurzer Wechselrede wird gemäß dem Antrage des **Vorsitzenden**, da diese Angelegenheit nicht in den Wirkungskreis der Bezirksvertretungen fällt, einstimmig der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

(9.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Aenderung des Wirkungskreises der Gemeindevermittlungsämter.

Einstimmig angeschlossen.

(10.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf auf Stellungnahme gegen die beabsichtigte Errichtung eines tschechischen Theaters in Wien.

Einstimmig angeschlossen.

(92.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III a, womit zur Kenntnis gebracht wird, daß die Zuschriften vom 30. April 1918 und 16. Mai 1918, betreffend die Förderung des Gemüseanbaues durch Vorträge und Flugschriften, dem städtischen Landwirtschaftsamte zur zuständigen weiteren Veranlassung überwiesen wurden.

Zur Kenntnis.

(10.) Schreiben der Leitung des „Vereines zur Pflege des Jugendspieles, Ortsgruppe VIII", womit für die Zuweisung des Unterstützungsbetrages von 150 K der wärmste Dank ausgesprochen wird.

Zur Kenntnis.

### Anträge.

**B.-R. Hedlak** erneuert seinen schon in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 27. Juni 1917 eingebrachten Antrag auf Reform der zentralen Bewirtschaftung der Lebensmittel, der lautet:

Im Wege des Gemeinderats-Präsidiums wird an das k. k. Ministerium für Volksernährung das Ersuchen gerichtet:

1. Daß aus der konsumierenden Bevölkerung fachmännisch gebildete Vertrauensmänner als Beiräte in jeder Zentrale ohne Rücksicht auf deren Bestimmung bestellt werden, deren Aufgabe darin zu bestehen habe, alle erforderlichen, auf die Vermeidung von Verlusten an Lebensmitteln, beziehungsweise Rohstoffen durch deren Verderben abzielenden Maßnahmen zu treffen, und daß deren Anordnungen in gewissenhaftester Weise durchgeführt werden,

2. daß, da die bisherige Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen in höchstem Grade mangelhaft sei und dem Grundsatze der Gerechtigkeit widerspräche, jenen Bevölkerungsschichten jedoch, welchen die Teilnahme am Schleichhandel durch ihre materielle Fundierung unmöglich sei, nicht weiter zugemutet werden könne, die Reichen und Hochangestellten im Ueberflusse leben zu sehen, während ihnen selbst auch nur das Notwendigste zur Befriedigung ihrer bescheidensten Bedürfnisse fehle, was insbesondere hinsichtlich der Fixangestellten, die durch ihre patriotische Haltung sich der besonderen Berücksichtigung der Regierung würdig erwiesen hätten, gelte, für die Abstellung dieser Mißstände Vorsorge getroffen und dadurch allen, auch den minderbemittelten Schichten das Durchhalten ermöglicht werde, und daß

3. dem immer mehr um sich greifenden Wucher mit allen Lebensmitteln und Rohstoffen, insbesondere dem Schleichhandel und den durch diesen hervorgerufenen, in keiner Weise gerechtfertigten Schwindelpreisen endlich Halt geboten und unverzüglich die schärfsten und rücksichtslosesten Maßnahmen getroffen werden mögen, um durch eine vernünftige Preispolitik diese unhaltbaren, die Bevölkerung völlig aufreibenden Zustände aus der Welt zu schaffen.

Nach kurzer Wechselrede, an welcher sich der **Vorsitzende** und **B.-R. Hein** beteiligen, gelangt der vorstehende Antrag zur Annahme.

**B.-R. kaiserl. Rat Appel** erinnert an seinen bereits in der Sitzung vom 28. Jänner 1904 gestellten und in der Sitzung vom 29. Oktober 1913 erneuerten Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit den kompetenten Faktoren das Einvernehmen dahin zu pflegen, daß in Wien jedes Dienstbotenbuch mit der von der k. k. Polizei-Direktion abgestempelten Photographie des Inhabers (der Inhaberin) versehen werde, damit jeder Mißbrauch mit Dienstbotenbüchern hintangehalten werde.

Er beantragt neuerlich, sich an den Magistrat mit dem dringenden Ersuchen zu wenden, auf den endlichen Abschluß dieser

durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse gebieterisch geforderten und die öffentliche Sicherheit in hervorragendem Maße berührenden Aktion mit allem Nachdrucke hinwirken zu wollen.

Der vorstehende Antrag gelangt ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Hierauf wird über Anregung des **B.-R. Sedlak** beschlossen, den Bezirksvorsteher zu ersuchen, wegen Abstellung mancher im Betriebe der Kriegsküchen sich ergebenden Mißstände mit Ober-Magistratsrat Dr. Dont Rücksprache zu pflegen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **27. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Wolfgang Dirnbacher.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Kiennast.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit eröffnet der **Vorsitzende B.-V. Dirnbacher** die Sitzung und beglückwünscht B.-V.-St. Glas zur Verleihung des Signum laudis, B.-R. Bockhorni zur Verleihung des Bayrischen St. Michael-Ordens.

Die Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung vom 23. Mai 1918 wird verlesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** bringt zur Kenntnis, daß Marie Hlava für die Jugendfürsorge 200 K, Elise Hansel für die Armen des Bezirkes 50 K gespendet haben und spricht den Genannten den Dank aus.

Weiters teilt der **Vorsitzende** mit, daß während der Ferien noch 70 Kinder (zusammen somit täglich 140 Kinder) in den Ausspeisestellen des Bezirkes unentgeltlich verköstigt werden und daß ab 1. Juli der Jugendspielplatz einen täglichen Besuch von zirka 600 bis 700 Kindern, welchen Marmelade und, falls die Möglichkeit vorhanden, das Brot hiezu verabreicht wird, aufweisen dürfte.

Einlauf.

(793.) Erster Wiener Volksküchenverein, Mitteilung über das Ergebnis der vom B.-V. Charvat eingeleiteten Aktion (Ergebnis 20.416 K 21 h).

Zur Kenntnis.

(828.) Zuschrift der Magistrats-Direktion, betreffend die Vereinigung der Hauptkassa und Steueramts-Abteilung im I., IV., VI., VII., XI., XII., XIII. und XXI. Bezirk zu je einer Kassen-Abteilung.

Anträge.

**B.-R. Gustine** beantragt, mit Rücksicht auf den in der Webgasse neu aufgestellten Telephon-Automaten die in der Nähe befindliche Laterne, welche derzeit abmontiert ist, wieder in Betrieb zu setzen.

Angenommen.

**B.-R. Graudauer** beantragt, die Mittelgasse zur Ehrung des um den Bezirk sehr verdienten, verstorbenen St.-R. Kleiner in „Kleinergasse" umzubenennen.

Diese Umbenennung würde auch den unliebsamen fortwährenden Verwechslungen zwischen der Mittelgasse und der Millergasse ein Ende bereiten.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

(XX. Gemeindebezirk, Brigittenau.)

## Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom **27. Juni 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Lorenz Müller.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Dr. Robert Walchensteiner.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 26. April 1918 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Dank des Herrn Bürgermeisters für die Beglückwünschung anläßlich seiner Ernennung zum Ehrendoktor der technischen Wissenschaft.

Zur Kenntnis.

Anträge.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Gemeindevermittlungsämter.

Angenommen.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf, betreffend energische Stellungnahme gegen die tschechischen Bestrebungen, in Wien ein Nationaltheater zu errichten.

Angenommen.

Antrag der Bezirksvertretung Margareten, in welchem der Wunsch nach Beendigung des Krieges zum Ausdruck gebracht wird.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag nach einem Antrage des **B.-R. Schöfer** mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß demselben in der vorgelegten Fassung nicht vollinhaltlich zugestimmt werden kann.

Antrag der **B.-R. Dr. Frey** und **Wieser**: Im Anschlusse an die Prager Theaterfestlichkeiten der jüngsten Zeit wurde der tschechische Plan, eine tschechische Schaubühne in Wien zu errichten, allgemein verkündet.

Die Bezirksvertretung Brigittenau ist sich dessen bewußt, daß die bodenständige, deutsche Bevölkerung Wiens vor keinem wie immer gearteten Mittel zurückschrecken wird, um einen derartigen, unerhörten Angriff auf die deutsche Eigenschaft Wiens unmöglich zu machen, sie bittet jedoch auch den Herrn Bürgermeister, unver-

züglich an maßgebender Stelle, ganz besonders bei der n.-ö. Statthalterei, seinen hervorragenden Einfluß geltend zu machen und diese wissen zu lassen, daß bei Gewährung einer derartigen Herausforderung der Deutschen Wiens eine Bürgschaft für Ruhe und Frieden in der Stadt abgelehnt werden müßte.

Endlich erwartet die Bezirksvertretung Brigittenau, daß die Wiener Gemeindevertretung dieser Volksstimmung, die ein Gemeingut des Wieners ist, der noch einen Funken deutschen Ehrgefühls in seinem Herzen trägt, baldigst in entsprechender Form Ausdruck verliehen wird.

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß dieser Antrag denselben Gegenstand betreffe wie der soeben behandelte Antrag der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, welchem sich die Bezirksvertretung angeschlossen hat.

Nach der weiteren Bemerkung des **Vorsitzenden**, daß sich auch der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit befaßt hat und daß vorauszusetzen ist, daß der Herr Bürgermeister, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, sicher das Richtige treffen wird, wird der Antrag angenommen.

Antrag des **B.-R. Dr. Frey**, betreffend die Aufhebung des Leinenzwanges für Hunde und insbesondere Abstellung der sofortigen Vertilgung gefangener Hunde.

Nach längeren Ausführungen des **B.-R. Prillisauer** wird der Antrag abgelehnt.

Antrag des **B.-R. Wieser**, den Stadtrat zu ersuchen, zwei Wiener Straßen zum dauernden Andenken nach den jetzt verstorbenen, heimischen Dichtern Peter Rosegger und Franz Keim zu benennen.

Ohne Wechselrede einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-R. Wieser** auf Errichtung einer Schleife an der Endstation der O-Linie in der Dresdnerstraße anstatt des mit Unzukömmlichkeiten verbundenen Pendelverkehres.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

# Allgemeine Nachrichten.

## Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Innere Stadt, Mariahilf und Hietzing werden im Monate September 1918 am 4., 11., 18. und 25. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen. Das Gemeindevermittlungsamt Leopoldstadt hat hiefür den 5. und 19., das Gemeindevermittlungsamt Landstraße den 4., 11. und 18., das Gemeindevermittlungsamt Fünfhaus den 6., 13., 20. und 27. und das Gemeindevermittlungsamt Floridsdorf den 3., 10., 17. und 24. September bestimmt.

---

## Lebensmittelverkehr.

### Pferdemarkt vom 27. August 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 244 Stück.

232 Gebrauchspferde, 12 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 2000 bis 6000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . — — „ „ „

Der Markt ziemlich lebhaft.

* * *

### Jung- und Stechviehmarkt vom 29. August 1918.

**1. Auftrieb bzw. Zufuhr.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kälber lebend . . . . . | — | Schafe lebend . . . . . | — |
| Kälber ausgeweidet . . | 124 | Schafe ausgeweidet . . | 16 |
| Lämmer lebend . . . . | — | Schweine ausgeweidet . | 117 |
| Lämmer ausgeweidet . . | 11 | Spanferkel . . . . . | — |

**2. Preisbewegung.**

Kälber lebend (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . . | von | — | bis | 470 h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | 300 | „ | 450 „ | |

Lämmer lebend (per 1 kg)

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . . | von | 1000 | bis | 1600 h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . . | von | 1000 | bis | 1600 h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . . | von | — | bis | 1400 h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

Schafe lebend (per 1 kg):

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. | Qualität . . . . | von | — | bis | — h | (extrem bis — h) |
| II. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |
| III. | „ . . . . | „ | — | „ | — „ | |

*) Hievon — am Markte und 12 im Pferdeschlachthause.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 32 Stück Kälber weniger zugeführt.

Die Preise auf dem Jungviehmarkte blieben unverändert.

## Sanitäts-Angelegenheiten.

**Ausweis über die im Monate Juli 1918 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.**

| Station | Zahl der Transporte von gewöhnlichen Kranken | Zahl der Transporte von Infektions-Kranken | Zahl der Transporte von Leichen | Zusammen |
|---|---|---|---|---|
| Station, V., Bräuhausgasse 61 . . . . | 414 | 301 | 166 | 881 |
| Station, X., Arsenalstraße 2 . . . . . | 2 | 73 | 6 | 81 |
| Station, XIV., Pillergasse 21 . . . . . | 781 | 234 | 183 | 1198 |
| Station, XVII., Gilmgasse 18 . . . . | 431 | 183 | 128 | 742 |
| Station, XX., Gerhardusgasse 3 . . . | 526 | 272 | 106 | 904 |
| Zusammen . | 2154 | 1063 | 589 | 3806 |
| | 3217 | | | |

# Baubewegung

vom 27. bis 29. August 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

### Gesuche um Baubewilligungen.

#### Zubauten.

XVI. Bezirk: Waschküche, Richard Wagner-Platz 16, von Ludwig Lehner, ebenda, Bauführer Johann Meidl (38137).

" " Degengasse 15, von „Vulkan", Maschinenfabrik, A.-G., Wattgasse 30, Bauführer K. A. Benirschke und Rudolf Wiehart (39159).

#### Adaptierungen.

II. Bezirk: K. k. Prater, Hütte Nr. 66, von Josef Bieller (1880).

IX. Bezirk: Nußdorferstraße 4, vom Neuen Wiener Komödienhaus, ebenda (1884).

XII. Bezirk: Schlöglgasse 49, von der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Heimat", ebenda, Bauführer Wilhelm Zech (30368).

" " Meidlinger Hauptstraße 33, von Franz Artacker, ebenda, Bauführer Ferdinand Schmalek (30450).

" " Valerie-Cottage 12, von Mary Malaszkiewicz, ebenda, Bauführer Alois Schaufler (30518).

" " Michael Bernhart-Gasse 10, von Franz Nowotny, ebenda, Bauführer Johann Kloiber (30712).

" " Schönbrunnerstraße 278, von Hermine Gerhold und Mizzi Weirich, Bauführer Jaroslav Bublik (30906).

" " Albrechtsbergergasse 17, von Jos. Sedlak jun., Bauführer Hermann Klein (31192).

XVI. Bezirk: Richard Wagner-Platz 16, von Ludwig Lehner, ebenda, Bauführer Johann Meidl (38137).

" " Roseggergasse 35 bis 38, von Franz und Pauline Bidla, ebenda (38282).

" " Rückertgasse 12, von Ignaz Hauswirth, Rückertgasse 15, Bauführer Josef Schwarz (38388).

" " Huttengasse 77, von Bernhard Mayer, II., Molkereistraße 5, Bauführer Heinrich Schwendenwein (38396).

XVI. Bezirk: Amtshaus, Richard Wagner-Platz, von Irene Hueber, IV., Starhemberggasse 7, Bauführer die Wiener Baugesellschaft (38890).

" " Rankgasse 18, von Josef Böhm, ebenda, Bauführer Matthias Seidl (39257).

### Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

XVI. Bezirk: Redtenbachergasse Einl.-Z. 1894 und 3193, und Lienfeldergasse Einl.-Z. 3199 und 2274, von Alexander Lainer, Bauführer Hans Heinz Köibl (38565).

" " Degengasse 15, von „Vulkan", Maschinenfabrik, A.-G., Wattgasse 30, Bauführer K. A. Benirschke und Rudolf Wiehart (38881).

## Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

### 1. Juli 1918.

#### Gewerbe-Unternehmungen.

Kraupa & Komp — Fabriksmäßiger Betrieb des Tischlergewerbes — XIII., Moosbachergasse 21/23.

Schneiderwerkstätte für Heeresbekleidung, reg. Genoss. m. b. H. — Uebernahme von in das Kleidermachergewerbe einschlagenden öffentlichen Lieferungen behufs Ausführung durch die der Genossenschaft angehörigen Schneidermeister — I., Graben 29.

Baumgarten Artur, Alleininhaber der Firma Artur Baumgarten — Gemischtwarenhandel im großen — VI., Eggerthgasse 8.

Wessely Moritz — Erzeugung von Klebstoffen — III., Neulinggasse 11.

Marik Karl — Baumeistergewerbe — X., Columbusgasse 61.

Prell Wilhelm — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Antonsplatz 13.

Rothmann Eugen — Kleiderhandel — VII., Kaiserstraße 117.

Weiß Heinrich — Handel mit neuen Tuch- und Baumwollabfällen — II., Im Werd 4.

Brana Alois — Kleinhandel mit Holz — XVI., Kirchstetterngasse 48.

Richter Franz — Marktfahrergewerbe — XVI., Pfenniggeldgasse 2.

Wondrak August — Holzgroßhandel — XVIII., Währingerstraße 177.

Krüger Georg Hermann — Gemischtwarenhandel — VI., Mariahilferstraße 13.

Putz Johann — Gemischtwarenhandel — VI., Gumpendorferstraße 88.

Pollak Felix Franz — Handelsagentur — VII., Bandgasse 11.

Weißmann Moritz — Handel und Kommissionshandel mit Schuhwaren im Großen — II., Haidgasse 5.

Sabinski Stephan — Gemischtwaren-Großhandel — II., Pillersdorfgasse 13.

Ennigl Karl — Pachtbetrieb der dem Wolf Leopold gehörigen Gastwirtskonzession — XVIII., Pötzleinsdorferstraße 67.

Sünstein Franz — Pachtbetrieb der der Elise Schich gehörigen Konzession nach § 16 lit. b, c und g G.-O., — III., Klimschgasse 16.

Goldner David — Handelsagentur — II., Praterstraße 30.

Rosner Marie — Witwen-Fortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Josef Rosner — VII., Hernalser Hauptstraße 27.

Mayer Franziska — Rauchfangkehrergewerbe, Fortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Heinrich Mayer — XX., Brigittagasse 22.

Gottlieb Mathilde — Handel mit Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — II., Floßgasse 8.

Kubesch Katharina — Viktualienhandel — II., Praterstraße 50.

Steiner Anna — Verschleiß von Konditoreiwaren, Fruchtsäften, Kanditen ꝛc. — XVI., Ottakringerstraße 124.

Krenn Anna — Viktualiengewerbe — XIII., Hietzinger Hauptstraße 26.

Oswald Ida — Erzeugung von kosmetischen Artikeln auf kaltem und warmem Wege — XIII., Penzingerstraße 50.

Schräml Karoline — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — XVII., Kastnergasse 17.

Weindl Aloisia — Handel mit Kriegssohlen und deren Zugehörartikeln — XVII., Jörgerstraße 52.

Dvorak Marie — Gemischtwarenhandel — VII., Westbahnstraße 20.

Stroß Veronika — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — VII., Neubaugasse 49.

Zitter Netti — Handel mit Zuckerbäckerwaren, II., Glockengasse 10.

Goldstein Amalie — Handel mit Wäsche, Kurz- und Wirkwaren — II., Große Pfarrgasse 10.

* * *

## 2. Juli 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Bernhofer Franz, Inhaber der Firma Michael Bernhofer — Handel mit Dachziegeln und Schiefern — IV., Wiedner Hauptstraße 43.

Weiß Moritz, Alleininhaber der Firma Friedrich Aroker — Elektrotechnische Konzession für Lichtanlagen (II. Stufe) — VII., Zieglergasse 75.

Pick Hermann, Alleininhaber der Firma Gevaert Photoartikel Hermann Pick — Handel mit photographischen Artikeln — VI., Theobaldgasse 13.

Dusik Josef — Tischlergewerbe — IV., Favoritenstraße 27.

Weiß Adolf — Handelsagentur — IV., Margaretenstraße 34.

Eisenberg Salomon — Handel mit Schuhen und Wirkwaren — IV., Wiedner Hauptstraße 13.

Holzer Johann — Musikergewerbe — II., Schiffmühlenstraße 57.

Langer Heinrich — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Ausstellungsstraße 37.

Schwarz Richard — Kleinfuhrwerksgewerbe — XV., Mariahilferstraße 140.

Czejka Artur — Graveurgewerbe — XV., Märzstraße 36.

Seidl Julius — Erzeugung von Spirituosen, Likör und Fruchtsäften auf kaltem Wege — IX., Lazarettgasse 17.

Weber Pinkus — Handelsagentur, ferner Lebensmittelhandel — IX., Berggasse 29.

Kindl Josef — Pferdehandel — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 179.

Kunze Josef — Darmhandel — XI., Nianböckstraße 17.

Mahler Johann — Handel mit Ketten, Werkzeugen ꝛc. — VI., Webgasse 22.

Agular Otto — Zahntechnikergewerbe — VI., Dreihufeisengasse 3.

Brod Alfons Hugo — Handelsagentur — XIII., Wolfersbergasse 7.

Hlavka Marie — Viktualienhandel — XIII., Kienmayergasse 37.

Strasek Karoline — Viktualienhandel — XIII., Missindorfstraße 45.

Watzek Marie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt sowie Flaschenbier-Verschleiß — III., Steingasse 25.

Berger Marie — Verschleiß von Obst, Zuckerbäckerwaren und Gefrornem — X., Favoritenstraße 192.

Torma Emilie — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — X., Herzgasse 35.

Kasparek Leopoldine — Kleinhandel mit Brennholz — X., Herzgasse neben dem Matzleinsdorfer Friedhofe.

Trunk Anna — Marktviktualienhandel — X., Eugenmarkt.

Kakac Marie — Wäschewaren-Erzeugung — X., Inzersdorferstraße 53.

Guschlbauer Josefine — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren ꝛc. — X., Van der Nüllgasse 50.

Ambrouzek Therese — Viktualienhandel — X., Eugengasse 35.

Buchta Julie — Marktviktualienhandel — X., Quellenstraße, Markt.

Timmel Marie — Viktualien-Verschleiß — XIX., Heiligenstädterstraße 78.

Martellini Eva — Verschleiß von Konditoreiwaren, Zuckerwaren und Gefrornem ꝛc. — XIX., Döblinger Hauptstraße 88.

* * *

## 3. Juli 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

A. Kremel (Adler-Apotheke) — Darstellung von Giften und zur Zubereitung der zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffe und Präparate — XIV., Märzstraße 49.

Vereinigte Färbereien A. G. — Ein- und Verkauf von Textilwaren — I., Schottenring 14.

Baumgartner Franz — Tischlergewerbe — VII., Karl Schweighofer-Gasse 4.

Grab Artur — Handel mit Eisen- und Metallwaren, Maschinen ꝛc. — VII., Zieglergasse 25.

Ing. Alfred Schwarz — Handel mit technischen Bedarfsartikeln, Maschinen und Maschinenteilen — IV., Magaretenstraße 30.

Redlich Ignaz — Handelsagentie — IV., Starhemberggasse 6.

Seidl Rudolf — Kaffeeschank-Konzession — IV., Favoritenstraße 27 a.

Wiesmayer Rudolf — Handelsagentur — II., Nordbahnstraße 24.

Kielmeier Johann — Lohnfuhrwerksgewerbe — II., Schiffmühlenstraße 52.

Blazek Josef — Elektrotechnik-Konzession — XIV., Braunhirschengasse 52.

Janda Karl — Musikergewerbe — VII., Kaiserstraße 54.

Führinger Konrad — Zuckerbäckergewerbe — XIII., Hietzinger Hauptstraße 99.

Seefried Josef — Zier- und Handelsgärtnerei — XI., Simmeringer Hauptstraße 351 a.

Bruckberger Johann — Pachtbetrieb der der Therese Borderaux gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 338 des — Betriebsort: I., Neuer Markt; Wohnort: X., Favoritenstraße 181.

Stern Leopold — Handelsagentur — II., Große Stadtgutgasse 24.

Löwenhardt Samuel — Handel mit Schneider- und Modistenzugehörartikeln — VII., Andreasgasse 1.

Scherz Oskar — Kommissionshandel mit Rohprodu'ten — II., Ferdinandsstraße 31.

Goldarbeiter Izso — Gemischtwaren-Großhandel — II., Freilagergasse 5.

Siska Elisabeth — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Alois Siska — II., Hofenedergasse 1.

Rennhofer Auguste — Wanderhandel mit Obst, Gemüse und Blumen — XV., Oesterleingasse 14.

Brodina Marie — Verschleiß von Sodawasser, Fruchtsäften, Kanditen und Bäckereien — II., Ausstellungsstraße, bei der Restauration „Eisvogel".

Schimmel Regine — Verschleiß von Zucker- und Zuckerbäckerwaren — II., K. k. Prater beim Riesenrad.

Parnes Sali — Erzeugung eines fettlosen Waschmittels — XV., Oesterleingasse 4.

Mayer Käthe — Zuckerbäckergewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 65.

Freudlovsky Helene — Pfaidlergewerbe — X., Gellertplatz 3.

Kratzer Katharina — Selchwaren-Verschleiß — XIII., Hütteldorferstraße 160.

Cziesch Marie — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.

Straßer Rosa — Damenkleidermachergewerbe — IV., Klagbaumgasse 17.

Seliger Marie — Viktualien-Verschleiß — XVI., Panikengasse 47.

* * *

## 4. Juli 1918.

### Gewerbe-Unternehmungen.

Hans Müller & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Handel im Großen mit Metallwaren, Werkzeugen, Maschinen ꝛc. — I., Wollzeile 31.

Koflacher Holzstoffabrik Brüder Adler, Offene Handelsgesellschaft — Holzschleifere — I., Bankgasse 2.

S. & A. Hirsch — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausnahme des Handels mit Lebensmitteln — VII., Mariahilferstraße 112.

A. Schifferes & W. Zarecky, Ges. m. b. H. — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Jörgerstraße 18.

Botschen Hugo, Alleininhaber der prot. Firma Hugo Botschen — Fabriksmäßige Erzeugung von Bändern aller Art — VII., Zollergasse 18/20.

Scheer Geza, Alleininhaber der Firma Luise Golle stepper — Handel mit Schuhen, Seide, Kleidern und Wäsche — VI., Mariahilferstraße 113.

Berger Abraham — Handel mit Schneiderzugehör — XVI., Hippgasse 3.

Czensch Eduard — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Abelegasse 10.

(Das Weitere folgt.)

---

## Inhalt.


Seite

Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 22. August 1918 . . . 1755
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom 26. Juni 1918 . . . . . 1768
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 27. Juni 1918 . . . . . 1769
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom 27. Juni 1918 . . . . . 1769
Allgemeine Nachrichten:
Gemeindevermittlungsämter . . . . . 1770
Lebensmittelverkehr:
Pferdemarkt vom 27. August 1918 . . . . . 1770
Jung- und Stechviehmarkt vom 29. August 1918 . . . . . 1770
Sanitäts-Angelegenheiten:
Ausweis über die im Juli 1918 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte . . . . 1771
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 27. bis 29. August 1918 . . . . 1771
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . . . 1771
Kundmachungen.
Beilage:
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normalbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (VIII).


Herausgeber: Die Gemeinde Wien — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

# Kundmachungen.

## Freiwillige gerichtliche Feilbietung.

(Haus im III. Bezirke in Wien.)

Ueber Beschluß des k. k. Bezirksgerichtes Leopoldstadt vom 31. Juli 1918, A. V. 185/30/17, und über Auftrag des k. k. Bezirksgerichtes Landstraße vom 19. August 1918, Hc. 1236/1/18, wird auf Ansuchen der Gemeinde Wien, vertreten durch den Vorstand der Magistrats-Abteilung III, Herrn Dr. Hans Handler, und der israelitischen Kultusgemeinde Wien, vertreten durch den Hof- und Gerichts-Advokaten Herrn Dr. Wilhelm Pappenheim in Wien, I., Hegelgasse 4, als Erben nach dem am 11. Februar 1917 verstorbenen Herrn Johann Lichtmann das in den Nachlaß gehörige Haus Or.-Nr. 14 der Khunngasse in Wien, Konskr.-Nr. und Einl.-Z. 2714 des Grundbuches für den III. Bezirk in Wien mit der Parz. 1126/97 Bauarea, mit allen bücherlichen und rechtlichen Zubehör öffentlich versteigert. Der Ausrufpreis beträgt 225.000 K und findet ein Zuschlag unter diesem Betrage nicht statt.

Die Versteigerung findet am **Mittwoch den 18. September 1918, um 10 Uhr vormittags**, in der Kanzlei des Gerichts-Kommissärs k. k. Notars Dr. Guido Müller in Wien, III., Landstraßer Hauptstraße 58, statt.

Den auf dem Hause versicherten Gläubigern bleiben ihre Pfandrechte ohne Rücksicht auf den Verkaufspreis vorbehalten.

Die Feilbietungsbedingnisse können in der Kanzlei des mit der Durchführung der Feilbietung betrauten Gerichts-Kommissärs Herrn k. k. Notars Dr. Guido Müller während der Amtsstunden eingesehen werden.

**K. k. Bezirksgericht Landstraße,**
am 23. August 1918.

**Dr. Guido Müller,**
k. k. Notar,
als Gerichts-Kommissär.

Anmerkung: Auskünfte über das Zinserträgnis, wegen Besichtigung des Hauses u. s. w. werden innerhalb der Amtsstunden in der Magistrats-Abteilung III, Wien, I., Neues Rathaus, IV. Stiege, 2. Stock, erteilt. 1—5

B. W. A. 1 — Z. 926 ex 1918.

## Verordnung.

(Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.)

Von dem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich 70 Abschnitte mit Ziffern zum Bezuge verschiedener jeweils zu verlautbarenden Lebensmittel und Bedarfsartikel und gleichzeitig die für die Monate Oktober 1918 bis einschließlich März 1919 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Kaffee und Zucker befinden. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben.

Behufs Erhaltes der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission, beziehungsweise Haushalte über 14 Personen bei der Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Die derzeitigen Einkaufsscheine sind mitzubringen.

Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine werden, insoferne sie Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens sind, zufolge Verfügung der k. k. niederösterreichischen Statthalterei verpflichtet, den Kaffee und Zucker vom 1. Oktober 1918 an wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelverband zu beziehen und haben sich daher ohne Rücksicht darauf, wo sie bisher rayoniert waren, sofort nach Erhalt des amtlichen Einkaufsscheines in die Zucker- und Kaffee-Kundenliste der Lebensmittelabgabestelle des Betriebes, in welchem sie beschäftigt sind, eintragen zu lassen.

Die übrigen Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Kaffeeverkäufer, beziehungsweise bisherigen Zuckerverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die verspätete Eintragung in die Kundenliste hat eine bedeutende Verzögerung des Warenbezuges für den ersten Monat zur Folge.

Die Verkäufer von Kaffee und Zucker werden hiemit verpflichtet, neue Kundenlisten anzulegen. Die Kundenlisten haben die fortlaufende Nummer, den Vor- und Zunamen, die Wohnungsadresse, die Personenzahl, bei Zuckerkunden auch die Zahl der Zuckerzusatzkarten des Käufers zu enthalten. Weiters werden die Zuckerverkäufer verpflichtet, von dem Einkaufsscheine des Kunden den am rechten unteren Ende befindlichen, mit der Ziffer 1 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und in die Kundenliste hinter der Personenzahl des eingetragenen Kunden einzukleben. Die Kaffeeverkäufer werden verpflichtet, den darüber befindlichen, mit der Ziffer 2 bezeichneten Abschnitt abzutrennen

und an der vorstehend angegebenen Stelle ihrer Kundenliste einzukleben. Zum Zeichen der erfolgten Eintragung und der Uebernahme der Lieferung hat der Kaffee-, beziehungsweise Zuckerverkäufer seinen Namen und Betriebsort oder seinen Geschäftsstempel in den hiefür vorhandenen Raum des Einkaufsscheines einzusetzen. Eine Aenderung der Verkaufsstelle, sowie der Rücktritt einer Verkaufsstelle von der Lieferungspflicht ist mit Ausnahme der Uebersiedlung des Inhabers des Einkaufsscheines oder der Schließung der Verkaufsstelle nur mit Zustimmung des magistratischen Bezirksamtes statthaft.

Die mit den Abschnitten Ziffer 1, beziehungsweise 2 versehenen Kundenlisten der Zucker- und Kaffeeverkäufer sind von diesen bis längstens am 14. September 1918 an den ihnen den Zucker, beziehungsweise Kaffee abgebenden Großlieferanten zur Kontrolle zuzumitteln. Die Großlieferanten werden hiemit verpflichtet, nach Prüfung dieser Kundenlisten ihre Gesamtlieferung bis längstens am 18. September 1918 der Zucker-Zentral-Verteilungsstelle (I., Schwarzenbergstraße 3), beziehungsweise Kaffeeverteilungsstelle (IV., Schwarzenbergplatz 16) bekanntzugeben.

Der bisherige Einkaufsschein wird dem Inhaber nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleibt bis zu dem zu verlautbarenden Tage in Kraft.

Konsumentenorganisationen haben ihren Stempel wie bisher rechts neben dem diesbezüglichen Texte beizusetzen. Das quadratförmige Feld oberhalb hat bis auf Weisung frei zu bleiben.

Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens

| | | |
|---|---|---|
| A bis E | am 2. September 1918 . . . . | in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr mittags und 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. |
| F „ H | „ 3. „ 1918 . . . . | |
| I „ L | „ 4. „ 1918 . . . . | |
| M „ Q | „ 5. „ 1918 . . . . | |
| R, S, Sch | am 6. „ 1918 . . . . | |
| St, T bis Z | „ 7. „ 1918 . . . . | |

Jede Veränderung in der Personenzahl oder im Rechte zum Bezuge der amtlichen Einkaufsscheine sowie Uebersiedlungen sind der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission anzuzeigen.

Ein Ersatz für abhanden gekommene amtliche Einkaufsscheine kann in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen über schriftliches stempelfreies Einschreiten durch das zuständige magistratische Bezirksamt erfolgen.

Der amtliche Einkaufsschein ist eine öffentliche Urkunde und ist unübertragbar. Die Fälschung desselben wird nach dem Strafgesetze geahndet.


# Allgemeine Depositen-Bank

**Wien, I., Schottengasse 1,**

**Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz**

**und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.**

**Aktienkapital: K 80,000.000.—. Reserven: K 41,500.000.—.**


Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, soferne die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Wird die Uebertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,**
als politischer Behörde I. Instanz,
am 26. August 1918. 1—1

M. Abt. XIII. 2128/18. Selbständiger Wirkungskreis.

## Katharina Biraghi'sche Stiftung.

Zur Verteilung gelangen: 1040 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, in der ehemaligen Gemeinde Lainz wohnhafte Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. August 1918.**

Verleihungstag: 12. November 1918.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**
Wien, am 12. Juni 1918.


**Berndorfer Metallwarenfabrik**

# ARTHUR KRUPP A. G.

**Berndorf Nieder-Oesterr.**

**Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.**

**NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::**

**In eigener Erzeugung:**

**Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel**

**:—: etc. etc. etc. :—:**

Schutzmarke für Alpacca-Silber I. Schutzmarke für Alpacca. Schutzmarke für Rein-Nickel.

**Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.**